

TEXTE

30/2020

Interdependente Genderaspekte der Klimapolitik

Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen
Klimapolitik: Wirkungsanalyse, Interdependenzen mit
anderen sozialen Kategorien, methodische Aspekte und
Gestaltungsoptionen
Abschlussbericht

TEXTE 30/2020

Umweltforschungsplan des
Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit

Forschungskennzahl 3716 41 1190
EB012079

Interdependente Genderaspekte der Klimapolitik

Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik:
Wirkungsanalyse, Interdependenzen mit anderen sozialen Kategorien,
methodische Aspekte und Gestaltungsoptionen

Abschlussbericht

von

Forschungskonsortium:

Meike Spitzner (Projektleitung)

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Wuppertal

PD Dr. Diana Hummel, Dr. Immanuel Stieß

ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt a.M.

Gotelind Alber, Ulrike Röhr


GenderCC – Women for Climate Justice e. V., Berlin

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

Impressum

Herausgeber:

Umweltbundesamt
Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
Fax: +49 340-2103-2285
buergerservice@uba.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt

Durchführung der Studie:

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH
Döppersberg 19
42103 Wuppertal

Abschlussdatum:

Oktober 2019

Redaktion:

Fachgebiet V 1.1 Klimaschutz
Christian Tietz

Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Gender Mainstreaming der
Gleichstellungsbeauftragten
Dr. Arn Sauer

Publikationen als pdf:

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen>

ISSN 1862-4804

Dessau-Roßlau, Februar 2020

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den
Autorinnen und Autoren.

Kurzbeschreibung

Zielsetzung des Forschungsprojektes ist es, den Mehrwert der Geschlechterperspektive für den Klimaschutz und die Klimaanpassung zu eruieren und umgekehrt darzulegen, inwieweit eine geeignete Ausgestaltung klimapolitischer Maßnahmen zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen kann.

In einem umfassenden Literaturreview wurde ein Überblick über die Forschung zu Geschlechterverhältnissen und Klimawandel geliefert, der die Relevanz der Wechselwirkung zwischen diesen beiden Bereichen verdeutlicht. Es werden Erkenntnislücken der Forschung identifiziert sowie dort identifizierte Chancen für eine wirksamere und geschlechtergerechtere Klimapolitik aufgezeigt.

Angestoßen wurde die zunehmende Bedeutung der Geschlechterperspektiven für eine wirksamere Klimapolitik von den Beschlüssen und Mandaten zu Gender bei den internationalen Klimaverhandlungen. Um diese auf nationaler Ebene umzusetzen, wurden im Forschungsprojekt analytische Kategorien zur Untersuchung der strukturell ungleichen Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern sowie ihrer Ursachen und Ausprägungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen entwickelt, die sogenannten Genderdimensionen. Mit ihrer Hilfe werden potenzielle Wirkungen von Maßnahmen auf die Geschlechterverhältnisse identifiziert und klimapolitische Handlungsmöglichkeiten generiert.

Diese Genderdimensionen wurden für die Weiterentwicklung der Gleichstellungsprüfung/gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung (Gender Impact Assessment) für die Klimapolitik herangezogen. Als Ergebnis einer Test und Kommentierungsphase wurde eine praxisorientierte Arbeitshilfe entwickelt.

Im Zuge einer Wirkungs-, Daten- und Methodenbedarfs-Analyse wurden die sieben Genderdimensionen für die Analyse von drei klimapolitischen Programmen und Strategien (Klimaschutzplan 2050, kommunales Maßnahmenprogramm der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) sowie Deutsche Anpassungsstrategie) genutzt, um Anregungen zu geben, wie diese gleichstellungsorientierter und klimapolitisch wirksamer ausgerichtet werden können.

Das Ergebnis zeigt Chancen zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit auf vielen Ebenen. Dabei werden Grundsätze zur Einbeziehung von Geschlechtergerechtigkeit in die Klimapolitik genauso abgeleitet wie konkrete Politikempfehlungen zum Klimaschutzgesetz und Gender Aktionsplänen etc. Wichtige Erkenntnisse ergeben sich auch für Methoden, Datenbedarfe und Datenerhebung sowie Forschungsbedarfe und -regularien. Schließlich werden Empfehlungen zu Finanzierungs- und Förderaspekten sowie Wissensverbreitung und Kompetenzstärkung gegeben.

Abstract

The aim of the research project is to demonstrate the added value of the gender perspective for climate protection and adaptation and, conversely, to demonstrate to what extent the appropriate design of climate policy measures can contribute to gender justice.

A comprehensive literature review provides an overview of the state of the art of research on gender relationships and climate change, highlights the relevance of the interaction between these two areas, identifies gaps in knowledge and identifies opportunities for a more effective and gender-equitable climate policy.

The increasing importance of gender perspectives for an effective climate policy was triggered by the decisions and mandates on gender equality and justice in the international climate negotiations. In order to implement these at the national level, the research project developed analytical categories to examine the structurally unequal power relations based on sex and gender as well as their causes and manifestations in various areas of society, the so-called gender dimensions. Informed by analyses

based on these gender dimensions, political impacts of measures on gender relations were identified and recommendations were generated.

These gender dimensions were also used for the further development of Gender Impact Assessment (GIA) for climate policies. As the result of a test and commentary phase, a practice-oriented guidance was developed.

In the course of an impact, data and methods needs analysis, the gender dimensions were used for the analysis of three climate policy programmes and strategies (Climate Action Plan 2050, NKI's Local Measures Program and German Adaptation Strategy) in order to provide suggestions on how these could be more gender-oriented.

The results show opportunities for improving gender equality at many levels. Principles for integrating gender equality into climate policy were derived, as were concrete policy recommendations on climate protection legislation and gender action plans. Important findings also arise for methods, data needs and data collection as well as research needs and regulations. Finally, recommendations are given on the financing and promotion as well as on the dissemination of knowledge and the strengthening of competence.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	9
Tabellenverzeichnis	10
Abkürzungsverzeichnis	11
Zusammenfassung	13
Summary	29
1 Einleitung	44
2 Konzeptionelle Grundlagen	48
2.1 Zum Verständnis von Gender	48
2.2 Interdependenzen	51
2.3 Genderdimensionen	51
2.3.1 Funktion der Genderdimensionen für das GIA	53
2.3.2 Beschreibung der Genderdimensionen	53
3 Systematischer Literatur-Review der internationalen Fachliteratur zu Gender und Klimapolitik: Review und analytische Systematik	58
3.1 Einleitung	58
3.2 Analyse klimapolitischer Entscheidungen und deren Implikationen für die nationale Politik	58
3.2.1 Gender-Entscheidungen und -Programme im UNFCCC-Prozess	59
3.2.2 Gender in der Biodiversitätskonvention (Convention on Biological Diversity CBD)	60
3.2.3 Gender in der Wüstenkonvention (United Nations Convention to Combat Desertification UNCCD)	61
3.2.4 Weitere internationale Instrumente mit Klima- und Genderbezug	61
3.2.5 Strategien zur Integration und Verankerung von Gender	63
3.2.6 Aktuelle Entwicklungen seit dem Review und Schlussfolgerungen	63
3.3 Systematischer Review der internationalen Literatur zu Gender und Klima im Globalen Norden	65
3.3.1 Ziele und Vorgehensweise des Reviews	65
3.3.2 Methodik	65
3.3.3 Die Ergebnisse des Reviews	66
3.3.4 Auswertung nach Ländern	73
3.3.5 Methodische Ansätze und Genderdimensionen	73
3.3.6 Strategien – Instrumente – Beispiele – Hindernisse	74
3.3.7 Geschlechterdifferenzen versus Geschlechterverhältnisse (quantitative versus qualitative Daten)	77
3.3.8 Datenlücken	77

3.3.9	Argumente für die Einbeziehung von ‚Gender‘ in die Klimapolitik.....	78
3.3.10	Bewertung der Ergebnisse	79
3.4	Portfoliobewertung anhand von Genderdimensionen	80
3.4.1	Genderdimensionen.....	81
3.4.2	Ergebnisse der Portfoliobewertung	82
3.4.3	Vergleich mit Aktionsprogrammen	87
3.4.4	Fazit	87
4	Weiterentwicklung der GIA im Klimabereich.....	89
4.1	Arbeitshilfe zur gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung für die Klimapolitik.....	89
4.1.1	Geschlecht als interdependente Kategorie.....	89
4.1.2	Gender Mainstreaming	96
4.1.3	Gender Impact Assessment.....	98
4.2	Bestandsaufnahme und Analyse gleichstellungspolitischer Folgenabschätzungen	102
4.2.1	Ziele und Vorgehensweise	102
4.3	Die Arbeitshilfe zur gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung für die Klimapolitik	107
4.3.1	Hintergrund und Zielsetzung.....	107
4.3.2	Konzeptionelle Überlegungen und Anwendungskontext	108
4.3.3	Klimarelevante Lebensbereiche (Genderdimensionen).....	112
4.3.4	Ablauf des GIA im Überblick.....	119
4.4	Weiterentwicklung des GIA-Instruments – Prozess und Ergebnisse	120
4.4.1	Erste Erprobung des Instruments mit Mitarbeitenden des UBA im Dezember 2017	120
4.4.2	Kommentierung des GIA-Instruments durch Expertinnen.....	123
4.4.3	Erprobung des Instruments im Fachworkshop der Abschlusskonferenz, Oktober 2018.....	124
5	Ableitung von Handlungs- und Politikempfehlungen: Wirkungsmechanismen, Bedarf an Daten und Methodenveränderungen und Analyse zentrale klimapolitischer Programme.....	128
5.1	Einleitung.....	128
5.2	Vorgehen	130
5.3	Wirkungsmechanismen zwischen Klima und Gender	130
5.4	Datenbedarf	133
5.5	Betrachtung von Programmen und Strategien	141
5.5.1	Wirkungsanalyse des Klimaschutzplan 2050.....	141
5.5.2	Wirkungsanalyse im Bereich der kommunalen Klimaschutz-Masterpläne.....	153
5.5.3	Wirkungsanalyse Deutsche Anpassungsstrategie (DAS)	161
6	Handlungsbedarfe, Empfehlungen und Erläuterungen	170
6.1	Grundsätze zur Einbeziehung von Geschlechtergerechtigkeit in die Klimapolitik.....	170

6.2	Politikempfehlungen	172
6.3	Umsetzung von Gender Impact Assessment (GIA)	174
6.4	Methodische Leitlinien und Voraussetzungen, Datenanforderungen und Instrumente.....	176
6.5	Förderung/Finanzierung.....	180
6.6	Forschungsbedarf und –regularien	181
6.7	Verbreitung, Kompetenzstärkung	182
7	Dissemination.....	184
7.1	Verbreitung bei den UNFCCC Klimakonferenzen	184
7.2	Artikel in Fachzeitschriften und Beiträge in Büchern.....	184
7.3	Informationen in Newslettern, auf Webseiten und in Netzwerken.....	185
7.4	Präsentation und Workshop bei einer internationalen UBA-Fachkonferenz 2017	185
7.5	Abschlussworkshop des Forschungsprojektes	185
7.6	Zusätzliche Beratungsleistungen.....	186
8	Quellenverzeichnis	187
9	Anlagen	206
9.1	Programm Abschluss-Workshop, 26.10.2018	206
9.2	GIA-Arbeitshilfe	209

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Portfoliobewertung	83
Abbildung 2: Aufbau des Instruments Gender Impact Assessment	109

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Erläuterung grundlegender Gender Begriffe.....	49
Tabelle 2:	Androzentrismusbegriff.....	50
Tabelle 3:	Überblick über die Genderdimensionen	52
Tabelle 4:	Anzahl der Beiträge nach Handlungsfeldern	68
Tabelle 5:	Überblick über die Genderdimensionen	82
Tabelle 6:	Überblick über Lebensbereiche und Querschnittsdimension (Genderdimensionen)	113
Tabelle 7:	Ablauf des GIA im Überblick.....	119
Tabelle 8:	Überblick über die Genderdimensionen (Treiberorientierung)	131
Tabelle 9:	Krise der Versorgungsökonomie	132
Tabelle 10:	Empfehlungen zu Grundsätzen	170
Tabelle 11:	Politikempfehlungen	172
Tabelle 12:	Empfehlungen zur Umsetzung von GIA.....	174
Tabelle 13:	Empfehlungen zu Methodischen Leitlinien und Voraussetzungen, Datenanforderungen und Instrumenten.....	176
Tabelle 14:	Empfehlungen zur Förderung und Finanzierung	180
Tabelle 15:	Empfehlungen zu Forschungsbedarf und -regulierungen	181
Tabelle 16:	Empfehlungen zu Verbreitung und Kompetenzstärkung	182

Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgruppe
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
ALG II	Arbeitslosengeld II
APA	Aktionsprogramm Anpassung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMÖDS	Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
CBD	Convention on Biological Diversity - Biodiversitätskonvention
ccGAPs	climate change Gender Action Plans
CEDAW	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women - Konvention gegen alle Formen der Diskriminierung von Frauen
COP	Conference of the Parties
DAS	Deutsche Anpassungsstrategie
EIGE	European Institute for Gender Equality
ExWoSt	Experimenteller Wohnungs- und Städtebau
FEMM	Committee on Women's Rights and Gender Equality
GAP	Gender Action Plan - Gender Aktionsplan
GBA	Gender Based Analyses
GCG	Gender Care Gap
GHD	Gewerbe, Handel und Dienstleistungen
GG	Grundgesetz
GIA	Gender Impact Assessment
GIAKlim	Gender Impact Assessment im Kontext der Klimawandelanpassung und Naturgefahren
GGO	Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung
GM	Gender Mainstreaming
GPG	Gender Pension Gap
InGFA	Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
ISOE	Instituts für sozial-ökologische Forschung
IUCN	International Union for the Conservation of Nature
KomPass	Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung
LWPG	Lima Work Programme on Gender

MIV	Motorisierter Individualverkehr
NAPAs	National Adaptation Programmes of Action
NBSAP	Nationale Biodiversitätsplänen
NDC	Nationally Determined Contribution
NKI	Nationale Klimaschutzinitiative
NUA	New Urban Agenda
ÖF	Öffentlicher Verkehr
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
SB	Subsidiary Bodies
SDG	Sustainable Development Goal
SKM	Standardkostenmodell
STrISchV	Strahlenschutzverordnung
THG	Treibhausgas
UIG	Umweltinformationsgesetz
UN	Vereinte Nationen
UNCCD	United Nations Convention to Combat Desertification - UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
WHO	World Health Organisation

Zusammenfassung

Einleitung

Nachdem Klimapolitik lange Zeit als geschlechtsneutral betrachtet wurde, gewinnt die Genderperspektive auf Klimawandel und Klimaschutz seit einigen Jahren zunehmend an Aufmerksamkeit. Das ist in erster Linie der internationalen Klimapolitik geschuldet, die die Wahrnehmung der Relevanz von Genderaspekten für Klimagerechtigkeit vorangetrieben und das Thema Gender und Klima als regelmäßigen Tagesordnungspunkt auf die Agenda der Vertragsstaatenkonferenzen gesetzt hat (United Nations Framework Convention on Climate Change 2012). Vorläufiger Höhepunkt ist dabei der Gender Aktionsplan (GAP), der auf der 23. Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention in Bonn 2017 verabschiedet wurde. Der GAP mahnt die Unterstützung für den Aufbau von Kapazitäten bei Vertragsstaaten und Stakeholdern an, damit diese genderresponsive Strategien, Pläne und Programme in den Bereichen Anpassung, Klimaschutz, Kapazitätenentwicklung, Technologien und Finanzierung entwickeln können. Auf der internationalen Ebene sind somit Fortschritte erkennbar, Gender zu reflektieren und zu adressieren.

In den meisten Industrieländern, so auch in Deutschland, schlagen sich diese internationalen Vereinbarungen noch nicht in den nationalen Ansätzen zu Klimaschutz und -anpassung nieder. Die Bedeutung der Geschlechterverhältnisse für eine effektive Klimapolitik wird noch weitgehend unterschätzt. In Deutschland ist die Gleichstellung der Geschlechter im Grundgesetz (Gleichheitsartikel Art. 3 GG) verankert und mit Kabinettsbeschluss vom 23. Juni 1999 als durchgängiges Leitprinzip des Handelns der Bundesregierung anerkannt worden. Festgeschrieben ist sie auch seit dem Jahr 2000 in § 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung (GGO) der Bundesministerien. Damals wurde beschlossen, diese Aufgabe mittels Gender Mainstreaming zu fördern, was als rechtliche Grundlage in den § 4(1) des Bundesgleichstellungsgesetzes (BGleG) integriert wurde. Diese Grundlagen konsequenter anzuwenden und konkret in den Politiken und Maßnahmen zu berücksichtigen und diese daran auszurichten, ist eine immer noch aktuelle Herausforderung, so auch für die Klimapolitik, an die zunehmend Anforderungen der Gerechtigkeit gestellt werden.

Vor diesem Hintergrund wurde vom Wuppertal Institut, ISOE und GenderCC im Auftrag des Umweltbundesamtes ein Forschungsprojekt durchgeführt, dessen Ergebnisse hier dargestellt werden. Die übergeordnete Zielsetzung des Forschungsprojektes ist es,

- ▶ den Mehrwert der Geschlechterperspektive für Klimaschutz und Klimaanpassung zu untersuchen,
- ▶ darzulegen, inwieweit eine geeignete Ausgestaltung klimapolitischer Maßnahmen umgekehrt zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen kann,
- ▶ aus den internationalen Klimaabkommen abgeleitete Handlungsempfehlungen vor allem für den nationalen Rahmen zu entwickeln,
- ▶ Erkenntnisse über Hindernisse für die Orientierung an ‚Geschlecht‘ als relevanter Perspektive für Klimaschutz und -anpassung zu gewinnen,
- ▶ die gleichstellungsorientierte Folgenabschätzung für die Klimapolitik weiterzuentwickeln und
- ▶ Handlungsbedarfe aufzuzeigen und Empfehlungen für die Umsetzung geschlechtergerechter Klimapolitik abzuleiten.

Konzeptionelle Grundlagen

Geschlecht kann aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden und wird in der Forschung unterschiedlich bearbeitet, zumeist als biologisches Geschlecht (Sex) und soziales Geschlecht (Gender).

Gender ist in der feministischen Forschung und in der Geschlechterforschung allgemein eine gesellschaftliche *Strukturkategorie*. Mittels eines vorherrschenden gesellschaftlichen Gliederungsprinzips

werden Männer und Frauen in die, in den Geschlechterverhältnissen angelegten, Hierarchien positioniert (Hofmeister/Mölders 2006: 26f.). Deshalb sind gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse, die Ungleichheitssituationen für Frauen, Männer und andere Geschlechter, deren Bedingungen sowie der Abbau dieser Ungleichheiten in den Blick zu nehmen.

Darüber hinaus stellt Gender auch eine *Prozesskategorie* dar: In sozialen und Organisations-Interaktionssituationen wird Geschlecht im Sinne von ‚doing gender‘ fortwährend interpersonell und institutionell aktiv hergestellt.

Schließlich wird Gender i.S. von *Geschlechterverhältnissen* verstanden. Gender bezieht sich nach diesem Verständnis auf die Beziehungen und Verhältnissetzungen zwischen dem, was gesellschaftlich dem Männlichen zugeschrieben wird und dem, was gesellschaftlich dem Weiblichen zugeschrieben wird. Männer und Frauen weisen demnach in individuell unterschiedlichen Anteilen sowohl gesellschaftlich dem Männlichen zugeschriebene und gesellschaftlich dem Weiblichen zugeschriebene Merkmale, Verhaltensweisen, Einstellungen, Präferenzen etc. auf. Zentral ist die Frage nach den damit einhergehenden gesellschaftlichen Ungleichheiten, Ausgrenzungen und Machtverhältnissen. Dieses Verständnis nimmt die Unterschiede zwischen sozialem und biologischem Geschlecht in den Blick und setzt sich damit von Differenzansätzen ab, die Unterschiede qua Geschlecht als gegeben annehmen. Deren Fokussierung auf geschlechtsspezifische Unterschiede in der Planung und Gestaltung von Maßnahmen klammert die Hinterfragung der Maßstäbe, anhand derer „Unterschiede“ wahrgenommen werden, aus und kann unbeabsichtigt zu einer Festschreibung von traditionellen Rollenzuschreibungen beitragen und damit vorhandene Hierarchisierungen reproduzieren und verfestigen.

In Tabelle Z-1 werden drei grundlegende Gender Begriffe anhand der Definitionen der Vereinten Nationen (UN) erläutert, die in der Literatur nicht trennscharf definiert werden (UNFCCC 2015, UN Women o. D., WHO o. D.). Diese beschreiben verschiedene Abstufungen des Ausmaßes, in dem Gender berücksichtigt wird, von genderblind über gendersensitiv, genderresponsiv bzw. genderpositiv bis gendertransformativ. Im Folgenden wurde ein Versuch unternommen, einheitliche Definitionen zu formulieren, die die Gemeinsamkeiten möglichst weitgehend abbilden. Im weiteren Bericht werden die Begriffe entsprechen dieser Erläuterungen verwendet.

Tabelle Z-1: Erläuterung grundlegender Gender Begriffe

Gender - Begriffsbestimmungen
<p>Gendersensitiv: Geschlecht wird als Kategorie erkannt und berücksichtigt, soweit es die bestehende Politik effektiver macht; es basiert vorrangig auf einem Differenzansatz, ohne aber Geschlechternormen und ungleiche Bewertung von ‚Männlichem‘ und ‚Weiblichem‘ grundsätzlich in Frage zu stellen, die impliziten Annahmen und Orientierungen bestehender Politiken zu hinterfragen oder die Ursachen von Ungleichheit und Diskriminierung zu thematisieren</p>
<p>Genderresponsiv: die Beförderung von Geschlechtergerechtigkeit wird als explizites Kriterium bei der Politikgestaltung berücksichtigt, zielt auf Erfüllung der Gender Mainstreaming-Gebote durch alle Fachpolitiken, positive Beiträge erbringen zu müssen, setzt damit auf Wirkungszusammenhänge auf, betrachtet auch die Ursachen von Geschlechterdifferenzen und adressiert – bisher bestehende Politikausrichtungen verändernd – die Dynamiken und Faktoren, die Ungleichheit sowie Hierarchisierungen in politischer Definitions- und Gestaltungsmacht fortschreiben oder generieren.</p> <p>Daraus kann eine Verantwortlichkeit im politischen Handeln für Geschlechtergerechtigkeit abgeleitet werden. Der in diesem Kontext abgeleitete Begriff genderverantwortlich dient dazu, innerhalb einer Fachforschung und Fachpolitik genderverantwortliche Forschung bzw. Politiken von solchen unterscheiden zu können, die weder ihre implizite, verzerrte Sicht auf Gender in Annahmen und Konstrukten reflektiert haben, noch in ihren Fragestellungen bzw. Zielsetzungen die geforderte fachliche Mitbeförderung des Abbaus von Gender-Ungleichheit und -hierarchien verfolgen. Damit kann diese Begrifflichkeit vorsorgend wirken gegen die verbreitete Auffassung, bei Gender gehe es um ein (anderes) ‚Thema‘, eine nicht</p>

fachspezifische Aufgabe, eine ‚andere‘ als die fachpolitische Zielsetzung.

Gendertransformativ: Um Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen, sind die Konstruktionsmechanismen von Benachteiligungen entlang von Geschlecht zu adressieren. Dies ist ein transformativer Anspruch: Die Geschlechterordnung ist nicht nur Ursache für Ungleichheit, Hierarchisierungen zwischen ‚Männlichem‘ und ‚Weiblichem‘ und personellen wie inhaltlichen Ausgrenzungen, sondern auch Ursache problematischer Phänomene in Gesellschaft, Wirtschaften und in gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Um dafür Lösungen, die gleichzeitig geschlechtergerecht sind zu erreichen, und somit Lösungen, die den in der Verfassung formulierten gesellschaftlichen Zielen, die den Fachpolitiken zugrundeliegen, letztlich zu entsprechen in der Lage sind, muss die Politikgestaltung den Fokus auf männlich geprägte Normen, Strukturen und Politikmechanismen überwinden. Politiken, die Ungleichheiten verstärken, bis hin zur Kontrolle über Ressourcen sind zu hinterfragen und aufzulösen.

Im Forschungsprojekt wurden analytische Kategorien zur Untersuchung von gesellschaftlichen Machtverhältnissen (Ursachen, strukturelle Ungleichheiten und Ausprägungen) zwischen den Geschlechtern entwickelt (Genderdimensionen). Sie können auf verschiedene gesellschaftliche, politisch zu verantwortende (Lebens-)Bereiche bezogen werden (vgl. Verloo/Roggeband 1996) und haben die Aufgabe, potenzielle Wirkungen von Maßnahmen auf die Geschlechterverhältnisse zu identifizieren und politische Handlungsmöglichkeiten zu generieren. In Anlehnung an Verloo et al. (2007) sind diese Genderdimensionen mit zentralen Bereichen oder Feldern der gesellschaftlichen Strukturierung verknüpft, durch die hierarchische Geschlechterverhältnisse hergestellt, aufrechterhalten und reproduziert werden.

In **Tabelle Z-2** werden die sechs Genderdimensionen/Lebensbereiche und die in allen Bereichen wirksame Querschnittsdimension Symbolische Ordnung dargestellt. Sie lassen sich gesellschaftlichen Bereichen (Versorgungsökonomie und Sorgearbeit, Erwerbsarbeit, Gestaltung öffentlicher Infrastrukturen, institutionalisierte Rationalitäten, politische Teilhabe und körperliche Unversehrtheit) zuordnen.

Tabelle Z-2: Überblick über die Genderdimensionen

Genderdimensionen	
Symbolische Ordnung: Hierarchisierungen, Bedeutungszuschreibungen und -positionierungen, genderhierarchisierende Narrative und Modernisierungsstrategien (Querschnittsdimension)	Versorgungsökonomie/Sorgearbeit: Zuschreibung, Stellenwert, Verteilung, Instrumentalisierung im gesellschaftlichen Wirtschaften
	Erwerbsökonomie: horizontale und vertikale Segregation, ökonomische Arbeitsbewertung, Armuts-, Eigentums-, Vermögensverhältnisse
	Öffentliche Ressourcen/Infrastrukturen: Bereitstellung, Ausrichtung, Priorisierung, Zugänglichkeit, Gebrauchsfähigkeit
	Institutionalisierter Androzentrismus/Definitionsmacht: Maskulinitätsmodelle als Maßstab in fach-/handlungsfeldspezifischen Rationalitäten, Problemwahrnehmungen, Methoden etc. institutionalisierte inhaltlich-kognitive Genderhierarchisierungen
	Definitions- und Gestaltungsmacht auf Akteursebene: Teilhabe an und Berücksichtigung von Genderexpertise bei Entscheidungen in Wissenschaft, Technik, Politik.
	Körper/Gesundheit/Sicherheit/Privatsphäre (intimacy): Gesellschaftliche Organisation von Sexualität, Gesundheit, Gewaltfreiheit, Privatsphäre, sexueller Selbstbestimmung

Gender in der internationalen Klimapolitik

Um die Bedeutung der einleitend erwähnten wachsenden Zahl von Genderreferenzen in klimarelevanten Vereinbarungen auf UN-Ebene für die nationale Politik der Vertragsstaaten herauszuarbeiten und

inwieweit sich daraus Verpflichtungen ableiten lassen, wurden in einem ersten Schritt die relevanten Dokumente der drei Rio-Konventionen (Klimarahmenkonvention UNFCCC, Biodiversitätskonvention CBD und UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung UNCCD) bezüglich ihrer Genderreferenzen analysiert. Dabei wurden nur die Passagen berücksichtigt, die sich als an die Vertragsstaaten gerichtete Mandate verstehen lassen und die für die Politik in Industrieländern relevant sind. Der Schwerpunkt der Analyse lag auf den Genderverpflichtungen aus dem UNFCCC-Prozess, aus denen direkte Anforderungen für die deutsche Klimapolitik ableitbar sind. Das inhaltlich breiteste Mandat ergibt sich aus dem Pariser Abkommen von 2015, in dem die Berücksichtigung von Geschlechtergerechtigkeit quer über alle Aktivitäten gefordert wird, ergänzt um spezifische Mandate zur Geschlechterparität und in den Bereichen Anpassung an Klimaveränderungen, Kapazitätenaufbau sowie Information, Bildung und Beteiligung. Operationalisiert wurden die Mandate für die folgenden zwei Jahre im Gender Aktionsplan von 2017, der u. a. auch den Kapazitätenaufbau im Bereich Gender Analysen betont.

Gender Aktionspläne (GAPs) haben sich in der Analyse als das zentrale Instrument zur Verankerung von Gender erwiesen. Als Herausforderungen sind der Querschnittscharakter beider Aufgaben, Gender- und Klimapolitik zu nennen, und der notwendige Kapazitätsaufbau zu Klima bei Gleichstellungsorganisationen und -institutionen und Genderexpertinnen einerseits, und zu Gender bei den klimapolitischen Stellen andererseits. Außerdem werden solche Pläne nur wirksam, wenn sie klar umrissene Aktivitäten samt Fristen und Zuständigkeiten umfassen und Maßnahmen und Indikatoren zur Erfolgskontrolle definiert sind.

Mit den im GAP zusammengefassten und für alle Vertragsstaaten gültigen Mandate zu Gender ist auch die deutsche Regierung in der Verpflichtung, in ihrer nationalen Klimapolitik Genderwirkungen zu reflektieren. Damit stehen die Fragen im Raum, welche forschungsbasierten Erkenntnisse zu den Wirkungen des Klimawandels und der entsprechenden Klimapolitik auf die Geschlechterverhältnisse in Industrieländern überhaupt vorliegen, ob die Integration der Genderperspektiven für die Klimapolitik einen Mehrwert hat und wenn ja, welchen. Vor diesem Hintergrund wurde zunächst mit einem systematischen Literaturreview die Frage beantwortet, wie die Genderperspektive in der Klimaforschung reflektiert wird.

Literaturreview

Ausgangsthese des Forschungsprojektes, und so auch des Literaturreviews war, dass jeder Aspekt des Klimawandels genderrelevant ist, ob es sich um die Verursachung von Treibhausgasemissionen, die Betroffenheit durch die Folgen des Klimawandels und die Anpassung daran handelt, oder den Zugang zu klimarelevanten Infrastrukturen wie etwa Energie- und Transportdienstleistungen. Ebenso wurden Genderaspekte bei den Präferenzen, Optionen und Kapazitäten zur Vermeidung von Emissionen vermutet, wie auch bei den Auswirkungen politischer Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel.

Der Literaturreview wurde im Frühjahr 2017 durchgeführt und beschränkte sich im Wesentlichen auf Peer-Review-Beiträge in Fachzeitschriften, Forschungsberichte und Bücher die seit 2010 erschienen waren und die sich auf die Situation in den Ländern des Globalen Nordens bezogen.

Erkenntnisse aus der genderreflektierenden Forschung liegen in fast allen Handlungsfeldern der Klimapolitik vor, allerdings in deutlich unterschiedlichem Umfang. Dies erklärt sich einerseits aus den Schwerpunkten der aktuellen Klimapolitik, andererseits daraus, ob die Genderaspekte des jeweiligen Handlungsfeldes sich, in Verbindung mit anderen sozialen Dimensionen, leicht erschließen lassen. Dies ist beispielsweise im Handlungsfeld Energie der Fall, in dem die Diskussion über Energiearmut die Genderperspektive anschlussfähig gemacht und gleichzeitig auch neue Fragen aufgeworfen hat: Wie wirkt sich die Transformation des Energiesystems auf die Versorgungsarbeit und damit auf die Geschlechterverhältnisse aus, wie wirken Energieeffizienz und -suffizienz auf der Haushaltsebene und

wie schlägt sich das in den politischen Maßnahmen nieder? Untersuchungen zeigen den geschlechterdifferenzierten Energiekonsum auf, für den neben den deutlichen Einkommens- und Vermögensunterschieden die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und -zuständigkeiten verantwortlich gemacht werden. Auch im Handlungsfeld Verkehr liegen zahlreiche Untersuchungen vor, da hier die Datenlage die Analyse von Geschlechterdifferenzen ermöglicht. Der in vielen Berechnungen deutlich höhere CO₂-Fußabdruck von Männern resultiert nachweislich aus deren Mobilitätsverhalten, das sich in größeren Autos und häufigerer Nutzung bei längeren Strecken zeigt, darüber hinaus auch in unterschiedlichen Wegezwecken und Wegeketten von Frauen und Männern, bedingt durch Versorgungsarbeit und Begleitverkehr. Trotz der vergleichsweise guten Datenlage in diesem Bereich werden die notwendigen nächsten Schritte, nämlich die Untersuchung der Ursachen und der Konsequenzen für eine nachhaltige und genderresponsive Verkehrspolitik, meist nur in Form weiterer Forschungsfragestellungen abgehandelt. Ausnahmen kommen aus der Maskulinitätsforschung in Skandinavien, die Verbindungen zwischen Maskulinität, Normen und Mobilität problematisiert und vor dem Hintergrund der langjährigen Erfahrungen aus diesem Bereich auch Hindernisse bei der Übertragung dieser Verbindungen in Forschung und Politik benennt.

Grundsätzlich gehen die Erkenntnisse kaum über die Darstellung von Geschlechterdifferenzen hinaus. Das zeigt sich beispielsweise in den Themenfeldern Ressourcennutzung, Konsum, Ernährung, in denen selten über widersprüchliche Anforderungen bei Ressourcennutzung und Konsum gesprochen wird, z. B. zwischen Wachstum und suffizienten Lebensstilen, zwischen Beschleunigung und Entschleunigung oder zwischen Partizipation und staatlicher Verantwortungsübernahme. Jeder einzelne Pfad hat hochgradige Auswirkungen auf Geschlechterrollen und Rollenverantwortlichkeiten bzw. deren geschlechtliche Zuschreibungen. Noch seltener werden kritisch-transformative Ansätze verfolgt.

Im Handlungsfeld Wasser liegen dagegen kaum Erkenntnisse aus der Genderforschung vor, auch das Thema Anpassung an den Klimawandel wird von der Genderforschung im globalen Norden eher wenig behandelt. Auffällig ist, dass bei den Analysen der Wirkungen des Klimawandels immer wieder die geschlechtsspezifische Vulnerabilität, aber kaum die gesellschaftlichen Ursachen in Form der herrschenden Machtverhältnisse mit ihren Auswirkungen auf alle Lebensbereiche thematisiert werden. Grundannahmen wie die, dass Frauen im Globalen Süden besonders verwundbar sind, während Frauen im Globalen Norden umweltfreundlicher agieren und sich stärker um den Klimawandel sorgen, beruhen auf Vereinfachungen und Verallgemeinerungen. Diese ignorieren nicht nur die Unterschiede innerhalb der Geschlechter, sondern können auch vorhandene Spaltungen in ‚die Täter/-innen‘ des Globalen Nordens und ‚die Opfer‘ des Globalen Südens zementieren.

Bevölkerungsbefragungen werden seit Langem regelmäßig nach (biologischem) Geschlecht ausgewertet und belegen bekannte Geschlechterunterschiede bei den Einstellungen zur Klimapolitik, der Akzeptanz von Lösungsansätzen und beim Umweltverhalten. Die Ergebnisse von ‚weichen‘ Daten aus Bevölkerungsbefragungen unterliegen großen geografischen und zeitlichen Schwankungen, zeigen aber bei den Genderaspekten auch über einen längeren Zeitraum hinweg konstante Ergebnisse – z B. bei der erwähnten Wahrnehmung des Klimawandels und seiner Einschätzung als Risiko – die im Prinzip für die gesellschaftliche Transformation zu einer CO₂-armen Gesellschaft wichtige Hinweise auf Stell-schrauben für notwendige Veränderungen geben können.

Eher selten im Mittelpunkt stehen bei den Forschungen die geschlechtertypischen Verursachungen und Auswirkungen des Klimawandels und damit auch nicht die Treiber von Ungleichheit. Dies ist möglicherweise damit zu erklären, dass die Klimathematik für die Genderforschung ein relativ neues Thema ist, weshalb sie sich zunächst mit Methodenkritik und Vorschlägen, mit welchen konzeptionellen oder methodischen Ansätzen das Thema Gender und Klima beforscht werden sollte, befasst.

Die politikwissenschaftlich orientierte Klimaforschung befasst sich eher mit quantifizierbaren Geschlechterdifferenzen, die ausschließlich mittels Daten zum biologischen Geschlecht erhoben werden. Über die Ursachen dieser Geschlechterdifferenzen werden eher Mutmaßungen angestellt, als dass sie

analysiert werden. Auffällig ist daher der große Anteil von auf Differenzansätzen basierenden Beiträgen, bei denen die Geschlechterunterschiede als relevant gesetzt und daraus Empfehlungen generiert werden. Problematisch ist dabei, dass dies zu einer Festschreibung traditioneller Rollenzuschreibungen führen kann und damit vorhandene strukturelle Hierarchisierungen reproduziert werden. Das gilt für fast alle Forschungen, die mit quantitativen Daten arbeiten: hier finden sich ausschließlich Daten zum biologischen Geschlecht (Sex), nach dem sozialen Geschlecht (Gender) differenzierte Daten fehlen, intersektionale Ansätze, die Geschlecht mit anderen sozio-ökonomischen oder sozio-kulturellen Dimensionen verbinden, sind rar.

In der naturwissenschaftlichen Klimaforschung fehlen die Genderaspekte dagegen völlig. Sehr vereinzelte methodische Vorschläge und Analysen, wie feministische oder Genderforschung die Betrachtung der Forschungsgegenstände verändern könnte, werden innerhalb der Forschungsgemeinschaft noch weitgehend ignoriert.

Auch wenn die Anzahl an Forschungsvorhaben und Forschungserkenntnissen wächst, die die verschiedenen Genderdimensionen oder zumindest Geschlechterunterschiede adressieren, so ist dies doch immer noch ein sehr kleiner Prozentsatz der Klimaforschung insgesamt. Der Mainstream der Klimaforschung ignoriert Genderaspekte nach wie vor.

Trotz der vielen identifizierten Leerstellen und Unzulänglichkeiten der quantitativen, sex-disaggregierten Forschung konnte mit dem Review die Relevanz der Geschlechterverhältnisse für alle Aspekte von Klimawandel und Klimapolitik belegt werden. Durch die vorhandene Vielfalt und Breite der Forschungsergebnisse kann die Anschlussfähigkeit an klimapolitische Diskurse, Strategien, Programme und die Umsetzung von Maßnahmen deutlich verbessert werden.

Arbeitshilfe zur klimapolitischen Gleichstellungsprüfung/gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung

Wie klimapolitische Vorhaben, wie Strategien, Programme, Projekte oder konkrete Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit bewertet und optimiert und damit zugleich besser an den Bedürfnissen ihrer Zielgruppen ausgerichtet werden können, wird in [Kapitel 4](#) untersucht. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitshilfe zur klimapolitischen Gleichstellungsprüfung / gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung (Gender Impact Assessment) erarbeitet und in ausgewählten klimapolitischen Handlungsbereichen exemplarisch erprobt.

Mit dieser Arbeitshilfe für eine klimapolitische, gleichstellungsorientierte Folgenabschätzung (Gender Impact Assessment - GIA) können die Wirkungen von klimapolitischen Vorhaben (Klimaschutz und Klimaanpassung) auf die Geschlechtergleichstellung geprüft werden, mit dem Ziel die Geschlechtergerechtigkeit im Bereich der Klimapolitik zu verbessern. Die gleichstellungsorientierte Analyse und Bewertung eines klimapolitischen Vorhabens und die darauf aufbauenden Empfehlungen liefern Hinweise, wie dieses Vorhaben so weiterentwickelt werden kann, dass es sowohl einen positiven Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter leisten als auch besser auf die jeweiligen Zielgruppen und deren Bedürfnisse abgestimmt werden kann. Damit kann ein breiteres Spektrum von Lösungen erschlossen und eine verbesserte klimapolitische Wirkung erzielt werden.

Um die Arbeitshilfe speziell an die Fragestellungen der Klimapolitik anzupassen, wurden zum einen die Ergebnisse des Literaturreviews zur Reflektion der Genderperspektive in der Klimaforschung herangezogen. Zum anderen wurde eine Bestandsaufnahme von Gender Impact Assessments in unterschiedlichen Handlungsfeldern der Klimapolitik vorgenommen. Ergänzend wurden Verfahren der Folgen- und Wirkungsanalyse aus anderen Bereichen, z.B. der Technikfolgenabschätzung oder der Public Health-Forschung ausgewertet, die ebenfalls genderrelevante Fragestellungen aufgreifen.

Das Verfahren der Gleichstellungsprüfung / gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung zeichnet sich durch ein interdependentes Verständnis von Gender aus. Damit ist gemeint, dass bei der Analyse

von Gender nicht nur Frauen und Männer, sondern auch zwischengeschlechtlich verortete Menschen („divers“) und Geschlecht in seiner Vielfalt (transgender, intersex) berücksichtigt werden. Zudem werden Geschlechter nicht als homogen betrachtet, sondern im Zusammenhang weiterer Faktoren sozialer Ungleichheit bzw. sozialer Marginalisierung analysiert. Ausgehend von der Geschlechterperspektive werden hierbei Wechselwirkungen mit anderen Merkmalen von Ungleichheit wie Alter, Einkommen, Bildung, körperliche Verfasstheit, kultureller Hintergrund etc. betrachtet. Das GIA-Instrument bezieht sich dabei auf zwei Ebenen – unterschiedliche Geschlechter („männlich, weiblich, divers“) sowie Geschlecht als interdependente Kategorie – und verwendet dafür das Konzept und die Bezeichnung „Gender+“.

Methodisch erfolgt die Überprüfung der gleichstellungsrelevanten Wirksamkeit eines klimapolitischen Vorhabens in einem prozessualen, iterativen Vorgehen: In einem ersten Schritt wird nach den Auswirkungen des zu untersuchenden Vorhabens auf die hierarchischen Beziehungen zwischen den Geschlechtern gefragt. In einem zweiten Schritt werden weitere sozio-ökonomische Differenzierungsmerkmale in die Analyse eingeführt, um z.B. die Wirkung eines Vorhabens in Bezug auf Diskriminierungen und Ausgrenzung entlang von Merkmalen wie Alter, Einkommen, Religion etc. zu prüfen. Dabei ist zu beachten, dass keine vorab definierten Hierarchisierungen angenommen werden können. Verschiedene Faktoren, die Ungleichheit generieren, sind fall- und kontext-spezifisch zu betrachten; die Kategorien und ihre Bedeutung müssen im Forschungsprozess selbst herausgearbeitet werden. Dabei besteht ausdrücklich nicht der Anspruch, sämtliche Kategorien einzubeziehen, die an der Konstitution von (sozialen, ökonomischen, gesundheitlichen etc.) Ungleichheiten beteiligt sind. Der Fokus richtet sich vielmehr auf diejenigen, die für den jeweiligen Maßnahmenbereich die höchste Relevanz haben. Die Entscheidung über die Auswahl und Eingrenzung der jeweils relevanten Differenzierungsmerkmale ist dabei auf Grundlage des Stands der wissenschaftlichen Debatte zu Gender in den verschiedenen Handlungsfeldern der Klimapolitik zu treffen.

Die inhaltlich-thematische Gliederung des GIA erfolgt anhand von Lebensbereichen (Genderdimensionen). Diese Lebensbereiche dienen als eine Art Suchmatrix für die Identifikation und Analyse gleichstellungsrelevanter Wirkungen in klimarelevanten Handlungsfeldern. Sie liefern Fragen, anhand derer dann konkrete Genderbezüge der untersuchten klimapolitischen Vorhaben identifiziert werden können. Zu diesen Lebensbereichen gehören beispielsweise Sorgearbeit, Erwerbsarbeit, politische Teilhabe, Nutzung öffentlicher Infrastrukturen oder Gesundheitsvorsorge. Darüber hinaus berücksichtigen sie kulturell verankerte symbolische und strukturelle Faktoren, welche die Wahrnehmung und Bewertung der Kategorie „Geschlecht“ beeinflussen. Die Lebensbereiche (Genderdimensionen) werden in der Arbeitshilfe näher beschrieben und anhand von Beispielen illustriert. Zu diesem Zweck wurde die zuvor im Forschungsvorhaben entwickelte Systematik der Genderdimensionen überarbeitet und an die praktischen Anforderungen der Gleichstellungsprüfung / gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung angepasst. Zu jedem Lebensbereich werden konkrete Prüffragen formuliert.

Die Durchführung der gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung erfolgt durch eine strukturierte Anwendung von Verfahren und Methoden in zwei Schritten (vgl. [Tabelle Z-3](#)): Mithilfe einer Relevanzprüfung wird zunächst überprüft, ob gleichstellungspolitische Auswirkungen eines klimapolitischen Vorhabens vorliegen oder vorliegen können. Die Relevanzprüfung umfasst eine Charakterisierung des jeweiligen Vorhabens und seiner Zielgruppen sowie die Feststellung der Gleichstellungsrelevanz anhand konkreter Fragen, die qualitativ analysiert werden. Wird eine Gleichstellungsrelevanz festgestellt, erfolgt die Hauptprüfung. Diese besteht aus einer vertieften Prüfung des Vorhabens. Sie umfasst sowohl qualitative als auch quantitative Verfahren und baut auf den Fragestellungen der Relevanzprüfung auf. Zunächst werden die Ausgangssituation und die fachlichen Ziele des Vorhabens geklärt. Danach wird das Vorhaben näher charakterisiert. Anhand von Prüffragen erfolgt in der Hauptprüfung eine detailliertere Analyse der Wirkungen in Bezug auf die als relevant identifizierten Lebensbereiche (Genderdimensionen). Dabei erfolgt eine genauere Beschreibung der von dem Vorhaben mittelbar und unmittelbar betroffenen Geschlechter sowie die Berücksichtigung weiterer Merkmale sozialer Diffe-

renzierung (Gender+). Als Ergebnis der Prüfung wird festgehalten, welche Wirkungen das klimapolitische Vorhaben auf gleichstellungspolitische Handlungsfelder hat und welche konkreten Verbesserungsmöglichkeiten der Gleichstellung identifiziert werden können. Auf dieser Basis werden Empfehlungen formuliert. Aus klimapolitischer Sicht ergibt sich der Vorteil, dass durch eine stärkere Zielgruppenorientierung und eine genauere Berücksichtigung der Bedürfnisse und Lebensumstände der Adressat/-innen ein breiteres Spektrum von Lösungen erschlossen und eine verbesserte Wirkung erzielt werden kann. Klimapolitische Strategien, Programme, Projekte und Maßnahmen können so treffsicherer gestaltet und blinde Flecken oder nichtintendierte Folgen solcher Vorhaben frühzeitig erkannt und vermieden werden.

Tabelle Z-3: Ablauf eines GIA im Überblick

Relevanzprüfung	
Ausgangssituation	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Auf welchen Sachverhalt bezieht sich das Vorhaben? ▶ Welches Vorhaben ist beabsichtigt (ex-ante) bzw. soll parallel oder ex-post untersucht werden?
Feststellung Gleichstellungsrelevanz	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Werden von dem Vorhaben oder einzelnen Teile davon Gender+ unmittelbar oder mittelbar betroffen? ▶ Welche Lebensbereiche sind durch das Vorhaben betroffen? ▶ Gibt es Anhaltspunkte, dass das Vorhaben oder Teile davon sich unterschiedlich in Bezug auf Gender+ auswirken?
Bewertung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Feststellung der Gleichstellungsrelevanz des Vorhabens (ja/nein) mit kurzer schriftlicher Begründung
Hauptprüfung	
Ausgangssituation	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Auf welchen Sachverhalt bezieht sich das Vorhaben? ▶ Welche fachlichen Ziele hat das Vorhaben und wie begründen sich diese? ▶ Welche Daten (Statistiken, Studien etc.) und Erkenntnisse liegen dem Vorhaben zugrunde?
Analyse des Vorhabens	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Welche Maßnahmen sind zur Zielerreichung vorgesehen bzw. wurden zur Zielerreichung (inkl. Indikatorik) definiert? ▶ Welche Akteure sind (bzw. waren) bei der Gestaltung des Vorhabens beteiligt? ▶ Welche fachlichen Alternativen, Varianten und flankierenden Maßnahmen sind mit welchem Ergebnis geprüft worden?
Analyse der Gleichstellungswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Welche Personengruppen sind unmittelbar und mittelbar betroffen? ▶ Welche gleichstellungsrelevanten Wirkungen hat das Vorhaben auf die unterschiedlichen Lebenssituationen, Interessen und Alltagspraktiken in Bezug auf Gender+? ▶ Gibt es hervorstechende Diskriminierungen oder Schlechterstellungen durch weitere Merkmale sozialer Ungleichheit der betroffenen Personengruppen (z.B. durch Alter, soziale Lage, Her-

	<p>kunft usw.), die einen Einfluss auf die Wirkung des Vorhabens ausüben?</p> <ul style="list-style-type: none"> ► Welche relevanten Akteure sind in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt zur Berücksichtigung von Genderexpertise und einer Genderperspektive einzubeziehen? ► Wie müssen die Maßnahmen zur Zielerreichung inkl. Indikatorik und der Akteursbezug angepasst bzw. welche fachlichen Alternativen oder flankierenden Maßnahmen müssen zur Gleichstellungsorientierung eingeführt werden?
Bewertung	<ul style="list-style-type: none"> ► Schriftlicher Bericht

Der Prototyp der Arbeitshilfe wurde an konkreten klimapolitischen Vorhaben getestet. Dabei wurden die Anforderungen und Bedürfnisse der künftigen Nutzer/-innen des Instruments explizit berücksichtigt. An konkreten Praxisbeispielen wurde exemplarisch untersucht, wie mithilfe des Fragenkatalogs die Bedeutung von Gender für die Klimapolitik sichtbar gemacht werden kann. Der Fokus lag dabei auf Vorhaben aus den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung, die eine hohe Genderrelevanz aufweisen. Als Beispiele wurden Szenarien zur Reduktion des Motorisierungsgrades als Beitrag zur kompakten funktionsgemischten Stadt sowie Handlungsempfehlungen für den verhaltensbezogenen Hitzeschutz im Zusammenhang mit der Erstellung von Hitzeaktionsplänen ausgewählt. Zu beiden Vorhaben wurde der Forschungsstand zu genderrelevanten Aspekten in den betreffenden Handlungsfeldern ausgewertet. Grundlage bildete die in [Kapitel 3](#) erstellte Literaturübersicht. Die Befunde wurden mithilfe der Lebensbereiche und Prüffragen analysiert und strukturiert. Die Prüffragen und die so gewonnenen Befunde wurden in einem Workshop mit Mitarbeiter/-innen des Umweltbundesamts getestet und zur Diskussion gestellt. Der Workshop erbrachte eine Reihe von Hinweisen, wie die Praxistauglichkeit des Instruments verbessert und die Anwendung erleichtert werden können, die bei der Überarbeitung der Arbeitshilfe berücksichtigt wurden. In die Endfassung gingen zudem die Empfehlungen aus der Kommentierung von Genderexpertinnen ein.

Wirkungsmechanismen, Bedarf an Daten und Methodenveränderungen und Analyse zentraler klimapolitische Programme

Anstrengungen zur Verbesserung der Geschlechterverhältnisse können ihrerseits grundlegend die Wirksamkeit von Klimapolitik verbessern. Die Erkenntnisse in [Kapitel 5](#) liefern Beiträge für zwei Wirkrichtungen: Verbesserung der Geschlechterverhältnisse und Gleichstellungsbeiträge durch gender-responsive Klimapolitik sowie Verbesserung der Klimapolitik durch die Bearbeitung ihrer Genderdimensionen. Für beide Wirkrichtungen gilt: um *systematisch* und dabei differenziert in Hinsicht auf bestehende gesellschaftliche Probleme, der Verfassung zu entsprechen und die tatsächliche Gleichheit in Chancen, Lasten und Risiken der Geschlechter zu gewährleisten, können die Verbesserungen auf der Basis vorhandener Daten und Forschungsergebnisse bisher nicht (v.a. quantitativ nicht) abgeschätzt werden. Handlungs- und Politikempfehlungen gestalten sich ohne eine solche Evidenzbasierung schwierig. Von daher stellen sich folgende Fragen:

- Wie können die Wirkungsmechanismen zwischen Klimapolitik und Geschlechtergerechtigkeit in Form von Daten (besser) gefasst werden?
- Wie können die Wirkungsmechanismen zwischen Klimapolitik und gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen strukturell adressiert werden?
- Wie kann deren Adressierung gelingen, so dass sie real klimapolitisch durchsetzungsfähig werden, ohne an tatsächlich Machtverhältnisse reduzierender und Strukturen verändernder Richtungssicherheit einzubüßen?
- Wie kann solch doppelt tiefgreifende Transformation erreicht werden, so dass Klima- und Gleichstellungs- bzw. Gerechtigkeitsziele erreicht werden?

Auch bleiben bisher Fragen danach unbeantwortet, wie genderresponsiv gestaltete Klimapolitiken

- ▶ (quantitativ) abschätzbare Verbesserungen der gesellschaftlichen Verhältnisse zugunsten emissionsfreieren Lebens, Versorgens und Erwerbsarbeitens bewirken;
- ▶ dazu beitragen, die Erzeugung von Strukturen und Rahmenbedingungen, die Emissionen und Emissionswachstum verursachen, zu verlangsamen oder gar zu vermeiden (Reduzierung der strukturellen Erzeugung von Energiebedarfen und -abhängigkeiten, Reduzierung struktureller Verkehrserzeugung);
- ▶ dazu beitragen, Strukturen und Rahmenbedingungen zu generieren, die mittels einer Verbesserung von Geschlechtergerechtigkeit eine Anpassung an den Klimawandel ermöglichen;
- ▶ Geschlechtergerechtigkeit wirksam und zugleich in einer Weise befördern können, ohne das Emissionswachstum zu reproduzieren bzw. zu verfestigen.

Die während des Projekts weiterentwickelten sieben Genderdimensionen machen solche Analysen möglich, weil sie über die Ebene rein phänomenologischer Differenzen hinausreichen. Sie bieten Erkenntnisgewinne über Wirkungszusammenhänge. Mit ihnen kann eingeschätzt und systematisch erfasst werden, inwieweit i) der bisher nicht vollumfänglich umgesetzte Verfassungsauftrag, Gleichstellung pro aktiv zu fördern, und ii) Fortschritte im Erreichen tatsächlicher Gleichheit in Chancen, Lasten und Risiken der Geschlechter realisiert werden. Zugleich ermöglichen sie eine Operationalisierung für konkrete Analysen, Bewertungs- und Handlungs-Ableitungen. Die Genderdimensionen sind problemorientiert. Sie decken die wesentlichen gesellschaftlichen Ebenen von Bedingungen und Treibern von Ungleichheit und Hierarchisierung gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse ab.

Zentral ist zunächst die Frage des *Bedarfs* von relevanten Daten für die Analyse. Eine Zielsetzung der Arbeiten dieses Kapitels war es daher, herauszuarbeiten, welche Daten erforderlich sind, um die Wirkungen vor allem aber die entsprechenden Wirksamkeiten einer genderresponsiv gestalteten Klimapolitik beurteilen zu können. Dies bedingt eine Auseinandersetzung mit den Wirkmechanismen. Eine besondere Herausforderung stellt weiterhin die Problematik der *Verfügbarkeit* von Gender- und eben nicht Sexus-bezogenen Daten dar, also Daten, die eine an den sieben Genderdimensionen orientierte Analyse ermöglichen würden. Dieses Defizit an Datenbeständen, die sich auf die gesellschaftlichen Treiber von Ungleichheit und Hierarchisierung gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse beziehen und hierfür Aussagekraft besitzen, ist gravierend. In Hinsicht auf die zweite Fragerichtung, der nach Verbesserung der Klimapolitik durch die Bearbeitung ihrer Genderdimensionen, besteht ebenfalls ein erheblicher Mangel an verfügbaren Daten: an Daten zur strukturellen Emissionserzeugung.

Beispielsweise wird bisher nicht quantifiziert, in welchem Umfang die genderbedingte symbolische Aufladbarkeit eines Transportmittels (Personenkraftwagen) als Inszenierungsmittel für „erfolgreiche Maskulinität“ verantwortlich ist für die extrem problematische Automotorisierung und ihr Wachstum in Deutschland. Einerseits betreffen solche Fragen die Mikro-Ebene, in diesem Beispiel Fragen der Akzeptanz eines Dienstwagens (u.a. als Ersatz für Gehaltsanteile, Sinnstiftung und Selbstbestimmung im Beruf etc.), andererseits aber vor allem die Makro-Ebene, in diesem Beispiel Fragen nach der Einführung und Aufrechterhaltung einer gesetzlich geregelten dreifachen steuerlichen Subventionierung dieses umwelt-, verkehrsökologisch und klimaunverträglichen Verkehrs(system)mittels. Immerhin bewirkt dieses „Dienstwagenprivileg“ etwa 62% des jährlichen Neufahrzeuge-Bestands. Fast ausschließlich über dieses Privileg kommen heute Dienstwagen in die Fahrzeugflotte. Und vielfach sind Dienstwagen im Vergleich zum Gesamtfahrzeugbestand zudem größer und schwerer und verbrauchen mehr Kraftstoff. Über den Hebel der Abschaffung des Dienstwagenprivilegs können zugleich sowohl fragwürdige Maskulinitätsmodelle problematisiert als auch ein erheblicher klimapolitischer Einfluss ausgeübt und stärkere ökologische Anreize gesetzt werden. Und es können damit stärkere Anreize in Hinsicht auf Emissionsminderung und Geschlechtergerechtigkeitsbeförderung gesetzt werden als über die CO₂-Bepreisung.

Wissenschaftlichkeit verlangt größtmögliche Objektivität, Reflexion und Transparenz über mögliche Verzerrungen. Gleichzeitig ist Politik in Demokratien der Rechtstreue, dem Gemeinwohl, der Daseinsvorsorge und den Grundrechten Aller verpflichtet und muss Akzeptabilität aufweisen, damit ihre Legitimität anerkannt werden kann. Dieses gebotene Maß an Objektivität und Ausgewogenheit sowie die Akzeptabilität bemessen sich daran, dass nicht implizit und unreflektiert Maskulinität zum Maßstab erhoben wird. Wie ausgewogen und akzeptabel bzw. wie unausgewogen und inakzeptabel jeweils sachliche Aussagen, Problembeschreibungen oder konkrete Lösungsentwürfe sind, wird erst dann transparent, wenn deren implizit aus ungleichen Geschlechterverhältnissen resultierenden sowie auf die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse wirksamen Elemente in Konzepten, Framing, Begriffen, Kategorienbildung, Methodologie, Ausgrenzung bzw. Einbeziehung von Wissensbeständen gezielt reflektiert, genau herausgearbeitet, ausgewiesen und korrigiert werden. Dies genau verlangen auch die Gender Mainstreaming-Gebote. Von der Bearbeitung von Genderdimensionen - im Zusammenspiel mit anderen sozialen Faktoren (Intersektionalität) - hängen Wissenschaftlichkeit oder auch nur Sachlichkeit sowie Nützlichkeit tatsächlich für alle ab.

Dies gilt nicht nur für sich auf unvollständige, genderblinde Daten berufende klimapolitische Aussagen, Problembeschreibungen, Lösungsansätze und Maßnahmenentwicklung, sondern auch für die Interpretation von Daten, die Definition von Messgrößen und auch für Konzepte, Framing, Begriffe, Kategorienbildung und Methodologien, mit denen Daten erhoben werden. Sexus-bezogene geschlechtsdisaggregierte Daten, die nur nach dem biologischen Geschlecht differenzieren, reichen nicht aus, um die gesellschaftlichen Herausforderungen, gerechte Geschlechterverhältnisse herzustellen, zu beschreiben, da sie nur die phänomenologische Ebene adressieren, jedoch die Dynamiken der Aufrechterhaltung geschlechterungleicher Strukturen und Praxen nicht abbilden können.

Ergebnis der Ermittlung wirkungsbezogenen Datenbedarfs ist, dass grundsätzlich die folgenden *Bedarfskategorien für auf Gender bezogene Daten* bestehen:

- ▶ Bedarf an *Daten, die die Verbindung zwischen Ungleichheit und Verantwortung für den Klimawandel* empirisch transparent machen und deren *Entwicklung* in Zeitreihen beobachten.
- ▶ Bedarf an *Daten zu den Treibern von Geschlechterungerechtigkeit*, die in Beziehung gesetzt werden können zu den verschiedenen Klimaaspekten (Klimawandel, Klimafolgenanpassung und Klimaschutz).
- ▶ Bedarf an *Daten und Forschung zu den Treibern des Klimawandels*, die in Beziehung gesetzt werden können zu den Genderdimensionen.

Die Ermittlung des Datenbedarfs und von Handlungsempfehlungen wurde konkret anhand von drei Beispielen betrachtet:

- ▶ Klimaschutzplan 2050.
- ▶ Kommunales Maßnahmenprogramm.
- ▶ Deutsche Anpassungsstrategie.

Für die drei Beispiele wurde nach einer kurzen Einleitung und Beschreibung der Strategie/des Programms jeweils die Relevanz der Genderdimensionen betrachtet. In der weiteren Analyse wurde untersucht: Wo könnten Genderbelange tangiert sein, wo sollten sie adressiert werden, welche aus der Genderperspektive relevanten Handlungsfelder oder Maßnahmen fehlen.

Handlungsbedarfe und Empfehlungen: Mit Gender zu einer ambitionierteren Klimapolitik

Die hier kurz beschriebenen Handlungsbedarfe und Empfehlungen für eine geschlechtergerechte Klimapolitik in Deutschland werden ausführlicher in Kapitel 6 erläutert. Dort sind weitere Empfehlungen ausgearbeitet (Langfassung der Empfehlungen). Sie beziehen sich auf folgende Aspekte:

- ▶ Grundsätze zur Einbeziehung von Geschlechtergerechtigkeit in die Klimapolitik,
- ▶ Politikempfehlungen,
- ▶ Gleichstellungsorientierte Folgenabschätzung,
- ▶ Methoden, Datenbedarf und Datenerhebung,
- ▶ Finanzierung und Förderung,
- ▶ Forschungsbedarf und –regularien,
- ▶ Verbreitung und Kompetenzstärkung.

1 - Verankerung von Gender im Klimaschutzgesetz und Maßnahmenprogrammen

Das Klimaschutzgesetz, das den Rahmen für die zukünftige Klimapolitik setzt und verbindlich sicherstellen soll, dass die Klimaziele eingehalten werden, sollte einen Artikel mit Grundsätzen zur Gestaltung der Klimaschutzpläne, Programme und Maßnahmen enthalten. Zu den Grundsätzen gehören die Berücksichtigung und Förderung der sozialen Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit, weiterhin u. a. die Einhaltung der menschenrechtlichen Verpflichtungen und das Recht auf Gesundheit. Der Artikel sollte ausdrücklichen Bezug auf Daseinsvorsorge, Gemeinwohl, Gender Mainstreaming und öffentliche Belange nehmen. Das Maßnahmenprogramm 2030 und dessen Fortschreibung sollten bereits die weiter unten aufgestellten Empfehlungen umsetzen. Das gilt vor allem für die Berücksichtigung der Erkenntnisse der Genderforschung (Empfehlung 4), die Einbeziehung von Genderexpertise in den Gremien und Partizipationsverfahren (5), die Überprüfung der Maßnahmen auf Geschlechtergerechtigkeit (6) sowie die Einbeziehung von Genderkriterien beim Monitoring und der Evaluation der Maßnahmen (7).

2 - Erarbeitung und Beschluss eines nationalen klimapolitischen Gender-Aktionsplans

Ein nationaler klimapolitischer Gender Aktionsplan (nGAP) sollte konkrete Schritte für die kommenden Jahre samt Zuständigkeiten, Fristen und Ergebnisorientierung festlegen, um Verbindlichkeit und Klarheit für alle Beteiligten herzustellen. Der nationale klimapolitische Gender-Aktionsplan sollte Aktivitäten zur Bewusstseinsbildung und Kompetenzstärkung im Bereich Gender und Klimapolitik enthalten, die Durchführung modellhafter Gender Impact Assessments in wichtigen Handlungsfeldern, sowie die Integration von Gender in die dem UNFCCC-Sekretariat zu unterbreitenden Berichte und Pläne. Hier bestehen Potenziale, diesen nGAP mit der im Kontext der UN Konferenz Peking+25 angekündigten Strategie der Bundesregierung für mehr Geschlechtergerechtigkeit zu koordinieren.

3 - Gebote des Gender Mainstreamings konsequent umsetzen

Nur durch die konsequente Umsetzung von Gender Mainstreaming können die dadurch verbindlich eingeforderten, spezifischen Beiträge der Fachpolitiken zu einer Verbesserung der gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse erbracht werden. Um GM entsprechend die Wirkungen klimapolitischer Maßnahmen in den relevanten Fachpolitiken (u. a. Verkehr, Bauen, Energiewirtschaft, Landwirtschaft) aus Genderperspektive zu analysieren und zu bearbeiten, muss in allen diesen Politikfeldern ein grundlegendes Verständnis der Ursachen von Geschlechterungleichheiten herausgearbeitet werden. In der Folge müssen die politischen Maßnahmen genderresponsiv gestaltet werden.

4 - Berücksichtigung der Erkenntnisse der Genderforschung bei der Entwicklung klimapolitischer Programme und Maßnahmen

Bei der Planung und Entwicklung von klimapolitischen Programmen und Maßnahmen sollte der Kenntnisstand der genderresponsiven Fachforschung zugrunde gelegt werden. Es können z. B. Ergebnisse des internationalen Reviews der Fachliteratur zu Gender und Klima und der Wirkungsanalysen aus dem vorliegenden Bericht sowie Ergebnisse eines weiteren UFOPLAN-Vorhabens zu den Genderaspekten in verschiedenen Bedürfnisfeldern des urbanen Umweltschutzes, u. a. Wohnen, Verkehr und Ernährung (FKZ 3717151100) genutzt werden. Hierfür wäre es sinnvoll, Zusammenfassungen der Reviews mit den wichtigsten Erkenntnissen zu Genderwirkungen in den klimapolitischen

Handlungsfeldern für Entscheidungsträger/-innen zu erstellen. Um Wissenslücken und Informationsdefizite zu vermeiden, sind verschiedene Verfahren denkbar, in denen zwingend vorgeschrieben ist und überwacht wird, dass z. B. Gender-Experten/-innen aus dem Forschungsbereich einbezogen werden, ein für alle geplanten Projekte verpflichtendes GIA durchgeführt wird oder die Partizipation von klimapolitisch engagierten Frauen- und Genderverbänden ermöglicht wird.

5 - Genderkompetenz und -expertise in der Klimapolitik stärken

Der Aufbau von Genderkompetenz in Institutionen, wie dem BMU und UBA, ist eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Durchführung von Gleichstellungsprüfungen. Es empfiehlt sich, bei Neueinstellungen Genderkompetenz als zusätzliches Auswahlkriterium einzuführen. Verpflichtende Fort- und Weiterbildung für Führungskräfte und programmgestaltende Mitarbeiter/-innen ermöglicht es, die fachlichen Genderkompetenzen im Querschnitt der Beschäftigten zu stärken. Außerdem empfiehlt es sich, bei der Planung und Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen fachliche Genderexpertise (In-House oder extern) hinzuzuziehen. Um Genderkompetenz langfristig abzusichern, könnte diese in die Ausbildung von Beamten/Beamtinnen und Mitarbeitenden in Institutionen und Administration integriert werden.

6 - Klimapolitische Vorhaben auf Geschlechtergerechtigkeit überprüfen

Eine verbindliche und regelmäßige Anwendung der im Vorhaben weiterentwickelten Gleichstellungsprüfung / gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung (GIA) oder ähnlicher Instrumente leistet einen wichtigen Beitrag, um Gender konsequent bei der Entwicklung klimapolitischer Vorhaben zu berücksichtigen. Dafür sollten angemessene Ressourcen bereitstehen. Eine Rechenschaftspflicht unterstützt die institutionelle Einbettung des Instruments. Das GIA sollte zunächst beispielhaft in verschiedenen Anwendungsbereichen umgesetzt werden: Anschauliche Best-Practice-Beispiele können dadurch erarbeitet und verfügbar gemacht werden. Eine flexible Handhabung des GIA ermöglicht die Anpassung des Instruments an mögliche Veränderungen von Arbeitsabläufen und Bedarfen in den Institutionen. Unterstützt werden könnte diese Anpassung durch eine begleitende Untersuchung zur Anwendung und institutionellen Einbettung des GIA-Instruments.

7 - Monitoring und Evaluierung mit festgelegten Verantwortlichkeiten

Laufendes Monitoring und regelmäßige Evaluierung der klimapolitischen Maßnahmen unter Einbezug von Genderkriterien, die aus den Genderdimensionen zu entwickeln sind, sind notwendig. Ebenso müssen für die spezifischen Maßnahmen zu Gender (etwa die Durchführung von exemplarisch durchgeführten GIAs) sowie für den nationalen klimapolitischen Gender-Aktionsplan Kriterien, Verfahren und Verantwortlichkeiten vereinbart werden. Die Genderdimensionen sollen in die Indikatorik integriert werden. Das bedingt auch, dass diese genderbezogene Indikatorik in regelhaften Abständen überwacht, evaluiert und die Ergebnisse (inkl. deren Genderdimensionen) veröffentlicht werden. Aufbauend auf den Evaluationsergebnissen sollen auch im Hinblick auf die Genderwirkungen effektivere Fortschreibungen entwickelt werden.

8 – Neue Methodiken entwickeln, damit Klimapolitik genderresponsiv wird

Neue Methodiken sind notwendig, um einschätzen und erfassen zu können, inwieweit noch eine implizit an maskulinen Lebensmodellen ausgerichtete Klimapolitik vorliegt, d.h. in deren Gestaltung diese zum grundsätzlichen Maßstab werden, und inwieweit dies zugunsten einer Orientierung an den Lebensbedingungen aller Bürger/-innen ausgeräumt werden konnte. Ebenso bedarf es neuer Methoden, die erfassen lassen, inwieweit gleichstellungsbefördernde klimaverträgliche Handlungsbedingungen für Haushalte und Versorgende geschaffen worden sind. Beides ist notwendig, um eine entsprechende Datenbasis, die das gesellschaftliche Klimaschutz- und -anpassungspotenzial bzw. dessen Limitierungen ausweist, erheben zu können. Erster Ansatzpunkt sind Methodiken für die Erfassung genderbedingter struktureller Energiebedarfserzeugung und struktureller Verkehrserzeugung, um das Verur-

sacherprinzip in klimapolitischen Maßnahmen umsetzbar zu machen. Denn wer ist der Verursacher des haushaltlich zu bewältigenden Verkehrsaufwands: der Haushalt selbst oder wird Verkehr durch den Mangel an Ausstattung bspw. der ländlichen Gemeinde mit reproduktionsnahen Infrastrukturen und Dienstleistungen verursacht? Indem die politische Verantwortung nicht an die Haushalte abgewälzt wird, sondern stattdessen Vorsorge gegen die „Feminisierung der Umweltverantwortung“ getroffen und transparent gemacht wird, können Maßnahmen der Klimapolitik genderresponsiv ausgelegt werden (emanzipative Suffizienzpolitiken). Zugleich lassen sich damit langfristig wirksame klimapolitische Potenziale erschließen, wenn Effizienzstrategien an ihre Grenzen stoßen.

9 - Vorhandene Methodiken erweitern, damit Klimapolitik genderresponsiv wird

In den klimapolitischen ökonomischen Analysen, Szenarien, Kosten-Nutzen-Betrachtungen etc. empfiehlt es sich, gleichrangig zu untersuchen, welche Wirkungen klimapolitische Maßnahmen auf Erwerbs- sowie Versorgungsökonomie haben. Auch hierfür werden neue methodische Vorgehensweisen, inkl. Variablenanpassung benötigt. Eine Verengung auf ausschließlich Erwerbsökonomie und Märkte blendet wesentliche Bereiche der gesellschaftlichen Produktivität, Beiträge zu Gemeinwohl und Daseinsvorsorge aus. So sollte erfasst werden, in welchem Umfang Infrastruktursysteme und Dienstleistungen ihrer versorgungsökonomischen Verantwortung und ihren Versorgungspflichten nachkommen und auch inwieweit durch deren Weiterentwicklung die Versorgungsökonomie der Haushalte genderresponsiv und klimaverträglich entlastet bzw. deren Belastung vermieden werden kann („Internalisierung der versorgungsökonomischen Kosten“).

10 - Datengrundlage schaffen, um Analysen zu den Genderdimensionen zu ermöglichen

Wichtig ist es grundsätzlich, solche Daten zu erheben und zu erzeugen, die aussagefähig sind in Bezug auf Gender: hinsichtlich der Bedingungen und Verhältnisse, die gleiche Chancen für alle Geschlechter gewährleisten und die klimaschützendes Versorgen, Wirtschaften und Handeln ermöglichen. Für Klimaschutz und Klimaanpassung sind hier Daten zu allen sieben Genderdimensionen relevant, z. B. neben eher offensichtlichen wie Individual- und Haushaltseinkommen, Haushaltszusammensetzungen auch Daten zu Zeitverwendung, Wohnsituationen in Bezug auf strukturelle maskuline Gewalt im öffentlichen Raum, Anteil der Wohnquartiere mit guter Ausstattung an reproduktionsnaher Infrastruktur etc. Solange eine solche Erhebung methodisch oder aus anderen Gründen nicht möglich ist, könnten behelfsweise nach biologischem Geschlecht disaggregierte personen- und haushaltsbezogene statistische Daten ausgewertet werden (Daten qua Sexus). Voraussetzung ist dafür, dass die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder alle diese Daten zumindest so disaggregiert erheben und aktualisieren. Dies kann erste Indizien für den genderbezogenen Datenbedarf genderresponsiver Planung klimapolitischer Maßnahmen liefern. Dies gelingt umso eher, wenn diese im zweiten Schritt je nach Sachgebiet mit anderen Datenkategorien, die näherungsweise Abschätzungen in Bezug auf die o. g. Genderdaten erlauben, in Bezug gesetzt werden (z. B. Zahl des verfügbaren preiswerten, energiebedarfsarmen Wohnraums im Verhältnis zur Anzahl der Frauen in Single-Haushalten mit geringem Individualeinkommen).

11 - Erhebung neuer Daten systematisch vorantreiben und langfristig sichern

Klimapolitische Datenbestände sollten aus der Geschlechterperspektive heraus systematisch aufgebaut und langfristig gesichert werden. Dies sollte konzeptionell angegangen werden. Die sieben Genderdimensionen können als erster Schritt die Orientierung bilden. Im nächsten Schritt könnte ein Experten-/Expertinnengremium eingerichtet werden, in dem fachliche Genderexperten/-expertinnen (etwa der Energie-, Verkehrs-, Stadtentwicklungs- u. a. Bereiche) gemeinsam mit Statistiker/-innen eruieren, wie die sieben Genderdimensionen bei quantitativen und qualitativen Datenerhebungen besser abzubilden sind, als nur reduziert auf die Kategorien „weiblich“ „männlich“ und „andere“ oder „divers“. Als nächster Schritt sollte ein Implementierungsplan für die notwendigen Erhebungen erstellt werden. Auf Basis dieses Konzeptes sollten alle anschließenden und nachfolgenden Erhebungen

in einem realistisch durchführbaren, aber ambitionierten Zeitrahmen genderresponsiv ausgerichtet und durchgeführt werden.

12 - Erhebung von Wirkungsdaten über Wechselwirkungen von klimarelevanten Fachpolitiken mit Gender

Daten zu den Faktoren, durch die eine Ungleichheit der Situation und Chancen für die Geschlechter entstehen, sollten differenziert entsprechend der sieben Genderdimensionen erhoben werden, um der Klimapolitik Aufschluss über die Wirkungen auf die Geschlechterverhältnisse zu geben. Für klimapolitische Handlungsbereiche und Maßnahmen, in denen solche Wirkungen zu vermuten sind, für die aber noch keine Daten zu den Genderdimensionen verfügbar sind, sollten für alle anvisierten Maßnahmen wenigstens Näherungsdaten, die sich auf das biologische Geschlecht beziehen, herangezogen werden. Z. B. ist die Erwerbsarbeitsmarktsituation vieler Frauen und Männer unterschiedlich (Teilzeit vs. Vollzeit, Gender-Pay-Gap / Einkommensunterschiede, berufliche Segregation, unterschiedliche Teilhabe an Führungspositionen etc.), was wiederum Wirkungsketten in der Klimapolitik beeinflusst.

13 - Geschlechtergerechtigkeit bei der Ausschreibung und Förderung der Planung und Umsetzung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen berücksichtigen

In nationalen Förderprogrammen wie der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) und der Deutschen Anpassungsstrategie (DAS) sollten Vorgaben und Bewertungskriterien verankert werden, die zur expliziten Berücksichtigung von Genderaspekten auffordern. Arbeitshilfen sollten überarbeitet werden, um auch bei technisch ausgerichteten Vorhaben für soziale und Geschlechteraspekte zu sensibilisieren und ihren Einbezug zu unterstützen. Die Durchführung von Gender Impact Assessments von kommunalen Leuchtturmprojekten oder typischen Maßnahmen in Modellstädten sollte gefördert bzw. gezielt ausgeschrieben werden, um die Ergebnisse in Form von Fallbeispielen und Empfehlungen zu verbreiten. Die Mitarbeitenden der Projektträger und Programmbüros sind entsprechend zu schulen.

14 - Geschlechtergerechtigkeit in klimapolitische Förderprogramme für Drittländer integrieren

In Förderprogrammen für Drittländer wie der Europäischen Klimaschutzinitiative (EUKI) und der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) sollte Geschlechtergerechtigkeit in den Förderkriterien, in der Bewertung von Anträgen und im Monitoring verankert werden. Mittels IKI sollten zudem verstärkt Maßnahmen unterstützt werden, die im Gender Aktionsplan der UNFCCC enthalten sind. Dazu gehören die Kapazitätenstärkung und der Erfahrungsaustausch für Vertragsstaaten und Stakeholder zur Entwicklung von genderresponsiven Strategien, Plänen und Programmen in den Bereichen Anpassung, Klimaschutz, Technologien und Finanzierung sowie die Förderung von Teilnahme und Kapazitäten von Frauen in nationalen Delegationen und von Frauen aus Grassroots-Organisationen, lokalen und indigenen Gemeinschaften.

15 - Intersektionale/interdependente Zugänge in der Klimaforschung ermöglichen

Es besteht hoher Bedarf an einer besseren Wissensbasis über sich gegenseitig beeinflussende und gegenseitig verstärkende Benachteiligungen, z. B. durch Armut, körperliche Einschränkungen oder Migrationshintergrund in Verbindung mit Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts, um auf dieser Grundlage adäquate klimapolitische Handlungsansätze zu entwickeln, die diese Benachteiligungen nicht weiter verstärken, nicht fortschreiben und im besten Falle sogar aufzuheben helfen. Großer Bedarf besteht an empirischer Forschung und Fallanalysen über interdependente und andere soziale Wirkungen des Klimawandels. Ebenso besteht großer Bedarf an der Entwicklung von Forschungsmethoden zur Operationalisierung intersektionaler bzw. interdependenter Perspektiven, die Geschlechterdiskriminierung in ihren Überschneidungen mit anderen Kategorien (wie ethnische Herkunft, Behinderung, Alter, Glaube/Religion/Weltanschauung oder sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität) betrachtet.

16 - Verankerung in den Regularien zur Forschungsförderung

Kriterien für die Integration von Gender in Ausschreibungen von Aufträgen, Projekten und Forschungsvorhaben sollten entwickelt und angewendet werden; ebenso wie Kriterien zur Integration von Gender für die Evaluation von Anträgen und Angeboten. Die mit den Anträgen befassten Projektträger sollten entsprechend qualifiziert sein bzw. durch bspw. Gender-Trainings werden. Ausschreibungen von Forschungsprojekten zu Klimawandel und Klimapolitik sollten eine Relevanzprüfung im Hinblick auf die Genderdimensionen vorgeben, um themenspezifisch die Genderrelevanz erfassen zu können. Diese Ausschreibungen sollten die Erhebung genderbezogener und geschlechtsdisaggregierter Daten sowie eine genderresponsive Ausführung einfordern. Erkenntnisse der genderresponsiven Fachforschung sollten bei der Formulierung entsprechender Ausschreibungen ebenfalls einbezogen werden.

17 - Klimapolitik mit integrierter Genderperspektive sozialverantwortlich gestalten

Die Reduktion „sozialer Aspekte“ auf Erwerbsarbeitsplätze, die Einkommenssituation eines Haushalts und Bezahlbarkeit klimaschonender Produkte und Services, wie sie oftmals in der Klimapolitik erfolgt, sollte überwunden werden. Für die inhaltliche Gestaltung von klimabezogenen Politiken greift diese Verengung auf allein marktökonomische Faktoren zu kurz, da ungleichen Geschlechterverhältnissen und weiteren gesellschaftlichen Strukturen der Benachteiligung und Ausgrenzung in ihren Wechselwirkungen so nicht Rechnung getragen wird. Damit wird das faire gesellschaftliche Miteinander erschwert und der Erfolg von Klimapolitik gefährdet. Durch Partizipation können gleichstellungspolitische Akteure und Sachverständige in den Prozess der klimabezogenen Politik- und Maßnahmenentwicklung einbezogen werden, zum Beispiel in den Politiken zur Entwicklung von Klimamaßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft, Verkehr usw., Berichterstattung, Reformen der Klimaschutzförderprogramme der Bundesregierung (IKI/EUKI/NKI), nationale Anpassungsstrategie usw. Bei der Auswahl dieser Sachverständigen ist insbesondere die gesamte Breite gemeinwohlorientierter Akteure, neben den „Trägern öffentlicher Belange“ auch die Frauen- und Umweltverbände, angesprochen. Ebenso sollten die Abstimmungsprozesse zwischen den Ressorts auf den verschiedenen Ebenen inklusiv sein.

18 - Versorgungsökonomie in der Klimapolitik ernst nehmen und adressieren

Bei der Entwicklung und Gestaltung von Maßnahmen und Programmen ist es unverzichtbar, die Wirkungen des Klimawandels sowie klimapolitischer Maßnahmen auf die Versorgungsökonomie zu berücksichtigen. Diese ist für das Wirtschaften und Haushalten einer Gesellschaft von grundlegender Bedeutung. Genderresponsiv und klimapolitisch effektiver ist es, wenn klimapolitische Maßnahmen und Programme eine Wirksamkeit entfalten, die die Politik, die Planung und Gestaltung von Infrastruktursystemen und Wirtschaft gegenüber der Versorgungsökonomie verpflichten.

19 - Grundsätzliche Ausrichtung der Klimaschutz- und Anpassungsprogramme auf gesellschaftliche und soziale Transformation

Für Klimaschutzprogramme allgemein ist es zielführend, wenn sie ausdrücklichen Bezug auf Daseinsvorsorge, Gemeinwohl, Gender Mainstreaming und öffentliche Belange nehmen. Klimapolitik beinhaltet Herausforderungen (demokratische und gesellschaftspolitische), die nicht allein durch eine Berücksichtigung partizipativer Beteiligung – die prinzipiell zu begrüßen ist und immer geschlechtergerecht erfolgen sollte – an einzelnen Prozessen gelöst werden können. Klimapolitik ist zuvorderst nicht Technologie-, sondern Gesellschaftspolitik, da sie das Leben und Wirtschaften in Gesellschaften in einer möglichst intakten Umwelt steuernd beeinflusst. Die Berücksichtigung der Genderdimensionen und Verfolgung von Zielen, die helfen gerechtere Geschlechterverhältnisse zu entwickeln, kann die klimapolitische Wirksamkeit und den allgemein transformatorischen Charakter sowie die soziale und Generationengerechtigkeit stärken.

Summary

Introduction

Although climate policy has long been regarded as gender-neutral, the gender perspective on climate change and climate protection has gained increasing attention in recent years. This development is primarily due to international climate policy, which has promoted the perception of the relevance of gender aspects for climate justice. The topic of gender and climate has become a regular item on the agenda of the Conferences of the Parties (United Nations Framework Convention on Climate Change 2012). At the time of this writing, the highlight of international climate policy is the Gender Action Plan (GAP). The GAP was adopted at the 23rd Conference of the Parties to the Framework Convention on Climate Change in Bonn in 2017. Calling for support for capacity building among the Parties and stakeholders, the GAP focuses on the development of gender-responsive strategies, plans and programmes in the areas of adaptation, climate protection, capacity development, technologies and financing. At the international level, therefore, progress has been made in reflecting upon and addressing gender.

These international agreements, however, are not yet reflected in national approaches to climate protection and adaptation in most industrialised countries, including Germany. The importance of gender relations for an effective climate policy is still largely underestimated. In Germany, gender equality is enshrined in the Basic Law (equality article, Article 3 GG) and was recognised by a Cabinet resolution on 23 June 1999 as a universal guiding principle of the Federal Government's actions. It has also been enshrined in § 2 of the Common Rules of Procedure (GGO) of the Federal Ministries since 2000. At that time, it was decided to promote this task by means of Gender Mainstreaming (GM). GM was integrated into § 4(1) of the Federal Equality Act (BGleiG) as the legal basis for gender equality. The more consistent application of these principles and their concrete consideration in or alignment with policies and measures, remains a challenge for policy in the present day; this is equally true for climate policy, which is increasingly subject to justice requirements.

Against this background, a research project was carried out by the Wuppertal Institute, ISOE and GenderCC on behalf of the Federal Environment Agency, the results of which are presented here. The overriding objectives of the research project are:

- ▶ To examine the added value of the gender perspective for climate protection and adaptation,
- ▶ To explain to what extent a suitable design of climate policy measures can, conversely, contribute to gender justice.
- ▶ To develop recommendations for action derived from the international climate agreements, especially for a national framework.
- ▶ To gain insights into obstacles to gender orientation as a relevant perspective for climate protection and adaptation,
- ▶ To further develop gender impact assessment for climate policy,
- ▶ To identify where further action is needed and to derive recommendations for the implementation of gender-equitable climate policy.

Conceptual basics

Gender can be viewed from different perspectives and is dealt with in varying ways within research, mostly as biological gender (sex) and social gender (gender).

In feminist research, gender is a structural category of society and of gender studies. By means of a predominant social structuring principle, men and women are positioned in the hierarchies created by gender relations (Hofmeister/Mölders 2006: 26f.). For this reason, social gender relations, inequality situations for women, men and other genders, their conditions and the reduction of these inequalities must be taken into account.

Gender is also a process category: in social and organisational situations of interaction, gender in the sense of 'doing gender' is continuously produced in an active interpersonal and institutional way.

Finally, gender is understood in terms of gender relations, in that gender refers to the relationships between what is socially ascribed to masculinity and what is socially ascribed to femininity. According to this understanding, men and women exhibit characteristics, behaviour patterns, attitudes, preferences, etc. of these socially ascribed attributes in individually different proportions. The central question pertains to how these gender relations are associated with social inequalities, exclusions, and power relations. This understanding focuses on the differences between social and biological gender and thus sets itself apart from „difference approaches“ that take differences on the basis of sex for granted. Integrating sex-specific differences in the planning and design of measures does not, however, call into question the standards on the basis of which these "differences" are perceived and can unintentionally contribute to the establishment of traditional role attributions, thus reproducing and consolidating existing hierarchies.

Using definitions of the United Nations (UN), Table Z-1 explains three basic gender terms that are not clearly defined in the literature (UNFCCC 2015, UN Women o.D., WHO o.D.). These describe various gradations of the extent to which gender is taken into account in policies and programs, from gender-blind to gender-sensitive, gender-responsive or gender-positive to gender-transformative. The following text attempts to formulate uniform definitions that reflect the similarities as far as possible. In the subsequent sections of this report, the terms used correspond to these definitions.

Table Z-1: Explanation of basic gender concepts

Explanation
<p>Gender-sensitive: Gender is recognised as a category and taken into account to the extent that it makes existing policies more effective, is based primarily on a difference approach, but without fundamentally questioning gender norms and the unequal valuation of 'masculine' and 'feminine' ascriptions, without questioning the implicit assumptions and orientations of existing policies or addressing the causes of inequality and discrimination.</p>
<p>Gender-responsive: the promotion of gender justice is considered as an explicit criterion in policy-making. It aims at fulfilling gender-mainstreaming imperatives throughout all specialist policies in making positive contributions, thus focusing on interdependencies. It considers the causes of gender differences and addresses, while at the same time changing existing policy orientations, the dynamics and factors that perpetuate or generate inequality and hierarchies in political definition and shaping powers .</p> <p>A responsibility for gender equality in political action can be derived from this. The concept of gender responsiveness derived in this context serves to enable gender-responsive research and policies to be distinguished by those within specialist research and policy that have neither reflected their implicit, gender biased view in assumptions and constructs, nor pursue the required professional co-promoting of the reduction of gender inequality and gender hierarchies in their questions or objectives. This concept can thus have a precautionary effect against the widespread view that gender would be about a (different) 'topic', not part of the specific subject area's task, a 'different' objective from the specialist political objective.</p>
<p>Gender-transformative: In order to achieve gender justice, the construction mechanisms of disadvantages along gender lines must be addressed. This is a transformative claim: The gender order is not only the cause of inequality, hierarchisation between the 'masculine' and the 'feminine' and exclusions in terms of personnel and content, but also the cause of problematic phenomena in society, economies and in societal nature relationships. In order to achieve solutions that at the same time have an effect on gender equality, and to ultimately be able to meet the societal constitutional goals on which the policies are based, policy-making must overcome the focus on masculinity-dominated norms, structures and policy mechanisms. Policies that increase inequalities, up</p>

to and including control over resources, must be questioned and resolved.

The research project developed analytical categories for the investigation of societal power relations (causes, structural inequalities and manifestations) between the genders (so-called gender dimensions). They can be related to various societal, politically accountable areas of life (cf. Verloo/Roggeband 1996) and have the task of identifying the potential effects of policies and measures on gender relationships and of generating opportunities for political action. According to Verloo et al. (2007), these gender dimensions are linked to central areas or fields of societal structuring by which hierarchical gender relationships are established, maintained and reproduced.

Table Z-2 shows the six gender dimensions/life areas and the cross-sectional dimension of symbolic order. They can be assigned to social areas (care economy and caring work, employment, shaping of public infrastructures, institutionalized rationalities, political participation and physical integrity).

Table Z-2: Overview of gender dimensions

Gender dimension	
Symbolic order: hierarchizations, attributions and positions of meaning, gender-hierarchical narratives and modernization strategies (cross-section dimension)	Care economy/care work: attribution, significance, distribution, instrumentalisation in societies' economies
	Market driven/labour economy: horizontal and vertical segregation, economic job valuation, poverty, property, financial capabilities
	Public resources/infrastructures: provision, alignment, prioritisation, accessibility, usability
	Institutionalized androcentrism/power of definition: masculinity models set as the standard and benchmark in subject-/action-field-specific rationalities, problem perceptions, methods etc., institutionalized content-related-cognitive gender hierarchisations
	Shaping Power at actor's level: Participation and consideration of gender expertise in decision-making in science, technology and politics.
	Body/health/safety/privacy (intimacy): social organisation of sexuality, health, freedom from violence, privacy, sexual self-determination.

Gender in international climate policy

In the first step of this research, the relevant documents of the three Rio Conventions (Framework Convention on Climate Change UNFCCC, Biodiversity Convention CBD and UN Convention to Combat Desertification UNCCD) were analysed with regard to their gender references in order to determine the significance of the growing number of gender references in climate-relevant agreements at the UN level for the national policies of the signatory states and the extent to which obligations can be derived from them. Only those passages that contain mandates addressed to the signatory states and are relevant for policy in industrialized countries were taken into account. The focus of the analysis was on gender obligations from the UNFCCC process, from which direct requirements for German climate policy can be derived. The broadest mandate in terms of content resulted from the Paris Agreement (PA) of 2015. The PA calls for gender equality to be taken into account across all activities, supplemented by specific mandates on gender parity and in the areas of adaptation to climate change, capaci-

ty building, information, education and participation. The mandates for the following two years were operationalized in the Gender Action Plan of 2017, which also emphasises capacity building in the area of gender analysis.

Gender Action Plans (GAPs) have proven to be the central instrument for anchoring gender in the analysis. Challenges include the crosscutting nature of both gender and climate policy, and the necessary capacity building on climate among gender equality organisations and institutions and gender experts on the one hand, and gender in climate policy bodies on the other. Such plans will only be effective, moreover, if they include clearly defined activities, including deadlines and responsibilities, and if measures and indicators for monitoring success are defined.

With the mandates on gender summarised in the GAP and valid for all signatory states, the German government is also obliged to reflect gender impacts in its national climate policy. This raises several questions: What research-based findings are available on the effects of climate change and the corresponding climate policy on gender relations in industrialized countries? Has the integration of gender perspectives added value for climate policy, and if so, how? Against this background, a systematic literature review was conducted to answer the question of how the gender perspective is reflected in climate research.

Literature review

The initial hypothesis of the research project, and thus also of the literature review, was that every aspect of climate change is gender-relevant, whether it is the causation of greenhouse gas emissions, the impact of and adaptation to the consequences of climate change, or access to climate-relevant infrastructures such as energy and transport services. Gender aspects were also assumed to occur in the preferences, options and capacities to avoid emissions, as well as in the impacts of policy measures on climate protection and adaptation to climate change.

The literature review was conducted in the spring of 2017 and was essentially limited to peer review articles in journals, research reports and books published since 2010 that referred to the situation in the countries of the Global North.

Findings from gender-reflective research are available in almost all fields of climate policy, albeit to a significantly different extent. These circumstances can be explained, on the one hand, by the focus of current climate policy and, on the other hand, by whether the gender aspects of the respective field of action can be easily explored in conjunction with other social dimensions. This is the case, for example, in the field of energy, where the gender perspective is germane to the broader discussion on energy poverty and at the same time has raised new questions within this discussion, namely: How does the transformation of the energy system affect care work and thus gender relations? How do energy efficiency and sufficiency affect the household level and how is this reflected in policy measures? Studies reveal the gender-differentiated consumption of energy, which results not only from clear differences in income and wealth but is also a consequence of traditional, gender-specific division of labour and responsibilities. Numerous studies are also available in the field of transport, since the data available in this field enable the analysis of gender differences. The significantly higher CO₂ footprint of men in many calculations is demonstrably the result of their mobility behaviour, which is reflected in larger cars and more frequent use. This can also be seen in the different purposes and path-chains of women and men, caused by care work and accompanying traffic. Despite the comparatively good data situation in this area, the necessary next steps - namely the investigation of the causes and of the implications for a sustainable and gender-responsive transport policy - are usually only dealt with in the form of further research questions. Exceptions are to be found in masculinity research in Scandinavia, which problematizes the links between masculinity, norms and mobility and, against the background of many years of experience in this field, also identifies obstacles to the transfer of these links into research and policy.

Basically, the findings hardly go beyond the description of gender differences. This can be seen, for example, in the areas of resource use, consumption, and nutrition, where contradictory demands in resource use and consumption are rarely discussed, e.g. between growth and adequate lifestyles, between acceleration and deceleration, or between participation and assumption of responsibility by the state. Each individual path has a high degree of impact on gender roles and role responsibilities or their gender attributions. Even more rarely are critical-transformative approaches pursued.

In the field of water, on the other hand, there is hardly any knowledge available from gender research. Gender research in the Global North also tends to deal little with the issue of adaptation to climate change. It is striking that gender-specific vulnerability is repeatedly addressed in analyses of the effects of climate change, whereas the social causes in the form of prevailing power relations with their effects on all areas of life are hardly addressed. Basic assumptions are based on simplifications and generalizations. An example would be the assumption that women in the Global South are particularly vulnerable, while women in the Global North behave in a more environmentally friendly manner and are more concerned about climate change than men. These assumptions not only ignore gender differences, but can also cement existing divisions between 'the perpetrators' of the Global North and 'the victims' of the Global South.

Population surveys have long been regularly evaluated according to (biological) sex and show known sex differences in attitudes towards climate policy, acceptance of solutions and environmental behaviour. The results of 'soft' data from population surveys are subject to major geographical and temporal fluctuations, but in terms of gender aspects they also show constant results over a longer period of time - e.g. in the aforementioned perception of climate change and its assessment as a risk - which in principle can provide important indications of necessary changes for the societal transformation to a low-carbon society.

Research rarely focuses on the gender-typical causes and effects of climate change and thus not on the drivers of inequality. This can possibly be explained by the fact that climate change is a relatively new topic for research; therefore, initial research in this area has focused on methodological criticism and suggestions for conceptual or methodological approaches to be used in further research on the topic of gender and climate.

Political science-oriented climate research is more concerned with quantifiable gender differences, which are collected exclusively by means of data on biological gender. The causes of these gender differences are more likely to be conjectured than analyzed. What is striking, therefore, is the large proportion of contributions based on difference approaches in which fixed sex differences are assumed to be relevant and recommendations are generated from them. The problem here is that these assumptions can lead to the establishment of traditional role attributions and thus reproduce existing structural hierarchies. This applies to almost all research that works with quantitative data: Only data on biological gender (sex) is found here, data differentiated according to social gender are missing, and intersectional approaches that link gender with other socio-economic or socio-cultural dimensions are rare.

In scientific climate research gender aspects are completely absent. Very isolated methodological proposals and analyses of how feminist or gender research could change the way research objects are viewed are still largely ignored within the research community.

Even if the number of research projects and research findings addressing the different gender dimensions or at least gender differences is growing, these projects still constitute a very small percentage of climate research as a whole. Mainstream of climate research continues to ignore gender aspects.

Despite the many identified gaps and shortcomings in quantitative, sex-disaggregated research, the review was able to demonstrate the relevance of gender relations for all aspects of climate change and climate policy. The existing diversity and breadth of the research results can significantly improve the

connectivity to climate policy discourses, strategies, programmes and the implementation of measures.

Guidance for implementing a Gender Impact Assessment (GIA)

Chapter 4 examines how climate policy projects, such as strategies, programmes, projects or concrete measures, can be evaluated and optimized from the point of view of gender equality and thus better aligned with the needs of their target groups. To this end, a Guidance on how to assess gender equality impacts of climate policy was developed and tested in selected areas of climate policy action.

With this Guidance for a gender impact assessment (GIA), the effects of climate policy projects (climate protection and climate adaptation) on gender equality can be examined with the aim of improving gender justice in climate policy. The gender-oriented analysis and evaluation of a climate policy project and the recommendations based on it demonstrate both how this project can be further developed in such a way to make a positive contribution to gender equality and how it can also be better tailored to the respective target groups and their needs. This can open up a broader spectrum of solutions and improve the impact of climate policy.

In order to adapt the Guidance specifically to the issues of climate policy, the results of the literature review were used to reflect the gender perspective in climate research. An inventory of gender impact assessments in various fields of climate policy action was carried out. Methods of impact analysis from other areas that address gender-relevant issues, e.g. technology assessment or public health research, which also address gender-relevant issues, were also evaluated.

The gender equality assessment procedure is characterised by an interdependent understanding of gender. This means that not only women and men, but also transgender, intersex and non-binary people are taken into account in the analysis of gender. Gender, moreover, is not regarded as homogeneous, but is analyzed in the context of other factors of social inequality or social marginalization. Starting from the gender perspective, interactions with other characteristics of inequality such as age, income, education, physical constitution, cultural background, etc. are considered. The GIA instrument refers to two levels - different genders ("male, female, diverse") and gender as an interdependent category - using the concept and designation "Gender+".

Methodologically, the effectiveness of a specific climate policy project in terms of gender equality is examined in a procedural, iterative approach: In a first step, the effects of the project to be investigated on the hierarchical relationships between the sexes are examined. In a second step, further socio-economic differentiation features are introduced into the analysis in order, for example, to examine the impact of a project with regard to discrimination and exclusion along characteristics such as age, income, religion, etc. It should be noted that no previously defined hierarchies can be assumed. Various factors that generate inequality must be considered in a case- and context-specific manner; the categories and their significance must be worked out in the research process itself. There is explicitly no claim to include all categories that are involved in the constitution of inequalities (social, economic, health, etc.). Rather, the focus is on those that have the highest relevance for the respective field of action. The decision on the selection and delimitation of the relevant differentiation features is to be made on the basis of the current state of the scientific debate on gender in the various fields of action of climate policy.

The thematic structure of the GIA is based on areas of life (gender dimensions). These areas of life serve as a kind of search matrix for the identification and analysis of equality-relevant effects in climate-relevant fields of action. They provide questions that can then be used to identify concrete gender references in the climate policy projects studied. These areas of life include, for example, care work, employment, political participation, public infrastructure and health care. In addition, they take into account culturally anchored symbolic and structural factors that influence the perception and assessment of the category 'gender'. The areas of life (gender dimensions) are described in more detail in the

Guidance and illustrated with examples. For this purpose, the system of gender dimensions developed in the research project was revised and adapted to the practical requirements of gender equality testing. Concrete test questions are formulated for each area of life.

The gender equality-oriented impact assessment is carried out through a structured application of procedures and methods in two steps (cf. [Table Z-3](#)): With the help of a relevance test, it is first examined whether gender equality policy impacts of a climate policy project generally exist or may exist. The relevance test comprises a characterization of the respective project and its target groups as well as a determination of the relevance to gender equality on the basis of concrete questions that are analyzed qualitatively. If gender equality relevance is established, the main evaluation is carried out. This consists of an in-depth examination of the project. It comprises both qualitative and quantitative procedures and is based on the questions posed by the relevance test. First, the initial situation and the technical objectives of the project are clarified. The project is then characterized in more detail. In the main appraisal, a more detailed analysis of the impacts in relation to the areas of life identified as relevant (gender dimensions) is carried out on the basis of appraisal questions. This involves a more detailed description of the genders directly and indirectly affected by the project and the consideration of other characteristics of social differentiation (Gender+). The results of the assessment will then be used to determine what impacts the climate policy project will have on fields of action in gender equality policy and what concrete opportunities for improving gender equality can be identified. Recommendations are formulated on this basis. From the point of view of climate policy, the advantage is that a broader spectrum of solutions can be developed and an improved impact achieved through a stronger target group orientation and a more precise consideration of the needs and living conditions of the addressees. Climate policy strategies, programmes, projects and measures can thus be designed more accurately and blind spots or unintended consequences of such projects can be identified and avoided at an early stage.

Table Z-3: Overview of the two-step GIA procedure

Pre-test of relevance	
Initial situation	<ul style="list-style-type: none"> ▶ To what facts does the project relate? ▶ Which project is intended (ex-ante) or is to be investigated in parallel or ex-post?
Determination of relevance for Gender equality	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Are Gender+ directly or indirectly affected by the project or individual parts thereof? ▶ Which areas of life are affected by the project? ▶ Are there indications that the project or parts of it have different impacts on Gender+?
Assessment	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Determination of gender relevance of the project (yes/no) with short written justification
Main examination	
Initial situation	<ul style="list-style-type: none"> ▶ To what facts does the project relate? ▶ What are the technical objectives of the project? and how are they justified? ▶ What data (statistics, studies, etc.) and findings form the basis of

	the project?
Analysis of the project	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Which measures are planned to achieve the objectives or have been defined to achieve the objectives (incl. indicators)? ▶ Which actors are (or have been) involved in the design of the project? ▶ Which alternatives, variants and accompanying measures have been examined and with what result?
Analysis impacts on gender equality	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Which groups of people are directly and indirectly involved affected? ▶ What equality-relevant effects does the project have on the different life situations, interests and everyday practices in relation to gender+? ▶ Are there any prominent discriminations or disadvantages due to other characteristics of social inequality of the affected groups of people (e.g. age, social situation, origin, etc.) that have an influence on the impact of the project? ▶ Which relevant actors should be involved, in what form and at what point in time, in order to take gender expertise and a gender perspective into account? ▶ How must the measures for achieving the objectives be adapted (including indicators and the actor reference) or which technical alternatives or accompanying measures must be introduced for gender orientation?
Evaluation	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Written report

The prototype of the Guidance was tested on concrete climate policy projects. The requirements and needs of the future users of the instrument were explicitly taken into account. Concrete practical examples were used to examine how the catalogue of questions can be used to make the significance of gender for climate policy visible. The focus was on projects in the fields of climate protection and adaptation that have high gender relevance. As examples, scenarios for reducing the degree of motorization as a contribution to a compact mixed-function city as well as recommendations for action for behavioural heat protection in connection with the preparation of heat action plans were selected. For both projects, the state of research on gender-relevant aspects in the respective fields of action was evaluated based on the literature review prepared in Chapter 3. The findings were analyzed and structured with the help of the areas of life and test questions. The test questions and the findings thus obtained were tested and discussed in a workshop with employees of the Federal Environment Agency. The workshop provided a number of suggestions about how to improve the practical suitability of the instrument and facilitate its application, which were taken into account in the revision of the Guidance. The final version also included the recommendations gleaned from the comments of gender experts.

Mechanisms of action, need for data and methodological changes and analysis of key climate policy programmes

Efforts to improve gender relationships can fundamentally improve the effectiveness of climate policy. The findings in Chapter 5 are intended to contribute to two directions for action: Improving gender relationships and gender equality contributions through gender-responsive climate policy and improving climate policy by actively enhancing its gender dimensions. The following applies to both

directions of efficacies: With a view to a *systematic* and adequately differentiated assessment (especially quantitatively) of the improvement to existing societal problems with regard to compliance with the constitution and the assurance of real equality in opportunities, burdens and risks for all genders, existing data are structural inadequate. Evidence-based Recommendations for action and policy are difficult without such supporting data. The following questions therefore arise:

- ▶ How can the mechanisms of action between climate policy and gender justice be (better) defined in the form of data?
- ▶ How can the mechanisms of action between climate policy and societal gender relationships be addressed structurally, also in the form of appropriate data?
- ▶ How can this structural addressing be approached in such a way that it is able to assert itself in real climate policy terms without losing sight of the certainty of direction with regard to the reduction of existing power relationships and structural change?
- ▶ How can such a doubly profound transformation be achieved so that climate and equality or justice goals can be attained?

Questions remain unanswered as to how gender-responsive climate policies can:

- ▶ achieve (quantitatively) assessable improvements to society's conditions in favour of emission-free living, caring and gainful working;
- ▶ contribute to slowing down or even avoiding the creation of structures and framework conditions that cause emissions and emission growth (reduction of structural generation of energy needs and dependencies, reduction of structural generation of traffic and transport needs);
- ▶ help generate structures and framework conditions that enable adaptation to climate change by improving gender equality;
- ▶ be able to promote gender equality effectively and at the same time in a way that does not reproduce or consolidate emission growth.

The seven gender dimensions further developed during the project make such analyses possible because they extend beyond the level of purely phenomenological differences. They offer insights into interdependencies. By means of these, the degree of implementation of the constitutional mandate to proactively promote and achieve equality, which has not yet been fully implemented, and progress in achieving real equality in opportunities, burdens and risks of gender can be assessed and systematically recorded. At the same time, these dimensions enable operationalization of concrete analyses, evaluation and action derivations. The gender dimensions are problem-oriented. They cover the essential societal levels of conditions and drivers of inequality and hierarchization of societal gender relationships.

First of all, the question of the need for relevant data for the analysis is central. One objective of the work in these tasks was thus to determine which data are required to assess the impacts and, above all, the corresponding effectiveness of a gender-responsive climate policy. This requires an examination of the mechanisms of action. Another particular challenge is the problem of the availability of gender-related, (not simply sex-related) data, i.e. data that would enable an analysis based on the seven gender dimensions. There is a serious deficit of data that is related to the societal drivers of inequality and hierarchisation of societal gender relationships, related to the seven gender dimensions, and that are informative in these respects.

With regard to the second direction of action, that of improving climate policy by working on its gender dimensions, there is also a considerable lack of available data: of data on structural emission production.

For example, it has not yet been quantified to what extent the gender-caused symbolic significance of a means of transport (passenger car) as a means of staging "successful masculinity" is responsible for extremely problematic automobile purchasing and its growth in Germany. On the one hand such questions concern the micro-level, such as in this example questions of the acceptance of a company car

(e.g. as a substitute for salary shares, as a carrier of occupational meaning and self-determination in gainful employment.). On the other hand, however, such questions engage the macro-level, the structural level above all: in this example, the introduction and maintenance of a legally regulated triple tax subsidy of this environmentally-, sustainable transport- and climate-unfriendly means of transport/-system. After all, this "company car privilege" accounts for about 62% of the annual new vehicle „population“. Almost exclusively through this privilege, company cars enter the vehicle fleet today. And in many cases company cars are larger and heavier than the total vehicle fleet and consume more fuel. By leveraging the abolition of the company car privilege, both and at the same time, the questionable masculinity models can be problematized and a considerable influence can be exerted on climate policy as well. In addition, stronger incentives can be set in terms of emission reduction and equality-oriented transformation of masculinity models than with CO2 pricing.

Scientific research requires the greatest possible degree of objectivity, reflection and transparency concerning possible biases. At the same time, politics in democracies is committed to compliance with the law, the public common weal, public services of general interest and the fundamental rights of all, and must be acceptable if its legitimacy is to be recognised. This necessary degree of objectivity, balance and acceptability is measured by the fact that masculinity is not implicitly and unreflectively raised as a political societal or universal standard. How balanced and acceptable - or how unbalanced and unacceptable - factual statements, problem descriptions or concrete draft solutions are only becomes transparent when their elements, which result implicitly from unequal gender relationships and which have an impact on societal gender relationships, are deliberately reflected, precisely worked out, identified and corrected in concepts, framing, terms and category formation, methodology, exclusion or inclusion of knowledge. This is precisely what gender mainstreaming demands. The processing of the seven gender dimensions - in interaction with other social factors (intersectionality) - is what science or even just objectivity and usefulness for all depend on.

This applies not only to climate policy statements, problem descriptions, approaches to solutions and the development of measures based on incomplete, gender-blind data, but also to the interpretation of data and the definition of metrics, and also to the concepts, framing, terms, category formation and methodologies with which data are collected. Sex-related, sex-disaggregated data, which only differentiate according to biological sexes, are not sufficient to describe the societal challenges of establishing just gender relationships, since they only address the phenomenological level but cannot reflect the dynamics of maintaining gender-unequal structures and practices.

As a result of the identification of impact-related data needs, the following basic categories of gender-related data needs exist:

- Need for data that make the *link* between *inequality* and *responsibility* for climate change empirically transparent and observe its development over time.
- Need for *data on the drivers of gender inequality* that can be related to the various aspects of climate change (climate change, adaptation and climate protection).
- Need for *data and research on the drivers of climate change* that can be related to the seven gender dimensions.

The determination of data needs and recommendations for political action was concretely examined on the basis of three examples:

- Climate Protection Plan 2050.
- German Municipal Programme of Measures.
- German Adaptation Strategy.

After a brief introduction and description of the strategy/programme, the relevance of the gender dimensions was examined for each of the three examples. Further analysis was carried out: Where could

gender concerns be affected, where should they be addressed, which fields of action or measures relevant from a gender perspective are missing?

Need for action and recommendations: Towards a more ambitious climate policy with gender equality

The need for action and recommendations for a gender-sensitive climate policy in Germany briefly described here are explained in more detail in Chapter 6. Further recommendations are elaborated there (long version of the recommendations). They relate to the following aspects:

- ▶ Principles for integrating gender equality into climate policy,
- ▶ Policy recommendations,
- ▶ Gender impact assessment,
- ▶ Methodology, data requirements and data collection,
- ▶ Funding and promotion,
- ▶ Research needs and regulations,
- ▶ Dissemination and strengthening of competence

1 - Gender mainstreaming in climate policy legislation and action programs

The Climate Protection Act, which sets the framework for future climate policy and is intended to ensure that climate targets are met, should contain an article with principles for the design of climate protection plans, programs and measures. The principles should include the consideration and promotion of social justice and gender justice, as well as i.e. compliance with human rights obligations and the right to health. The article should make explicit reference to public services of general interest, public welfare, gender mainstreaming and public interests. The Action Program 2030 and its update should already consider and implement the recommendations set out below, in particular the findings of gender research (recommendation 4), the inclusion of gender expertise in bodies and participation processes (5), the gender assessment of policies and measures (6) and the inclusion of gender criteria in the monitoring and evaluation of measures (7).

2 - Development and adoption of a national climate policy gender action plan

A national Gender Action Plan on Climate Change (nGAP) should define concrete steps for the coming years, including responsibilities, deadlines and deliverables, in order to strengthen commitment and clarity for all stakeholders. The national climate policy Gender Action Plan should include activities to raise awareness and build capacity in the area of gender and climate policy, the implementation of exemplary gender impact assessments in important fields of action, and the integration of gender in the reports and plans to be submitted to the UNFCCC Secretariat. There is potential here to coordinate this nGAP with the Federal Government's strategy for greater gender equality announced in the context of the UN Conference Beijing+25.

3 - Consistently implementing gender mainstreaming requirements

Only through the consistent implementation of gender mainstreaming can the specific contributions of sectoral policies to improving gender relations in society be achieved. Inevitably, these contributions called for must have a binding basis. In order to analyze and work on the effects of climate policy measures in the relevant sectoral policies (e.g. transport, construction, energy industry, agriculture) from a gender perspective, a fundamental understanding of the causes of gender inequalities must be developed in all these policy fields. As a result, political measures must be designed in a gender-responsive way.

4 - Consideration of gender research findings in the development of climate policy programmes and measures

The planning and development of climate policy programs and measures should be based on the state of gender-responsive specialist research. For example, the results of the international review of the literature on gender and climate and of the analyses of the mechanisms of action from this report, as well as the results of another research project of the Federal Environment Agency on gender aspects in various areas of urban environmental protection, including housing, transport and nutrition, can be used. To this end, it would be useful to prepare summaries of the reviews with the most important findings on gender impacts in climate policy fields for decision-makers. In order to avoid gaps in knowledge and information deficits, various procedures are conceivable in which, for example, gender experts from the research sector are required to be involved, a GIA binding for all planned projects is carried out or the participation of women's and gender associations committed to climate policy is made possible.

5 - Strengthening gender competence and expertise in climate policy

The development of gender competence in institutions such as the German Environment Ministry and Federal Environment Agency is an important prerequisite for successful gender equality examinations. It is advisable to introduce gender competence as an additional selection criterion when recruiting new staff. Mandatory continuing education and training for managers and program-designing employees makes it possible to strengthen the professional gender competences in the cross-section of employees. It is also advisable to draw on specialist gender expertise (in-house or external) when planning and implementing climate policy measures. In order to secure gender competence in the long term, it could be integrated into the training of civil servants in institutions and administration.

6 - Reviewing climate policy projects for gender justice

Binding and regular application of the gender equality assessment (GIA) or similar instruments further developed in the project makes an important contribution to taking gender consistently into account in the development of climate policy projects. Appropriate resources should be available for this purpose. Accountability ensures that the instrument will be embedded within the institution. The GIA should first be implemented as an example in various areas of application: Clear examples of best practice can thus be developed and made available. Flexible handling of the GIA allows the instrument to be adapted to possible changes in work processes and requirements in the institutions. This adaptation could be supported by an accompanying study on the application and institutional embedding of the GIA instrument.

7 - Monitoring and evaluation with defined responsibilities

On-going monitoring and regular evaluation of climate policy measures, including gender criteria to be developed from the gender dimensions, are necessary. Similarly, criteria, procedures and responsibilities must be agreed upon for the specific gender measures (such as the implementation of exemplary GIAs) and for the national climate policy gender action plan. The seven gender dimensions are to be integrated into the indicators. This integration also requires that the gender-related indicators be monitored and evaluated at regular intervals and that the results (including their gender dimensions) be published. Based on the evaluation results, more effective updates should also be developed with regard to gender impacts.

8 - Develop new methodologies to make climate policy gender-responsive

New methodologies are necessary in order to be able to assess and record the extent to which climate policy is implicitly oriented towards masculinity and masculine life models, i.e., climate policy has designed its fundamental yardsticks on the basis of these models, or, conversely, this masculinity fixation has been dispelled in favour of orientation towards the living conditions of all citizens. New methods

are also needed to determine the extent to which equality-enhancing, climate-friendly conditions of action have been created for households and care givers. Both methodologies are necessary in order to be able to collect a corresponding database showing the societal climate protection and adaptation potentials or their limitations. The first starting points are methodologies for recording gender-based structural generation of energy needs and structural generation of transport in order to implement the polluter-pays principle in climate policy measures. After all, who is responsible for the transport expenditure to be managed by the household: the household itself or is transport caused by the lack of equipment, e.g. in rural communities, with reproduction-related infrastructures and services? By not passing the political responsibility on to the households, but instead making precautions against the "feminisation of environmental responsibility" explicit and transparent, measures of climate policy can be geared towards gender-responsiveness (emancipative sufficiency policies). At the same time, this can open up long-term effective climate policy potentials when efficiency strategies reach their limits.

9- Extending existing methodologies so that climate policy becomes gender-responsive

In climate policy economic analyses, scenarios, cost-benefit analyses, etc., it is advisable to examine on an equal footing, what effects climate policy measures have on the economy of production and on the care economy. New methodological approaches, including variable adjustment, are also needed here. A narrow focus on exclusively productive economics and markets ignores essential areas of societal productivity, contributions to the common weal and services of general interest, care economy delivers. For example, it should be determined to what extent infrastructure systems and services fulfil their economical responsibility for caring and their care obligations and also to what extent their further development can relieve or avoid burdening the care economy of households in a gender-responsive and climate-friendly way ("internalisation of care-economical costs").

10 - Creating a data basis to facilitate analyses of gender dimensions

In principle, it is important to collect and generate data that is meaningful in terms of gender: in terms of conditions and relationships that guarantee equal opportunities for all genders and enable climate-protecting caring, economies and action. For climate protection and adaptation, data on all seven gender dimensions are relevant here, e.g. not only on more obvious categories such as individual *and* household incomes or how many care givers live within a household, and how many care dependents, but also data on the use of time, housing situations in relation to structural masculine violence in public spaces, the proportion of residential neighbourhoods with good reproduction-related infrastructure, etc. As long as such a survey is not possible methodically or for other reasons, it would be possible to provisionally evaluate personal and household statistics disaggregated according to biological sex (data qua sexus). A prerequisite for this is that the statistical offices of the Federation and the States collect and update all these data at least in such a disaggregated way. This can provide initial indications of the gender-related data requirements of gender-responsive planning of climate policy measures. This is all the more successful if, in a second step, these are compared, depending on the subject area, with other data categories that allow approximate estimates to be made with regard to the above-mentioned gender data (e.g. the amount of cheap, low-energy housing available in relation to the number of women in single households with low individual incomes).

11 - Systematically drive forward the collection of gender-related data and secure it in the long term

Climate policy databases should be systematically built up from a gender perspective and secured for the long term. This should be addressed conceptually. In a first step, the seven gender dimensions can form the basic orientation. In the second step, a committee of experts could be set up in which technical gender experts (e.g. from the energy, transport, urban development and other sectors) and statisticians would work together to find out how the seven gender dimensions can be better represented in quantitative and qualitative data collection than by reducing gender to the categories "female" "male"

and "other" or "diverse". Then, the next step should be to draw up an implementation plan for the necessary surveys. On the basis of this concept, all follow-up surveys should be designed and carried out gender-responsive within a realistically feasible but ambitious timeframe.

12 - Collection of impact data on interactions of climate-relevant sectoral policies with gender

In order to provide climate policy with information on its efficacy on societal gender relations, data on the factors that create inequality in the life circumstances and opportunities for the genders should be collected in a differentiated manner according to the seven gender dimensions. For climate policy areas of action and measures in which such effects are suspected but for which data on the gender dimensions are not yet available, at least approximate data relating to biological sexes should be used for all targeted measures. For example, the labour market situation of many women and men is different (part-time vs. full-time, gender pay gap / income differences, occupational segregation, unequal participation in management positions, etc.), which in turn influences impact chains in climate policy.

13 - Consider gender equality in calls for applying and promoting the planning and implementation of climate protection and adaptation measures

National funding programs such as the National Climate Initiative (NKI) and the German Adaptation Strategy (DAS) should include guidelines and evaluation criteria that call for explicit consideration of gender aspects. Working aids should be revised in order to raise awareness of social and gender aspects and to support their inclusion, even in technically-oriented projects. The implementation of gender impact assessments of municipal lighthouse projects or typical measures in model cities should be supported or specifically tendered in order to disseminate the results in the form of case studies and recommendations. The staff of the project executing agencies and program offices should be trained accordingly.

14 - Integrating gender justice into climate finance programmes for third countries

In funding programs for third countries such as the European Climate Initiative (EUKI) and the International Climate Initiative (IKI), gender equality should be anchored in the funding criteria, in the evaluation of applications and in monitoring. IKI should also be used to increase support for measures contained in the UNFCCC's Gender Action Plan. This includes capacity building and the exchange of experience for UNFCCC Parties and stakeholders to develop gender-responsive strategies, plans and programs in the areas of adaptation, mitigation, technologies and finance, as well as the promotion of participation and capacities of women in national delegations and of women from grassroots organisations, local and indigenous communities.

15 - Enabling intersectional/interdependent approaches in climate research

There is a great need for a better knowledge base on interdependent and mutually reinforcing disadvantages, e.g. poverty, physical limitations or migrant backgrounds combined with gender-based disadvantages, in order to provide a basis for the development of adequate climate policy approaches that do not further exacerbate or perpetuate these disadvantages, and, in the best case, even help to eliminate them. There is a great need for empirical research and case analyses on interdependent and other social impacts of climate change. There is also a great need to develop research methods to operationalize intersectional or interdependent perspectives that consider gender discrimination in its overlaps with other categories (such as ethnic origin, disability, age, faith/religion/belief or sexual orientation and gender identity).

16 - Anchoring in the regulations on research funding

Criteria for the integration of gender in calls for proposals for contracts, projects and research projects should be developed and applied, as should criteria for the integration of gender in the evaluation of applications and offers. The project-executing agencies dealing with the applications should be appropriately qualified; for example, by undergoing gender training. Calls for proposals for research pro-

jects on climate change and climate policy should specify a relevance test with regard to the gender dimensions in order to be able to assess gender relevance on a topic-specific basis. These calls for proposals should call for the collection of gender-related and gender-disaggregated data as well as gender-responsive implementation. Findings from gender-responsive specialist research should also be included in the formulation of corresponding calls for proposals.

17 - Shaping climate policy with an integrated gender perspective in a socially responsible way

The reduction of "social aspects" to gainful employment, the income situation of a household and the affordability of climate-friendly products and services, as is often the case in climate policy, should be overcome. For the content of climate-related policies, this narrowing to market-economic factors alone is insufficient, since this does not take into account the unequal gender relationships and other social structures of disadvantage and exclusion in their interactions. This exclusive focus makes fair societal cohesion more difficult and endangers the success of climate policy. Through participation, equality policy actors and gender-responsive technical experts can be involved in the process of climate-related policy and measure development: for example, in policies for developing climate measures in agriculture, transport, etc., reporting, reforms of the climate protection promotion programs of the Federal Government (ICI/EUCI/NKI), national adaptation strategy, etc. When selecting these experts, particular attention should be paid to the entire range of actors oriented towards the common weal, including women's and environmental associations in addition to "representatives of public concerns" (a valuable legal regulation in Germany). The coordination processes between the ministries/departments at the various levels should also be inclusive.

18 - Taking care economy seriously in climate policy and addressing it

When developing and designing measures and programmes, it is essential to take into account the impacts of climate change and climate policy measures on the care economy. This is of fundamental importance for the economies and housekeeping of a society. Care economy is gender-based externalized from „economy“, and climate policy becomes more effective if climate policy measures and programmes develop an effectiveness that commits policies, planning and design of infrastructure systems, and „the“ economy as a whole in a duty to serve the care economy.

19 - Basic orientation of climate protection and adaptation programmes towards social and societal transformation

For climate protection programs in general, it is conducive to achieving program objectives if explicit reference is made to services of general interest, the common weal, gender mainstreaming and public concerns. Climate policy involves challenges (democratic and socio-political) that cannot be solved by taking participatory participation in individual processes alone into account - which is to be welcomed in principle and should always be gender-equitable. Climate policy is first and foremost not technology policy, but societal policy, since it influences life, care and monetary economic activity in societies in as intact an environment as possible. The consideration of the gender dimensions and the pursuit of goals that help to develop fairer gender relationships can strengthen climate policy effectiveness and the general transformational character as well as social and intergenerational justice.

1 Einleitung

Internationale und nationale Klimapolitik sind lange Zeit als ‚genderneutral‘ angesehen worden. Weder bei den Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen (UNFCCC) noch in der nationalen Klimapolitik wurden Genderaspekte berücksichtigt. Das hat sich in den letzten Jahren – zumindest auf internationaler Ebene – verändert (vgl. Röhr 2014). Waren es zunächst die Verhandlungen selbst, für die eine gendersensitive oder genderresponsive Politik gefordert wurden, so kam mit der Zeit zunehmend auch die Ebene der Umsetzung in den Vertragsstaaten selbst in den Blick. Auf der 23. Vertragsstaatenkonferenz in Bonn in 2017 wurde der Gender Aktionsplan angenommen, der die Umsetzung der Beschlüsse und Mandate zu Gender unterstützen soll. Insbesondere soll Unterstützung für den Kapazitätsaufbau bei Vertragsstaaten und Stakeholdern geleistet werden, damit diese genderresponsive Strategien, Pläne und Programme in den Bereichen Anpassung, Klimaschutz, Kapazitätenentwicklung, Technologien und Finanzierung entwickeln können. Weiterhin sind die Vertragsstaaten aufgefordert, nationale Gender Focal Points als Ansprechpartner/-innen für Gender einzusetzen.

Auf internationaler Ebene sind somit Fortschritte und Unterstützung durch viele Vertragsstaaten erkennbar, Gender zu reflektieren und zu adressieren. Weniger positiv stellt sich die Situation auf nationaler Ebene in den meisten Industrieländern, so auch in Deutschland, dar. Hier wird die Bedeutung der Geschlechterverhältnisse für eine effektive Klimapolitik noch weitgehend unterschätzt. Die allgemeine gleichstellungsrechtliche Grundlage ist in Deutschland im Grundgesetz (Gleichheitsartikel Art. 3 GG) verankert. Mit dem Kabinettsbeschluss vom 23. Juni 1999 zur Gleichstellung von Frauen und Männern erkennt die Bundesregierung Gleichstellung als durchgängiges Leitprinzip ihres Handelns an und verankert dies im Jahr 2000 im § 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung (GGO) der Bundesministerien. Zudem wurde beschlossen, diese Aufgabe mittels der Strategie des Gender Mainstreaming zu fördern. Weitere Grundlagen sind mit dem § 4(1) Bundesgleichstellungsgesetz von 2015 (BGleG) gegeben. Diese Grundlagen konsequenter anzugehen und konkret in den Politiken und Maßnahmen zu berücksichtigen und diese daran auszurichten ist eine immer noch aktuelle Herausforderung, gerade auch für die Klimapolitik. An diese werden neben der ökonomischen Effizienz von Politiken zunehmend Fragen der Gerechtigkeit gestellt. Dies ist zum Beispiel das zentrale Thema in der aktuellen ‚just transition‘ Debatte, was sich auch in der Annahme der ‚Just Transition Declaration‘ 2018 zeitgleich zur Klimakonferenz in Polen ausdrückt.

Geschlechterunterschiede in für den Klimaschutz relevanten Handlungsfeldern wie der Energienutzung und Energieproduktion, der Gestaltung bzw. Nutzung von Mobilitätsbedingungen oder den Präferenzen/Prioritäten beim Klimaschutz und der Unterstützung klimapolitischer Maßnahmen sind seit langem belegt (zusammengefasst in: European Institute for Gender Equality 2012). Vor allem bei den sogenannten weichen Untersuchungen zu Einstellungen ermittelte Daten (Bevölkerungsumfragen) zeigen sich immer wieder deutliche Geschlechterunterschiede, die aber möglicherweise auch Rollenexpectationen widerspiegeln bzw. deren Gründe bisher wenig erforscht sind.

Eine vom UBA herausgegebene Studie (Kleinhückelkotten et al. 2016) hat deutliche Unterschiede ad Individuum zwischen den Geschlechtern beim Ressourcenverbrauch und den CO₂-Emissionen – bedingt vor allem durch die Handlungsfelder Ernährung bzw. Fleischkonsum und Mobilität – belegt. Unterschiede zeigen sich aber auch bzw. vor allem aufgrund von Einkommen und Alter. Die Korrelationen zwischen den Kategorien spiegeln sich in dem von den Verfasser/-innen genutzten Konzept der sozialen Milieus wider, bedürfen aber unseres Erachtens noch einer grundlegenden Analyse, insbesondere hinsichtlich der diesen Korrelationen zugrundeliegenden Interdependenzen.

Geschlechtsspezifische Unterschiede sind ansatzweise auch in Industrieländern für den Bereich Klimaanpassung belegt (Cutter et al. 2012: 313). Dies gilt sowohl für die Betroffenheit von den Folgen des Klimawandels als auch für die Handlungsfähigkeit im Umgang mit den Folgen von Klimaänderungen. Relevant sind dabei sowohl ökonomische Faktoren, z.B. beschränkte Handlungsmöglichkeiten

durch geringere finanzielle Ressourcen, aber auch die Mehrarbeit bei der Hausarbeit, Versorgung und Pflege im Katastrophenfall oder bei Wetterextremen aufgrund der geschlechtsspezifischen Organisation der Versorgungsarbeit (Björnberg/Hansson 2012). Darüber hinaus spielen gesundheitliche Belastungen eine zentrale Rolle, da Männer und Frauen unterschiedlich von Gesundheitsrisiken betroffen sind, die durch den Klimawandel weiter verstärkt werden (WHO o.J.): Klimawandel, Geschlecht und Gesundheit stehen daher in einem engen Zusammenhang. Allerdings ist die empirische Datenlage unzureichend. Viele Untersuchungen fanden am Beispiel von Ländern des Globalen Südens statt. Vergleichbare Untersuchungen von Industrieländern liegen nur punktuell für ausgewählte Handlungsfelder, z.B. Hochwasserschutz (Terpstra, Gutteling 2008; Chavez-Rodriguez 2013) vor.

Bisher sind Genderaspekte nur in wenigen Fällen bei der Entwicklung und Implementierung von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung berücksichtigt.¹ Legt man einen differenztheoretischen Ansatz von Geschlecht zugrunde (oder reduziert auf das biologische Geschlecht), sind die empirischen Befunde nicht immer eindeutig. Mit Bezug auf das Klimaanpassungsbewusstsein konnte Grothmann zwischen Risikowahrnehmung und Geschlecht nur „geringere und nur zum Teil signifikante Zusammenhänge“ herausfinden (vgl. Grothmann 2005: 146). Andere Befunde deuten auf eine stärkere Risikowahrnehmung bei Frauen hin (Fekete 2010: 26). Interdependenzen mit anderen sozialen Kategorien wie z.B. Einkommen, Bildung, sexuelle Orientierung, Alter etc.) müssen in den Blick genommen und berücksichtigt werden, dass sie nicht unabhängig voneinander bestehen, sondern sich gegenseitig verstärken können.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass es nicht nur Männer und Frauen gibt, sondern für viele weitere Gruppen das Gleichstellungsgebot ebenso zu verwirklichen ist: Für Homosexuelle ebenso wie für Inter- und Transsexuelle, aber auch für Personen, die wegen ihrer Hautfarbe/Herkunft, Religion oder Armut diskriminiert werden.

Eine Voraussetzung für eine genderresponsive Politikgestaltung ist die Sensibilisierung und der Aufbau von Verständnis für die Auswirkungen von Politikentscheidungen auf die Geschlechterverhältnisse bei Entscheidungstragenden. Das Gender Impact Assessment (GIA) kann hier eine zentrale Rolle spielen. Allerdings fokussierte es bisher in besonderer Weise auf Wirkungen, die die jeweils untersuchten Maßnahmen auf durchschnittliche Männer und Frauen haben. „Gender Mainstreaming schafft es nicht, die multikomplexen Lebenssituationen von Menschen zu erfassen, die nicht Teil der ‚Mainstream‘-Gesellschaft oder der dominanten führenden Gruppen sind.“ (Scambor/Busche 2009) Ein zeitgemäßes Gender Mainstreaming beinhaltet folglich eine neue Definition des GIA-Prüfauftrages – von der Geschlechterdifferenz hin zu einem intersektionalen Verständnis von Geschlecht und somit hin zu einer erweiterten Perspektive auf die gesellschaftlichen genderbezogenen Herausforderungen und Ungleichheitsverhältnisse.

Zielsetzung

Vor diesem Hintergrund waren es die übergeordnete Zielsetzung und zu erbringenden Leistungen des diesem Bericht zugrundeliegenden Forschungsprojektes:

- ▶ einen aktualisierten Überblick über die Forschung zu Gender und Klima zu liefern,
- ▶ den Mehrwert der Geschlechterperspektive für Klimaschutz und Klimaanpassung zu untersuchen,
- ▶ darzulegen, inwieweit eine geeignete Ausgestaltung klimapolitischer Maßnahmen umgekehrt zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen kann,

¹ Ein Beispiel für die Integration von Genderaspekten für Handlungsempfehlungen zur Klimaanpassungspolitik auf regionaler Ebene bilden die Arbeiten von Karin Fischer und Ines Weller (vgl. Fischer, Weller 2013, 2015).

- ▶ aus den internationalen Klimaabkommen abgeleitete Handlungsempfehlungen vor allem für den nationalen Rahmen zu entwickeln,
- ▶ Erkenntnisse über Hindernisse für die Orientierung an ‚Geschlecht‘ als relevanter Perspektive für Klimaschutz und -anpassung zu gewinnen und wie diese zu überwinden sind,
- ▶ zentrale klimapolitische Programme und Strategien aus Genderperspektive zu betrachten,
- ▶ Genderdimensionen zur Weiterentwicklung der Klimapolitik abzuleiten und in diese zu integrieren,
- ▶ die gleichstellungsorientierte Folgenabschätzung für die Klimapolitik weiterzuentwickeln,
- ▶ konkrete(-n) Nutzen und Handlungsbedarfe aufzuzeigen und -empfehlungen abzuleiten, und
- ▶ die Ergebnisse einer Fachöffentlichkeit zur Diskussion zu stellen.

Berichtsübersicht

Die für das Vorhaben grundlegenden Begrifflichkeiten und Definitionen wurden gebündelt in Kapitel 2 dargestellt. Ausgehend von übergeordneten Begriffsbestimmungen zum Verständnis von Gender wird die Bedeutung der Wechselwirkungen (Interdependenzen) von Gender mit anderen Kategorien sozialer Ungleichheit hervorgehoben. Anschließend werden die Funktion und Definitionen der für die Analysen herangezogenen Genderdimensionen dargestellt.

Das Forschungsprojekt war in drei inhaltliche Arbeitspakete gegliedert, die im Wesentlichen den Kapiteln 3 (Literaturreview, Portfolioanalyse und Mandate aus internationalen Vereinbarungen), Kapitel 4 (Entwicklung einer Arbeitshilfe zur klimapolitischen Gleichstellungsprüfung) und Kapitel 5 (Systematische Wirkungsanalyse, Ermittlung der Datenbedarfe und von Hinweisen, wie zentrale genderproblematische Methoden überwunden werden können, sowie Erarbeitung von Handlungsempfehlungen) dieses Berichtes entsprechen.

Kapitel 3 dokumentiert die Ergebnisse des umfassenden Literaturreviews zum aktuellen Stand der Erkenntnisse zu den Genderaspekten des Klimawandels und deren Evidenz. Dabei wurden die wesentlichen Handlungsfelder des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel betrachtet. Des Weiteren werden mögliche Hindernisse beim Gender Mainstreaming in der Klimapolitik sowie mögliche Schritte zu deren Überwindung aufgezeigt und soweit möglich, mit guten Beispielen unterlegt. Eine Analyse internationaler Vereinbarungen hinsichtlich ihrer Mandate zur Integration von Gender in nationale Politiken sowie eine Portfolioanalyse nationaler Klimapolitik vervollständigen das Kapitel.

Die Entwicklung der Arbeitshilfe zur gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung für die Klimapolitik bildet den Schwerpunkt von Kapitel 4. Ausgehen von der Darstellung des Stands der Debatte zu Interdependenzen und Intersektionalität in der Genderforschung, wird das für die Entwicklung der Arbeitshilfe zugrunde gelegte Verständnis von Interdependenzen dargestellt. Aus der Diskussion des Instrumentes Gender Impact Assessment (GIA) werden Folgerungen für die Erarbeitung eines GIA Instruments für die Analyse klimapolitischer Maßnahmen abgeleitet bevor schließlich das Konzept und die Struktur der Arbeitshilfe vorgestellt und die verschiedenen Schritte ihrer Erarbeitung nachgezeichnet werden.

Im Zentrum von Kapitel 5 steht die Analyse von Wirkungsmechanismen, Methodenveränderungs- und Datenbedarfen. Die Ermittlung des Datenbedarfs erfolgte anhand der Wirkungsanalyse. Ergänzt wurde diese durch Ermittlung des Bedarfs an Methodenveränderung. Auf der Basis der sieben Genderdimensionen erfolgte die Erarbeitung der Handlungsempfehlungen anhand von drei Beispielen zentraler klimapolitischer Programme: dem Klimaschutzplan 2050, dem kommunalen Förderprogramm Masterplan 100%Klimaschutz der NKI sowie der Deutsche Anpassungsstrategie und ihrem Aktionsprogramm Anpassung.

Die aus den verschiedenen Analysen gewonnenen Handlungsbedarfe und Empfehlungen sind in einem separaten Kapitel 6 zusammengeführt worden.

Die Präsentations- und Kommunikationsaktivitäten sind in Kapitel 7 dokumentiert.

2 Konzeptionelle Grundlagen

2.1 Zum Verständnis von Gender

Wie die feministische Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung, aber auch die genderbezogene Nachhaltigkeitspolitik in den vergangenen Jahrzehnten aufgezeigt haben, stehen Umweltprobleme und Geschlechterverhältnisse in enger Wechselwirkung. Ursachen und Auswirkungen ökologischer Probleme, aber auch Problembearbeitungen und Lösungsansätze sind in hohem Maße genderrelevant (MacGregor 2017; Röhr et al. 2017; UNEP o.J.). In zahlreichen Praxisbeispielen hat sich herausgestellt, dass umweltbezogene Maßnahmen das Risiko bergen, ihre Wirksamkeit einzubüßen, wenn die Geschlechterrelevanz ignoriert wird. Zudem kann die Nicht-Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Implikationen Geschlechterungerechtigkeit forcieren, beispielsweise, wenn sich durch Maßnahmen zur Müllvermeidung aufgrund gesellschaftlich festgelegter Rollenzuschreibungen die Arbeitslast von Frauen als derzeit genderbedingt noch hauptsächlich Versorgungsverantwortlichen in Privathaushalten erhöht. Eine strukturelle, auf die Geschlechterverhältnisse ausgerichtete Perspektive „erlaubt eine differenzierte Problemsicht und ermöglicht eine auf unterschiedliche Zielgruppen ausgerichtete Maßnahmenentwicklung. Problemlösungen können dann differenzierter gestaltet werden und sind somit in ihren Wirkungen auch effektiver“ (Schultz et al. 2006: 226). Erkenntnisse über die genauen Zusammenhänge von Klimawandel, Klimapolitik und Gender können insofern auf mögliche Lösungen hinweisen, die die Wirksamkeit klimapolitischer Maßnahmen verbessern können. Umgekehrt kann eine Klimapolitik, die eine geschlechtersensible und geschlechterresponsive Perspektive verfolgt, strukturellen Machtungleichheiten begegnen (Alber et al. 2018).

Gender wird in der feministischen Forschung und in der Geschlechterforschung allgemein als eine gesellschaftliche *Strukturkategorie* betrachtet², d.h. „als gesellschaftliches Gliederungsprinzip, das Männer und Frauen in die in den Geschlechterverhältnissen angelegten Hierarchien positioniert“ (Hofmeister/Mölders 2006: 26f.). Deshalb sind gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse, die Bedingungen und Ungleichheitssituationen für Frauen, Männer und andere Geschlechter sowie Abbau dieser Ungleichheiten in den Blick zu nehmen, „um dieses von gesellschaftlichen und politischen Institutionen gestützte und getragene Verhältnis näher zu bestimmen“ (ebd.). So zeigten West und Zimmermann (1987) ausgehend von Erfahrungen von Transgender Personen auf, dass das bei Geburt zugewiesene biologische Geschlecht (sex) auf sozial vereinbarten Annahmen zur Biologie und Bedeutung von Geschlecht beruht. „The sex-assignment is continuously (re-)constructed by daily gendered interactions, and therefore is not a fixed state, but rather a process of *doing gender*“³ (Sauer 2018: 136, Hervorhebung im Original).

Dabei sind auch soziale Normen bedeutsam: „Durch soziale und diskursive Praktiken werden soziale Normen etabliert, die den ‚weißen, heterosexuellen, Mittelklasse Mann‘ als ‚neutralen und objektiven‘ Standard setzen“ (Leitner/Walenta 2006: 20). Angesichts dieser allgemeinen Dominanz von Denkweisen bis hin zu Sprache, welche sich an Maskulinität als Norm orientieren (vgl. Androzentrismus) und das dem Femininen zugeschriebene als Abweichung begreifen, sind alle Geschlechter in ihrem Han-

² In diesem Sinne kann es zu vereinfachten Sichtweisen kommen, wenn ‚Gender‘ durch ‚Geschlecht‘ ersetzt wird, z.B. ‚genderhierarchisierend‘ oder ‚genderbasiert‘ oder ‚genderbedingt‘. Der Begriff ‚Geschlecht‘ liegt (insbesondere bei jenen, die sich wenig mit Genderfragen befassen) zu eng an biologisches Geschlecht und legt Konnotationen zu phänomenologischer Differenz nahe, statt - was tatsächlich gemeint ist - die genau politisch und gesellschaftlich veränderbaren Konstruktionen von Geschlechtern, politisch veränderbaren Zuschreibungen, politisch veränderbaren Bewertungen. Es ist ein großer Unterschied, ob Männer gemeint sind oder das dem Maskulinen zugeschriebene. Letzteres und dessen Überbewertung stellt die Herausforderung dar.

³ „Die Geschlechtszuordnung wird durch tägliche geschlechtsspezifische Interaktionen kontinuierlich (neu) konstruiert und ist daher kein fester Zustand, sondern ein Prozess, bei dem Gender sich kontinuierlich entwickelt“ (eigene Übersetzung).

deln mit dieser ‚Normalität‘ konfrontiert. Jedoch ist die ‚Abweichung‘ von eigenen Orientierungen und Zugängen zu einer Sache jeweils verschieden, daraus resultiert einerseits unterschiedlicher Anpassungsdruck, mit dem sie konfrontiert sind, und andererseits problematisch gerichtete Anpassung, mit der die Gesellschaft insgesamt, Institutionen ebenso wie die Politiken konfrontiert sind.

In Tabelle 1 werden drei grundlegende Gender Begriffe anhand der Definitionen der Vereinten Nationen (UN) erläutert, die in der Literatur nicht trennscharf definiert werden (UNFCCC 2015, UN Women o. D., WHO o. D.). Diese beschreiben verschiedene Abstufungen des Ausmaßes, in dem Gender berücksichtigt wird, von genderblind über gendersensitiv, genderresponsiv bzw. genderpositiv bis gendertransformativ. Im Folgenden wurde ein Versuch unternommen, einheitliche Definitionen zu formulieren, die die Gemeinsamkeiten möglichst weitgehend abbilden. Im weiteren Bericht werden die Begriffe entsprechen dieser Erläuterungen verwendet.

Tabelle 1: Erläuterung grundlegender Gender Begriffe

Gender - Begriffsbestimmungen

Gendersensitiv: Geschlecht wird als Kategorie erkannt und berücksichtigt, soweit es die bestehende Politik effektiver macht, basiert vorrangig auf einem Differenzansatz, ohne aber Geschlechternormen und ungleiche Bewertung von ‚Männlichem‘ und ‚Weiblichem‘ grundsätzlich in Frage zu stellen, die impliziten Annahmen und Orientierungen bestehender Politiken zu hinterfragen oder die Ursachen von Ungleichheit und Diskriminierung zu thematisieren

Genderresponsiv: die Beförderung von Geschlechtergerechtigkeit wird als explizites Kriterium bei der Politikgestaltung berücksichtigt, zielt auf Erfüllung der Gender Mainstreaming-Gebote durch alle Fachpolitiken, positive Beiträge erbringen zu müssen, setzt damit auf Wirkungszusammenhänge auf, betrachtet auch die Ursachen von Geschlechterdifferenzen und adressiert – bisher bestehende Politikausrichtungen verändernd – die Dynamiken und Faktoren, die Ungleichheit sowie Hierarchisierungen in politischer Definitions- und Gestaltungsmacht fortschreiben oder generieren.

Daraus kann eine Verantwortlichkeit im politischen Handeln für Geschlechtergerechtigkeit abgeleitet werden. Der in diesem Kontext abgeleitete Begriff genderverantwortlich dient dazu, innerhalb einer Fachforschung und Fachpolitik genderverantwortliche Forschung bzw. Politiken von solcher unterscheiden zu können, die weder ihre implizite, verzerrte Sicht auf Gender in Annahmen und Konstrukten reflektiert haben, noch in ihren Fragestellungen bzw. Zielsetzungen die geforderte fachliche Mitbeförderung des Abbaus von Gender-Ungleichheit und -hierarchien verfolgen. Damit kann diese Begrifflichkeit vorsorgend wirken gegen die verbreitete Auffassung, bei Gender gehe es um ein (anderes) ‚Thema‘, eine nicht fachspezifische Aufgabe, eine ‚andere‘ als die fachpolitische Zielsetzung.

Gendertransformativ: Um Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen, sind die Konstruktionsmechanismen von Benachteiligungen entlang von Geschlecht zu adressieren. Dies ist ein transformativer Anspruch: Die Geschlechterordnung ist nicht nur Ursache für Ungleichheit, Hierarchisierungen zwischen ‚Männlichem‘ und ‚Weiblichem‘ und personellen wie inhaltlichen Ausgrenzungen, sondern auch Ursache problematischer Phänomene in Gesellschaft, Wirtschaften und in gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Um dafür Lösungen, die gleichzeitig geschlechtergerecht sind zu erreichen, und die den Politiken zugrundeliegenden gesellschaftlichen verfassungsmäßigen Zielen letztlich zu entsprechen in der Lage sind, muss die Politikgestaltung den Fokus auf männlich geprägte Normen, Strukturen und Politikmechanismen überwinden. Politiken, die Ungleichheiten verstärken, bis hin zur Kontrolle über Ressourcen sind zu hinterfragen und aufzulösen.

„Das Konzept der sozialen Konstruktion von Geschlecht [...] zeichnet nach, wie wir alle fortwährend beteiligt sind an Prozessen des *doing gender*, wie wir alle daran mitarbeiten, Frauen und Männer zu verschiedenen und voneinander unterscheidbaren Gesellschaftsmitgliedern zu machen und wie diese geschlechterkonstituierende Praxis durch *institutionelle* Geschlechterarrangements vielfach präformiert und abgestützt wird“ (vgl. West & Zimmerman 1987; Gildemeister 2004; Wetterer 2004). Politisch bedeutsam ist die Einsicht in den durchweg sozialen Charakter dieses Produktionsprozesses

vor allem deshalb, weil in seinem Fortgang die *Geschlechterdifferenz immer wieder auf das Engste verknüpft wird mit der Hierarchie im Geschlechterverhältnis* (vgl. Gildemeister/Wetterer 1992; Wetterer 1995; Heintz u.a. 1997; Ridgeway 2001; Teubner 2002). Differenz und Hierarchie gehen, nach allem, was wir historisch und empirisch wissen, vielfach Hand in Hand und jede Reaktivierung der Geschlechterunterscheidung ist deshalb nicht unproblematisch, da *sie immer auch die Voraussetzung für den Fortbestand der Geschlechterhierarchie stützt und reproduziert.*“ (Wetterer 2005; Hervorhebungen nachträglich durch die Verfasser/-innen).

Schließlich wird Gender i.S. von *Geschlechterverhältnissen* verstanden. Gender bezieht sich auf die Beziehungen und Verhältnissetzungen zwischen dem gesellschaftlich dem Männlichen Zugeschriebenen und dem gesellschaftlich dem Weiblichen Zugeschriebenen und die Frage nach den damit einhergehenden gesellschaftlichen Ungleichheiten, Ausgrenzungen und Machtverhältnissen.

Dieses Verständnis fokussiert die Differenz zwischen sozialem und biologischem Geschlecht und setzt sich damit von Differenzansätzen ab, die Unterschiede qua Geschlecht als gegeben annehmen. Die Fokussierung auf geschlechtsspezifische Unterschiede in der Planung und Gestaltung von Maßnahmen kann unbeabsichtigt zu einer Festschreibung von traditionellen Rollenzuschreibungen beitragen und damit strukturell symbolische Hierarchisierungen reproduzieren und verfestigen. „Mit Differenzansätzen zu arbeiten impliziert häufig auch, dass Frauen als defizitär betrachtet werden und den gegebenen Umständen angepasst werden sollen – transformatorische Ziele, die an der Veränderung der den Ungleichheiten zugrundeliegenden Ursachen arbeiten, entfallen somit“ (Röhr et al. 2017: 33). Im Verbund wird daher ein androzentrismuskritischer Ansatz (zum Begriff Androzentrismus vgl. [Tabelle 2](#)) verfolgt.

Tabelle 2: Androzentrismusbegriff

Androzentrismus

- ▶ Unter Androzentrismus wird eine Denk-, Sicht- und Orientierungsweise politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Sachverhalte verstanden, die Männer und Männlichkeit (im Sinne von Gender: Maskulinität) als Zentrum, respektive als Maßstab und Norm erachtet. Frauen und Weiblichkeit dagegen werden als ‚Besonderheit‘, als Abweichung von der Norm erachtet. Der Begriff Androzentrismus wurde 1911 in diesem Sinne erstmals von Charlotte Perkins Gilman in ihrem Buch „The Man-Made World or Our Androcentric Culture“ definiert. Laut Perkins Gilman wird in androzentrischen Kulturen männlichen Lebensmustern und Denksystemen Universalität, d.h. Allgemeingültigkeit, zugestanden, während weibliche Lebensmuster und Denksysteme als Devianz, d.h. Abweichung gelten.
- ▶ Androzentrismus kann als eine gesellschaftliche, wissenschaftliche oder politische Fixierung auf das ‚Männliche‘ begriffen werden. Durch die damit verbundenen Machtansprüche ist er eine spezifische Form von Sexismus, in der das Weibliche nicht direkt als minderwertig bezeichnet wird, sondern als ‚das Andere‘, ‚das von der Norm abweichende‘ gefasst sowie außerhalb ‚der Normalität‘ und ‚des Eigentlichen‘ verortet wird. Vielmehr wird das mit ‚Weiblichkeit‘ konnotierte durch Androzentrismus indirekt disqualifiziert: Es wird marginalisiert, als ‚für das Eigentliche‘ (des Sachzusammenhangs, des Politikgegenstands o.ä.) bzw. ‚für das Ganze‘ (der Politik für den demokratischen Souverän, des Politikbereichs o.ä.) unmaßgeblich abgewertet, männlichen (Wert-) Maßstäben unterworfen und für definierbar gehalten in von diesen abgeleiteten Kategorien. Androzentrismus besitzt damit eine struktureffiziente indirekte geschlechterhierarchisierende gesellschaftliche Wirksamkeit.
- ▶ Da die Gleichsetzung von Mensch mit Mann und von Männlichkeit mit Normalität in fast allen Sachkontexten, Institutionen und Politikfeldern unthematisiert und unproblematisiert praktiziert wird, dabei zugleich jedoch ein Anspruch auf ‚wissenschaftliche Objektivität‘ und

‚allgemeiner Nützlichkeit‘ behauptet wird, wirkt Androzentrismus subtiler geschlechterhierarchisierend, und ist sehr oft eine – auch von Frauen – tief verinnerlichte ‚Selbstverständlichkeit‘. Daher bewirkt Androzentrismus eine verzerrte Sicht, bei der der durchdringende Mangel an Genderneutralität der vermeintlich ‚normalen Sichtweise‘ nur schwer zu erkennen ist.

- In der Forschung werden Männlichkeitsperspektiven insbesondere bei Problemdefinitionen, theoretischen Ansätzen, Kategorien- und Begriffsbildung, Methodenentwicklung und empirischen Untersuchungen zum Maßstab erhoben und für verallgemeinerbar erachtet. Dass und wie weitgehend sie einschränkende Voraussetzungen für die Forschung, deren Ergebnisse und Aussagen darstellen, wird - trotz Wissenschaftlichkeits- und Objektivitätsanspruchs - in der Regel nicht überprüft, ausgewiesen und transparent gemacht (vgl. Spitzner/Beik 1995).

Quelle: Spitzner 2008: 16

Gender umfasst stets soziale, politische, kulturelle und biologische Komponenten, die historisch veränderlich sind (vgl. GenderKompetenzZentrum 2006). Der Blick richtet sich damit auf soziale Geschlechter bzw. gesellschaftliche Weiblichkeit und gesellschaftliche Maskulinität, die historisch, kulturell, gesellschaftlich, politisch und ökonomisch wandelbar und veränderbar sind. Entsprechend verfolgt der Verbund einen transformativen Genderansatz durch eine kritische Auseinandersetzung mit (institutionalisiertem) Androzentrismus und der Perspektive auf Geschlechtergerechtigkeit.

2.2 Interdependenzen

Die Geschlechter sind nicht homogen, sondern unterscheiden sich z.B. nach Alter, sozialer Lage, sexueller Orientierung oder Herkunft. Damit besteht die Herausforderung darin, „[...] das Zusammenwirken verschiedener Positionen sozialer Ungleichheit zu analysieren und zu veranschaulichen, dass sich Formen der Unterdrückung und Benachteiligung nicht additiv aneinanderreihen lassen, sondern in ihren Verschränkungen und Wechselwirkungen zu betrachten sind“ (Küppers 2014). Um die komplexen Beziehungsdynamiken von Ungleichheit und Marginalisierung besser in den Blick zu nehmen, schlagen Walgenbach et al. (2007) den Begriff der ‚Interdependenzen‘ bzw. den Begriff „interdependente Kategorien“ (Dietze et al. 2007; Walgenbach 2007) vor. Dabei „wird nicht mehr allein von Interdependenzen bzw. wechselseitigen Abhängigkeiten *zwischen* Kategorien bzw. Machtverhältnissen ausgegangen, sondern soziale Kategorien werden zugleich als in sich heterogen strukturiert konzeptualisiert“ (Walgenbach 2012: 20).

Vor diesem Hintergrund liegt dem Verbund ein Verständnis von *Gender als interdependenter Kategorie* zugrunde, das Differenzen intra-kategorial integriert anstatt diese als inter-kategorial zu externalisieren (Sauer 2018: 139). Ausgehend von der Geschlechterperspektive werden ‚interne‘ Verschränkungen von Gender mit weiteren Ungleichheitskategorien in einem iterativen Verfahren betrachtet. Dabei besteht ausdrücklich nicht der Anspruch, sämtliche Kategorien einzubeziehen, die an der Konstitution sozialer Ungleichheit beteiligt sind, sondern diejenigen zu fokussieren, die für den jeweiligen Maßnahmenbereich die höchste Relevanz haben. Die Entscheidung über die Auswahl und Eingrenzung der jeweils relevanten sozio-ökonomischen Differenzierungsmerkmale ist dabei auf Grundlage des Stands der wissenschaftlichen Debatte zu Gender in den verschiedenen Handlungsfeldern der Klimapolitik (Röhr et al. 2018) zu treffen.

2.3 Genderdimensionen

Die Systematik der Genderdimensionen zielt auf die Beschreibung und Analyse der wesentlichen gesellschaftlichen Bedingungs- und Treiberebenen von Ungleichheit und Hierarchisierung gesellschaftli-

cher Geschlechterverhältnisse ab. Diese Systematik ist aus der Literatur abgeleitet. Sie basiert auf Vorarbeiten der Beteiligten des Forschungsverbunds, die mit Blick auf die Analyse klimapolitischer Fragestellungen zusammengeführt wurden (vgl. Schultz 2004; Schultz/Stieß 2004; Spitzner 2004; Turner et al. 2006; Spitzner et al. 2007; KfW 2007; Knoll et al. 2009; Alber et al. 2011; Spitzner 2014; Spitzner/Buchmüller 2016). Das Forschungsprojekt war so angelegt, dass in einem mehrfachen Rückkopplungsprozess die Genderdimensionen im Lichte der fortschreitenden Bearbeitungsergebnisse reflektiert und weiterentwickelt wurden. Für die Bearbeitung in den Kapiteln 3 und 4 wurden leicht modifizierte Fassungen der Genderdimensionen angewandt, die dem jeweiligen Stand der Entwicklung innerhalb des Projektes geschuldet sind. So wurde bei der Erarbeitung und dem Test der GIA Arbeitshilfe (Kapitel 4) ein Fokus auf die Ableitung von Prüffragen aus den Genderdimensionen gelegt und hier eine Selektion hinsichtlich der Praktikabilität für ein breites Spektrum von Anwendern/Anwenderinnen gelegt. Bei den Ausarbeitungen zu Wirkungsmechanismen (Kapitel 5) wurden die Genderdimensionen darüber hinaus mit Vorarbeiten zu einer genderresponsiven an Nachhaltigkeit orientierten Transitionforschung (Spitzner/Beuermann et al. 2016), mit Blick auf die Analyse klimapolitischer Fragestellungen zusammengeführt.

Die Genderdimensionen (vgl. Tabelle 3) sind analytische Kategorien zur Untersuchung der strukturell ungleichen gesellschaftlichen Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern sowie ihren Ursachen und Ausprägungen in verschiedenen gesellschaftlichen, politisch zu verantwortenden Bereichen (vgl. Verloo/Roggeband 1996). Sie haben die Aufgabe, potenzielle Wirkungen von Maßnahmen auf die Geschlechterverhältnisse zu identifizieren und politische Handlungsmöglichkeiten zu generieren. In Anlehnung an Verloo et al. (2007) beziehen sich diese Genderdimensionen auf zentrale Bereiche oder Felder der gesellschaftlichen Strukturierung, durch die hierarchische Geschlechterverhältnisse hergestellt, aufrechterhalten und reproduziert werden. Diese miteinander verbundenen Strukturen umfassen die genderbedingte Verteilung substanzieller Chancen, Lasten und Risiken, materielle Bedingungen, Normen, asymmetrische Bewertungen, inhaltliche und personelle Ein- und Ausschlüsse in Institutionen und in Organisationen.

Tabelle 3: Überblick über die Genderdimensionen

Genderdimensionen	
Symbolische Ordnung: Hierarchisierungen, Bedeutungszuschreibungen und -positionierungen, genderhierarchisierende Narrative und Modernisierungsstrategien (Querschnittsdimension)	Versorgungsökonomie/Sorgearbeit: Zuschreibung, Stellenwert, Verteilung, Instrumentalisierung im gesellschaftlichen Wirtschaften
	Erwerbsökonomie: horizontale und vertikale Segregation, ökonomische Arbeitsbewertung, Armuts-, Eigentums-, Vermögensverhältnisse
	Öffentliche Ressourcen/Infrastrukturen: Bereitstellung, Ausrichtung, Priorisierung, Zugänglichkeit, Gebrauchsfähigkeit
	Institutionalisierter Androzentrismus/Definitionsmacht: Maskulinitätsmodelle als Maßstab in fach-/handlungsfeldspezifischen Rationalitäten, Problemwahrnehmungen, Methoden etc. institutionalisierte inhaltlich-kognitive Genderhierarchisierungen
	Definitions- und Gestaltungsmacht auf Akteurebene: Teilhabe an und Berücksichtigung von Genderexpertise bei Entscheidungen, in Wissenschaft, Technik und Politik
	Körper/Gesundheit/Sicherheit: Privatsphäre (intimacy): Gesellschaftliche Organisation von Sexualität, Gesundheit, Gewaltfreiheit, Privatsphäre, sexueller Selbstbestimmung

2.3.1 Funktion der Genderdimensionen für das GIA

Die thematische Gliederung des GIA erfolgt anhand der Genderdimensionen. Die Genderdimensionen bilden für das GIA in Kapitel 4 eine Art Suchmatrix für die Identifikation und Analyse genderrelevanter Wirkungen klimapolitischer Maßnahmen. Sie liefern generalisierende Fragen, anhand derer dann weitergefragt wird und damit konkrete Genderbezüge der untersuchten Maßnahmen identifiziert werden können. Die Genderdimensionen lassen sich gesellschaftlichen Bereichen (Versorgungsökonomie und Sorgearbeit, Erwerbsarbeit, politische Teilhabe, Gestaltung öffentlicher Infrastrukturen und Gesundheitsvorsorge) zuordnen. Darüber hinaus umfassen sie kulturell verankerte symbolische und strukturelle Faktoren, welche die Wahrnehmung und Bewertung der Kategorie ‚Geschlecht‘ beeinflussen. Für die GIA-Arbeitshilfe wurde daher für die Genderdimensionen der Begriff der ‚Lebensbereiche‘ verwendet, um Handlungsfelder auszuweisen, die für die Herstellung und Aufrechterhaltung strukturell ungleicher Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern von besonderer Relevanz sind (Verloo/Roggeband 1996; Verloo 2007, siehe auch Kap. 4.3.3).

2.3.2 Beschreibung der Genderdimensionen

In dem Vorhaben wurden insgesamt sieben Genderdimensionen entwickelt. Neben der Querschnittsdimension „Symbolische Ordnung: Hierarchisierungen, Bedeutungszuschreibungen und -positionierungen“ werden sechs weitere Genderdimensionen unterschieden. Diese thematischen Dimensionen beziehen sich auf abgrenzbare gesellschaftliche Bereiche, die im Rahmen des GIA untersucht werden können. Die Querschnittsdimension enthält als übergreifenden Aspekt die mit Geschlecht und sexueller Orientierung verbundenen Zuschreibungen und Bewertungen, z.B. die Abwertung von mit Weiblichkeit konnotierten Merkmalen. Dieser Aspekt ist für unterschiedliche Dimensionen relevant und bei der Analyse aller übrigen Dimensionen zu berücksichtigen.

2.3.2.1 Querschnittsdimension „Symbolische Ordnung: Hierarchisierungen, Bedeutungszuschreibungen und -positionierungen“

Die Querschnittsdimension „Symbolische Ordnung: Hierarchisierungen, Bedeutungszuschreibungen und -positionierungen“ bezieht sich auf gesellschaftliche Hierarchien und Machtverhältnisse, die ihren Ausdruck in der symbolischen Ordnung einer Gesellschaft finden. Diese Ordnung durchdringt die Strukturierungen ebenso wie institutionelles und personales Handeln (Knapp 1992), wird aber ebenso von diesen hergestellt und reproduziert (Arslan 2016). Durch Repräsentationen in Sprache, Visualisierungen, baulichen Gestaltungen, Narrativen, Zukunftsentwürfen etc. werden sowohl Bedeutungen generiert als auch Wertigkeiten zugeschrieben, indem Normalitätsvorstellungen und Unterschiede konstruiert, konstituiert und reproduziert werden. Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata werden geprägt. Diese Zuschreibung von Bedeutungen und Bewertungen bildet eine übergeordnete, am schwersten zu verändernde Querschnittsdimension, die auf die im Folgenden beschriebenen Genderdimensionen einwirkt. Ihre gezielte Veränderung zugunsten von Geschlechtergerechtigkeit ist notwendig und kann mittels der nachfolgend dargestellten Genderdimensionen unterstützt werden.

Die dominante zweigeschlechtliche Gesellschaftsordnung beruht auf einer bipolaren Geschlechterordnung mit einer hierarchisierenden Zuschreibung von Neigungen, Fähigkeiten, Eigenschaften etc. qua biologischem Geschlecht sowie auf Geschlechterkonstruktionen und -identitäten und daraus resultierenden Wahrnehmungen, Einstellungen und Bewertungen etc. qua sozialem Geschlecht. Die Beziehung der Geschlechter ist vom Prinzip der Heteronormativität geleitet, d.h. der heterosexuellen Ausrichtung von Beziehungen und Gesellschaftsstrukturen sowie daraus resultierenden Einstellungen und Wahrnehmungen. Die gesellschaftliche Abwertung von (zugeschriebener) Weiblichkeit spiegelt sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen wider und kommt beispielsweise dadurch zum Ausdruck, dass Tätigkeiten der Versorgungsökonomie/Sorgearbeit allgemein als ‚Konsum‘ verstanden werden und auch statistisch diesem subsumiert werden, obwohl bei der Versorgung auch produziert wird (Beispiel Nahrung). Ein Beispiel für die gesellschaftliche Überbewertung von (zugeschriebener) Männ-

lichkeit ist die Gleichsetzung von ‚Arbeit‘ mit bezahlter Erwerbsarbeit. In besonders aggressiver Form äußert sie sich als sexuelle Belästigung (verbal, körperlich, gestisch etc.) und sexuelle/sexualisierte Gewalt als Machtdemonstration und Demonstration eines Anspruchs auf Vorherrschaft im Geschlechterverhältnis.

2.3.2.2 Versorgungsökonomie/Sorgearbeit: Zuschreibung, Stellenwert, Verteilung, Zeit, Instrumentalisierung

Die Dimension der Versorgungsökonomie bezieht sich auf die gesellschaftlichen Werte, Normen und Institutionen, die eine ungleiche geschlechtsspezifische Zuschreibung, Verteilung, Bewertung und Anerkennung von bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit im Vergleich zur (bezahlten) Erwerbsarbeit bewirken und aufrechterhalten (Verloo 2007: 28f.; Madörin 2006; Spitzner 1999). Die Verantwortung für die Sorgearbeit wird dabei als eine vorwiegend private Aufgabe verstanden, die vor allem Frauen zugeschrieben wird. Dabei sind vor allem folgende Aspekte relevant:

- ▶ Geschlechtsspezifische Zuschreibung von Zuständigkeiten für unbezahlte Sorgearbeit (z.B. Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten bei Zuständigkeiten bzw. Abweisung von unbezahlter Sorgearbeit, bei Verantwortung für Versorgungsarbeit und bei Entscheidungen im Haushalt);
- ▶ Verteilung der Kosten und des Nutzens von Sorgearbeit;
- ▶ Zeitknappheit, -konflikte der Versorgungszuständigen;
- ▶ Stellenwert der Versorgungsökonomie innerhalb der Gesamtökonomie; Berücksichtigung von versorgungswirtschaftlichen Kriterien bei Entscheidungen über Dienstleistungen und Infrastruktursysteme und deren Leistungserbringung und Finanzierung;
- ▶ Generierung von (zusätzlichem) Zeit- und Arbeitsaufwand bzw. Abwälzung aus bezahlt kommerziellen oder öffentlich finanzierten Sektoren (Erwerbsökonomie oder/und Gemeinwirtschaft) auf die privaten Haushalte zulasten der geschlechtsspezifisch verteilten Hausarbeit;
- ▶ Gemeinwesen orientierte Arbeit: Geschlechtsspezifische Zuschreibungen von Zuständigkeiten für gemeinwohlorientierte ehrenamtliche Arbeit (z.B. Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten bezüglich der Zuständigkeit und Verantwortung bei gemeinwohlorientierten ehrenamtlichen Tätigkeiten);
- ▶ Generierung von (zusätzlichem) Zeit- Arbeits- und Kostenaufwand bzw. Abwälzung aus öffentlich finanzierten Sektoren auf ehrenamtliche gemeinwohlorientierte Arbeit zulasten der ungleich verteilten Verantwortung innerhalb von Personengruppen.

2.3.2.3 Erwerbsökonomie: horizontale und vertikale Segregation, Berufswahl, Vermögensverhältnisse

Die Dimension der Erwerbsökonomie bezieht sich auf die Teilhabe an bezahlter Erwerbsarbeit. Im Zentrum stehen die gesellschaftlichen Werte, Normen und Institutionen, die geschlechtsspezifische Ungleichheiten beim Zugang zu Erwerbsarbeit und deren Entlohnung bewirken und aufrechterhalten (Verloo 2007: 28f.). Hervorzuheben sind hier v.a. geschlechtsspezifische Unterschiede und Benachteiligungen in Bezug auf Erwerbsbeteiligung, Ausbildung, Berufswahl, Zugang zu Führungspositionen, Umfang von Arbeitszeiten sowie die Entlohnung von Tätigkeiten:

- ▶ Geschlechtsspezifische horizontale und vertikale Segregation der Erwerbsarbeit sowie deren ökonomische Bewertung (Entgeltungleichheit durch geringere Bezahlung von frauendominierten Arbeitsbereichen vs. besser bezahlte, männerdominierte Bereiche);
- ▶ Arbeitsbedingungen und selbstbestimmte Flexibilität der Arbeitszeitgestaltung;
- ▶ Geschlechtsspezifisches Berufswahlverhalten;
- ▶ Vermögensverhältnisse, Einkommenslücke und Armutsrisiko (v.a. bei Alleinerziehenden, Migrantinnen/Migranten, älteren Frauen, Frauen mit Behinderung und anderen mehrfach marginalisierten Gruppen).

nalisierten Frauen). So beträgt der Gender Pay Gap in Deutschland immer noch 21 %⁴, der Gender Pension Gap sogar 53 %⁵. „32,6 % der Personen in Haushalten von Alleinerziehenden waren im Jahr 2016 armutsgefährdet. Damit lag ihre Quote weit über dem Durchschnittswert für die Bevölkerung in Deutschland von 16,5 %. Im Vergleich dazu waren Personen in Haushalten von zwei Erwachsenen mit Kind/-ern mit 11,0 % unterdurchschnittlich häufig von Armut bedroht“⁶.

2.3.2.4 Öffentliche Ressourcen/Infrastrukturen: Bereitstellung, Ausrichtung, Priorisierung, Zugänglichkeit, Gebrauchsfähigkeit

Raum- und Geschlechterverhältnisse sind eng miteinander verwoben (Bauriedl et al. 2010). Zugang zu und Gebrauchsfähigkeit von öffentlichen Räumen und Ressourcen wie etwa Parks, Spielplätzen und Serviceeinrichtungen haben direkte Wirkungen auf die Durchführung von Sorge- und Erwerbsarbeit (Neutens et al. 2010), die Teilhabe am öffentlichen Leben (Lucas 2012) und physische und psychische Gesundheit. Gleiches gilt für Infrastrukturen wie Energie-, Wasser- und Verkehrssysteme (Spitzner 2004; Lecompte/Bocarejo 2017) sowie die entsprechenden Dienstleistungen, deren Ausrichtung und Priorisierung im Hinblick auf Alltagstauglichkeit (Loukaitou-Sideris 2012; Scheiner 2017):

- ▶ Verteilung des öffentlichen Raums, Zugang zu öffentlichem Raum und Möglichkeiten dessen Aneignung;
- ▶ Gebrauchsfähigkeit von Infrastruktursystemen für die Vielfalt an Lebenslagen;
- ▶ Einsatz und Verteilung öffentlicher Mittel;
- ▶ Verfügbarkeit, Quantität und Qualität von gender- und von versorgungsrelevanten Service-Infrastrukturen (z.B. öffentliche Nahverkehrssysteme), ausschussfreie, d.h. auch einkommensunabhängige Zugänglichkeit basaler gender- und versorgungsrelevanter Infrastrukturen;
- ▶ Nutzbarkeit und Nutzung öffentlicher Dienstleistungen (wie z.B. Versorgung mit Energiedienstleistungen) für die Vielfalt an Lebenslagen und ohne Ausschlüsse;
- ▶ Zugang zu Ressourcen (wie z.B. Grünflächen).

2.3.2.5 Institutionalisierte Androzentrismus/Definitionsmacht: Maskulinität als Maßstab, institutionalisierte inhaltlich-kognitive implizite Genderhierarchisierungen

Diese Genderdimension bezieht sich auf die genderhierarchisierende Definitionsmacht, die nicht von Akteuren und Mikroebene der Partizipation, sondern von Institutionalisierungen ausgeht und dadurch systematisch wirksam ist. Akademische Disziplinen und Communities ebenso wie politische, planerische, exekutive Handlungsfelder und ihre Diskurse bauen nicht auf geschlechtsneutralen Grundlagen auf, sondern sind durch Androzentrismen geprägt. Maskulinitätsmodelle werden dabei implizit zum Maßstab für vermeintlich ‚allgemeine‘ Nützlichkeit und vermeintlich ‚objektive‘ bzw. ‚sachadäquate‘ Definition und Bearbeitung ihres Gegenstandsbereichs erhoben (Perkins Gilman 1911/1974). Gender ist dadurch immer schon eingegangen, aber nicht berücksichtigt im Sinne inhaltlicher Genderausgewogenheit. Dadurch wird eine kritische Reflexion von mit gesellschaftlicher Männlichkeit verbundenen, somit genderbedingt einseitigen und verzerrenden Rahmungen bei Problemrezeption und Strategiedefinitionen (Walby 2005; Rees 1998; Spitzner 2008), von Merkmalen und Ausprägungen sowie eine kritische Interpretation und Bewertung von empirischen Befunden verhindert:

⁴ <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/ImFokus/VerdiensteArbeitskosten/Verdienstunterschiede2018.html> (letzter Zugriff 24.02.2019).

⁵ <https://www.boeckler.de/112210.htm> (letzter Zugriff 24.02.2019).

⁶

https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2018/Alleinerziehende/Pressebrochure_alleinerziehende.pdf?__blob=publicationFile (Seite 40) (letzter Zugriff 24.02.2019).

- ▶ Implizite Setzungen von Maskulinitätsmodellen, die Definitions- und Gestaltungsmacht auf der Institutionenebene ausüben, als Maßstab;
- ▶ Reproduktion versus Offenlegung impliziter, nicht direkt erkennbarer, in den unartikulierten zugrundeliegenden Annahmen enthaltener Genderhierarchisierungen in handlungsfeld- bzw. disziplinspezifischen Zugängen sowie hinsichtlich androzentrischer institutionalisierter Grundkategorien auf der inhaltlich-kognitiven Ebene (z.B. Arbeiten mit einem methodologischen Individualismus statt z.B. Bezug auf das Handeln auf Ebene des Haushalts als strukturvermittelndem ökonomischen und sozialem System);
- ▶ Rückgriffsmöglichkeiten auf androzentrismus-kritische Relativierung tradierter genderspezifisch maskulinitätszentrierter Sicht- und Denkweisen in jeweiligen institutionellen Rationalitäten, die Aufgabenverständnis, Prozesse, Organisation, Outcome und deren Bewertung bestimmen;
- ▶ Recherche, Kenntnisnahme und Verarbeitung des nicht-androzentrischen Forschungs- und Erkenntnisstands;
- ▶ Androzentrismus versus Relativierung tradierter, genderspezifisch maskuliner Rezeptions- und Reflexionsweise in Problemwahrnehmung und in Definition der Aufgabe, des Gegenstands und von Zielvorstellung;
- ▶ Androzentrismus versus Relativierung tradierter, genderspezifisch maskuliner Sicht- und Denkweise in Konzeptualisierung, Relevanzkriterien, Rahmungen, inhaltlichen Aus- und Einschlüssen;
- ▶ Androzentrismus versus Relativierung tradierter, genderspezifisch maskuliner Sicht- und Denkweise bei der Wahl der Instrumente und Methoden zur und Herangehensweisen an Wissensproduktion;
- ▶ Androzentrismus versus Relativierung tradierter, genderspezifisch maskuliner Sicht- und Denkweise bei Schlussfolgerungen, Richtung von Strategien, Auswahl, Priorisierung und Ausrichtung von Maßnahmen;
- ▶ Vorkommen der Genderperspektive in Verfahren und Entscheidungen in Bezug auf Wissensproduktion und Generierung gender-verantwortlicher politischer Konzeptionalisierung, Strategie- und Legislativ-Entwicklung (z.B. Einholung von Expertisen, die zum Zwecke genderreflektierter sachlicher Betrachtungen, methodischen und einer inhaltlichen Integration im Sinne des politischen und gesellschaftlichen Interesses an Gender Mainstreaming und sachkontextualisiertem Befördern von Geschlechtergerechtigkeit verantwortlich erarbeitet wurden, Wichtung deren Erkenntnisse, Wichtung von durch Genderreflexion genderneutralisierender Kompetenz und Aussagekraft als Kriterium für Gemeinwohldienlichkeit bzw. gewissen Objektivitäts- und wissenschaftlichen Standard u.Ä.);
- ▶ Prozeduren der aktiven und gezielten Einbeziehung der Genderperspektive auf allen Stufen der Maßnahmenentwicklung und Umsetzung, Beförderung entsprechender Verfahren und Anpassung der Maßnahmenentwicklung in Zeit- und Finanzplanung inklusive Monitoring (Gender-Controlling) im Politik- bzw. Projektzyklus.

2.3.2.6 Definitions- und Gestaltungsmacht auf Akteursebene: Teilhabe an und Berücksichtigung von Genderexpertise bei Entscheidungen, in Wissenschaft, Technik, Politik

Die Dimension „Definitions- und Gestaltungsmacht auf der Akteursebene“ bezieht sich auf Teilhabe und Mitbestimmung von Gleichstellungs- und Genderexpertise an Entscheidungen in Wissenschaft, Technik und Politik (Schultz 2004; Schultz/Weller 1995). Neben der Beteiligung an politischen Entscheidungen steht dabei insbesondere die Mitwirkung an Entscheidungen der Wissenschafts- und Technologieentwicklung im Fokus:

- ▶ Teilhabe an Definitions- und Gestaltungsmacht auf der Akteursebene (z.B. Formulierung politischer Programme, Richtungsentscheidungen in Wissenschaft und Technikentwicklung);

- ▶ Beteiligung von Akteuren, die sich für genderreflektierte Betrachtungen und eine inhaltliche Integration des gesellschaftlichen Interesses an Geschlechtergerechtigkeit verantwortlich fühlen, in Verfahren, Entscheidungen und Governancestrukturen, Berücksichtigung der Genderkompetenz als Einstellungs-, Beteiligungs- bzw. Positionskriterium;
- ▶ Einbeziehung von Genderexperten/-expertinnen und auf allen Stufen der Maßnahmenentwicklung und Umsetzung inklusive Monitoring (Gender-Controlling im Politik- bzw. Projektzyklus);
- ▶ Einbeziehung mit anderen Institutionen-Vertretern/Vertreterinnen, die Genderkompetenz und genderrelevante Zuständigkeiten repräsentieren, und entsprechende Abstimmungsverfahren.

2.3.2.7 Körper, Gesundheit und Sicherheit: Privatsphäre (intimacy), Gewaltfreiheit

Die Dimension „Körper/Gesundheit/Sicherheit“ bezieht sich auf die durch gesellschaftliche Normen, Werte und Vorstellungen von Maskulinität und Weiblichkeit geprägte gesellschaftliche Organisation von Intimität und die dadurch hergestellten ungleichen Positionen der unterschiedlichen Genusgruppen (Verloo/Roggeband 1996). Im Zentrum stehen dabei sexuelle Orientierung, geschlechtliche Identität, die selbstbestimmte Verfügung über den eigenen Körper und die eigene Gesundheit sowie die Wahl von Partnerschaftsmodellen, Sexualität und Fortpflanzung (Verloo 2007: 29f.). Körperliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern und Altersgruppen betreffen beispielsweise Gesundheitsstatus (z.B. Lebenserwartung) als die körperliche Reaktion auf Umweltschadstoffe (z.B. Luftverschmutzung) oder Umweltbedingungen (z.B. Temperatur).

- ▶ Sexuelle Belästigung (verbal, körperlich, gestisch etc.) und sexuelle/sexualisierte Gewalt auf körperlicher und psychischer Ebene;
- ▶ Reproduktive Gesundheit (von Frauen, Männern und anderen Geschlechtern);
- ▶ Geschlechtsspezifische Rollen und Zuständigkeiten für Gesundheit in Haushalten und Familien;
- ▶ Wahrnehmung physischer Risiken (Risikobereitschaft) und Gesundheitsverhalten;
- ▶ Beachtung körperlicher Bedürfnisse des Menschen (von Frauen, Männern und anderen Geschlechtern, in Vielfalt der Altersgruppen, kultureller Hintergründe) und entsprechend würdevoller Privatsphäre auch durch Infrastruktursysteme (z.B. Zugang zu sanitären Einrichtungen im öffentlichen Raum);
- ▶ Private Familienarrangements und Partnerschaftsmodelle, Sexualität.

3 Systematischer Literatur-Review der internationalen Fachliteratur zu Gender und Klimapolitik: Review und analytische Systematik

3.1 Einleitung

Auf der Ebene der Vereinten Nationen (UN) nimmt die Zahl der Genderreferenzen in klimarelevanten Vereinbarungen zu. Welche Bedeutung dies für die nationale Politik der Vertragsstaaten hat, und speziell welche Mandate sich daraus für Industrieländer ableiten lassen wird ebenso in diesem Kapitel untersucht, wie die Strategien zur Integration von Gender, die in klimarelevanten UN-Organisationen und Institutionen angewandt werden und deren Wirksamkeit. Aus den Mandaten und deren Umsetzung auf nationaler Ebene ergibt sich zwangsläufig die Frage, welche Erkenntnisse zu den Genderaspekten der Klimapolitik aus Industrieländern vorliegen, die in politische Maßnahmen einfließen sollten.

Deshalb steht im Zentrum des Kapitels ein umfassender Literaturreview, mit dem der aktuelle Stand der Erkenntnisse zu den Genderaspekten des Klimawandels und deren Evidenz aufgezeigt wurde. Dieser umfasst die wesentlichen Handlungsfelder des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel soweit dazu Analysen aus der Genderperspektive vorliegen. Weiterhin sollten anhand der Literatur mögliche Hindernisse beim Gender Mainstreaming in der Klimapolitik respektive der Integration von Genderaspekten bei der Entwicklung und Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen sowie mögliche Schritte zu deren Überwindung identifiziert und diese, soweit möglich, mit guten Beispielen unterlegt werden. Ebenso wurde mit dem Review auch identifiziert, in welchen Bereichen zusätzlich zu Genderaspekten auch intersektionale Aspekte und Interdependenzen thematisiert wurden.

Die Entwicklung einer Analysesystematik sollte dazu dienen zu erkennen, welche Genderdimensionen in den Portfolios von Klimaschutz- und Klimaanpassungsprogrammen relevant sind. Zweck der Analyse war vor allem, klimapolitische Programme aus der Genderperspektive zu untersuchen, um Prioritäten bzw. Lücken im Sinne ungenutzter Potenziale zur Geschlechtergerechtigkeit zu identifizieren. Eine erste Einschätzung weist auf die dafür relevanten Dimensionen hin.

Der systematische Literaturreview und die Analysesystematik waren die Grundlagen der weiteren Arbeit und sollten sowohl das Kapitel 4 als auch die Handlungsempfehlungen des Kapitel 5 mit neueren Erkenntnissen aus der Gender- und Klima-Forschung unterlegen und befördern, als auch der Analyse von Klimaschutzprogrammen hinsichtlich der potenziellen Anknüpfungspunkte für Gender und der Implementation dieser Erkenntnisse in ihren Portfolios sowie der Prioritätensetzung bei den adressierten Handlungsfeldern dienen.

Der Zwischenbericht des Literaturreview wurde vom UBA veröffentlicht.⁷

3.2 Analyse klimapolitischer Entscheidungen und deren Implikationen für die nationale Politik

Die Klimarahmenkonvention von 1992 und das Kyoto-Protokoll von 1997 enthalten im Gegensatz zu den anderen Rio-Konventionen keine Verweise auf Gender oder Frauen. Fast 25 Jahre später fordert das Pariser Abkommen in der Präambel, dass Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und das Empowerment von Frauen bei allen Aktivitäten im Bereich Klimawandel berücksichtigt werden sollen. Dazwischen lag ein langer Weg, seit das Geschlechterthema 2001 im UNFCCC-Prozess aufgegriffen und später in mehreren thematischen Arbeitsprozessen zunehmend verankert wurde.

⁷ https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-03-15_texte_23-2018_gender-klima.pdf (zuletzt aufgerufen am 22.1.2019).

Es wurde untersucht, welche Bedeutung die wachsende Zahl von Genderreferenzen in klimarelevanten Vereinbarungen auf UN-Ebene für die nationale Politik der Vertragsstaaten hat und ob sich daraus Verpflichtungen ableiten lassen. Dazu wurden die Dokumente der drei Rio-Konventionen (Klimarahmenkonvention UNFCCC, Biodiversitätskonvention CBD und UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung UNCCD) im Hinblick auf Genderreferenzen analysiert. Es wurden nur Passagen berücksichtigt, die sich als an die Vertragsstaaten gerichtete Mandate verstehen lassen und für die Politik in Industrieländern relevant sind.

Völkerrechtlich verbindlich sind nur die Konventionen und ihre Protokolle selbst, da sie einem Ratifizierungsverfahren unterzogen werden. Resolutionen der Vertragsstaatenkonferenzen der Konventionen und anderer UN-Konferenzen sowie Leitlinien internationaler Organisationen sind rechtlich nicht verbindlich, gelten jedoch als ‚soft law‘ und können je nach Formulierung im Detail normativ wirken und eine Lenkungswirkung entfalten.

3.2.1 Gender-Entscheidungen und -Programme im UNFCCC-Prozess

Eine Besonderheit im UNFCCC-Prozess im Gegensatz zu den anderen Rio-Konventionen sind spezifische Beschlüsse zu Gender, mit denen versucht wurde, die Genderlücke zu schließen⁸. Sie umfassen Beschlüsse zur Geschlechterparität in UNFCCC-Gremien (UNFCCC 2001) und darüber hinaus auch in Delegationen, Verhandlungsgruppen und Konsultationsmechanismen sowie die Verankerung von Gender und Klima als festem Punkt auf der Tagesordnung der Vertragsstaatenkonferenzen (UNFCCC 2012).

Zum anderen wurde im Lauf der Jahre eine Reihe inhaltlicher Genderreferenzen in Beschlüsse und Arbeitsprogramme eingebaut: Anpassungsprogramme sollen auf einem gendersensitiven und partizipatorischen Ansatz basieren, bei allen Aktivitäten im Bereich Capacity-Building sollen Geschlechteraspekte berücksichtigt werden, und in allen Elementen von Artikel 6 der Klimarahmenkonvention (Bildung, Training, Fortbildung, Bewusstseinsbildung, Partizipation, Zugang zu Information) soll Gender als Querschnittsthema berücksichtigt werden. Ferner soll die Berichterstattung Fortschritte bei der Geschlechterparität sowie bei genderresponsiver Klimapolitik umfassen.

Um die Umsetzung der bisherigen Beschlüsse voranzutreiben, wurde in 2014 das ‚Lima Work Programme on Gender (LWPG)‘ (UNFCCC 2014) verabschiedet, ein zweijähriges Arbeitsprogramm zum Gender Mainstreaming in allen relevanten Aktivitäten unter der Konvention. Neben thematischen Workshops, Training und Kapazitätenentwicklung wurde ein Gender Focal Point im Klimasekretariat eingerichtet, um u. a. einen Aktionsplan für das Programm zu entwickeln. Die Vertragsstaaten sollen Training und Bewusstseinsbildung ihrer Delegierten zu Gender unterstützen, ihre weiblichen Delegierten in Sachen Verhandlungskompetenz weiterbilden und solche Aktivitäten in bedürftigen Ländern fördern, wie auch die Aktivitäten des Sekretariats in Rahmen des Programms. Zwei Jahre später wurde eine dreijährige Verlängerung und Erweiterung des LWPG beschlossen (UNFCCC 2016), mit einem geplanten Review in 2019. Zusätzliche Elemente sind mehrere Workshops sowie Aktivitäten zur Klärung, wie Gender in die UNFCCC-Arbeitsbereiche integriert werden kann. Die Vertragsstaaten sollen u. a. nationale Gender Focal Points für die Verhandlungen sowie die Umsetzung und Erfolgskontrolle einrichten, über die Integration von Genderbelangen in die Klimapolitik Bericht erstatten und diese Erfahrungen austauschen, auch mit Nicht-Regierungsorganisationen.

Ein wesentliches Element ist die Entwicklung eines Gender Aktionsplans, der die Umsetzung der Beschlüsse und Mandate zu Gender unterstützen soll. Er wurde auf der 23. Vertragsstaatenkonferenz in Bonn in 2017 angenommen und gibt prioritäre Handlungsfelder und Aktivitäten samt Fristen, Zustän-

⁸ Gender auf der UNFCCC Website: <https://unfccc.int/topics#:70bd5236-db5c-4951-b3f9-f0ba194311f5> (zuletzt aufgerufen am 8.1.2019).

digkeiten und geplanten Ergebnissen vor (UNFCCC, 2017). Die Elemente des Plans wurden in fünf Clustern zusammengefasst: Kapazitätenaufbau, Wissensaustausch und Kommunikation; Geschlechterparität, Beteiligung und Frauen in Führungsrollen; Kohärenz innerhalb der UNFCCC und mit anderen UN-Organisationen; genderresponsive Umsetzung und Umsetzungsinstrumente; Monitoring und Berichterstattung.

Die Vertragsstaaten sollen laut Gender Aktionsplan Workshops durchführen und technische Unterstützung für den Kapazitätenaufbau bei Vertragsstaaten und Stakeholdern leisten, damit diese genderresponsive Strategien, Pläne und Programme in den Bereichen Anpassung, Klimaschutz, Kapazitätenentwicklung, Technologien und Finanzierung entwickeln können. Ferner sollen die Vertragsstaaten die Teilnahme von Frauen in nationalen Delegationen bei den UNFCCC-Sessions fördern. Dabei sollen auch Frauen aus Graswurzel-Organisationen sowie lokalen und indigenen Gemeinschaften aus Entwicklungsländern unterstützt werden. Frauen sollen Kapazitätenentwicklung und Training zu den Klimaverhandlungen erhalten, für Frauen und Jugendliche auf allen Ebenen sollen Fortbildungs- und Trainingsprogramme zum Klimawandel entwickelt, durchgeführt und unterstützt werden. Schließlich sollen die Vertragsstaaten auch die Kapazitäten von Parlamentariern, Kommissionen, finanzierenden Ministerien, NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen stärken, um genderresponsives Budgeting in die Klimafinanzierung zu integrieren.

3.2.2 Gender in der Biodiversitätskonvention (Convention on Biological Diversity CBD⁹)

Generell ist Biodiversität sowohl für den Klimaschutz als auch für die Anpassung an die Folgen der Klimaveränderung relevant, durch den Erhalt und die Wiederherstellung von Ökosystemen, durch klimaschonende und resilienzfördernde land- und forstwirtschaftliche Praktiken usw.

Im Gegensatz zur UNFCCC war hier Gender von Beginn an verankert, allerdings nur in der Präambel der Konvention und nur unter dem Gesichtspunkt der Beteiligung von Frauen. Seit 2008 wurde ein umfassenderer Zugang zu Gender verfolgt¹⁰. Gender ist jetzt eines der 20 Querschnittsthemen, ist aber wenig mit dem Querschnittsthema Klimawandel und Biodiversität verknüpft. In den Vertragsstaatenkonferenzen wurden zahlreiche Beschlüsse mit Frauen- und später mit Genderbezug getroffen, auch grundlegend zu Gender Mainstreaming bei der Umsetzung aller Aktivitäten unter der Konvention.

Seit 2008 wurden Gender Aktionspläne (GAP) beschlossen und mehrfach überarbeitet, die zunächst nur Handlungsanweisungen an das Sekretariat enthielten, später aber auch Mandate an die Regierungen. Die strategischen Ziele des aktuellen Gender Aktionsplans umfassen das Mainstreaming einer Genderperspektive in die Umsetzung der Konvention und die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit bei der Verfolgung der Ziele und strategischen Pläne der Konvention. Ferner soll gezeigt werden, dass Gender Mainstreaming die Arbeit unter der Konvention effektiver macht und die Ziele der Konvention besser erreicht werden können. Konkret soll Gender in den nationalen Biodiversitätsplänen (NBSAP) berücksichtigt und in die Indikatorentwicklung und das Monitoring integriert werden.

Mehrere Evaluierungen brachten allerdings ans Licht, dass die Umsetzung von Gender Mainstreaming auf nationaler Ebene bisher noch unzureichend ist. Ein großer Teil der nationalen Biodiversitätspläne enthält nicht einmal das Wort Gender, und nur wenige Länder haben Indikatoren für das Monitoring entwickelt (CBD 2014b; CBD 2016a; CBD 2016b).

⁹ Homepage der CBD: <https://www.cbd.int> (zuletzt aufgerufen am 8.1.2019).

¹⁰ Siehe auch <https://www.cbd.int/gender/> (zuletzt aufgerufen am 8.1.2019).

3.2.3 Gender in der Wüstenkonvention (United Nations Convention to Combat Desertification UNCCD¹¹)

Der Zusammenhang der Bekämpfung der Wüstenbildung mit Klimapolitik liegt vor allem im Bereich der Anpassung an die Folgen des Klimawandels, der die Gefahr der Wüstenbildung erhöht. Die Bekämpfung der Wüstenbildung kann aber auch zum Klimaschutz beitragen, indem Ökosysteme erhalten werden. Deutschland ist allerdings nicht Teil der Regionen, die im Anhang der Konvention für die regionale Umsetzung genannt werden, insofern wird die Wüstenkonvention in Deutschland derzeit ausschließlich im Rahmen der Entwicklungspolitik behandelt.

Auch in der UNCCD war der Bezug auf Frauen von Anfang an eingebaut, da dieser Prozess von Beginn an ein deutliches Gewicht auf die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung legte. Obwohl das Thema Frauen stärker verankert war als in der CBD, wurden weniger substanzielle Vertragsstaatenentscheidungen mit Frauen- oder Genderbezug getroffen. Die meisten beziehen sich auf die Geschlechterparität im ‚Roster of independent experts‘, die offensichtlich nur schwer herzustellen war.

Der strategische Plan von 2007 zur Umsetzung der Konvention sowie mehrere weitere Referenzen fordern den Einbezug von Frauen auf lokaler Ebene. Ein Gender Aktionsplan wurde in 2017 verabschiedet (UNCCD o.J.) mit dem Ziel, die Umsetzung der Konvention und ihres strategischen Rahmens genderresponsiv und transformativ zu gestalten. Die als Prioritäten benannten Handlungsfelder für die Vertragsstaaten beziehen sich ausschließlich auf Frauen, im Sinne von Beteiligung an Entscheidungen, wirtschaftlicher Teilhabe, Landrechten und Zugang zu Ressourcen sowie zu Kenntnissen und Technologien. Die Vertragsstaaten sollen mit lokalen Frauenorganisationen zusammenarbeiten, Partnerschaften mit relevanten Akteuren eingehen und Mittel bereitstellen, um in ihren Maßnahmen Geschlechtergerechtigkeit und das Empowerment von Frauen zu fördern. In den UNCCD-Dokumenten, die sich mit Klimaveränderung befassen, finden sich keine Genderreferenzen.

3.2.4 Weitere internationale Instrumente mit Klima- und Genderbezug

Den Grundstein für die Integration von Geschlechtergerechtigkeit in die Umweltpolitik hat bereits 1995 die *Aktionsplattform von Beijing* gelegt. mit ihrem Kapitel K zu Frauen und Umwelt gelegt. Klimawandel wurde damals nur sehr kurz erwähnt, sehr wohl aber klimarelevante Sektoren wie Energie oder Wasser. Als strategische Ziele, die jeweils mit zu treffenden Maßnahmen durch Regierungen und andere Akteure unterlegt sind, werden benannt:

- ▶ Aktive Einbeziehung von Frauen in den umweltpolitischen Entscheidungsprozess auf allen Ebenen;
- ▶ Einbeziehung geschlechtsbezogener Belange und Perspektiven in Politiken und Programme zur Verwirklichung einer bestandfähigen Entwicklung;
- ▶ Stärkung beziehungsweise Einführung von Mechanismen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zur Bewertung der Auswirkungen der Entwicklungs- und Umweltpolitik auf Frauen.¹²

Wie in allen anderen Handlungsfeldern der Beijing-Plattform sollen die Regierungen auch im Umweltbereich den Einbezug der Geschlechterperspektive in alle Strategien und Programme aktiv und sicht-

¹¹ Homepage der UNCCD: <http://www2.unccd.int>, offizielle Dokumente finden sich hier: <http://www.unccd.int/en/about-the-convention/official-documents/Pages/default.aspx> (zuletzt aufgerufen am 8.1.2019).

¹² Wortlaut des deutschen Textes der UN der Aktionsplattform von Beijing, siehe http://www.un.org/depts/german/conf/beijing/anh_2.html#top (zuletzt aufgerufen am 17.1.2019).

bar vorantreiben. Soweit angemessen, sollen sie dazu Analysen der Auswirkungen auf Frauen bzw. Männer durchführen, bevor sie Entscheidungen treffen¹³.

Damit stellt die Aktionsplattform ein weitgehendes Mandat für das Gender Mainstreaming in der gesamten Umweltpolitik bereit. Die Fortschritte bei der Umsetzung werden im fünfjährigen Abstand überprüft. Der letzte Bericht für Deutschland wurde vom Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend 2015 veröffentlicht¹⁴, für die Europäische Union erarbeitet das europäische Gleichstellungsinstitut (European Institute for Gender Equality – EIGE) die Fortschrittsberichte¹⁵.

In der Präambel und im Beschlusstext der 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals – SDGs*) wird mehrfach die Rolle von Geschlechtergerechtigkeit betont. Festgestellt wird dort, dass dies für alle Ziele gilt, auch wenn im Ziel 13, das sich mit Klima befasst, Gender nicht explizit genannt ist, abgesehen von der Erwähnung von Frauen als vulnerable Gruppe im Zuge einer Aufzählung. Beachtung verdient auch das Ziel 10 zu Reduktion von Ungleichheit innerhalb und zwischen Ländern, in dem es um soziale, ökonomische und politische Inklusion aller sozialen Kategorien geht.

Das Sendai Rahmenprogramm zur Katastrophenvorsorge (*Sendai Framework for Disaster Risk Reduction*)¹⁶ wurde auf der 3. UN-Konferenz zum Katastrophenschutz in 2015 beschlossen. Es soll einen Rahmen für die Reduzierung des Naturkatastrophenrisikos mit Zeithorizont 2030 setzen. Rechtlich verbindlich sind die relativ weitgehenden und konkreten Genderreferenzen nicht, basieren aber auf einem Beschluss einer UN-Konferenz und können insofern auch als Mandate verstanden werden. Im Katastrophenschutz soll eine Genderperspektive in alle Politiken und Maßnahmen integriert werden. Frauen und Jugendliche sollten unterstützt werden, eine Führungsrolle zu übernehmen, um einen geschlechtergerechten Zugang zu allen Ansätzen und Aspekten der Katastrophenvorsorge und – nachsorge zu gewährleisten. Kapazitätenentwicklung und Beteiligung von Frauen an der Entwicklung von Frühwarnsystemen und allen Planungen und Maßnahmen zum Management von Katastrophen sollen ebenfalls gesichert werden.

Auch im Prozess der *Konvention gegen alle Formen der Diskriminierung von Frauen* (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women - CEDAW)¹⁷, die 1979 von der UN-Generalversammlung beschlossen und von 189 Staaten unterzeichnet wurde, wurden Beschlüsse zu Gender und Klima gefasst, in der Regel vom CEDAW Komitee, das Empfehlungen zur Umsetzung der Konvention gibt. Die meisten Beschlüsse betreffen die Vulnerabilität von Frauen und ihre spezifischen Bedarfe im Hinblick auf Katastrophenschutz und Anpassungspolitik, zum Teil mit sehr konkreter Benennung der Problemlagen.

Die *New Urban Agenda* (NUA)¹⁸ wurde von den Regierungen auf der Habitat III Konferenz in Quito in 2016 beschlossen und enthält Verpflichtungen für die Regierungen, zu deren Einlösung geeignete Regelungen vor allem in Richtung Kommunen getroffen werden sollten, etwa zum rechtlichen und finan-

¹³ Eigene Übersetzung, der deutscher Text der UN lautet: „...sollten Regierungen und andere Akteure eine aktive und sichtbare Politik der Einbeziehung einer geschlechtsbezogenen Perspektive in alle Politiken und Programme fördern, gegebenenfalls einschließlich einer Analyse der Auswirkungen auf Frauen beziehungsweise Männer, bevor Entscheidungen getroffen werden“ (ibid.).

¹⁴ Siehe <https://www.bmfsfj.de/blob/94444/2c5b7c4f57be75aa8f1219137339643e/peking-plus-20-umsetzung-der-aktionsplattform-von-peking-deutsch-data.pdf> (zuletzt aufgerufen am 17.1.2019).

¹⁵ Der letzte Review aus 2015 findet sich unter <https://eige.europa.eu/rdc/eige-publications/beijing-20-4th-review-implementation-beijing-platform-action-eu-member-states-report> (zuletzt aufgerufen am 17.1.2019).

¹⁶ Siehe <http://www.unisdr.org/we/coordinate/sendai-framework> (zuletzt aufgerufen am 8.1.2019).

¹⁷ Homepage: <http://www.ohchr.org/EN/ProfessionalInterest/Pages/CEDAW.aspx> (zuletzt aufgerufen am 8.1.2019).

¹⁸ Der Text ist in mehreren Sprachen erhältlich unter <http://habitat3.org/the-new-urban-agenda> (zuletzt aufgerufen am 8.1.2019).

ziellen Rahmen kommunalen Handelns oder durch Empfehlungen oder Förderprogramme. Gender ist an zahlreichen Stellen verankert, z. B. bei Maßnahmen der Katastrophenrisikoversorge, Anpassung an den Klimawandel sowie auch im Klimaschutz. Es werden geschlechtergerechte Stadt- und Raumentwicklungs- und -planungsprozesse gefordert, und vor allem in den Bereichen Mobilität und Wohnungspolitik ist Geschlechtergerechtigkeit sehr konkret benannt.

3.2.5 Strategien zur Integration und Verankerung von Gender

In einem weiteren Schritt wurde untersucht, welche Strategien zur Integration von Gender in klimarelevanten UN-Organisationen und Institutionen angewandt werden und inwieweit sich beurteilen lässt, ob sie effektiv sind.

Gender Aktionspläne (GAPs) sind offensichtlich das zentrale Instrument zur Verankerung von Gender, denn alle betrachteten Konventionen und Institutionen verfügen über einen GAP, der sich allerdings häufig an die Institutionen und ihre Programme selbst richtet, ohne Mandate für Regierungen zu enthalten. Für komplexe Prozesse wie den UNFCCC-Prozess ein Dokument zu erarbeiten, in dem zumindest alle bereits bestehenden Mandate für Gender zusammengetragen und operationalisiert werden, erscheint sinnvoll, wenn die Aufgaben nicht nur benannt, sondern Zuständigkeiten, Zeithorizonte, Indikatoren und Verfahren für das Monitoring festgelegt werden. Dies wurde häufig in GAPs versäumt und so ergaben Evaluierungen mehrerer der hier betrachteten GAPs unbefriedigende Ergebnisse und führten meist zu einer Überarbeitung des Plans. Vor allem wenn die Ausstattung mit kompetentem Personal und Budgetmitteln sowie eine solide Verankerung an der Spitze der Institution fehlen, bleiben GAPs weitgehend wirkungslos.

In einer Initiative des International Union for the Conservation of Nature (IUCN) wurden in den letzten Jahren für einige Entwicklungsländer nationale Aktionspläne zu Gender und Klima (ccGAPs) entwickelt (IUCN & GGCA 2012). Während die Aktionspläne selbst wegen der unterschiedlichen Prioritäten bei Klimaschutz und Anpassung kaum auf Industrieländer übertragbar sind, sind die beobachteten Herausforderungen für alle Länder relevant: Zum ersten der Querschnittscharakter beider Aufgaben, Gender und Klimapolitik, zweitens der notwendige Kapazitätenaufbau zu Klima bei Frauenorganisationen und Genderexpertinnen einerseits, und zu Gender bei den klimapolitischen Stellen andererseits, und zum Dritten die Rolle von derartigen Gender Aktionsplänen, die vor allem dann entscheidend werden können, wenn sich eine geeignete Gelegenheit eröffnet, etwa ein konkretes sektorales Aktionsprogramm geplant wird.

3.2.6 Aktuelle Entwicklungen seit dem Review und Schlussfolgerungen

Auch wenn andere internationale Prozesse früher angefangen haben, Frauen- und Genderaspekte zu behandeln, ergeben sich aus dem UNFCCC-Prozess selbst die umfassendsten Mandate für die Vertragsstaaten zur Berücksichtigung von Gender in der Klimapolitik. Der Genderbegriff wird im UNFCCC-Prozess und in den anderen Rio-Prozessen bisher zwar nicht transformatorisch verwendet und verstanden, dennoch ergeben sich aus dem internationalen Klimaprozess Mandate, deren Berücksichtigung einen substanziellen Beitrag zu einer geschlechtergerechten Klimapolitik leisten kann.

Nach der Erarbeitung dieses Reviews wurden auf der UN-Vertragsstaatenkonferenz COP24 in Katowice weitere Gender-Referenzen beschlossen, und zwar im Regelbuch für das Pariser Abkommen sowie – neben der Betonung und Verstärkung bestehender Mandate zu Gender – auch zu Klimafinanzierung und zu den Entscheidungen zur Fortführung bzw. Überarbeitung des Gender-Arbeitsprogramms von Lima und des Gender Aktionsplans, die auf der UN-Vertragsstaatenkonferenz COP25 in Santiago de Chile im Dezember 2019 anstehen.

Der besseren Übersicht halber sind die wichtigsten Mandate hier nochmals in Kürze aufgelistet:

- Die volle Beteiligung von Frauen an klimarelevanten Entscheidungen auf allen Ebenen soll ermöglicht werden. Frauen sollen ermutigt werden, für UNFCCC-Gremien zu kandidieren, weibli-

che Delegierte sollen verstärkt in Gremien entsandt werden, und auch alle Delegationen sollten auf Geschlechterparität abzielen.

- Bei allen Aktivitäten im Bereich Klimawandel sollen die Menschenrechte, die Geschlechtergerechtigkeit und das Empowerment von Frauen berücksichtigt werden.
- Anpassungsprogramme sollen auf einem gendersensitiven und partizipatorischen Ansatz basieren.
- Bei allen Aktivitäten im Bereich Kapazitätenentwicklung sollen Geschlechteraspekte berücksichtigt werden. Kapazitätenentwicklung soll partizipativ, querschnittsmäßig und genderresponsiv sein. Weibliche und männliche Delegierte sollen Training und Bewusstseinsbildung zu Gender erhalten, weibliche Delegierte Fortbildung zu Verhandlungskompetenz.
- Gender ist ein Querschnittsthema in allen Elementen von Artikel 6 der Klimarahmenkonvention (Bildung, Training, Fortbildung, Bewusstseinsbildung, Partizipation, Zugang zu Information). Bei der Ausarbeitung von Strategien und Aktionsplänen zu diesem Thema sowie Strategien zur Klimakommunikation soll die Genderperspektive berücksichtigt werden. Frauen sind hier (neben vielen anderen Gruppen) wichtige Stakeholder und ihre Beteiligung soll verbessert werden. Gendersensitivität und Partizipation sollen systematisch in die Aktivitäten in den auf Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen bezogenen Bereichen Bildung, Training, Bewusstseinsbildung, Partizipation, und Zugang zu Information integriert werden. Dies betrifft auch die Umsetzung der NDCs (Nationally Determined Contributions – die nationalen Klimaschutzbeiträge) und die Formulierung von langfristigen THG-Reduktionsstrategien.
- Die Berichterstattung soll die Fortschritte bei der Geschlechterparität sowie bei genderresponsiver Klimapolitik umfassen. Auch Geldgeber von Klimafinanzierung sollen die Berichterstattung zu den Geschlechteraspekten der Klimafinanzierung verbessern, um Finanzflüsse nachverfolgen und ihre Wirkungen bewerten zu können.

Mandate aus den Beschlüssen zum Regelbuch für das Pariser Abkommen auf der COP24 in Katowice

- In die Planungsprozesse für die NDCs sollen lokale Gemeinschaften und indigene Völker in einer genderresponsiven Weise einbezogen werden, und es soll darüber in den NDCs berichtet werden.
- Die Berichterstattung zu Anpassung soll u. a. Informationen zu genderresponsiven Anpassungsmaßnahmen bereitstellen.
- Auch die Berichterstattung zu Finanzierung soll Informationen dazu enthalten, wie genderresponsiv gefördert wurde.
- Die Erarbeitung und Umsetzung des Technologiemechanismus sollen alle relevanten Stakeholder einbeziehen und u. a. Gender berücksichtigen. Dabei sollen genderresponsive Technologien für Klimaschutz und Anpassung gefördert werden und alle Kernthemen des Technologieregimes sollen eine Geschlechterperspektive berücksichtigen.

Sendai Framework

- Im Katastrophenschutz soll eine Genderperspektive in alle Politiken und Maßnahmen integriert werden. Frauen und Jugendliche sollen unterstützt werden, eine Führungsrolle zu übernehmen, um einen geschlechtergerechten Zugang zu allen Ansätzen und Aspekten der Katastrophenvorsorge und -nachsorge zu gewährleisten. Kapazitätenentwicklung und Beteiligung von Frauen an der Entwicklung von Frühwarnsystemen und allen Planungen und Maßnahmen zum Management von Katastrophen sollen ebenfalls gesichert werden.

Entsprechend der New Urban Agenda sollen geeignete Regelungen getroffen werden, um Folgendes zu gewährleisten:

- ▶ Integration von Aspekten und Maßnahmen der Katastrophenrisikovorsorge, Anpassung an den Klimawandel sowie Klimaschutz in geschlechtergerechte Stadt und Raumentwicklungs- und -planungsprozesse.
- ▶ Geschlechtergerechte Planungsprozesse und Investitionen zugunsten einer nachhaltigen, sicheren und frei zugänglichen städtischen Mobilität für alle und zugunsten ressourceneffizienter Personen- und Gütertransportsysteme. Diese sollen frei von Kriminalität und Gewalt sein, einschließlich sexueller Belästigung und geschlechtsspezifischer Gewalt.
- ▶ Entwicklung integrierter, geschlechtergerechter Wohnungspolitiken und-konzepte, die die Bereitstellung angemessenen, bezahlbaren, frei zugänglichen, ressourceneffizienten, sicheren, resilienten, gut angebundenen und gut gelegenen Wohnraums umfassen.
- ▶ Geschlechtergerechte Politiken und Pläne zur Erhöhung der Resilienz der Städte und Siedlungen, unter anderem durch hochwertige Infrastruktur- und Raumplanung.

Zur verbindlichen Verankerung der Mandate bietet sich die Erarbeitung eines nationalen Gender Aktionsplans nach dem Vorbild der internationalen Aktionspläne an, der konkrete Schritte, Zuständigkeiten, Zeitpläne und Maßnahmen zur Erfolgskontrolle umfasst.

3.3 Systematischer Review der internationalen Literatur zu Gender und Klima im Globalen Norden

3.3.1 Ziele und Vorgehensweise des Reviews

Der Literaturreview wurde durchgeführt, um den aktuellen Stand der Erkenntnisse zu den Genderaspekten des Klimawandels in den Industrieländern des Globalen Nordens aufzuzeigen und deren Evidenz zu belegen. Gleichmaßen sollten diese Daten zur Anwendung bei der Entwicklung und Erprobung des Gender Impact Assessment kommen. Herausgearbeitet werden sollte beim Review auch, ob in der Literatur mögliche Hindernisse beim Gender Mainstreaming in der Klimapolitik respektive der Integration von Genderaspekten bei der Entwicklung und Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen sowie mögliche Schritte zu deren Überwindung benannt werden. Ebenso wurde identifiziert, in welchen Bereichen zusätzlich zu Genderaspekten auch intersektionale Aspekte und Interdependenzen mit weiteren sozialen Kategorien thematisiert wurden.

Der Review umfasst die wesentlichen Handlungsfelder des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel soweit dazu Analysen aus der Genderperspektive vorliegen.

Der 1. Zwischenbericht des Projektes mit den Ergebnissen des Reviews wurde vom Umweltbundesamt veröffentlicht (Röhr u. a. 2018). Aufgrund der großen Anzahl der reviewten Publikationen konnte dabei nicht detailliert auf Ergebnisse der einzelnen Forschungen eingegangen werden. Deshalb versteht sich der Review eher als ein umfassender Überblick über den Stand der seit 2010 publizierten Forschung, mit dem auf die Fülle und inhaltliche Breite der Erkenntnisse zu den Genderaspekten des Klimawandels hingewiesen wurde.

Der systematische Literaturreview war die Grundlage der weiteren Arbeit und sollte sowohl die (Weiter-)Entwicklung des GIA ([Kapitel 4](#)) als auch die im weiteren Verlauf erarbeiteten Handlungsempfehlungen ([Kapitel 5](#)) mit neueren Erkenntnissen aus der Gender- und Klima-Forschung unterfüttern und befördern, als auch der Analyse von Klimaschutzprogrammen hinsichtlich der potenziellen Anknüpfungspunkte für Genderperspektiven und der Implementation dieser Erkenntnisse in ihren Maßnahmenportfolios sowie der Prioritätensetzung bei den adressierten Handlungsfeldern dienen.

3.3.2 Methodik

Die Literaturrecherche war auf Industrieländer beschränkt und wurde – mit einigen wenigen Ausnahmen für Kernwerke bzw. Aspekte, die später nicht mehr bearbeitet wurden – auf den Zeitraum ab 2010 eingegrenzt. Für die Recherche nach peer-reviewten Artikeln wurde das Web of Science benutzt und ergänzend in Google Scholar, WorldCat und Researchgate recherchiert. Nach Forschungsberichten

wurde zusätzlich in nationalen und europäischen Datenbanken für Forschungsprojekte gesucht. Die Recherche wurde im Januar 2017 durchgeführt.

Insgesamt wurden so über 1.100 Artikel und Forschungsberichte zusammengetragen. Die Beiträge wurden zunächst einem Grobscan unterzogen, mit dem anhand eines Analyserasters inhaltliche Schwerpunkte, Forschungsansätze und Genderkonzepte, Erkenntnisse und Hinweise auf Herausforderungen und Widerstände abgefragt und diese hinsichtlich ihrer Relevanz bewertet wurden. Nicht weiter in den vertieften Review einbezogen wurden Beiträge, die sich vorrangig oder ausschließlich mit der Situation in Entwicklungsländern befassten, Beiträge, die Gender bzw. Geschlecht zwar als Stichwort, nicht aber in der eigentlichen Analyse adressierten und solche, die sich als irrelevant für die Klimathematik erwiesen. Übrig blieben etwa 50 % der recherchierten Beiträge.

Der Review stellt eine Momentaufnahme dar, die sich angesichts der zunehmenden Aufmerksamkeit für die Thematik auch und vor allem in der Forschung rapide ändern kann.

3.3.3 Die Ergebnisse des Reviews

Die zunehmende Aufmerksamkeit für die Geschlechteraspekte der Klimapolitik spiegelt sich in der wachsenden Anzahl von Artikeln in Fachzeitschriften und auch in der Anzahl der Kompendien wider, die aktuell erschienen sind oder erscheinen. Im Gegensatz zu den Beiträgen, die die Situation in Entwicklungsländern beleuchten und ihren Schwerpunkt auf der Anpassung an den Klimawandel haben, befassen sich die Beiträge aus Industrieländern tendenziell eher mit Klimaschutz. Neben der Kritik an konzeptionellen Rahmungen, und hier vor allem an dem der überwiegenden Mehrzahl der Forschungen zugrundeliegenden Differenzansatz, kritisieren einige Autoren/Autorinnen, dass der realpolitisch orientierte Gender- und Klimadialog nach wie vor auf Annahmen basiert, die Frauen als naturnah definieren mit festgelegten Rollen und Identitäten. Stattdessen plädieren sie dafür, die Treiber von Ungleichheit stärker in den Mittelpunkt zu stellen (Weller u. a. 2016; Resurrección 2013; Alber & Hemmati 2011). Nichtsdestotrotz zeigt der Review, dass sich durch die Vielfalt und Breite der Forschungsergebnisse die Anschlussfähigkeit an klimapolitische Diskurse, Strategien, Programme und die Umsetzung von Maßnahmen deutlich verbessert hat. Allerdings lässt die Anwendung nach wie vor zu wünschen übrig, wie der Mangel an guten Umsetzungsbeispielen, aber auch an Analysen von Widerständen und Hindernissen bei der Umsetzung zeigt.

3.3.3.1 Bevölkerungsbefragungen zu Einstellungen und Verhalten zum Klimawandel

Einen nicht unerheblichen Teil der Beiträge machen die Ergebnisse von **Bevölkerungsbefragungen** aus, die, neben den seit langem bekannten Geschlechterunterschieden bei den Einstellungen zur Klimapolitik, der Akzeptanz von Lösungsansätzen und beim Umweltverhalten, einige neue Erkenntnisse zum sogenannten ‚White Male Effect‘¹⁹ hervorbringen. So weist eine schwedische Studie nach, dass dieser Effekt stark mit gesellschaftlicher Gerechtigkeit verknüpft ist: Je gerechter eine Gesellschaft ist, desto geringer die ‚Ausreißer‘ bei der Risikobewertung durch ‚weiße‘ Männer (Olofsson & Rashid 2011). Weiterhin zeigt sich, dass die geringere Leugnung des Klimawandels durch Frauen wie auch dessen stärkere Wahrnehmung als Risiko einhergehen mit weniger konservativen Einstellungen (Jylhä u. a. 2016; Ojala 2015; McCright & Dunlap 2013), so dass der ‚White Male Effect‘ vor allem ein ‚Conservative White Male Effect‘ ist. Andere Studien machen dafür die ‚System Justification‘ von Männern und die geringere ‚Social Domination Orientation‘ von Frauen verantwortlich (Jylhä u. a. 2016; Milfont & Sibley 2016; Ojala 2015; Feygina u. a. 2010). Durch ‚System Justification‘ werden Besorgnis, Angst und Unsicherheit beschwichtigt, um den Status Quo nicht in Frage stellen zu müssen. Beide Konzepte verweisen darauf, dass je stärker die Einzelnen in ein System eingebettet sind, desto stärker

¹⁹ Der ‚White Male Effect‘ erklärt das durchgängig niedrigere Risikobewusstsein von Männern dadurch, dass eine relativ kleine Gruppe weißer, gut gebildeter Männer mit hoher Entscheidungsbefugnis und hohem Einkommen ein so extrem niedriges Risikobewusstsein hat, dass sie die Werte der Gesamtgruppe Männer deutlich drückt.

halten sie an dem System fest und akzeptieren dessen Strukturen. Männer profitieren aufgrund der bestehenden Machtverhältnisse im Durchschnitt stärker als Frauen von der aktuellen sozialen Ordnung. Dies erklärt ihre geringere Bereitschaft, sich mit Klimaproblemen zu konfrontieren und ihren Widerstand gegen Veränderungen, die durch die Anpassung an die Realitäten des Klimawandels hervorgerufen werden könnten.

Die Ergebnisse von Bevölkerungsbefragungen werden gern als ‚weiche‘ Daten eingestuft. Sie unterliegen tatsächlich großen Schwankungen innerhalb und zwischen den Ländern und sind außerdem stark vom tagespolitischen Geschehen abhängig. Trotzdem zeigen sie gerade bei den Genderaspekten auch langfristig konstante Ergebnisse – zum Beispiel bei der erwähnten Wahrnehmung des Klimawandels und seiner Einschätzung als Risiko – die im Prinzip für die gesellschaftliche Transformation zu einer CO₂-armen Gesellschaft wichtige Hinweise auf Stellschrauben für notwendige Veränderungen geben können.

Auffällig ist, dass kaum eine der zumeist quantitativen Erhebungen und deren Auswertungen im Bereich der Einstellungen und des klimabezogenen Verhaltens über Unterschiede zwischen den biologischen Geschlechtern hinausgeht. Damit bleiben Fragen der strukturellen Gegebenheiten und Machtverhältnisse weitgehend unthematisiert und ausgeblendet. Die Ergebnisse bilden eine situativ geprägte Momentaufnahme der Einstellungen, der Akzeptanz oder des Verhaltens im Kontext der abgefragten Variablen von bestimmten Bevölkerungsgruppen ab, bieten aber weder Erkenntnisse für mögliche Veränderungen, z. B. durch das ‚Doing Gender‘, noch weisen sie in Richtung einer gesellschaftlichen Transformation. Angemerkt wird auch in den Bewertungen der Befragungsergebnisse immer wieder, dass mehr zu den Hintergründen der Geschlechterdifferenzen geforscht werden sollte. Gefordert wird auch, dass Gender mit anderen Variablen als dem biologischen Geschlecht und damit der binären Aufteilung in männlich und weiblich gemessen werden müsse, um adäquate Ergebnisse bei den Erklärungen für Unterschiede bei den Einstellungen, der Akzeptanz oder dem Verhalten im Klimaschutz- und Klimaanpassungsbereich zu erzielen (Xiao & McCright 2012). Allerdings werden dafür keine Lösungsvorschläge unterbreitet.

3.3.3.2 Handlungsfeld-übergreifende Erkenntnisse zu Klimaschutz und Anpassung

Bei den *handlungsfeld-übergreifenden Forschungsergebnissen*, die sich mit der Verminderung der Treibhausgasemissionen aus der Genderperspektive befassen, findet sich unter anderem eine Analyse von Klimaschutzprogrammen (Rochette 2016), die die mangelnde Umsetzung des Gender Mainstreaming beim Klimaschutz beklagt. Einen Analyserahmen für Instrumente, mittels derer Anreize zur Emissionsminderung gegeben werden sollen, entwickelte Chalifour (Chalifour 2010) und weist mit deren Anwendung auf CO₂-Steuerprogramme in zwei kanadischen Provinzen nach, dass diese Instrumente systemische Geschlechterungleichheiten perpetuieren können. Sie mahnt aber auch an, dass zur Entwicklung gerecht wirkender Klimaschutzinstrumente nicht nur der politische Wille vorhanden sein muss, sondern auch die entsprechenden Daten.

Diskussionswürdig, aber auch weiterentwicklungsbedürftig, sind die beiden sehr unterschiedlichen Ansätze zur Berechnung von geschlechterdifferenzierten Carbon Footprints. Griffin Cohen (Griffin Cohen 2014) basiert ihre Berechnungen auf die Bereiche, in denen die Emissionen entstehen (industrielle Produktion, Transport). Sie zeigt, dass je stärker die Belegschaft in diesen Bereichen männlich dominiert ist, desto höher die Emissionen. Daraus zieht sie den Schluss, dass die Fokussierung der Politik auf effizientere Produktion in hochemittierenden Bereichen vor allem männliche Arbeitsplätze erhalte. Wichtiger sei es, die Ökonomie grundsätzlich neu zu denken, um Bedürfnisse ohne Umweltzerstörung zu befriedigen. Die innerhalb von privaten Haushalten entstehenden Emissionen schreibt Griffin Cohen mangels verfügbarer Daten je zur Hälfte Frauen und Männern zu. Druckman und Kollegen (Druckman u. a. 2012) allokalieren dagegen die direkten und indirekten Haushaltsemissionen anhand von Aktivitäten, die aus Zeitverwendungsstudien hervorgehen und für die sie die CO₂eq-Intensität berechnen. Hier ist der Carbon Footprint von denjenigen, die für die Versorgungsarbeit zu-

ständig sind, höher. Ausdrücklich wird darauf verwiesen, dass diese Zeitverwendung mit den Geschlechterrollen, -aufgaben und -identitäten zusammenhängen, nicht mit dem biologischen Geschlecht. Deutlich werden durch diesen Ansatz auch die Wechselwirkungen zwischen Erwerbsarbeitszeit und Frei- bzw. Versorgungsarbeitszeiten, die sich nicht nur monetär niederschlagen, sondern auch emissionsrelevant sind.

Im Bereich der Anpassung an den Klimawandel wird in verschiedenen Studien kritisiert, dass immer wieder die geschlechtsspezifische Vulnerabilität, aber selten deren gesellschaftliche Ursachen, allen voran die zugrundeliegenden Machtverhältnisse, thematisiert werden. Im Vergleich zwischen dem Globalen Süden und Norden werden im Süden Frauen in erster Linie als besonders verwundbar, im Norden als umweltfreundlicher und besorgter um den Schutz des Klimas dargestellt. Dadurch werden die Erfahrungen und das Verhalten von Frauen und Männern zu sehr vereinfacht, die Unterschiede innerhalb der Gruppen von Frauen und Männern ignoriert, aber auch die Dichotomie zwischen dem Globalen Norden und Süden reproduziert (Nursey-Bray 2015; Arora-Jonsson 2011). Intersektionale Verschränkungen sozialer Faktoren bei der Durchführung von Vulnerabilitäts- und Anpassungsstudien, aber auch neue Ansätze, die Menschenrechte, menschliche Entwicklung und Basic Needs vereinen, könnten hier Abhilfe schaffen (Bauriedl 2014; Tschakert u. a. 2013; Tschakert & Machado 2012).

3.3.3.3 Forschungsergebnisse in den Handlungsfeldern der Klimapolitik

Auffällig ist die unterschiedliche Aufmerksamkeit, die den einzelnen *Handlungsfeldern des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel* aus der Genderforschung gewidmet wird (vgl. [Tabelle 4](#)).

Tabelle 4: Anzahl der Beiträge nach Handlungsfeldern

Handlungsfelder	Anzahl Beiträge
Energie	67
Verkehr/Mobilität	50
Ressourcennutzung, Konsum, Ernährung	36
Planen, Bauen, Wohnen	27
Wasserwirtschaft und -infrastrukturen	7
Land- und Forstwirtschaft, Biodiversität und Naturschutz	23
Katastrophenschutz	31
Gesundheit	35
Wirtschaft und Arbeit	22

Auszählung anhand der Literaturlisten zu den Handlungsfeldern

Energie ist das Handlungsfeld mit den meisten Beiträgen zu Genderaspekten. Das sah vor 10 Jahren noch ganz anders aus, weshalb zu vermuten ist, dass das Thema Energie vor dem Hintergrund des Klimaschutzes und vor allem der Energiewende deutlich an Aufmerksamkeit auch der Genderforschung gewonnen hat. Geschlechterdifferenzierte Daten zur Wahrnehmung und Akzeptanz der politischen Umsetzung der Energiewende sowie dem Wissen darüber (vzbv 2013) weisen auf die Notwendigkeit hin, diese gendersensibel zu gestalten. Allerdings sollten diese Daten zu Geschlechterdifferenzen ergänzt werden um solche, die die gesellschaftlichen Bedingungen und strukturellen Ungleichheitslagen sowie das prozedurale ‚Doing Gender‘ stärker in den Blick nehmen (Kanning u. a. 2016). Mit der Energiewende in Verbindung gebracht wird das zunehmende soziale Risiko der Energiearmut, die eine deutliche Genderkomponente hat (Großmann 2017; Bleckmann u. a. 2016).

Der Schwerpunkt der Publikationen liegt im Bereich der Privathaushalte und befasst sich mit dem geschlechterdifferenzierten Energiekonsum (z. B. Kleinhüeckelkotten u. a. 2016; Rätty & Carlsson-Kanyama 2009a; Rätty & Carlsson-Kanyama 2009b), den Ursachen für die Unterschiede (z. B. Elnakat & Gomez 2015) und den Möglichkeiten zur Reduzierung des Energieverbrauchs (z. B. Kopsakangas-Savolainen & Juutinen 2013). Neben Einkommensunterschieden werden traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Zuständigkeiten als Ursachen für die Unterschiede benannt, verbunden mit der Forderung, einen vertieften Blick auf die Haushaltsdynamiken zu werfen, um herauszufinden, wie die entsprechenden Entscheidungsprozesse ablaufen. Gerade der Bereich des Energiekonsums ist durchdrungen von Geschlechterstereotypen, die sich z. B. beim Marketing und der Anleitung für technische Geräte in sogenannten ‚Gender Scripts‘ widerspiegeln (Nentwich u. a. 2010). Beim Thema ‚Smart Home Technologies‘ schlagen sich Geschlechterdifferenzen im stärkeren Interesse von Männern an diesen Technologien nieder (u. a. Strengers 2013), es wird aber auch darauf hingewiesen, dass durch die Fixierung auf Technologien bestimmte Aspekte, wie beispielsweise die Auswirkungen auf Haushaltsroutinen, Zeitverwendung und Flexibilität, völlig übersehen werden (Strengers 2015; Torriti u. a. 2015). Speziell im Bereich des Wärmekonsums weist eine Reihe von Untersuchungen auf Geschlechterdifferenzen im Wärmeempfinden und der Komforttemperatur hin. Diese Unterschiede werden zumeist auf physiologische Geschlechterunterschiede zurückgeführt (z. B. Hashiguchi u. a. 2010), einige Autoren/Autorinnen verweisen aber auch auf kulturelle und psychologische Faktoren (Karjalainen 2007). Die Unterschiede führen bei Frauen zu einem erhöhten Wärmebedarf im Winter, bei Männern zu einem erhöhten Kühlungsbedarf im Sommer (Schellen u. a. 2012).

Ebenfalls untersucht wurde, wie sich politische Interventionen zur effizienten Energienutzung im Haushalt auf die Verteilung der Aufgaben auswirken und wer die Mehrarbeit trägt. Jede Verhaltensänderung beeinflusst zwangsläufig die Arbeitslast der Bewohner/-innen. Abhängig davon, wie die Haushaltsaufgaben und andere notwendige Arbeiten zwischen den Geschlechtern zugewiesen bzw. wie sie verteilt sind, können diese Mehrarbeiten entweder genderneutral sein, oder aber überproportional auf Frauen zurückfallen (Carlsson-Kanyama & Lindén 2007). Gleiches gilt für die Energiesuffizienz, für die Spitzner und Buchmüller (2016) ausgeführt haben, welcher Rahmung, Konzeptionalisierung und methodischen Elemente es bedarf, um die entsprechenden Strategien und Maßnahmen geschlechtergerecht zu entwickeln.

Relativ gut untersucht ist die Beschäftigung von Frauen und Männern in der Energiebranche (z. B. PwC 2014; Hausner 2012) und deren Anteil an Entscheidungspositionen (z. B. EIGE 2012). Die Untersuchungen werden in aller Regel ergänzt um Empfehlungen zur Umsetzung von Chancengleichheit in diesem Wirtschaftssektor.

Verkehr ist dagegen ein Thema, mit dem sich die Genderforschung schon länger befasst. Kritische und vor allem androzentrismus-kritische Ansätze (Spitzner 2004) wurden aber, unter anderem mangels Förderung, in den 2010er Jahren kaum noch weitergeführt. Stattdessen hat sich die Genderaspekte bearbeitende Forschung deutlich ausdifferenziert mit teilweise sehr detaillierten Analysen zu Einzelaspekten auf der Mikroebene. Dabei wird eher die Nachfrageseite der Nutzer/-innen als die Angebotsseite betrachtet, die Bereitstellung entsprechender (Infra-)Strukturen wird eher selten thematisiert. Ausnahmen kommen aus der Maskulinitätsforschung in Skandinavien, die Verbindungen zwischen Maskulinität, Normen und Mobilität angeht und vor dem Hintergrund der langjährigen Erfahrungen aus diesem Bereich auch Hindernisse bei der Berücksichtigung der Genderperspektive in Forschung und Umsetzung der Erkenntnisse in der Politik benennt (z. B. Kronsell u. a. 2016).

Der deutlich höhere CO₂-Fußabdruck von Männern resultiert nachweislich aus deren Mobilitätsverhalten, das sich in größeren Autos, häufigerer Nutzung bei längeren Strecken auf Seiten der Männer (Brand u. a. 2013), wie auch in unterschiedlichen Wegezwecken und Wegeketten von Frauen und Männern niederschlägt. Komplexere Wegeketten sind häufig bedingt durch Versorgungsarbeit und Begleitverkehr (z. B. CIVITAS 2014; Sicks 2011). Mit der durch Verkehr hervorgerufenen Luftver-

schmutzung und deren Verbindungen zu Umweltgerechtigkeit befassen sich Studien aus Kanada, Deutschland und Großbritannien. Diese zeigen, dass Männer nicht nur mehr Emissionen generieren als Frauen, sondern auch, dass diejenigen, die in Orten mit geringster Luftverschmutzung wohnen, am meisten emittieren und umgekehrt diejenigen, die in Gegenden mit höchster Luftverschmutzung leben, am wenigsten (Shekarrizfard u. a. 2016; Gaffron 2012). Kritisiert wird die mangelnde Berücksichtigung der genderreflektierten Mobilitätskenntnisse, aber auch die Art der Datenerhebung mit unbewusst eingeschriebenen Genderkonstruktionen oder traditionellen Rollenzuweisungen (VCÖ 2009; Ahrend & Herget 2013).

Langzeitbetrachtungen des geschlechtsspezifischen Mobilitätsverhaltens zeigen allerdings, dass sich die zurückgelegten Strecken von Männern und Frauen langsam angleichen, was auf längere Strecken bei Frauen in mittleren Altersgruppen und deutlich geringere Strecken bei jungen Männern zurückzuführen ist (Frändberg & Vilhelmson 2011; Scheiner u. a. 2011). Forschungsergebnisse zeigen auch, dass die Auswirkungen der Geschlechterrollen auf die Mobilität abhängig sind von sozial-räumlichen Strukturen, vor allem dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt und den vorhandenen Verkehrssystemen, und dass diese Strukturen umgekehrt die haushaltsinternen Verhandlungsspielräume und damit das ‚Doing Gender‘ einschränken oder erweitern können (z. B. Sola 2016).

Geschlechterdifferenzierte Daten liegen weiterhin zur Autonutzung generell, der E-Mobilität, der Nutzung von Fahrrädern und grundsätzlich zu den durch Geschlechterrollen geprägten Mobilitätsbedarfen in bestimmten Lebens- und Altersphasen vor (Scheiner 2014).

Viele der konzeptionellen Ansätze und Daten in den Themenfeldern *Ressourcennutzung, Konsum, Ernährung* basieren auf Geschlechterdifferenzen, selten wird über widersprüchliche Anforderungen bei Ressourcennutzung und Konsum gesprochen, z. B. zwischen Wachstum und suffizienten Lebensstilen, zwischen Beschleunigung und Entschleunigung oder zwischen Partizipation und staatlicher Verantwortungsübernahme – jeder einzelne Pfad mit hochgradigen Auswirkungen auf Geschlechterrollen und Rollenverantwortlichkeiten bzw. deren geschlechtlichen Zuschreibungen (Schäfer 2013). Noch seltener werden kritisch-transformative Ansätze verfolgt. Gleichwohl verweist der ‚Trendbericht für eine vorausschauende Ressourcenpolitik‘ (Langsdorf & Hirschnitz-Garbers 2014) auf Kompensationskonsum durch die Verdichtung des Arbeitsalltags und drückt die Hoffnung aus, dass Frauen als autarke Konsumentinnen zu einem ‚Female Shift‘ beitragen könnten. Andere Autoren/Autorinnen (z. B. Weller 2013; Schultz & Stiehs 2009) verweisen auf die Grenzen der Konsumententscheidungen von Verbraucher/-innen und auf die individuellen und strukturellen Rahmenbedingungen als Grundvoraussetzungen für einen nachhaltigen, CO₂-armen Konsum.

Aus dem *Konsumbereich* liegt eine relativ große Anzahl geschlechtsdisaggregierter Daten vor (z. B. Kleinhüchelkotten u. a. 2016; Kammerlander 2014), das gilt in besonderem Ausmaß für den Bereich der Ernährung. Fleischkonsum mit seiner besonderen Bedeutung für Treibhausgasemissionen und damit für den Klimawandel weist in fast allen Weltregionen deutliche Geschlechterunterschiede auf. Der hohe Fleischkonsum von Männern wird dabei häufig mit Maskulinitätskonzepten in Verbindung gebracht (z. B. Cordts u. a. 2014; Rothgerber 2013).

Planen, Bauen und Wohnen sind Bereiche, die schon sehr lange aus der Frauen- bzw. Geschlechterperspektive analysiert und für die Instrumente zum Gender Mainstreaming oder zur Berücksichtigung von Frauenbelangen entwickelt wurden (siehe den Literaturreview von Spitzner & Färber 2002). Auch wenn die meisten der in dem vorliegenden Bericht reviewten Beiträge den Klimawandel oder Klimaschutz nicht direkt thematisieren, verweisen sie doch auf Nachhaltigkeitsaspekte und spielen damit auch für die Klimapolitik eine nicht unbedeutende Rolle. Feministische und gendersensible Auseinandersetzungen mit Raumentwicklung sowie Raum- und Stadtplanung zeigen die unterschiedlichen Wechselwirkungen zwischen Macht und Raum auf (Bauriedl 2013). Genderaspekte müssen sowohl auf der Strukturebene, der Prozessebene und auf inhaltlicher Ebene Eingang in Raum- und Stadtplanung finden. Eine Integration der Genderperspektive bedeutet dabei nicht nur, Geschlechterverhältnisse im

Sinne des Gender Mainstreaming systematisch zu erfassen und zu berücksichtigen, sondern darüber hinaus auch durch die Raumentwicklung selbst zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beizutragen (Stiewe 2015). Aus Schweden kommen Beiträge zur Entwicklung eines Rasters, mit dem analysiert werden kann, ob und wie eine Genderperspektive in die Umwelt- und Raumplanung einbezogen werden kann, und auf welche – männlich oder weiblich konnotierten – Zuschreibungen Geschlechterunterschiede zurückgeführt werden (Dymén & Langlais 2017).

Verbindungen zum Klimawandel und zum Handlungsfeld Energie stellen Untersuchungen im *Bereich der Gebäudesanierung und des baulichen Energiemanagements* her. Dabei wird unter anderem das Nutzer-/innenverhalten und deren Alltagsbedarfe analysiert (z. B. Suschek-Berger u. a. 2014), aber auch das ‚Doing Gender‘ in Beratungsprozessen zur energetischen Sanierung thematisiert (z. B. Tjørring 2016).

Die Literatur im Bereich *Land/Forstwirtschaft und Naturschutz* ist im Vergleich mit allen anderen Handlungsfeldern stärker durch feministische und auch kapitalismuskritische Ansätze geprägt. Dabei werden die auf der individuellen (Mikro-) Ebene stattfindenden Reaktionen von Frauen und Männern sowie die Auswirkungen des Klimawandels und neoliberaler Politik auf das Wirtschaften in diesen naturnahen Bereichen mit der politischen bzw. wirtschaftlichen Makro- und Mesoebene in Verbindung gebracht. Kritisiert werden die hegemonialen, geschlechterkodierte Naturverständnisse, die einer nachhaltigen Natur- und Waldnutzung entgegenstehende Trennung des Produktiven und Reproduktiven und damit verbunden die Dichotomie zwischen Schutz und Nutzung (z. B. Katz & Mölders 2013). Darüber hinaus plädieren Forscher/-innen für eine Abkehr vom Differenzansatz, der das Themenfeld Gender, Klima und Landwirtschaft dominiert und für einen stärkeren Fokus auf intersektionale Aspekte (z. B. Thompson-Hall 2016).

Vor allem aus Australien kommt eine Reihe von Studien, die untersuchen, ob der Klimawandel eine Chance für Veränderungen der sehr traditionellen Geschlechterverhältnisse in der Landwirtschaft bietet (z. B. Alston & Whittenbury 2013). Diese verweisen darauf, dass das ‚Doing Gender‘ sich durch die Erfordernisse des Klimawandels ändert.

Im Bereich der *Waldwirtschaft* wird vor allem die schlechte Datenlage kritisiert, die sich darin zeigt, dass Waldbesitzerinnen eine bisher wenig beachtete forstliche Zielgruppe darstellen (Schlecht & Westermayer 2010). Hinweise gibt es auf unterschiedliche Präferenzen von Waldbesitzern /Waldbesitzerinnen bei der Waldbewirtschaftung (Follo u. a. 2016) aber auch darauf, dass sich durch die Diskussion über Klimawandel beide Themen, Gender und Klima, von der politischen in die ökonomische Sphäre verschoben haben, weshalb Frauen nicht mehr als aktive, an der Waldpolitik beteiligte Bürgerinnen auftauchen, sondern nur noch als Besitzerinnen oder Angestellte der Forstindustrie (Holmgren & Arora-Jonsson 2015).

Aus einer stärker theoretischen Perspektive wird das Thema *Biodiversität* behandelt und aufgezeigt, wie sich in den Konzepten dualistische und hierarchische Konstruktionen von Mensch-Natur-Beziehungen widerspiegeln und bekräftigt werden (Kaijser & Kronsell 2016).

Die unterschiedlichen Phasen des *Katastrophenschutzes* – die Vorsorge, die akute Situation, das Aufräumen und die Nachsorge – gehören zu den Themenfeldern, die bereits seit längerem aus der Genderperspektive untersucht werden, wenn auch mit deutlichem Schwerpunkt auf der Situation in Entwicklungsländern. Auch in Industrieländern zeigt sich bei der Reaktion auf Katastrophen besonders deutlich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die doppelt belasteten Frauen häufig zusätzliche Versorgungsarbeit während und nach der akuten Katastrophensituation und beim Versagen der Infrastrukturen aufbürdet (Dominelli 2013). Außerdem ist das Thema Katastrophen eines der wenigen aus dem weiteren Feld der Umweltpolitik und des Klimawandels, das dezidiert in seinen verschiedenen Facetten aus einer Maskulinitätsperspektive untersucht wird (siehe Enarson & Pease 2016). Die kritische Männerforschung zu Katastrophen befasst sich mit dem Umgang mit Verlusten und Zerstörung,

den Auswirkungen auf Männer und deren Antworten auf die Nachwirkungen sowie mit Ansätzen zur Transformation von Maskulinität beim Katastrophenmanagement.

Der Schwerpunkt der untersuchten Katastrophen steht in engem Zusammenhang mit den geographischen und regionalen Situationen. So fokussiert sich die Katastrophenforschung in den USA bezüglich Gender und Klima auf die Auswirkungen von Hurrikanen, und hier vor allem des Hurrikans Katrina, der unter vielfältigsten Aspekten aus der Genderperspektive untersucht wurde (siehe die umfassende Sammlung von Artikeln und Berichten von David & Enarson 2012). In Australien liegt der Fokus auf Dürrekatastrophen und ihren Folgen für Landwirtschaft (Alston 2012; Whittenbury 2013). Hier fällt auf, dass basierend auf Daten zu den hohen Suizidraten von Männern in und nach Dürren und basierend auf kritischer Maskulinitätsforschung die Auswirkungen von Klimakatastrophen auf Geschlechterverhältnisse vergleichsweise fundiert analysiert werden. In Deutschland ist die genderreflektierte Katastrophenforschung erst in den Anfängen und befasst sich in erster Linie mit den Auswirkungen von Hochwasserereignissen und Überflutungen (Chavez-Rodriguez 2013).

Auf die deutlich steigende Gewalt gegen Frauen nach jeder Art von Naturkatastrophen wird von vielen Autoren/Autorinnen hingewiesen (siehe z. B. den Literaturreview von Rezaeian 2013).

Enge Überschneidungen der Forschung zu *Gesundheit und Klima* gibt es naturgemäß mit der vorgeannten Katastrophenforschung. Im Gegensatz zu dieser findet sich aber in der Klima- und Gesundheitsforschung nur selten die Berücksichtigung von Genderaspekten (Preet u. a. 2010). Aus dem Gesundheitsbereich sticht ansonsten die Kritik an mangelnder Interdisziplinarität (Kukarenko 2011) hervor und daran, dass Gender häufig als ‚Add-on‘ benutzt wird um Studien zu bereichern, aber ohne wirkliche Bearbeitung der Genderaspekte. Das zeigt sich deutlich in dem am häufigsten untersuchten Bereich der durch Hitzewellen bedingten Mortalität von Frauen und Männern, zu dem es Daten aus verschiedenen Regionen, z.B. aus Europa, den USA oder Australien gibt (z. B. D’Ippoliti u. a. 2010). Antworten auf die Ursachen der höheren Sterberate von Frauen bleiben die meisten Forschungen, mit Ausnahme des Verweises auf die höhere Lebenserwartung von Frauen, allerdings schuldig.

Die hohe Suizidrate von Männern nach Dürrekatastrophen in Australien wurde bereits erwähnt. Für deren Verständnis sollte bei den Untersuchungen ein stärkerer Fokus auf den kulturellen Kontext, die ungleichen Geschlechterverhältnisse und die dominierende Form maskuliner Hegemonialität gelegt werden (Alston 2012).

Überschneidungen gibt es auch zwischen Klimawandel, Gesundheit und dem Bereich Bauen und Wohnen, hier besonders mit der energetischen Wohnsituation. Hier wird – im Gegensatz zur Forschung über Hitzewellen – die Innenraumtemperatur als Bewertungsgrundlage genommen. Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass bei Regulierungen zum Gesundheitsschutz die thermische Ausführung von Gebäuden als Teil der gesamten Gesundheitsfürsorge gesehen werden muss, und dass Frauen aufgrund ihrer sozio-ökonomischen Situation dabei als besonders vulnerabel gelten (Miller u. a. 2017).

Die Gender reflektierenden Publikationen im Bereich *Klima, Wirtschaft, Arbeit* basieren größtenteils auf feministischen Forschungsansätzen und speziell feministischer Ökonomiekritik und weisen im Vergleich zu Publikationen in anderen Handlungsfeldern am ehesten eine transformatorische Zielrichtung auf. Das Konzept der ‚Green Economy‘ als eine Reaktion auf die diversen Krisen der Welt, inklusive dem Klimawandel, wird in den meisten der reviewten Beiträge als Andockbegriff für die Genderperspektive genutzt. Im Gegensatz zur üblichen Einschränkung auf ‚grüne‘ Wirtschaftszweige wird das Konzept von der Genderforschung wesentlich breiter als nachhaltiges, sozial gerechtes Wirtschaften verstanden. Dabei liegt der Fokus, neben dem Anteil von Frauen in diesen Arbeitsbereichen, vor allem auf der Verbindung zwischen Care, Gender und nachhaltigem Wirtschaften (s. u. anderem Gottschlich u. a. 2014).

3.3.4 Auswertung nach Ländern

Der Review hat sich auf englische Veröffentlichungen und solche aus dem deutschsprachigen Raum beschränkt. Dadurch gibt es in manchen Bereichen – vor allem wenn es um quantitative Daten geht – ein Übergewicht von Publikationen aus Deutschland. Es ist davon auszugehen, dass es z. B. Studien zum Ernährungsverhalten der Spanier/-innen oder zu den Einstellungen zum Klimaschutz der Franzosen und Französinnen auch in den jeweiligen Landessprachen gibt, diese hier aber nicht erschlossen werden konnten. Trotz dieser Einschränkungen gibt es einige auffällige Tendenzen zu verzeichnen: So kommen mehr als ein Drittel der Befragungen und Analysen zu Einstellungen der Bevölkerung aus den USA. Auch im Feld des Katastrophenschutzes haben die USA die meisten Publikationen zu verzeichnen, was aber eindeutig dem sehr gut aus Geschlechterperspektive untersuchten Hurrikan Katrina geschuldet ist. Ansonsten tut sich hier und bei Gesundheit Australien hervor, auch in der Verbindung von Maskulinität und Katastrophen sowie deren gesundheitliche Folgen. Deutschland fällt positiv bei der Genderforschung zu Energie auf (gefolgt von den USA). Der Verkehrsbereich scheint ein Thema zu sein, das in vielen Ländern aus der Geschlechterperspektive bearbeitet wird. Auch wenn sich die meisten Veröffentlichungen mit der Situation in Deutschland befassen, zeigt sich hier aber die gleichmäßigste Aufteilung zwischen den Ländern. Die Beiträge zur Anpassung an den Klimawandel befassen sich eher mit generellen Genderwirkungen, seltener mit regionen- oder länderspezifischen Situationen. Bei der geschlechterdifferenzierten Erzeugung von CO₂-Emissionen beeindruckt Kanada durch mehrere neue Ansätze zur Berechnung eines genderdifferenzierten Carbon Footprints und entsprechender Analyseinstrumente.

3.3.5 Methodische Ansätze und Genderdimensionen

Die Zahl der Beiträge, die sich explizit mit Forschungsansätzen befassen, die für die Bearbeitung der Thematik ‚Gender und Klima‘ empfohlen werden, ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Allerdings werden diese Ansätze bisher wenig angewendet, so dass sie eher einer beschreibenden Ebene verhaftet bleiben.

Der mit Abstand größte Teil der reviewten Beiträge arbeitet, zumeist ohne dies dezidiert zu benennen, mit Differenzansätzen. Das heißt, es wurden die Unterschiede qua Geschlecht als relevant angenommen und in den Mittelpunkt der Analysen und daraus folgender Empfehlungen gestellt. Kritisch wird zu Differenzansätzen angemerkt, dass die Fokussierung auf geschlechtsspezifische Unterschiede in der Planung und Gestaltung von Maßnahmen zu einer Festschreibung traditioneller Rollenzuschreibungen beitragen und damit strukturell symbolische Hierarchisierungen reproduzieren kann. Mit Differenzansätzen zu arbeiten impliziert häufig auch, dass Frauen als defizitär betrachtet und den gegebenen Umständen angepasst werden sollen – transformatorische Ziele, die an der Veränderung der den Ungleichheiten zugrundeliegenden Ursachen arbeiten, entfallen somit. Androzentrismus-kritische Ansätze (Spitzner in Röhr u. a. 2008) gehen hier deutlich weiter und analysieren die Ursachen von Ungerechtigkeitsproblemen auf Basis der gesellschaftlichen Fixierung auf den Mann oder das ‚Männliche‘ als die Norm, bei der die Frau als Abweichung von dieser Norm wahrgenommen wird.

Vor allem die häufig erhobenen statistischen und empirischen Daten der Forschung zu Geschlecht und Klima beschränken sich mehrheitlich auf die Ermittlung von Geschlechterdifferenzen. Sie bieten damit wenig Erklärung für die gesellschaftlichen Ursachen dieser Differenzen an. Allenfalls wird auf die Geschlechterrollen verwiesen oder darauf, dass hier weiter geforscht werden müsse. Sehr vereinzelt gibt es Hinweise, dass es nicht reicht, immer weiter nach den Geschlechterunterschieden zu suchen, oder darauf, dass intersektionale Ansätze weiterbringen könnten. Ebenso sei es nötig, bei Datenerhebungen die Kategorie Geschlecht/Gender anders zu fassen als durch dichotome Mann-Frau Erhebungen oder geschlechtsdisaggregierte Daten. Selten tauchen kritisch-transformative Perspektiven, die grundlegende Strukturveränderungen erforderlich machen würden, in der neueren genderreflektierten Forschung zu Klimaschutz und Klimaanpassung auf.

Geschlechterverhältnisse sind kontext-spezifisch, das ist keine neue Erkenntnis, muss aber vor dem Hintergrund der immer wieder erwähnten ‚widersprüchlichen‘ und deshalb als nicht weiterführend eingeschätzten Erkenntnisse aus Datenerhebungen betont werden. Da die Genderdifferenzen in Japan nicht die gleichen sind wie in Deutschland, oder die einer ländlichen Region Bayerns nicht vergleichbar sind mit denen in Berlin, würde eine vertiefende kontextualisierte Auseinandersetzung mit den Ursachen der Geschlechterdifferenzen, aber ebenso mit deren Bewertung weiterhelfen (siehe z. B. Verloo & Lombardo 2007). Mit intersektionalen Ansätzen kann aufgezeigt werden, wie unterschiedliche Gruppen und Individuen unterschiedlich auf den Klimawandel reagieren, in Abhängigkeit von ihrer Stellung in Machtstrukturen, und wie Klimapolitik die Ungleichheiten entlang der Kategorien Geschlecht, Klasse und Race verstärken, aber umgekehrt auch positiv beeinflussen kann.

3.3.6 Strategien – Instrumente – Beispiele – Hindernisse

Die Genderperspektive (oft auch ‚nur‘ die Frauenperspektive) in der nationalen und lokalen Klimapolitik zu berücksichtigen wird in den Ländern des Globalen Südens bereits seit einigen Jahren praktiziert. Auch wenn die Machtverhältnisse und (räumliche, politische, soziale und kulturelle) Kontextualisierung eine wesentliche Rolle für die Strategien und Instrumente zur Umsetzung der Beförderung von Geschlechtergerechtigkeit spielen, bestand die Hoffnung, dass aus den langjährigen Umsetzungserfahrungen in Ländern des Globalen Südens auch Schlüsse für die Umsetzung in einem Industrieland wie Deutschland gewonnen werden können. Deshalb wurden auch Umsetzungserfahrungen aus sogenannten ‚Entwicklungsländern‘ hier einbezogen. Evaluierte Beispiele zur (erfolgreichen) Umsetzung sind allerdings selten, das gilt für die Länder des Globalen Südens ebenso wie für die des Globalen Nordens.

Im Projekt ‚nordwest2050‘ wurde Gender Mainstreaming als innovatives Element aufgenommen und Geschlechtergerechtigkeit als ein Ziel der Maßnahmen und Handlungsempfehlungen zur Klimaanpassung und Resilienz in der Metropolregion Bremen-Oldenburg definiert. Dazu wurde eine Genderanalyse der Beschäftigungseffekte erstellt und eine ‚Sektorale Roadmap Geschlechtergerechtigkeit‘ entwickelt. Diese gibt Handlungsempfehlungen und zeigt die langfristigen Handlungspfade auf, die zur Umsetzung des Gerechtigkeitsziels eingeschlagen werden sollten (Fischer & Weller 2013). Den Prozess selbst – sowohl im Forschungsverbund als auch in der Diskussion mit externen Akteuren und Akteurinnen – beschreiben die Forscherinnen als schwierig. Die Bedeutung der Querschnittsdimension Geschlechtergerechtigkeit musste immer wieder verteidigt werden, konflikthaft gestaltete sich die Vermittlung des Zusammenhangs von Arbeit und Klimaanpassung. Vor allem in den Diskussionen mit den Akteuren und Akteurinnen gab es kontroverse Auffassungen zur Genderperspektive, die Fischer und Weller damit erklären, dass in der Auseinandersetzung mit Geschlechterverhältnissen immer auch gesellschaftliche (Macht-)Verhältnisse hinterfragt und auf die Bedeutung von Veränderungen hingewiesen wird. Vor allem für die Akteure aus Wirtschaft und Politik sei Klimaanpassung aber vor allem eine Frage technischer Innovationen, der erforderliche Wertewandel werde als nachrangig bewertet. Positiv wird vermerkt, dass gerade durch diese Auseinandersetzung das Thema Geschlechtergerechtigkeit in Anpassungsprozessen erhöhte Aufmerksamkeit erhalten hat (Fischer & Weller 2015). Mit welchen Widerständen und Hürden die Integration von Genderaspekten in die umweltpolitische Facharbeit zu kämpfen hat, wurde auch im Abschlussbericht des UBA-internen Projektes ‚Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit‘ aufgezeigt (Röhr 2017). Der Bericht verweist aber auch auf die Faktoren, die eine erfolgreiche Verankerung befördern.

Das Global Gender Office der IUCN hat in den vergangenen Jahren in verschiedenen Ländern des Globalen Südens sogenannte ccGAPs (climate change Gender Action Plans) entwickelt. Die Entwicklung erfolgte in mehreren Schritten: Take stock (Situationsanalyse), Level the playing field (Trainings für Frauen und -organisationen), Capture diverse voices (Multi-stakeholder Workshops), Prioritise and put into action (Gestaltung des Genderaktionsplans). Als ‚lessons learnt‘ beschreiben die Akteure und Akteurinnen die Notwendigkeit verschiedene politische Sektoren in Verbindung zu bringen, das Capacity building der Akteure in Bezug auf Genderaspekte, die nationale Ownership am Ergebnis und das

Monitoring und den regionalen Austausch (IUCN & GGCA 2012). Offen bleibt hier allerdings, wie sich die eher strategischen Ansätze in konkrete Maßnahmen übersetzen lassen, ob die Pläne umgesetzt wurden und wenn ja, welche Schwierigkeiten oder auch Erfolge es dabei zu verzeichnen gibt.

Das mangelnde Monitoring und die fehlende Berichterstattung über die Veränderungen durch die Einbeziehung von Gender in (internationale) Umwelttagenden und deren Wirkungen auf die Geschlechterverhältnisse bemängeln auch Castaneda und Kollegen/Kolleginnen (2012). Bessere Indikatoren zur Erfassung der Wechselbeziehungen zwischen Gender und Umwelt und verlässliche Daten über die Effizienz von Maßnahmen würden zu einer Verbesserung der Entscheidungen beitragen und zur Verantwortlichkeit von Politiker/-innen (Castaneda u. a. 2013).

Eine Reihe von Publikationen hat sich mit der Frage befasst, warum Gender Mainstreaming im Umwelt- und Klimabereich (und nicht nur da) sein Potenzial nicht entfaltet und welcher Art die Hürden und Widerstände sind. Alston (2014) identifiziert mehrere miteinander verbundene Gründe und beruft sich zusammenfassend auf Prugl (2010, nach Alston 2014:290), die argumentiert, dass der Staat das Gender Mainstreaming von seiner radikal-feministischen Intention getrennt hat und zur Stärkung maskuliner normativer Strukturen nutzt. Alston hält das Potenzial von Gender Mainstreaming trotzdem für ‚revolutionär‘, dafür müssen aber die Hürden und Widerstände aufgedeckt werden. Zu denen gehören u. a. institutionelle Strukturen, die männliche Normen und Prozesse unterstützen („institutionalisierter Androzentrismus“), Reduzierung des Gender Mainstreamings auf technokratische Prozesse, Kooption für neoliberale Zwecke oder die Reduktion auf die ‚Women Focused Machinery‘. Gerade im Klimabereich – Alston bezieht sich hier vor allem auf Post-Katastrophensituationen – gäbe es große Chancen zur Überwindung dieser Barrieren, weil lokale, nationale und internationale Experten und Expertinnen zusammenarbeiten und die Strategie des Gender Mainstreaming weiterentwickeln könnten (Alston 2014). Ähnlich argumentiert Arora-Jonsson (2014), auch sie beklagt die technokratische Umsetzung des Gender Mainstreamings. Trotz immer anspruchsvollerer und differenzierterer Genderforschung mangle es an deren Umsetzung in der Umweltpolitik. Widersprüche tauchen auf, „as static interpretations of gender become a part of the official machinery, when women are regarded as a collective but addressed as individuals in programs and when the focus is on the governance of gender with little attention on the gender of neoliberal governance“²⁰ (Arora-Jonsson 2014:303). Gender vor allem als ein Problem der Inklusion von Frauen zu sehen, sei kontraproduktiv und de-politisiere die Genderdebatten. Ähnliche Auswirkungen haben genderdisaggregierte Daten, bei denen die Durchsetzung der männlichen Dominanz weder gemessen noch hinterfragt wird. Der möglicherweise wichtigste Schritt sei jetzt, die Mechanismen der Governance im Umweltbereich, bei der Wissensproduktion und Formulierung politischer Maßnahmen sichtbar zu machen (ibid.:305).

Dass die Klimapolitik der EU trotz aller Verpflichtungen zum Gender Mainstreaming in alle Politikbereiche weitgehend genderblind ist, zeigt Allwood (2014) auf. Eine Ausnahme ist das ‚Committee on Women’s Rights and Gender Equality‘ (FEMM) des Europäischen Parlaments, das die Thematik immer mal wieder auf die Tagesordnung setzt. Eine andere Ausnahme zeigt sich, wenn die Ratspräsidentschaft bei einem Land mit hohem Gleichstellungsbewusstsein liegt. So hat Dänemark die Studien des ‚European Institute for Gender Equality‘ (EIGE) zu Gender und Klima finanziert (Alber & Röhr 2011; EIGE 2012) und in die Schlussfolgerungen des Rates zu ‚Gender Equality and the Environment: Enhanced Decision-Making, Qualifications and Competitiveness in the Field of Climate Change Mitigation Policy in the EU‘ (Europäische Kommission 2012) eingebracht. Als Gründe für die fehlende Umsetzung des Gender Mainstreaming in der Klimapolitik der EU nennt Allwood die mangelnden finanziellen und

²⁰ „...wenn statische Interpretationen von Geschlecht Teil der offiziellen Maschinerie werden, wenn Frauen als Kollektiv betrachtet, aber als Einzelpersonen in Programmen angesprochen werden und wenn der Schwerpunkt auf der Governance von Gender liegt, wobei dem Geschlecht der neoliberalen Governance wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird“ (eigene Übersetzung).

zeitlichen Ressourcen, die Verwässerung zu einem ‚tick a box‘-Instrument, die hohe Abhängigkeit von individuellem Einsatz statt institutioneller Verpflichtungen sowie die hochgradig sektoralen Strukturen, die es schwierig machen, Gender in Querschnittsthemen wie Klima zu mainstreamen. „When policy issues intersect, gender disappears“²¹ (Allwood 2014:16). So sieht Allwood einen wesentlichen Grund für das Scheitern genderresponsibler Klimapolitik in dem ‚hijacking‘ und der Verwässerung des Begriffs Mainstreaming, der zu einer immer länger und heterogener werdenden Liste an Themen, die ‚gemainstreamt‘ werden müssen geführt habe. Eine detaillierte Analyse der institutionellen Barrieren bei der Umsetzung einer transformativen Gender Mainstreaming Agenda hat Wittman für die schottische Exekutive erarbeitet, ohne Bezug zu Klimapolitik, aber ggf. darauf übertragbar (Wittman 2010).

Auch für den Bereich der Agrarpolitik und ländlichen Entwicklung der EU wird die entpolitisierende und strukturkonservierende Wirkung des Gender Mainstreaming hervorgehoben (Oedl-Wieser 2010; Bock 2015; Shortall 2015). Shortall begründet dies damit, dass der Erfolg der Agrarwirtschaft auf Geschlechterungleichheit und der unbezahlten Arbeit von Frauen beruht. Solange daran nichts verändert wird, bleiben alle Anstrengungen zur Veränderung der Geschlechterverhältnisse reine Rhetorik (Shortall 2015:726). Für die EU-Ebene werden tiefgreifende Evaluationen der Politik gefordert, die versteckte Bias, Vorannahmen und Vermutungen aufdecken sollten, sowie die Konstruktionen und kurz-, mittel- und langfristigen Effekte, die durch Politik-Texte selbst generiert werden (Bock 2015:741).

Positivere Ergebnisse zumindest auf Seiten der Klimapolitik bringt eine schwedische Studie ans Licht (Dymén u. a. 2013). Dort wurde untersucht, ob es eine positive Verbindung zwischen dem Bewusstsein über die Genderaspekte des Klimawandels und der Qualität kommunaler Klimapolitik und -praxis gibt. Die Ergebnisse der Befragung aller 290 schwedischen Gemeinden bestätigten dies: Kommunen mit einem hohen Grad an Genderbewusstsein zeichneten sich durch einen um 26-27 % höheren Wert bei den Klimaaktivitäten aus. Umgekehrt hatten 22 % der Kommunen mit niedrigem Genderbewusstsein auch die niedrigsten Werte bei den Klimaaktivitäten. Allerdings zeigten selbst in Schweden 68 % der Kommunen einen geringen Grad von Genderbewusstsein im Zusammenhang mit Klimawandel und -politik.

Fauré (2016) analysiert und diskutiert mögliche Konflikte zwischen Umwelt und sozialen Anforderungen innerhalb der nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals) in Schweden und nimmt dabei auf Seiten der Umwelt den Klimaschutz und die Landnutzung in den Blick, auf Seiten der sozialen Aspekte die Gleichstellung der Geschlechter und Gesundheit. Konflikte bei den Auswirkungen des Klimaschutzes auf die Geschlechterverhältnisse macht sie vor allem im Bereich der Verteilung der unbezahlten Versorgungs- und Hausarbeit und der Kosten für Ernährung aus. Auch finanzielle Kompensationsmaßnahmen können Konflikte auslösen, z. B. wenn für Alleinerziehende steigende Preise kompensiert, aber andere vulnerable Gruppen gleichzeitig benachteiligt werden. Durch konkrete Ziele, Verdeutlichung der Werte, auf denen sie basieren, Förderung von Gerechtigkeitsperspektiven insgesamt, und auch durch Darlegung der Wirkungen der Ziele auf verschiedene sozio-ökonomische Gruppen können die Zielkonflikte aufgedeckt werden. Dies kann zu einer konstruktiven Debatte beitragen, vorausgesetzt der Prozess wird als legitimiert wahrgenommen (Fauré 2016).

Die Themen Umwelt- und Klimagerechtigkeit werden in verschiedenen Studien aus Deutschland aufgegriffen und dabei auch die mangelnde Berücksichtigung sozialer Aspekte in der Umweltpolitik kritisiert (Bundesamt für Strahlenschutz u. a. 2008; Hornberg u. a. 2011; Strelau & Köckler 2016), allerdings in aller Regel ohne das Thema Geschlechtergerechtigkeit dezidiert anzusprechen. Ausnahme ist hier der Umweltmedizinische Informationsdienst (Bundesamt für Strahlenschutz u. a. 2008), der 2008

²¹ Wenn sich politische Themen überschneiden, verschwindet das Geschlecht (eigene Übersetzung).

in einer Ausgabe das Thema ‚Gender, Umwelt und Gesundheit – Neue Sichtweisen auf das Umweltgerechtigkeitskonzept‘ anspricht.

Eine Analyse der Entwicklung von NAPAs (National Adaptation Programmes of Action²²) in Subsahara-Afrika zeigt, dass im Laufe des Entwicklungszyklus die Gendersensitivität immer weiter abnimmt und sich diese auch nicht mehr in den endgültigen Plänen widerspiegelt. Das könnte auch damit zu tun haben, dass sowohl der Frauenanteil als auch die Genderexpertise im Stadium der Abstimmung der Anpassungspläne am geringsten ist (Holvoet & Inberg 2014). Auch Kronsell u. a. (2016) zeigen in ihrer Studie am Beispiel der schwedischen Verkehrspolitik auf, wie maskuline Normen die Politikgestaltung bestimmen, und dass selbst ursprünglich genderresponsive Programme im institutionellen Prozess verwässert und trivialisiert werden.

Empfehlungen, wie und mit welchen Instrumenten oder Mitteln Genderaspekte in eine kohlenstoffarme Entwicklung und deren Umsetzung eingebracht werden können, stellen Carman u. a. vor (Carman u. a. o.J.).

3.3.7 Geschlechterdifferenzen versus Geschlechterverhältnisse (quantitative versus qualitative Daten)

Wie bereits oben erwähnt, liegen der Mehrzahl der Untersuchungen quantitative Datenerhebungen bzw. die Auswertung quantitativer Daten zugrunde. Bei aller Problematik der damit verbundenen Fokussierung auf Geschlechterunterschiede haben diese Daten und die daraus resultierenden Erkenntnisse doch ihren Wert. Viele Analyseinstrumente arbeiten mit Fragen, die mittels der Geschlechterunterschiede zumindest erste Hinweise auf genderrelevante Aspekte geben. Für das Fachpersonal, das sich oftmals erstmalig mit den Genderdimensionen der Klimapolitik befasst, wird damit ein einfacher und akzeptabler Einstieg in die Thematik geboten. Bei fast allen quantitativen Erhebungen wird auch die Kategorie Geschlecht abgefragt, allerdings werden die Daten häufig nicht nach Geschlecht differenziert dargestellt, noch seltener wird eine Verbindung zwischen Geschlecht und weiteren sozialen Kategorien wie z. B. Alter, Einkommen oder Bildung hergestellt. Es ist davon auszugehen, dass bei den Auswertungen das Augenmerk auf die größten Abweichungen gelegt wird, wenn sich keine Auffälligkeiten bei der Kategorie Geschlecht zeigen, wird dies nicht weiter erwähnt. Im Sinne der Qualitätssicherung wäre es gut, wenn dieser Prozess auch dann dokumentiert werden würde, wenn sich keine Geschlechterunterschiede zeigen.

Erkenntnisse über die Bedeutung von Genderrollen, -identitäten oder -verantwortlichkeiten sind unabdingbar, wenn es um die Ursachen der Geschlechterunterschiede geht. Darum ist zu verhindern, dass diese durch Klimaschutz- oder Klimaanpassungsmaßnahmen weiter verstärkt werden oder umgekehrt gezielt anzugehen, wie diese Unterschiede aktiv verringert werden und somit durch Klimapolitik auch ein Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit geleistet werden kann. Ein Problem ist hier die Anwendbarkeit der Erkenntnisse, weil diese in aller Regel keine unmittelbaren Schlussfolgerungen für eine spezifische Maßnahme oder ein spezifisches Programm zulassen. Hier bedarf es Übertragungsleistungen, die vom klimapolitischen Fachpersonal ohne entsprechende Schulungen nicht geleistet werden können.

3.3.8 Datenlücken

Neben inhaltlichen Lücken sind hier vor allem die Verknüpfungen zwischen den verschiedenen sozialen Kategorien zu nennen. Mittelwerte von Männern oder Frauen geben nur wenig Hinweise darauf, in welcher Situation oder in welchem Kontext eine Person wie reagiert.

²² Nationale Aktionspläne zur Anpassung

Die Ergebnisse des Reviews weisen auf die vielfältigen Genderaspekte der Klimapolitik und ihrer Handlungsfelder hin. Sie sind damit eine wichtige Grundlage für das Verständnis der möglichen Wirkungen klimapolitischer Maßnahmen auf die Geschlechterverhältnisse. Aber reicht das, um die Durchführung von GIAs zu befördern oder überhaupt zu ermöglichen? Gerade wenn es darum geht, mögliche Genderwirkungen zu belegen und zu begründen, dürften auch die vielen vorhandenen quantitativen Daten nicht ausreichen. Zum einen, weil die Daten sehr kontextspezifisch sind und nicht einfach von einem Land auf ein anderes übertragen werden können. Zum anderen aber auch, weil diese Daten sehr spezifisch und veränderbar sind. Das weist gleichzeitig auf die große Lücke hin, die sich bei der Durchführung von GIAs zeigen: Wie kommen die Fachbearbeiter/-innen an die Daten, mit denen sie die Genderwirkungen oder auch die Genderneutralität belegen können? Es fehlt an einer Zusammenstellung der quantitativen Daten, die als Hintergrundinformationen für die Genderanalyse/-bewertung von Maßnahmen und Programmen relevant sind. Bei den statistischen Bundes- und Landesämtern, auf EU-Ebene bei Eurostat, stehen viele Daten zur Verfügung, die im Zusammenhang von Gender und Klima durchaus relevant sein können. Das können Daten über Wohneigentum sein, über Konsumausgaben oder die Nutzung der verschiedenen Verkehrsmittel, um nur einige Beispiele zu nennen. Dazu im [Kapitel 5](#) mehr.

3.3.9 Argumente für die Einbeziehung von ‚Gender‘ in die Klimapolitik

Abschließend sei noch auf einige Ergebnisse des Reviews hingewiesen, die als Belege herangezogen werden können, warum Gender für eine erfolgreiche Klimapolitik relevant ist:

Verschiedene Studien assoziieren das höhere Risikobewusstsein von Frauen mit einer niedrigeren ‚Social Domination Orientation‘ und verweisen darauf, dass die geringere Skepsis gegenüber dem anthropogenen Klimawandel durch Frauen einher geht mit deren geringerer Orientierung an sozialer Dominanz und weniger konservativen Einstellungen. Das Konzept der ‚System Justification‘ bietet eine Begründung für den Widerstand der einflussreichen Teile der Gesellschaft gegenüber Gender und Klima (sowohl einzeln als auch in der Verbindung). Zum sogenannten ‚White Male Effect‘ zeigen Forschungsergebnisse aus Schweden, dass dieser in einer (geschlechter-)gerechten Gesellschaft in geringerem Umfang auftritt. Aus allen drei psychologisch begründeten Ansätzen könnten Strategien ermittelt werden, wie der Widerstand gegen Veränderungen oder die Ablehnung der anthropogenen Ursachen des Klimawandels verringert werden könnten.

Einen direkten Bezug zwischen Geschlechtergerechtigkeit und CO₂-Emissionen bzw. Klimaschutzmaßnahmen stellen Studien her, die zeigen, dass Kommunen mit einem hohen Wert beim Genderbewusstsein auch die höchste Punktzahl bei der Bewertung ihrer Klimapolitik haben (und umgekehrt), bzw. dass es eine direkte Verbindung zwischen der Höhe der Pro-Kopf-Emissionen eines Landes und dem Grad an Geschlechtergleichheit gibt: je gleicher, desto geringer die Emissionen. Einschränkend muss aber auch darauf verwiesen werden, dass dabei ergänzend weitere Faktoren eine Rolle spielen können, die in den Studien aber nicht untersucht wurden. Zu nennen sind hier beispielsweise der Energiemix bei der Stromversorgung oder auch eine generell fortschrittlichere Haltung im Vergleich zu anderen Ländern oder Kommunen, die beides – die Geschlechtergleichstellung wie auch die Klimapolitik – forciert.

Die umstrittene Frage, ob eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern an Entscheidungen zu mehr Gerechtigkeit führt, wird aus verschiedenen Perspektiven beantwortet, z. B. durch eine Analyse des Abstimmungsverhalten im Bundestag oder dem Umweltbewusstsein von schwedischen Politikerinnen. In beiden Fällen zeigen sich die weiblichen Entscheidungsträgerinnen positiver gegenüber energie- bzw. umweltpolitischen Entscheidungen als ihre männlichen Kollegen – was nicht automatisch heißt, dass diese Entscheidungen genderbewusster sind. In den Analysen wird nicht danach gefragt, ob sie sich auch stärker für genderresponsible Klimaschutzmaßnahmen oder Klimapolitik einsetzen.

3.3.10 Bewertung der Ergebnisse

Djoudi u. a. (2016) kommen in ihrer aktuellen Analyse von 48 Beiträgen zu Gender und Klima zu dem Schluss, dass Klimaschutz maskulin, Anpassung feminin konnotiert ist, was sich auch darin widerspiegelt, dass es nur wenig Forschung zu den Genderaspekten des Klimaschutzes gäbe. Das mag auf der Ebene von Klimaschutzprogrammen und -maßnahmen richtig sein, auf der Ebene der genderbewussten Forschung zeigt unser Review, dass die Mehrzahl der Publikationen sich mit Handlungsfeldern befasst, die vorrangig dem Klimaschutz zuzuordnen sind. Auch ist bei der Genderforschung zur Anpassung an den Klimawandel in Industrieländern die aus Entwicklungsländern bekannte Fokussierung auf Vulnerabilität und die damit verbundene Viktimisierung von Frauen weniger dominant.

Der Review zeigt, dass es eine substanzielle Menge von Forschungsergebnissen gibt, die die Relevanz der Geschlechterverhältnisse für alle Aspekte von Klimawandel und Klimapolitik belegen und dass sich durch die Vielfalt und Breite der Forschungsergebnisse die Anschlussfähigkeit an klimapolitische Diskurse, Strategien, Programme und die Umsetzung von Maßnahmen deutlich verbessert hat. Allerdings zeigt sich auch, dass dabei die Treiber von Ungleichheit und damit die geschlechtsspezifischen Verursachungen und Auswirkungen des Klimawandels, wie auch die tendenziell androzentrische Sichtweise auf den Klimawandel und auf die Entwicklung von Lösungsansätzen, eher selten im Mittelpunkt stehen. Ein Grund dafür könnte sein, dass sich die Genderforschung bisher noch wenig mit der Klimathematik befasst. Wenn doch, bleibt sie eher auf der Ebene von Methodenkritik und Vorschlägen für eine andere Herangehensweise stehen: Auffällig viele Beiträge befassen sich damit, mit welchen konzeptionellen oder methodischen Ansätzen das Thema Gender und Klima beforscht werden sollte, ohne dass dies bisher in die Tat umgesetzt wurde. Umgekehrt befasst sich aber die naturwissenschaftliche Klimaforschung gar nicht mit den Genderaspekten ihres Forschungsbereichs. Hier gibt es allenfalls methodische Vorschläge basierend auf den Konzepten der feministischen politischen Ökologie und der postkolonialen Studien, wie feministische oder Genderforschung die Betrachtung der Forschungsgegenstände verändern könnte.

Auffällig ist die unterschiedliche Aufmerksamkeit, die den einzelnen Handlungsfeldern der Klimapolitik durch die Gender reflektierende Forschung gewidmet wird. Dies mag mit den Schwerpunkten der aktuellen Klimapolitik sowie der entsprechenden Förderpolitik zusammenhängen, aber auch damit, wie offensichtlich sich die Genderperspektiven in den jeweiligen Handlungsfeldern erschließen. So finden sich im Themenfeld Energie die meisten Publikationen aus der Genderperspektive, dagegen liegen im Handlungsfeld Wasser kaum Erkenntnisse aus der Genderforschung vor, die die Situation in Industrieländern betreffen. Zum Handlungsfeld Anpassung wurde bereits auf die große Forschungslücke hingewiesen. Auch das Thema Gender und Migration bzw. Flucht wird in Verbindung mit Klimawandel bisher ausschließlich bezogen auf die Situation in den Herkunftsländern (zumeist im Globalen Süden), nicht auf die Situation in den Zielländern betrachtet. Aus den Herkunftsländern sind die (positiven wie negativen) Wirkungen von Migration auf die Geschlechterverhältnisse und den Status von Frauen bekannt. Wie sich Migration im Kontext von klimabedingten Umweltveränderungen auf die Geschlechterverhältnisse in Verbindung mit Aufenthaltsrechtlichem Status der Migranten und Migrantinnen bzw. Asylbewerber/-innen in den Zielländern auswirkt, wird dagegen bisher nicht thematisiert.

Der Review hat gezeigt, dass die Forschung zu Geschlechterverhältnissen in den Handlungsfeldern des Klimaschutzes immer stärker ins Detail geht. Bekanntes wird bestätigt, in anderen regionalen Kontexten oder mit immer spezifischeren Zielgruppen erforscht. Neue Themen werden kaum aufgegriffen, vorhandene Forschungslücken bleiben so bestehen. Beiträge, die die gesellschaftlichen Ursachen des Klimawandels und der Geschlechterungleichheiten in den Blick nehmen, bleiben häufig einer grundsätzlichen Gesellschafts- und Ökonomiekritik verhaftet, ohne Ansätze zu deren Überwindung anzubieten. Mehr noch, es scheint, dass sich der Fokus der akademischen Literatur und wissenschaftlichen Diskurse in den letzten zehn Jahren tendenziell verengt hat: Der Blick hat sich auf die Mikroebene verlagert, während Strukturen und Dynamiken kaum noch untersucht werden. Wissenschaftliche Diskur-

se werden nicht mehr in ihrer Gänze weiterverfolgt, wie sich z. B. anhand des in den 1990er- und 2000er-Jahren fundiert untersuchten Mobilitätsbereichs aufzeigen lässt (siehe z. B. Spitzner 2004). Dies führt insgesamt zu einer Entpolitisierung des Diskurses. Über die Ursachen dafür, ob dies z. B. der Forschungsfinanzierung oder aber der Forschungsverfasstheit zuzuschreiben ist, kann hier nur spekuliert werden.

Auch Strategien und Methoden zur Integration der Genderperspektiven in Klimapolitik werden eher selten beforscht. Mangelndes Monitoring, fehlende Berichterstattung und Analysen tragen dazu bei, dass Erfahrungen aus Prozessen zur Implementation von Genderstrategien nicht weitergegeben und genutzt werden. Vor allem negative Erfahrungen und Hemmnisse werden kaum analysiert, möglicherweise aufgrund der Befürchtung, damit die Genderpolitik insgesamt der Kritik auszusetzen. Auch bessere Indikatoren zur Erfassung der Wechselbeziehungen zwischen Gender und Klima sowie verlässliche Erkenntnisse über die Wirksamkeit von Maßnahmen zum Einbezug von Gender fehlen.

Einer wachsenden Anzahl an Forschungsvorhaben, die zumindest Geschlechterunterschiede reflektieren, steht allerdings das Gros der Mainstream-Klimaforschung gegenüber, die Genderaspekte völlig ignoriert. Aber auch in der Geschlechterforschung zeigt sich umgekehrt nur geringer Enthusiasmus, sich mit allen Aspekten des Klimawandels intensiver zu befassen. Hier sind nicht nur die Genderforscher/-innen gefragt, sondern auch die Forschungsförderung, indem sie Vorhaben unterstützt, die dazu beitragen, den Mangel an Zusammenarbeit zwischen Geschlechterforschung und den verschiedenen Disziplinen der Klimaforschung zu überwinden, Gender und Klima in all seinen Facetten zu adressieren und damit fundierte Erkenntnisse zu liefern.

Zudem müssen die Ergebnisse so übersetzt und kommuniziert werden, dass sie auch in den politischen Diskurs hineinwirken, der ansonsten beim Aufgreifen von Genderaspekten tendenziell zu Vereinfachungen neigt und komplexere Sachverhalte und schwer zugängliche Texte ignoriert. Inwieweit dann der politische Wille besteht, Genderaspekte nicht nur zur inkrementellen Effektivierung klimapolitischer Maßnahmen einzubeziehen, sondern auch transformatorische Ansätze zu entwickeln und umzusetzen, ist eine andere Frage.

Für eine tiefgreifende Transformation müssen gemeinwohlorientierte Ökonomiekonzepte stärker in den Fokus genommen werden, um nachhaltige Alternativen zur marktausgerichteten Klimapolitik zu erforschen und dabei die Geschlechter- und Machtverhältnisse mit in den Blick zu nehmen. Gleichermaßen gilt es, nach strukturellen Lösungsansätzen zu suchen, die den bisherigen Fokus der Klimapolitik auf Einzelmaßnahmen und technische Lösungsansätze überwinden.

3.4 Portfoliobewertung anhand von Genderdimensionen

Der Hintergrund für diesen Teil der Untersuchung ist die Frage, ob und wie ein Portfolio von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen aus Genderperspektive bewertet und ggf. optimiert werden kann.

Bewertungen von Portfolios beziehen sich bisher in der Regel auf die Kosteneffizienz von Technologien zur Minderung von Treibhausgasen (THG). Im 5. Sachstandsbericht des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change 2014) sind auch Aussagen über Portfolios von ‚Policies‘ (hier im Sinne von ‚Strategien‘ zu verstehen) enthalten, etwa im Zusammenhang mit Unsicherheiten und Risiken oder mit Kosten-Nutzen-Bewertungen. Gleichzeitig werden die Grenzen rein ökonomischer Kosten-Nutzen-Betrachtungen thematisiert (Intergovernmental Panel on Climate Change 2014:244), allerdings primär mit Blick auf ethische Erwägungen zur internationalen Gerechtigkeit. Geschlechtergerechtigkeit wird vom IPCC in diesem Zusammenhang nicht angesprochen, weist aber gewisse Parallelen zur internationalen Gerechtigkeit auf, indem es nicht nur um ökonomische Bewertungen, sondern auch um

Machtbeziehungen sowie strukturell und kulturell bedingte, tief verwurzelte Ungleichheiten geht, beim Geschlechterverhältnis nicht zuletzt auch um unbezahlte Versorgungsarbeit, deren Monetarisierung umstritten ist²³.

Insofern ist die Frage der Bewertung von umfassenden klimapolitischen Handlungsprogrammen aus einer Genderperspektive neu. Während das Gender Impact Assessment (GIA) bestimmte Programme oder einzelne Maßnahmen in den Blick nimmt, soll hier das gesamte Portfolio an Maßnahmen bewertet werden.

Im Folgenden wird ein experimenteller Ansatz für eine Analysesystematik vorgestellt, mit deren Hilfe einerseits aufgezeigt werden kann, welche Genderdimensionen in den Portfolios vorhandener Klimaschutz- und Klimaanpassungsprogrammen relevant sind und bei der Ausgestaltung der Maßnahmen berücksichtigt werden sollten. Zum anderen zeigt die Analyse, welche Strategien und Handlungsfelder ein hohes Potenzial für Beiträge zur Geschlechtergerechtigkeit besitzen und deshalb aus Genderperspektive hohe Priorität haben sollten.

Dafür wurde in einem Bottom-up-approach ein möglichst umfassendes Portfolio von Strategien und Handlungsansätzen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel erstellt, gegliedert nach den Politikfeldern: Planen Bauen Wohnen, Mobilität und Verkehr, Energiebedarf und -angebot, Biodiversität, Land- und Forstwirtschaft, Wasserwirtschaft, Küstenschutz, Tourismus, Produktion, Konsum, Abfallwirtschaft, Katastrophenschutz und Gesundheit. Diese Gliederung orientierte sich möglichst weitgehend an existierenden Aktionsprogrammen zu Klimaschutz und Anpassung. In jedem Politikfeld wurden Strategien und Handlungsansätze aufgelistet. Nicht alle dieser Handlungsansätze sind im Mehrebenensystem durch die nationale Ebene direkt erschließbar, da die Zuständigkeiten z. T. auf kommunaler oder Landesebene liegen. Dennoch steht die nationale Klimapolitik in der Verantwortung, auf die Ausschöpfung auch der nicht direkt erschließbaren Potenziale hinzuwirken, besonders wenn diese umweltverträglich und risikoarm sind und erhebliche positive Nebeneffekte auf die soziale und Geschlechtergerechtigkeit haben²⁴.

Handlungsfelder wie Forschung, Entwicklungszusammenarbeit oder die Rolle der Bundesregierung in politischen Prozessen auf EU- oder UNFCCC-Ebene wurden nicht in das Portfolio aufgenommen, da sie nicht unmittelbar zu Emissionsreduktionen bzw. zur Anpassung an den Klimawandel führen, sondern nur mittelbare Wirkungen entfalten.

Dieses Portfolio ist Ausgangspunkt der Bewertung des Potenzials der einzelnen Handlungsansätze hinsichtlich ihrer Beiträge zur Geschlechtergerechtigkeit. Dabei wird die konkrete Ausgestaltung der Handlungsansätze im Sinne von spezifischen Interventionen und Instrumenten nicht in Betracht gezogen. Dazu müsste ein GIA durchgeführt werden.

3.4.1 Genderdimensionen

Als Kriterien für die Bewertung wurden die Genderdimensionen (Lebensbereiche) herangezogen, die in [Kapitel 2.3.](#) ausführlich erläutert und hier in [Tabelle 5](#) noch einmal aufgelistet sind (siehe auch Alber & Röhr 2011; Röhr u. a. 2004; Spitzner u. a. 2007; Turner u. a. 2006):

²³ Zur Debatte um Monetarisierungsansätze der Care-Arbeit siehe z. B. (Gottschlich u. a. 2014).

²⁴ Siehe auch die Ausführungen zur ‚New Urban Agenda‘ weiter oben, in der die Regierungen Verpflichtungen eingegangen sind, die Städte und Siedlungen betreffen.

Tabelle 5: Überblick über die Genderdimensionen

Genderdimension
Symbolische Ordnung: Hierarchisierungen, Bedeutungszuschreibungen und -positionierungen (Querschnittsdimension)
Versorgungsökonomie/Sorgearbeit: Zuschreibung, Verteilung, Zeit, Stellenwert, Instrumentalisierung
Erwerbsökonomie: horizontale und vertikale Segregation, Berufswahl, Vermögensverhältnisse
Öffentliche Ressourcen/Infrastrukturen: Bereitstellung, Ausrichtung, Zugang, Gebrauchsfähigkeit
Institutionalisierter Androzentrismus: Maskulinität als Maßstab, Definitionsmacht der Institutionenebene – institutionalisierte inhaltlich-kognitive implizite Genderhierarchisierungen
Definitions- und Gestaltungsmacht auf Akteursebene: Teilhabe an und Berücksichtigung von Genderexpertise bei Entscheidungen in Wissenschaft, Technik, Politik
Körper/Gesundheit/Sicherheit: Privatsphäre (intimacy), Gewaltfreiheit

Die Bewertung des Maßnahmenkataloges wurde aus dem Literaturreview und aus eigenen Plausibilitätserwägungen gespeist. Allerdings ließen sich aus der Literatur nur begrenzt Hinweise für die Bewertung entnehmen. Einer der Gründe dafür ist, dass vor allem die empirischen Befunde bisher in der Regel wenig auf Strategien und Maßnahmen eingehen. Eine weitere Limitierung besteht darin, dass einige der Genderdimensionen in der Literatur kaum oder überhaupt nicht angesprochen werden. Ferner ergab die Literaturrecherche für einige Handlungsfelder nur wenige aktuelle Untersuchungen, z. B. für die Bereiche Wasser- oder Abfallwirtschaft.

Indirekte Wirkungen wurden nicht einbezogen, insbesondere internationale Auswirkungen, z. B. auf die Ernährungssicherheit. Solche Effekte halten wir für enorm wichtig, haben sie aber zunächst nicht berücksichtigt, da sie detaillierter Untersuchungen im Einzelnen bedürfen.

3.4.2 Ergebnisse der Portfoliobewertung

Es wurde deutlich, dass Schwerpunkte für Genderwirkungen der Klimaschutzpolitik in den Bereichen Planen, Bauen und Wohnen sowie Verkehr liegen, und zwar ganz besonders bei den eher langfristigen planerischen sowie kurzfristiger wirksamen organisatorischen Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung und dem Ausbau von Infrastruktur und Service im öffentlichen Verkehr, begleitet von Maßnahmen zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs. Energie ist unter Gendergesichtspunkten primär im Bereich Haushalte relevant, da zunächst nur unmittelbare Wirkungen betrachtet wurden (vgl. [Abbildung 1](#)).

Abbildung 1: Portfoliobewertung

Politikfelder	Potenzial für Beiträge zu Geschlechtergerechtigkeit in den Genderdimensionen						
	Symbolische Ordnung	Versorgungsökonomie	Erwerbsökonomie	Öff. Ressourcen/Infrastrukturen	Androzentrismus	Entscheidungsmacht	Körper, Gesundheit, Sicherheit
Strategien							
Planen Bauen Wohnen							
Verringerung des Verkehrsbedarfs							
Kompakte Siedlungen		++		+		+	+
Nutzungsmischung inkl. nahe Dienstleistungsinfrastrukturen in Siedlungen		++	+	+			+
Siedlungsentwicklung entlang öffentlichen Transportrouten			+	+			
Polyzentrische Siedlungsstrukturen		+	+	+			
Aufteilung öffentlicher Raum auf verschiedene Verkehrsträger		+		++			+
Minimierung des Energiebedarfs von Gebäuden							
Energetische Sanierung von Gebäuden		+					+
Energieoptimierte Neubauten		+					+
Standortsicherung für Erneuerbare							
Solarorientierte Siedlungsplanung							
Sicherung von Standorten für erneuerbare Anlagen in der Raumplanung							
Klimaangepasste Siedlungsentwicklung							
Vermeidung von Überschwemmungsgebieten		+					+
Sicherung/Ausbau von Frischluftschneisen							+
Mobilität und Verkehr							
Minimierung des Verkehrsbedarfs							
Optimierung der Siedlungsstrukturen siehe Planen Bauen Wohnen							
Verkehrsvermeidung durch organisatorische Maßnahmen inkl. Zeitpolitik		+	+	+			
Effizientere Güterlogistik							
Verlagerung zwischen Verkehrsträgern							

Reduktion Flugverkehr (Steuern/Abgaben, Regulierung)					
Reduktion des motorisierten Individualverkehrs (Steuern, Regulierung ...)	+	+			++
Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur	+	++	++	++	
Serviceverbesserung im öffentlichen Verkehr (Verknüpfung, Tarife ...)		+		+	+
Infrastruktur für den nichtmotorisierten Verkehr (Fuß, Fahrrad ...)				+	+
Effizienz und Dekarbonisierung des Verkehrs					
Effizientere Fahrzeuge im motorisierten Individualverkehr	+				
Effizientere Nutzung der Fahrzeuge (Optimierung des Fahrverhaltens ...)	+				
Effizientere öffentliche Verkehrsmittel					
Umstieg auf kohlenstoffärmere Kraftstoffe					
Erhöhung der Resilienz im Verkehr					
Öffentlicher Verkehr				+	
Infrastruktur für den motorisierten Individualverkehr					
Klimaangepasste Transportinfrastruktur (Haltestellen ...)					+
Energiebedarf und -angebot					
Reduktion der Energienachfrage					
Effizienz Industrie und Gewerbe, Handel, Dienstleistungen					
Effizienz Öffentliche Einrichtungen				+	
Effizienz Gebäude/Haushalte	+				+
Smart Homes					-
Energiesparendes Verhalten					+
Suffizienz		-			+
Effizienz und Dekarbonisierung des Energieangebots					
Effizientere fossile Kraftwerke					
Kohlenstoffärmere Brennstoffe					
CCS inkl. BECCS					
Effizientere Verteilung, Transformation und Steuerung					
Smart Grids		-			+
Kraft-Wärme- und Kraft-Kältekopplung					
Mittlere und große erneuerbare Anlagen					
Kleine/gebäudeintegrierte erneuerbare Anlagen					+
Verbesserung der Resilienz des Energiesektors		+			

Biodiversität, Land- und Forstwirtschaft

Erhalt und Erweiterung biogener Kohlenstoff-Speicher und Senken						
Verringerung der Methan- und Lachgasemissionen der Landwirtschaft						
Ökolandbau						++
Erhöhung der Resilienz der Land- und Forstwirtschaft	+					
Klimaangepasste Sortenwahl						
Klimaangepasste Bewirtschaftung (Mischwald ...)						
Ökosystem-basierte Anpassung						
Wasserwirtschaft						
Vermeidung/Rückbau von Flächenversiegelung	+					
Kapazitätsanpassung der Entwässerungssysteme	+					
Nachsorgender Hochwasserschutz (Hochwasserrückhaltebecken ...)	+					
Vorsorgender Hochwasserschutz (Renaturierung, Überflutungsflächen ...)	+					
Küstenschutz						
Nachsorgender Küstenschutz (Verstärkung von Küstenschutzmaßnahmen ...)						
Vorsorgender Küstenschutz (Überflutungsflächen ...)						
Tourismus						
Alternativen zu schneeabhängigem Wintersport	+					
Produktion						
Produktion nachhaltigerer Güter						
Konsum						
Versorgung mit nachhaltigen Dienstleistungen und Gütern		++		+		
Klimaschonende Ernährung	++	++			+	+
Abfallwirtschaft						
Minimierung von Abfall angebotsseitig		+				
Minimierung von Abfall verbraucherseitig (Wiederverwendung ...)		+			+	
Trennung und Verwertung/Recycling von Abfall		-				
Energetische Nutzung von Abfall						
Katastrophenschutz						
Vorsorgender Katastrophenschutz	+	+	+		+	+
Nachsorgender Katastrophenschutz	+	+			+	+
Gesundheit						
Bewusstseinsbildung, Frühwarnsysteme		+				
Anpassung der Gesundheits- und Sozialsysteme (Notfalleinrichtungen ...)		+				
Versorgung vulnerabler Bevölkerungsgruppen	+	+				+

Im Bereich Anpassung bieten neben der klimaangepassten Siedlungsentwicklung vor allem die Handlungsfelder Katastrophenschutz und Gesundheit hohe Potenziale für Beiträge zur Geschlechtergerechtigkeit.

Ganz überraschend sind diese Ergebnisse nicht, man hätte diese Prioritäten auch theoriegeleitet ermitteln können. Es erscheint aber angemessen, die Bewertung eines Aktionsprogramms und ggf. Empfehlungen zu einer veränderten Schwerpunktsetzung oder Neuaufnahme bestimmter Handlungsansätze auf Basis einer Systematik vorzunehmen – nicht zuletzt, um das Bewusstsein für die Geschlechteraspekte bei den Entscheidern/-innen zu wecken und zu schärfen. Betont werden muss, dass sich so nur die notwendigen Voraussetzungen für Geschlechtergerechtigkeit ermitteln lassen. Die tatsächliche Ausgestaltung der Handlungsansätze lässt Spielraum für verschiedene Maßnahmen und Instrumente, die im Einzelnen einem Gender Impact Assessment unterzogen werden sollten.

Bei der Betrachtung, welche Genderdimensionen in welchem Maß relevant wurden, zeigt sich, dass die Versorgungsökonomie am häufigsten angesprochen wird, gefolgt von Körper, Gesundheit, Intimacy sowie öffentliche Ressourcen und Infrastrukturen. Auch Definitions- und Entscheidungsmacht auf der Akteursebene und Symbolische Ordnung werden bei dieser Art der Bewertung noch deutlich wirksam. Die Erwerbsökonomie spielt demgegenüber eine etwas geringere Rolle. Institutionalisierte Androzentrismus wird auf dieser Betrachtungsebene noch nicht relevant, diese Dimension wird erst sichtbar, wenn es um die konkrete Ausgestaltung der Politik geht.

3.4.3 Vergleich mit Aktionsprogrammen

Liegt die Bewertung des Portfolios aus Genderperspektive vor, kann dieses als Maßstab an reale Aktionsprogramme angelegt werden, um zu erkennen, ob sich die Strategien und Handlungsansätze, die bei der Bewertung ein hohes Potenzial für Beiträge zur Geschlechtergerechtigkeit aufwiesen, im Aktionsprogramm berücksichtigt wurden. Damit können Lücken oder Schwächen aus Genderperspektive in Aktionsprogrammen aufgedeckt werden. Das GIA kann dies nicht leisten, da es normalerweise einen engeren Blickwinkel hat, z. B. auf ein Programm oder eine bestimmte Maßnahme.

Bei der Gegenüberstellung des bewerteten Portfolios beispielsweise mit dem Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 des Bundesumweltministerium (BMUB 2014) zeigt sich zunächst, dass bei den dort aufgeführten Maßnahmen über sehr unterschiedliche Ebenen gesprochen wird – zum Teil geht es eher um strategische Ziele, zum Teil um Handlungsfelder, und dazwischen finden sich auch sehr spezifische Umsetzungsinstrumente wie etwa ein Ideenwettbewerb zu klimafreundlichem Bauen.

Bei der Betrachtung der im Aktionsprogramm angesprochenen Strategien und Handlungsfelder fällt auf, dass der Bereich Verkehrsvermeidung durch entsprechende Siedlungsentwicklung komplett fehlt, dem unter Genders Gesichtspunkten hohe Priorität zukommt. In der Strategie ‚Klimafreundliches Bauen und Wohnen‘ wird vor allem auf die energetische Qualität von Gebäuden abgehoben und weniger auf die Siedlungsstrukturen in ihrer Wirkung auf den Verkehrsbedarf oder beispielsweise den Zugang zu Dienstleistungsinfrastrukturen.

Ein anderer unter Geschlechterperspektive prioritärer Bereich, Energieeffizienz im Haushalt, wird nicht ausreichend strategisch und konsequent angegangen. Zum Beispiel gibt es im Bereich effiziente Elektrogeräte zwar Pilotprojekte, die auf Haushalte mit geringem Einkommen abzielen. Haushalte mit hohem Verbrauch und damit hohem Emissionsminderungspotenzial werden dagegen aber wenig beachtet. So legt etwa das deutsche ‚Top-Runner‘-Programm im Gegensatz zu seinem japanischen Vorbild, das bereits vor Jahren eingeführt wurde, keine Standards fest, sondern setzt nur auf Information.

3.4.4 Fazit

Diese Vorgehensweise hat experimentellen Charakter. Die im Rahmen des Projektes entwickelte Methodik wurde hier erstmals getestet und steht einem kritischen Feedback und möglichen Weiterentwicklungen offen. Die hier vorgenommene und noch vorläufige Betrachtung zeigt aber, dass mit dieser

Vorgehensweise die in Klimaschutz- und Anpassungsprogrammen enthaltenen Maßnahmenportfolios grundsätzlich aus Geschlechterperspektive bewertet werden können. Mithilfe dieses innovativen Vorgehens kann ein Maßnahmenportfolio auf Lücken überprüft werden, die unter Gendergesichtspunkten wichtig zu füllen wären. Andererseits können Strategien und Handlungsfelder identifiziert werden, die aus der Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit zu priorisieren sind.

Im nächsten Schritt könnte das Portfolio auf der Basis weiterer Erkenntnisse zu möglichen Strategien und Handlungsansätzen fortgeschrieben werden, vor allem im Bereich Anpassung. Entscheidend ist aber, dass die Bewertung umso fundierter werden kann, je mehr empirische Daten sowie GIAs für einzelne Handlungsansätze und Maßnahmen vorliegen.

Zum Schluss soll noch betont werden, dass das zusammengestellte Portfolio von Strategien und Handlungsansätzen der herkömmlichen Logik folgte, damit es als Maßstab an bestehende Programme angelegt werden kann. Tiefergreifende transformatorische Ansätze, die etwa das Wirtschafts- und Finanzsystem sowie das Steuer- und Sozialsystem umfassen, können mit diesem Vorgehen nicht entdeckt werden. Sowohl eine ambitionierte Klimapolitik als auch eine Politik zur Geschlechtergerechtigkeit erfordern solche tiefgreifenden Transformationen. Wie diese gestaltet werden können, um beiden eng miteinander verknüpften Zielen gerecht zu werden, ist eine drängende Frage und müsste Gegenstand einer gesonderten Untersuchung sein.

4 Weiterentwicklung der GIA im Klimabereich

4.1 Arbeitshilfe zur gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung für die Klimapolitik

Die Entwicklung einer Arbeitshilfe zur gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung für die Klimapolitik bildet den Schwerpunkt dieses Kapitels. Eingangs wird ein Überblick über den Stand der Debatte zu Interdependenzen und Intersektionalität in der Genderforschung gegeben. Vor diesem Hintergrund wird das eigene Verständnis von Interdependenzen expliziert. Anschließend erfolgt eine Charakterisierung eines Gender Impact Assessment (GIA) als ein spezifisches Instrument der Folgenabschätzung, bevor die Ergebnisse der umfangreichen Bestandsaufnahme zu Instrumenten der Folgenabschätzung dargestellt und Folgerungen für die Erarbeitung eines GIA Instruments für die Analyse klimapolitischer Vorhaben abgeleitet werden. Im letzten Teil des Kapitels werden schließlich das Konzept und die Struktur der Arbeitshilfe vorgestellt und die verschiedenen Schritte ihrer Erarbeitung nachgezeichnet.

4.1.1 Geschlecht als interdependente Kategorie

Die Arbeiten zur Entwicklung eines GIA-Instruments für den Klimabereich basieren auf dem im Verbund entwickelten Genderverständnis (siehe [Kap. 2.1](#)). Dass Gender historisch und kulturell variabel ist, zeigt eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Oktober 2017, die erstmals ein ‚drittes Geschlecht‘ juristisch anerkennt.²⁵ In dem entwickelten GIA-Instrument zur gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung für die Klimapolitik (vgl. [Kap. 4.3](#) bzw. [9.2](#)) wird daher die Bezeichnung ‚männlich, weiblich und divers‘ gewählt. Die verschiedenen Geschlechter sind jedoch keine einheitlichen Gruppen, sondern unterscheiden sich z.B. nach Alter, sozialer Lage, Wohnort und sexueller Orientierung. Diesem Sachverhalt wird mit dem Konzept der Intersektionalität bzw. der Perspektive auf Geschlecht als interdependente Kategorie Rechnung getragen (Röhr, Sauer 2018).

Kontextspezifische Untersuchungen der Überschneidungen, Überlagerung und des Zusammenwirkens unterschiedlicher gesellschaftlicher Herrschaftsstrukturen und -praktiken wie insbesondere Sexismus und Rassismus werden seit den 1990er Jahren in der Genderforschung vielfach unter dem Begriff der Intersektionalität gefasst. Insbesondere in der deutschsprachigen Diskussion wird alternativ der Begriff der Interdependenzen verwendet.

Der Begriff ‚Intersektionalität‘ steht „für die Verschränkung verschiedener Ungleichheit generierender Strukturkategorien [...]. Intersektionale Theorie zielt daher darauf ab, das Zusammenwirken verschiedener Positionen sozialer Ungleichheit zu analysieren und zu veranschaulichen, dass sich Formen der Unterdrückung und Benachteiligung nicht additiv aneinanderreihen lassen, sondern in ihren Verschränkungen und Wechselwirkungen zu betrachten sind. Durch die Beachtung verschiedener Strukturkategorien wie Geschlecht, Ethnizität, Klasse, Nationalität, Sexualität, Alter etc. soll gezeigt werden, dass keine dieser Kategorien alleine steht, sondern sowohl für sich als auch im Zusammenspiel mit den anderen einen die gesellschaftlichen Machtverhältnisse mitkonstituierenden Effekt hat“ (Küppers 2014). Demnach sind ‚Frauen‘, ‚Männer‘ und ‚divers‘ zwischengeschlechtlich verortete Menschen nicht als homogene Gruppen zu betrachten, sondern Geschlecht ist im Zusammenhang weiterer Faktoren sozialer Ungleichheit bzw. sozialer Marginalisierung zu analysieren. Daraus resultiert ein Zugang, der den Fokus auf die Mehrdimensionalität sozialer Ungleichheiten richtet.

²⁵ Die Bundesregierung kommt diesem Gerichtsurteil nach und hat ein Gesetz (BT-Drucksache 19/4669) beschlossen, das neben ‚weiblich‘ und ‚männlich‘ die Geschlechtsoption ‚divers‘ beim Eintrag in das Personenstandsregister ermöglicht. Damit wird neben der Zweigeschlechtlichkeit eine weitere Möglichkeit der Geschlechtszugehörigkeit eingeräumt.

Der Begriff ‚intersectionality‘ wurde von Kimberlé Crenshaw (1989) mit besonderem Blick auf die rechtliche Situation in den USA eingeführt²⁶: Sie benutzt die Metapher einer Straßenkreuzung (intersection), an der sich verschiedene Machtwege, insbesondere Geschlecht, ‚Rasse‘, Ethnizität²⁷ und Klasse kreuzen, überlagern und überschneiden. Crenshaw erläuterte dies anhand des Dilemmas schwarzer Arbeiterinnen, die in den 1970er Jahren gegen den Verlust ihrer Arbeitsplätze bei General Motors klagten. Obwohl bereits in den 1960er Jahren in den USA ein Antidiskriminierungsgesetz eingeführt wurde, erhielten die Frauen keine Unterstützung durch das geltende Recht. Lediglich schwarze Männer als Repräsentanten der Kategorie ‚Schwarz‘ und weiße Frauen als Repräsentantinnen der Kategorie ‚Frau‘ waren durch das Antidiskriminierungsrecht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes geschützt. „Schwarze Frauen fielen sozusagen durch das Raster und wurden gleichsam unsichtbar“ (Lutz/Amelina 2017: 22). Patricia Hill Collins (1990) beschrieb die Mehrdimensionalität und Komplexität der Diskriminierungserfahrungen schwarzer Frauen in den USA mit dem Modell einer ‚matrix of domination‘ als Gegenmodell zur eindimensionalen (‚single-axis‘) Analyse des weißen Feminismus sowie zu einer additiven Konzeption des Zusammenwirkens verschiedener Unterdrückungsverhältnisse. Sie betont, dass die Mehrdimensionalität von ‚Rasse‘, Klasse und Geschlecht in ihren Konvergenzen, Ko-Konstruktionen und Interferenzen als ‚interlocking systems of oppression‘ zu untersuchen sei (ebd.).

Seit mehr als einem Jahrzehnt hat das Konzept der Intersektionalität auch im europäischen und deutschsprachigen Raum an Einfluss gewonnen, wenngleich es durchaus kontrovers diskutiert wird.

4.1.1.1 Kontroversen

Das Konzept der Intersektionalität wird in vielerlei Hinsicht kontrovers diskutiert. In der wissenschaftlichen Diskussion besteht nach wie vor Uneinigkeit, inwieweit Intersektionalität eine ‚Weiterentwicklung der Geschlechterforschung‘ (Küppers 2014), ein (neues) ‚Paradigma‘ bzw. ein ‚Denkstil‘ (Degele/Winker 2007; Walgenbach 2012), ein ‚Buzzword‘ (Davis 2011), eine ‚kritische Methode‘ (Davis 2014), eine ‚Heuristik‘ (Knapp 2008) oder eine ‚Theorie‘ darstellt (vgl. Lutz 2016: 428). Unterschiedliche Positionen bestehen auch hinsichtlich der Frage, inwieweit Gender in der intersektionalen Perspektive den Status einer ‚Masterkategorie‘ verliert bzw. aufgeben muss und inwieweit das Konzept eine De-Zentrierung von Geschlecht mit möglicherweise negativen geschlechterpolitischen Folgen mit sich bringt (dazu ausführlich Lutz 2016: 427ff.). Kritisiert wird zudem von einigen Autoren/-innen, dass das Konzept auf die Subjektebene fokussiert und damit nicht imstande sei, die gesellschaftlichen Strukturen und Konstitutionsprozesse von ‚Rasse‘, Klasse und Geschlecht zu erfassen (z.B. Klinger 2003: 25; Klinger 2012). Demgegenüber betonen andere Autoren/-innen das Potenzial, soziale Identität als gleichzeitige Positionierung von Mehrfachidentitäten zu betrachten. Dies könne als Alternative zu reduktionistischen, monokategorialen Ansätzen genutzt werden (vgl. Lutz/Amelina 2017: 23; vgl. Degele/Winker 2007). Fragen werden auch hinsichtlich der Operationalisierung des Konzepts in der empirischen Forschung aufgeworfen; aufgrund seiner Komplexität wird die Praktikabilität des

²⁶ Auf die Geschichte des Konzepts sowie dessen unterschiedliche Interpretationen und Anwendungen kann im Rahmen dieser Studie nicht weiter eingegangen werden, siehe dazu z.B. Yuval-Davis (2006), Lutz (2016) oder Verloo (2006).

²⁷ Ob der Begriff ‚Rasse‘ überhaupt verwendet werden sollte bzw. ob auf den englischen Begriff ‚race‘ Bezug genommen werden sollte, ist sehr umstritten. Befürworter/-innen argumentieren, dass ‚Rasse‘ benutzt werden sollte, „um rassifizierte soziale Positionen benennbar zu machen“ (Lutz/Amelina 2017: 25). Kritiker/-innen des Begriffs weisen darauf hin, „dass die Verwendung von ‚Rasse‘ als strategischer Essentialismus in einer Identitätsfalle münden kann und dass darüber hinaus die Gefahr besteht, rassistische Logiken zu bedienen“ (Lutz/Amelina 2017: 25). Den problematischen Begriff ‚Rasse‘ durch den scheinbar neutraleren Begriff der ‚Ethnizität‘ zu ersetzen, bringt weitere Probleme mit sich. „Ethnizität gilt in Deutschland als wissenschaftlich neutraler Begriff, der suggeriert, es gäbe ein gleichberechtigtes Nebeneinander sich gegenseitig tolerierender Kulturen [...], eine Vorstellung, die hierarchisch organisierte Machtverhältnisse ausblendet“ (ebd.). Vor dem Hintergrund dieser Kritik schlagen wir vor, die Begriffe ‚Rasse‘ bzw. *Race* und Ethnizität zu verwenden zur Bezeichnung sozialer Positionierungen, „die auf der Basis von Herkunft, Religion, Hautfarbe oder Kultur *ethnisiert* bzw. *rassialisiert* werden“ (ebd., Hervorh. i. Orig., vgl. Degele/Winker 2007, Anm. 1).

intersektionalen Forschungsansatzes von manchen Autoren/Autorinnen bezweifelt. Umstritten ist dabei besonders, wie viele Kategorien zu berücksichtigen sind. Manche Autoren/-innen fokussieren auf die Trias der Kategorien ‚Rasse‘, Klasse, Geschlecht als „Grundmuster von gesellschaftlich-politisch relevanter Ungleichheit“ (Klinger 2003; Knapp 2005), während Autoren/-innen wie Lutz/Wenning (2001) sogar 13 ‚Differenzlinien‘ benennen (Geschlecht, Sexualität, ‚Rasse‘/Hautfarbe, Ethnizität, Nation/Staat, Klasse, Kultur, Gesundheit, Alter, Sesshaftigkeit/Herkunft, Besitz, Nord-Süd/Ost-West, Gesellschaftlicher Entwicklungsstand). Kontroversen bestehen zudem über die Frage nach der Auswahl und Gewichtung der Analysekatoren, die sowohl erkenntnistheoretische als auch normative Probleme aufwirft (Mauer 2018: 60ff.). Weitestgehende Übereinstimmung besteht jedoch darin, dass die Auswahl der Analysekatoren abhängig ist vom Erkenntnisinteresse, den untersuchten Problemzusammenhängen und der Analyseebene (Mauer 2018: 62; Degele/Winker 2007; Wagenbach et al. 2012; Knapp 2008).

Intersektionale Perspektiven heben hervor, dass Diskriminierungserfahrungen ein Ergebnis von sozial verankerten, in der Gesellschaft (re-)produzierten Ausgrenzungsprozessen sind und darauf verweisen, dass Machtverhältnisse im Wechselverhältnis miteinander stehen, dass also gesellschaftliche Strukturkatoren auf Subjekte und deren Subjektivierung einwirken und gleichzeitig die Subjekte genau diese Strukturen generieren und affirmieren. Das bedeutet, dass jeweils die „strukturellen/institutionellen Kontexte zu beachten sind, an deren Schnittpunkt sich kollektive und individuelle Identitäten formieren“ (Lutz/Amelina 2017: 23). Ähnlich stellt auch Nora Räthzel (2004: 253) fest, dass der Begriff für eine Perspektive steht, „die es einerseits vermeidet, gesellschaftliche Positionen auf subjektive Identitäten zu reduzieren, andererseits gesellschaftliche Strukturen ohne die sie aktiv re-produzierenden oder ihnen widerstehenden Individuen zu denken“ (Räthzel 2004: 253).

4.1.1.2 Interdependenzen

Die Metapher der Kreuzung (engl. intersection) wurde vielfach kritisiert: sie stelle eher linear oder additiv auf einzelne Stränge oder Schnittmengen ab, anstatt die komplexen Beziehungsdynamiken von Ungleichheiten und Marginalisierung ins Zentrum zu stellen (Küppers 2014). Um diese Komplexität besser in den Blick zu nehmen, schlagen Wagenbach et al. (2007) deshalb als Alternative den Begriff der ‚Interdependenzen‘ bzw. den Begriff ‚interdependente Katoren‘ (Dietze et al. 2007; Wagenbach 2007) vor. Der Begriff ‚Interdependenzen‘ wird als produktiver erachtet, „da dieser die gegenseitige Abhängigkeit von sozialen Katoren fokussiert und damit die komplexen Beziehungen von Dominanzverhältnissen in den Vordergrund stellt“ (Wagenbach 2012: 19). „Das heißt, es wird nicht mehr allein von Interdependenzen bzw. wechselseitigen Abhängigkeiten *zwischen* Katoren bzw. Machtverhältnissen ausgegangen, sondern soziale Katoren werden zugleich als in sich heterogen strukturiert konzeptualisiert“ (ebd.: 20)²⁸.

Neben den Unterschieden bestehen zwischen dem Konzept der Intersektionalität und dem Konzept der Interdependenzen auch wesentliche Gemeinsamkeiten: Beide richten sich gegen ein additives Verständnis von Gender und Ungleichheit sowie die Vorstellung eines homogenen weiblichen oder männlichen Subjekts. Beide Konzepte erachten es als erforderlich, die Kategorie Geschlecht in ihrer historisch spezifischen Verschränkung mit anderen Katoren sozialer und ökonomischer Ungleichheit zu analysieren²⁹ (vgl. Bauriedl 2015: 104).

²⁸ Dennoch verortet sich auch Wagenbach explizit im Feld der Intersektionalitätsforschung (ebd.: 21), zumal der Begriff „ein normatives commitment hinsichtlich feministischer Theorietraditionen bzw. theoretisch-politischer Debatten“ (ebd.: 21) erlaube.

²⁹ In der Debatte in Deutschland gibt es noch weitere Konzepte, insbesondere ‚Achsen der Ungleichheit‘ (Klinger et al. 2007) oder etwa ‚Geschlechterkonfigurationen‘ (Gutiérrez Rodríguez 1996, zit. in Wagenbach) sowie frühe Beiträge, die den ‚strategischen Essentialismus‘ reflektieren (z.B. FeMigra 1994).

In Anlehnung an diese Überlegungen liegt dem GIA-Instrument ein *erweitertes* Verständnis von *Gender als interdependenter Kategorie* zugrunde, das die Wechselwirkungen mit weiteren sozio-ökonomischen und kulturellen Differenzierungsmerkmalen als ‚interne‘ Verschränkungen von Gender adressiert (Röhr, Sauer 2018). Ausgehend von der Geschlechterperspektive werden hierbei Wechselwirkungen mit anderen Merkmalen von Ungleichheit wie Alter, Einkommen, Bildung, körperliche Verfasstheit, kultureller Hintergrund etc. betrachtet. Das GIA-Instrument bezieht sich dabei auf zwei Ebenen – unterschiedliche Geschlechter („männlich, weiblich, divers“) sowie Geschlecht als interdependente Kategorie – und verwendet dafür die Bezeichnung ‚Gender+‘ (siehe ausführliche Darstellung in Stieß/Hummel 2018: 26ff.)³⁰. Dabei wird ausdrücklich nicht der Anspruch erhoben, sämtliche Faktoren einzubeziehen, die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern entstehen lassen, sondern den Fokus auf jene zu legen, die für den jeweiligen Maßnahmenbereich die höchste Relevanz haben.

4.1.1.3 Intersektionale bzw. interdependente Perspektiven in der Umweltforschung

Die Perspektive der Intersektionalität bzw. Interdependenz erscheint nahezu ubiquitär in der Genderforschung; zudem gibt es zahlreiche, teils kritische Bezüge v.a. in den postcolonial studies (z.B. Gutiérrez Rodríguez et al. 2016; vgl. Walgenbach 2012); queer studies (z.B. Fotopoulou 2012), sexuality studies (z.B. Taylor et al. 2011) und – bezogen auf Deutschland – vor allem in der Migrationsforschung (z.B. Lutz/Amelina 2017). Überdies hat das Konzept hierzulande auch Eingang gefunden in die Public-Health-Forschung (Bolte/Lahn 2015), und über die akademische Debatte hinaus auch in gesellschaftliche Bereiche wie Pädagogik, Bildung und Beratung.

Die Bestandsaufnahme zur Literatur zu Gender und Klimapolitik im Rahmen dieses Verbundvorhabens (vgl. [Kapitel 3](#)) ergab allerdings nur wenige Hinweise auf Studien mit einer expliziten oder impliziten intersektionalen Perspektive. Beiträge, die eine interdependente Perspektive zugrunde legen, konnten bei dieser Recherche nicht identifiziert werden. Ein umfassender Überblick über die Bedeutung des Konzepts der Intersektionalität bzw. Interdependenzen für den gesamten Bereich ‚Gender and Environment‘ kann im Rahmen dieser Studie nicht geleistet werden (siehe dazu z.B. das Kompendium von MacGregor 2017), doch lässt sich allgemein konstatieren, dass Überlagerungen und Wechselwirkungen – etwa zwischen Geschlecht, Sozialstatus/Klasse und Ethnizität/Race – die Erfahrungen individueller und struktureller Diskriminierung, Unterdrückung und Positionierung innerhalb gesellschaftlicher Herrschaftsstrukturen verstärken und verändern können. Bezogen auf den Zusammenhang von Klimawandel und Geschlechtergerechtigkeit kann beispielsweise das Erleben von ‚Armut‘ verschärft werden, wenn die Person z.B. die alleinige Verantwortung für Kinder oder ältere Angehörige hat. Ein Migrationsstatus kann mangelnde Ersparnisse und Einkommenschancen verstärken. Dies kann zwar dazu führen, dass weniger CO₂ emittiert wird, etwa durch weniger Autofahrten zum Arbeitsplatz, aber zugleich auch zu verringerten finanziellen Mitteln, um an Mobilität und Konsum teilzuhaben (Röhr/Sauer 2018).

³⁰ Der Begriff ‚gender+‘ (gender plus) wurde erstmals im Rahmen des Europäischen Forschungsprojekts QUING („Quality in Gender+ Equality Policies in Europe“ (2006–2011) verwendet (www.quing.eu). Die Autorinnen des QUING-Projekts wenden dabei das Konzept der Intersektionalität auf die Analyse von Politikfeldern an und verwenden das Konzept ‚Gender+‘, um die relationalen und dynamischen Beziehungen zwischen unterschiedlichen Formen der Ungleichheit zu bezeichnen. „At the heart of the QUING project are concerns and questions about both the overall and the specific quality of gender equality policies across the European Union (EU), and about the degree to which these currently pay attention to the intersections of gender inequality with other inequalities (such as race/ethnicity, age and disability). (...) these concerns and questions deal with *gender+ (gender plus) equality policy*: gender equality policy that recognises that gender inequality and other inequalities are connected and are thus best addressed with those possible intersections in mind“ (Verloo et al. 2011: 4). Auch das österreichische Projekt ‚GIAClim‘ – Gender Impact Assessment im Kontext der Klimawandelanpassung und Naturgefahren verwendet unter Bezug auf QUING den Begriff ‚Gender+‘: „Der Begriff Gender+ bezieht neben dem Geschlecht andere individuelle Faktoren wie das Alter, die Herkunft oder besondere Bedürfnisse in die Analyse mit ein und macht so Mehrfachdiskriminierungen sichtbar. Gender+ umfasst Wissen über die Komplexität von Gender und strukturellen Ungleichheiten“ (Damjanovic et al. 2014: 23).

Für den Bereich Energieversorgung stellt Großmann (2017) beispielsweise dar, dass die Diskussion über Energiearmut zu stark auf Energieeffizienz, Einkommen und Energiepreise reduziert wird. Sozialstrukturelle Merkmale wie Geschlecht, Nationalität, kultureller Hintergrund etc. können zu Diskriminierung und Stigmatisierung auf dem Wohnungsmarkt führen, die wiederum dazu beitragen, dass Personen oder Haushalte mehr oder weniger energieeffiziente Wohnungen bewohnen. Die Perspektive auf Gender als interdependente Kategorie kann hier zu einem besseren Verständnis der multiplen Problemlagen energiearmer Haushalte führen und zur Entwicklung von nachhaltigeren Handlungsansätzen beitragen.

Nach einer kursorischen, nicht systematischen Literaturrecherche ist der Eindruck, dass der Begriff ‚Intersektionalität‘ zwar in einer wachsenden Anzahl von theoretischen und empirischen Arbeiten im Bereich der genderbezogenen Nachhaltigkeitsforschung verwendet wird, das Konzept jedoch für den Umwelt- und Klimabereich kaum ausgearbeitet ist (siehe z.B. Katz et al. 2015; MacGregor 2017; vgl. Bauriedl 2015). Umgekehrt bestehen allerdings im Bereich der Klimaforschung empirische Studien, die den Terminus Intersektionalität zwar nicht oder nur beiläufig verwenden, deren empirische Resultate und Methoden jedoch durchaus Rückschlüsse für eine Perspektive auf Geschlecht als interdependente Kategorie versprechen (z.B. im Bereich der Forschung zu umwelt- und klimabedingter Migration; z.B. Hummel 2015; van der Land 2018). Besonders hervorzuheben ist die Studie von Damyanovic et al. (2014) über Murenabgänge in Österreich mit einem GIA aus intersektionaler Perspektive. Die Studie verwendete den Begriff „Gender+), um Mehrfachdiskriminierungen auszuweisen (Damyanovic et al. 2013:7) und berücksichtigte neben Gender v.a. Faktoren wie Einkommen, Erwerbsstatus, Alter und Haushaltsstrukturen (z.B. Alleinerziehende).

In Deutschland spielt der intersektionale Zugang v.a. in der humangeographischen Stadt- und Raumforschung unter Perspektive der feministischen politischen Ökologie eine gewisse Rolle (Bauriedl et al. 2010). In der sozialwissenschaftlichen Klimaforschung – vor allem der Anpassungsforschung – kommt dem Vulnerabilitätskonzept eine zentrale Rolle zu. Sibylle Bauriedl (2014) sieht hier geeignete Anschlussmöglichkeiten: „Eine nicht essentialistische Bearbeitung von Vulnerabilitäts- und Anpassungsstudien ist mit intersektionalen Analysen möglich. Das heißt, dass die zentralen Machtachsen von Ungleichheit (Sexismus, Klassismus, Rassismus) verschränkt in den Blick genommen und deren Bedeutung für die Subjektebene, die Strukturebene und die Repräsentationsebene untersucht werden (...). Auf dieser Basis lässt sich beantworten, wer die Macht hat, Probleme, Prioritäten und Lösungen des Klimawandels zu identifizieren und umzusetzen, und wer nicht. Und es lässt sich erkennen, inwieweit rollenkonforme Geschlechterverhältnisse Klimavulnerabilität verstärken und inwieweit Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit auch durch die Klimaforschung reproduziert werden“ (Bauriedl 2014: 9f.).

4.1.1.4 Zwischenfazit

Für die Untersuchung der geschlechtsspezifischen Wirkungen der Klimapolitik eröffnet das Konzept der Intersektionalität grundsätzlich Möglichkeiten für eine differenziertere Analyse der komplexen Wirkungszusammenhänge von sozialen und ökonomischen Ungleichheiten und Prozessen der Diskriminierung und Ausgrenzung: „Intersektionalität bedeutet [...], neben Gender alle weiteren relevanten sozialen Kategorien wie z.B. Einkommen, Bildung, sexuelle Orientierung, Alter etc. in den Blick zu nehmen und zu berücksichtigen, dass sie nicht unabhängig voneinander bestehen, sondern sich gegenseitig verstärken können“ (Wuppertal Institut/ISOE/GenderCC 2016: 5).

Weitgehend offen ist bislang allerdings, wie eine Erforschung dieser Überschneidungen oder inhärenten Abhängigkeiten methodisch realisiert werden kann (Hanvinsky 2014; Choo/Ferree 2010). Knapp (2008) zufolge besteht der Vorteil des Intersektionalitätsansatzes insbesondere in der Bereitstellung

einer Heuristik³¹, die eine bessere Forschung anregen kann. Die mit der intersektionalen bzw. interdependenten Perspektive verknüpften Herausforderungen erscheinen jedoch immens: „Wie realisiert man etwa den Anspruch, Geschlechterverhältnisse einerseits nicht unabhängig von anderen Strukturkategorien zu fassen, mit denen sie in einer Konfiguration oder einem gesellschaftlichen Vermittlungszusammenhang stehen, aber andererseits auch nicht in einer Weise auf Überschneidungen zu schauen, die die je spezifische Konstitution unterschiedlicher Teilungsverhältnisse ausblendet?“ (Knapp 2008: 44). Bislang werden Differenzkategorien wie Sexualität, Ethnizität oder Alter in der Forschungspraxis der Umweltforschung noch weitestgehend additiv betrachtet (Bauriedl 2015: 104). Vor diesem Hintergrund stellte die Entwicklung einer adäquaten Methodologie für das GIA-Instrument eine zentrale Aufgabe und Herausforderung dieses Verbundvorhabens dar.

Methodologische Vorschläge werden bisher vor allem im Hinblick auf intersektionale, kaum jedoch für interdependente Perspektiven erörtert. Leslie McCall (2005) hat hinsichtlich der intersektionalen Forschungspraxis ein Analysewerkzeug entwickelt, das drei komplementäre Zugangsweisen unterscheidet: anti-kategoriale Perspektiven im Kontext dekonstruktivistischer und poststrukturalistischer Theorien; intra-kategoriale Zugänge, welche die Fragen von Differenz und Ungleichheit im Rahmen einer der jeweiligen Kategorien wie z.B. Klasse, ‚Rasse‘ oder Geschlecht in den Blick nehmen sowie inter-kategoriale Zugangsweisen, die auf die Analyse der Verhältnisse und Wechselwirkungen zwischen den Kategorien abzielen (vgl. Knapp 2008: 45; Scambor/Busche 2009). Dabei entspricht insbesondere der dargestellte intra-kategoriale Zugang den Anforderungen eines interdependenten Forschungsansatzes (siehe 4.1.1.6).

Choo und Ferree (2010) wiederum unterschieden drei verschiedene Arten für ein praxisorientiertes Verständnis von Intersektionalität: gruppenzentrierte, prozesszentrierte sowie systemzentrierte Zugänge. Der erste richtet sich auf Überlagerungen von Identitäten, der zweite auf Wirkungen von Interaktionen und der dritte auf wechselseitige institutionelle Durchdringungen. Der gruppenzentrierte Zugang verortet mehrfach marginalisierte Gruppen und deren Perspektiven im Zentrum der Forschung. Die zweite Zugangsweise betont den relationalen Charakter von Macht und sieht Interaktionen zwischen den verschiedenen Variablen wie Geschlecht, Klasse, Alter etc. „as multiplying oppressions at various points of intersections“ (Choo/Ferree 2010: 129). In der dritten Perspektive bestimmt Intersektionalität das gesamte soziale System; entsprechend stehen historisch verankerte Prozesse wechselseitiger institutioneller Durchdringung im Fokus. Diese drei verschiedenen Zugänge erfordern sehr unterschiedliche (sozial-)empirische Methoden. Insbesondere für den dritten, relationalen Zugang wird eine Multi-Level-Analyse vorgeschlagen, die Mikro-, Meso- und Makroebene verbindet.

Wie Hankivsky (2012) hervorhebt, ist es das Ziel einer intersektionalitätsbasierten Analyse (intersectionality based analysis, IBA) zu identifizieren, wie verschiedene Politiken die Ungleichheitserfahrungen verschiedener sozialer Gruppen adressieren. Eine intersektionale Perspektive „changes the policy questions that are asked, the kind of data that is collected, how data is collected, and how it is disaggregated and analyzed to produce evidence-based policy making“ (Hankivsky 2012: 177). Angesichts des bestehenden machtvollen politischen Pragmatismus sieht sie jedoch Schwierigkeiten, noch kompliziertere Policy-Prozesse einzuführen. Veränderungen müssten daher schrittweise erfolgen (ebd.: 178).

Die Herausforderung für das GIA im Klimabereich besteht darin, dass für die Beantwortung der Frage, ob ein Vorhaben gleichstellungsrelevante Wirkungen zeitigt, komparative Wirkungen auf unterschiedlich verschränkte Geschlechterlagen festgestellt oder zumindest plausibilisiert werden müssen. Dies

³¹ Der Begriff Heuristik stammt vom griechischen „heuriskein“ (finden, auffinden, entdecken) und bezeichnet „die Lehre bzw. Theorie der Verfahren zum Finden von Neuem und Problemlösen“ (<https://www.spektrum.de/lexikon/philosophie/heuristik/877>, abgerufen am 10.02.2018).

erfolgt üblicherweise durch den Vergleich der Wirkungen auf Männer und Frauen³². Wird eine dieser Gruppen durch ein Vorhaben gegenüber der anderen Gruppe diskriminiert, liegt eine im Sinne des GIA negative Wirkung vor. Damit stellt sich aber das Problem, wie vermieden werden kann, eine essentialistische Perspektive zu reproduzieren und Gruppismus (Baer 2013; Brubaker 2007) zu befördern: „Wie können wir von Frauen – Männern reden, ohne die Denktradition und das Reden in bipolaren Dualismen fortzuführen, in denen die Gegensatzpaare von vornherein als sich wechselnd bezeichnende Identitäten angelegt sind?“ (Schultz 2004: 11).

4.1.1.5 Folgerungen für ein interdependentes Verständnis von Gender

Den im Verbund entwickelten Genderdimensionen und dem Prüffragenkatalog des GIA-Instruments liegt vor diesem Hintergrund ein Verständnis von Gender als interdependenter Kategorie zugrunde. Nach dem Konzept der Interdependenzen (Walgenbach et al. 2007; Dietze et al. 2007; Walgenbach 2012; Röhr und Sauer 2018) werden ausgehend von der Geschlechterperspektive ‚interne‘ Verschränkungen von Gender mit weiteren Ungleichheitskategorien in einem iterativen Verfahren betrachtet. Dabei erweist sich das Konzept der Interdependenzen als der (im Vergleich zu Intersektionalität) elaboriertere Ansatz: Gender ist in dieser Perspektive in sich eine interdependente Kategorie, die Differenzen intra-kategorial integriert anstatt diese als inter-kategorial zu externalisieren (Sauer 2018: 139). Methodisch lassen sich daraus folgende Folgerungen ableiten: Ausgehend von der Geschlechterperspektive werden ‚interne‘ Verschränkungen von Gender mit weiteren Ungleichheitskategorien in einem iterativen Verfahren betrachtet. Dabei besteht ausdrücklich nicht der Anspruch, sämtliche Kategorien einzubeziehen, die an der Konstitution sozialer Ungleichheit beteiligt sind, sondern diejenigen zu fokussieren, die für den jeweiligen Maßnahmenbereich die höchste Relevanz haben. Die Entscheidung über die Auswahl und Eingrenzung der jeweils relevanten sozio-ökonomischen Differenzierungsmerkmale ist dabei auf Grundlage des Stands der wissenschaftlichen Debatte zu Gender in den verschiedenen Handlungsfeldern der Klimapolitik (Röhr et al. 2018) zu treffen.

Für die Überprüfung der gleichstellungsrelevanten Wirksamkeit eines klimapolitischen Vorhabens schlagen wir unter dieser Bezugnahme auf das Konzept der Interdependenzen ein prozessuales, iteratives Vorgehen vor: In einem ersten Schritt wird nach der Wirkung auf die hierarchischen Beziehungen zwischen den Geschlechtern gefragt. In einem zweiten Schritt können weitere sozio-ökonomische Differenzierungsmerkmale in die Analyse eingeführt werden, z.B. die Wirkung eines Vorhabens in Bezug auf weitere Diskriminierungen und Ausgrenzung entlang sozio-ökonomischer oder -kultureller Merkmale wie Alter, Einkommen, Religion etc. zu prüfen im Sinne „where the difference done, matters most“ (Sauer 2018: 146). Für die Untersuchung interdependenter Aspekte der Klimapolitik ist dabei zu beachten, dass keine vorab definierten Hierarchisierungen angenommen werden können. Verschiedene Faktoren, die Ungleichheit generieren, sind fall- und kontextspezifisch zu betrachten; die Kategorien und ihre Bedeutung müssen im Forschungsprozess selbst herausgearbeitet werden (Hankivsky 2014: 3). Im Verbund besteht ausdrücklich nicht der Anspruch, sämtliche Kategorien einzubeziehen, die an der Konstitution von (sozialen, ökonomischen, gesundheitlichen etc.) Ungleichheiten beteiligt sind, sondern diejenigen zu fokussieren, die für den jeweiligen Maßnahmenbereich die höchste Relevanz haben. Die Entscheidung über die Auswahl und Eingrenzung der jeweils relevanten sozio-ökonomischen Differenzierungsmerkmale ist dabei auf Grundlage des Stands der wissenschaftlichen Debatte zu Gender in den verschiedenen Handlungsfeldern der Klimapolitik (Röhr et al. 2018) zu treffen.

³² Diese Beschränkung auf das Modell der Zweigeschlechtlichkeit wird mittlerweile in Frage gestellt (siehe dazu Kap. 2.1).

4.1.2 Gender Mainstreaming

Bezugspunkte des Gender Impact Assessment im Klimabereich bilden einerseits die verfassungsrechtlichen Gebote zur Gleichstellung der Geschlechter und andererseits die internationalen, menschenrechtlichen und umweltpolitischen Verpflichtungen. In der Agenda 2030 der Vereinten Nationen „Transforming our World. The 2030 Agenda for Sustainable Development“ ist Geschlechtergerechtigkeit als eins von insgesamt 17 eigenständigen Zielen (SDG 5: Achieve Gender Equality and Empower all Women and Girls) und als Querschnittsthema verankert³³. Auch die Präambel des Pariser Klimaabkommens nimmt explizit Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit. Dort wird gefordert, dass Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und das Empowerment von Frauen bei allen Aktivitäten im Bereich Klimawandel zu berücksichtigen sind.³⁴ 2014 wurde das Lima Work Programme on Gender zur Umsetzung klimapolitischer Beschlüsse verabschiedet. In seiner Begründung wurde erstmalig im UN-FCCC-Prozess konstatiert, dass Gender Mainstreaming in Bezug auf alle relevanten Aktivitäten unter der Konvention notwendig ist und dass genderresponsive Vorhaben einen entscheidenden Beitrag zur verbesserten Wirkung der Klimapolitik leisten (Alber et al. 2018: 40). Die Strategie des Gender Mainstreaming, d.h. die Integration der Geschlechterperspektive in alle Politikbereiche, wurde auf der 3. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen 1985 in Nairobi erstmals vorgestellt und auf der 4. UN-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 in der dort verabschiedeten Arbeitsplattform verankert, die von allen EU Mitgliedstaaten (darunter Deutschland) unterzeichnet wurde. Entsprechend schrieb der Vertrag von Amsterdam von 1997 (er ist seit 1999 in Kraft) Gender Mainstreaming als Strategie zur aktiven Förderung der Gleichstellung der Geschlechter für die EU rechtsverbindlich fest. Die Verpflichtung der Europäischen Union zu Gender Mainstreaming ist seit der Verabschiedung des Vertrags von Lissabon 2008 in Art. 8 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union eingegangen und für alle Mitgliedstaaten bindend (vgl. Sauer 2014: 34).

Die Bundesrepublik Deutschland hat die aktive Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter 1999 als Staatsziel übernommen. Zur Erreichung des Staatsziels Gleichstellung nach Art 3 GG, verpflichtete sich die Bundesregierung im Kabinettsbeschluss von 1999 und im Amsterdamer Vertrag zu Gender Mainstreaming³⁵ und führte diese Strategie als ein Mittel der Verwaltungsmodernisierung ein. Durch querschnittsartige Implementierung soll Gender Mainstreaming zu kulturellem Wandel staatlicher Organisationen und zu Gleichstellung führen (vgl. ebd.). Die Grundlage für die Umsetzung dieser Strategie in den Bundesministerien und den nachgeordneten Behörden bildet die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung (GGO), die im September 2000 um den § 2 ergänzt wurde und das Gleichstellungsgebot des Grundgesetzes³⁶ konkretisiert: „Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist durchgängiges Leitprinzip und soll bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesministerien in ihren Bereichen gefördert werden (GM).“ (Die Bundesregierung 2011: 6).

Die normative Begründung der Gleichstellungspolitik geht davon aus, dass unterschiedliche Lebens- und Ausgangslagen von Frauen und Männern zu berücksichtigen sind. Damit soll „Der Staat [...] auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin [wirken].“ (Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz). Ziel ist es, die Gleichstellung von Frauen und von Männern zu erreichen und dafür Ungleichbehandlungen abzubauen. Unter

³³ <https://sustainabledevelopment.un.org/post2015/transformingourworld>

³⁴ Vgl. UNFCCC, Paris Agreement, 2015, http://unfccc.int/files/essential_background/convention/application/pdf/english_paris_agreement.pdf, S. 2.

³⁵ Vgl. <http://www.genderkompetenz.info/genderkompetenz-2003-2010/gendermainstreaming/Grundlagen/geschichten/bund.html>; <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gleichstellung-und-teilhabe/strategie-gender-mainstreaming/strategie--gender-mainstreaming-/80436?view=DEFAULT>

³⁶ „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“ (GG Artikel 3 Absatz 2).

Gleichstellung wird dabei insbesondere der Abbau von Benachteiligungen (Diskriminierungen), Erreichen gleicher Teilhabe (Partizipation) und die Sicherung der Chancen für eine von tradierten Geschlechterrollenmustern freie, selbstbestimmte Lebensgestaltung der Geschlechter (echte Wahlfreiheit) verstanden³⁷ (vgl. BMFSFJ 2007: 16).

Der bisherige Gender-Mainstreaming-Ansatz ist kritisiert worden, weil er als Strategie unzureichend sei, um die Zuschreibung von ‚Differenzen‘ qua Geschlecht abzubauen. So wurde eingewendet, dass in der Umsetzung von Gender Mainstreaming Männer und Frauen praktisch als jeweils homogene Gruppen behandelt werden. Zudem werden Unterschiede innerhalb der Geschlechter, die sich z.B. durch Verschränkungen mit anderen Kategorien wie sozio-ökonomischer Lage, Alter, ethnischer und kulturellem Hintergrund ergeben, nicht berücksichtigt. Ferner wird die zugrundeliegende Heteronormativität von Gender Mainstreaming kritisiert und darauf hingewiesen, dass eine Gleichstellungspolitik auch Personen adressieren muss, deren Identität außerhalb des bipolaren Geschlechterverständnisses liegt. Normative Begründung ist der Beitrag des Gender Mainstreaming zur Durchsetzung von Menschenrechten und zum Diskriminierungsschutz im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) (Stiegler 2012; Scambor/Busche 2009; Sauer 2018; GenderKompetenzZentrum o.J.).

Während kritische Stimmen hervorheben, dass Gender Mainstreaming in Europa bislang zu wenig transformativem Wandel in der politischen Praxis und Gesetzgebung geführt hat (siehe die zusammenfassende Darstellung in Sauer 2018: 34ff.) schreiben andere Stimmen dem Gender Mainstreaming eine besondere transformative Stärke gerade für die Überwindung des problematischen traditionellen Differenzansatzes zu, indem es durch Bezug auf das soziale Geschlecht den Blick richtet auf Geschlechterverhältnisse zwischen gesellschaftlicher Weiblichkeit und gesellschaftlicher Männlichkeit sowie auf die damit verbundenen Hierarchisierungen und Zuschreibungen (Knapp 2011). Sauer (2018: 447)) schlussfolgert aus diesen Kontroversen, dass Gender Mainstreaming und die entsprechenden Instrumente wie Genderanalyse oder Gender Impact Assessment einen ‚transformatorischen Pragmatismus‘ in der öffentlichen Administration benötigen. „The gender analysis may not be revolutionary, but its implementation is evolutionary“ (Sauer 2018: 447).

Seit der Novellierung der GGO im Jahr 2000 sind alle Bundesministerien nachdrücklich aufgefordert, eigene Umsetzungsaktivitäten zur Geschlechtergleichstellung zu entwickeln. Demnach ist die „Gleichstellung von Frauen und Männern [...] durchgängiges Leitprinzip und soll bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesministerien in ihren Bereichen gefördert werden (Gender-Mainstreaming).“ Dabei handelt jedes Ministerium bei der Umsetzung eigenverantwortlich und dezentral. Im Laufe des Jahres 2001 bestimmten alle Ministerien sogenannte Pilotprojekte zur Erprobung der Gender-Mainstreaming-Strategie, die Koordinierung des Gesamtprozesses erfolgte durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Nach einer Untersuchung von Veit (2010) waren 1999 in 94% der Gesetzesentwürfe auf der Ebene des Bundes Auswirkungen auf die Geschlechter nicht dargestellt; 2003 war das noch in 79% der Fall, im Jahr 2006 hingegen nur noch in 48% der untersuchten Entwürfe. Allerdings enthielten weiterhin 45% der Gesetzesentwürfe ohne weitere Begründung die Aussage, dass der Entwurf keinerlei gleichstellungspolitische Auswirkungen habe. Somit ist mit Veit (2010) und Lewalter (2013) festzustellen, dass zwar formal die Genderdimension in die Gesetzesfolgenabschätzung eingeführt wurde, faktisch aber nicht erfüllt wurde. Hinsichtlich der Darstellung konkreter Auswirkungen bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter zeigt sich nämlich keine auffällige Veränderung: Während 1999 3,9% der Entwürfe Darstellungen konkreter Auswirkungen enthielten, waren dies 2003 6,7% und 2006 7,2% der Entwür-

³⁷ Die in dieser Formulierung implizierte Begrenzung auf zwei Geschlechter wird mittlerweile auch durch die Rechtsprechung in Frage gestellt. Die Diskussion um mögliche gleichstellungspolitische Konsequenzen befindet sich jedoch erst am Anfang. Vor diesem Hintergrund schlagen wir in diesem Bericht vor, die Formulierung Frauen, Männer und andere Geschlechter zu verwenden.

fe (Veit 2010). Erschwerend kommt hinzu, dass in den durchführenden Institutionen teilweise die Ressourcen für die Erarbeitung von genderorientierten Gesetzesfolgenabschätzungen fehlten und Gleichstellungsarbeit kulturell häufig abgewertet wird (Sauer 2014); in Berichten der Medien über Gender-Mainstreaming-Prozesse wurde das Thema daher häufig marginalisiert.

Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming im UBA

Neben den in Kapitel 3.2 genannten internationalen Abkommen und Verträgen bildet das Staatsziel gemäß Art. 3 Abs. 2 S. 2 Grundgesetz (GG) die gesetzliche Grundlage für die Gleichstellungspolitik am UBA. Demnach sind nicht nur „Männer und Frauen [...] gleichberechtigt“ (Art. 3 Abs. 2 S. 1 GG). Vielmehr haben der Staat und seine Organe ausdrücklich die Pflicht, „die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ (Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG) zu fördern und „auf die Beseitigung bestehender Nachteile“ (Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG) aktiv hinzuwirken. Auf dieser Grundlage verfolgt das UBA eine aktive Gleichstellungspolitik. Neben Instrumenten wie Gleichstellungsplänen und gleichstellungsrelevanten Maßnahmenkatalogen, z.B. das Audit Beruf+Familie, ist das GIA als Instrument und Teil der Gender Mainstreaming Strategie der Behörde eingeführt und soll zur Genderrelevanzprüfung von Forschungsprojekten herangezogen werden (Sauer 2014: 27).

Eine weitere rechtliche Grundlage für die Implementierung des GIA bildet die Strategie des Gender Mainstreamings in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesregierung (GGO), welche die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Bundesministerien und nachgeordneter Behörden darstellt.

Zur Umsetzung der Gender Mainstreaming-Strategie am UBA wurden verschiedene Instrumente und Verfahren zur gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung entwickelt und erprobt (Sauer 2014). So führten Mitarbeiter/-innen des UBA das Forschungsprojekt ‚Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit‘ durch, in dem untersucht wurde, mit welchen Instrumenten Gender Mainstreaming in der Umweltpolitik und -forschung verankert werden kann. In Kooperation mit einem zeitgleich stattfindenden Forschungsprojekt des Instituts für sozial-ökologische Forschung (ISOE) wurde die GIA-Arbeitshilfe vom Projektteam Gender Mainstreaming im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) erarbeitet und im UBA an Beispielen aus den Bereichen Nahrungsmittelproduktion, Risikokommunikation und Chemikalienexposition erprobt (Röhr 2004/2017; Sauer 2014: 35). Das Ergebnis war die „GIA Checkliste Rechtsetzung: Ermittlung der gleichstellungspolitischen Auswirkungen bei der Erarbeitung von Gesetzesentwürfen“ (Life e.V./Frauenumweltnetz 2004: 17f.), deren Anwendung beispielhaft anhand der Novellierung des Strahlenschutzgesetzes erfolgte (Hayn/Schultz 2002).

4.1.3 Gender Impact Assessment

Zur Implementierung der Strategie des Gender Mainstreaming wurden zahlreiche Verfahren und Instrumente entwickelt, die eine gleichstellungsorientierte Folgenabschätzung von Strategien, (Gesetzes-)vorhaben, Programmen, Projekten, Maßnahmen etc. auf unterschiedlichen Ebenen zum Ziel haben. Neben Gender Impact Assessments (GIA) sind beispielsweise Ansätze des Gender Budgeting³⁸ oder Genderanalysen (Gender Analysis) zu erwähnen. Allen diesen Verfahren ist gemeinsam, dass sie Auswirkungen des Analysegegenstandes auf die Gleichstellung von Frauen, Männern und anderen Geschlechtern erwägen sollen. Dem liegt die Einsicht zugrunde, dass die Annahme von Geschlechtsneutralität der Politik häufig nicht-intendierte, unvorhergesehene und negative Wirkungen auf die

³⁸ Gender Budgeting verfolgt das Ziel der Gleichstellung im Bereich der Finanz- und Haushaltspolitik. Zentral ist bei der Umsetzung in der Verwaltung die gleichstellungsorientierte Verwaltung des Haushaltsverfahrens. Dieses ist darauf hin zu prüfen, welche Wirkungen die Entscheidungen über Ausgaben und Einnahmen auf die Lebenslagen von Frauen und Männern haben. Als Strategie geht Gender Budgeting jedoch über Haushaltsverfahren hinaus und zielt auf die übergreifende Gleichstellung bei der Teilhabe an Ressourcen (GenderKompetenzZentrum 2010).

Geschlechterverhältnisse einer Gesellschaft hat, etwa wenn die Folgen eines Vorhabens auf die Organisation der Versorgungsarbeit übersehen werden und es dadurch zu einer nicht intendierten Benachteiligung oder Belastung der für diese Aufgaben verantwortlichen Gruppen kommt.

Das Konzept des GIA entstammt ursprünglich der Entwicklungszusammenarbeit und wurde vor allem auf Projektebene angewandt. Später wurde dieses Konzept auf weitere Politikbereiche und -ebenen übertragen (vgl. Verloo/Roggeband 1996; EC 1997/98: 3). Verloo und Roggeband entwickelten ein GIA für die Folgenabschätzung von politischen Programmen im Bereich der Sozialpolitik und des Erziehungswesens in Holland. Dabei orientierten sich die Autorinnen an bestehenden Instrumenten der Folgenabschätzung, insbesondere der Umweltverträglichkeitsprüfung und betrachteten das GIA als „an instrument designed to analyze potential effects of new government policies on the gender relations“ (Verloo/Roggeband 1996: 3).

Bislang gibt es keine allgemein anerkannte Klassifikation der unterschiedlichen Formen von Folgenabschätzungen. Dies gilt auch für die Abgrenzung der verschiedenen GIA-Konzepte und ihrer Anwendung. So werden in der internationalen Debatte unter der Bezeichnung GIA eine Vielzahl von Konzepten, Verfahren und Instrumenten gefasst, die sich im Hinblick auf Anwendungsebene, Handlungsfelder und Methoden unterscheiden (vgl. Sauer 2018:70). Dies erschwert eine Einordnung der jeweiligen Konzepte und Verfahren und hat bisweilen dazu geführt, dass GIA mitunter als Oberbegriff für alle Formen einer gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung insgesamt verwendet wird und gleichzeitig spezifische Instrumente und Verfahren beschreibt (Sauer 2018: 76). Angesichts dieser terminologischen Unschärfe schlägt Sauer eine politikwissenschaftliche Einordnung des GIA-Konzepts vor, mit deren Hilfe die verschiedenen Formen eines GIA besser voneinander abgegrenzt werden können. Aus politikwissenschaftlicher Sicht lässt sich ein GIA dem Bereich der Folgenabschätzung (Impact Assessment) zuordnen. Ein GIA kann, wie auch andere Instrumente zur Folgenabschätzung, durch folgende Merkmale charakterisiert werden (Sauer 2018: 75, Sauer/Podhora 2013: 136):

- ▶ Instrumente zur Folgenabschätzung weisen in der Regel einen verbindlichen Charakter auf. Sie basieren auf einer gesetzlichen Grundlage oder der Selbstverpflichtung einer Organisation.
- ▶ Sie zeichnen sich durch eine strukturierte Anwendung von wissenschaftlich entwickelten und erprobten Verfahren und Methoden aus, wobei in der Regel evidenzbasierte Verfahren genutzt werden.
- ▶ Sie sind durch die Anwendung auf ein bestimmtes politisches Problem (Policy Problem) oder durch eine Intervention, beispielsweise ein Projekt, ein Programm oder eine Strategie gekennzeichnet.
- ▶ Schließlich sind sie handlungsorientiert. Sie zielen auf die Erarbeitung von Empfehlungen für politische Entscheidungen.

Instrumente zur Folgenabschätzung können darüber hinaus nach ihrer Anwendungsebene klassifiziert und nach dem untersuchten Gegenstand oder Themenbereich unterschieden werden (z.B. Gesundheitsfolgenabschätzung etc.).

Mithilfe dieser Arbeitsdefinition lassen sich Gender Impact Assessments als eine Gruppe von Instrumenten charakterisieren, mit deren Hilfe die Wirkung von politischen Vorhaben analysiert werden soll. Im Unterschied zu anderen Verfahren der Folgenabschätzung bildet Gender die zentrale Kategorie der Analyse und die Untersuchung ist am Ziel der Geschlechtergleichstellung (gender equality) ausgerichtet. Ein solches Verständnis liegt beispielsweise dem EU-GIA zugrunde: „Gender impact assessment means to compare and assess, according to gender relevant criteria, the current situation and trend with the expected development resulting from the introduction of the proposed policy“ (EC 1997/98: 3). Demnach ist ein GIA ein Verfahren, das darauf zielt, ein politisches Vorhaben – zum Beispiel ein Gesetzesvorhaben, eine Verordnung, ein Programm oder ein Konzept sowie das alltägliche

Verwaltungshandeln – daraufhin zu untersuchen, ob sie Genderaspekte angemessen berücksichtigt und dem Gleichstellungsgebot Rechnung trägt.

Diese Überprüfung kann an unterschiedlichen Stellen des Politikzyklus stattfinden. Im europäischen Kontext wird das GIA häufig als ein präventives Verfahren angesehen, mit dem negative gleichstellungspolitische Konsequenzen frühzeitig erkannt und vermieden werden sollen: Ein GIA wird demnach v.a. verwendet für eine „ex ante evaluation, analysis or assessment of a law or programme that makes it possible to identify in a preventive way the likelihood of a given decision, law or programme to have negative consequences for the state of equality between women and men“³⁹ (EIGE 2014: 12) Mithilfe eines GIA sollen demnach Erkenntnisse gewonnen werden, die für die weitere Ausarbeitung eines politischen Vorhabens genutzt werden können, um diese gegebenenfalls zu verändern: „The impact on gender relations are assessed before the final decision on a given policy proposal is taken. The results of the GIA can then be used in the process of political decision-making. If necessary policies can be changed“ (Europarat 1998: 36). Allerdings beschränkt sich die Anwendung des GIA nicht auf diese präventive Funktion. Mithilfe eines GIA können auch die Wirkungen eines bereits durchgeführten Vorhabens evaluiert bzw. während der Durchführung des Vorhabens analysiert werden: „Gender impact assessment methods do not only have to be applied in the policy in the making, they can also be applied to existing policies“ (ebd.: 18).

Die Grundannahme eines GIA ist, dass jedes (politische) Vorhaben geschlechterdifferentielle Wirkungen haben kann. Mithilfe eines GIA soll daher untersucht werden, welche Auswirkungen ein politisches Vorhaben auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Frauen, Männern und anderen Geschlechtern sowie auf die Geschlechterverhältnisse hat. Dabei soll insbesondere geprüft werden, ob durch das betrachtete Vorhaben vorhandene Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern abgebaut, aufrechterhalten oder verstärkt werden.

Wie die Geschlechterforschung gezeigt hat, sind Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern eine Folge gesellschaftlich hergestellter Machtverhältnisse. Das Hauptproblem der Geschlechterverhältnisse besteht demnach in ungleichen Machtbeziehungen zwischen den Geschlechtern: „Power is directly related to gender because gender is a primary way of distributing and using resources. Power is indirectly related to gender in the operation of rules. These two relations between power and gender refer to the two most important processes that produce and reproduce gender: the distribution of resources and the operation of rules [...] Norms about masculinity and femininity operate not only in social interaction, they are an integral part of social institutions and organizations as well“ (Verloo/Roggeband 1996: 7f.).

Nach dieser Auffassung kann sich die Funktion eines GIA nicht darin erschöpfen zu prüfen, ob bestehende Geschlechterdifferenzen integrationistisch berücksichtigt und ggf. gemindert werden. Vielmehr zielt ein transformativ verstandenes GIA darauf, die Strukturen und Mechanismen, die zur Aufrechterhaltung ungleicher Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern beitragen, zu analysieren und zu verändern. Für das holländische GIA identifizierten Verloo und Roggeband (1996) zwei Strukturen ungleicher Machtbeziehungen zwischen den Geschlechtern („structures of unequal power relations“, ebd.: 6), die für eine Wirkungsabschätzung stets herangezogen werden sollten: geschlechtsspezifische

³⁹ Gegen ein solches ‚defensives‘ Verständnis wurde eingewandt, dass die Durchführung eines GIA nicht darauf beschränkt ist, negative gleichstellungspolitische Wirkungen einer Maßnahme zu vermeiden. Autoren/Autorinnen, die eine ermächtigende und transformationsorientierte Perspektive vertreten, heben dagegen hervor, dass mit Hilfe eines GIA auch Beiträge zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit erzielt werden können. Dies wird in einer aktuelleren Veröffentlichung von EIGE explizit hervorgehoben: „Beyond avoiding negative effects, a GIA can also be used in a more transformative way as a tool for defining gender equality objectives and formulating the policy so as to proactively promote gender equality“ (EIGE 2016: 8; Sauer 2018: 81)

Arbeitsteilung (gendered division of labor) sowie gesellschaftliche Organisation von Intimität bezogen auf Gesundheit, Reproduktion, Psyche und Körper (organisation of intimacy) (ebd.).

Dieser konzeptionelle Ansatz wurde in einem Vorhaben zur Abschätzung der geschlechterrelevanten Wirkungen von Umweltforschung im Programm ‚Umwelt und Nachhaltige Entwicklung‘ des 5. Rahmenforschungsprogramms der EU weiterentwickelt und um eine dritte Analyse-Dimension der Wirkungsabschätzung ergänzt: die Gestaltungsmacht von Frauen und Männern in Wissenschaft, Technik und Politik („shaping power in science, technology and politics“, Schultz et al. 2001: 25). Dieses Vorhaben ist ein Beispiel, bei dem ein GIA als ex-post Analyse eines Programms der Forschungsförderung durchgeführt wurde.

Auch auf nationaler Ebene wurde dieser konzeptionelle Ansatz aufgegriffen und für die gleichstellungsorientierte Überprüfung umweltpolitischer Vorhaben angewandt. Am Beispiel der Novellierung der Strahlenschutzverordnung von 2001 (STrLSchV) wurde für den Bereich der Umweltpolitik ein GIA-Prototyp ausgearbeitet. Mit diesem Prototyp sollte ein Instrument entwickelt und getestet werden, das für alle Rechtssetzungsverfahren im Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums anwendbar ist (Hayn/Schultz 2002). Eine exemplarische Anwendung dieses Prototyps erfolgte am Beispiel des Umweltinformationsgesetzes (UIG) (Life e.V./Frauenumweltnetz 2004).

Auch in einem Projekt des Umweltbundesamtes (Röhr et al. 2004/2017) wurden in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit unterschiedliche Instrumente zur Integration der Geschlechterperspektive in die Umweltpolitik und Umweltforschung entwickelt. „Sowohl im BMU als auch im UBA wurde bei der Entscheidung für das Gender Impact Assessment davon ausgegangen, dass die Anlehnung an das bekannte Instrument der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zu einer höheren Akzeptanz führen würde und bei der Umsetzung auf die Erfahrungen aus der Verankerung der UVP zurückgegriffen werden könnte“ (ebd.: 12).

Die verschiedenen Anwendungen zeigen die unterschiedlichen Varianten, wie ein GIA in organisatorische bzw. administrative Abläufe integriert werden kann: das prospektive (ex-ante), das begleitende (parallele) sowie das retrospektive (ex-post) GIA. Mit diesen Varianten sind unterschiedliche Möglichkeiten verbunden: „Mit der Durchführung eines GIA nach Abschluss einer Maßnahme können genderspezifische ‚Leerstellen‘ aufgezeigt werden, bei erst noch zu entwickelnden oder laufenden Maßnahmen besteht jedoch die Möglichkeit, Genderaspekte zu identifizieren und diese dann in die Maßnahme zu integrieren. Bei dem begleitenden GIA ist die Möglichkeit der Integration von Genderaspekten weitaus größer als bei einem retrospektiven GIA. Denn: Ist das GIA in die Entwicklung einer Maßnahme integriert, dann können Genderaspekte systematisch in Entscheidungsprozesse eingebracht, negative Auswirkungen und unbeabsichtigte Nebenwirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern vor der Umsetzung der politischen Maßnahme identifiziert und alternative Lösungen aufgezeigt werden“ (Life e.V./Frauenumweltnetz 2004: 10f.).

Zusammenfassend sind für den Bereich der Umweltpolitik durch die Anwendung eines GIA-Instruments Wirkungen auf zwei Ebenen zu erwarten. Auf der inhaltlich-thematischen Ebene können negative Wirkungen umwelt- und klimapolitischer Vorhaben für Geschlechter ex-ante vermieden oder ex-post korrigiert werden bzw. diese Vorhaben so ausgestaltet werden, dass sie in einer transformativen Perspektive einen Beitrag zum Abbau ungleicher Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern leisten. Hinsichtlich der institutionell-organisatorischen Ebene können positive Wirkungen des sozialen Lernens der am GIA beteiligten Personen und Institutionen verstärkt werden. Das Instrument ermöglicht es der Administration, ein Sensorium für gleichstellungsbezogene Fragen zu entwickeln. Auch in der klimapolitischen Debatte befindliche Vorhaben und Strategien können mit einem GIA auf ihre Wirkung hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse systematisch eingeschätzt werden. Darüber hinaus kann ein GIA dazu beitragen, fachpolitische Vorhaben durch eine Genderperspektive zu bereichern, so dass diese beispielsweise besser an die Bedürfnisse unterschiedlicher Lebenssituationen angepasst werden können. Bei der Weiterentwicklung des GIA-Konzepts für den Bereich der Klimapo-

litik wurde das Konzept so adaptiert, dass die Verschränkungen und Wechselwirkungen unterschiedlicher Dimensionen sozialer Ungleichheit und Marginalisierung in den Blick genommen werden können (siehe [Kapitel 2.2](#)). Dabei wurden die Anforderungen einer effizienten Instrumentengestaltung für den Anwendungsbereich der Klimapolitik sowie die besonderen Bedingungen der Ressortpolitik von BMU und UBA berücksichtigt (vgl. auch [Kapitel 4.3.2.3](#)).

4.2 Bestandsaufnahme und Analyse gleichstellungspolitischer Folgenabschätzungen

4.2.1 Ziele und Vorgehensweise

Die Bestandsaufnahme und Literaturanalyse gleichstellungspolitischer Folgenabschätzungen, sowie deren Instrumente und Methoden zielte darauf ab, konkrete Hinweise für die Entwicklung und Anwendung eines GIA im Bereich der Klimapolitik zu identifizieren. Die Instrumente wurden hinsichtlich des Anwendungszeitraums (Bewertung ex-ante, parallel oder ex-post) und der Anwendungsebene (z.B. Identifikation, Analyse bzw. Bewertung der Wirkungen und Folgen von Strategien, Programmen, Politiken oder Projekten) erfasst und untersucht. Bei der Analyse der systematisierten Ergebnisse wurde danach gefragt, welches Geschlechterkonzept dem GIA zugrunde lag und inwieweit im Sinne der Intersektionalität/Interdependenz weitere Kategorien sozialer Ungleichheit (Klasse, Ethnizität/Race, Alter etc.) berücksichtigt wurden. Ein weiteres Augenmerk wurde, sofern dies gegeben war, auf den Implementierungsprozess gelegt. Dabei wurde ausgewertet, ob es Hinweise auf fördernde Faktoren oder Hemmnisse gibt. Zudem wurde untersucht, welche Genderdimensionen adressiert wurden, wie diese im GIA umgesetzt wurden und was davon übertragbar ist. Schließlich wurde untersucht, welche Folgerungen sich aus der Anwendung bestehender GIA für die Weiterentwicklung des Instruments im Bereich der Klimapolitik ergeben. Der Fokus war dabei auf Industrieländer begrenzt. Die Bestandsaufnahme wurde im Juli 2017 durchgeführt und erfolgte zunächst für die sechs Länder Belgien, Kanada, Deutschland, die Niederlande, Österreich und die USA und wurde im Oktober 2017 durch Recherchen zu nordeuropäischen Ländern (v.a. Schweden, Finnland und Island) sowie Südkorea und stichprobenhaft Osteuropa ergänzt. Die Recherche wurde auf den Zeitraum ab 1999 eingegrenzt, weil in diesem Jahr mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags der Europäischen Union Gender Mainstreaming als Strategie zur aktiven Förderung der Gleichstellung der Geschlechter für die EU rechtsverbindlich festgeschrieben wurde.

Zentrale Ergebnisse

Die Auswertung ergab eine große Vielfalt an Dokumenten, die sich auf Gender Impact Assessments bzw. Gender Based Analyses (GBA)⁴⁰ beziehen. Thematische Ausrichtung und Art der Vorhaben hängen dabei eng mit der Anwendungsebene zusammen. Generelle Untersuchungen zur Einführung des Instruments Gender Impact Assessment (bzw. der Gender Based Analysis) als Bestandteil von Gender Mainstreaming sind meist auf nationaler oder supranationaler Ebene (Europäische Union) zu finden. Auf der Ebene von Gemeinden oder einzelnen Regionen werden die Vorhaben meist konkreter (in Bezug auf die direkte Betroffenheit von Einwohnern/Einwohnerinnen einer Region); und sie betreffen bestimmte Aspekte, also spezifische Vorhaben oder bereits bestehende politische Vorhaben. Innerhalb der klimarelevanten Handlungsfelder ist die Bandbreite der Themen groß: Schwerpunkte bilden vor allem die Handlungsfelder Verkehr/Transport/Mobilität, Bauen/Wohnen sowie Gesundheit/Desaster Management im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz bei Naturgefahren.

⁴⁰ In der EU ist die Bezeichnung ‚Gender Impact Assessment‘ üblich, während in Kanada der Begriff ‚Gender Based Analysis‘ verwendet wird.

Ein Großteil der durchgeführten GIAs (vor allem in Deutschland und der EU) entstanden Anfang der 2000er Jahre (2001 bis 2005). Neuere Vorhaben finden sich z.B. in Kanada. Sieben Jahre nach der Veröffentlichung eines ersten Berichts (Office of the Auditor General of Canada 2009) wurde in Kanada ein weiterer Report zum Stand der Implementierung der GBA (House of Commons Canada 2016) veröffentlicht, der eine breite öffentliche Debatte ausgelöst hat. Auch in Österreich wurde in den letzten Jahren ein Gender Impact Assessment im Kontext der Klimawandelanpassung und Naturgefahren durchgeführt (Damyanovic et al. 2014).

Die Geschlechterkonzepte sind in den meisten Vorhaben selten genauer expliziert. Es überwiegt die Betonung der Bedeutung von Geschlecht als Aspekt sozialer Ungleichheit bzw. der Fokus auf die Benachteiligung von Frauen. Die Unterscheidung bzw. Dichotomie von Frauen und Männern wird dabei nicht infrage gestellt. In den theoretisch weiter ausgearbeiteten Texten, z.B. von Röhr et al. (2005) und Spitzner (2004) werden Geschlechterkonzepte ausführlich diskutiert. Ein intersektionaler Blick ist selten und nur ansatzweise erkennbar, etwa, wenn Frauen in Bezug auf ihr Einkommen oder ihr Alter unterschieden werden. Eine explizite Diskussion zur Intersektionalität findet sich vor allem in neueren Arbeiten, z.B. bei Malinauskaitė (2016) oder Damyanovic et al. (2014). Die Regierung Kanadas führte 1995 das Instrument GBA+ ein, d.h. eine Erweiterung des Instruments GBA – Gender Based Analysis: „GBA+ is an analytical tool used to assess how diverse groups of women, men and gender-diverse people may experience policies, programs and initiatives. The ‚plus‘ in GBA+ acknowledges that GBA goes beyond biological (sex) and socio-cultural (gender) differences. We all have multiple identity factors that intersect to make us who we are; GBA+ also considers many other identity factors, like race, ethnicity, religion, age, and mental or physical disability.“⁴¹.

Die Recherche und Analyse orientierte sich an einer vorläufigen Fassung der im Projektverbund erarbeiteten vorläufigen Fassung von insgesamt sieben Genderdimensionen (vgl. 2.3.2).. Soweit eine Zuordnung der ausgewerteten Quellen zu Genderdimensionen überhaupt möglich war, beziehen sich die untersuchten Vorhaben thematisch vor allem auf die Dimensionen ‚Versorgungsökonomie‘, ‚Erwerbsökonomie‘, ‚Öffentlichen Ressourcen und Infrastrukturen‘ und die ‚Definitions- und Gestaltungsmacht auf Akteursebene‘. Bei Projekten aus dem Bereich Gesundheit spielte darüber hinaus die Dimension ‚Körper, Gesundheit, Sicherheit‘ eine Rolle. Die Dimensionen ‚Symbolische Ordnung‘ und ‚Institutionalisierter Androzentrismus‘ werden dagegen seltener explizit angesprochen. Beispiele sind etwa das GIA der Angewandten Umweltforschung Bremen (Universität Bremen, Forschungszentrum Nachhaltigkeit (artec) 2003), das österreichische GIAKlim – Gender Impact Assessment im Kontext der Klimawandelanpassung und Naturgefahren (Damyanovic et al. 2014) oder eine kanadische Untersuchung von geschlechtersensiblen Ansätzen in der Umwelt- und Gesundheitsforschung (Mergler 2014).

Sowohl beim GIA als auch bei der GBA kommen unterschiedliche Instrumente oder Methoden zur Generierung und Analyse von Daten zum Einsatz. In Bezug auf verwendete Methoden bzw. Instrumente lassen sich keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen GIA und anderen Formen geschlechtsbezogener Analysen feststellen. Meist werden verschiedene Methoden miteinander kombiniert.

Mixed-Methods-Ansätze

Vielfach wird eine Analysestrategie gewählt, die unterschiedliche Methoden miteinander verzahnt. Dabei werden quantitative und insbesondere qualitative sozial-empirische Methoden (z.B. Befragungen, Fokusgruppen) verwendet.

Statistiken

Statistiken spielen bei fast allen Vorhaben eine große Rolle. Herangezogen werden Daten über die Verteilung von Geschlechtergruppen in Organisationen, Institutionen, Gremien, Projektteams usw. Dar-

⁴¹ Status of Women Canada: <https://www.swc-cfc.gc.ca/gba-acis/index-en.html> (26.11.2018).

über hinaus werden allgemeine Daten zur Bevölkerung, auch in Bezug auf soziale Ungleichheit verwendet sowie spezifische Daten zu einzelnen klimarelevanten Aspekten, die teilweise auch im Rahmen der Vorhaben erhoben werden. Patterson et al. (2005) werten z.B. die Daten einer älteren Umfrage zur Mobilität in Montreal mit Hilfe einer Sekundäranalyse aus.

Analyse von Unterlagen und Quellen

Die Analyse von Unterlagen bzw. Quellen spielt insbesondere bei den übergreifenden Vorhaben eine Rolle, z.B. den Berichten zur Implementierung von GBA auf Regierungsebene in Kanada (u.a. House of Commons Canada 2016). Hier spielt die Sammlung und Bewertung von Zielvorgaben, Richtlinien, Handbüchern, Analysen und Assessments, von Abteilungsevaluationen und -berichten, Gesetzen und Gesetzesvorhaben sowie sonstigen in diesem Umfeld greifbaren Unterlagen eine entscheidende Rolle.

Analysen der wissenschaftlichen Fachliteratur

Andere Literaturanalysen greifen auf wissenschaftliche Literatur zum jeweiligen Thema zurück, um relevante Informationen für die Bewertung in Bezug auf das spezifische Vorhaben zu erhalten. Ein Beispiel ist die Analyse von sozial-ökologischen Forschungsprojekten, um daraus Folgerungen für mögliche geschlechtsspezifische Aspekte von Klimawandel und Klimawahrnehmung zu erhalten (vgl. Röhr et al. 2005).

Interviews mit Experten/Expertinnen und betroffenen Bürger/-innen

Offene bzw. leitfadengestützte oder teilstrukturierte Interviews sind vor allem bei den Gender Impact Assessments für konkrete Gesetze, Programme und Maßnahmen ein wichtiger Teil der Generierung von Daten zur Analyse der Situation und zur Lösungsfindung. Schon beim wegweisenden GIA für die novellierte Strahlenschutzverordnung (Hayn/Schultz 2002) spielen die Interviews mit Experten/Expertinnen des Strahlenschutzes und den von der Strahlenschutzverordnung Betroffenen eine wichtige Rolle.

Arbeitshilfen

Für die Berücksichtigung von Geschlechteraspekten in der täglichen Praxis wurden in vielen Vorhaben Vorgaben für die Arbeitsweise und Vorlagen (z.B. in Form einer Checkliste) entwickelt. Diese Arbeitshilfen stellen häufig einen wichtigen Bestandteil des Prüfverfahrens dar (Beispiel: Hayn/Schultz 2004).

Einige wenige der recherchierten Untersuchungen befassen sich mit der Implementierung von GIA bzw. GBA. So ergab die Analyse verschiedener Programme in Kanada, dass Genderaspekte zwar bei fast der Hälfte geprüft wurden. Allerdings war unklar, ob die Ergebnisse in die Umsetzung der Programme einfließen (Office of the Auditor General of Canada 2009). Untersuchungen zum GIA in Südkorea kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Das Land hat umfassende Gleichstellungsmaßnahmen, die institutionell sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene verankert sind. Gender Impact Assessments (GIA) bzw. Gender Impact Analysis Assessments (GIAA) spielen eine wichtige Rolle - 2012 wurde in dem Land ein Gesetz für GIAA geschaffen (Kim 2008; Kim 2014). Trotz dieser vergleichsweise starken institutionellen Verankerung werden bei der Umsetzung Defizite gesehen. Als wesentliche Hemmnisse für eine erfolgreiche Umsetzung werden neben dem generellen Mangel an verfügbaren geschlechtersensiblen statistischen Daten die fehlende Einsicht der Verantwortlichen in die Relevanz von Geschlechterfragen sowie ein mangelnde Verständnis der für das GIA verwendeten Prüffragen genannt (Kim 2008). Als Maßnahmen für eine bessere Umsetzung werden daher neben einer verbesserten Datenbasis und Grundlagenforschung, Schulungen der Verantwortlichen sowie eine regelmäßige Evaluation der angewandten GIA angeführt (Kim 2014; Kim 2008)

Aus der Recherche bestehender GIA bzw. GBA konnten auch einige wichtige Anhaltspunkte hinsichtlich des Nutzens und der Vorzüge der Geschlechterperspektive für eine verbesserte Wirksamkeit von Klimaschutz und Klimafolgenanpassung ermittelt werden. So heben Damyhanovic et al. (2014) hervor:

„Eine Integration von Genderspezifischen Aspekten sowohl in der Katastrophenvermeidung und im Katastrophenmanagement, als auch im Klimaschutz verbessert die Nutzung aller vorhandener Ressourcen und Fähigkeiten und trägt somit zu einer Verbesserung der Gleichstellung aller Bevölkerungsgruppen und zu einem umfassenderen, effizienteren Katastrophenmanagement und Klimaschutz bei“ (ebd.: 39). Darüber hinaus argumentieren Glemarec et al. (2016: 8), dass Gender Mainstreaming nicht als zusätzlicher Kostentreiber betrachtet werden dürfe, sondern eine wertvolle Strategie darstellt, um klimapolitische Vorhaben effektiver und effizienter zu machen.

Ergänzende Untersuchung zu Folgenabschätzungen und Wirkungsanalysen

Ergänzend zur Bestandsaufnahme von GIA-Vorhaben im Klimabereich wurde eine weitere Recherche über Wirkungsanalysen und Folgenabschätzungen durchgeführt. Der Schwerpunkt der Untersuchung richtete sich auf Themenbereiche, in denen Fragestellungen bearbeitet werden, die auch für die Klimapolitik relevant sind. Ausgewählt wurden die Bereiche Technikfolgenabschätzung, Gesetzesfolgenabschätzung, Public-Health- und Disaster-/Katastrophenfolgenforschung sowie Vulnerabilitätsanalysen. Damit sollte herausgefunden werden, inwiefern Genderbezüge auch in Untersuchungen, die nicht primär dem Kontext von Genderanalysen zuzuordnen sind, berücksichtigt werden.

Die Ergebnisse der Recherche zeigen, dass in allen betrachteten Themenfeldern zumindest einzelne Studien existieren, die Gender bzw. Geschlecht berücksichtigen. Zugleich wird die Notwendigkeit weiterführender Forschung und methodologischer Entwicklung betont. Dabei unterscheidet sich der Stand der konzeptionellen und methodischen Ausarbeitung in den untersuchten Bereichen erheblich.

In der *Technikfolgenforschung* gab es eine Auseinandersetzung mit Ansätzen der Genderforschung nur punktuell und vor allem auf einer theoretisch-konzeptionellen Ebene. Empirische Studien mit Genderbezug wurden nur vereinzelt durchgeführt.⁴² Diese zeigen jedoch, dass ‚Technik‘ noch immer ein stark männlich dominiertes Feld und keineswegs geschlechtsneutral ist (Winker 2002). Die Beziehungen von Geschlechterasymmetrien und Prozessen der Technikentwicklung sind komplex und können nur durch eine mehrdimensionale Analyse angemessen erfasst werden. Um diese Zusammenhänge zu verstehen, müssen das Zusammenwirken von strukturellen Prozessen (geschlechterspezifische Zugänge zu technischen Berufen und Berufsfeldern, vorherrschende Arbeitsmodelle etc.) mit der symbolischen Ebene von geschlechterstereotypen Zuschreibungen und ihr Einfluss auf die individuelle Geschlechtsidentität und den individuellen Umgang mit diesen Anforderungen und Zuschreibungen berücksichtigt werden (ebd.). Als eine weitere Folgerung kann festgehalten werden, dass die Einbeziehung von potenziellen Anwendern/Anwenderinnen und Nutzern/Nutzerinnen in den Prozess der Technikentwicklung und -gestaltung dazu beitragen kann, die vielfältigen Lebenswirklichkeiten von Männern, Frauen und Menschen anderen Geschlechts besser zu berücksichtigen.

Im Bereich der *Gesetzesfolgenabschätzungen* werden Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse nur in wenigen Vorhaben explizit berücksichtigt. Der Entwurf eines Kinder- und Jugendhilfegesetzes nimmt explizit Bezug auf Gender Mainstreaming (Wordelmann et al. 2002); eine weitere Gesetzesfolgenabschätzung bezieht sich explizit auf die Geschlechterungerechtigkeit im deutschen Steuerwesen. Als Methoden wurden die Gesetzesfolgenabschätzung nach der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) sowie das Standardkostenmodell (SKM) zur empirischen Abschätzung des Erfüllungsaufwands aufgeführt (Färber/Salm 2013).

Im Bereich *Gesundheitsfolgenabschätzung/Public Health* ist die Forschung zu Gender vergleichsweise breit verankert. Es gibt eine relativ gute Datenlage, in fast allen untersuchten Forschungsberichten

⁴² Zu erwähnen ist hier beispielsweise der von Susanne Bührer und Martina Schraudner herausgegebene Sammelband *Gender Aspekte in der Forschung* (Bührer & Schraudner 2006).

werden geschlechtsdisaggregierte Daten verwendet. Die Unterscheidung von Sex und Gender (bzw. im epidemiologischen Modell: die Unterscheidung zwischen ‚sex linked biology‘ und ‚gender relations‘) bildet die Basis für die Annahme eines unterschiedlichen, geschlechterspezifischen Gesundheitsverständnisses und der Einsicht, dass körperliche (sex) und auf das Geschlechterverhältnis/Verhalten bezogene (gender) Faktoren Krankheit und Gesundheit beeinflussen.

Das Verständnis der Kategorie Gender ist sowohl innerhalb als auch zwischen den verschiedenen untersuchten Themenfeldern heterogen. Einen gemeinsamen Bezugspunkt bildet die Unterscheidung von Sex (als biologisches Geschlecht) und Gender (als soziales Geschlecht – mit zahlreichen weiteren, ebenfalls stark divergierenden Attributen). Die Bedeutung von Geschlechterstereotypen wird im Bereich der Technikfolgenabschätzung angesprochen. Für die Klimapolitik ist dies eine wichtige Einsicht, da (sozio-)technische Maßnahmen in diesem Politikfeld eine wichtige Rolle spielen.

Untersuchungen zu genderbezogenen Wirkungen werden vielfach mithilfe differenztheoretischer Annahmen und Ansätze durchgeführt. Empirische Studien, die sich aus einer intersektionalen Perspektive auf das Zusammenwirken der Kategorie Gender mit weiteren Ungleichheitskategorien (wie Alter, Ethnizität, Migrationshintergrund) beziehen, sind am ehesten im Bereich Public Health/Gesundheitsfolgenabschätzung verbreitet. Dort gibt es auch eine Diskussion um geeignete Methoden der statistischen Datenanalyse und der Methodentriangulation, die für die Weiterentwicklung des GIA fruchtbar gemacht werden können.

Aus der ergänzenden Recherche lassen sich Überlegungen zur Relevanz und zum Potenzial des Einbezugs geschlechtssensibler Wirkungsanalysen und Folgenabschätzungen für eine geschlechtergerechte und wirkungsvolle Klimapolitik ableiten. Die Recherche zu Technikfolgenabschätzungen hat gezeigt, dass die Beziehungen zwischen Geschlechterasymmetrien und Prozessen der Technikentwicklung komplex sind. Das ist für die Klimapolitik relevant, da effiziente Technologien zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung nötig sind. Effizient sind solche Technologien aber nur, wenn die komplexe Rolle von Gender in deren Entwicklung und Nutzung einbezogen wird. Eine erfolgreiche Entwicklung klimarelevanter Technologie muss daher die Lebensrealitäten von Frauen, Männern und Menschen anderen Geschlechts sowie die Anforderungen verschiedener Gruppen von Nutzern/Nutzerinnen einbeziehen (Rip et al. 1995). Dies zeigte sich auch in den Befunden zur Bedeutung der Kategorie Geschlecht bei der Einstellung und Risikowahrnehmung hinsichtlich von Technologie (Zwick/Renn 1998). Nur so kann die (alltägliche) Anwendung von Technologie realistisch geplant und prognostiziert werden. Auch für die (politische) Akzeptanz neuer Technologie ist dies bedeutsam. Versäumnisse wurden z.B. im fehlenden Einsatz vernetzter Systeme im Alltag, etwa im Bereich Haus- und Sorgearbeit, deutlich (Winker 2002: 75ff).

Darüber hinaus ist die gendersensible Technikfolgenabschätzung als ein eigenständiger Bereich der Forschungsförderung zu etablieren, um einem androzentrischen Bias bei der Wahl von Problembezügen entgegen zu treten, also die Risikoabschätzungen selbst zu verbessern (Döge 2002: 34). Auch dies ist wichtig, um zuverlässige und risikoarme neue Technologie zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung zu entwickeln.

Geschlechterdifferenzierte Gesetzesfolgenabschätzungen zeigen auf, inwiefern Gesetze unterschiedliche Auswirkungen auf die Geschlechter haben, also z.B. Frauen durch Veränderungen im Steuerwesen einen finanziellen und bürokratischen Mehraufwand zu tragen haben (Färber/Salm 2013). Das kann wiederum das klimarelevante Verhalten von Personen(gruppen) beeinflussen. Ein gendersensibler Umgang macht klimarelevante Gesetze gerechter und effektiver. Beispiele sind hier Strom-, Kfz- oder andere Ökosteuern zur Umweltkosteninternalisierung. Das dargestellte Gender Budgeting wäre auch auf Ausgaben der Klima- und Umweltpolitik anzuwenden, um zu fragen, inwiefern Ausgaben Männer und Frauen betreffen (Färber/Dohmen 2006). So können Vorhaben zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung, z.B. bezüglich Verkehr/Mobilität, besser an die Lebensrealitäten von Männern, Frauen und anderen Geschlechtern angepasst und wirkungsvoller werden.

Der Bereich der Gesundheitsfolgen bzw. Public Health ist für die Klimapolitik von besonderer Bedeutung. Denn eine geschlechtergerechte Klimafolgenanpassung kann nur gut gelingen, wenn Gesundheitsforschung und medizinische Praxis auf geschlechtssensibler Datenanalyse und Ätiologie beruhen und keinen androzentrischen Bias aufweisen (Eichler et al. 2002; Bargfrede et al. 2004; Zemp Stutz 2010). Dies ist z.B. für den Umgang mit Hitzeereignissen, Schadstoffbelastungen in Innenräumen (auch als Folge von Effizienzmaßnahmen in Gebäuden) und den Folgen von Naturkatastrophen relevant.

Eine gendersensible Risikoabschätzung trägt dazu bei, die spezifische Lebenssituation und die Bedürfnisse von Frauen, Männern und Menschen anderen Geschlechts vor und nach (Natur-)Katastrophen beschreiben und verstehen zu können. Da sich im Zuge des Klimawandels Extremwetterereignisse und damit auch Katastrophenereignisse häufen werden, ist es für die Klimafolgenanpassung zentral, Genderaspekte mitzudenken und damit Erkenntnisse aus der Entwicklungszusammenarbeit auch im industrialisierten Norden nutzbar zu machen. Insgesamt zeigt sich auch hier, dass eine Integration genderspezifischer Aspekte sowohl in der Katastrophenvermeidung und im Katastrophenmanagement als auch im Klimaschutz die Nutzung aller vorhandenen Ressourcen und Fähigkeiten verbessert und somit zu einer Verbesserung der Gleichstellung aller Bevölkerungsgruppen und zu einem umfassenderen, effizienteren Katastrophenmanagement und Klimaschutz beiträgt.

4.3 Die Arbeitshilfe zur gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung für die Klimapolitik

4.3.1 Hintergrund und Zielsetzung

Bei der konzeptionellen Weiterentwicklung einer Arbeitshilfe zur gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung für die Klimapolitik wurde auf die für das BMU und UBA bestehenden rechtlichen und institutionellen Rahmensetzungen der Gleichstellungspolitik und bereits vorhandene Vorarbeiten und Erfahrungen mit der Anwendung vergleichbarer Instrumenten zurückgegriffen. Dieses Vorgehen bot den Vorteil, dass mithilfe der bereits entwickelten Methodik der Genderdimensionen ein inhaltlicher Bezug zu umweltpolitischen Fragestellungen vorhanden war, auf den bei der Weiterentwicklung des Instruments aufgebaut werden kann. Daraus ergeben sich v.a. folgende Ansatzpunkte und Aufgaben für eine Weiterentwicklung eines Gender Impact Assessment für den Klimabereich:

- ▶ Operationalisierung eines erweiterten Genderverständnisses, das Interdependenz berücksichtigt. Bezugspunkte bildeten der Stand des Diskurses in der Genderforschung und die Ergebnisse der Recherche zu den existierenden GIAs.
- ▶ Thematische Anpassung des Instruments an das Handlungsfeld Klimaschutz/Klimafolgenanpassung unter Berücksichtigung der Rechercheergebnisse zu den existierenden GIAs und weiteren Folgenabschätzungen mit Genderbezug im Klimabereich sowie der Literaturrecherche (siehe [Kapitel 3.3](#)) und der konzeptionellen Überlegungen des Projektverbunds zur Definition von Genderdimensionen (siehe [Kapitel 2.3](#)). Aufgezeigt werden sollte dabei auch, welchen Mehrwert die Berücksichtigung einer Genderperspektive für die Verbesserung von Vorhaben zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung haben kann.
- ▶ Operationalisierung des GIA-Konzepts: Zur praktischen Anwendung erfolgt eine Beschreibung der Vorgehensweise und die Entwicklung geeigneter Prüffragen, mit denen die verschiedenen Prüfschritte sowie die Genderdimensionen operationalisiert werden können.
- ▶ Plausibilisierung des Instruments an konkreten klimapolitischen Fallbeispielen mit Bezug auf die Ergebnisse der Literaturanalyse.

Im Mittelpunkt der Ausarbeitung des Instruments standen der themen- und aufgabenbezogene Bestandteil, die Genderdimensionen und die Prüffragen, anhand derer die Gleichstellungsprüfung vorgenommen wird. Die organisatorisch-institutionelle Verankerung des GIA, die ebenfalls Bestandteil eines

jeden Gender-Mainstreaming-Prozesses ist, wurde davon zunächst getrennt. Hinweise zur organisatorischen Einbettung des Instruments finden sich in den Ergebnissen der Erprobung (s.u.).

4.3.2 Konzeptionelle Überlegungen und Anwendungskontext

4.3.2.1 Art und Ebene der Implementierung des Instruments

Mithilfe des GIA sollen klimapolitische Vorhaben sowohl aus dem Bereich des Klimaschutzes als auch der Anpassung an den Klimawandel untersucht werden. Dabei sind unterschiedliche Implementierungsebenen möglich. Mögliche Anwendungsbereiche des Instruments sind ex ante/parallele Strategiewirkungsanalysen, ex ante/parallele Analysen von Programmfolgen, Politikfolgen und Projektfolgen sowie Ex-post-Evaluationen. Im Unterschied zu dem im BMU entwickelten GIA-Prototyp (Hayn/Schultz 2002) stand die Anwendung auf ein Gesetzgebungsverfahren zunächst nicht im Vordergrund und wurde nicht getestet, ist aber auch nicht ausgeschlossen.⁴³ Die Erprobung (vgl. [Kapitel 4.4](#)) erfolgte als Ex-ante-Analyse der Folgen aktueller Forschungs- und Umweltkommunikationsvorhaben des Umweltbundesamts.

4.3.2.2 Aufbau des Instruments

Das Design des GIA für den Klimabereich orientiert sich an der Struktur, die dem vom damaligen BMU durchgeführten Gender Impact Assessment im Bereich Strahlenschutz und Umwelt (Hayn/Schultz 2002) zugrunde liegt. Damals wurde am Beispiel der Novellierung der Strahlenschutzverordnung von 2001 (STrISchV) ein GIA-Prototyp für den Bereich der Umweltpolitik ausgearbeitet mit dem Ziel, ein für den gesamten Geschäftsbereich anwendbares Instrument des Gender Impact Assessment zu entwickeln (Hayn/Schultz 2002).

Dieses Instrument zeichnet sich durch einen zweistufigen Aufbau aus, der sich auch in anderen gleichstellungsorientierten Folgenabschätzungen (z.B. EC 1997/1998) bewährt hat (vgl. [Abbildung 2](#)). Einen vergleichbaren Aufbau weist auch die zur Umsetzung von § 2 GGO der Bundesregierung entwickelten „Arbeitshilfe geschlechterdifferenzierte Gesetzesfolgenabschätzung. ‚Gender Mainstreaming bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften‘“ auf (BMFSFJ 2007). Demnach erfolgt die gleichstellungsorientierte Folgenabschätzung in zwei Schritten:

- ▶ In der Vorprüfung bzw. Relevanzprüfung (Screening) wird geprüft, ob die Durchführung eines GIA relevant ist und die Entscheidung getroffen, ob ein GIA durchgeführt wird oder nicht.
- ▶ In der Hauptprüfung, d.h. der detaillierten Analyse, werden die Gender Impacts analysiert mit dem Ziel einer detaillierten Beschreibung der relevanten Genderaspekte sowie der gleichstellungspolitischen Ziele eines Vorhabens. Darauf aufbauend erfolgen eine Bewertung der Analyse-Ergebnisse und die Erarbeitung von Empfehlungen.

⁴³ Eine Erprobung des GIA im Zusammenhang mit der Überprüfung von Gesetzesvorhaben war in diesem Projekt nicht vorgesehen. Um das GIA an diesen Anwendungsbereich anzupassen, wäre daher ein weiteres Testing erforderlich.

Abbildung 2: Aufbau des Instruments Gender Impact Assessment



Dieses an den Aufbau der Umweltverträglichkeitsprüfung angelehnte Verfahren schließt eine Vorprüfung ein, in der bestimmt wird, ob und in welchem Umfang das zu untersuchende Vorhaben einer tiefergehenden Analyse und anschließenden Bewertung unterzogen wird. Gegenüber einer einstufigen Prüfung, z.B. mit einer GIA-Checkliste, hat dieses Design den Vorteil, dass die Wirkungen eines Vorhabens genauer analysiert und Verbesserungsmöglichkeiten für klimapolitische Vorhaben aufgezeigt werden können. Zugleich wird die Praktikabilität des Instruments gestärkt, indem die vertiefende Analyse auf solche Vorhaben beschränkt werden kann, die eine deutliche Genderrelevanz aufweisen. Eine detaillierte Beschreibung der einzelnen Prüfschritte und Prüffragen findet sich in der Arbeitshilfe im Anhang dieses Berichts.

4.3.2.3 Anwendungskontext

Diese Verfahrenserleichterung ist eine wichtige Voraussetzung, um die Anwendungseffizienz des Instruments zu fördern. Dabei ist es denkbar und in der Instrumentenkommunikation und Vermittlung wichtig, dass das Instrument sowohl In-House als auch durch Externe (z.B. Forschungsnehmende) angewendet werden kann. Beispielsweise könnte das GIA in die Forschungs- und Projektvergabe des UBA integriert werden. Dabei könnte das UBA als Auftraggeber vorab eine Relevanzprüfung des geplanten Vorhabens durchführen. Ergibt diese Prüfung, dass das Vorhaben gleichstellungsrelevante Fragestellung berührt, könnte dies in der Leistungsbeschreibung vermerkt werden. Die Hauptprüfung könnte dann ins Projekt verlagert werden und wäre als Teil des Auftrags durchzuführen, wobei diese Integration ins Projekt detailliert im Angebot darzustellen ist. Die Auftragnehmerin sollte in ihrem Angebot plausibel machen, wie sie die GIA Prüfung vollzieht (ob durch die Bearbeiter/innen selbst oder ggf. durch externe Gender Expertinnen oder -experten), welche Projektwirkungen in dieser Hinsicht zu erwarten sind und wie die Bearbeitung von Genderfragen im Projekt voraussichtlich umgesetzt werden wird. Die Beantwortung dieser Fragen sollte dann ein inhaltliches Bewertungskriterium von Projektanträgen werden.

Dass die Vorprüfung auch genutzt werden kann, um die vermeintlich ‚lästige‘ Aufgabe einer Gleichstellungsprüfung mit einer formalen Prüfung abzuwehren, ist in anderen Praxiserfahrungen ersichtlich geworden (vgl. Veit 2013). Allerdings ist diese Möglichkeit auch bei dem Verzicht auf die Vorprüfung nicht auszuschließen. Wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung sind daher, dass erforderliche fachspezifische und Gender-Kompetenzen vorhanden sind, dass ausreichend Zeit und Ressourcen für die Bearbeitung zur Verfügung stehen und dass die Anwendung des GIA in institutionellen Abläufen, Routinen und Anreizsystemen verankert ist.

4.3.2.4 Bewertungsansatz

Der Bewertungsansatz des GIA ist insgesamt als eine Positivbewertung zu kennzeichnen, bei dem die Fortschritte bei der Umsetzung gleichstellungspolitischer Ziele, die durch ein klimapolitisches Vorhaben erreicht werden können, bewertet werden. Gleichstellungspolitische Ziele sind insbesondere der Abbau von Benachteiligungen (Diskriminierungen), gleiche Teilhabe (Partizipation) sowie eine von tradierten Rollenmustern freie, selbstbestimmte Lebensgestaltung aller Geschlechter (echte Wahlfreiheit)⁴⁴.

Mithilfe des GIA sollen zum einen negative Effekte in Bezug auf gleichstellungspolitische Ziele vermieden werden. Ein solcher negativer Effekt wäre beispielsweise, wenn bei der Formulierung von Grenz- und Orientierungswerten für Innenraumschadstoffe ausschließlich physiologische Parameter verwendet werden, die sich an den Bedürfnissen einer bestimmten Personengruppe, z.B. gesunde junge Männer, orientieren (Fischer/Weller 2013: 44). Darüber hinaus kann das GIA zeigen, wie klimapolitische Vorhaben so (weiter-)entwickelt werden können, dass sie einen positiven Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter leisten. Für klimapolitische Vorhaben ergibt sich daraus die Möglichkeit, durch eine stärkere Zielgruppenorientierung und eine genauere Berücksichtigung der Bedürfnisse und Lebensumstände der Adressatinnen und Adressaten ein breiteres Spektrum von Lösungen zu erschließen und eine verbesserte Wirkung zu erzielen. Dies hat den Vorteil, dass klimapolitische Strategien, Programme, Projekte und Maßnahmen treffsicherer gestaltet und blinde Flecken oder nichtintendierte Folgen solcher Vorhaben frühzeitig erkannt und vermieden werden können.

Durch das GIA sollen die Potenziale klimapolitischer Vorhaben für den Abbau von Geschlechterhierarchien erkannt und fachpolitische Vorhaben mit gleichstellungspolitischen Zielen gleichermaßen ‚angereichert‘ werden. Damit können Allianzen zwischen klima- und gleichstellungspolitischen Zielen erkannt und genutzt werden. Ein solches Vorgehen erfordert die wechselseitige Abstimmung von klima- und gleichstellungspolitischen Zielen und beinhaltet auch die Feststellung eventueller Zielkonflikte. Konkret bedeutet dies, klima- und gleichstellungspolitische Ziele getrennt auszuweisen und dann bezogen auf Einzelaspekte des zu untersuchenden Vorhabens zu bewerten. So soll eine Zielallianz zwischen den von dem Vorhaben tangierten klima- und gleichstellungspolitischen Zielen erreicht werden⁴⁵. Zudem können Zielkonflikte entdeckt und bei der weiteren Gestaltung besser berücksichtigt werden.

Der hier vorgestellte Bewertungsansatz nimmt den Grundgedanken des Gender Mainstreamings auf, dass die Geschlechtergleichstellung als Leitprinzip durch alle politischen Maßnahmen gefördert werden soll. Angestrebt wird eine Sensibilisierung und ein Lernprozess, der Mitarbeiter/-innen des UBA

⁴⁴ In Anlehnung an BMFSFJ (2007).

⁴⁵ Beispielsweise zeigte die Untersuchung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Strahlenschutzverordnung, dass letztlich ein Konflikt zwischen dem Schutz des werdenden Lebens und der diskriminierungsfreien Berufsausübung, d.h. von zwei Schutzgütern mit Verfassungsrang, vorlag. Die Neuregelung der Strahlenschutzverordnung führt u.a. ein nach Zielgruppen differenziertes Schutzkonzept ein. Anstelle des bisherigen Zutrittsverbots für schwangere Frauen sieht dieses Konzept Regelungen vor, die Frauen eine größere Mitbestimmung und bei Arbeitsplätzen mit niedriger Strahlenbelastung weiterhin den Zutritt in den Kontrollbereich ermöglichen (vgl. Hayn/Schultz 2002; Uni Bremen 2003).

und andere Instrumentenanwender/-innen dazu befähigen soll, Genderaspekte systematisch in ihre fachlich-methodische Arbeit aufzunehmen und umzusetzen.

4.3.2.5 Bestimmung der gleichstellungsrelevanten Zielgruppen

Eine zentrale Aufgabe der Relevanzprüfung eines GIA besteht darin zu klären, anhand welcher Kriterien die Gleichstellungsrelevanz des betrachteten Vorhabens identifiziert werden soll. Dies erfolgt üblicherweise anhand der von dem Vorhaben betroffenen Zielgruppen. Dabei werden unter Zielgruppen jene Personenkreise verstanden, die von dem Vorhaben unmittelbar erfasst werden oder mittelbar davon betroffen sind. Die Genderrelevanz wird üblicherweise anhand der Wirkung festgestellt, die das Vorhaben auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen und Interessen von Männern und Frauen und auf die Geschlechterverhältnisse hat.

Aus Sicht der Genderforschung ist dieses Kriterium problematisch, da der Rekurs auf die Lebensbedingungen und Interessen von Männern und Frauen ungewollt einer Dramatisierung und Homogenisierung von Geschlechterdifferenzen Vorschub leistet und Unterschiede innerhalb dieser Gruppen verdeckt werden (Frey et al. 2006; Bauriedl 2014). Dadurch besteht die Gefahr, dass hierarchische Unterschiede zwischen den Geschlechtern stabilisiert werden, anstelle die Strukturen und Mechanismen zu verändern, die diese Unterschiede hervorbringen. Frey et al. (2006) schlagen eine reflexive Vorgehensweise vor, die sich der Auswirkungen der eigenen Praxis auf die Geschlechterordnung bewusst ist und die Genese von sozialen Geschlechterunterschieden kritisch rekonstruiert. Eine solche Praxis steht vor der paradoxen Aufgabe, „Gender als Analysekategorie zu gebrauchen, um Gender als Ordnungskategorie zu überwinden“ (ebd.). Dies kann z.B. dadurch erfolgen, dass sich die Genderanalyse nicht auf die Feststellung von Differenzen zwischen Männern und Frauen beschränkt, sondern die Mechanismen in den Blick nimmt, die Hierarchien zwischen den Geschlechtern reproduzieren. Welche Bereiche und Aspekte dabei besonders zu berücksichtigen sind, kann mithilfe sogenannter Genderdimensionen (vgl. [Kapitel 4.3.3](#)) genauer bestimmt werden, die unterschiedliche Lebensbereiche aufzeigen, die eine Schlüsselrolle für die Herstellung und Aufrechterhaltung hierarchischer Unterschiede zwischen den Geschlechtern spielen.

4.3.2.6 Interdependenzen

In Anlehnung an die Debatte um Intersektionalität und Interdependenz wird für die Feststellung und Analyse der Genderrelevanz ein erweitertes Genderverständnis zugrunde gelegt, welches das Zusammenwirken der (zunächst binär gedachten) Geschlechterverhältnisse mit weiteren Prozessen und Mechanismen der ökonomischen und sozialen Benachteiligung und Marginalisierung berücksichtigt. Eine Orientierung bietet z.B. das Vorhaben GIAKlim – Gender Impact Assessment im Kontext der Klimawandelanpassung und Naturgefahren (Damyanovic et al. 2014). In diesem Vorhaben zur gendersensiblen Analyse von Naturkatastrophen wurde ein erweitertes Genderverständnis angewendet, das als ‚Gender+‘ bezeichnet wird und Bezug nimmt auf Intersektionalität wie im Projekt QUING (2011) entwickelt:

„Gender als Analysekategorie in Kombination mit anderen intersektionalen Aspekten, also Diskriminierungen oder Schlechterstellungen aufgrund spezifischer Personenmerkmale, schärft den Blick auf die Anforderungen unterschiedlicher Personen und Gruppen. Unter Gender wird das soziale, gesellschaftlich konstruierte Geschlecht – im Unterschied zum biologischen Geschlecht – verstanden. [...] Der Begriff Gender+ bezieht andere individuelle Faktoren wie das Alter, die Herkunft oder besondere Bedürfnisse in die Analyse mit ein und macht so Mehrfachdiskriminierungen sichtbar. Gender+ inkludiert Wissen über die Komplexität von Gender in Wechselwirkungen mit anderen strukturellen Ungleichheiten.“ (Damyanovic et al. 2014: 7)

Wie bereits in [Kapitel 4.1.2](#) ausgeführt, ist die Debatte zur Operationalisierung von interdependenten und intersektionalen Genderkonzepten noch längst nicht abgeschlossen. Angelehnt an das Konzept

GBA+ oder Gender+ wäre eine umfassende Ungleichheitsprüfung vorstellbar, die systematisch die verschiedenen Dimensionen sozialer Ungleichheit analysiert. Allerdings fehlt bislang eine Methodik für eine solche Analyse im Bereich der Klimapolitik. Zudem wäre eine solche Analyse mit einem erheblichen zeitlichen Aufwand und hohen Anforderungen an den Datenbedarf verbunden. Vor diesem Hintergrund schlagen wir für das GIA für den Klimabereich ein schrittweises Vorgehen vor, das sich am Prinzip der Interdependenz orientiert.

- ▶ In einem ersten Schritt wird nach der Wirkung auf die Geschlechter gefragt. Dabei geht es darum, welche Wirkungen eines Vorhabens auf die Lebensbedingungen, Interessen und Alltagspraktiken von Männern, Frauen und anderen Geschlechtern hat.
- ▶ In einem zweiten Schritt wird innerhalb der Kategorie Gender durch weitere sozialstrukturelle und soziokulturelle Differenzierungsmerkmale die Wirkung des Vorhabens in Bezug auf Marginalisierungen oder Benachteiligungen aufgrund von Alter, sozialer Lage, Herkunft etc. überprüft.

Dabei ist zu beachten, dass keine vorab definierten Ungleichheitskategorien angenommen werden können. Verschiedene Faktoren, die Ungleichheit generieren, sind fall- und kontextspezifisch zu betrachten; die Kategorien und ihre Bedeutung müssen daher bei der Analyse und Bewertung des Instrumentes herausgearbeitet werden (vgl. Hankivsky 2014: 3). Ebenso ist fall- und kontextspezifisch zu berücksichtigen, falls Auswirkungen jenseits eines binären Geschlechtsverständnisses auf diverse Geschlechter und eine Vielfalt von Geschlechtern (transgender, intersex, nicht-binäre Menschen) erwartet werden. Angesichts der in vielen Bereichen unzureichenden Datenlage und abhängig von den vorhanden personellen Ressourcen und der verfügbaren Gender-Expertise wird eine systematische und detaillierte Prüfung von Gender+ innerhalb einer Behörde häufig nicht möglich sein. In diesen Fällen kann die Prüfung ausgelagert und an externe Auftragnehmer/-innen vergeben werden, die über entsprechende Expertise verfügen. Ist dies nicht möglich, ist auch eine vereinfachte Prüfung möglich, bei der zunächst ein binäres Geschlechterverständnis zugrunde gelegt wird. Dabei sollte jedoch besonders darauf geachtet werden, in welchen Bereichen Gender+ Aspekte eine Rolle spielen und diese gegebenenfalls in die Prüfung einzubeziehen.⁴⁶

4.3.3 Klimarelevante Lebensbereiche (Genderdimensionen)

Die thematische Gliederung der gleichstellungsrelevanten Folgenabschätzung erfolgt mithilfe von Lebensbereichen (Genderdimensionen), Genderaspekten und darauf bezogenen Prüffragen. Die Genderdimensionen beziehen sich auf gesellschaftliche Bereiche und die mit ihnen verbundenen Normen, Werte, Institutionen und Organisationen, die für die Aufrechterhaltung ungleicher Machtbeziehungen zwischen den Geschlechtern von zentraler Bedeutung sind (Verloo/Roggeband 1996; Verloo 2007). Die Genderaspekte weisen auf häufig in diesen Lebensbereichen vorkommende Probleme hin. Genderdimensionen und Genderaspekte bilden eine Art Suchmatrix, mit deren Hilfe wichtige genderrelevante Wirkungen von klimapolitischen Vorhaben erkannt und analysiert werden können.

Insgesamt umfasst die Arbeitshilfe sechs Lebensbereiche (vgl. [Tabelle 6](#)). Für die Anwendung in der Arbeitshilfe wurde das ursprünglich im Verbund entwickelte Modell (vgl. [Kapitel 2.3](#)) auf Anregung der Kommentatorinnen vereinfacht (vgl. [Kapitel 4.4.2](#)).

Zu diesem Zweck wurden die ursprünglich sieben Genderdimensionen zu sechs Lebensbereichen zusammengefasst, wovon der Bereich ‚Symbolische Ordnung‘ eine Querschnittsdimension ist. Sie enthält übergreifende, mit der sozialen Konstruktion von Geschlecht und sexueller Orientierung verbundene

⁴⁶ Hinweise in welchen Lebensbereichen solche Wirkungen besonders zu berücksichtigen sind, finden sich in der Beschreibung und den Prüffragen zu den Lebensbereichen.

Zuschreibungen und Bewertungen, die für alle Genderdimensionen relevant sind. Die übrigen fünf Bereiche beziehen sich auf abgrenzbare sozio-ökonomische Bereiche, die bei der gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung besonders berücksichtigt werden sollten. Für diese Bereiche werden konkrete Prüffragen formuliert.

Tabelle 6: Überblick über die Lebensbereiche und Querschnittsdimension (Genderdimensionen)

Lebensbereiche (Genderdimensionen)
Symbolische Ordnung
Versorgungsökonomie/Sorgearbeit
Erwerbsökonomie
Öffentliche Ressourcen/Infrastrukturen
Definitions- und Gestaltungsmacht in Wissenschaft, Technik und Politik
Körper, Gesundheit, Sicherheit

In einem einführenden Abschnitt werden die Bereiche jeweils knapp charakterisiert und ihre Bedeutung für die Geschlechtergleichstellung anhand von empirischen Daten begründet. Die klimapolitische Relevanz wird anhand von Beispielen erläutert. Mit Ausnahme der Querschnittsdimension ‚Symbolische Ordnung‘ werden für jeden Bereich eine Liste von Prüffragen formuliert, die bei der Analyse und Bewertung von Gleichstellungswirkungen für den jeweiligen Bereich herangezogen werden können.

4.3.3.1 Querschnittsdimension ‚Symbolische Ordnung‘



Die Querschnittsdimension ‚Symbolische Ordnung‘ bezieht sich auf hierarchische Zuschreibungen und Bewertungen, die mit der sozialen Konstruktion von Geschlecht und sexueller Orientierung verbunden sind. Diese symbolische Ordnung durchdringt institutionelles und individuelles Handeln (Acker 1990; Knapp 1992) in so unterschiedlichen Bereichen wie Bildung, Wissenschaft, Recht, Politik, Medien, Religion und Kultur, und sie wird durch dieses Handeln zugleich hergestellt und reproduziert (Arslan 2016). Auf individueller Ebene äußert sich dies etwa in der Abwertung von Merkmalen und Praktiken, die nicht mit Männlichkeit oder Heterosexualität konnotiert sind. Die (bisweilen unbewusste) Setzung von Maskulinität bzw. Männlichkeit als Maßstab ist auch in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft verankert und kann dort nicht nur zur Abwertung, sondern auch zum Ausblenden von Lebens- und Alltagsbedingungen führen, die nicht der Wahrnehmung und den Erfahrungen von Männern entsprechen.⁴⁷ Solche Zuschreibungen werden daher auch als institutionalisierter Androzentrismus bezeichnet (Perkins-Gilman 1972). Die gesellschaftliche Abwertung von (zugeschriebener) Weiblichkeit spiegelt sich in vielen Bereichen wider, die auch für die Klimapolitik relevant sind. Sie kommt beispielsweise in der Abwertung der Sorgearbeit als nicht bezahlter Tätigkeit zum Ausdruck (vgl. Bereich ‚Versorgungsökonomie‘). Ein Beispiel für die gesellschaftliche Höherbewertung von (zugeschriebener) Männlichkeit ist die Gleichsetzung von ‚Arbeit‘ mit bezahlter Erwerbsarbeit (vgl. Bereich ‚Erwerbsökonomie‘). In besonders aggressiver Form äußert sie sich als sexuelle Belästigung (verbal, körperlich, gestisch etc.) und sexuelle/sexualisierte Gewalt als Machtdemonstration und Demonstration eines Anspruchs auf Vorherrschaft im Geschlechterverhältnis (vgl. Bereich ‚Körper, Gesundheit und Sicherheit‘).

⁴⁷ Dies ist beispielsweise der Fall, wenn der medizinischen Bewertung von Gesundheitsrisiken ausschließlich die physiologischen Bedingungen von erwachsenen männlichen Individuen zugrundegelegt werden (vgl. Eichler et al. 2002).

4.3.3.2 Versorgungsökonomie und Sorgearbeit



Dieser Bereich bezieht sich auf die gesellschaftlichen Werte, Normen, Strukturen und Institutionen, die eine ungleiche geschlechtsspezifische Zuschreibung, Verteilung, Bewertung und Anerkennung von bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit im Vergleich zur (bezahlten) Erwerbsarbeit bewirken und aufrechterhalten (Verloo 2007: 28f.; Madörin 2006; Spitzner 1999). Die Verantwortung für die Sorgearbeit wird dabei meist als eine vorwiegend private Aufgabe verstanden, die vor allem Frauen zugeschrieben wird.

Im 2. Gleichstellungsbericht des BMFSFJ (2017) wurde mit dem ‚Gender Care Gap‘ (GCG) eine Kennzahl für den prozentualen „Unterschied der durchschnittlichen täglichen Zeitverwendung von Frauen und Männern für unbezahlte Sorgearbeit“ vorgestellt (BMFSFJ 2017: 9). Dazu zählen Tätigkeiten der Haushaltsführung, Pflege und Betreuung von Kindern und Erwachsenen sowie ehrenamtliches Engagement und informelle Hilfen für andere Haushalte (ebd.) inkl. der zugehörigen Wegezeiten. Für die Jahre 2012 und 2013 lag der GCG bei 52,5 Prozent. Frauen übten demnach ungefähr eineinhalb Mal so viel unbezahlte Sorgearbeit aus wie Männer – das sind täglich im Durchschnitt 87 Minuten mehr (ebd.).

Auch in Bezug auf die CO₂-Emissionen weisen Frauen und Männer unterschiedliche Muster auf. Eine Untersuchung zum direkten und indirekten Pro-Kopf-Energieverbrauch und den damit verbundenen CO₂-Emissionen in Deutschland kommt zu dem Ergebnis, dass der Carbon Footprint von Männern insgesamt höher als der von Frauen ist (Kleinhückelkotten et al. 2016). Dabei müssen allerdings Unterschiede zwischen den Bedürfnisfeldern beachtet werden. So weisen Frauen für Bekleidung und Warmwasser einen deutlich höheren Verbrauch auf, Männer verbrauchen überdurchschnittlich viel Energie in den Bereichen Mobilität und Ernährung.

Viele Klimaschutzmaßnahmen wirken sich auf die Alltagsroutinen von Männern und Frauen aus, sei es durch ein geändertes Mobilitätsverhalten, sparsamere Formen der Energienutzung oder weniger fleischlastige Ernährungspraktiken, was eher weiblichen Mustern entspricht. Frauen sind zudem von diesen Maßnahmen besonders betroffen, da sie nach wie vor in vielen Haushalten die Verantwortung für Versorgungsaufgaben tragen. Aufgrund ihrer positiveren Einstellung zu Klima- und Umweltschutz wird Frauen eine höhere Bereitschaft zur Veränderung von Alltagspraktiken unterstellt. Dies kann zu einer Feminisierung der Umwelt- und Klimaverantwortung führen, indem Frauen allein die Verantwortung für eine klimafreundliche Transformation des Alltags zugeschrieben wird. Eine schwedische Untersuchung hat beispielsweise gezeigt, dass das Wäschetrocknen an der frischen Luft statt mit einem energieintensiven Trockner mehr Arbeit verursacht, die hauptsächlich von Frauen übernommen wurde (Carlsson-Kanyama/Lindén 2007: 2017). Daraus kann gefolgert werden, dass Energiesparmaßnahmen zu Mehrarbeit im Haushalt führen, die zu Lasten der Frauen geht (Röhr et al. 2017: 44).

Auch bei der Beeinträchtigung von Versorgungsinfrastrukturen, beispielsweise bei Hitzewellen oder Überschwemmungen, sind es überwiegend Frauen, die den Ausfall von Netzwerken der Gesundheits- oder Nahrungsmittelversorgung durch zusätzliche Arbeit kompensieren müssen. Eine Studie aus Großbritannien zeigt, dass Frauen in Extremwittersituationen aufgerufen werden, die entstehenden Lücken im Bereich Pflege, Ernährung bzw. Gesundheitsversorgung zu füllen. Damit wird die Doppelbelastung von Frauen durch Erwerbs- und Sorgearbeit durch zusätzliche Versorgungsaufgaben in der Kommune oder Nachbarschaft weiter verschärft (Röhr et al. 2017: 64). Maßnahmen zur Klimaanpassung können etwa negative Folgen für Frauen haben, indem sie deren Arbeitsbelastung im Haushalt erhöhen, wenn sie nicht gendersensibel gestaltet werden (Edvardsson Björnberg/Hansson 2013). Andererseits kommen qualitative Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass männliche Hauseigentümer eine geringere Resilienz bei Hochwasserereignissen aufweisen, weil sie eine starke emotionale Bindung an ihr Haus aufweisen und von materiellen Verlusten psychisch sehr viel stärker betroffen sind als die übrigen Haushaltsmitglieder (Marg 2016: 506).

4.3.3.3 Erwerbsökonomie



Die Dimension der Erwerbsökonomie bezieht sich auf die Teilhabe an bezahlter Erwerbsarbeit. Im Zentrum stehen die gesellschaftlichen Werte, Normen und Institutionen, die geschlechtsspezifische Ungleichheiten beim Zugang zu Erwerbsarbeit und deren Entlohnung bewirken und aufrechterhalten (Verloo 2007: 28f.). Hervorzuheben sind hier vor allem geschlechtsspezifische Unterschiede und Benachteiligungen in Bezug auf Erwerbsbeteiligung, Ausbildung, Berufswahl, Zugang zu Führungspositionen, Umfang von Arbeitszeiten sowie die Entlohnung von Tätigkeiten. Diese Benachteiligungen werden durch weitere Faktoren wie z.B. Migrationshintergrund verstärkt.

Die Relevanz der Genderdimension Erwerbsökonomie wird anschaulich, wenn man sich verschiedene Kennzahlen vor Augen führt. So betrug der Gender Pay Gap 2016, also der geschlechtsspezifische Lohnunterschied, gesamtwirtschaftlich 21 Prozent. Selbst wenn Qualifikation, Branche und Beschäftigungsumfang berücksichtigt werden, betrug die sogenannte bereinigte Entgeltlücke immer noch sechs Prozent (vgl. BMFSFJ 2017: 9). Noch deutlicher ist der Einkommensunterschied bei der Rente: Der Gender Pension Gap⁴⁸ zeigt, dass Frauen im Jahr 2015 durchschnittlich eine um 53 Prozent niedrigere eigene Rente erhielten als Männer (ebd.: 90).

Dass die Benachteiligung von Frauen beim Zugang zu Leitungsfunktionen in Unternehmen auch ein Hemmnis für eine klimafreundlichere Wirtschaftsweise darstellt, dafür gibt es zahlreiche Hinweise. So konnte ein positiver Zusammenhang zwischen dem Frauenanteil im Vorstand und der freiwilligen Berichterstattung über die Treibhausgasemissionen eines Unternehmens belegt werden (Liao et al. 2015). Auch konnte gezeigt werden, dass Unternehmen mit einem höheren Frauenanteil unter den Angestellten klimafreundlicher wirtschaften (Ciocirlan/Pettersson 2012).

Mit der Dekarbonisierung des Wirtschaftssystems eröffnen sich vielfältige neue Jobmöglichkeiten auch in bisher traditionell als männlich angesehenen Berufsfeldern, wie beispielsweise im Energiesektor (Röhr et al. 2017: 73; Rea 2011). Bisher sind Frauen in Führungs- bzw. Entscheidungspositionen in der Energiewirtschaft unterrepräsentiert (PwC 2014; Röhr et al. 2017: 45). Klimapolitik kann hier einen aktiven Beitrag leisten, indem sie traditionelle androzentrische Vorstellungen infrage stellt, die Männern eine größere Kompetenz in technischen Fragen zuschreiben als Frauen. Zudem kann sie Frauen und intersektional benachteiligte Männer gezielt dazu ermuntern, technische oder naturwissenschaftliche Ausbildungs- und Studiengänge in klimarelevanten Berufsfeldern zu ergreifen.

Auch die Unterschiede in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen sind klimarelevant. Sie schlagen sich zum Beispiel beim Wohneigentum nieder. Männer und Frauen haben unterschiedliche Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten, wenn es um Investitionen in energiesparendes Wohnen bzw. Sanieren geht (Röhr et al. 2017: 9). Die unterschiedliche wirtschaftliche Situation von Männern und Frauen führt auch dazu, dass klimarelevante politische Instrumente unterschiedliche Wirkungen auf die Geschlechter haben. So kommen beispielsweise die Abwrackprämie oder Kfz-Steuerbefreiungen für emissionsärmere Autos vor allem Männern zugute, da diese eher Autos besitzen als Frauen (Röhr et al. 2017: 73).

Die Erhöhung der Strompreise durch die EEG-Umlage, die deutlich stärker die unteren Einkommensgruppen trifft, wirkt sich ebenfalls unterschiedlich auf Gender+ aus. So sind Rentnerinnen oder Alleinerziehende überdurchschnittlich von prekären Einkommensverhältnissen betroffen (Statistisches Bundesamt 2018: 94f.; Schumacher/Cludius 2017). Mehrkosten durch klimarelevante politische In-

⁴⁸ Der Gender Pension Gap (GPG) wird von Grabka et al. (2017) folgendermaßen definiert: „Dieser ist die prozentuale Differenz der durchschnittlichen persönlichen Alterssicherungseinkommen aus der GRV aller betrachteten Frauen zu den durchschnittlichen persönlichen GRV-Rentenansprüchen der entsprechenden Gruppe der Männer“ (Grabka et al. 2017: 87). Im Vergleich von Ost- zu Westdeutschland ist der GPG im Osten viel niedriger (Grabka et al. 2017: 88).

strumente sollten daher durch Energieeffizienzmaßnahmen oder durch Prämien zum Erwerb energieeffizienter Haushaltsgeräte kompensiert werden, die zu einer gerechteren Verteilung beitragen würden (Schumacher et al. o.J.; Schumacher/Cludius 2017).

Unterschiede in Einkommen und Vermögen machen Frauen vulnerabler gegenüber den Folgen der globalen Klimaerwärmung, weil sie im Vergleich mit Männern einen eingeschränkteren Zugang zu sozialen und ökonomischen Ressourcen haben (Vincent et al. 2014). Benachteiligungen im Katastrophenfall zeigten sich z.B. in Japan, wo Kompensationszahlungen an die (in der Regel männlichen) Haushaltsvorstände ausgezahlt wurden, was die Auswirkungen des hohen Gender Pay Gaps des Landes noch verschärfte (Röhr et al. 2017: 64).

4.3.3.4 Öffentliche Ressourcen und Infrastrukturen



Raum- und Geschlechterverhältnisse sind eng miteinander verwoben (Bauriedl et al. 2010). Zugang zu und Gebrauchsfähigkeit von öffentlichen Räumen und Ressourcen wie etwa Parks, Spielplätzen und Serviceeinrichtungen haben direkte Wirkungen auf die Durchführung von Sorge- und Erwerbsarbeit (Neutens et al. 2010), die Teilhabe am öffentlichen Leben (Lucas 2012) und physische und psychische Gesundheit. Gleiches gilt für Infrastrukturen wie Energie-, Wasser- und Verkehrssysteme (Spitzner 2004; Lecompte/Bocarejo 2017) sowie die entsprechenden Dienstleistungen und deren Ausrichtung und Priorisierung im Hinblick auf Alltagstauglichkeit (Loukaitou-Sideris 2016; Scheiner/Holz-Rau 2017).

Der Lebensbereich (Genderdimension) ‚Öffentliche Ressourcen und Infrastrukturen‘ ist sowohl für Klimaschutz als auch für Maßnahmen zur Klimaanpassung besonders relevant. Frauen weisen z.B. ein emissionsärmeres Verkehrsverhalten auf als Männer. Beispielsweise sind ältere Frauen häufiger von Armut oder körperlichen Einschränkungen betroffen oder haben keine Fahrerlaubnis, sodass sie kein Auto nutzen können. Sie sind daher besonders auf eine gute infrastrukturelle Ausstattung des Wohnumfelds angewiesen. Ausführliche demografische Daten, Pilotprojekte und Empfehlungen (z.B. CIVITAS 2014, INFAS/DLR 2010) zeigen, „dass das Mobilitätswissen und die Mobilitätspraktiken von Frauen wichtig sind, um die Politik in Richtung nachhaltige Mobilitätsmuster und die klimapolitisch nötige Entmotorisierung zu leiten“ (Röhr et al. 2017: 49). Ob sie auch ‚Change Agents‘ für klimafreundliche Mobilität sein können, hängt davon ab, ob es in der Verkehrs- und Infrastrukturplanung gelingt, die vorherrschenden, an traditionellen maskulinen Normen ausgerichteten Mobilitätsvorstellungen zugunsten einer neuen Mobilitätskultur zu überwinden, die sich an versorgungsökonomischen Anforderungen orientiert (Kronsell et al. 2016).

Auch beim Zugang zu Energiedienstleistungen spielt Gender eine Rolle: Haushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand sind doppelt so häufig von Energiearmut betroffen wie Haushalte mit männlichem Haushaltsvorstand. Dies hat zum einen damit zu tun, dass der größere Anteil der Alleinerziehenden Frauen sind (Bleckmann et al. 2016). Zum anderen verstärken sich Benachteiligungen durch Gender und andere sozialstrukturelle Merkmale, z.B. Alter oder Migrationshintergrund. Dies führt zu einer verstärkten Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, die wiederum dazu beiträgt, dass Haushalte mehr oder weniger energieeffiziente Wohnungen bewohnen (Großmann 2017). Um solche Effekte zu vermeiden, sollte z.B. die *Vergabe von Fördermitteln* für eine energieeffiziente Sanierung so gestaltet werden, dass die soziale Situation der Adressatinnen und Adressaten sowie der städtebauliche Kontext berücksichtigt werden, damit zur Miete Wohnende (z.B. Alleinerziehende, ältere Frauen, Personen mit Migrationshintergrund, Geflüchtete) davon profitieren können.

Auch beim Umgang mit Naturkatastrophen als Folgen des Klimawandels besteht das Risiko, dass die Bedürfnisse von Geschlechtern nicht ausreichend berücksichtigt werden. Eine Studie zum Umgang mit den Folgen des Hurrikans Katrina hat gezeigt, dass die Aktivitäten von Männern in den Initiativen für einen gerechten Wiederaufbau nach dem Hurrikan eher wahrgenommen und als wichtiger eingeschätzt wurden, als das Engagement und die Bedürfnisse anderer Bevölkerungsgruppen (Luft 2016).

Gerade bei zunehmenden Hitzeereignissen/Temperaturen ist es relevant, dass die Bevölkerung Zugang zu Grünflächen und damit Abkühlungsmöglichkeiten hat. Vor allem ältere, gegebenenfalls allein-stehende Frauen sind besonders auf eine gute infrastrukturelle Ausstattung ihres Wohnumfeldes angewiesen. Das gilt auch für den Zugang zu Grünflächen. Die häufiger von geringem Einkommen bzw. Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen wie z.B. alleinerziehende Frauen sollten in ihrem Wohnumfeld ebenfalls Grünflächen zur Verfügung haben. Auch hier spielt die Querschnittdimension der symbolischen Ordnung eine Rolle: Wenn eine traditionelle Familienführung Frauen kaum Freizeit erlaubt, können sie gegebenenfalls keine Erholung von hohen Temperaturen suchen.

4.3.3.5 Definitions- und Gestaltungsmacht in Wissenschaft, Technik, Politik



Dieser Lebensbereich (Genderdimension) bezieht sich auf die geschlechtergerechte Teilhabe und Mitbestimmung an Entscheidungen in Wissenschaft, Technik und Politik sowie auf die Berücksichtigung von Genderexpertise in diesem Entscheidungsprozess (Schultz 2004; Schultz/Weller 1995).

Auch nach über 25 Jahren Klimapolitik ist die Teilhabe von Frauen an klimapolitischen Entscheidungen in Deutschland nur gering ausgeprägt. So lag der Anteil von Frauen in den jeweils obersten Entscheidungspositionen der klimarelevanten Politikfelder (Energie, Verkehr, Umwelt) in Deutschland bei 12,5 Prozent. Dies ist der vorletzte Platz im EU-Durchschnitt (EIGE 2012). Im Nord-Süd-Vergleich zeigt sich, dass Maßnahmen zur Frauenförderung im Sektor der erneuerbaren Energien in Entwicklungs- und Schwellenländern verbreiteter und etablierter sind als in Industrieländern. Ähnliches gilt für den Gas- und den Ölsektor (Feltus 2010; McKee 2014; Röhr et al. 2017: 46).

Das Fehlen einer Genderperspektive in der Klimapolitik hat dazu geführt, dass der institutionalisierte Androzentrismus, d.h. die (bisweilen unbewusste) Setzung von Maskulinität bzw. Männlichkeit als Maßstab, in Klimawissenschaft und -politik kaum infrage gestellt wurde (Röhr et al. 2008). Dies hat auch für die Klimapolitik kontraproduktive Folgen: So wurde für Kanada gezeigt, dass die Ausblendung von Gender in Instrumenten des Klimaschutzes bzw. der Klimaanpassung Geschlechterungleichheiten noch verstärken können (Rochette 2016), da vom männlichen Normalfall bzw. Durchschnitt ausgegangen wird und Geschlechterunterschiede nicht berücksichtigt werden.

Die Bedeutung androzentrischer Denkmuster lässt sich an folgenden Beispielen illustrieren. In der Verkehrspolitik dominieren maskuline Normen, die ohne Berücksichtigung der Genderperspektive konstant reproduziert werden (Spitzner 2004; Bauhardt 2012a; Kronsell et al. 2016). So wird in der Verkehrsforschung Verkehr vor allem in Hinblick auf Pkw-Verfügbarkeit und -Nutzung betrachtet (Bauhardt 2012b: 105). Durch die Festlegung, dass nur motorisierte Mobilität über weite Strecken überhaupt als Mobilität anerkannt wird, wird die Lebensrealität eines größeren Teils der Frauen und anderen intersektional benachteiligter Männer, die über keinen Pkw verfügen, ausgeblendet. Auch in der Konsumforschung wird Konsum häufig auf die Marktteilnahme, d.h. den Kauf von Produkten oder Dienstleistungen, reduziert. Klimarelevante Aktivitäten, die mit der Aufbewahrung, Verarbeitung, Zubereitung bzw. Instandhaltung und Entsorgung von Produkten zusammenhängen, werden dabei ebenso ausgeblendet wie das dafür benötigte Wissen und die erforderlichen Kompetenzen (Schultz/Götz 2006).

Diese Beispiele zeigen deutlich, dass die Geschlechter- und Machtverhältnisse in klimarelevanten Handlungsfeldern nur verändert werden können, wenn mehr Entscheidungspositionen mit Frauen besetzt werden (EIGE 2012). Mindestens ebenso wichtig ist es aber, die maskulinen Normen zu hinterfragen, die diese Bereiche dominieren und die ohne Berücksichtigung einer Genderperspektive konstant reproduziert werden (Spitzner 2004; Bauhardt 2012a; Bauhardt 2012b; Kronsell et al. 2016).

4.3.3.6 Körper, Gesundheit und Sicherheit



Der Lebensbereich ‚Körper, Gesundheit, Sicherheit‘ bezieht sich auf die durch gesellschaftliche Normen, Werte und Vorstellungen von Maskulinität und Weiblichkeit geprägte gesellschaftliche Organisation von Intimität und die dadurch hergestellten ungleichen Positionen der unterschiedlichen Genusgruppen (Verloo/Roggeband 1996). Im Zentrum stehen dabei sexuelle Orientierung, die selbstbestimmte Verfügung über den eigenen Körper und die eigene Gesundheit sowie die Wahl von Partnerschaftsmodellen, Sexualität und Fortpflanzung (Verloo 2007: 29f.). Körperliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern und Altersgruppen betreffen beispielsweise Gesundheitsstatus (z.B. Lebenserwartung) als die körperliche Reaktion auf Umweltschadstoffe (z.B. Luftverschmutzung) oder Umweltbedingungen (z.B. Temperatur).

Der Lebensbereich ‚Körper, Gesundheit, Sicherheit‘ ist sowohl für Maßnahmen zum Klimaschutz als auch für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel von zentraler Bedeutung. Gender spielt beispielsweise für die Wahrnehmung von Umwelt- und Gesundheitsrisiken eine wichtige Rolle. Auch von umweltbezogenen Gesundheitsrisiken sind Frauen anders und häufig stärker betroffen als Männer. Dieser Zusammenhang von Klimawandel und Gender wird bei den Auswirkungen von Hitzewellen besonders deutlich. Untersuchungen zeigen, dass die Sterberate von Frauen bei Hitzewellen deutlich höher ist als diejenige von Männern (vgl. D’Ippoliti et al. 2010). Dies ist nicht allein eine Folge der höheren Lebenserwartung von Frauen. Vielmehr werden die gesundheitlichen Auswirkungen von Hitzeereignissen durch soziale Faktoren beeinflusst. Die sozial konstruierte Zuständigkeit für Betreuung und *Sorgearbeit* durch Angehörige spielt dabei eine wichtige Rolle (vgl. Lebensbereich ‚Versorgungsökonomie‘). Die erhöhte Mortalität von Frauen könnte z.B. eine Folge des mit dem Alter ansteigenden Anteils alleinlebender Frauen und einer damit einhergehenden schlechteren Versorgung sein. Aber auch die Schlechterstellung von Frauen im Bereich der *Erwerbsökonomie*, wie das Gender-Gap bei Einkommen und Vermögen, spielt dabei eine Rolle. Frauen sind demnach besonders vulnerabel, ebenso wie weitere Personengruppen, die von der Unterstützung anderer abhängig sind. Dies betrifft vor allem Alleinlebende und Personen mit niedrigem sozio-ökonomischen Status. Soziale Isolation und der damit einhergehende fehlende Zugang zu sozialen Netzen, die Sorgearbeit gewährleisten könnten, werden generell als Risikofaktoren für eine erhöhte Vulnerabilität gegenüber den Folgen des Klimawandels angesehen (Kravchenko et al. 2013). Von diesem Problem sind auch ältere Männer betroffen (WHO 2014).

Bislang wurde noch wenig erforscht, welche Auswirkungen Extremereignisse wie Hitzewellen auf Männer haben. Die wenigen verfügbaren Studien liefern jedoch Anhaltspunkte, dass soziale Geschlechtskonstruktionen auch die Vulnerabilität von Männern beeinflusst. So zeigt eine Untersuchung, dass Männer in den USA bei Hitzewellen deutlich häufiger ins Krankenhaus eingeliefert werden als Frauen (Schmeltz et al. 2015) und bevorzugt medizinisch behandelt werden (Edholm/Kihlgren o.J.). Eine Erklärung dafür ist, dass die geschlechtsspezifische Zuschreibung der Sorgearbeit dazu führt, dass Männer eine bessere Versorgung durch Angehörige und Freunde erfahren. Geschlechtsspezifische Rollenerwartungen und Tätigkeitsmuster können sich aber auch negativ auf die Vulnerabilität von Männern auswirken. Nach Angaben der WHO sind Männer bei heißem Wetter aktiver als Frauen und sterben deshalb eher durch einen Hitzschlag (WHO 2014). Für schwere Buschbrände in Australien wurde gezeigt, dass 60 Prozent der Todesopfer männlich waren. Rigide Männerrollen als Retter und Beschützer haben offenbar zur Folge, dass Risiken falsch eingeschätzt werden. Klimapolitische Maßnahmen zum Gesundheitsschutz müssen daher nicht nur die unterschiedliche ökonomische Situation, sondern auch den Einfluss von Geschlechterrollen auf die Vulnerabilitäten von Männern und Frauen berücksichtigen.

Gut dokumentiert ist auch die höhere Temperatursensitivität von Frauen (Hashiguchi et al. 2010; Kingma/van Marken Lichtenbelt 2015; Jin et al. 2017; Schellen et al. 2012). Dies ist sowohl für Klimaschutz als auch für Klimaanpassung relevant: Beispielsweise müssen bei der Auslegung von Referenz-

werten für die Beheizung oder die Klimatisierung von Wohnräumen die unterschiedlichen Bedürfnisse von Männern und Frauen an die Innenraumtemperatur berücksichtigt werden. Im Fall von Katastrophen sind Frauen zudem deutlich stärker von gewalttätigen Angriffen betroffen als Männer. Während und nach dem Hurrikan Katrina verdoppelte sich die körperliche Gewalt gegenüber Frauen, während sich die Häufigkeit von Gewalt gegen Männer nicht veränderte (Röhr et al. 2017: 66).

4.3.4 Ablauf des GIA im Überblick

Tabelle 7: Ablauf des GIA im Überblick

Relevanzprüfung	
Ausgangssituation	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Auf welchen Sachverhalt bezieht sich das Vorhaben? ▶ Welches Vorhaben ist beabsichtigt (ex-ante) bzw. soll parallel oder ex-post untersucht werden?
Feststellung Gleichstellungsrelevanz	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Werden von dem Vorhaben oder einzelnen Teile davon Gender+ unmittelbar oder mittelbar betroffen? ▶ Welche Lebensbereiche sind durch das Vorhaben betroffen? ▶ Gibt es Anhaltspunkte, dass das Vorhaben oder Teile davon sich unterschiedlich in Bezug auf Gender+ auswirken?
Bewertung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Feststellung der Gleichstellungsrelevanz des Vorhabens (ja/nein) mit kurzer schriftlicher Begründung
Hauptprüfung	
Ausgangssituation	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Auf welchen Sachverhalt bezieht sich das Vorhaben? ▶ Welche fachlichen Ziele hat das Vorhaben und wie begründen sich diese? ▶ Welche Daten (Statistiken, Studien etc.) und Erkenntnisse liegen dem Vorhaben zugrunde?
Analyse des Vorhabens	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Welche Maßnahmen sind zur Zielerreichung vorgesehen bzw. wurden zur Zielerreichung (inkl. Indikatorik) definiert? ▶ Welche Akteure sind (bzw. waren) bei der Gestaltung des Vorhabens beteiligt? ▶ Welche fachlichen Alternativen, Varianten und flankierenden Maßnahmen sind mit welchem Ergebnis geprüft worden?
Analyse der Gleichstellungswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Welche Personengruppen sind unmittelbar und mittelbar betroffen? ▶ Welche gleichstellungsrelevanten Wirkungen hat das Vorhaben auf die unterschiedlichen Lebenssituationen, Interessen und Alltagspraktiken in Bezug auf Gender+? ▶ Gibt es hervorstechende Diskriminierungen oder Schlechterstellungen durch weitere Merkmale sozialer Ungleichheit der betroffenen Personengruppen (z.B. durch Alter, soziale Lage, Herkunft usw.), die einen Einfluss auf die Wirkung des Vorhabens ausüben? ▶ Welche relevanten Akteure sind in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt zur Berücksichtigung von Genderexpertise und einer Genderperspektive einzubeziehen?

	<ul style="list-style-type: none"> ► Wie müssen die Maßnahmen zur Zielerreichung inkl. Indikatorik und der Akteursbezug angepasst bzw. welche fachlichen Alternativen oder flankierenden Maßnahmen müssen zur Gleichstellungsorientierung eingeführt werden?
Bewertung	<ul style="list-style-type: none"> ► Schriftlicher Bericht

4.4 Weiterentwicklung des GIA-Instruments – Prozess und Ergebnisse

Die Weiterentwicklung des GIA für den Bereich der Klimapolitik erfolgte in einem iterativen Verfahren, dessen Verlauf und Ergebnisse im Folgenden dargestellt werden. Dabei steht die Entwicklung des inhaltlich-methodischen Teils des GIA im Vordergrund.

Zur Überprüfung und Plausibilisierung der Genderdimensionen und der Prüffragen für das GIA fand eine Erprobung in ausgewählten Handlungsfeldern der Klimapolitik statt. An konkreten Praxisbeispielen wurde gezeigt, wie mithilfe des GIA die Bedeutung von Gender für die Klimapolitik sichtbar gemacht werden kann. Der Fokus lag dabei auf Aktivitäten aus dem Arbeitsbereich des UBA, die eine hohe Genderrelevanz aufweisen. Damit sollte an leicht nachvollziehbaren Beispielen das Instrument erprobt werden.

Bei den ausgewählten Vorhaben handelte es sich um Anwendungsbeispiele aus dem Aufgabenbereich des UBA. In Abstimmung mit dem Auftraggeber wurden dafür je ein Beispiel aus den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung ausgewählt. Die Beispiele repräsentierten unterschiedliche Typen von klimapolitischen Vorhaben. Im ersten Fall ging es um die Bewertung eines Szenarios „Die kompakte, funktionsgemischte Stadt“ (Penn-Bressel 2017) das Teil einer Strategieentwicklung für ein ganzes Bündel von Maßnahmen für eine ressourcen- und flächensparende Stadtentwicklung ist. Beim zweiten Beispiel handelte es sich um die Überprüfung einer bereits abgeschlossenen Kommunikationsmaßnahme im Kontext von Hitzeaktionsplänen. Die analysierte Broschüre ‚Der Hitzeknigge‘ (UBA o.J.) dient als begleitende Maßnahme zur Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema verhaltensbezogener Hitzeschutz. Im Fall des Mobilitätsbeispiels erfolgte die Analyse als eine Folgenabschätzung *ex ante*, Im Fall des Hitzeknigges wurde ein bereits veröffentlichtes Dokument *ex post* untersucht.

Die Erprobung erfolgte in zwei Schritten. Zunächst wurde der Forschungsstand zu genderrelevanten Aspekten in den betrachteten klimapolitischen Handlungsfeldern ausgewertet. Grundlage bildete die in AP 1 erstellte Literaturübersicht (Röhr et al. 2017). Die Befunde wurden mithilfe der im Verbund entwickelten Lebensbereiche bzw. Genderdimensionen und einer darauf basierenden ersten Fassung von Prüffragen analysiert und strukturiert. In einem zweiten Schritt wurden die daraus entwickelte vorläufige Arbeitshilfe (GIA-Instrument) anhand ausgewählter Vorhaben in einem Workshop im UBA erprobt.

4.4.1 Erste Erprobung des Instruments mit Mitarbeitenden des UBA im Dezember 2017

Am 13.12.2017 fand im Umweltbundesamt in Dessau ein Workshop „Testing eines adaptierten Instrumentes ‚Gender Impact Assessment‘ (GIA) im Klimabereich“ statt. Ziel des Workshops war die exemplarische Erprobung der im Projekt weiterentwickelten GIA-Arbeitshilfe mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des UBA.

Der Erprobungs-Workshop sollten Erkenntnisse für die Überarbeitung des GIA-Instruments, seinen Anwendungskontext und die Erwartungen und Anforderungen potenzieller Nutzer und Nutzerinnen gewonnen werden. Dabei sollten insbesondere die Anwendbarkeit und Verständlichkeit des Prüffragenkatalogs getestet werden, der zur Operationalisierung der Lebensbereiche (Genderdimensionen) für das GIA entwickelt worden ist.

An dem dreistündigen Workshop nahmen neben dem Projektteam neun Mitarbeiter/-innen aus unterschiedlichen Fachabteilungen des UBA teil (vgl. Stieß/Hummel 2018).

Nach einer Einführung in das Projekt wurde der Fragenkatalog anhand der ausgewählten Beispiele in zwei Arbeitsgruppen bearbeitet. Leitende Fragen waren dabei

- ▶ Inwiefern spielen Genderaspekte bei den ausgewählten Testbeispielen eine Rolle?
- ▶ Wie sind die Wirkungen der Testbeispiele auf die Geschlechterverhältnisse?
- ▶ Was kann getan werden, um Genderaspekte besser zu berücksichtigen?
- ▶ Welche klimapolitischen Benefits ergeben sich durch die Berücksichtigung von Gender+?

In der abschließenden Plenumsdiskussion erfolgte ein Feedback zu den Erfahrungen bei der Erprobung. Darüber hinaus wurde die Einbettung des Instruments in die Abläufe des UBA angesprochen.

4.4.1.1 Beispiel Verkehr (Klimaschutz)

Das Testbeispiel ‚Die kompakte, funktionsgemischte Stadt‘ (Penn-Bressel 2017) sieht u.a. eine deutliche Reduzierung des Motorisierungsgrads in Städten vor. In der Diskussion wurde das Testbeispiel mithilfe des Fragenkatalogs auf relevante Genderaspekte betrachtet; aus Zeitgründen wurden die Prüffragen zu den Dimensionen ‚Versorgungsökonomie/Sorgearbeit‘, ‚Erwerbsökonomie‘ sowie ‚Öffentliche Ressourcen/Infrastrukturen‘ vertiefend betrachtet.

Die Diskussion entlang der Prüffragen machte deutlich, dass ein veränderter Mobilisierungsgrad eine hohe Genderrelevanz besitzt: Beispielsweise betrifft dies in der Dimension ‚Versorgungsökonomie/Sorgearbeit‘ die Zuschreibung und Organisation der Sorgearbeit. Die Begleitung von pflegebedürftigen oder in ihrer Mobilität eingeschränkten Angehörigen, z.B. bei Arztbesuchen, muss ohne den eigenen Pkw organisiert werden. Sofern kein Carsharing zur Verfügung steht, muss die Begleitung an den Taktzeiten des ÖV ausgerichtet werden, wodurch ein zusätzlicher zeitlicher Aufwand entstehen kann. Andererseits können eine Verkehrsberuhigung und sichere Wege für den Fuß- und Radverkehr dazu führen, dass Kinder eigenständig ihren Schulweg zurücklegen können und sich der Begleitaufwand vermindert. Eine Verringerung des Motorisierungsgrads wirkt sich zudem auf die Dimension ‚Erwerbsökonomie‘ aus. Der geringere Bedarf an Pkw führt zu Veränderungen in der geschlechtsspezifischen Erwerbsarbeitsteilung, da die verringerte Nachfrage zu einem Rückgang von Jobs in den durch Männer dominierten Branchen der Fahrzeugproduktion führt. Andererseits entsteht ein größerer Bedarf an Arbeitsplätzen für die Wartung und Reinigung, z.B. von ÖPNV oder für die Reparatur von Fahrrädern. Dadurch entstehen neue Anforderungsprofile und Jobchancen. Insgesamt bietet ein verringerter Motorisierungsgrad daher die Chance, die bestehende Segregation der Erwerbsarbeit zu verringern. Durch eine Belebung der lokalen Ökonomie ergeben sich zudem neue Chancen für die eigene Existenzsicherung. So könnten evtl. zusätzliche Arbeitsplätze für Verkäufer/-innen oder für Lieferanten/Lieferantinnen entstehen.

Zugleich wurde deutlich, dass die Anwendung des Fragenkatalogs auf der Ebene einer übergeordneten Strategie schwierig ist, solange nicht einzelne detaillierte Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie ebenfalls in die Prüfung einbezogen werden.

4.4.1.2 Beispiel Hitzeschutz (Klimaanpassung)

Testbeispiel war die Kampagne Schattenspender, in der die Informationsbroschüre ‚Der Hitzeknigge‘ als Informationsinstrument für ‚das richtige Verhalten‘ bei Hitze erstellt wurde (UBA o.J.). Diese Broschüre stellt ein Instrument dar, das im Zusammenhang mit der Aufstellung von Hitzeaktionsplänen entwickelt wurde. Mithilfe des Fragenkatalogs wurde diese Infobroschüre auf relevante Genderaspekte in den einzelnen Lebensbereichen analysiert. Im Zentrum der Diskussion standen die Lebensbereiche ‚Versorgungsökonomie/Sorgearbeit‘ und ‚Symbolische Ordnung‘, nur cursorisch wurden der Bereich ‚Körper/Gesundheit/Sicherheit‘ angesprochen. Beispiele aus der Stellungnahme des Projektver-

bunds zu den Genderaspekten von Hitzeereignissen und Hitzeschutz anhand ausgewählter Forschungsergebnisse gingen in die Diskussionen mit ein. Auch für dieses Testbeispiel zeigte sich eine hohe Genderrelevanz. Mit Bezug auf den Lebensbereich ‚Körper/Gesundheit/Sicherheit‘ wurde beispielsweise das unterschiedliche Risikobewusstsein von Männern und Frauen als ein wichtiger Faktor angesprochen, der bei der Kommunikation von Handlungsempfehlungen für den verhaltensorientierten Hitzeschutz berücksichtigt werden muss. Im Zentrum der Handlungsempfehlungen steht das Prinzip der Eigenvorsorge, im weiteren Sinne wird auch die Sorge für andere (z.B. Personen in der Nachbarschaft) genannt. Dabei werden in der Broschüre sowohl Männer als auch Frauen angesprochen, so dass eine geschlechtsspezifische Zuschreibung von unbezahlter *Sorgearbeit* vermieden wird. Als sehr produktiv wurde die Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern eingeschätzt. Die Berücksichtigung der Genderperspektive liefert wichtige Hinweise für eine erfolgreiche Verbreitung der Broschüre. Diese gelte v.a. für die verbesserte Ansprache der Zielgruppe durch die Wahl geeigneter Informationskanäle und Multiplikatoren.

In der abschließenden Diskussion im Plenum wurden alle Genderdimensionen sowie der Fragekatalog insgesamt als hilfreich eingeschätzt, um die Genderwirkungen von klimapolitischen Vorhaben zu analysieren. Dies habe sich an der Diskussion der beiden untersuchten Beispiele gezeigt. Zugleich wurde eine Reihe von Vorschlägen gemacht, um die Praktikabilität des Instruments zu verbessern: Dies betraf v.a. den Umfang des Katalogs sowie die Anzahl und Formulierung der Fragen. Für die Anwendung des Instruments wurden verschiedene Kontexte als denkbar erachtet. So könnte das GIA frühzeitig im Prozess der Formulierung eines Vorhabens angewandt werden, um eine Sensibilisierung für kritische Punkte zu erreichen. Außerdem könnte das GIA zur Prüfung von konkreten Vorlagen von Vorhaben verwendet werden. Eine weitere Funktion wurde darin gesehen, dass das GIA als Instrument verwendet werden könnte, das Lernprozesse ermöglicht. Schließlich wurde auf die Bedeutung der organisatorischen Integration des GIA im Umweltbundesamt hingewiesen. Die Beantwortung der Fragen wurde aus Sicht der UBA-Beteiligten als voraussetzungsreich und zeitaufwendig empfunden. Dies sollte bei der Überarbeitung des Instruments berücksichtigt werden. Als hilfreich wurden Beispiele, Einstiegsfragen sowie eine Priorisierung und Verringerung von Fragen genannt. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Anwendung darin besteht, dass ausreichend Zeit für die Bearbeitung des Fragenkatalogs zur Verfügung steht und dass bei Bedarf Genderexpertise herangezogen werden kann.

4.4.1.3 Folgerungen für die Überarbeitung des Instruments

Durch die Erprobung sollte in erster Linie überprüft werden, inwiefern die Lebensbereiche für die Analyse klimapolitischer Vorhaben geeignet sind. Eine vollständige Überprüfung der Gleichstellungswirkungen der ausgewählten Vorhaben im Sinne eines GIA hätte erfordert, die einzelnen Schritte des gesamten Verfahrens mit Vor- und Hauptprüfung zu durchlaufen, einschließlich einer ausführlichen Datenrecherche und -analyse, einer detaillierteren Bewertung und einer Zusammenfassung der Ergebnisse in einem Bericht. Dies war im Rahmen des Workshops weder angestrebt noch möglich.

Bereits diese exemplarische Anwendung des Fragenkatalogs hat gezeigt, dass eine zentrale Voraussetzung für die Anwendung des Instruments im Verwaltungsvollzug darin besteht, dass eine entsprechende Genderexpertise in das Verfahren eingebracht wird. Dies kann beispielsweise durch Workshops mit UBA-internen oder externen Expertinnen und Experten aus der Forschung zu Gender und Nachhaltigkeit gewährleistet werden. Für die praktische Anwendung des GIA muss zudem geklärt werden, wie das Instrument in bestehende Routinen und Abläufe eingepasst werden kann. Der zweistufige Aufbau soll ermöglichen, dass das GIA auf der Stufe der Vorprüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (und anderen Interessierten) auch ohne vertiefte Genderexpertise angewandt werden kann. Wie dies tatsächlich gelingen kann und welche Voraussetzungen dafür erforderlich sind, könnte in einer weiteren Erprobung vertiefend untersucht werden.

Mit Blick auf die Überprüfung des GIA-Instruments zeigte die Erprobung, dass der aus den Lebensbereichen (Genderdimensionen) abgeleitete Fragenkatalog insgesamt zur Analyse von Vorhaben aus dem Bereich der Klimapolitik geeignet ist. Die Gliederung der thematisch-inhaltlichen Prüfung mithilfe von Lebensbereichen hat sich als eine sinnvolle Strukturierung der Folgenabschätzung erwiesen, weil in den Lebensbereichen Forschungsdesiderate zu Geschlechtsspezifika und damit Wissen zu Geschlechteraspekten vermittelt wird. Für eine erfolgreiche Anwendung waren jedoch weitere Ausarbeitungen und Überarbeitungen des Instruments erforderlich. Folgende Arbeiten wurden im weiteren Verlauf des Projekts noch umgesetzt:

- ▶ Dem Fragenkatalog wurde eine knappe Erläuterung des Genderverständnisses vorangestellt, die erklärt, was generell unter den Lebensbereichen (Genderdimensionen) zu verstehen ist.
- ▶ Für jeden Lebensbereich wurde eine kurze einführende wissenschaftliche Begründung und Erläuterung formuliert, warum dieser für die Analyse von Genderaspekten der Klimapolitik von Bedeutung ist. Dazu wurden Informationen und, soweit verfügbar, auch grundlegende Daten zu jedem Lebensbereich in komprimierter Form dargestellt.
- ▶ Der Fragenkatalog wurde überarbeitet. Die Fragen wurden gestrafft, priorisiert und überschneidungsfrei formuliert. Sie wurden als geschlossene Fragen formuliert mit der Anforderung, dass die Antworten zu begründen sind.
- ▶ Um den Anwendungsbezug und den Nutzen für Anwender/-innen im UBA deutlich zu machen, wurden dabei die Benefits erläutert, die eine Berücksichtigung von Genderaspekten für den Umwelt-/Klimaschutz hat.
- ▶ Unter Berücksichtigung dieser Bearbeitungen wurde das GIA-Instrument einschließlich des Fragenkatalogs in übersichtlicher und graphisch aufbereiteter Form als eigenständige Arbeitshilfe dargestellt.
- ▶ Diese Arbeitshilfe wurde ausgewiesenen Genderexpertinnen zur Kommentierung zur Verfügung gestellt.

4.4.2 Kommentierung des GIA-Instruments durch Expertinnen

Das überarbeitete GIA-Instrument wurde im Spätsommer 2018 von drei ausgewiesene Gender- und Umweltexpertinnen kommentiert: Dr. Irmgard Schultz, Berlin, ehemals ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung; Prof. Dr. Ines Weller, Universität Bremen; Prof. Dr. Birgit Blättel-Mink, Goethe-Universität Frankfurt/Main. Die schriftlichen Stellungnahmen der Expertinnen befürworteten grundsätzlich das erarbeitete Instrument als wichtigen und notwendigen Beitrag zu einer geschlechtergerechten Klimapolitik. Die Frage nach Synergien zwischen Klimaschutz bzw. Klimaanpassung und Geschlechtergerechtigkeit wird als klar formuliert erachtet und die Vorgehensweise als zielführend. Als besonders positiv wird herausgestellt, dass die Arbeitshilfe konzeptionell an neuere Entwicklungen und Erkenntnisse in den Gender Studies anschließt und auf ein bestimmtes Handlungsfeld, d.h. die Klimapolitik, bezogen ist. Der konzeptionelle Ansatz von Geschlecht als interdependenter Kategorie ermögliche, Geschlechterklischees zu vermeiden. Eine weitere Stärke des weiterentwickelten GIA-Instruments sei es, „dass mit dem lebenswelt-alltagspraktischem Ansatz ein Bewertungsmaßstab angelegt ist, der auf eine Verbesserung der Gleichstellung von Gendergruppen und zugleich auf eine Verbesserung und Vereinfachung der geplanten Policy-Maßnahme ausgerichtet ist“ (Stellungnahme Irmgard Schultz)⁴⁹.

⁴⁹ Schultz, Irmgard (2018): Kommentar zur Arbeitshilfe zur gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung für die Klimapolitik. Unveröffentlichte Stellungnahme

Die Kritikpunkte und Anregungen beziehen sich insbesondere auf die Kohärenz, Verständlichkeit und den Umfang des GIA-Instruments. Darüber hinaus enthalten die Kommentare weitere wichtige Hinweise, die bei der Anwendung der Arbeitshilfe zu beachten sind. Die Haupteinwände und Hinweise der Genderexpertinnen lassen sich zusammengefasst wie folgt charakterisieren:

- ▶ Der Umfang des Instruments solle reduziert und die Bearbeitbarkeit verbessert werden.
- ▶ Im Hinblick auf die Zielsetzung des Instruments wurde empfohlen, die relative Verbesserung der Gleichstellung (Gleichstellung und Chancengleichheit in Bezug auf Gender+) als wesentliches Ziel des GIA herauszustellen.
- ▶ Der interdependente Ansatz solle besser verdeutlicht und in den Prüffragen umgesetzt werden.
- ▶ Relevanz- und Hauptprüfung sollten klarer voneinander abgegrenzt werden.
- ▶ Die Genderdimensionen sollten präzisiert und als ‚Lebensbereiche‘, besser an ein Alltagsverständnis anknüpfend, ausgewiesen werden; ihre Anzahl sollte reduziert und diejenigen mit guter Datenverfügbarkeit fokussiert werden; die Bedeutung des Faktors Bildung/Ausbildung sollte stärker einbezogen werden.
- ▶ Die Prüffragen sollten priorisiert und konsistenter formuliert werden.
- ▶ Das Instrument sollte um Anwendungsbeispiele ergänzt und Datenquellen genannt werden.

Als elementares Problem für die Anwendung des GIA thematisierten die Genderexpertinnen die Frage nach den verfügbaren Daten, die für die Analyse der gleichstellungsbezogenen Wirkungen für unterschiedliche Gendergruppen erforderlich sind. Benötigt würden „sozialstrukturelle und (fachspezifische) Daten und die Ergebnisse soziokulturelle Befragungen (...) Diese liegen zumeist nicht aufbereitet in einer einzigen leicht zugänglichen statistischen Quelle bereit. Zudem sind Genderstatistiken zumeist binär auf generalisierende Mann-Frau-Differenzen ausgerichtet“ (Stellungnahme Irmgard Schultz).

Die Kritikpunkte und Anregungen der Genderexpertinnen wurden daraufhin systematisiert, bewertet bei der nachfolgenden Anpassung des Instruments berücksichtigt.

4.4.3 Erprobung des Instruments im Fachworkshop der Abschlusskonferenz, Oktober 2018

In dem Fachworkshop „Bessere Klimapolitik durch Geschlechtergerechtigkeit?! – Instrumente, Beispiele, Synergien und Tradeoffs“ am 26. Oktober 2018 in Berlin wurde die adaptierte Version des GIA-Instruments vorgestellt und in thematischen Arbeitsgruppen (AG) mit den Teilnehmerinnen beispielhaft erprobt. Im Zentrum des Testings standen folgende Fragen: Wie funktionieren die verschiedenen Teile des Instruments, d.h. die Vorprüfung und die Hauptprüfung? Wie praktikabel ist das Instrument in seiner Anwendung? Wo besteht Bedarf zur Anpassung des Instruments? Welche Voraussetzungen sind für eine erfolgreiche Anwendung erforderlich?

In allen Arbeitsgruppen erfolgte nach einer kurzen Vorstellungsrunde der Teilnehmenden eine Einführung in die Ziele und Aufgabenstellung und eine Erläuterung des jeweiligen Vorhabens, auf die das GIA-Instrument in der Erprobung angewendet werden sollte. Danach wurde die Aufgabenstellung in Kleingruppen bearbeitet. Als Material standen den Teilnehmern/Teilnehmerinnen die Arbeitshilfe, eine kurze Maßnahmenbeschreibung sowie Fact Sheets zu wichtigen Genderaspekten in dem betrachteten Handlungsfeld zur Verfügung. In einem ersten Schritt sollten folgende Fragen diskutiert werden: Welche gleichstellungsrelevanten Wirkungen des betrachteten klimapolitischen Vorhabens können identifiziert werden? Wie sind diese Wirkungen zu bewerten? Welche Ansatzpunkte für eine (fachliche und gleichstellungspolitische) Verbesserung des Vorhabens ergeben sich daraus? In einer zweiten Diskussionsrunde sollten Fragen zur Methodik des Instruments und zu geeigneten Anwendungskontexten diskutiert werden. Welche Erfahrungen gab es bei der Anwendung der Arbeitshilfe? Was hat gut funktioniert? Was war schwierig oder unklar?

Für die Erprobung wurde je ein Vorhaben aus dem Bereich Klimaanpassung bzw. Klimaschutz als Beispiel ausgewählt, was in drei unterschiedlichen Testfällen (Arbeitsgruppen – AG) mit dem GIA-Instrument durchgespielt wurde:

AG 1: Relevanzprüfung am Beispiel Radverkehrsförderung (Klimaschutz)

Die AG befasste sich mit dem Modul der Relevanzprüfung im GIA-Instrument anhand des Beispiels ‚Verbesserung des Radverkehrs‘ in der Kommunalrichtlinie ‚Förderung investiver Klimaschutzmaßnahmen‘. Übergreifendes Ziel war zu überprüfen, ob mit Hilfe der formulierten Fragen und Verfahrenshinweise in der Arbeitshilfe die Gleichstellungsrelevanz des untersuchten Vorhabens festgestellt werden kann und das Vorhaben in die Hauptprüfung der gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung aufgenommen werden soll. Als Material standen ein Auszug aus der Kommunalrichtlinie: Förderung investiver Klimaschutzmaßnahmen ‚Klimaschutz und nachhaltige Mobilität‘⁵⁰ zur Verfügung, zudem das Merkblatt ‚Investive Klimaschutzmaßnahmen‘⁵¹ sowie ein Fact Sheet (Datenblatt) zu Genderaspekten im Handlungsfeld Radverkehr.

AG 2: Hauptprüfung am Beispiel Radverkehrsförderung (Klimaschutz)

Die AG befasste sich mit dem Modul der Hauptprüfung im GIA-Instrument anhand des Beispiels ‚Bundeswettbewerb: Klimaschutz durch Radverkehr‘. Dabei sollte insbesondere herausgearbeitet werden, wie das Vorhaben aus einer Genderperspektive konkretisiert und verbessert werden kann. Aufgabe war, mit Hilfe der im GIA-Instrument im Modul der Hauptprüfung formulierten Fragen und Verfahrenshinweise die Gleichstellungswirkungen des Vorhabens zu ermitteln, diese zu bewerten und mögliche Verbesserungsvorschläge zu formulieren. Auch die Verständlichkeit des Instruments sollte bewertet werden. Zudem galt es, den Aspekt des Datenbedarfs zu behandeln. Nach der Vorstellung der Teilnehmer und Teilnehmerinnen sowie der Erläuterung der Aufgabe und des Vorhabens wurde festgelegt, welche Genderdimensionen untersucht werden sollen. Anhand der Leitfragen wurde geprüft, welche Genderdimensionen besonders relevant sind. Nach der gemeinsamen Identifizierung der entsprechenden Genderdimensionen wurden die jeweiligen Prüffragen in Kleingruppen bearbeitet. Als Material lagen eine Zusammenfassung der Ausschreibung Bundeswettbewerb ‚Klimaschutz durch Radverkehr‘⁵² sowie das Fact Sheet (Datenblatt) zu Genderaspekten im Handlungsfeld Radverkehr vor.

AG 3 Hauptprüfung am Beispiel Hitzeaktionsplan (Klimaanpassung)

Die AG befasste sich ebenso mit dem Modul der Hauptprüfung im GIA-Instrument. Für den Bereich der Klimaanpassung wurde das Instrument erprobt anhand des Beispiels ‚Gesundheitliche Anpassung an die Folgen des Klimawandels: Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen‘. Auch hier war das Ziel, herauszuarbeiten, wie das Vorhaben aus einer Genderperspektive verbessert und konkretisiert werden kann. Mit Hilfe der Fragen und Verfahrenshinweise im GIA-Instrument sollten die Gleichstellungswirkungen des Vorhabens identifiziert, bewertet und Ansätze zur Verbesserung formuliert werden. Ebenso galt es, die Verständlichkeit und Durchführbarkeit des Instruments zu bewerten und zu eruieren, welcher zusätzliche Datenbedarf erforderlich ist. Material der AG waren eine Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz

⁵⁰ https://www.klimaschutz.de/sites/default/files/Kommunalrichtlinie%202019_fin.pdf

⁵¹ https://www.klimaschutz.de/sites/default/files/KRL_MB_Investive%20Ma%C3%9Fnahmen_Juli2017_1.pdf

⁵² <https://www.klimaschutz.de/radverkehr>

der menschlichen Gesundheit⁵³ sowie ein Datenblatt (Fact Sheet) zu Genderaspekten im Handlungsfeld Hitzeschutz.

In der plenaren Abschlussrunde des Workshops wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen vorgestellt und im Hinblick auf die Anwendbarkeit des Instruments bilanziert. Zusammenfassend lassen sich folgende Erfahrungen in der Anwendung mit dem adaptierten Instrument benennen:

Hinweise für die Optimierung der Arbeitshilfe

Übergreifend zeigte sich für alle Arbeitsgruppen, dass es möglich war, mit dem adaptierten GIA-Instrument zu arbeiten. Die Gliederung der Genderdimensionen als Lebensbereiche wurde als zielführend und innovativ bewertet. Die Arbeitsgruppen konnten im Rahmen der knappen Zeit zwar keine vertiefende Prüfung aller Fragen durchführen. Dennoch war es relativ einfach möglich, relevante Genderdimensionen/Lebensbereiche zu identifizieren und für das exemplarische Vorhaben zu konkretisieren. Die konkreten Fragen des Instruments wurden als Vorzug erachtet. Positiv hervorgehoben wurde zudem, dass das Instrument eine vertiefte Reflexion des jeweils betrachteten klimapolitischen Vorhabens ermöglicht.

Das Instrument wurde als sehr umfangreich und voraussetzungsreich im Hinblick auf erforderliche Genderexpertise und als zu zeitaufwändig betrachtet. Daher wurde angeregt, die Prüffragen weiter zu vereinfachen und den Prozess der Prüfung genauer zu beschreiben. Die Verbindung von den Fragen in der Hauptprüfung und den Fragen zu den einzelnen Lebensbereichen sollte klarer herausgestellt und das Verhältnis zwischen den übergreifenden Prüffragen in der Hauptprüfung und den einzelnen Fragen zu den Lebensbereichen sollte konsistenter gestaltet werden. Eine Vereinfachung könne durch eine Priorisierung von Lebensbereichen (Genderdimensionen) und Prüffragen erfolgen, indem verdeutlicht wird, dass nicht alle Lebensbereiche und nicht sämtliche Prüffragen bearbeitet werden müssen, sondern dass eine Begrenzung auf eine geringere Anzahl erfolgen kann. Zudem wurde der Wunsch geäußert, genauer aufzuzeigen, auf welcher Ebene das GIA Anwendung finden solle – auf Ebene einer übergreifenden Strategie oder auf Ebene einer Einzelmaßnahme. Auf Grundlage dieser Erfahrungen bei der exemplarischen Erprobung, den Kritiken und Vorschlägen wurde das GIA-Instrument erneut angepasst. Die finale Fassung ist im Anhang (Kapitel 9.2) dieses Berichts.

Hinweise für die künftige Anwendung

Neben den oben beschriebenen Anregungen wurden in dem Workshop weitere Hinweise formuliert, wie die Nutzung der Arbeitshilfe erleichtert werden könnte. Um die künftige Anwendung des GIA zu unterstützen, sollte die Arbeitshilfe durch ein oder zwei exemplarische Durchführungen ergänzt werden. „Dabei sollte auch auf die Frage eingegangen werden, wer an der Durchführung des GIA beteiligt werden sollte, wieviel Zeit dafür benötigt wird und auf die Herkunft von und den Zugang zu Daten“ (Ines Weller). Eine Verbesserung des Instruments könne auch als ‚Learning by doing‘ im Prozess der Anwendung erfolgen, d.h. das Instrument müsse nicht erst vollständig perfektioniert werden, bevor es überhaupt zur Anwendung kommt. Ein kritischer Umgang mit wahrscheinlich oftmals nur nach Geschlecht differenzierten Daten und eine Reflexion von geschlechterdifferenzierten Ergebnissen (vor dem Hintergrund fehlender Daten zu Interdependenzen bzw. Gender+) könnte erfolgen, „z.B. indem die Ergebnisse im Hinblick auf Veränderungen in den Geschlechterrollen diskutiert werden (...) oder Datenlücken benannt werden und damit die Aussagefähigkeit der Erkenntnisse kontextualisiert wird“ (Ines Weller).

Abschließend soll noch ein Hinweis gegeben werden, der die Anwendung des GIA-Instruments insgesamt betrifft. Im Zentrum des vorliegenden Vorhabens steht die Frage, mit welchen Instrumenten die gleichstellungspolitischen Wirkungen klimapolitischer Vorhaben auf mögliche Adressat/-innen dieser

⁵³ https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/hap_handlungsempfehlungen_bf.pdf

Vorhaben ermittelt werden können. Wie eine solche Folgenabschätzung institutionell eingebettet werden kann, welche Akteurinnen und Akteure bei der Anwendung welche Aufgaben und Verantwortlichkeiten übernehmen sollten und wie das GIA-Instrument in institutionelle Prozesse eingefügt werden kann, konnte im Rahmen dieses Vorhabens nur ansatzweise thematisiert werden. Eine vertiefende Untersuchung der Anwendung und institutionellen Einbettung wäre daher wünschenswert, um herauszuarbeiten, welche Voraussetzungen und Erfolgsfaktoren beachtet werden müssen, damit die Wirksamkeit und die Handhabbarkeit des GIA-Instruments weiter verbessert werden kann.

5 Ableitung von Handlungs- und Politikempfehlungen: Wirkungsmechanismen, Bedarf an Daten und Methodenveränderungen und Analyse zentrale klimapolitischer Programme

5.1 Einleitung

Nach einer Untersuchung von Veit (2010) waren 1999 in 94% der Gesetzesentwürfe auf der Ebene des Bundes Auswirkungen auf die Geschlechter nicht dargestellt; 2003 war das noch in 79% der Fall, im Jahr 2006 hingegen nur noch in 48% der untersuchten Entwürfe. Allerdings enthielten weiterhin 45% der Gesetzesentwürfe ohne weitere Begründung die Aussage, dass der Entwurf keinerlei gleichstellungspolitische Auswirkungen habe. Somit ist mit Veit (2010) und Lewalter (2013) festzustellen, dass zwar formal eine Genderprüfung in die Gesetzesfolgenabschätzung eingeführt wurde, faktisch aber nur in geringem Umfang erfüllt wurde. Dieses Ergebnis verschärfte sich, wenn die in der letzten Dekade bereits evaluationspraktisch angewandten und auch in Nachhaltigkeits-transformatorischer Perspektive ex-ante angelegten Genderdimensionen als Kriterien (vgl. Spitzner 2017) herangezogen worden wären.

Hinsichtlich der Darstellung konkreter Auswirkungen bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter zeigt sich zwar fast eine Verdopplung, allerdings auf sehr niedrigem Niveau. Während 1999 3,9% der Entwürfe Darstellungen konkreter Auswirkungen enthielten, waren dies 2003 6,7% und 2006 7,2% der Entwürfe (Veit 2010).

Hinzu kommt, dass in den durchführenden Institutionen teilweise die Ressourcen für die Erarbeitung von genderorientierten Gesetzesfolgenabschätzungen fehlten und Gleichstellungsarbeit kulturell häufig abgewertet wird (Sauer 2014); in Berichten der Medien über Gender-Mainstreaming-Prozesse wurde das Thema daher häufig marginalisiert, obwohl jede Fachpolitik gemäß den Gender Mainstreaming-Geboten ausdrückliche Beiträge zur Verbesserung der Geschlechterverhältnisse zu erbringen hat (zu den Begrifflichkeiten vgl. [Kapitel 2.1](#)).

Der Mehrwert der Geschlechterperspektive für den Klimaschutz und für Klimaanpassung ist in Forschungsergebnissen vielfach belegt. Die in diesem Projekt durchgeführte Auswertung der weltweiten Forschung in den Jahren 2010-2017 zeigt, dass es eine substanzielle Menge von Forschungsergebnissen gibt, die die Relevanz der Geschlechterverhältnisse für alle Aspekte von Klimawandel und Klimapolitik belegen und dass sich durch die Vielfalt und Breite der Forschungsergebnisse die Anschlussfähigkeit von klimapolitischen Diskursen, Strategien, Programmen und der Umsetzung von Maßnahmen an die Gender Mainstreaming-Gebote deutlich verbessert hat (vgl. Röhr et al. 2018).

Gleichstellungsverbesserungen selbst können ihrerseits grundlegend die Wirksamkeit von Klimapolitik verbessern: „Eine Untersuchung der Verbindungen zwischen dem Gleichstellungsstatus und der Höhe des Carbon Footprints in mehr als 100 Ländern aller Weltregionen zeigt, dass nach dem Brutto-sozialprodukt die Gleichstellung der Geschlechter der Faktor mit den größten Wirkungen auf die Minderung von CO₂-Emissionen ist.⁵⁴ Ähnliche Ergebnisse liegen aus Skandinavien vor, wo Kommunen mit einem hohen Wert beim Genderbewusstsein auch die höchsten Werte bezüglich ihres Engagements in der Klimapolitik haben – und umgekehrt.⁵⁵

Für beide Wirkrichtungen – Verbesserung der Verhältnisse zugunsten Gleichberechtigung der Geschlechter durch eine genderresponsive Klimapolitik und Verbesserung der Klimapolitik durch „Gen-

⁵⁴ Vgl. Christina Ergas/Richard York, Women's Status and Carbon Dioxide Emissions: A Quantitative Cross-National Analysis, in: Social Science Research 4/2012, S. 965–976.

⁵⁵ Vgl. Christian Dymén/Måns Andersson/Richard Langlais, Gendered dimensions of climate change response in Swedish municipalities, in: Local Environment 9/2013, S. 1066–78.

derresponsiveness“ – gilt jedoch: Systematisch und differenziert können die Verbesserungen allerdings auf der Basis vorhandener Daten und Forschungsergebnisse bisher nicht (quantitativ) abgeschätzt werden. Es bleiben Fragen danach unbeantwortet, wie genderresponsiv und gleichstellungsfördernd gestaltete Klimapolitiken

- ▶ (quantitativ) abschätzbare Verbesserungen der gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse bewirken,
- ▶ dazu beitragen, die gesellschaftlichen Probleme zu lösen, der Verfassung zu entsprechen und tatsächliche Gleichheit in Chancen, Lasten und Risiken für alle Geschlechter mit ihren intersektionalen Verschränkungen zu gewährleisten bzw.
- ▶ diese zumindest nicht reproduzieren und verfestigen.

Auch bleiben Fragen danach unbeantwortet, wie genderresponsiv gestaltete Klimapolitiken

- ▶ (quantitativ) abschätzbare Verbesserungen der gesellschaftlichen Verhältnisse zugunsten emissionsfreieren Lebens, Versorgens und Arbeitens bewirken,
- ▶ dazu beitragen, die Erzeugung von Bedingungsgefügen und Rahmenbedingungen, die Emissionen und Emissionswachstum verursachen, zu verlangsamen oder gar zu vermeiden (Reduzierung der strukturellen Erzeugung von Energiebedarfen und -abhängigkeiten, Reduzierung struktureller Verkehrserzeugung),
- ▶ dazu beitragen, Bedingungsgefüge und Rahmenbedingungen zu generieren, die mit Beförderung der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit eine Anpassung an den Klimawandel gelingen lassen,
- ▶ Geschlechtergerechtigkeit wirksam und zugleich in einer Weise befördern kann, die das Emissionswachstum zumindest nicht reproduziert und verfestigt.
- ▶ Verursachung des Klimawandels zu mindern Probleme, der Verfassung zu entsprechen und tatsächliche Gleichheit in Chancen, Lasten und Risiken der Geschlechter mit ihren intersektionalen Verschränkungen zu lösen bzw.

Um solche Analysen möglich zu machen, ist die Frage des *Bedarfs* von relevanten Daten zentral. Eine Zielsetzung der Arbeiten dieses Kapitels ist es daher, herauszuarbeiten, welche *Art* von Daten erforderlich sind, um entsprechende Wirksamkeiten ausweisen zu können. Dies bedingt eine Auseinandersetzung mit den Wirkmechanismen.

Ist das Ziel einer Gendergleichstellungs-Wirkungsabschätzung, des weiterentwickelten Gender Impact Assessment (vgl. Spitzner 2017), relevante klimapolitische Potenziale für strukturelle Verbesserungen der Geschlechterverhältnisse erschließbar zu machen, dann bedarf es - insbesondere für politische Durchsetzungskraft - neben weiteren qualitativen Erkenntnissen auch *quantitativer* Daten. Nur so können Antworten auf die Fragestellung erbracht werden, wie zum Beispiel: Inwieweit trägt eine Maßnahme/Programm zu einem Abbau von Geschlechter-Hierarchien bei bzw. verfestigt oder verstärkt Machtkonstellationen, Ausgrenzungen und Abwertungen im Bereich der Klimapolitik?

Eine besondere Herausforderung stellt die Problematik der *Verfügbarkeit*, i.e. des Mangels an Gender bezogenen Daten dar, d.h. des Defizits an Datenbeständen, die sich auf die gesellschaftlichen Treiber von Ungleichheit und Hierarchisierung gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse beziehen und hierfür Aussagekraft besitzen („Genderdaten“). In Hinsicht auf die zweite Fragerichtung besteht ebenfalls ein erheblicher Mangel an Verfügbarkeit über Daten zur strukturellen Emissionserzeugung, sowohl durch strukturelle Verkehrserzeugung als auch durch strukturelle Energieabhängigkeitserzeugung. Hier sind zudem die Forschungslagen sehr dünn. Es werden deshalb Handlungs- und Politikempfehlungen für deren Erhebungsmethoden erarbeitet. Zudem werden Anregungen zur Sicherung der Erhebungskontinuität entwickelt.

5.2 Vorgehen

Für die Erarbeitungen dieses Kapitels konnte hinsichtlich Bemessung der Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen, politisch verfassungsgemäß gerechte Geschlechterverhältnisse aktiv herzustellen auf die in den letzten Jahrzehnten erarbeiteten, zur Projektgrundlage gemachten GIA-Genderdimensionen (Spitzner 2017), hinsichtlich Zusammenhängen zwischen Geschlechtergerechtigkeit und Klima auf die Ergebnisse der Literaturrecherche ([Kapitel 3](#)) und auf eine Weiterentwicklung des GIA im Klimabereich ([Kapitel 4](#)) zurückgegriffen werden.

Kapitel 5 gliedert sich im Weiteren nach den folgenden Arbeitsschritten:

- ▶ Grundlage für die Handlungs- und Politikempfehlungen: systematische Analyse der Wirkungsmechanismen zwischen Klima und Gender ([Kapitel 5.3](#))
- ▶ Ermittlung des Datenbedarfs für weitergehende Genderanalysen, Vorschläge für Erhebungsmethoden und für Erhebungscontinuität, Vorschläge von Analysen ([Kapitel 5.4](#))
- ▶ Wirkungsanalyse von drei zentralen klimapolitischen Programmen und Strategien ([Kapitel 5.5](#)) und Ableitung von Handlungsempfehlungen für die deutsche Klimapolitik im Mehrebenensystem sofern diese sich ganz konkret auf die Programme und Strategien beziehen. Übergeordnete Empfehlungen finden sich in [Kapitel 6](#).

Zentrale Programme und Strategien für die deutsche Klimaschutzpolitik sind der Klimaschutzplan 2050 auf Bundesebene sowie die Förderung kommunaler Masterpläne ‚100 % Klimaschutz‘ im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI). Die Deutsche Anpassungsstrategie fixiert die grundlegende Ausrichtung der deutschen Klima-Anpassungspolitik und wird deshalb ebenfalls zur Analyse herangezogen.

Die Ableitung von Handlungs- und Politikempfehlungen für die deutsche Klimapolitik im Mehrebenensystem wird deshalb in Hinsicht auf diese zentralen aktuellen klimapolitischen Programme/Strategien vorgenommen. Diese werden daher einer Genderanalyse unterzogen.

5.3 Wirkungsmechanismen zwischen Klima und Gender

Die Erkenntnisse aus diesem Projekt sollen wichtige Beiträge liefern für zwei Wirkrichtungen: Verbesserung der Geschlechterverhältnisse durch genderresponsive Klimapolitik sowie Verbesserung der Klimapolitik durch Gleichstellungsorientierung und die Bearbeitung ihrer Genderdimensionen. Für beide gilt: *Systematisch* und dabei differenziert in Hinsicht auf bestehende Geschlechtergerechtigkeits- und Gleichstellungsprobleme können die Verbesserungen auf der Basis vorhandener Daten und Forschungsergebnisse bisher nicht (v.a. quantitativ nicht) abgeschätzt werden. Handlungs- und Politikempfehlungen gestalten sich ohne eine solche Evidenzbasierung schwierig. Von daher stellen sich folgende Fragen:

- ▶ Wie können die Wirkungsmechanismen zwischen Klimapolitik und Geschlechtergerechtigkeit in Form von Daten (besser) gefasst werden?
- ▶ Wie kann ihre Adressierung richtungssicher, so dass Klima- und Gleichstellungs- bzw. Gerechtigkeitsziele erreicht werden, *und* politik- und durchsetzungsfähiger gemacht werden?
- ▶ Wie können die Wirkungsmechanismen zwischen Klimapolitik und gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen politisch-strategisch adressiert werden?

Um diese Analysen möglich zu machen, wird auch hier auf die während des Projekts weiter entwickelten sieben Genderdimensionen zurückgegriffen (vgl. [Kapitel 2](#)). Diese reichen über Analysemöglichkeiten allein auf der Ebene rein phänomenologischer Differenzen qua *sexus* hinaus, da letztere wenig Erkenntnisgewinn über Wirkungszusammenhänge bieten. Stattdessen erfassen sie gerade die gesellschaftlichen Bereiche, durch die es unserer Gesellschaft und Politik bisher nicht gelingt, die Verfas-

sungsgebote der Geschlechtergleichstellung tatsächlich zu erfüllen, in *systematischer* Weise und ermöglichen zugleich eine Operationalisierung für konkrete Analysen, Bewertungs- und Handlungs-Ableitungen. Die weiterentwickelten Genderdimensionen basieren auf dem frühen niederländischen GIA-Ansatz (vgl. [Kapitel 4](#)) sowie den ersten deutschen GIAs (Strahlenschutz etc.; ebenda) und dem systematisiert wirkungsbezogenen ex ante- wie auch ex post-anwendbaren Gender Impact Assessment (GIA), das für technologie- und infrastrukturdominierte Politikfelder entwickelt wurde (Spitzner 2005) und Anwendung findet bis hin zur Entwicklung innovativer klimapolitischer Politikansätze im Energiebereich (Spitzner/ Buchmüller 2016)⁵⁶. Im Forschungsprojekt wurden die Genderdimensionen in einem internen Diskussionsprozess weiter geklärt. Dabei ging auch ein weiterer Dimensionen-Ansatz ein, der auf gesellschaftlichen Prozessen basiert (Hemmati & Röhr 2008, Alber et al. 2011). Klimapolitik ist ein komplexes Unterfangen, das nicht nur in verschiedenste Handlungsfelder und politische Sektoren hineinreichen muss, um Wirkungen zu entfalten, sondern auch durch Verbundenheit der Erzeugungszusammenhänge von Emissionen mit tiefgreifenden Strukturierungen des Wirtschaftens und Haushaltens mit wesentlichen transformatorischen Herausforderungen konfrontiert ist. Um dem Rechnung zu tragen, wurden im Vorhaben für die Entwicklung der analytischen Grundlage der Genderdimensionen Beiträge zur nicht-androzentrismen Transitionsforschung (Spitzner/Beuermann et al. 2016) eingebracht.

Tabelle 8: Überblick über die Genderdimensionen (Treiberorientierung)

	Treiber
Genderdimensionen	Symbolische Ordnung: geschlechtshierarchisierende Bedeutungszuschreibungen und -positionierungen, Narrative und Modernisierungsstrategien
	Krise der Versorgungsökonomie ⁵⁷
	Ungleichheitsdynamiken der Erwerbsökonomie
	genderbasierte Fehlsteuerungen bei Öffentlichen Infrastrukturen/ Ressourcen
	durchdringender Institutionalisierungsgrad von Androzentrismen/ asymmetrische Definitionsmachtverhältnisse
	Nichtrepräsentanz von Gleichstellungsanliegen auf Akteursebene und damit Mangel an gerechten Gestaltungsmachtverhältnissen
	Nichtsanktionierung von Grenzverletzungspotenzialen/Mangel an Selbstbestimmung in der gesellschaftliche Organisation von Sexualität, Gesundheit, Körperlichkeit.

⁵⁶ Diese GIA wurde in der nichtandrozentrischen Verkehrsforschung erarbeitet. (Zum Begriff „Androzentrismus“ vgl. [Kapitel 2.1](#)) In ihre Weiterentwicklung flossen Anwendungserfahrungen aus verschiedenen fachpolitischen Kontexten ein: die der Transformationsanalyse der Bahnreform, Regionalisierung des Nahverkehrs, Privatisierung der Deutschen Bundesbahn und netzgebundener Infrastruktursysteme der versorgungsnahen Bereiche Wasser, Energie und Kommunikationsnetze, der Gender-Analyse der Europäischen Verkehrspolitik (European Parliament, Directorate General Internal Policies of the Union 2006), der Projektevaluationen und Instrumentenentwicklung im Rahmen des Gender Mainstreamings der internationalen investiven Zusammenarbeit des Bundes im Sektor Verkehr (Spitzner u.a. 2007; KfW 2007) sowie bei der Analyse des Handlungsbedarfs und Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie Österreich zugunsten nicht durch gender-biase belasteter und Umwelt schützender wirksamer Verkehrsforschungs- und Technologiepolitik. Diese letztere Analyse erfolgte in den Feldern 1. Regelwerke/Richtlinien (Richtlinien FSV), 2. Gremien/Institutionen (Neuer Hauptbahnhof Wien Europa Mitte), 3. Verfahren (SUPER NOW) sowie 4. Technologieprogramme (drei Impuls- und zwei Technologieprogramme wie „IV2S Intelligente Verkehrssysteme und Services“) (Knoll u.a. 2009, unveröffentlicht).

⁵⁷ vgl. Tabelle 9.

Operationalisiert wurden die Genderdimensionen in den Teilprojekten des Vorhabens entsprechend der jeweiligen Fragestellung unterschiedlich. Basal waren Grundlagen-Inputs beim Kick-Off des Vorhabens (vgl. Spitzner 2017). Die Operationalisierung der Genderdimensionen erfolgte z.B. in der Klima-GIA in forschungs- und beratungspragmatischen Beschränkungen und mit Blick auf die bisher potenziell adressierbare Zielgruppe ‚GIA Anwender/-innen‘. In der Konsequenz wurde eine Genderdimension nicht durch Prüffragen operationalisiert, so dass dort nur sechs zur praktischen Anwendung kommen (Kapitel 4). Für die Zielsetzung ‚Wirkungsanalysen‘ in Kapitel 5 werden hingegen die sieben in Kapitel 2 definierten Genderdimensionen in Gänze angewandt. Hier wird auch die Anwendbarkeit der Genderdimensionen besonders für technologie- und infrastrukturdominierte Politikfelder genutzt.

Im Sinne der Wirkungsmechanismen in Kapitel 5 stellen sich die Genderdimensionen problemorientiert dar, nämlich als solche, die die wesentlichen gesellschaftlichen Bedingungs- und Treiber-Ebenen von Ungleichheit und Hierarchisierung gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse abdecken und die Treiber benennen (Tabelle 8). Diese auf Wirkungsmechanismen konkretisierten Genderdimensionen werden für die Wirkungsanalysen in Kapitel 5 verwendet.

Die Genderdimensionen beleuchten weniger die Mikro-Ebene als vielmehr die jeweilige Makro-Ebene in ihren Wirkungszusammenhängen mit Meso- und Mikroebene, denn in Bezug auf bestehende Wirkungsmechanismen kommt diesen wesentliche Bedeutung zu.

Beispielsweise gehen von der ‚Krise der Versorgungsökonomie‘ komplexe und dialektisch wirksame Dynamiken aus, die sowohl abträglich für Klima als auch abträglich für Gleichstellung sind – und die deshalb eine genau gleichzeitige Klima- und gendertransformative Gegensteuerung und Wirksamkeit nötig, sinnvoll und effektiv machen (Tabelle 9).

Tabelle 9: Krise der Versorgungsökonomie

Krise der Versorgungsökonomie

Die „Krise der Versorgungsökonomie“ stellt eine vergeschlechtlichte gesellschaftliche ökonomisch-ökologisch-soziale Krise dar. Der darunterliegende theoretisch-konzeptionelle Ansatz fokussiert auf Wirkungsmechanismen zwischen Gender als gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen und Umweltpolitik bzw. gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Er liegt auch aktuellen Veröffentlichungen zu klimarelevanten Handlungsfeldern bzw. umweltpolitik-konzeptionellen Arbeiten zugrunde (vgl. Brischke et al. 2015 sowie bspw. Spitzner/Buchmüller 2016, Gottschlich 2012, Jaeger-Erben et al. 2011). Er wurde 1995 eingeführt (Spitzner/ Beik 1995) und hat neben der anwendungsorientierten feministischen Umweltpolitikdiskussion (insbes. zu Verkehr) auch die theoretische Diskussion der feministischen Umweltforschung stark mitbestimmt, wie bspw. Schultz (1998) und Vinz (2009) ausführen.

Vermittels des Blicks auf die Krise der Versorgungsökonomie lässt sich der dialektische Zusammenhang zwischen rationaler wie auch materialisierter infra-/struktureller, politischer und ökonomischer Ausblendung, Abwertung, Nichtbedienung, Externalisierung und Vereinnahmung der gegenderten Ökonomie der Reproduktion einerseits und Generierung ökologischer Probleme andererseits, welche wiederum ihrerseits genderhierarchische Strukturierungen zeitigen, sichtbar machen. Dies zeigte sich am Beispiel der höchst klima-relevanten Verkehrserzeugung, die aus vergeschlechtlichter personaler, zeitlicher, räumlicher, ökonomischer und infrastruktureller Desintegration von Reproduktions- und Erwerbsökonomie resultiert, indem typische im ‚Privaten‘ verfügbare Krisen-Anpassungsstrategien („Reproduktionslagen“) *zugleich* genderhierarchisierende Lebenslagen in Haushalten, eine Fortschreibung der politischen und ökonomischen Externalisierung („Privatisierung“) von Reproduktionsaufwand sowie ökologisch problematischen Verkehrsaufwand und sozial problematische Mobilitätsrestriktionen in der Gesellschaft zeitigen. Der Blick auf die Krise der Versorgungsökonomie ermöglicht, dem dominierenden methodologischen Individualismus in der Umweltpolitik (z.B. umweltrelevantes Handeln eher als Frage der Motivierung, Mobilisierung, Bildung o. ä. denn als Frage nach ermöglichenden Bedingungen für betrachtbar zu halten) sowie wenig gender-transformativen und wiedererstarkenden Differenzansätzen in der Umweltpolitik wirksamere Ansätze entgegensetzen zu können. Denn dieser Ansatz ermöglicht eine Bewältigung des

Makro-(Meso-)Mikro-Link's: die Betrachtungsmöglichkeit der Wechselwirkungen zwischen struktureller/politisch-ökonomischer, institutioneller/Haushalts(wirtschafts)- und individueller Ebene. Diese Herausforderung ist theoretisch und methodisch sonst nicht trivial zu lösen und sektorpraktisch bzw. (real-) politisch nicht so einfach zu adressieren, jedoch in transformatorischer Perspektive auf Nachhaltigkeit und Verbesserung der Geschlechterverhältnisse durch Umweltpolitiken erforderlich, um tragfähige und innovative wirksame umweltpolitische Handlungsmöglichkeiten erschließen zu können.

Eigene Darstellung, vgl. Röhr/ Alber/ Göldner 2018

5.4 Datenbedarf

Die Betrachtungen der Datenbedarfe basieren auf den Erkenntnissen zu den Wirkungsmechanismen (Kapitel 5.3), der Auswertung der Erkenntnisse zur Datenlage aus dem Forschungs-Review der internationalen genderbezogenen Klimaliteratur (Kapitel 3) sowie praktischen empirischen, methodenkritischen und -rekonstruktiven Vor-Erfahrungen im Bereich Verkehr und partiell Energie.

Wissenschaftlichkeit verlangt größtmögliche Objektivität, mithin Transparenz über mögliche Verzerrungen. Gleichzeitig ist Politik in Demokratien Rechtstreue, Gemeinwohl und Grundrechten aller verpflichtet und muss Akzeptabilität⁵⁸ aufweisen, damit ihre Legitimität anerkannt werden kann. Dieses gebotene Maß an Objektivität und Ausgewogenheit sowie die Akzeptabilität bemessen sich daran, dass nicht implizit und unreflektiert Maskulinität zum Maßstab erhoben wird. Wie ausgewogen und akzeptabel bzw. wie genderbedingt androzentrisch realitätsverzerrend und genderhierarchisierend sachliche Aussagen, Problembeschreibungen oder Lösungsentwürfe sind, wird erst dann transparent, wenn die aus den ungleichen Geschlechterverhältnissen resultierenden impliziten, traditionell genderhierarchisierenden Elemente in Konzept, Framing, Begriffen, Kategorienbildung, Methodologie, Ausgrenzung bzw. Einbeziehung von Wissensbeständen genau herausgearbeitet, ausgewiesen und korrigiert werden (vgl. Gender Mainstreaming). Von den Korrekturen dieser impliziten Genderhierarchisierungen, praktisch umgesetzt durch die Bearbeitung der sieben Genderdimensionen, hängen im strengen Sinne Wissenschaftlichkeit oder auch nur Sachlichkeit sowie verantwortbare gesellschaftliche Nützlichkeit ab.

Dies gilt nicht nur für sich auf genderblinde Daten berufende klimapolitische Aussagen, Problembeschreibungen, Lösungsansätze und Maßnahmenentwicklung, sondern auch für die Interpretation von Daten, die Definition von Messgrößen und auch für Konzepte, Framing, Begriffe, Kategorienbildung und Methodologie, mit denen Daten erhoben werden.

Sex-bezogene Daten, die nur nach dem biologischen Geschlecht differenzieren, sind ein Anfang, um über ggf. vorfindbare Geschlechterdifferenzen sichtbar zu machen, das ihnen zugrundeliegende Ungleichheitsverhältnisse ihren Niederschlag finden, bzw. um sich zu versichern, dass letztere im Fragekontext nicht (in nennenswertem Umfang) bestehen.⁵⁹ Aber sie reichen nicht aus, um gesellschaftliche

⁵⁸ „Akzeptabilität“ ist ein zentraler Begriff der Technikfolgenforschung sowie später der Technikgeneseforschung, die sich kritisch mit Technologieentwicklungen, insbesondere Risikotechnologien befassen, und stellt Fragen nach der Akzeptierbarkeit. Akzeptabilität bezieht sich auf Eigenschaften von technologischen Systemen und im weiteren auch auf die von Maßnahmen und Strategien, im Gegensatz zum Begriff ‚Akzeptanz‘, der sich auf Reaktionen hierauf, von Zustimmung bis Hinnehmen, von Akteuren bezieht. Die Begriffe unterscheiden sich damit wesentlich voneinander: Maßnahmen, die in Bezug auf die zugrundegelegten Kriterien ‚akzeptabel‘ sind, können auf Nicht-Akzeptanz stoßen. Umgekehrt können inakzeptable Maßnahmen (vorläufige) Akzeptanz erfahren, etwa weil Folgen daraus für die Akteure nicht überschaubar sind, Implikationen nicht erkannt werden, inhärente Nachteile für Dritte als nachrangig betrachtet werden, weil Akteure sich nicht mit genügend Definitionsmacht, Kraft oder Zeit ausgestattet sehen, ihrem Widerspruch Ausdruck verleihen zu können, oder aus anderen Gründen.

⁵⁹ Im Umweltbundesamt wird für die Deutsche Umweltstudie zur Gesundheit (GerES), die Einführung von Gendermerkmalen im Fragebogen und neue Formen der Datenauswertung unter Berücksichtigung gendertheoretischer Konstrukte erprobt. Dies ist ein Pilotprojekt im BMBF Projekt INGER (Integration von Geschlecht in die Forschung zu umweltbezogener

Geschlechtergerechtigkeits- und Gleichstellungsprobleme zu beschreiben, da sie nur die phänomenologische Ebene adressieren, jedoch die Dynamiken der Aufrechterhaltung und Erneuerung genderhierarchischer Strukturierungen nicht abbilden können – ebenso wenig wie zu Nachhaltigkeit transformierende Entwicklungsansätze von Politiken und Strategien. Nicht zuletzt deshalb hat sich bei der Entwicklung von Nachhaltigkeits-Indikatoren die Commission for Sustainable Development der Vereinten Nationen bereits Anfang der 1990er Jahre entschieden, nicht nur Zustands- und Ziel-Indikatoren zu formulieren, sondern vor allem Indikatoren zu ‚driving forces‘. Deshalb sind systematische Genderdaten, Daten in Bezug auf die (Milderung der) gesellschaftlichen Gleichstellungsprobleme, notwendig: Daten, die aussagefähig sind in Bezug auf genderhierarchische gesellschaftliche Verhältnisse, Bedingungen und Strukturierungen sowie Daten zu treibenden Kräften, die die Erneuerung solcher Strukturierungen in modernen Gewändern bzw. deren Überwindung zugunsten nachhaltig geschlechter-unhierarchischer gesellschaftlicher Bedingungen und Entwicklung (via positiva) abzubilden in der Lage sind.

Wie die Gesellschaftsprobleme mit starken Geschlechtsbezügen *praktisch* und *systematisch* erfasst werden können und wie diese als *systematisches Referenzsystem* für die sachliche Beurteilung von politischen Konzepten, Maßnahmen, gesetzlichen Vorhaben oder die Gestaltung von und Entscheidungen über – klima(anpassungs)politisch relevante – Infrastruktursysteme umsetzbar eingeführt werden können, wurde im Zuge der Entwicklung der Genderwirkungsprüfungen⁶⁰ erarbeitet (Gender Impact Assessment). Hierbei ist eine Orientierung an den in diesem Vorhaben weiterentwickelten entsprechenden Genderdimensionen, die die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungs- und Treiber-Ebenen abdecken, wichtig (s.o.; vgl. [Kapitel 3](#)).

Damit ist der *grundlegende Datenbedarf* umrissen: Es bedarf Daten, die aussagefähige Informationen liefern zu den sieben Genderdimensionen und zu ihren Unterdimensionen (vgl. [Kapitel 2](#)), und die dabei jeweils eine problemorientierte Fokussierung auf die Wirkungsmechanismen der wesentlichen gesellschaftlichen Treiber von Ungleichheit und Hierarchisierung gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse erlauben (vgl. [Kapitel 5.3](#)).

- ▶ **Symbolische Ordnung:** Hierarchisierungen, Bedeutungszuschreibungen und –positionierungen, Geschlechterstereotypen, genderhierarchisierende Narrative und Modernisierungsstrategien
- ▶ **Versorgungsökonomie/Sorgearbeit:** Zuschreibung, Stellenwert, Verteilung und Instrumentalisierung im gesellschaftlichen Wirtschaften
- ▶ **Erwerbsökonomie:** Horizontale und vertikale Segregation, ökonomische Arbeitsbewertung, Armuts-, Eigentums-, Vermögensverhältnisse
- ▶ **Öffentliche Infrastrukturen/Ressourcen:** Bereitstellung, Ausrichtung, Priorisierung, Zugänglichkeit, Gebrauchsfähigkeit von öffentlichen Infrastrukturen (Raum, Verkehrssystemen etc.) und Ressourcen

Gesundheit: Aufbau einer fundierten Evidenzbasis für geschlechtersensible Prävention und umweltbezogenen Gesundheitsschutz). Es setzt sich damit auseinander, inwiefern Sex & Gender inkl. mehr als 2 Geschlechter in quantitative Erhebungen berücksichtigt werden können.

⁶⁰ So bezeichnete die Kreditanstalt für Wiederaufbau die von ihr beauftragte Entwicklung eines Gender Impact Assessments im Rahmen des Vorhabens des Gender Mainstreaming ihres Sektors Verkehr, Vgl. auch das KfW-Positionspapier zu deren Anwendung (Spitzner et al. 2007).

- ▶ **Institutionalisierter Androzentrismus/Definitionsmacht:** Maskulinitätsmodelle als Maßstab in fach-/handlungsfeldspezifischen Problemwahrnehmungen, Methoden etc., institutionalisierte inhaltlich-kognitive Genderhierarchisierungen
- ▶ **Definitions- und Gestaltungsmacht auf Akteursebene:** Teilhabe und Berücksichtigung von Genderexpertise bei Entscheidungen, v.a. in Wissenschaft, Technik und Politik
- ▶ **Körper, Gesundheit und Selbstbestimmung:** Privatsphäre („Intimacy“) Gesellschaftliche Organisation von Sexualität, Gesundheit, Gewaltfreiheit, Privatsphäre, sexueller Selbstbestimmung.

Im Sinne der Wirkungsmechanismen stellt sich der zentrale Datenbedarf dar als Bedarf nach Daten zu den wesentlichen gesellschaftlichen Bedingungs- und Treiber-Ebenen von Ungleichheit und Hierarchisierung gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse. Es bedarf Daten, die aussagekräftig sind darüber, wie stark ausgeprägt noch die Dynamiken der Aufrechterhaltung und Erneuerung genderhierarchischer Strukturierungen sind. Anders als solche Daten, die lediglich Unterschiedlichkeiten von Männern, Frauen und anderen Geschlechtern zu konstatieren vermögen, können Treiber-bezogene Daten Aufschluss geben, ob Maßnahmen Wirksamkeiten zugunsten von Geschlechtergerechtigkeit entfalten.

Wirtschaftliche Fragen haben in politischen Entscheidungsprozessen und –begründungen inzwischen einen dominanten Stellenwert erlangt – umso bedeutsamer ist, ob wirtschaftliche Fragen genderneutral gefasst sind oder genderhierarchisch: ob ein ‚erweiterter Wirtschaftsbegriff‘ oder (um Reproduktion) ‚erweiterter Produktivitätsbegriff‘ zugrundegelegt wird, oder genderverzerrt und genderhierarchisierend unter Wirtschaft nur die Erwerbsökonomie und marktvermittelte, monetär vergoltene Leistungen, Kosten, Arbeit etc. begriffen und in ‚Wirtschafts-Daten‘ erfasst werden, somit eine Abspaltung, Ausblendung, Aneignung, Abwertung des nicht dem Maskulinen zugeschriebenen unternommen wird und die gesamte Versorgungsökonomie externalisiert wird.

Daten zur Entwicklung der Krise der Versorgungsökonomie sind somit besonders wichtig. Hier jedoch sind fast keine Datenbestände vorhanden. Eine Mindestanforderung haben bereits die Beschlüsse der Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen 1995 von Beijing formuliert, die parallel zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) den amtlichen Ausweis der jährlichen nationalen versorgungsökonomischen Leistungserbringungen verlangen. Diese Beschlüsse werden in Deutschland bisher nicht umgesetzt.

Es werden allerdings sogenannte *Zeitbudget-Studien* erstellt; diese zeichnen sich durch weitgehend genderausgewogene Methodologien aus und lösen insbesondere die Problematik einer nicht-androzentrischen Abgrenzung von Arbeit (unbezahlter Versorgungsarbeit für sich und andere) und Freizeit methodisch dadurch, dass sie explizit zwischen familialer und personaler Zeit unterscheiden. Sie weisen anhand systematischer Erfassung der durch Frauen und Männer investierten Zeitaufwände den Umfang versorgungsökonomischer Investitionen aus und setzen ihn in einen (der Erwerbsökonomie kompatiblen) Wert, qua eines Hauswirtschafter/-innen-Gehalts (welches selbst allerdings noch genderhierarchisch geprägt niedrig ist im Vergleich zu anderen Management-Gehältern). Auf Bundesebene sind dadurch Daten zu Umfang, Verteilung und Wert der nationalen versorgungsökonomischen Leistungserbringungen verfügbar, und ein Anfang zu genderneutralem basalem wirtschaftlichen Wissen generiert. Dass selbst in unserem hochindustrialisierten Staat das Volumen der Versorgungsarbeit das der Erwerbsarbeit übersteigt, verweist auf den Stellenwert, der den versorgungsökonomischen Fragen innerhalb der ökonomischen Betrachtungen zukommt, sollen diese nicht genderbedingt an den Realitäten vorbeigeführt werden. Indem gesellschaftliche Milliardenwerte unbezahlt geschaffen werden, ergibt sich (auch klima-) politische Verantwortung für die Entwicklung der Versorgungsökonomie. Trotz oft gegenteiligen Eindrucks beläuft sich der Anteil der mithelfend versorgungsökonomisch tätigen Männer bei immer noch unter 30%, der versorgungsökonomisch abstinenden über 70% und der Gender-Care-Gap liegt heute noch immer bei 52,4% - Männer leisten 52,4% weniger unbezahlte Sorgearbeit als Frauen (Deutscher Bundestag 2017). Die politischen Herausforderungen der genderbasierten, d.h. auf struktureller Abspaltung, Ausblendung, Aneignung, Abwer-

tung des nicht maskulin Zugeschriebenen (vgl. Spitzner 1997a) gründenden gesellschaftlichen Krise der Versorgungsökonomie sind somit zentral für eine nachhaltige und klimaverträgliche Wirtschaft.

Versorgungsökonomische Daten lässt der Bund systematisch bisher jedoch nur alle ca. 10 Jahre erheben (1991/1992, 2001/2002, zuletzt 2012/2013). Sie werden bisher nicht parallel zum BIP diskutiert und in diesem Kontext politisch thematisiert.

Bisher lässt sich nicht erkennen, dass versorgungsökonomische Daten (und weitgehend auch Daten zu den weiteren gesellschaftlichen Genderdimensionen als wesentlichen Strukturierungsbereichen gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse) fachintegriert systematisch und mit gleichem Gewicht wie erwerbsökonomischen Daten abgefragt geschweige denn im fachlichen und sachlichen Kontext generiert werden (vgl. z.B. Kap. 5.5.3.6). Es wäre zu prüfen, inwieweit sie mit gleichem Gewicht wie erwerbswirtschaftliche Daten zur Grundlage für neue Wissensgenerierung bzw. für wirtschaftspolitische und ressortielle bzw. fachpolitische Entscheidungen gemacht werden.

Gerade aber bei ressort- oder handlungsfeldspezifischen Fragestellungen wie bei Klimapolitik und Klimaanpassungspolitik sind deren versorgungsökonomische Datengrundlagen von großer Bedeutung, sowohl für klimaverträgliches Wirtschaften als auch für Genderausgewogenheit: Erkennbarkeit der gesellschaftlichen Wirklichkeiten, Potenziale und Hemmnisse hängen ebenso davon ab wie die Erschließung effektiverer und nicht selten innovativer Handlungsfähigkeiten und Perspektiventwicklung. Für die Konzeptualisierung und praktische Umsetzung von Planung und Politik hat es große Auswirkungen, wenn etwa bei der Bildung von Kategorien für zentrale empirische Grundlagen *nicht* durchgängig die für die Gleichstellungsprobleme unserer Gesellschaft aussagefähigen Dimensionen des jeweiligen Sachzusammenhangs einbezogen werden.

Ein praktisches Beispiel kann hier das Verständnis vertiefen, welche Art Daten nötig sind: Es stellt für sachliche Realitätswahrnehmung und politische Handlungsfähigkeit ein Problem dar, wenn z.B. in der nationalen Erhebung des Mobilitätsverhaltens Wegezwecke gebildet werden, bei denen unter dem Wegezweck ‚Arbeit‘ die versorgungsökonomische Arbeit gar nicht als Arbeit begriffen und nicht als solche erkennbar quantitativ erfasst wird. Indem Versorgungsarbeit als Nicht-Arbeit begriffen und (direkt oder indirekt) der dafür verbleibenden Kategorie ‚Freizeit‘ zugeordnet wurde, entsprechend das enorme Wachstum an Versorgungsarbeits-Verkehr genderbedingt verzerrend als Freizeit-Verkehr zählte., konnte es geschehen, dass eine große Freizeitverkehrsproblematik forschungs- und sachpolitisch thematisiert wurde. Die entsprechend angestrebten ‚Lösungen‘ waren in keiner Weise in der Lage, gegenüber dem Wachstum an Versorgungsarbeits-Verkehr Abhilfe zu schaffen (vgl. Spitzner 1997b; vgl. Lanzendorf 2001). Das Fazit aus diesem Beispiel ist: Um beispielsweise Verkehr genderneutral betrachten zu können, muss bei Wegezweck-Kategorien, standardmäßiger Datenaggregation und -auswertung zwischen Erwerbsarbeits- und Versorgungsarbeits- Verkehren unterschieden und versorgungsökonomische Verkehrsdaten systematisch erfasst und dann auch wiederum zwecks ökonomischer Aussagekraft zu einer Hauptkategorie ‚versorgungsökonomischer Verkehr‘ aggregiert ausgewertet werden.

Als für die Klimapolitik⁶¹, hier insbesondere für Politiken zur Verkehrsvermeidung bzw. zur Reduzierung der strukturellen Generierung von Energiebedarfen (Energie-Suffizienzpolitik; vgl. Thomas et al. 2019 sowie Spitzner/Buchmüller 2016), aber auch für Klimaanpassungspolitikstrategien (insbesondere im Hinblick auf Redundanzen, die Resilienzen und Minderung von Vulnerabilitäten ermöglichen) fruchtbare weitere Differenzierungskategorien werden hier vorgeschlagen:

- Differenzierung nach Raumtypen,

⁶¹ Klimapolitik ist mehr als Energie- und Verkehrspolitik. Die Betrachtung weiterer Bereiche z.B. Land- und Forstwirtschaft, Ernährung, Bauen und Wohnen erfolgt kursorisch.

- ▶ Dichte reproduktionsnaher Infrastruktur,
- ▶ Mietpreisluster,
- ▶ Haushaltstypen (Ernährerhaushalt vs. partnerschaftlichen vs. Singlehaushalt vs. Haushalt mit mitwohnender Pflegekraft vs. anderen Wohnformen, wie WG, Mehrgenerationen-Haushalt u.a.,
- ▶ Individualeinkommensgruppen,
- ▶ Haushaltseinkommensgruppen,
- ▶ haushaltsspezifische aktive Reproduktionslagen⁶² (Zahl der ‚Versorgenden‘: der im Haushalt versorgungsökonomische Leistungen Erbringenden),
- ▶ haushaltsspezifische passive Reproduktionslagen (Zahl zu Versorgender),
- ▶ versorgungsökonomische Lebensphase der Haushaltsmitglieder (passiv-bedürftige Phase, aktive, Phase ‚leeren Nests‘, Phase wieder aktiveren Engagements, eher passiv-bedürftige Phase)⁶³,
- ▶ Alterszusammensetzung,
- ▶ versorgungsökonomische (Verkehrs-) Relationen zwischen versorgungsgebenden und -angewiesenen Haushalten und
- ▶ deren räumliche Distanzklassen,
- ▶ haushaltsspezifischer qualitativer und quantitativer Nahverkehrsangebotslevel (Erschließung/Netzanschlussqualität, Taktdichte/Bedienungsqualität, Gebrauchsfähigkeit Haltestellen, Ausstattung, Tarifgestaltungsqualität, bedrohungs- und barrierefreie Zugänglichkeit) etc.

Damit würde beispielsweise erkennbar, welches Wachstum an versorgungsökonomischem Verkehrsaufwand sich derzeit entwickelt, welche Faktoren dabei eine besondere Rolle spielen (Faktoren einer klimapolitisch, ökologisch, sozial, erwerbs-, versorgungsökonomisch und hinsichtlich Gender problematischen Verkehrserzeugung), welche Wechselwirkungen zwischen Krise der Versorgungsökonomie und Klimaproblematik, welche Potenziale sich damit auf tun etc.

Fachlich integriert durchgängig die versorgungsökonomischen Datengrundlagen und die Daten zu den sechs weiteren gesellschaftlichen Genderdimensionen zu generieren, produziert ein Wissen, das den Genderbias neutralisiert und damit Wertigkeiten (auch im Sinne von Prioritäten) des gesellschaftlich Weiblichen und des gesellschaftlich Männlichen in den jeweiligen fachlichen Zusammenhängen verändert. Es schafft mit auch Grundlagen für diese Veränderungen. Nach bisherigen Erfahrungen (vgl. Deutscher Städtetag 1995; Spitzner/Buchmüller 2016) forciert zugleich der Bezug auf solche Daten, dass sich die tatsächlich relevanten Kontexte, innerhalb welcher die klimapolitischen Maßnahmen greifen sollen, viel offensichtlicher zeigen und sich damit politische Handlungsmöglichkeiten erschließen, die durch realistischeren Bezug auf die relevanten Alltagsbedingungen der Bürger/-innen klimapolitisch, ökologisch, sozial, erwerbs- und versorgungsökonomisch sowie hinsichtlich Herstellung von Gendergerechtigkeit viel adäquater und akzeptabler sind.

Datenbedarfsebenen - Bedarfskategorien für Daten

Ergebnis der Ermittlung wirkungsbezogenen Datenbedarfs ist, dass grundsätzlich Daten für folgende verschiedene Ebenen bestehen, die somit *Bedarfskategorien an Daten* darstellen:

- ▶ Bedarf an Daten, die die *Verbindung zwischen Ungleichheit und Verantwortung für den Klimawandel* empirisch transparent machen (u.a. Pearse 2016) und *deren Entwicklung* in Zeitreihen beobachten.

⁶² Vgl. Spitzner/Beik 1995/99.

⁶³ Vgl. o.g. Zeitbudgetstudien sowie ‚Lebenslaufkonzept‘: Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2017.

- Bedarf an Daten zu den *Treibern von Geschlechterungerechtigkeit*, die in Beziehung gesetzt werden können zu Klimaaspekten (u.a. Resurreccion 2013):
Zum Beispiel bezogen auf Gender Dimension 2: Daten zu struktureller Überhöhung/Relativierung erwerbsökonomischer gegenüber versorgungsökonomischen und gemeinwirtschaftlichen Rationalitäten in Ökonomie und Wirtschaft,
z.B. wo und wie sind (noch und stärkbar) Nahversorgungs-Prinzipien verankert in Geschäftsmodellen,
z.B. wo und wie sind (noch und stärkbar) Nahversorgungs-Prinzipien verankert in versorgungswirtschaftlichen Unternehmen (Energie, Wasser, Verkehr) usw.
- Bedarf an Daten und Forschung zu den *Treibern von Klimawandel*, die in Beziehung gesetzt werden können zu den Treibern von Ungleichheit und Hierarchisierung gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse (Genderdimensionen):
 - Daten zu struktureller *Verkehrserzeugung* (vgl. Spitzner 2005; Lanzendorf 2007): Welcher Art Raumplanung und welche Art Flächenplanung generieren Verkehr und worauf kommt es dabei genau an? Welche Art Wirtschaftspolitik und welche Rahmensetzungen genau generieren Verkehrsaufwand für Güter oder Haushalte? Welche Geschäftsmodelle generieren Verkehrsaufwand? Welche Deregulationen generieren Verkehr?
 - Daten zu struktureller *Erzeugung von Energiebedarfen und -abhängigkeiten* (vgl. Brischke et al. 2016; Spitzner/Buchmüller 2016): Welche Technologisierung welcher Art für welche Zwecke und Interessen genau erzeugt Energiebedarfe und -abhängigkeiten bei Haushalten und Versorgungsökonomie, Bürgerinnen und Bürgern? Wie nimmt sich der Vergleich zwischen den beiden Politikstrategien einerseits einer ‚Erwerb-und-Sorge‘-Politik (in Wirtschafts-, Sozial-, Renten-, Arbeitsmarktpolitik) (vgl. Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2018) und andererseits einer ‚Smart-Home‘-Politik der durchdringenden Technologisierung von Haushalten und Versorgungsökonomie aus? Welche Szenarien erweisen sich als am weitest gehenden geeignet, zugleich die Energiebedarfserzeugung und die geschlechtshierarchischen Strukturierungen (der Versorgungsökonomie, der Erwerbsökonomie, der Infrastruktursystem-Auslegungen, der öffentlichen Ressourcen etc.) zu mindern?
- Bedarf an indizierenden Daten qua biologischen Geschlechtern, die Hinweise zu Zusammenhängen aus den Genderdimensionen erlauben, in Bezug auf diese zielführenden Fragestellungen und die Suche nach deren Klärung ermöglichen:
 - Carbon Footprint-/Klimafußabdruck- Daten
 - ‚Konsum‘-Daten (Energieverbrauch für Erzeugung, Transport und Entsorgung von Produkten für personale (von versorgungsökonomischen zu unterscheidende) Zwecke⁶⁴ und deren ggf. geschlechtsdisparater Nutzen/Verbrauch)

Solche Datenbedarfskategorien beziehen sich auf Zusammenhänge. Wo es um Daten zu Menschen geht, sind natürlich geschlechtsdisaggregierte Daten hilfreich. Hinsichtlich dieser drei ersten Datenbedarfskategorien, die für eine nachhaltige Klimapolitik von zentraler Bedeutung sind, besteht erheblicher und dringender Bedarf an Grundlagenforschung.

⁶⁴ Die Abgrenzung von Produkten für versorgungsökonomische Zwecke ist unerlässlich, da letztere anteilig denjenigen zuzurechnen sind, welche die erbrachten versorgungsökonomischen Leistungen in Anspruch nehmen. Die Daten werden insofern nur und erst mit versorgungsökonomischen Daten valide und interpretationsfähig. Die Anforderung, Abgrenzung nach Zwecken vornehmen zu müssen, begründet sich darin, dass die produktive und reproduktive Versorgungsökonomie in androzentrischer Logik nicht begriffen und begrifflich gefasst wird, sondern für unterordbar unter das Verbrauchen (‚Konsum‘) gehalten wird, obgleich dieses anderer Rationalität unterliegt (vgl. oben Kasten ‚Krise der Versorgungsökonomie‘).

Ein Beispiel zur dritten Datenbedarfskategorie kann dies verdeutlichen. Beispielsweise wird bisher nicht quantifiziert, in welchem Umfang die genderbedingte symbolische Aufladbarkeit eines Transportmittels (Personenkraftwagen) als Inszenierungsmittel „erfolgreicher Maskulinität“ verantwortlich ist für extrem problematische Automotorisierung in Deutschland und dessen Wachstum. Einerseits betreffen solche Fragen die Mikro-Ebene, in diesem Beispiel Fragen der Akzeptanz eines Dienstwagens (u.a. als Ersatz für Gehaltsanteile, Sinnstiftung und Selbstbestimmung im Beruf etc.), andererseits aber vor allem die Makro-Ebene, in diesem Beispiel Fragen nach der Einführung und Aufrechterhaltung einer gesetzlich geregelten dreifachen steuerlichen Subventionierung dieses umwelt-, verkehrsökologisch und klimaunverträglichen Verkehrs(system)mittels. Immerhin bewirkt dieses „Dienstwagenprivileg“ einen großen Anteil der 62% der jährlichen Neufahrzeuge-Bestands, die gewerbliche Neupersonenkraftfahrzeuge ausmachen. Fast ausschließlich über dieses Privileg kommen heute Dienstwagen in die Fahrzeugflotte. Und vielfach sind Dienstwagen im Vergleich zum Gesamtfahrzeugbestand zudem größer und schwerer und verbrauchen mehr Kraftstoff. Über den Hebel der Abschaffung des Dienstwagenprivilegs können zugleich sowohl fragwürdige Maskulinitätsmodelle problematisiert als auch ein erheblicher klimapolitischer Einfluss ausgeübt und stärkere ökologische Anreize gesetzt werden. wirksamer in Hinsicht auf Emissionsminderung und Geschlechtergerechtigkeitsbeförderung als über die CO₂-Bepreisung.

Bei der vierten Datenbedarfskategorie liegen zugleich die methodischen Schwierigkeiten offen zutage: Die Nutzung von Konsumdaten verlangt, um sie für Klimapolitik nutzbar zu machen, nicht nur nachgelagerte methodische Schritte in Bezug darauf, von Daten nach biologischem Geschlecht zu Daten zu Gender zu kommen, sondern auch noch vorgelagerte methodische Arbeitsschritte. Die Abgrenzung der Produkte für den personalen Gebrauch von Produkten für versorgungsökonomische Zwecke ist unerlässlich, da die Daten zu letzteren anteilig den ‚Verbrauchenden‘ versorgungsökonomischer Leistungen, demnach denjenigen zuzurechnen sind, welche die erbrachten versorgungsökonomischen Leistungen in Anspruch nehmen. Die Daten werden insofern nur und erst mit versorgungsökonomischen Daten (siehe oben, insbes. Daten zu haushaltsspezifischer passiver und aktiver Reproduktionslage) valide und interpretationsfähig. Das erst noch dieser methodische Schritt erforderlich wird, die Abgrenzung differenziert nach personalen versus versorgungsökonomischen Zwecken vornehmen zu müssen, begründet sich darin, dass die produktive und reproduktive Versorgungsökonomie in androzentrischer Logik nicht begriffen und begrifflich gefasst wird, sondern für unterordnbar unter das Verbrauchen („Konsum“) gehalten wird. Daran ändert bisher nichts, dass personaler Konsum (mind. geschlechtsspezifisch) in großen Teilen anderer Rationalität unterliegt als versorgungsökonomischer Rationalität (vgl. oben Kasten ‚Krise der Versorgungsökonomie‘). Dieses Beispiel zeigt, wie relevant Fragen nach grundlegenden Gender bedingten Methodendefiziten sind.

Grundlegende Methodendefizite

Methodisch lassen sich Einschränkungen feststellen, die klimapolitische Strategien stark beeinträchtigen können.

Die Genderunreflektiertheit der methodischen Grundlagen und Verfahren der Problemwahrnehmung, -verhandlung und -lösung der Klimapolitik ist klimapolitisch brisant. Ein traditionelles Konstrukt androzentrischer Politiken ist z. B. die insbesondere in Planungspolitiken und in der Klimapolitik übliche willkürliche Gleichsetzung des ›Haushalts‹ mit ›dem Individuum‹. Sie ist soziologisch nicht haltbar, da Haushalte ein oft aus mehreren Personen bestehendes soziales System mit entsprechenden Strukturierungen (ungleicher Verteilung von Optionen, Ressourcen, Lasten etc.) darstellen. Die Verwechslung der Ebenen Haushaltsproduktion und konsumierendes Individuum blendet die Haushaltsproduktion aus dem Haushalt aus, schreibt eine aktive Verschattung struktureller Geschlechtergerechtigkeits- und Gleichstellungsprobleme fort und verhindert zielführende Instrumentenentwicklung, insbesonde-

re klimapolitische Förderung der Bedingungen, Finanzierung und Infrastrukturen geschlechtergerechter und damit erst nachhaltiger Versorgungsweisen.

Wenn die Ebene des Haushalts in appellarischen Kampagnen adressiert wird, konstruiert man damit, als habe man es völlig egalitär mit nur für individuelle Belange handelnden und entscheidenden Subjekten zu tun. Wird etwa das Haushaltshandeln als ›Konsum‹ von Individuen abgebildet, statt die produktiven und konsumtiven Handlungsfelder zu unterscheiden, unterläuft diese Konstruktion die Realitäten. In der Folge kann sich die strategische Perspektive leicht auch *disziplinär* verirren und die klimarelevanten Faktoren auszublenden Gefahr laufen. Dies geschieht nicht selten, indem beispielsweise in Untersuchungen nicht haushaltsökonomische Betrachtungen und Erkenntnisse, sondern psychologische angestrengt werden.

Daraus kann resultieren, dass dem Vorhandensein eines kognitiven Wissens zum Klimawandel unrealistisch hohe *Bedeutung für die Haushaltsemissionen* zugemessen wird, gerade aber den tatsächlichen oben beschriebenen Faktoren des Zuwachses an Energiebedarf (und somit der Emissionssteigerung) der Versorgungsökonomie mit ihren alltagsrelevanten Bewältigungs-, Vereinbarkeits- und Zeitkonflikten, die Haushaltshandeln wesentlich bestimmen, gar keine Bedeutung zugeschrieben wird (vgl. Spitzner/Buchmüller 2016).

Analysen zu Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis (gender) können nicht durch reine Beschreibung von phänomenologischen Unterschieden qua biologischen Geschlechts („sex“) ersetzt werden. Die reinen Beschreibungen von Unterschieds-Phänomenen können Hierarchien (die strukturelle Benachteiligung von Feminität und die Erhebung von Maskulinität zum allgemeinen Maßstab) nicht erklären: Wieso etwa als ›weiblich‹ interpretierte bzw. Frauen zugewiesene Tätigkeiten un- oder unterbezahlt werden und entsprechenden ökonomischen Sektoren (subsistenten, versorgenden, sozialen Bereichen) geringere Förderung und mindere (auch klima-) politische Relevanz zugemessen wird, während als ›männlich‹ interpretierte bzw. von Männern favorisierte oder dominierte Tätigkeiten bezahlt und höher dotiert werden und entsprechenden ökonomischen Sektoren (industriellen, kommerziellen, technologischen Bereichen) größere Förderung und (klima-)politische Relevanz zugestanden wird. Denn nicht Unterschiede sind ein Problem, sondern deren ungleiche Bewertung. Und reine Beschreibungen liefern als solche auch noch keine politisch gestaltbare Perspektive, wie nachhaltige Entwicklung und Gleichstellung herbeigeführt und der Abbau von nicht-nachhaltigen Entscheidungsorientierungen und Geschlechterungerechtigkeit bewerkstelligt werden kann.

Dass sie nicht hinreichend sind, besagt nicht, dass sie nicht notwendig sind. Systematische nach biologischem Geschlecht unterscheidende, notfalls nachträglich disaggregierte Daten sind für die weitere Politikentwicklung wichtig. Vorfindbare Unterschiede geben Hinweise auf Zusammenhänge, welche bisher bei der Politikentwicklung nicht zu Grunde gelegt und nicht genügend beleuchtet sind. Insofern, dies zeigen die Ergebnisse von [Kapitel 4](#), dass Differenzierungen vorhandener Statistiken notwendig sind, um auch lediglich die Bedarfe an nur qua biologischem Geschlecht differenzierenden statistischen Daten (z.B. Nutzer/-innen von Produkten für die versorgungs- und erwerbsarbeitsfreie persönliche Zeit) zu erfüllen.

Ein Bedarf an Grundlagenforschung besteht – wie oben erläutert – , hinsichtlich aussagefähiger Informationen zu den sieben Genderdimensionen und zu ihren Unterdimensionen, zu den vier oben herausgehobenen zentralen Datenbedarfskategorien insgesamt., Aber selbst zu nur qua biologischem Geschlecht differenzierenden Fragen existiert teilweise ein Bedarf an weiterer Grundlagenforschung (z.B. Wirkungen von Emissionen auf Frauen, Männer und anderen Geschlechtern).

In Hinsicht auf Sicherung künftiger Verfügbarkeit der relevanten Daten ist wichtig:

- Die Implementierung auch der aktiven Daten-Generierung durch GIA – eine frühe Erwartung an die Einführung des GIA - ist bisher unvollständig bzw. mangelhaft; dies müsste sich in Zukunft ändern

- ▶ Der Mangel an Daten-Generierung dadurch, dass Klimaschutz als ‚genderneutral‘ gilt, bedeutet ein grundlegendes Hemmnis; das Gebot des Gender Mainstreamings, dass Genderneutralität nur aufgrund von Daten behauptbar wird, kann, wenn entsprechende Sanktionsqualitäten die Implementation dieses Gebotes gewährleisten, den bedrückenden Mangel an Generierung aussagefähiger Daten mindern helfen
- ▶ Unklare institutionelle Zuständigkeit, fehlende Kontrolle, so die Erkenntnisse in [Kapitel 4](#), müssten ausgeräumt werden, unterlegt durch entsprechende Ressourcen.

5.5 Betrachtung von Programmen und Strategien

Für die Wirkungsanalyse wurden drei konkrete Beispiele betrachtet. Diese wurden im Verlauf des Projektes mit dem Auftraggeber abgestimmt:

- ▶ Klimaschutzplan 2050 ([Kapitel 5.5.1](#)),
- ▶ Kommunales Maßnahmenprogramm ([Kapitel 5.5.2](#)),
- ▶ Deutsche Anpassungsstrategie ([Kapitel 5.5.3](#)).

5.5.1 Wirkungsanalyse des Klimaschutzplan 2050

5.5.1.1 Einleitung

Bereits die erste Klima-Enquetekommission des Deutschen Bundestages hat sich mit Geschlechtergerechtigkeitsperspektive auf Klimapolitik beschäftigt, indem sie zu einer zentralen Anhörung eine entsprechende Sachverständige einlud (Erlemann 1992). Während diese Perspektive im Kontext von Nachhaltigkeit große Resonanz hatte und zahlreiche Initiativen im Mehrebenensystem Deutschlands hatte, hat die nationale Klimapolitik sich jedoch weitgehend hiervon wegbewegt bzw. nicht entfaltet. Dabei ist unklar, ob dies auch in Zusammenhang mit der Entwicklung der internationalen Klimapolitik steht. Die Klimarahmenkonvention versteht und behandelt Nachhaltigkeit nicht als maßgebliche Rahmung, sondern als ‚Co-Benefit‘, als ‚Neben-Nutzen‘ von Klimapolitik und Beiträge zu Nachhaltigkeit als erstrebenswert, aber nicht verbindlich. Eine Referenz auf Nachhaltigkeit kann in Bezugnahmen auf die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen (SDGs) geschaffen werden. Jedoch ist dies ein schwacher Ersatz. Er kommt nicht heran an das weniger schlichte und zielführendere Nachhaltigkeitsverständnis in der in Rio vorgestellten komplexen Verzahnung der sozialen, ökonomischen, ökologischen und institutionellen Nachhaltigkeitsdimensionen.

Im Folgenden werden nach einer kurzen Vorstellung des Klimaschutzplans 2050 zunächst die wesentlichen Dimensionen zusammengefasst, die für eine genderresponsive und gendertransformative Klimaschutzpolitik eine Rolle spielen bzw. auf die die im KSP2050 gemachten Festlegungen einwirken können. Diese fungieren als ‚Eye-Opener‘ ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Herangezogen werden dabei Ergebnisse des Literaturreviews sowie Erkenntnisse aus den ambitionierteren Zeiträumen vor der des das Literaturreview begrenzenden Zeitraums (ab 2010) aus Wissenschaft und Praxis. Die Dimensionen werden im nächsten Schritt, da sie auf die Wirkungsmechanismen fokussieren (vgl. [Kapitel 5.1](#)), als ‚Suchscheinwerfer‘ genutzt, um damit anhand ausgewählter Handlungsfelder des KSP2050 erkennen und darlegen zu können, wie der Klimaschutzplan 2050 und die darin enthaltenen Festlegungen seine Erfüllung der geltenden Gender Mainstreaming-Gebote zur Verbesserung der gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse und Abbau bestehender Genderhierarchisierungen bewirken (kann). Und sie werden auch in umgekehrter Fragestellung als ‚Suchscheinwerfer‘ genutzt, ob und wie die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse, Ungleichheit und Genderhierarchisierungen dessen Anliegen und Umsetzung beeinflussen können. Aus der Analyse des KSP2050 lassen sich erste Schlussfolgerungen ziehen, welchen Beitrag ein Abstandnehmen zu traditioneller Ausblendung gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse und die reguläre Erfüllung der geltenden Gender Mainstreaming-Gebote für die Ziele und Umsetzung der nationalen Klimalangfriststrategie Deutschlands leisten kann. Und auch für die umgekehrte Fragestellung lassen sich erste Schlussfolgerungen ziehen, wie der Kli-

maschutzplan 2050 zu einer Transformation oder, bei Nichtbeachtung der Gender Mainstreaming-Gebote und nicht genderresponsive Konzipierung einer nationalen Klimalangfriststrategie, zu Gleichstellungs-kontraproduktiven Verhältnissen in Deutschland beitragen kann. Abschließend werden die aus der Analyse der nationalen Klimalangfriststrategie generierten programmspezifischen Handlungsempfehlungen aufgeführt, während die dadurch gewonnenen übergreifenden Handlungsempfehlungen im Kapitel 6 ausgeführt werden.

5.5.1.2 Der Klimaschutzplan 2050

Der Klimaschutzplan 2050 (KSP2050) stellt die deutsche Klimaschutzlangfriststrategie dar. Das Pariser Klima-Abkommen der Vereinten Nationen von 2015 verlangt die Erstellung solcher nationalen Klimaschutzlangfriststrategien, und aktuell legte auch die EU ihre Klimaschutzlangfriststrategie vor. Er stellt die klimapolitischen Grundsätze und Ziele der Bundesregierung dar. Der Klimaschutzplan 2050 wurde im November 2016 vom Bundeskabinett beschlossen; er stellt kein Klimaschutzgesetz dar und wurde nicht verabschiedet in den Koalitionsverhandlungen war Verzicht auf den parlamentarischen Weg eines Klimaschutzgesetzes vereinbart worden. 2019 allerdings wird doch ein Klimaschutzgesetz vorbereitet. Der KSP2050 soll das international zugesagte klimapolitische Langfristziel, Deutschland bis zum Jahr 2050 weitgehend treibhausneutral zu machen, unterlegen. Ziel des Klimaschutzplans 2050 ist: Er „gibt für den Prozess zum Erreichen der nationalen Klimaschutzziele im Einklang mit dem Übereinkommen von Paris inhaltliche Orientierung für alle Handlungsfelder“ (BMU 2016:4).

Als Handlungsfelder werden dafür im KSP2050 identifiziert:

- ▶ Energiewirtschaft
- ▶ Gebäudebereich
- ▶ Mobilität
- ▶ Industrie und Wirtschaft
- ▶ Landwirtschaft
- ▶ Landnutzung und Forstwirtschaft, sowie
- ▶ Übergreifende Ziele und Maßnahmen.

Für diese Handlungsfelder will der KSP2050 „Grundlage und Leitlinie für die weitere Identifikation und Ausgestaltung der jeweiligen Klimaschutzstrategien und –maßnahmen“ (BMU 2016:11) bieten.

Der KSP2050 definiert als Elemente und Stränge der Klimaschutzlangfriststrategie:

- ▶ Langfristziel: Orientierung am Leitbild der weitgehenden Treibhausgasneutralität für Deutschland bis Mitte des Jahrhunderts,
- ▶ Leitbilder und transformative Pfade als Orientierung für alle Handlungsfelder bis 2050
- ▶ Meilensteine und Ziele als Rahmen für die im KSP2050 identifizierten Sektoren bis 2030,
- ▶ Strategische Maßnahmen für die vom KSP2050 identifizierten Handlungsfelder,
- ▶ „Etablierung eines lernenden Prozesses, in dem die in Paris vereinbarte Ambitionssteigerung realisiert wird“ (BMU 2016:4).

Erstmals wurden mit dem KSP2050 in Deutschland die quantitativen Klimaschutzziele an Emissionsreduktion auf die einzelnen Sektoren aufgeteilt und sektorspezifisch zeitlich fixiert.

Zur Erarbeitung des KSP2050 wurde von der Bundesregierung ein umfassender Partizipationsprozess organisiert und durchgeführt. Dieser wurde – allerdings noch vor der Beschlussfassung der Bundesregierung über den von der Bundesregierung formulierten KSP2050, so dass keine Evaluation darüber vorliegt, wie sich die Beschlüsse der Bundesregierung zum Partizipationsprozess verhalten haben, somit keine Evaluation der Relevanz des Partizipationsprozesses vorliegt – von einem unabhängigen Sozialwissenschaftler im Auftrag von Greenpeace evaluiert (Rucht 2016). Diese Evaluation kam zu dem Schluss, dass das Partizipationsverfahren sorgfältig konzipiert, professionell moderiert und mit

sachkundiger Begleitung umweltwissenschaftlicher Institute ausgestattet wurde. Insbesondere die schrittweise Konkretisierung und Unterfütterung der vorgeschlagenen Maßnahmen entstand in einem iterativen Prozess mit diversen Schleifen der Rückkopplung und Reflexion. Ungeachtet mancher sehr scharf ausgetragener Konflikte lief das Verfahren als solches nicht aus dem Ruder. Es wurde in seinen Prämissen und seiner Durchführung von allen Stakeholdern (wiederum mit Ausnahme einiger zentraler Wirtschaftsverbände) und Bürgerdelegierten auch im Rückblick überwiegend positiv bewertet.“ (Rucht 2016:21f). In dem Verfahren stand „die prinzipielle Zielsetzung einer drastischen und in Prozentsätzen bezifferten Reduktion der Treibhausgase bis 2050 wie auch der zeitliche Rahmen von Beginn bis Abschluss des Verfahrens nicht zur Disposition der Beteiligten“ (ebenda:22).

Im Nachgang zu diesem Prozess wurde – ebenfalls noch vor der Beschlussfassung der Bundesregierung über den von der Bundesregierung formulierten KSP2050 – in einem Verbund zahlreicher großer Umweltverbände ein „Klimaschutzplan 2050 der Zivilgesellschaft“ verfasst (Klima-Allianz Deutschland 2016).

Im Vorfeld der Entwicklung des KSP2050 beschloss die Bundesregierung 2014 eine weitere Strategie, das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020. Zu dieser legte sie 2016 einen Klimaschutzbericht vor.

5.5.1.3 Die Genderdimensionen der Klimaschutzpolitik – Ergebnisse aus Forschung und Praxis

Symbolische Ordnung: Hierarchisierungen, Bedeutungszuschreibungen und -positionierungen (Querschnittsdimension)

Symbolische Ordnung meint Bedeutungszuschreibungen und –hierarchisierungen, die in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik dominieren und dominante Narrative bilden. In Bezug auf genderresponsive und –transformative Klimaschutzpolitik sind hier insbesondere solche relevant, die Wirksamkeiten zugunsten des Erreichens der deutschen Klimaziele und Gendergerechtigkeit gefährden bzw. diesen im Wege stehen. Im KSP2050 finden sich solche mehrfach.

Bürgerinnen und Bürger, Haushalte und Versorgende werden – abgesehen vom Partizipationsprozess (s.u.) - im KSP2050 weniger als demokratischer Souverän und Subjekte abgebildet, denen weit mehr an Klimaschutz liegt, als die Politiken in den klimapolitisch relevanten Handlungsfeldern bisher widerspiegeln (vgl. Kapitel ‚Einstellungen‘ in Röhr/Alber/Göldner 2018). Vielmehr werden sie in der KSP2050 mehr oder weniger als ‚Objekte‘ konstruiert: sei es als Objekt von Akzeptanzherstellung (KSP2050), der Beratung (eb:31), der Mobilisierung (eb:31), der Motivierung, der ‚Verhaltens‘-Änderungsforderung oder als Teil der partikularen Zielgruppen-Adressierung (eb:33). Auffällig ist insbesondere die Konstruktion als Objekt von Akzeptanzherstellung, indem ihre Bedeutung und die Rezeption ihrer Interessen fast durchgängig instrumentell – anhand erforderlicher Akzeptanz von Klimapolitik begründet – wird. Im gleichen Zusammenhang wird nicht von Akzeptabilität der Politiken gesprochen. Auch werden die Gründe ihres als ‚Verhalten‘ rezipierten Handelns und Entscheidens im Alltagshandeln unter dessen strukturell restriktiven Bedingungen, Zielkonflikt-Bewältigungen und versorgungsökonomischen Rationalität nicht betrachtet und thematisiert, obwohl ein wichtiger Bestandteil des KSP2050 sich mit Transformation und Anstrengungen um ‚robuste transformative Pfade‘ befasst. Die Gender-Klima-Forschung dagegen bietet zahlreiche Einblicke in Erkenntnisse, dass weniger psychologisierende Erklärungen für vermeintlich nicht-rationale Handlungsentscheidungen weiterführen, sondern reflektiertes Wissen um die Kontexte der Handlungsentscheidungen (vgl. Röhr/Alber/Göldner 2018).

Die hierarchische Objekt-Beziehung des KSP2050 eskaliert sogar ausgerechnet an der einzigen Stelle, wo die avancierteren Einstellungen der Bürger/-innen rezipiert wird: Während im gesamten KSP2050 auf sorgsame Beachtung von Interessen in der Gesellschaft (vorwiegend der Wirtschaft) und Vermeidung von Reglementierung verwiesen wird, enthält der KSP2050 die Festlegung: „Die Freiwilligkeit

von Maßnahmen, die Lebensbereiche [sic] von Menschen verändern, kann durch gezielte Regulierung ergänzt werden.“ (KSP2050:30)

Im KSP2050 wird Bezug auf Kontexte mit mehreren verfassungsmäßigen Geboten und internationale Verpflichtungskontexte sowie auf Abgestimmtheit mit verschiedenen Ressorts und politischen Handlungsfeldern genommen, jedoch findet sich im gesamten KSP2050 keinerlei Bezug auf Gender Mainstreaming, das innerhalb der genderresponsiven Klimaforschung eine große Rolle spielt, und ebenso wenig auf Gleichstellungsziele. Dies stellt eine Fortführung symbolischer Ordnung dar, in der eine Hierarchisierung der Politikziele vorgenommen wird zulasten von Gender und Gleichstellung.

Im KSP2050 wird die Transformation als weitgehend frei von gesellschaftspolitischen Konflikten und entsprechend demokratischen gesellschaftspolitischen Konfliktbewältigungsprozessen vorgestellt (vgl. auch s.u. Verständnis sozialer Aspekte des Klimaschutzes). Dieses Narrativ des KSP2050 wird unterlegt durch den Stellenwert, der im KSP2050 Technologien, Forschung und Innovation zugemessen wird sowie durch das Fehlen einer sozialpolitischen Programmatik zum Klimaschutz.

Demgegenüber verweist die Genderklimaforschung auf die Bedeutung demokratischer gesellschaftspolitischer Konfliktbewältigung und wird insbesondere in der Intersektionalitäts-Ansätze aufnehmenden Genderforschung darauf verwiesen, dass die Verschränkung von Ausgrenzungs- und Machtachsen für Gleichstellung von besonderer Bedeutung ist (vgl. Röhr/Alber/Göldner 2018).

Der KSP2050 rekurriert nicht auf die im internationalen Vergleich gesehen avanciertere Rechtsstaatlichkeit und Verankerung von Gemeinwohlorientierung in Deutschland zumindest im Planungsrecht, in dem die Notwendigkeit der Abwägung mit als ‚Öffentlichen Belangen‘ politisch legitimiert anerkannten Verpflichtungen verbindlich ist. Zudem gilt planungsrechtlich in Deutschland die Verpflichtung auf Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen. Beiden wurde in der genderresponsiven klimarelevanten Forschung und insbesondere in den genderresponsiven klimarelevanten Politikinitiativen große Bedeutung zugeschrieben (vgl. z.B. niedersächsisches Landesplanungsgesetz).

Versorgungsökonomie/Sorgearbeit: Zuschreibung, Verteilung, Zeit, Stellenwert, Instrumentalisierung

Der KSP2050 nimmt in allen seinen Elementen (s.o.) Bezug auf marktvermittelte Ökonomie und deren Zusammenhänge, jedoch in keinem einzigen auf Versorgungsökonomie und deren Kontexte. Dies stellt nicht nur eine Hierarchisierung dieser Ökonomien dar, sondern begibt auch die Klimapolitik der Verantwortung und Chance, deren Bedarfe zu berücksichtigen und deren Bedingungsgefüge zu reflektieren, die durch Care-Arbeit und Alltagsverrichtungen entstehen. Das Handeln der Haushalte wird ihr damit wenig verständlich und klimapolitisch zugänglich.

Wenn Versorgungsökonomie ‚mitgemeint‘ ist, wenn von ‚Lebensbereichen‘ die Rede ist, wird diese bisher genderspezifisch externalisierte Ökonomie und versorgungsökonomische Verantwortung Übernehmende – wie oben unter der ersten Genderdimension aufgezeigt – ganz besonders zum Objekt gemacht.

Die Transformationsstrategie des KSP2050 spart die Transformationen gegenüber der Krise der Versorgungsökonomie (vgl. Kapitel 5.1) aus. Er sieht keinerlei ökonomische und politische Maßnahmen dazu vor, obwohl gerade in Bezug auf klimapolitisch relevante Verminderung struktureller Erzeugung von Energiebedarfen und Verkehr hierüber strukturelle Potenziale erschließbar wären.

Der KSP hat grundlegende Bedeutung für die künftige Klimapolitik insbesondere dadurch, dass er sektorale Emissionsminderungsziele festlegt. Bei den Reduktionszielen, die der KSP2050 für die von ihm definierten jeweiligen Handlungsfelder und sektorspezifisch festlegt, lässt sich zunächst ein erhebliches genderbezogenes Ungleichgewicht erkennen. Die größten Emissionsminderungsanforderungen (nach denen an den Sektor ‚Energiewirtschaft‘) richten sich auf das Wohnen und damit den Ort der Versorgungsökonomie, den Sektor ‚Gebäudebereich‘, somit die ‚Versorgungsarbeitsplätze‘.

Die geringste Reduktions-Anforderung richtet sich an den Bereich, der im Alltag eher als Last und Zeitkosten wahrgenommen wird: Verkehrsaufwand.

Für die künftige Klimapolitik liegt in Hinsicht auf Beiträge zur Lösung der Krise der Versorgungsökonomie mit den zweitgrößten Emissionsminderungs-Anforderungen an den Sektor ‚Gebäudebereich‘ aber auch neues Potenzial. Werden energetische Ansprüche und Sanierungen im Gebäudebereich strategisch so ausgelegt, dass sie ohne Benachteiligungen im Sinne von Gender in seinen Verschränkungen mit weiteren Machtachsen zu verursachen emissionsfreieres Versorgen ermöglicht, gewänne die Klimapolitik relevante genderresponsive Handlungsmöglichkeiten und Wirksamkeit. Hitzeschutz im Sommer beispielsweise kann sowohl die Versorgungsarbeitsbedingungen verbessern als auch Zuwächse an Versorgungsanforderungen vermeiden helfen, indem gesundheitliche Belastungen der zu Versorgenden gemindert werden. Potenzial und Wirksamkeit hängen jedoch basal davon ab, dass die Bedingungen derjenigen, die die Verantwortung für Versorgungsökonomie tragen, zugrundegelegt werden durch Beachtung der weiteren Genderdimensionen. Hier relevant ist angesichts beispielsweise des wesentlich geringeren Einkommens der heute Versorgungsarbeitsleistungen Erbringenden, dass sich die Miete nicht erhöht, dass der Fokus auf Mietwohnungen fällt, dass genügend energetisch sanierter Wohnraum für Haushalte mit geringem Einkommen verfügbar gemacht wird und dass Rechte der Versorgungsökonomie auf genderresponsive und versorgungsökonomisch reflektierte Sanierung verankert werden.

Die Sektorziele scheinen so konzipiert worden zu sein, dass sie möglichst auch erreicht werden können. Daraus ergeben sich allerdings Widersprüche: zum einen ein auch bereits kurz- und mittelfristig relevanter Widerspruch zu den Erfordernissen in Hinsicht auf Lebensqualität, Gleichstellungsorientierung/„Genderresponsiveness“, insbesondere Bewältigung der Krise der Versorgungsökonomie und daraus resultierenden Wachstums an versorgungsökonomischen Verkehrsaufwands. Zum anderen ein grundlegender Widerspruch zum Erreichen der langfristigen Klimaziele, die drastischere Änderungen im Verkehrssektor erforderlich machen. Er gefährdet die Klimaschutzziele als Ganzes. Die Emissionen im Verkehrsbereich sind nach wie vor steigend, der notwendige Minderungsbetrag ist heute höher, als im Basisjahr 1990. Der Sektor steht vor immer größer werdenden erheblichen Herausforderungen seine Ziele erreichen zu können, weil er keinerlei Strategien zur Minderung der strukturellen Erzeugung von Verkehrsaufwand entwickelt und demokratischer Verhandlung zugeführt hat. Die genderresponsive strategische Adressierung der strukturellen Erzeugung von Verkehrsaufwand ist deshalb sowohl in Bezug auf die Emissionsminderungsziele als auch in Bezug auf Bewältigung der gesellschaftlichen Krise der Versorgungsökonomie zentral und unverzichtbar. Eine solche findet sich jedoch im KSP2050 nicht.

Erwerbsökonomie: horizontale und vertikale Segregation, ökonomische Bewertung von Arbeitsbereichen/Leistungen, Berufswahl, Eigentums-, Vermögensverhältnisse

Hier muss die Einkommens- und Rentenlücke berücksichtigt werden, die unterschiedliche Betroffenheiten durch Mehrkosten zur Folge hat.

Die erwerbsökonomischen Interessen, die der marktvermittelten Ökonomie, werden vom KSP2050 überproportional berücksichtigt. Gegenüber dieser gravierenden Schieflage, die nicht trivial zu lösen ist, bedarf es der Entwicklung von Strategien. Ihre Dominanz würde etwa dadurch relativiert werden können, wenn Limitationen eingeführt würden, z.B. ihre jetzt dominierenden Interessen maximal in einem Umfang berücksichtigt werden dürften wie öffentliche Belange, Verhandlung maximal so intensiv wie mit ‚Trägern öffentlicher Belange‘ geführt würde. Zu denken wäre auch an offensive Möglichkeiten, diese dominanten Partikularinteressen einordbar zu machen durch Entwicklung gemeinwohlwirtschaftlicher im Sinne von Daseinsvorsorge-wirtschaftlicher Konzepte, deren demokratischer Verankerung und Einführung differenzierter Rechenschaftslegungspflichten seitens erwerbsökonomischer Interessen, inwieweit sie jeweils zu Gemeinwohl und Daseinsvorsorge beitragen. Hier wäre ins-

besondere Rechenschaftslegungs-Pflichtigkeit dazu relevant, in welchem Umfang, welcher Art und für welchen Teil der Gesellschaft Beiträge geliefert werden, dass Haushalte und Versorgungsökonomie, Bürgerinnen und Bürger es möglich ist, nachhaltige Versorgung, eigenständige Existenzsicherung und Verminderung gender-einseitiger Belastungen ohne Zerstörung von Mit-, Um- und Nachwelt bewerkstelligen zu können. Für Emissionsminderung und Gleichstellung lieferte solche Rechenschaftspflicht eine Versachlichung bisheriger Annahmen, mehr Transparenz, ggf. auch belastbarere Daten, die entsprechend politisch bewertet werden könnten.

Der KSP2050 steht im Risiko, Ungleichheit zu verschärfen, indem er nur die Festlegung trifft, dass „die Auswirkungen steigender Kosten der Wohnraumversorgung mit großer Sensibilität geprüft werden“, also von Auswirkungen ausgeht und keine Ziele zu deren Vermeidung formuliert (vgl. Röhr/Alber/Göldner 2018, Kapitel Planen, Bauen, Wohnen).

Geschlechterungleichheiten bei den Eigentumsverhältnissen berühren auch den Stellenwert, der dem Mietwohnen im Verhältnis zum Eigenheimwohnen eingeräumt wird.

Öffentliche Ressourcen/Infrastrukturen: Bereitstellung, Ausrichtung, Zugang, Gebrauchsfähigkeit

Der KSP2050 sieht weitgehend keine Finanzierungsplanungen zum Aufbau der infrastrukturellen und Service-Leistungen, die für die Wahrung der Chancen der Haushalte, nachhaltig versorgen und handeln zu können, gesellschaftlich benötigt werden.

Die bestehende Ungleichheit der Priorisierung der konkurrierenden Verkehrsinfrastruktursysteme (die des motorisierten Individualverkehr gegenüber denen des ÖPNV, Rad- und Fußverkehrs) ist in ihrer Genderrelevanz differenziert nachgewiesen, wird jedoch vom KSP2050 nicht adressiert.

Im Bereich Klimaschutz sind vor allem die ÖPNV-Infrastruktursysteme relevant, die in jeder Hinsicht – Netze, Haltestellen, Verknüpfungen, Taktzeiten, Tarife – zum einen mindestens gleicher gewichtig ausgerichtet sein muss auf die Bedarfe der Versorgungsarbeit und -entlastung (mit meist komplexere und weniger radialen Wegstrecken) wie auf erwerbsökonomische Zwecke (für Pendler/-innen, Tourismus, Shopping- und Metropolen-Anbindung).

Zum anderen ist im Bereich Klimaschutz vor allem Priorisierungen in der E-Mobilität relevant: die der ÖPNV-Infrastruktursysteme, von E-Bikes und E-Rollstühlen in Relation zu anderer sozial- und ökologisch problematischer (neuer) E-Mobilität (E-Pkws).

Zum dritten sind in Mittelstädten, an denen Deutschland reich ist, die Fahrradinfrastrukturen mindestens genauso wichtig für einen nachhaltigen Verkehr wie die ÖPNV-Infrastruktursysteme. Auch hier gilt, dass sie mindestens gleicher gewichtig ausgerichtet sein muss auf die Bedarfe der Versorgungsarbeit und -entlastung wie auf erwerbsökonomische Zwecke (für Pendler/-innen, Tourismus, Shopping- und Metropolen-Anbindung). Dies betrifft insbes. Netzauslegung, Abstellmöglichkeiten, Lademöglichkeiten, Verknüpfungen mit dem ÖPNV, Bedrohungsfreiheit sowohl vor motorisiertem Verkehr als auch struktureller maskuliner Gewalt, bei Knotenpunkten der konkurrierenden motorisierten Verkehrsinfrastruktursysteme zeitliche und räumliche Priorisierung, und nicht zuletzt die Befreiung davon, zur Belastung für Fußgänger/-innen und Aufenthalt anderer im öffentlichen Raum u.a. durch Flächenaneignung oder zu räumliche Nähe im Geschwindigkeitsverhältnis zu werden. Beispielsweise erübrigen bedrohungsfreie und auch für langsames Radfahren Raum gebende Netzauslegungen und Erreichbarkeiten per Rad es, dass für solche älteren Menschen, für die dies eine Rolle spielt, nicht versorgungsökonomisch organisierte Transportdienstleistungen nötig werden.

Institutionalisierter Androzentrismus/Definitionsmacht: Maskulinität als Maßstab für strategische Ansätze und Methoden, Definitionsmacht der Institutionenebene

Diese Genderdimension schlägt sich beim KSP2050 insbesondere nieder in einer – zumal nicht begründeten – Priorisierung technischer Lösungsansätze.

Das und entsprechende Vernachlässigung der Adressierung relevanter Faktoren, die Klimawandel erzeugen, die strukturelle Erzeugung von Energiebedarfen und von Verkehrsaufwand, mindert die Chancen für Haushalte und den in ihnen agierenden Personen, nachhaltig handeln zu können, in erheblichem Maße. Um beim letztgenannten Beispiel zu bleiben: Die inzwischen fast geläufige Gleichsetzung von E-Mobilität mit Auto-E-Mobilität und deren Priorisierung in Kombination mit Vernachlässigung der Verfügbarkeit über eine Radverkehrsinfrastruktur, die anhand der genannten Kriterien akzeptabel gemacht worden ist, aufgrund derselben Priorisierung des (höher-) motorisierten Verkehrs hat Folgen für Haushalte, die sie nicht zu verantworten haben. Denn beides zusammen bedeutet, dass wie in der Vergangenheit auch mit E-Mobilitätskonzepten mit großer Wahrscheinlichkeit Begleitverkehrs-Notwendigkeiten generiert werden (Generierung von Verkehrsaufwand), was nichtnachhaltigen gesellschaftlichen Umgang mit Versorgungsökonomie darstellt (Zumutung unbezahlter zusätzlicher Transport-, Dienstleistung) sowie aufgrund versorgungsökonomischer Zeitkonflikte und Nichtsubstituierbarkeiten eine motorisierte Bewältigung mit entsprechenden Emissionen nahelegt – oder dass betroffene Menschen auf Bewegungsfreiheit verzichten müssen, was sozial und in weiteren Dimensionen wie Gesundheit nicht nachhaltig ist.

Androzentrismus schlägt sich beim KSP2050 insbesondere auch nieder in einer – zumal nicht begründeten – Priorisierung der Erwerbsökonomie und gewinnorientierten ökonomischen Interessen gegenüber versorgungs- und gemeinwirtschaftlichen Interessen.

Die Ausblendung der basalen gesellschaftlichen Ökonomie, die der KSP2050 vornimmt, wird nur als genderbedingt verständlich. Unbezahlte Versorgungsarbeit wird damit gegenüber der Erwerbsarbeit abgewertet.

Die Genderklimaforschung gibt zahlreiche und differenzierte Hinweise, welche sozialen Kontexte für eine genderresponsive und -transformative Klimapolitik von Bedeutung sind (vgl. Röhr/Alber/Göldner 2018, diverse Kapitel). Dies kann reichen von sozialer Ungleichheit bis hin etwa zum Dilemma älterer Frauen, die in der post-aktiven versorgungsökonomischen Lebenslage damit konfrontiert sind, Investitionen für einen energetischen Umbau einer Wohnung/Hauses, das auf versorgungsökonomische Qualitätssicherung ausgelegt war, nicht aufbringen zu können, andererseits aber auch nicht umziehen wollen, wie sich empirisch zeigte, beispielsweise weil ihnen das auch versorgungsökonomisch relevante Bedingungen und Selbstbestimmungschancen nähme (vgl. auch Thomas/Thema et al. 2017). Argumentationen, dass ältere Frauen ggf. deutlich profitieren könnten, wenn sie in eine zentral gelegene sanierte Wohnung umziehen, die Gewinn bei Mobilität, Versorgungseinrichtungen, Energiekostensenkung u.a. bieten würde, zumal wenn sie in einem schlecht Erreichbarkeiten bietenden unsanierten Haus wohnen, müssten sich den Frage stellen: Ist der Fokus auf marktangebotene Versorgungsangebote angemessen oder impliziert er eine Unterschätzung jahrzehntelang reziprok aufgebauter sozialer Beziehungen im Wohnumfeld, die versorgungsökonomische Qualitäten beinhalten? Werden also wiederum soziale und versorgungsökonomische Aspekte unterschätzt? Welche Chance besteht, ohne weitere Belastung der geringeren Renteneinkünfte oder qualitativer Beeinträchtigungen, an eine entsprechend altersgerechte Wohnung zu kommen? Wie wird das versorgungsökonomische Potenzial, dass ein Haus die wichtige Möglichkeit bietet, eine Pflegekraft mitwohnen lassen zu können, was eine zentrale Voraussetzung für eigenständiges Wohnen und Selbstbestimmung im Alter bedeuten kann?

Dass sich das Verständnis von ‚Sozialen Aspekten‘ des Klimaschutzes des KSP2050 auf ‚Bezahlbarkeit von Energie‘, Erwerbsarbeitsplätzen und darin, dass ‚die Auswirkungen steigender Kosten der Wohnraumversorgung mit großer Sensibilität geprüft werden‘ beschränkt, mag in androzentrischer Perspektive plausibel sein, vernachlässigt jedoch wesentliche soziale Aspekte. Dies bedeutet eine Gefährdung der Akzeptabilität der vom KSP2050 intendierten Transformation.

Gestaltungsmacht auf Akteursebene: Teilhabe an und Berücksichtigung von Genderexpertise bei Entscheidungen, v.a. in Wissenschaft, Technik und Politik

Die Genderklimaforschung hat aufgezeigt, dass ein entwickelter Stand der Gleichstellungspolitik nicht nur im Gender Mainstreaming fachspezifischer Inhalte, sondern auch in Bezug auf Nichtrepräsentanz des Gleichstellungsanliegens in der Formulierung von Politiken von großer Bedeutung für wirksame Klimapolitik ist (vgl. Alber et al. 2018).

Abgesehen davon verweist sie auch auf bisher noch erhebliche Defizite im Abbau von Ungleichheiten in gesellschaftlichen Definitions- und Gestaltungsmachtverhältnissen.

- Erarbeitungsprozess der KSP2050:

Zur Erarbeitung des KSP2050 wurde wie erläutert (Kapitel 5.5.1.2) von der Bundesregierung ein umfassender Partizipationsprozess organisiert und durchgeführt (Rucht 2016). Diese Evaluation kam zu dem Schluss, dass das Partizipations-„Verfahren sorgfältig konzipiert, professionell moderiert und mit sachkundiger Begleitung umweltwissenschaftlicher Institute ausgestattet wurde.“⁷⁰ Insbesondere die schrittweise Konkretisierung und Unterfütterung der vorgeschlagenen Maßnahmen entstand in einem iterativen Prozess mit diversen Schleifen der Rückkopplung und Reflexion. Es wurde in seinen Prämissen und seiner Durchführung von allen Stakeholdern (wiederum mit Ausnahme einiger zentraler Wirtschaftsverbände) und Bürgerdelegierten auch im Rückblick überwiegend positiv bewertet.“ (Rucht 2016:21f). Als eines von fünf zentralen strukturellen Problemen des Partizipationsprozesses zum KSP2050, gemessen an „den Kriterien einer offenen, breit angelegten, intensiven und zielorientierten Beteiligung“, hebt der Evaluator – neben dem der Unterrepräsentation der jüngeren, 2050 eher erlebenden Generation – allerdings etwas hervor, was ausgerechnet die Repräsentanz von Genderwissen dabei betrifft:

„Ein [...] Defizit des Verfahrens war die Verengung des Kreises der Beteiligten auf die üblichen, auch im Vorfeld von Gesetzgebungsprozessen meist einbezogenen Stakeholder, in diesem Fall allerdings ergänzt durch die Bürgerdelegierten. Zwischen den gut organisierten Stakeholdern einerseits und den als Individuen agierenden, per Los bestimmten Bürgervertretern/-vertreterinnen andererseits existieren jedoch auch Bürgerinitiativen, Kampagnennetzwerke und ähnliche, eher lose strukturierte Gruppen und Bewegungen. Diese waren, im Unterschied etwa zu den lokalen Agenda 21-Prozessen, in keiner Weise einbezogen. Insoweit bestand, gemessen am Kriterium einer breiten Beteiligung durchaus eine Repräsentationslücke. Es handelte sich im Wesentlichen um eine Veranstaltung von Experten, allerdings angereichert durch die intern als ‚belebend‘ bzw. ‚konstruktiv‘ charakterisierte Komponente der Bürgerdelegierten. Dies ist einer der Gründe, warum das Verfahren nach außen hin keine aktivierende oder gar politisierende Wirkung entfaltete und selbst von politisch interessierten Durchschnittsbürgern/-bürgerinnen kaum wahrgenommen wurde. Dies wiederum erleichterte es einigen auf Veto-Positionen getrimmten Wirtschaftsverbänden, über verfahrensexterne Stellungnahmen gleichsam aus dem Konvoi auszuscheren“ (Rucht 2016:22f). Aber genau in lokalen Agenda 21-Prozessen haben sich insbesondere Initiativen zu genderresponsiven politischen Handlungsmöglichkeiten organisiert und dabei eine breite, engagierte und innovative Wissensbestände wie auch Handlungsvermögen entwickelt. Dieses strukturelle Problem betrifft dadurch insbesondere deren Einbezug.

Das evaluierte weitere strukturelle Problem des Partizipationsprozesses zum KSP2050 bezieht sich auf den ‚Zeitdruck des Verfahrens‘ - „damit [war] verbunden eine zu geringe Flexibilität in der Vorbereitung, Ausgestaltung und Nachbereitung einzelner Verfahrensschritte, aber auch hinsichtlich des Einbaus von zunächst nicht vorgesehenen Elementen und Zwischenschritten“. (Rucht 2016:22f) Angesichts dessen, dass kaum von einer breiteren Reflektiertheit der Zusammenhänge zwischen Gender und Klimapolitik auszugehen ist, wären genau dann, wenn solche im Prozess aufscheinen, zunächst nicht vorgesehene Elemente und Zwischenschritte einzubauen nötig gewesen, auf die jedoch keine Chance bestand.

- *Repräsentanz gesellschaftlicher Interessen, von Gemeinwohl-Interessen und Rückkopplung mit öffentlichen Belangen:*

Neben der Verbesserung der Parität qua Geschlecht verweist die Genderklimaforschung auf die Wichtigkeit, gezielt Genderexpertise hinzuzuziehen (vgl. Röhr/Alber/Göldner 2018). Zudem zeigt sie die Wichtigkeit der Koordination zwischen Klima- und Gleichstellungspolitik auf. Beides lässt sich am KSP2050 nicht erkennen.

Der KSP2050 bezeichnet Anstrengungen zur Akzeptanz ambitionierter Klimapolitik als Aufgabe und benennt die von ihm identifizierten, für einen sozio-kulturellen Wandel nötigen Rückkopplungen. Als für die Akzeptabilität relevant fasst der KSP2050 jedoch vornehmlich lediglich die Berücksichtigung von Erwerbsarbeitsplätzen und Unternehmensinteressen. Die versorgungsökonomischen und die gemeinwirtschaftlichen Interessen werden ausgegrenzt, ebenso das öffentliche Interesse an Gleichstellung. Rückkopplungsnotwendigkeiten identifiziert der KSP2050 vornehmlich nur mit Gewerkschaften und Unternehmen. Die Rückkopplungsnotwendigkeit mit Organisationen, die Versorgungsökonomie repräsentieren können, wird nicht festgelegt. Ebenso fehlt die Festlegung auf Rückkopplungserfordernis mit Organisationen, die das öffentliche Interesse an Gendergleichstellung vertreten.

Der KSP2050 legt für keinen seiner Stränge den Einsatz von Instrumenten zur Genderanalyse und des Gender Budgeting fest.

Körper, Gesundheit und Sicherheit: Privatsphäre (intimacy), Gewaltfreiheit

Die gendertransformative Verkehrs- und Stadtentwicklungsforschung zeigt, wie emissionsverursachend die strukturelle maskuline Gewalt im öffentlichen Raum ist, indem sie Bewältigungserfordernisse generiert: Bürgerinnen und Versorgungsverantwortliche werden in die Situation gebracht, die privaten Mittel einsetzen zu müssen, die es ihnen oder denen, die sie versorgen, das Ausgesetztsein gegenüber dieser Bedrohung im ÖPNV und auf Rad- und Fußwegen zu ersparen. Diese dafür verfügbaren privaten Mittel sind vor allem der Einsatz des Autos, die Inanspruchnahme des Tür-zu-Tür Transports durch Taxen oder das Erbringen versorgungsökonomischer Transportdienstleistungen in Form von Bringen oder Holen, was doppelte Wegstrecke bedeutet, weil der/die Chauffeur/-in eine Wegstrecke an ‚Leerfahrt‘, wie es im Güterverkehr heißen würde, zu bewerkstelligen hat. Bisher ist unerforscht, welchen Anteil an der Motorisierung (Anschaffung oder Verfügbarmachen eines Autos, Führerschein-erwerb) sowie welche klimapolitisch problematische Verlagerung von öffentlicher Verkehrsnutzung auf motorisierten Individualverkehr diese Genderdimension zeitigt.

Strukturelle maskuline Gewalt im öffentlichen Raum betrifft Gender auch im erweiterten Sinne, nimmt man die Perspektive auf die Interdependenzen von Gender auf : Frauen und andere Geschlechter, Menschen, die in Hinsicht auf verschiedene Ausgrenzungs- und Machtachsen deprivilegiert leben wie Wohnsitzlose und Migrantinnen/Migranten und Männer in verschiedenen Verfasstheiten des Lebens.

Der KSP2050 unternimmt keinerlei Festlegungen, weder Leitbilder noch Strategien zur Begrenzung struktureller maskuliner Gewalt.

Die Genderklimaforschung zeigt, dass im Bereich der Gesundheit die Personen zu berücksichtigen sind, die sich aufgrund von Versorgungsarbeiten mehr zuhause und im Wohnumfeld aufhalten und ggf. Schadstoffen ausgesetzt sind. Darauf nimmt der KSP2050 keinen Bezug.

5.5.1.4 Genderdimensionen in den Elementen/Strängen des Klimaschutzplans 2050

Für unsere Untersuchung haben wir uns hier auf die KSP2050-Elemente (Stränge) ‚Transformative Pfade‘ konzentriert, da hier explizit gesellschaftlicher Wandel angesprochen ist, sowie die Stränge zur

Festlegung der sektoralen Emissionsminderungsziele und zu Energie. Zudem haben wir wegen dessen Genderbrisanz das Handlungsfeld ‚Übergreifende Ziele und Maßnahmen‘ einbezogen.

Anknüpfungspunkte für Gender in den KSP2050-Strängen

Sollte – was bei Erstellung des KSP2050 ausgeschlossen worden war – dieser doch in ein parlamentarisches Klimagesetz überführt werden, so bietet dies die Möglichkeit und Chance, die Mängel des KSP2050, wie sie in Bezug auf die sieben Genderdimensionen hier aufgezeigt werden, zu bereinigen.

Der hohe Anspruch ambitionierter Klimapolitik auf Akzeptanz bietet die Chance, dass nicht mehr nur gendersensible, sondern auch genderresponsive und insbesondere gendertransformative in die Klimapolitik Eingang finden. Entsprechende Anstrengungen könnten sich also einerseits für gleichstellungspolitische Exekutiven und Institutionen im Mehrebenensystem und mithin entsprechende Akteure und Akteurinnen lohnen, andererseits für die genderresponsive und gendertransformative Fachforschung und -politikberatung.

Indem der KSP2050 das Handlungsfeld ‚Übergreifende Ziele und Maßnahmen‘ festlegt und darin eine ‚Klimafreundliche Fortentwicklung des Steuer- und Abgabensystems‘ konzipiert, in dem Anlastung externer Kosten bei den Verursachern, also eine Internalisierung nach dem Verursacherprinzip festgelegt ist. Hier sollte Vorsorge gegen nun auch eine ‚Feminisierung der Klimaverantwortung‘ gewährleistet werden. Klimapolitik kann von der Thematisierung der ‚Feminisierung der Umweltverantwortung‘ (Schultz sowie Wichterich) lernen, die seit Mitte der 1990er Jahre in verschiedensten Feldern der Umweltforschung, soweit sie nichtandrozentrisch betrieben wird, eine nicht unwesentliche Rolle spielt. Diese Gefahr besteht nur dann nicht, wenn ‚Verursachung‘ im Klimaschutz nicht so konstruiert wird, dass sie den Haushalten und Versorgenden angelastet wird, sondern – entsprechend des umweltpolitischen Grundsatzes des Verursacherprinzips – denjenigen Faktoren und organisierten Interessen, die Energieabhängigkeiten von Haushalten und deren Belastung mit Mobilitätsanforderungen vor allem generieren und befördern.

Unter dem KSP2050-Element ‚Transformative Pfade‘ könnten gesellschaftspolitische Klimapolitik-Konflikte antizipiert und demokratisch-politische Entscheidungen befördert werden.

Bezieht man dies etwa auf den KSP2050-Handlungsfeld Energie, so ergibt sich: Angesichts z.B. des prognostizierten Wachstums des Strombedarfs durch die im KSP2050 festgelegtermaßen intendierte Sektorkopplung (Elektrifizierung des (Pkw-)Verkehrs und der Wärmeversorgung von Haushalten), der trotz Energieeffizienz über erneuerbare Energieproduktion hinausgeht, sind, weil in absehbarer Zeit naheliegender Weise Konflikte entstehen dürften, Prioritäten zu entscheiden: Soll nicht z.B. Wärmeversorgung der Haushalte Vorrang haben (Daseinsvorsorge, Versorgungsökonomie) und können wir deshalb überhaupt weiterhin auf die erste der beiden von der ersten Klimaenquetekommission des Bundestages konsensual empfohlene Strategien im Verkehrssektor, die der strukturellen Verkehrsvermeidung fast gänzlich verzichten? Ist das bisherige Niveau der Anstrengungen bei der zweiten Strategie im Verkehrssektor, der der Verkehrsverlagerung durch Priorisierung von ÖPNV-Ausbau vor Straßenausbau und Verbesserung dessen Gebrauchsfähigkeit hinreichend? Können wir es uns leisten, ohne ambitionierte Strategien der aktiven, an Daseinsvorsorge, Sozialstaatlichkeit, Geschlechtergerechtigkeit und bürgerlichen Freiheiten orientierten Begrenzung der strukturellen Erzeugung von Verkehr, so dass immer mehr (Wachstum an) Verkehrsaufwand nicht erst anfällt, lediglich die viel weniger komplexe Strategie einer Elektrifizierung des Autoverkehrs (Verbesserung Einzelverkehrsträgers) zu betreiben? Wie wird die Priorität des Strombedarfs der basalen und unverzichtbaren gesellschaftlichen Ökonomie, der Versorgungsökonomie, gegen die Stromansprüche des damit weiterwachsenden Autoverkehrs (und ggf. auch Luftverkehrs) abgesichert? Diese gesellschaftspolitischen

Klimapolitik-Konflikte sollten antizipiert und demokratisch-politischen Entscheidungen zugeführt werden.

Maßnahmen und Handlungsbereiche, die aus der Genderperspektive fehlen

Die Klimapolitik kann, wie unter den Genderdimensionen des KSP2050 herausgearbeitet, ihren politischen Nachhaltigkeitsverpflichtungen, ihren bisher unerfüllten Verpflichtungen zu Beiträgen zur Geschlechtergleichstellung und gegenüber Sozialstaatlichkeit entsprechen. Dazu bedürfte es u.a. der Voraussetzung, dass sie eine Klimaschutz-bezogene sozialpolitische Programmatik erarbeitet und festlegt.

Die Klimapolitik kann, wie unter den Genderdimensionen des KSP2050 herausgearbeitet, sich mit den Interessen des demokratischen Souveräns zugunsten struktureller Emissionsminderung verbünden und ihren Verpflichtungen zu ihren fachpolitischen Beiträgen zur Geschlechtergleichstellung entsprechen, indem sie eine politische Programmatik zur Überwindung der gesellschaftlichen sozial-ökonomisch-ökologischen Krise der Versorgungsökonomie erarbeitet und festlegt.

5.5.1.5 Welche Daten müssten erhoben werden?

Der ermittelte Datenbedarf, wie er bereits in [Kapitel 5.4](#) aufgeführt wurde, betrifft den KSP in besonderer Weise. Gleiches gilt für den Bedarf, Methoden zu verändern.

Insbesondere bedarf es intensiver Forschung zu der strukturellen Erzeugung von Energiebedarfen und -abhängigkeiten der Haushalte und Versorgenden.

Um in der Lage zu sein, die Klimaziele Deutschlands mittel- und langfristig erfüllen zu können, braucht die Klimapolitik vor allem Wissen und Daten – entsprechend des umweltpolitischen Grundsatzes des Verursacherprinzips – zu denjenigen strukturellen Faktoren und organisierten Interessen, die Energieabhängigkeiten von Haushalten und deren Belastung mit Mobilitätsanforderungen vor allem generieren und befördern.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen, dass wirtschaftlichen Fragen auch in der Klimapolitik und im KSP2050 ein dominanter Stellenwert eingeräumt wird, braucht sie von genderbedingten Einseitigkeiten und Überbewertungen partikulärer Segmente bereinigte ökonomische Datengrundlagen. Um valide ökonomische Bewertungsmaßstäbe zu erhalten, besteht die Notwendigkeit, dass die wirtschaftlichen Datengrundlagen aus der Verengung auf rein marktlich vermittelte Ökonomie herausgeführt werden, weil diese lediglich partikuläre Beiträge zu Gemeinwohl und Daseinsvorsorge abbilden und das für die Gesellschaft grundlegende Wirtschaften, die externalisierte Versorgungsökonomie, aus- und überblendet.

Entsprechend ist es wichtig, differenzierte Datenbestände zur Versorgungsökonomie einzubeziehen und zu generieren. Neben Umfang, Verteilung und Wert, die aus den Zeitbudgetstudien (s.o.) bezogen werden können, bedarf es für die Klimapolitik auch Daten zu deren Verlagerungen und neuen Versorgungsweisen, die in Beziehung gebracht werden können zu einerseits Emissionsdaten und andererseits zu Daten zur strukturellen Emissionsverursachung (Genderdimension 2). Dies ist wichtig um für ein klimapolitisches Nachsteuern abzuschätzen zu können, inwieweit klimapolitische Maßnahmen die nötigen Bedingungen für gesellschaftlich emissionsfrei und geschlechtergerechtere Versorgungsweisen befördern.

Diese Daten braucht die Klimapolitik aber auch, um valide ökonomische Analysen, Szenarien, Kosten-Nutzen-Betrachtungen etc. durchführen zu können. Wie sonst will sie untersuchen können, welche Wirksamkeit sie auf die Versorgungsökonomie entfaltet und inwieweit versorgungsökonomische Ver-

antwortung und Versorgungspflichten in Infrastruktursystemen und Dienstleistungen verankert und erbracht werden?

Im Hinblick auf die zum Abbau der Hierarchisierung der Geschlechterverhältnisse notwendige gesellschaftliche Umverteilung der Versorgungsökonomie-Verantwortung sind Daten auch für die Kosten/Nutzenanalysen hinsichtlich der verschiedenen Formen weiterführend, wie die Erwerbsökonomie ihre erwerbswirtschaftliche Verantwortung für Versorgung und für Versorgungsökonomie und Care-Arbeit übernimmt. Diese erlauben, dass zielführend im Hinblick auf Emissionsminderung, gerechter Verteilung der Versorgungsökonomie-Verantwortung und gesellschaftlich unabdingbarer versorgungsökonomischer Qualitätssicherung die politischen Nachsteuerungserfordernisse transparent werden.

Klimaschutz bedarf nicht nur nicht-androzentrischer ökonomischer Daten, sondern Daten zu auch den weiteren sechs Genderdimensionen. Während die zuvor in ihrer Emissionsrelevanz oben erläuterten Datenbedarfe aus struktureller maskuliner Gewalt im öffentlichen Raum relativ einfach zu ermitteln sind (vgl. [Kapitel 5.5.1.3](#), Genderdimension 7), ist der Bedarf an Daten zur Genderdimension 5 jedoch klimapolitisch nicht minder relevant, aber schwieriger zu erfüllen. Daten, welche eine Aussage erlauben, inwieweit grundlegende Annahmen und Rahmungen spezifischer klimarelevanter Handlungsfelder, Infrastruktursystem-Gestaltungsbereiche oder Institutionen Androzentrismus fortschreiben bzw. inwieweit traditionell und unbewusst genderverzerrende Konstruktionen aktiv und systematisch bereinigt werden, sind sowohl hinsichtlich objektiverer fachlicher Arbeit als auch hinsichtlich der Verpflichtung auf Rechtstreue, Gemeinwohl und Grundrechten aller und damit legitimer Klimapolitik unverzichtbar (vgl. [Kapitel 5.4](#)). Solche Daten geben Auskunft, wie realitätsgerecht, gesellschaftlich nützlich, wissenschaftlich seriös und sachlich Aussagen, Problembeschreibungen oder Lösungsentwürfe sind, denn mit ihnen wird erst transparent, inwieweit man sich auf Korrektur der impliziten traditionell androzentrischen Elemente in Konzepten, Framing, Begriffen, Kategorienbildung, Methodologie, Ausgrenzung bzw. Einbeziehung von Wissensbeständen verlassen kann.

5.5.1.6 Was bringt die Genderperspektive für die Klimaschutzpolitik und deren Umsetzung? Was bringt die Klimaschutzpolitik für die Geschlechtergerechtigkeit?

Die Genderperspektive erhöht die Chancen, tatsächlich nachhaltige Klimapolitik bewerkstelligen zu können. Die für Nachhaltigkeit so relevante Verschränkung sozialer, ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeitsdimensionen wird der Klimapolitik zugänglich. Dies versetzt sie in die Lage, die Maßnahmen auf entsprechenden ‚Interlinkages‘ (UN-Commission for Sustainable Development) auszurichten.

Die Wirksamkeiten der Klimapolitik können erhöht werden. Klimapolitisch relevante Kontexte können realitätsgerechter in der Klimapolitik wahrgenommen werden und mit klimapolitischen Maßnahmen sachgerechter adressiert werden.

Statt nur Akzeptanz, die möglicherweise nicht dauerhaft oder belastbar ist, kann die vom KSP2050 gewünschte Transformation auf Akzeptabilitäten (vgl. [Kapitel 5.4, Fußnote 57](#)) gründend verstärkt und tragfähiger werden.

Genderresponsive, gleichstellungsorientierte aber insbesondere gendertransformative Klimapolitik hilft, dass jeder Mensch sich endlich darauf verlassen kann, dass die Verfassungsgebote zu Gleichstellung sowie Gemeinwohl gelten.

Klimapolitik kann sich mithilfe der Genderperspektive sachgerechteren klimapolitischen Reflektion rechtzeitig vorbereiten auf mittelfristig erwartbare gesellschaftspolitische Konflikte, die ihr Akzeptanz in der Bevölkerung, politische Steuerbarkeit und bundespolitische Durchsetzungsfähigkeit entziehen könnten. Sie kann damit rechtzeitig Vorsorge dagegen treffen.

5.5.1.7 Welche Handlungsempfehlungen lassen sich daraus ableiten?

Aus der Analyse des KSP2050 wurden übergreifende Handlungsempfehlungen erarbeitet, die in Kapitel 6 aufgeführt werden.

Daneben wird empfohlen:

- ▶ *Vorsorge zu treffen für Chancengleichheit auf Selbstbestimmung:* Festlegung darauf, dass Reglementierung zuvorderst derjenigen Bereiche und organisierten Interessen erfolgt, die verantwortlich sind für strukturelle Energiebedarfs- und Verkehrserzeugung und Festlegungen darauf, dass ‚der Lebensbereiche‘ und Versorgungsökonomie nicht reglementiert werden (Zurücknahme der in KSP2050 enthaltenen Aussage - KSP2050: 30).
- ▶ *Vorsorge zu treffen für versorgungsökonomische Rationalität bei der Sektorkopplung und Absicherung der Definitions- und Gestaltungsmacht Versorgender:* Die ausgreifende Digitalisierung der Haushalte aufgrund der angestrebten Sektorkopplung erfordert angesichts in Technik immer eingeschriebener Reglementierung der Handlungsmöglichkeiten (Latour), dass versorgungsökonomische Interessen von vorneherein und gezielt organisiert einbezogen werden und die Definitions- und Gestaltungsmacht Versorgender institutionell abgesichert wird.
- ▶ das Gender bezogene Ungleichgewicht der Sektoralen Emissions-Minderungsziele durch einerseits Förderungen zu kompensieren (Größte Reduktions-Anforderung - nach Energiewirtschaft – an Wohnen als Ort der Versorgungsökonomie; Gebäudebereich; geringste Reduktions-Anforderung an Bereich, der im Alltag eher als Last wahrgenommen wird: Verkehrsaufwand) und durch andererseits Erarbeitung und Festlegung einer bundespolitischen Strategie nachhaltiger Reduzierung der strukturellen Erzeugung von Verkehrsaufwand akzeptabel machen
- ▶ eine Überprüfung des *Energiepreissystems* und der Lenkungswirkung bestehender *hoheitlich veranlasster Energiepreisbestandteile in Form von Abgaben, Umlagen und Steuern:* Eine gender-responsive Preisgestaltung scheint angeraten.
- ▶ ein integriertes *Impact Assessment des klimapolitischen Maßnahmenkatalogs*, das auch ein GIA zu den sieben Genderdimensionen beinhaltet, so dass realistische sowie genderunhierarchische Wirkungsabschätzung, Identifizierung potenzieller Chancen, Risiken und Unsicherheiten und von Anpassungsnotwendigkeiten erschlossen werden können.
- ▶ *Geschlechtsspezifische Verletzlichkeit bei klimapolitischen Strukturwandel zu berücksichtigen (Just Transition):* Bei Konversion der Kohlebergbauregionen sollte geprüft werden, ob es nicht hilfreich sein kann, im Zusammenhang mit den abverlangten berufsbiographischen Brüchen durch diesen erwerbsökonomischen Strukturwandel politisch Maskulinitätskonstruktionen emanzipativ für Männer anzugehen.

5.5.2 Wirkungsanalyse im Bereich der kommunalen Klimaschutz-Masterpläne

5.5.2.1 Förderung von Masterplan-Kommunen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI)

Seit 2012 werden Masterplan-Kommunen im Sinne einer Exzellenzinitiative durch die NKI gefördert⁶⁵, die bis zum Jahr 2050 ihre Treibhausgasemissionen um 95 Prozent und ihren Endenergieverbrauch um 50 Prozent gegenüber 1990 senken wollen. Dafür wird die Erstellung eines Masterplan-Konzepts ‚100 % Klimaschutz‘ und die Umsetzung von Maßnahmen auf kommunaler Ebene im Rahmen des Masterplanmanagements unterstützt. Es sollen Strukturen geschaffen werden, um den Masterplan-Prozess nach der Förderung selbständig und langfristig zum Erfolg zu führen. Dabei sollen auch der zivilgesellschaftliche Prozess zur Bewusstseinsbildung der Bürgerinnen und Bürger und die Einbindung von Unternehmen vor Ort sowie weiterer relevanter Beteiligter gestärkt werden, um die Akzep-

⁶⁵ Ausschreibung siehe <https://www.ptj.de/klimaschutzinitiative-kommunen/masterplan> bzw. <https://www.klimaschutz.de/foerderung/masterplan-100-klimaschutz> (zuletzt aufgerufen am 17.1.2019).

tanz für den Masterplan-Prozess und die damit einhergehende Umsetzung der Maßnahmen sowie das Klimaschutz-Engagement in der Kommune zu steigern und eine langfristige Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Klimaschutz-Aktivitäten vor Ort zu erreichen (BMUB 2015).

Ferner werden im Rahmen der Umsetzung ausgewählte investive Maßnahmen gefördert sowie eine Reihe von Aktivitäten zur Verstärkung der Masterplan-Prozesse, etwa Vernetzung mit anderen Masterplankommunen, Stärkung der Identität der Kommune als Masterplankommune und der zivilgesellschaftlichen Prozesse auf dem Weg zu 100 % Klimaschutz.

Die inhaltlichen Vorgaben, wie die Reduktion der Treibhausgasemissionen und des Energieverbrauchs erreicht werden sollen, sind durch die Richtlinie nicht festgeschrieben, sondern nur im Merkblatt kurz umrissen (BMUB o. J.:3):

„Die Kommune verfolgt diese klimapolitischen Ziele intensiv durch die Einführung eines Prozessmanagements zur kurz-, mittel- und langfristigen Implementierung ökologisch und ökonomisch sinnvoller Maßnahmen, insbesondere durch

- die Ausschöpfung der Potenziale zur Steigerung von Energieeffizienz und Energieeinsparung,
- die Förderung eines nachhaltigen Lebensstiles bei Nutzern und Konsumenten sowie eines nachhaltigen Wirtschaftens in lokalen Unternehmen im Rahmen von entwickelten Suffizienz- und Konsistenzstrategien,
- die Nutzung erneuerbarer Energien und Kraft-Wärme-Kopplung, insbesondere aus regionalen Quellen, und
- den Aufbau von nachhaltigen regionalen Stoffkreisläufen.

Diese anspruchsvollen Ziele erfordern einen umfassenden Strukturwandel vor Ort, für den langfristige Organisations- und Managementprozesse in Gang gesetzt werden müssen.

Zunächst stellt sich in Anlehnung an das GIA die Frage, welche Personengruppen von dem Programm betroffen sind. Das Programm fördert die Erstellung und z. T. auch Umsetzung umfassender und ambitionierter kommunaler Masterpläne zum Klimaschutz. Solch ein Konzept muss zwingend alle für die Treibhausgasemissionen relevanten Sektoren und Handlungsfelder umfassen, so etwa auch den Energieverbrauch privater Haushalte für Mobilität und Gebäude. Damit sind im Prinzip alle Bürger/-innen der Stadt betroffen.

Die zentralen Fragestellungen unserer Untersuchung sind: Welche geschlechterrelevanten Handlungsfelder wären wichtig, sind aber nicht adressiert, d. h. wo lassen sich Lücken entdecken? Leistet die Geschlechterperspektive einen Beitrag zur verbesserten Umsetzung, und ggf. welchen? Welche Geschlechteraspekte sollten adressiert werden, um eine Verschärfung des Gender Gaps zu vermeiden? Und schließlich welche Empfehlungen können aus der Geschlechterperspektive für das Programm entwickelt werden?

5.5.2.2 Die Genderdimensionen der Klimaschutzpolitik – Ergebnisse des Literaturreviews

Symbolische Ordnung: Hierarchisierungen, Bedeutungszuschreibungen und -positionierungen (Querschnittsdimension)

Symbolische Ordnung wirkt sich auf Rollen, Zuständigkeiten, Einstellungen, Wahrnehmungen und Präferenzen aus. Dies wird relevant, wenn Kommunen im Klimaschutz auf Verhaltensänderungen setzen und dies zu fördern suchen, etwa in Richtung nachhaltigeren Konsums oder klimaschonender Mobilität. Zum Beispiel sind Frauen in der Regel stärker an nachhaltigem Konsum interessiert, fühlen sich aber häufig nicht ausreichend informiert. Die Zielgruppenansprache muss solche Faktoren berücksichtigen, ohne sich ausschließlich an Frauen zu richten, sondern auch gezielt das Konsumverhalten von Männern in den Fokus nehmen.

Versorgungsökonomie/Sorgearbeit: Zuschreibung, Verteilung, Zeit, Stellenwert, Instrumentalisierung

Spezifisch kommunale Handlungsmöglichkeiten, die sich stark auf die Versorgungsarbeit auswirken, liegen in der Stadtplanung: Wie konsequent werden die Bedarfe berücksichtigt, die durch Sorgearbeit und Alltagsverrichtungen entstehen, wie etwa Einkaufen oder Begleitung von Familienmitgliedern? Planungsparadigmata, die anstelle der autogerechten Stadt die kohlenstoffarme und lebenswerte Stadt setzen und z. B. auf kurze Wege und Nutzungsmischung abzielen, sollten auch unter Gendergesichtspunkten konsequent verfolgt werden. Alle Maßnahmen, die Haushalte betreffen, sollten dahingehend untersucht werden, ob sie zu Mehrarbeit für die versorgenden Personen führen.

Erwerbsökonomie: horizontale und vertikale Segregation, ökonomische Bewertung von Arbeitsbereichen/Leistungen Berufswahl, Vermögensverhältnisse

Hier muss einerseits die Einkommens- und Rentenlücke berücksichtigt werden, die unterschiedliche Betroffenheiten durch Mehrkosten zur Folge hat. Außerdem muss in Betracht gezogen werden, dass Frauen aufgrund ihres geringeren Einkommens und Vermögens⁶⁶ über geringere Investitionschancen verfügen. Die kann sich etwa auf die Inanspruchnahme von Förderprogrammen auswirken, und nachweislich auch auf Investitionen in erneuerbare Energien, etwa in Bürger/-innen-Energiekooperativen (Fraune 2015).

Die Frage ist hier auch, wer von den durch klimapolitische Maßnahmen geschaffenen Arbeitsplätzen profitiert, z. B. im öffentlichen Nahverkehr, in der Energieberatung oder in der Baubranche, und mit welchen flankierenden Maßnahmen die Kommune einer ungerechten Verteilung begegnen kann. So können Kommunen verstärkt Frauen ansprechen und ihnen geeignete Arbeitsbedingungen in diesen männerdominierten Branchen bieten, beispielsweise im ÖPNV.

Öffentliche Ressourcen/Infrastrukturen: Bereitstellung, Ausrichtung, Zugang, Gebrauchsfähigkeit

Auch hier ist die Stadtplanung angesprochen, etwa wie die Verteilung des öffentlichen Raums auf Nutzungszwecke (Straßenraum für fahrenden und parkenden motorisierten Individualverkehr, Raum für Fahrradverkehr und Fußgänger/-innen, Parks, Spielplätze usw.) aussieht und gerechter gestaltet werden kann. Ferner ist im Bereich Klimaschutz vor allem die ÖPNV-Infrastruktur relevant, die in jeder Hinsicht – Netze, Haltestellen, Verknüpfungen, Taktzeiten, Tarife – gleichermaßen auf Personen ausgerichtet sein muss, die Versorgungsarbeit leisten und damit meist komplexere Wegstrecken zurücklegen, als auch auf Pendler/-innen. Im Energiebereich sind Smart Grids zu nennen, deren Auswirkungen auf die Versorgungsarbeit einerseits, und ihre Konsequenzen für Privatsphäre und Datenschutz andererseits, noch wenig untersucht sind.

Institutionalisierter Androzentrismus/Definitions-macht: Maskulinität als Maßstab für strategische Ansätze und Methoden, Definitionsmacht der Institutionenebene

Hier sind technokratische und technologielastrische Ansätze zu nennen, die die Versorgungsarbeit und die daraus resultierenden Bedarfe übersehen. Übersehen werden auch unterschiedliche Akzeptanzprobleme und daraus resultierende Beratungsbedarfe von Männern und Frauen, etwa bei der energetischen Sanierung.

Definitions- und Gestaltungsmacht auf Akteursebene: Teilhabe an und Berücksichtigung von Genderexpertise bei Entscheidungen, v.a. in Wissenschaft, Technik und Politik

⁶⁶ Siehe z. B. Markus M. Grabka und Christian Westermeier: Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW Wochenbericht 9/2014. Demnach verfügen Frauen im Mittel nur über 72 % des Vermögens von Männern (S. 160).

Auch auf lokaler Ebene ist die Unterrepräsentation von Frauen in Entscheidungspositionen und ihre mangelnde Teilhabe an Entscheidungen hinlänglich bekannt. Neben der Verbesserung der Genderparität gilt es aber auch, gezielt Genderexpertise hinzuzuziehen. Wie auf anderen politischen Ebenen sollte auch auf kommunaler Ebene eine Kooperation und Koordination zwischen Klima- und Gleichstellungspolitik in Gang gebracht werden. Neben dem Einsatz von Instrumenten zur Genderanalyse in der Klimapolitik sollten auch bereits eingeführte Instrumente im Bereich Geschlechtergerechtigkeit, wie etwa Gender Budgeting, auf die für Klimapolitik zuständigen Ressorts angewandt werden.

In Partizipationsprozessen muss auf Geschlechterparität geachtet werden. Dazu müssen Beteiligungsprozesse beispielsweise so gestaltet werden, dass Frauen gleichermaßen wie Männer angesprochen werden, und dass auch Personen mit Versorgungsverantwortung teilnehmen können.

Körper, Gesundheit und Sicherheit: Privatsphäre (intimacy), Gewaltfreiheit

Hier sind Kommunen in der Pflicht, für Sicherheit für Frauen und andere gefährdete Personen wie LSBTI (lesbische Frauen, schwule Männer, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Personen) oder Wohnsitzlose zu sorgen, zum Beispiel durch städtebauliche Maßnahmen, Gestaltung von ÖPNV-Haltestellen, Nachttaxis, Aufklärungsmaßnahmen und Kampagnen. Im Bereich der Gesundheit sind die Personen zu berücksichtigen, die sich aufgrund von Versorgungsarbeiten mehr zuhause aufhalten und ggf. Schadstoffen ausgesetzt sind.

5.5.2.3 Genderdimensionen in den Handlungsfeldern des klimapolitischen Programms der Förderung von Masterplan-Kommunen

Bei den Ausschreibungsunterlagen wird auf der NKI-Webseite ein ‚Handbuch methodischer Grundfragen zur Masterplan-Erstellung‘ zum Download angeboten, das für die geförderten Kommunen handlungsleitend ist (Solar-Institut Jülich der FH Aachen u. a. 2016). Ferner ist gefordert, einen zivilgesellschaftlichen Prozess zur „Bewusstseinsbildung der Bürgerinnen und Bürger und die Einbindung von Unternehmen vor Ort sowie weiterer relevanter Beteiligter zu stärken“, mit den Zielen der Steigerung der Akzeptanz für den Masterplan-Prozess und die Umsetzung der Maßnahmen sowie der Steigerung des Klimaschutz-Engagements in der Kommune und der langfristigen Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Klimaschutz-Aktivitäten vor Ort (BMUB 2015:1).

Die Genderanalyse konzentriert sich auf das Handbuch methodischer Grundfragen zur Masterplan-Erstellung.

Den überwiegenden Teil des Handbuchs nehmen die Arbeitsschritte zur Masterplan-Entwicklung ein (Demografie, Erfassung der Infrastruktur, Entwicklung der Energiebedarfe in den Sektoren Haushalte, Industrie und GHD sowie der Mobilitätsversorgung, Entwicklung von Konzepten für CO₂-arme Brenn- und Kraftstoffe, CO₂-arme Raumwärme und Warmwasser sowie Beiträge der erneuerbaren Energien zur Stromversorgung), die vorwiegend technisch ausgerichtet sind. Soziale Aspekte tauchen im gesamten Handbuch nur am Rande auf, Genderaspekte sind nicht erwähnt.

Anknüpfungspunkte für Gender in den thematischen Schwerpunkten

Für unsere Untersuchung haben wir uns auf die Kapitel zu Suffizienz und Akzeptanz konzentriert, da hier explizit die Interaktion mit Bürger/-innen angesprochen ist, sowie auf die Kapitel zu Energiebedarfen in Haushalten und zu Mobilität.

Laut Merkblatt sollen die Anträge auch eine „Darstellung von Ideen zur Entwicklung eines partizipativen Prozesses zur Einbindung der Zivilgesellschaft mit dem Ziel der Verhaltensänderung und der Unterstützung des Masterplanprozesses“ enthalten (BMUB o. J.:7). Es muss mindestens ein Masterplanbeirat eingerichtet werden, empfohlen sind auch weitere Formen von Bürgerbeteiligungsverfahren.

Dabei wird auf weitere Publikationen verwiesen, während das Handbuch methodischer Grundfragen nicht auf Partizipationsverfahren eingeht.

Suffizienz

Laut Ausschreibung soll Suffizienz in den Masterplänen in besonderem Maß berücksichtigt werden und „als handlungsleitendes Prinzip in bestehende Strategien, Leitbilder und Prozesse der Kommune einfließen“ (BMUB o. J.:4). Genannt werden im Merkblatt gemeinschaftliche Wohnformen mit geringem Energiebedarf, die Berücksichtigung von Suffizienzaspekten bei der Schaffung von Wohnraum im kommunalen Wohnungsbau, Suffizienz im Verkehr, worunter vor allem Maßnahmen zur Verlagerung auf CO₂-arme oder -freie Verkehrsmittel verstanden werden, sowie im Beschaffungswesen der Kommune.

Dem Thema Suffizienz ist im Handbuch ein eigenes kurzes Kapitel gewidmet (Solar-Institut Jülich der FH Aachen u. a. 2016:14 ff). Es wird wie folgt definiert: „Suffizienz steht für die absolute Reduzierung des Energie- und Ressourcenverbrauchs bei der Herstellung und Nutzung von energie- und ressourcenintensiven Gütern und Dienstleistungen durch Veränderung der Nachfrage. Diese wird durch Änderung von Konsumententscheidungen, Alltagsroutinen, sozialen und kulturellen Praktiken, durch ein verändertes Angebot und Marketing von Produkten, Gütern und Dienstleistungen sowie – bei weitreichenden Suffizienzstrategien – durch andere Lebensstile und Wirtschaftsweisen realisiert.“

Im weiteren Text wird Suffizienz allerdings ausschließlich auf ‚persönliche Bedarfe und Wünsche‘ bezogen und von ‚individuellen Entscheidungen‘ abhängig gesehen. Beispiele, die genannt werden, sind in der Phase der Anschaffung die gemeinsame Anschaffung und Nutzung von Autos bzw. Carsharing, Teilen von Wäschetrocknern in Mehrfamilienhäusern, Reparatur statt Neuanschaffung von Gütern, in der Phase der Nutzung von Gütern die Zahl und Länge der Fahrten mit motorisierten Verkehrsmitteln, Nutzungszeiten von TV oder Beleuchtung, Wahl der Raumtemperatur. Es wird auch das Kochen genannt, ohne dies näher zu spezifizieren.

Genannt wird weiterhin im Handbuch die Standortwahl der Wohnung, die als Entscheidung der einzelnen Haushalte betrachtet wird (Solar-Institut Jülich der FH Aachen u. a. 2016:15). Dies mag zum Teil zutreffen, wobei dies immer noch durch kontraproduktive steuerliche Anreize für Pendelfahrten gefördert wird. Für materiell schlechter gestellte Haushalte ist es jedoch fraglich, ob sie in vielen Städten über derartige Freiheitsgrade verfügen.

Suffizienz wird also eindeutig auf den Bereich Haushalte beschränkt. Dadurch wird die Verantwortung für Suffizienz weitgehend auf die für die Versorgung Verantwortlichen, meist Frauen, verlagert.

Öffentliche Einrichtungen, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (GHD) bleiben im Handbuch dagegen unberücksichtigt, die Industrieproduktion ebenfalls. Zahlreiche Suffizienzmaßnahmen wären in diesen Sektoren denkbar: Verhaltensbedingte Maßnahmen wie die Vermeidung der Nutzung von Aufzügen, organisatorische Maßnahmen wie höhere Solltemperaturen für die Klimatisierung im Sommer oder investive Maßnahmen, etwa EDV-Systeme mit geringerer Leistung, die der tatsächlichen Nutzung angepasst sind, und nicht zuletzt weniger oder kleinere Dienstwagen. Hier wird der Geschlechter-Bias sehr deutlich, denn nur ca. 3 % der weiblichen Fachkräfte und ca. 26 % der weiblichen Führungskräfte verfügen über einen Firmenwagen gegenüber fast 13 % der männlichen Fachkräfte und 50 % der männlichen Führungskräfte, die zudem deutlich teurere und damit vermutlich auch verbrauchsintensivere Wagen erhalten (Compensation Partner 2017).

Zu Suffizienzpolitik wurde bisher nur wenig geforscht, abgesehen von Brischke u. a. (2016 und Spitzner & Buchmüller 2016) die die Genderaspekte wie z. B. Vorsorge gegen Mehrarbeit bei der Versorgung, Veränderung der bisher sozial, ökonomisch und ökologisch nicht nachhaltigen gesellschaftlichen Organisation der Versorgungsökonomie und Entwicklung eines (sich auf Gender und strukturelle Energiebedarfserzeugung beziehenden) Ansatzes ‚Emanzipative Suffizienzpolitik‘-explizit berücksich-

tigt haben. Offen bleibt im Handbuch, wie Kommunen wirksame Suffizienzstrategien entwickeln können, ohne sich auf eher symbolische kleinteilige Aktionen zu beschränken.

Akzeptanz

Das Thema Akzeptanz wird in einem separaten Kapitel abgehandelt (Solar-Institut Jülich der FH Aachen u. a. 2016:18 ff): „Die politischen Entscheidungsträger in der Masterplan-Kommune haben [...] die entscheidende Aufgabe, die relevanten Akteure frühzeitig über ernstgemeinte und geeignete Formate in die Entscheidungsprozesse zu involvieren, um die Akzeptanz zu fördern“. Hier stellt sich die Frage, ob Partizipation primär als Mittel zur Herstellung von Akzeptanz für weitgehend vorgegebene Strategien und Ansätze betrachtet wird, und inwieweit Partizipation tatsächlich eine Mitgestaltungschance durch die Zivilgesellschaft eröffnen soll.

Bei den Akzeptanzproblemen, die im Handbuch genannt werden (Solar-Institut Jülich der FH Aachen u. a. 2016:19 ff), sind Befürchtungen mit Blick auf Gesundheitsbelastungen kaum angesprochen. So ist bei Biomasseproduktion Agrarchemie nicht genannt, und bei der energetischen Gebäudesanierung (Solar-Institut Jülich der FH Aachen u. a. 2016:21) fehlen Hinweise auf die Dämmstoffproblematik und die damit verbundenen gesundheitlichen Bedenken sowie die Risiken beim Brandschutz und die Entsorgungsprobleme. Auch im Kapitel zu Gebäude wird die Materialfrage nicht angesprochen. Der Literaturreview belegt aber, dass für Frauen gesundheitliche Aspekte von Dämmmaterialien wichtiger sind als für Männer (Fischer 2011) und generell Frauen sich über mögliche Gesundheitsgefahren bewusster sind, Risiken stärker wahrnehmen und sich auch selbst häufiger in ihrer Gesundheit belastet fühlen (BMUB & UBA 2017). Wichtige potenzielle Akzeptanzprobleme bei Frauen werden also vernachlässigt.

Strom- und Wärmebedarf der Haushalte

Das Handbuch verweist hier auf den Energiedienstleistungs-Ansatz, der „die Sichtweise für die differenzierte Untersuchung der am Raumklima beteiligten Prozesse (Mensch, Gebäude, Heizsystem)“ fördere, „welche unterschiedliche Ansätze und Methoden zur Beeinflussung der Effizienzsteigerung (bis hin zu Suffizienz-Maßnahmen) ermöglicht“ (Solar-Institut Jülich der FH Aachen u. a. 2016:52). Im weiteren Verlauf wird allerdings auf den „Systemausschnitt Gebäude“ fokussiert und ihre Bewohner/-innen und Nutzer/-innen werden nicht mehr erwähnt.

Geschlechteraspekte bei Strategien zur Erhöhung der Energieeffizienz sind etwas besser beforscht als z. B. bei der Suffizienzpolitik, wie der Literaturreview in Kapitel 3 zeigte. Eine Reihe von Faktoren müsste danach berücksichtigt werden, etwa die positivere Einschätzung der Energiewende durch Frauen, ihr geringeres Wissen über ihren Energieverbrauch im Vergleich zu Männern (vzbv 2013), die unterschiedlichen Bedarfe und Verbrauchsmuster (2016; Karjalainen 2012; Schellen u. a. 2012), die Rollenverteilung bei Anschaffungen und im häuslichen Energiekonsum (Offenberger & Nentwich 2009; Offenberger & Nentwich 2010; Offenberger & Nentwich 2013), sowie geschlechtstypische Einstellungen und Präferenzen zu Effizienztechnologien und haushaltsinterne Dynamiken und Entscheidungsprozesse (Westermann u. a. 2013; Strengers 2014; Tjørring 2016; Van der Land 2010), die ein genderresponsives Vorgehen erfordern (vgl. [Kapitel 3.3.3.3](#)).

Verkehr

Das Handbuch postuliert, Güterverkehr liege kaum im Handlungsbereich der Kommunen (Solar-Institut Jülich der FH Aachen u. a. 2016:81). Dies mag für den schweren Nutzverkehr zu einem gewissen Grad zutreffen, jedoch spielt in den Kommunen der Lieferverkehr eine wachsende Rolle, siehe z. B. Leerkamp & Bormann (2018). Der Schwerpunkt wird im Handbuch aber auf den Personenverkehr gelegt, während Maßnahmen zur Reduzierung oder Dekarbonisierung des Lieferverkehrs nicht erwähnt werden, etwa durch Regulierung, Mikrodepots oder Lastenräder.

Wie bei der Suffizienz findet sich hier also eine Asymmetrie, die den Gewerbesektor ‚verschont‘ und Klimaschutzbemühungen vorrangig von den Haushalten abfordert.

Allerdings wird weder für diesen noch für die anderen Sektoren explizit eine Verringerung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) erwähnt. Es wird lediglich mehrfach Car-Sharing genannt, das sicher zur Verringerung des Fahrzeugbesitzes und des ‚ruhenden Verkehrs‘ beiträgt, aber die Nutzung des Autos nicht notwendigerweise deutlich reduziert. Deshalb ist der Umweltnutzen im Sinne der Reduzierung der Fahrleistung nicht eindeutig belegbar, siehe z. B. Hülsmann u. a. (2018). Schließlich wird die ‚Verringerung der Wegezähl durch Wegekettenbildung‘ als Suffizienzoption genannt. Es wird nicht diskutiert, ob und inwieweit sich durch die Verringerung der Wegezähl überhaupt die Weglänge reduzieren lässt. Die für die Versorgungsarbeit Zuständigen, vorwiegend Frauen, bilden ohnehin zwangsläufig bereits Wegeketten. Dies erfordert allerdings geeignete Infrastrukturen und ÖPNV-Services (z. B. ein Tarifsystm, das die kostengünstige Bildung von Wegeketten ermöglicht).

Im Übrigen wird im Handbuch davon ausgegangen, dass der motorisierte Individualverkehr (MIV) mit Verbrennungsmotoren im Zieljahr ausschließlich mit Biokraftstoffen betrieben wird, ohne deren potenzielle negative Auswirkungen zu thematisieren. Belegt ist aber, dass Importe von Biokraftstoffen im Herkunftsland negative Auswirkungen auf Frauen bzw. das Geschlechterverhältnis haben können, siehe z. B. Arndt u. a. (2011).

Ein wichtiger Punkt unter der Genderperspektive ist, welche Daten zum Verkehr herangezogen werden und wie diese fortgeschrieben werden. Es ist belegt (ISIconsult - Institut für Sozialinnovation Consulting u. a. 2018), dass hier das Geschlechterverhältnis eine wichtige Rolle spielt, ebenso wie die Größe und Struktur der Kommunen. Im Handbuch wird aber nur auf die Unterscheidung zwischen schrumpfenden und wachsenden Kommunen eingegangen. Ferner wird eine wegelängenspezifische Betrachtung des Modal Splits empfohlen, um Verlagerungspotenziale zu ermitteln. Auf die unter Genders Gesichtspunkten wichtige Frage von Wegeketten und Begleitverkehren sowie die Trends bei der Entwicklung der Mobilitätsmuster wird nicht eingegangen.

Maßnahmen und Handlungsbereiche, die aus der Genderperspektive im Handbuch fehlen

Stadtplanung ist ein spezifisches Handlungsfeld von Kommunen mit langfristiger Wirkung, das für Klimaschutz und Anpassung an Klimaveränderungen (Stadt der kurzen Wege, kompakte Siedlungen, Vermeiden von Überschwemmungsgebieten etc.) eminent wichtig ist und gleichzeitig auch für die Geschlechtergerechtigkeit (Zugang zu Dienstleistungen und öffentlichen Services, Aufteilung des urbanen Raums auf Nutzungszwecke etc.). Leider wird es im Handbuch weder entsprechend behandelt, noch wird auf Publikationen dazu verwiesen. Abgesehen von kurzen Verweisen auf Nahversorgung, soziale und technische Infrastrukturen, oder attraktive, klimafreundliche Quartiersgestaltung finden sich weder substanzielle Hinweise, wie Stadtentwicklung und -planung in die Masterplankonzepte und ihre Umsetzung einzubeziehen sind, noch Verweise auf einschlägige Programme und Ergebnisse der Städtebauförderung und -forschung.

5.5.2.4 Welche Daten müssten erhoben werden?

Im Kapitel ‚Demografische Randbedingungen‘ taucht Geschlecht nicht auf, genauso wenig wie z. B. Alleinerziehende oder ALG II-Empfänger/-innen. Solche Daten sollten bei der Konzepterstellung bekannt sein, inklusive Daten zur räumlichen Verteilung von einkommensschwachen und -starken Haushalten.

Die Erhebung geschlechterdisaggregierter Daten ist beim Energieverbrauch im Haushalt schwierig oder mit großen Unsicherheiten behaftet, da für viele Verbräuche die Allokation auf die Personen nicht trivial ist. Mobilitätsdaten aus Umfragen dagegen können und müssen nach Geschlecht disaggregiert werden. Dabei müssen aber die Mobilitätsmuster besser abgebildet werden als bisher, etwa Begleitverkehre oder die unterschiedlichen Wegezwecke bei komplexen Wegeketten. Im Detail geht darauf Knoll (2017) ein.

Auch Daten zur Resonanz auf Programme und Angebote, seien es Förderprogramme, Anreize oder Beratung, müssen grundsätzlich geschlechterdisaggregiert erhoben werden. Erst dann ist eine zielgruppengerechte Optimierung dieser Angebote möglich.

Im Bereich der Suffizienz müssen potenzielle Maßnahmen, ihre klimapolitische Wirksamkeit und ihre Genderwirkungen untersucht werden, sowohl in Haushalten als auch im GHD-Sektor. Hier stellt sich auch die Frage, wer letztlich verantwortlich dafür ist, Suffizienz umzusetzen. Inwieweit sind es die Individuen und inwieweit die Bedingungen, unter denen sie ihren Alltag gestalten? In anderen Worten, welche Rolle spielen die Rahmenbedingungen wie räumliche Strukturen, Infrastrukturen, angebotene Dienstleistungen usw., wo wird am besten angesetzt? Ist für Mehrweg- anstatt Einwegbechern beim Coffee-to-go der Konsument oder die Konsumentin verantwortlich, ist es Aufgabe des Cafés, Anreize für Mehrweg einzuführen, oder kann die Kommune einen Rahmen setzen, der Einweg vermeidet? Letzteres erscheint wirksamer, da dies für alle Einwegbecher gilt und nicht die Verantwortung auf die Konsumenten und Konsumentinnen übergewälzt wird.

5.5.2.5 Was bringt die Genderperspektive für die Klimaschutzpolitik und deren Umsetzung? Was bringt die Klimaschutzpolitik für die Geschlechtergerechtigkeit?

Für den Klimaschutz birgt die Geschlechterperspektive zunächst die Chance auf höhere Wirksamkeit, etwa dadurch, dass Ressourcen durch gezieltere Programme und Maßnahmen effizienter eingesetzt werden können, und dass Zielgruppen besser bekannt sind und damit besser angesprochen werden können. Ferner ist eine höhere Akzeptanz und eine konsequentere Umsetzung zu erwarten, wenn Maßnahmen an den Bedarfen aller ausgerichtet und spezifische Bedenken adressiert werden, und wenn eine bessere Verteilungsgerechtigkeit von Kosten und Nutzen erreicht wird.

Vor allem lenkt die Geschlechterperspektive den Blick stärker auf die strukturellen Ursachen der Emissionen, um diese zu verändern, etwa die räumlichen Strukturen, die die geschlechtertypische Arbeitsteilung abbilden und zementieren und dadurch zu hohem Verkehrsaufkommen führen.

Klimapolitik hat ein hohes Potenzial, zur Geschlechtergerechtigkeit beizutragen, sofern die Schwerpunkte entsprechend gesetzt und die Maßnahmen selbst geschlechtergerecht ausgestaltet sind. Gerade die erwähnten tiefergreifenden strukturellen Veränderungen in den räumlichen Strukturen und den Infrastrukturen, die eine emissionsarme Alltagsbewältigung ermöglichen, sind auch für die Teilhabe und Teilnahme von Frauen am gesellschaftlichen Leben und am Erwerbsleben vorteilhaft und erleichtern die Versorgungsarbeit und ihre gerechtere Verteilung. Im Detail sind dies z. B. bessere Mobilitätschancen beim Ausbau des ÖPNV sowie die bessere Erreichbarkeit von Dienstleistungsangeboten. Da Frauen aufgrund der geschlechterbedingten Einkommenslücke häufiger in einkommensschwachen Haushalten in Stadtteilen mit schlechterer Luftqualität leben (vgl. [Kapitel 3.3.3.3](#)) und häufiger zu Fuß unterwegs sind, tragen auch die mit Klimaschutzmaßnahmen verbundenen Verbesserungen der Luftqualität zur Geschlechtergerechtigkeit bei. Zu nennen wäre ferner die Chance auf Kosteneinsparung durch Energieeffizienz, die vor allem für einkommensschwache Haushalte mit einem vergleichsweise hohen Anteil der Energiekosten vorteilhaft ist.

5.5.2.6 Welche Handlungsempfehlungen lassen sich daraus ableiten?

Gerade bei ambitionierten Konzepten, die weit in Richtung Dekarbonisierung gehen sollen, erscheint eine Fokussierung allein auf die technische Seite nicht zielführend. Dies ist ein Musterbeispiel für institutionalisierten Androzentrismus: Die Stadt wird hier mit einem mechanistischen Denken betrachtet und nicht als soziales System in Interaktion mit technischen Systemen und Infrastrukturen. Stattdessen gilt aber, dass wir - wie auch bei den Genderrollen - die Städte formen, die wiederum uns formen („We shape our dwellings, and afterwards our dwellings shape us“, Winston Churchill). Es sollte stattdessen ein integrierter Ansatz vorgegeben werden, der die Verschränkung sozialer Fragen mit dem notwendigen Struktur- und technischen Wandel berücksichtigt. Gerade sehr ambitionierte Klima-

schutzkonzepte müssen als gesellschaftlicher Prozess und nicht nur als technikzentrierte Untersuchung betrachtet und angelegt werden.

Sonst besteht die Gefahr der Fortführung des Trends, dass sich Kommunen ehrgeizige Ziele setzen, die sie aber nur unzureichend umsetzen können. Dazu fehlen im Übrigen auch eine klare Arbeitsteilung zwischen den Ebenen, förderliche rechtliche Rahmenbedingungen für kommunale Maßnahmen sowie die systematische Auswertung kommunaler Erfahrungen im Hinblick auf ihre klimapolitische Wirksamkeit (Kommunen als Experimentierfeld für Innovation). Wird die Klimapolitik genderresponsiv gestaltet, lässt sich das Problem der mangelnden Zielerreichung nicht vollständig lösen, aber etwas entschärfen, indem durch zielgruppenadäquatere Maßnahmen mehr Akzeptanz und Wirksamkeit erreicht wird.

Wünschenswert wäre auf kommunaler Ebene die Durchführung von Genderanalysen mit Hilfe des Gender Impact Assessment (GIA). Jede einzelne geplante Maßnahme in jeder Kommune einem Gender Impact Assessment zu unterziehen, ist von Aufwand her wohl unrealistisch. Da es aber eine Vielzahl typischer kommunaler Klimaschutzmaßnahmen gibt, sollte eine Modellstadt diese GIAs durchführen, die Hinweise für alle anderen Kommunen geben können, wie sie auszugestalten sind, um soziale und Genderaspekte zu berücksichtigen. Alternativ dazu sollten GIAs in verschiedenen Kommunen für jeweils unterschiedliche Handlungsfelder gefördert werden.

Auch ohne aufwendige GIAs können Kommunen in jedem Fall zumindest die Verteilungswirkungen ihrer Maßnahmen ex ante abschätzen oder im Nachhinein auswerten. Dabei sollte auch beachtet werden, dass es – vor allem in der Suffizienzpolitik – weniger darum geht, den ohnehin relativ kleinen Klima-Fußabdruck einkommensschwacher Haushalte noch weiter zu reduzieren, sondern vor allem darum, Überfluss und Überverbrauch zu adressieren.

5.5.3 Wirkungsanalyse Deutsche Anpassungsstrategie (DAS)

5.5.3.1 Einleitung

Genderaspekte der Anpassung an den Klimawandel werden häufig dem Globalen Süden zugeordnet, und sind entsprechend dort sehr gut, im Globalen Norden bisher weniger gut untersucht. Die Tendenz, dass das Thema wenig Aufmerksamkeit in der Forschung erfährt, zeigt auch der Literaturreview des ersten Zwischenberichtes des Forschungsprojektes (Röhr u. a. 2018). Dadurch fehlen auch gute Beispiele, um die Ausführungen zu illustrieren. Im Folgenden werden nach einer kurzen Vorstellung der Anpassungsstrategie und der damit verbundenen Aktionsprogramme sowie der Vulnerabilitätsanalyse zunächst die wesentlichen Dimensionen zusammengefasst, die für eine genderreflektierte Anpassung eine Rolle spielen bzw. auf die Veränderungen des Klimawandels und auch Maßnahmen, die eine Anpassung ermöglichen sollen, einwirken können. Diese fungieren als ‚Eye-Opener‘ ohne Anspruch auf Vollständigkeit, für die auf die Ergebnisse des Literaturreviews verwiesen wird. Die Dimensionen werden im nächsten Schritt als ‚Suchscheinwerfer‘ für die Deutsche Anpassungsstrategie (DAS) bzw. das Aktionsprogramm Anpassung II (APA) genutzt, um damit darzulegen, wie die Maßnahmen auf die Geschlechterverhältnisse wirken (können) und umgekehrt, ob und wie die Geschlechterverhältnisse die Maßnahmen und deren Umsetzung beeinflussen können. Aus der Analyse des APA II lassen sich erste Schlussfolgerungen ziehen, welchen Beitrag die Genderperspektive für die Umsetzung der Anpassungsstrategie leisten kann und umgekehrt auch, wie die Anpassungsstrategie zu einer Transformation oder, bei Nichtbeachtung der Genderaspekte, zu einer Re-Traditionalisierung von Geschlechterrollen beitragen kann. Die aus der Analyse der Deutschen Anpassungsstrategie generierten Handlungsempfehlungen werden im Kapitel 6 ausgeführt.

5.5.3.2 Die Deutsche Anpassungsstrategie und das Aktionsprogramm Anpassung II

Stand DAS und APA

Die Deutsche Anpassungsstrategie wurde 2008 vom Bundeskabinett verabschiedet und 2011 mit dem 1. Aktionsplan Anpassung (APA) unterlegt. „Die langfristigen Ziele der DAS und des APA sind die Verminderung der Verwundbarkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels sowie der Erhalt und die Steigerung der Anpassungsfähigkeit natürlicher und gesellschaftlicher Systeme an die unvermeidbaren Auswirkungen des Klimawandels“ (Die Bundesregierung 2008:4). „Dabei sollen Chancen des Klimawandels genutzt werden“ (Die Bundesregierung 2011:8).

Als Handlungsfelder wurden dafür in der DAS identifiziert:

- ▶ Menschliche Gesundheit
- ▶ Bauwesen
- ▶ Wasserhaushalt, Wasserwirtschaft, Küsten- und Meeresschutz
- ▶ Boden
- ▶ Biologische Vielfalt
- ▶ Landwirtschaft
- ▶ Wald- und Forstwirtschaft
- ▶ Fischerei
- ▶ Energiewirtschaft (Wandel, Transport und Versorgung)
- ▶ Finanzwirtschaft
- ▶ Verkehr, Verkehrsinfrastruktur
- ▶ Industrie und Gewerbe
- ▶ Tourismuswirtschaft
- ▶ Querschnittsthemen: Raum-, Regional- und Bauleitplanung sowie Bevölkerungsschutz

Mit dem ersten Aktionsplan Anpassung (2011) wurde die Strategie um einen Katalog an Maßnahmen ergänzt, die im APA II fortgeschrieben und priorisiert werden. Unterlegt werden die Programme mit einer Vulnerabilitätsanalyse, die vom Netzwerk Vulnerabilität, bestehend aus Vertreter/-innen von Bundesoberbehörden und -institutionen mit externer wissenschaftlicher Begleitung, durchgeführt und 2015 veröffentlicht wurde (adelphi/PRC/EURAC 2015). Eine weitere Analyse wird aktuell durchgeführt und soll 2021 veröffentlicht werden. Die Analysen und auch die Prognosen stellen auch Daten zur Anzahl der Haushalte, zu deren Einkommen, zu Arbeitsplätzen in den Handlungsfeldern bzw. Sektoren sowie zum Gesundheitsstatus der über 60jährigen Bevölkerung zur Verfügung. Damit liegen Daten vor, die aus Genderperspektive von Bedeutung sein könnten, wenn sie denn nach Geschlecht disaggregiert wären. Dies ist leider nicht der Fall. Analysiert werden die Systeme Umwelt, Wirtschaft, Infrastrukturen und Gesundheit – Privathaushalte fehlen hier. Identifiziert werden in der Vulnerabilitätsanalyse sechs handlungsfeldübergreifende Bereiche (adelphi/PRC/EURAC 2015:666) und die Regionen, die besonders betroffen sind bzw. sein werden (ibid. S. 668).

5.5.3.3 Die Genderdimensionen der Anpassungspolitik: Ergebnisse aus dem Literaturreview

Symbolische Ordnung: Hierarchisierungen, Bedeutungszuschreibungen und -positionierungen (Querschnittsdimension)

Die symbolische Ordnung zeigt sich u. a. in den Zuschreibungen von Rollen, Zuständigkeiten und Bewertungen von Arbeiten und Bedarfen, z. B. in und nach Katastrophensituationen oder bei der Verlagerung von Arbeiten in die Haushalte (Dominelli 2013; GGCA 2016; Weller u. a. 2010). Eine der großen

Gefahren bei Nicht-Berücksichtigung dieser Dimension ist eine Re-Traditionalisierung von Geschlechterrollen (Chavez-Rodriguez 2013). Die symbolische Ordnung spiegelt sich auch wider in Einstellungen und Risikowahrnehmung zum Klimawandel (z. B. Agho u. a. 2010; Macias 2016; van der Linden 2015), aber auch in der Wahrnehmung der individuellen Belastungen, zum Beispiel bei Hitzewellen oder Hochwasser (Flehsig u. a. 2000) oder der mangelnden Berücksichtigung der in der Regel subtileren Bedürfnisse von Frauen(rollen) bei Anpassungsstrategien. So zeigen sich Frauen z. B. besorgter während Männer ihre Ängste eher herunterspielen. In ihrer Funktion als soziale Akteure in den Gemeinden kümmern sich Frauen nach Katastrophen um die Beschaffung von Nahrungsmitteln, Trinkwasser sowie um sichere Unterkünfte und Medikamente. Auch beschaffen und verbreiten sie Informationen zur Vorbereitung auf Krisensituationen. Männer tendierten dazu, eher auf Regierungsstrategien für die Vorbereitung auf Katastrophen hinzuweisen (Vasseur u. a. 2015).

Versorgungsökonomie/Sorgearbeit: Zuschreibung, Verteilung, Zeit, Stellenwert, Instrumentalisierung

Trotz zunehmender Beteiligung von Frauen am Erwerbsarbeitsmarkt bleibt die Versorgungsarbeit ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt (BMFSFJ 2017). Die daraus resultierende Doppelbelastung kann sich auf verschiedenen Ebenen der Anpassung bemerkbar machen: z. B. bei der familiären Gesundheitsversorgung, die durch Effekte des Klimawandels zunimmt (Dominelli 2013; GGCA 2016; Weller u. a. 2010), bei Arbeiten, die durch Sturmschäden oder Hochwasserschäden in Wohnhäusern entstehen oder dadurch, dass Versorgungsstrukturen zusammenbrechen und die entsprechenden Arbeiten durch Privatpersonen übernommen werden müssen (Dominelli 2013; Röhr u. a. 2018:64) oder indem zerstörte/unterbrochene Infrastrukturen die Versorgungsarbeit erschweren. Auch die Maßnahmen, die eine Anpassung an die veränderten klimatischen Bedingungen verfolgen, können zu Mehrarbeit führen, indem sie zusätzliche Arbeiten erfordern und/oder diese in Privathaushalte verlagern (Edvardsson Björnberg & Hansson 2013). Diese zusätzlichen Arbeiten sind selten im Fokus der Entwicklung von Maßnahmen, weil sie eher im Verborgenen der Privathaushalte stattfinden.

Erwerbsökonomie: horizontale und vertikale Segregation, ökonomische Bewertung von Arbeitsbereichen/Leistungen Berufswahl, Vermögensverhältnisse

Arbeitsplätze, die im Bereich der Anpassung liegen oder entstehen, weisen eine starke Geschlechtersegregation auf (Triple E Consulting 2014): das gilt z. B. für den Bevölkerungsschutz (Aldrian 2015; Baigent 2016; Ericson & Mellström 2016; Parkinson & Zara 2016) oder alle technischen und baulichen Maßnahmen mit ihrer starken Männerdominanz (Bundesagentur für Arbeit 2018) wie auch umgekehrt für den Gesundheitssektor mit seiner starken Frauenrepräsentanz (ibid.). Belegt ist, dass die eher von Frauen dominierten Pflegeberufe deutlich schlechter bezahlt werden als die von Männern dominierten Bau- oder technischen Berufe. Die vertikale Segregation – also die Ebenen/Positionen auf denen Frauen und Männern in diesen Arbeitssektoren arbeiten – trägt noch weiter dazu bei, dass die Einkommens- und damit längerfristig auch die Pensions- und Vermögenslücke zwischen Frauen und Männern groß ist (Röhr u. a. 2018:9). Diese wirkt sich wiederum auf die Möglichkeiten einer Person aus, sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Hier wird besonders deutlich, dass die Kategorie Geschlecht mit anderen sozialen Kategorien wie beispielweise Einkommen oder Bildung zusammenwirkt und zu kumulativen Benachteiligungen führen kann.

Öffentliche Ressourcen/Infrastrukturen: Bereitstellung, Ausrichtung, Zugang, Gebrauchsfähigkeit

Infrastrukturen sind in der gesamten Bandbreite (z. B. Verkehrs-, Wasser- und Gesundheitsinfrastrukturen) betroffen vom Klimawandel, das spiegelt sich auch in den priorisierten Maßnahmen zur Anpassung wider. Tendenziell stehen Frauen den stark technisch ausgerichteten Anpassungsmaßnahmen in diesem Bereich skeptisch gegenüber (Chavez-Rodriguez 2013), weil ihre eher vorsorgende Haltung

die Priorität bei der grundlegenden Vermeidung von Umweltproblemen und des Klimawandels setzt, statt bei dem Umgang mit den Schäden, die dadurch entstehen werden (Röhr u. a. 2018:21ff)

Bei der Dimension Versorgungsökonomie (s. oben) wurde darauf hingewiesen, dass beim Zusammenbruch von Infrastrukturen nach Naturkatastrophen wie Stürmen oder Hochwasser die Versorgung innerhalb von Nachbarschaften Frauen zugewiesen wird. Aber auch der Wiederaufbau oder Ausbau der Infrastrukturen sollte sich nicht ausschließlich an Erwerbstätigkeitsbedürfnissen, sondern ebenso an Pflege und Alltagsversorgung orientieren. Aufgrund ihrer sozio-ökonomischen Situation sind Frauen häufig beim Zugang zu und der Verteilung von finanziellen Ressourcen zu der Bewältigung eingetretener und der Vermeidung zukünftiger Schäden benachteiligt. Das zeigt z. B. sich bei den Schwierigkeiten, Kredite zu bekommen oder Zuwendungen/Unterstützung bei Investitionen für Anpassungsmaßnahmen, wenn diese sich ausschließlich an Eigentümer/-innen richten.

Institutionalisierter Androzentrismus/Definitions-macht: Maskulinität als Maßstab für strategische Ansätze und Methoden, Definitionsmacht der Institutionenebene

Diese Genderdimension schlägt sich bei der DAS nieder in einer Priorisierung technischer Lösungsansätze und entsprechender Vernachlässigung der Auswirkungen des Klimawandels auf Haushalte und der in ihnen agierenden Personen. Unbezahlte, in der Öffentlichkeit auch zumeist unsichtbare Versorgungsarbeit wird damit gegenüber der Erwerbsarbeit abgewertet. Die Auswirkungen des Klimawandels auf die gesellschaftlich wichtige Care-Arbeit und die sich daraus ergebenden Bedarfe im Bereich der Anpassung und Resilienz fließen häufig nicht in die Entwicklung und Gestaltung von Maßnahmen und Programmen ein. Deutlich wird das u. a. im Gesundheitsbereich, wo ein Großteil der Pflege in privaten Haushalten von Frauen geleistet wird – ein Bereich, der in der DAS nicht auftaucht, oder bei Hochwasser- oder Sturmschäden, deren Folgen auf private Haushalte ebenfalls nicht adressiert werden. Welche Anforderungen an die Anpassung aus der Versorgungsarbeit entstehen, ist bisher nicht erforscht. Aus dem Klimaschutz sind möglicherweise Erkenntnisse übertragbar, die den unterschiedlichen Beratungsbedarf von und die unterschiedlichen Beratungsinhalte für Männer und Frauen bei der energetischen Sanierung belegen.

Definitions- und Gestaltungsmacht auf Akteursebene: Teilhabe an und Berücksichtigung von Genderexpertise bei Entscheidungen, v.a. in Wissenschaft, Technik und Politik

Die Teilhabe von Frauen an Entscheidungen, der Einbezug lokaler Frauenorganisationen sowie die Einbeziehung von Genderexpertise in Planungen und Entscheidungsverfahren haben Einfluss darauf, welche Themen adressiert und bearbeitet werden. Der Mangel an Frauen in Entscheidungspositionen ist hinlänglich bekannt (EIGE 2012) mit dem Resultat, dass sich „Auswirkungen und Lösungsansätze an maskulinen Normen orientieren, technokratisch geführt und dadurch soziale Dimensionen wie auch gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse fast vollständig ausgeblendet werden“ (Röhr u. a. 2018:28). Die Einbeziehung von Genderexpertise bzw. die Berücksichtigung von Erkenntnissen der genderreflektierten Klimaforschung kann hier Abhilfe schaffen:

Die Gestaltungsmachtverhältnisse zeigen sich auch bei Aufräumarbeiten nach Katastrophen, wo Frauen sich eher für das Aufrechterhalten der Versorgung einsetzen und die Pflegearbeiten in der Katastrophenhilfe übernehmen. Damit bleiben sie für Medien und Öffentlichkeit unsichtbar, ihre Arbeiten werden wenig wertgeschätzt, während Männer die eher strategischen Positionen in der Öffentlichkeit besetzen und ihre Arbeit entsprechend wahrgenommen und höher bewertet wird (Luft 2016).

Körper, Gesundheit und Sicherheit: Privatsphäre (intimacy), Gewaltfreiheit

Bei den direkten Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit der Bevölkerung zeigen sich Unterschiede, die vor allem, aber nicht ausschließlich, im biologischen Geschlecht begründet sind. Da-

zu gehören Auswirkungen von extremer Hitze und Kälte auf Schwangerschaften und Geburten (Auger u. a. 2014; Kuehn & McCormick 2017) oder die unterschiedlichen Morbiditäts- und Mortalitätsraten von Männern und Frauen bei Hitzewellen. Letztere können aber auch ein Effekt der mangelnden Versorgung von alleinstehenden/verwitweten älteren Frauen sein. Hintergrund ist hier die längere Lebenserwartung von Frauen, aber auch die geringen Care-(Selbst-)Verpflichtungen von Männern (D'Ippoliti u. a. 2010). Grundsätzlich können die durch den Klimawandel hervorgerufenen gesundheitlichen Effekte zu einer Zunahme der Pflegearbeit führen, die traditionell eher auf den Schultern von Frauen liegt.

Sexualisierte Gewalt kann in und nach Naturkatastrophensituationen zunehmen (David & Enarson 2012; Schumacher u. a. 2010; Ulrich 2017). Klimawandelbedingte Naturkatastrophen können aber auch zu steigenden Suizidraten bei Männern führen, wenn deren Rollenidentität (z. B. als Versorger der Familien) dadurch in Frage gestellt wird (Alston 2012; Bryant & Garnham 2015).

5.5.3.4 Genderdimensionen in den Handlungsfeldern des klimapolitischen Programms der DAS und des APA II

Im Folgenden werden die Handlungsfelder der DAS bzw. des aktuellen Aktionsplans Anpassung (APA II) aus der Genderperspektive beleuchtet: Wo könnten Genderbelange tangiert sein, wo sollten sie adressiert werden, welche aus der Genderperspektive relevanten Handlungsfelder oder Maßnahmen fehlen bei der Anpassungsplanung?

Dem APA II liegen die Ergebnisse einer Vulnerabilitätsanalyse zugrunde. Als Faktoren für Vulnerabilität werden entsprechend der Definition des IPCC Exposition, Sensitivität und Anpassungsfähigkeit genannt. Diese werden in der vorliegenden Vulnerabilitätsanalyse (adelphi/PRC/EURAC 2015) auf natürliche und gesellschaftliche Systeme bezogen. Auch der Vulnerabilitätsanalyse werden keine nach Geschlecht disaggregierten Daten zugrunde gelegt, was ein passgenaues Design von Maßnahmen und Programmen erschwert.

Die Handlungsfelder wurden im APA II wegen der Wechselwirkungen in sechs Cluster (Wasser, Land, Infrastrukturen, Wirtschaft, Gesundheit sowie Raumplanung und Bevölkerungsschutz) sowie einem Handlungsfeld übergreifendem Cluster zusammengefügt, das die Bereitstellung von Daten und Informationsdiensten sowie Förderaktivitäten beinhaltet.

5.5.3.5 Anknüpfungspunkte für Gender in den Clustern des APA II

Dargestellt werden im Folgenden ausschließlich die Cluster, bei denen auf Basis des Literaturreviews (vgl. [Kapitel 3](#)) eine Evidenz für Genderwirkungen aufgezeigt werden kann. Gesundheit ist das Handlungsfeld, in dem die Geschlechterwirkungen am direktesten sichtbar und belegt sind. In den anderen Clustern lassen sich aufgrund der stark technischen Orientierung eher indirekte Genderwirkungen identifizieren, die eng gekoppelt sind mit den Dimensionen Erwerbsarbeit und Versorgungsarbeit, aber auch mit Einkommen und den dadurch beeinflussten Möglichkeiten der Anpassung.

Im *handlungsfeldübergreifenden Cluster*, das Dienste zur Unterstützung der Klimaanpassung, Berichterstattung, Forschung, Regelwerke und Normen sowie das Förderprogramm Anpassung umfasst, sollten Genderaspekte und deren interdependente Verknüpfungen grundsätzlich überall betrachtet und berücksichtigt werden. Eine Vulnerabilitätsanalyse sollte die Risiken des Klimawandels für beispielsweise Versorgungsarbeit leistende Personen, Personen mit geringem Einkommen, bildungsferne Personen oder Kleinkinder bzw. Alte adressieren, was in der vorliegenden Analyse nicht der Fall ist. Entsprechend ist die Anpassungsstrategie sehr stark auf Technik ausgerichtet und lässt die Bevölkerung mit ihrem Anpassungsbedarf allein, z. B. bei der Anpassung im Bereich des Wohneigentums, aber auch bei Mietwohnungen in Bezug auf Kühlung, Hitzeschutz oder der Sicherung gegen Hochwasser. Aufgrund finanzieller und rechtlicher Voraussetzung zur Durchführung dieser Maßnahmen können hier die Einkommens- und Vermögensunterschiede zwischen den Geschlechtern den Zugang beeinflussen.

Der vorhandene Beratungsbedarf muss gendersensibel bereitgestellt und durchgeführt werden. Weiterhin werden mit den Maßnahmen vor allem Berufsfelder angesprochen und mit hohen Investitionsvolumen gefördert, die aufgrund traditioneller Zuweisungen in ‚Männerberufe‘ und ‚Frauenberufe‘ deutlich durch Männer dominiert sind. Dies ist bei Analysen und Evaluationen zumindest darzustellen.

Die Klimadienste, seien es Webportale, Werkzeuge oder die Bereitstellung von Daten, sollten sowohl inhaltlich als auch sprachlich so gestaltet werden, dass sie den Bedürfnissen aller Bevölkerungsgruppen gerecht werden – hier ist besonders auf die unterschiedlichen Bedürfnisse bzgl. Themen und Sprache von Frauen, Männern und weiteren Geschlechtern hinzuweisen. Um dies sicherzustellen, müssen die externen Dienstleister/-innen entsprechend beauftragt werden. Gleiches gilt für den alle vier Jahre fortgeschriebenen Monitoringbericht, der als wichtiges Informationsinstrument für die Öffentlichkeit und Entscheidungsträger/-innen gesehen wird.

Wie wichtig die Berücksichtigung von Genderaspekten bei der Vulnerabilitätsanalyse ist, zeigt sich auch darin, dass der hierbei ermittelte Forschungsbedarf prioritär abgearbeitet werden soll. D. h. fehlen hier die Genderdimensionen, fehlen auch die nötigen Erkenntnisse und Daten, die für eine genderreflektierte Entwicklung von Maßnahmen und Programmen erforderlich sind. Diese Erkenntnisse werden immer wieder von denjenigen, die diese Programme auf den verschiedenen Ebenen gestalten, eingefordert. Gleiches gilt für alle weiteren Forschungsprogramme, die im Rahmen der Anpassung aufgelegt werden. Genannt werden im APA II die Ökonomie des Klimawandels, das EU-Programm Climate Services und die Fördermaßnahmen des Programms Leitinitiative Zukunftsstadt. Hier werden bei den konkreten Maßnahmen Verbindungen zu nachhaltiger Entwicklung und den nachhaltigen Entwicklungszielen hergestellt, die einen starken Bezug zu Geschlechtergerechtigkeit haben und deren Umsetzung die Bundesregierung zugesagt hat. Damit besteht nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Verpflichtung Forschungsprojekte so auszurichten, dass sie Daten und Erkenntnisse bzgl. der Geschlechterdimensionen der Vulnerabilität liefern.

Auch im Förderprogramm Anpassung, seinen Bildungsprojekten und kommunalen Leuchtturmprojekten wäre eine Adressierung von Genderaspekten wichtig, um die weiter oben beschriebenen Wirkungen des Klimawandels und möglicher Anpassungsmaßnahmen mit in den Blick zu nehmen, deren Evidenz zu belegen, gute Beispiele zu generieren und diese auch zu verbreiten. Dies sollte bei den Ausschreibungen berücksichtigt werden, indem die Einbeziehung von Genderaspekten bereits bei der Antragsstellung nachzuweisen ist, wie auch durch gezielte Förderung von Projekten, die die Geschlechterperspektive zum Schwerpunkt haben. Das könnten z. B. Projekte sein, die sich mit den Auswirkungen von Hochwasser oder Sturmschäden im Wohnbereich auf die Geschlechterverhältnisse befassen, Beratungsbedarf bei Anpassungsmaßnahmen nach Geschlecht differenziert ermitteln und entsprechende Anleitungen oder Handreichungen erstellen, Arbeitsschutzaspekte von im Freien arbeitenden Personen (Bauarbeiter/-innen, Dachdecker/-innen etc.) bei Hitzeperioden adressieren oder auch die gezielte Information und Qualifikation von Personen, die im Rahmen ihrer privaten Care-Arbeit für die Pflege von Kleinkindern, Angehörigen oder Kranken zuständig sind.

Im *Cluster Raumplanung und Bevölkerungsschutz* wird auf verschiedene Forschungsprojekte und Modellvorhaben des Bundes zum Thema klimaresilienter Stadtumbau bzw. Integration von Klimawandel in die Raum-, Regional- und Bauleitplanung verwiesen. Diese sind im APA nicht weiter beschrieben. Da dieser Themenbereich aber einer ist, der seit den 1980er Jahren aus der Frauen- und Genderperspektive untersucht wird, muss davon ausgegangen werden, dass es Anknüpfungspunkte für die Genderperspektive gibt. Hier gilt es die vorhandenen Kenntnisse aus dem Literaturreview, aber auch aus einem weiteren UFOPLAN-Vorhaben zu den Genderaspekten in verschiedenen Bedürfnisfeldern, u. a. Wohnen, zu berücksichtigen und die Expertise feministischer Stadt-, Raum- und Regionalplaner/-innen einzubeziehen.

Zum Thema Bevölkerungsschutz sei auf die starke Dominanz von Männern in Technischen Hilfswerken (THW) und ähnlichen Organisationen zur Katastrophenvorsorge und -nachsorge hingewiesen, die

befürchten lässt, dass die Bedürfnisse und Bedarfe von Frauen und weiterer Geschlechter sowie derjenigen, die Versorgungsarbeit leisten, weniger wichtig bzw. gar nicht in den Blick genommen werden. Welche Auswirkungen dies hat, wurde bei den Genderdimensionen (Kapitel 5.5.3.3) erläutert. Deshalb sind auch die Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz sowie die Aktivitäten im Bereich Aus- und Weiterbildung für die Katastrophenhilfeorganisationen genderreflektiert zu gestalten bzw. durchzuführen.

Die Aufstellung von Hitzeaktionsplänen auf Länderebene, die laut dem APA II geprüft werden soll, ist aus Genderperspektive von besonderer Bedeutung. Hier kommen einige der interdependenten Kategorien zum Tragen: sei es das Alter, die finanziellen Möglichkeiten zur Anpassung (und damit der Zugang zu Kühlung und adäquatem Wärmeschutz oder zu Wohngebieten mit hohem Grünflächenanteil), die Informationszugänge oder auch die gesellschaftliche Aufgabenteilung mit ihren bei Hitze zunehmenden Belastungen.

Im *Cluster Wasser* sollte vor allem das Hochwasserrisikomanagement, das „alle Aspekte der Vorsorge (z.B. Bau-, Risiko-, Flächen- und Verhaltensvorsorge sowie Gefahrenabwehr und Katastrophenschutz), die Bewältigung von Hochwasserereignissen, dessen Auswertung und die anschließende Regeneration“ (Die Bundesregierung 2015:60) berücksichtigt, aus der Genderperspektive analysiert werden: Wie sind Haushalte und Wohngebäude betroffen und wie kann sich das auf die Geschlechterverhältnisse auswirken (Chavez-Rodriguez 2013; Fekete 2010; Steinführer & Kuhlicke 2012)? Die (wenige) vorhandene Literatur, die Genderaspekte thematisiert, bezieht sich ausschließlich auf Überflutungen und verweist auf die Gefahr einer Re-Traditionalisierung von Geschlechterrollen, auf unterschiedliche psychische Belastungen, sowie darauf, dass Frauen sich auch in Hochwassersituationen stärker um andere kümmern, grundsätzlich risikobewusster sind und aufgrund ihrer Verantwortlichkeit für andere auch bewusster und besser auf die Katastrophensituation vorbereitet sind.

Ansonsten ist das Cluster dadurch gekennzeichnet, dass die geplanten Maßnahmen fast ausschließlich auf technische Maßnahmen bzw. diese Maßnahmen unterstützende Aktivitäten fokussiert sind. Hier stellt sich die Frage, ob dadurch andere Maßnahmen und Aspekte, z. B. in den Bereichen Information und Bildung oder Versorgungsarbeit, die aus der Geschlechterperspektive von Bedeutung sind, aus dem Blick geraten.

Gleiches gilt für das *Cluster Infrastrukturen*, das lediglich im Handlungsfeld Bauwesen Anknüpfungspunkte für Gender erkennen lässt. Hier werden u. a. die Gesundheitsrisiken durch Wärmeineffekte genannt, die es zu verhindern gilt. Wie bei den Genderdimensionen dargestellt, sind von Hitzeextremen vor allem alte Menschen, chronisch Kranke und Kleinkinder betroffen, erstere mit einem hohen Anteil von Frauen aufgrund der längeren Lebenserwartung, aber auch mit besonderem Bedarf bei der Versorgung und Pflege. Beim Zugang zu wärmeschützend gedämmtem und kühlbarem Wohnraum lassen sich aufgrund des geringen Einkommens von Frauen – und hier besonders von Alleinerziehenden und Rentnerinnen – Diskriminierungen von Frauen, aber auch von Menschen mit migrantischem Hintergrund – nachweisen (Bengtsson u. a. 2012; Heylen & Van den Broeck 2016; Öblom & Antfolk 2017), die es zu berücksichtigen gilt. Für die Förderung von Maßnahmen wird im APA II auf das Programm Soziale Stadt verwiesen. Hier gilt es als Kriterium für die Förderung Genderaspekte zu verankern. Ebenso wird auf die Relevanz von Modellvorhaben aus dem ExWoSt-Programm zum klimaresilienten Stadtumbau verwiesen, in dem ebenfalls dezidiert Genderforschung gefördert werden sollte. Damit böte sich die Möglichkeit, den hochgradig genderrelevanten Bereich des Bauen und Wohnens und die vorhandenen Erkenntnisse der Genderforschung aus dem Baubereich mit denen der genderreflektierten Klimaforschung zu verknüpfen. Bei der Einbeziehung von Akteuren und Akteurinnen ist auf die Repräsentanz von Frauen und Genderexpertise zu achten.

Das Handlungsfeld Verkehr, Verkehrsinfrastruktur richtet sich ausschließlich auf den Schutz der physischen Infrastrukturen vor Extremwetterereignissen. Deren Auswirkungen auf die Bevölkerung und Maßnahmen zur Minderung negativer Auswirkungen auf die Bevölkerung werden nicht angesprochen.

In den beiden *Clustern Land sowie Industrie und Gewerbe* lassen sich Anknüpfungspunkte für die Genderperspektive in den Bereichen der Information und Bildung, sowie bei den verschiedenen Nutzer/-innengruppen erkennen, möglicherweise auch bei der Anpassung im Tourismusbereich. Dies sind aber eher schwache Verbindungen. Grundsätzlich fällt beim Handlungsfeld Industrie und Gewerbe auf, dass der Beeinträchtigung von Produktionsprozessen und Logistik durch den Klimawandel im Vergleich aller Cluster wesentlich mehr Beachtung geschenkt wird als der Beeinträchtigung der Lebensqualität der Bevölkerung. Mit der nächsten Fortschreibung sollte hier ein Gleichgewicht hergestellt werden.

Das *Cluster Gesundheit* wird als das Handlungsfeld mit den stärksten Klimawandelwirkungen, vor allem in Ballungsräumen, herausgestellt (adelphi/PRC/EURAC 2015) und ist auch das Handlungsfeld, in dem die Geschlechterwirkungen am besten belegt sind. Für die Risikokommunikation und Prävention werden als besonders vulnerable Gruppe Senioren benannt, für die – ebenso wie für die Gesamtbevölkerung bzgl. Warnsystemen für Zecken oder übertragbare Krankheiten – zielgruppenspezifische Informationen erforderlich sind. Das gilt gleichermaßen für andere vulnerable Gruppen, wie Schwangere, Eltern von Kleinkindern, Migranten und Migrantinnen. Dass die Informationen und Warnsysteme genderspezifischen Aspekte berücksichtigen müssen, sollte selbstverständlich sein. Als Beispiel sei hier auf die Erprobung des Gender Impact Assessment anhand der Informationen zum Verhalten bei Hitze für Senioren und Seniorinnen („Hitzeknigge“) verwiesen, das im zweiten Zwischenbericht des Forschungsprojektes beschrieben wird. Verwiesen wurde dabei auf die Wirkungen, z. B. auf die Gefahr einer Instrumentalisierung von Sorgearbeit, den Mehrwert der Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern oder auch darauf, dass Frauen bei Hitzewellen stärker um männliche Familienangehörige besorgt sind als umgekehrt oder dass traditionelle Männlichkeitsvorstellungen („harte Arbeit im Freien“) Aktivitäten fördern, die bei hohen Temperaturen besonders gesundheitsbelastend sind (Hummel et. al. 2018:95f). Neben den besonders vulnerablen Personenkreisen spielen auch ökonomische Kriterien eine Rolle, die Auswirkungen auf Wohngebiete und Wohnungsausstattung haben. Ohne deren Berücksichtigung werden Hitzepläne ihre volle Wirkung nicht entfalten können.

Der Maßnahmenbereich Aus-, Fort- und Weiterbildung wendet sich in der Regel an Fachpersonal in der Kranken- und Altenpflege. Dies ist richtig und wichtig und sollte genderreflektiert erfolgen. Ein guter Teil der Pflege findet aber im Privathaushalt im Rahmen der traditionell von Frauen durchgeführten Care-Arbeit statt und sollte deshalb in diesem Maßnahmenbereich ebenfalls adressiert werden. Auch für diesen Bereich wird auf das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt verwiesen. Um die Wahrnehmung und Akzeptanz der DAS in der Bevölkerung zu verbessern, sollte sie aber selbst auch soziale Aspekte der Anpassung stärker adressieren.

Für die *Aktivitäten im Bereich Internationale Verantwortung* kann auf die im Rahmen der UNFCCC-Verhandlungen verabschiedeten Entscheidungen hingewiesen werden, die von den Unterzeichnerstaaten erfüllt werden müssen. Hier sollte vor allem der Gender Action Plan (GAP) (UNFCCC 2017) im Fokus stehen, der viele Entscheidungen der letzten Jahre zusammenfasst und deren Umsetzung unterstützen soll. Hier gilt es nicht nur die inhaltlichen Aspekte in der internationalen Zusammenarbeit zu berücksichtigen, sondern auch die Umsetzung des GAP finanziell zu unterstützen.

5.5.3.6 Maßnahmen und Handlungsbereiche, die aus Genderperspektive bzw. auf Basis der Erkenntnisse der Gender & Klimaforschung im APA II fehlen

Die Anpassungsstrategie ist maßgeblich auf die Vermeidung zukünftiger Schäden fokussiert, die Wirkungen aktueller Schäden durch mangelnden Klimaschutz werden kaum in Maßnahmen übertragen. Dadurch gerät die Betroffenheit der Bevölkerung durch Extremwittersituationen und daraus resultierenden Schäden, die aktuell bereits entstehen, aus dem Blick. Das gilt besonders für die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der akuten Betroffenheit – eine der größten Lücken, die in der DAS und seinem Aktionsprogramm gefüllt werden sollten. Anregungen dazu, welche Handlungsfelder hier an-

gesprochen werden sollten, gibt der Literaturreview (vgl. Kapitel 3, Röhr u. a. 2018) vor allem in den Kapiteln zur Anpassung, zum Katastrophenschutz und zu Gesundheit.

Neben den genannten Maßnahmen und Handlungsbereichen gibt es weitere, in denen Genderwirkungen zu vermuten sind, die aber erst noch mit Daten belegt werden müssen, für die somit Forschungsbedarf besteht. Das gilt beispielsweise für die *Arbeitsmarktwirkungen* aller anvisierten Maßnahmen, zu denen aktuell keine nach Geschlecht disaggregierten Daten vorliegen. Im Bereich Bevölkerungsschutz wird gerade bei medizinischer Versorgung aktuell kein Bedarf gesehen (Die Bundesregierung 2015), was angesichts des zunehmenden Pflegenotstandes wundert. So stellt sich die Frage, ob das mit der zunehmenden Privatisierung der Pflege, also der Verlagerung dieser Arbeiten in die häusliche Sphäre⁶⁷, zusammenhängt. Der Bereich der Betroffenheit der häuslichen Pflege durch klimawandelbedingte Katastrophen bedarf somit ebenfalls weiterer Forschung.

Die bei der oben dargestellten Analyse der Cluster erwähnten Genderaspekte geben weitere Hinweise auf Lücken in der DAS und dem APA II. So fällt bereits bei der dem 2. Fortschrittsbericht zugrundeliegenden Vulnerabilitätsanalyse auf, dass eine Fokussierung auf die Systeme Umwelt, Wirtschaft, Infrastrukturen und Gesundheit (Die Bundesregierung 2015:642) mit Ausnahme der Gesundheit alles vernachlässigt, was Haushalte betrifft. Hier ist besonders die Versorgungsarbeit mit ihrer geschlechter-spezifischen Zuordnung und den aus dem Versorgungsalltag resultierenden Bedarfen im Bereich Infrastrukturen, Wasser, Raumplanung und Katastrophenschutz zu nennen, ebenso die zusätzlichen Belastungen, die auf die Versorgungsarbeit durch den Klimawandel zukommen.

5.5.3.7 Was bringt die Genderperspektive für die Anpassungspolitik und deren Umsetzung? Was bringt die Anpassungspolitik für die Geschlechtergerechtigkeit?

Wenn von der DAS als Kernstrategie für Anpassungsprozesse in Deutschland ausgegangen wird, liegt es auf der Hand, dass die Genderperspektive eine notwendige Ergänzung zu der jetzt sehr technisch orientierten Strategie ist. Mit der Genderperspektive öffnet sich der Raum nicht nur für Fragen der Chancengerechtigkeit zwischen Männern und Frauen, sondern für weitere soziale Kategorien und Gruppen, die in der Strategie bisher vernachlässigt werden, wie weiter vorn aufgezeigt wurde. Es ist zu befürchten, dass eine Anpassungsstrategie, die diese Faktoren nicht berücksichtigt, Aspekte der Vorsorge übersieht und das Geld für Anpassungsmaßnahmen an falscher Stelle ausgegeben wird. Auch werden Pläne, die diese Faktoren nicht berücksichtigen, möglicherweise von der Bevölkerung nicht oder weniger angenommen und führen deshalb nicht zu den für die Anpassung an den Klimawandel erforderlichen Verhaltensänderungen.

Es ist davon auszugehen, dass nicht alle vorgeschlagenen technischen Maßnahmen einer Genderanalyse unterzogen werden müssen. Die DAS zeichnet sich eher dadurch aus, dass alle Bereiche, in denen diese Analyse sinnvoll wäre, fehlen. Das heißt, es gilt diese Lücken zu füllen und dabei von Beginn an mögliche Genderwirkungen mit in den Blick zu nehmen. Oder, um in der Sprache der Genderdimensionen zu bleiben, die DAS ist stark durch eine androzentrische Herangehensweise geprägt, die die Interessen, Bedürfnisse und Bedarfe hinsichtlich der Wirkungen des Klimawandels und deren Minderungen eines Großteils der Bevölkerung vermissen lässt. Das kann durchaus dazu führen, dass die DAS und ihre Aktionsprogramme kontraproduktiv für das gesellschaftliche Ziel der Geschlechtergerechtigkeit sind. Am deutlichsten wird das vielleicht im Bereich der beruflichen Aspekte (Förderung, Qualifikation, Weiterbildung etc.) sowie in den Bereichen der gesellschaftlichen Arbeit, die gemeinhin unbezahlt (oder unterbezahlt) durchgeführt werden: der Versorgungs- und Pflegearbeit im häuslichen Bereich. Hier wird die Chance vertan, mit der DAS zur Aufwertung dieser Arbeiten beizutragen.

⁶⁷ Siehe die alle zwei Jahre erhobenen Daten zum Anteil Pflegebedürftiger, die zu Hause versorgt werden, die eine deutliche Zunahme der privaten und teil-ambulant Pflege aufweisen. <https://www.destatis.de> (zuletzt aufgerufen am 14.01.2019).

6 Handlungsbedarfe, Empfehlungen und Erläuterungen

Die im Folgenden aufgeführten Empfehlungen und Handlungsbedarfe sind als Ergebnisse der Kapitel 3, 4 und 5 hier zusammengezogen und systematisiert worden. Einige Empfehlungen, die sich ganz speziell auf Fragestellungen der Einzelkapitel beziehen sind dort aufgeführt. Die Handlungsbedarfe und Empfehlungen sind gruppiert bezogen auf:

- ▶ Grundsätze zur Einbeziehung von Geschlechtergerechtigkeit in die Klimapolitik
- ▶ Politikempfehlungen
- ▶ Umsetzung von Gender Impact Assessment (GIA)
- ▶ Methoden, Datenbedarf und Datenerhebung
- ▶ Förderung/Finanzierung
- ▶ Forschungsbedarf und -regularien
- ▶ Verbreitung, Kompetenzstärkung

6.1 Grundsätze zur Einbeziehung von Geschlechtergerechtigkeit in die Klimapolitik

Die Untersuchungen in diesem Projekt haben verdeutlicht, dass neben ganz konkreten Maßnahmen wie der Verankerung von Gender im Klimaschutzgesetz etc. (vgl. [Kapitel 6.2](#)), die Geschlechtergerechtigkeit grundlegend befördert werden kann, in dem sie in verschiedene Entscheidungsprozesse einbezogen wird und die Integration Gender relevanter Fragestellungen in klimapolitische Maßnahmenprogramme vorangetrieben wird. Die Grundsätze für eine solche Einbeziehung werden im Folgenden erläutert.

Tabelle 10: Empfehlungen zu Grundsätzen

Liste der Empfehlungen	Erläuterungen
EMPFEHLUNG Grundsätze 1: Klimapolitik mit integrierter Genderperspektive sozialverantwortlich gestalten	KONKRET: <ul style="list-style-type: none"> ▶ Die Klimapolitik reduziert ‚soziale Aspekte‘ oftmals auf Erwerbsarbeitsplätze, die Einkommenssituation eines Haushalts und Bezahlbarkeit. Dies greift aber zu kurz, da ungleiche Geschlechterverhältnisse und weitere gesellschaftliche Strukturen der Benachteiligung und Ausgrenzung, in ihren Wechselwirkungen so nicht Rechnung getragen werden. Damit wird das faire gesellschaftliche Miteinander erschwert. Bei der inhaltlichen Gestaltung von klimabezogenen Politiken als auch der Auswahl der repräsentierenden Organisationen/Akteure (Gleichstellungspolitik und ‚Träger öffentlicher Belange‘), mit denen im Prozess der klimabezogenen Politik- und Maßnahmenentwicklung Rückkopplung genommen werden ist diese Integration notwendig, um Gleichstellung zu befördern.
EMPFEHLUNG Grundsätze 2: Versorgungsökonomische Verantwortung in der Klimapolitik adressieren	KONKRET: <ul style="list-style-type: none"> ▶ Versorgungsarbeit ist eine gesellschaftlich grundlegende Arbeitskategorie. Daher ist es bei der Entwicklung und Gestaltung von ambitionierten Maßnahmen und Programmen sinnvoll, die Auswirkungen des Klimawandels sowie klimapolitischer Maßnahmen auf diese zu berücksichtigen. Genderresponsiv ist, wenn klimapolitische Maßnahmen und Programme eine Wirksamkeit zugunsten genderausgewogenerer und breiterer (auch politischer, öffentlicher und erwerbswirtschaftlicher) Verant-

	wortung für Versorgungsökonomie entfalten.
EMPFEHLUNG Grundsätze 3: In der Klimapolitik ungleiche Machtbeziehungen zwischen den Geschlechtern adressieren.	KONKRET: <ul style="list-style-type: none"> ► Für die Auflösung ungleicher Machtbeziehungen zwischen den Geschlechtern sind bestimmte Bereiche von zentraler Bedeutung. Diese ‚Genderdimensionen‘ wurden im Projekt weiterentwickelt. Es wird empfohlen, Klimaschutz- und Klimaanpassungspolitiken auf dies Genderdimensionen hin auszurichten und entsprechend zu konzeptionieren. Damit können aktive fachpolitische Beiträge zu Herstellung von gesellschaftlicher Geschlechtergerechtigkeit besser erreicht und diese Politiken genderresponiv gestaltet werden.
Empfehlung Grundsätze 4: Grundsätzliche Ausrichtung der Klimaschutz- und Anpassungsprogramme auf gesellschaftliche, soziale und geschlechtergerechte Transformation, die Gemeinwohl und Daseinsvorsorge mitdenkt.	KONKRET: <ul style="list-style-type: none"> ► Klimapolitik beinhaltet Herausforderungen (demokratische gesellschaftspolitische), die nicht allein durch eine Berücksichtigung partizipativer Beteiligung an einzelnen Prozessen gelöst werden können. Für Klimaschutzprogramme allgemein ist es zielführend, wenn sie ausdrücklichen Bezug auf Daseinsvorsorge, Gemeinwohl, Gender Mainstreaming-Gebote und öffentliche Belange nehmen. Gerade Klimapolitik ist Gesellschaftspolitik, da sie das Leben und Wirtschaften in Gesellschaften steuernd beeinflusst.
Empfehlung Grundsätze 5: Technische Lösungen müssen sich an gesellschaftlichen und sozialen Lösungsstrategien orientieren.	KONKRET: <ul style="list-style-type: none"> ► Klimapolitik sollte sich nicht nur an technischen Lösungen orientieren. Die Konstruktion technischer und Infrastruktureller Fragen können nicht losgelöst von ihren gesellschaftlichen und öko-sozialen Zwecken betrachtet und begründet werden, und ohne Herleitung aus ihren sozialen Kontexten. Transformation zu Klimaverträglichkeit braucht gesellschaftliche und soziale Lösungsstrategien, von denen her entsprechende dienliche technische Elemente als sekundäre Frage bestimmbar wären und an denen sich letztere orientieren. Das würde auch einen Beitrag zur besseren Wahrnehmung der Klimapolitik in der Öffentlichkeit leisten und deren Akzeptabilität erhöhen.
EMPFEHLUNG Grundsätze 6: Strukturelle Verursachung und Treiber von Emissionen mit Politiken angehen, statt die Verantwortung auf Haushalte und Versorgungsökonomie, Bürger/-innen zu verschieben	KONKRET: <ul style="list-style-type: none"> ► Emissionen werden durch direkte Handlungen (z.B. Autofahren) und politisch zu verantwortende Strukturen (z.B. Verkehrsinfrastruktur) erzeugt. Handlungen werden vielfach durch Strukturen bedingt. Die strukturelle Verursachung von Emissionen, ist von Haushalten und Versorgungsökonomie, Bürgerinnen und Bürgern nur begrenzt beeinflussbar, aber relevant für die Bewältigung des Alltags, der Arbeit und eigenständige Existenzsicherung und damit auch Wirtschaft und Politik. Gleiches gilt für diese Bedingungen im Hinblick auf die Anpassungspotenziale an den Klimawandel. Die strukturelle Verursachung von Emissionen und deren Wachstums sind heute oftmals auf ein maskulin geprägtes Erwerbswirtschaftsmodell zurückzuführen, insbesondere strukturelle Verkehrserzeugung und strukturelle Energiebedarfserzeugung.

	<p>Zielführend im Sinne von Klimapolitik und Gendergerechtigkeit ist deshalb, wenn Klimapolitik diese strukturellen Verursachungen adressiert und Maßnahmen zur Strukturänderung vorsieht und diesbezüglich politische Prioritäten setzt.</p>
<p>EMPFEHLUNG Grundsätze 7: Sichtweise auf Haushalte und Versorgungsökonomie sowie Bürger und Bürgerinnen verändern und deren Rechte auf emissionsarmes Leben stärken, um gendergerechte Klimapolitiken unmittelbar zu verankern</p>	<p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ► Bürger/Bürgerinnen und Haushalte nicht als ‚Objekt‘ (von Akzeptanzherstellung, von Beratung, von Mobilisierung, von Motivierung) verstehen, sondern deren Handlungsgründe unter restriktiven Bedingungen, Bewältigungen von Zielkonflikten und versorgungsökonomischer Rationalität ernst nehmen und aufgreifen. Dies konkretisiert sich in den Ansätzen für Politikgestaltung und in Berichtswesen aller Art (Datenerhebung). ► Bürgerliche positive Rechte in Bezug auf Klimaschutz verankern, etwa das Recht auf nachhaltige Versorgung, eigenständige Existenzsicherung und Verminderung gender-einseitiger Belastungen ohne Zerstörung von Mit-, Um- und Nachwelt (Demokratie stärken). Haushalte, Versorgungsökonomie, Bürger/-innen könnten solche verankerte Rechte auf emissionsarmes Leben und Versorgen bei einem zukünftigen Anstieg der Emissionen über klimaverträgliche Emissionsziele hinaus einfordern, damit die Veränderung von Strukturen und Bedingungen für ambitionierte geschlechtergerechte Klimapolitik geschaffen werden, und so die strukturelle Verursachung von Emissionen (s.o.) reduziert werden kann. Es wäre zu prüfen, wie zusätzlich zu individuellen Rechten die Rechte der Versorgungsökonomie/Haushalte gestärkt werden können.

6.2 Politikempfehlungen

Durch Klimapolitik können Ungleichheiten und bestehende Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern perpetuiert oder verstärkt werden. Diese Ungleichheiten und Machtverhältnisse müssen deshalb bei der Konzeption der Politik sichtbar gemacht werden, damit Anstrengungen in Richtung Geschlechtergerechtigkeit in die Entwicklung klimapolitischer Strategien und Gestaltung von Maßnahmen integriert werden können. Im Folgenden werden Empfehlungen gegeben, wo dieses bei aktuellen klimapolitischen Strategien und Gesetzen erfolgen sollte und welche Maßnahmen dafür erforderlich sind.

Tabelle 11: Politikempfehlungen

Liste der Empfehlungen	Erläuterungen
<p>EMPFEHLUNG Politik 1: Verankerung von Gender im Klimaschutzgesetz und Maßnahmenprogramm</p>	<p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ► Das Klimaschutzgesetz, das den Rahmen für die zukünftige Klimapolitik setzen und verbindlich sicherstellen soll, dass die Klimaziele eingehalten werden, sollte einen Artikel mit Grundsätzen zur Gestaltung der Klimaschutzpläne, Programme und Maßnahmen enthalten. Teil dieser Grundsätze sollte die Berücksichtigung und Förderung der sozialen und Geschlechtergerechtigkeit sein. Dies wäre ein Schritt zur Umsetzung des Pariser Abkommens, das in der Präambel u. a. Grundsätze zur Geschlechtergerechtigkeit und Klimagerechtigkeit, Einhaltung der menschenrechtlichen Ver-

<p>EMPFEHLUNG Politik 2: Erarbeitung und Beschluss eines nationalen klimapolitischen Gender Aktionsplans (nGAP)</p>	<p>pflichtungen, Recht auf Gesundheit sowie Erhalt der Ökosysteme umfasst. Alternativ könnten diese Grundsätze dem Klimaschutzgesetz ebenfalls als Präambel vorangestellt werden.</p> <p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Der nationale klimapolitische Gender Aktionsplan (nGAP) sollte konkrete Schritte für die kommenden Jahre samt Zuständigkeiten, Fristen und Ergebnisorientierung festlegen, um Verbindlichkeit und Klarheit für alle Beteiligten herzustellen und Prioritäten des Gender Aktionsplans der UNFCCC aufzugreifen. ▶ Ein Element des Gender Aktionsplan (nGAP) sollten Aktivitäten zur Bewusstseinsbildung und Kompetenzstärkung im Bereich Gender und Klimapolitik sein. ▶ Ferner sollte die Durchführung modellhafter Gender Impact Assessments in wichtigen Handlungsfeldern enthalten sein. ▶ Als weiteres Element des Aktionsplans sollte Gender explizit in den Dokumenten behandelt werden, die der UNFCCC unterbreitet werden, z. B. NDC, National Communication und Long-term Strategy. Über die bisher üblichen Verweise auf SDG5 (Gender Equality) hinaus sollten jeweils in einem eigenen Kapitel relevante Geschlechterdimensionen benannt werden und durchgeführte und geplante Aktivitäten zur Integration von Gender in die klimapolitischen Programme und Maßnahmen beschrieben werden. ▶ Schließlich muss festgelegt werden, wie zu den im Gender Aktionsplan festgesetzten Fristen die bisherigen Aktivitäten evaluiert und veröffentlicht sowie darauf aufbauend Fortschreibungen entwickelt werden.
<p>EMPFEHLUNG Politik 3: Das in der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesregierung in § 2 festgelegte Gebot des Gender Mainstreaming muss konsequent umgesetzt werden.</p>	<p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Durch die konsequente Umsetzung des Gender Mainstreamings können die positiven Beiträge der spezifischen Fachpolitiken zur Verbesserung der gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse erbracht werden. ▶ Dazu muss ein grundlegendes Verständnis der Ursachen von Geschlechterungleichheit hergestellt und diesen ausdrücklich begegnet werden. ▶ Der dafür erforderliche Aufwand muss von vorneherein eingepreist werden, z. B. indem Mittel für die Durchführung von GIAs bereitgestellt und den Bearbeiter/-innen entsprechende Zeitkontingente zugewiesen werden. ▶ Um die für die Umsetzung des Gender Mainstreamings erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, ist Zuständigkeit und Verantwortlichkeit für Gender herzustellen (s. Abschnitt zu Kapazitätsstärkung), die Methodenentwicklung zu fördern (s. Abschnitt zu Methoden und Instrumenten) und die Datenbasis zu stärken (s. Abschnitt Datenbedarf und -Erhebung).
<p>EMPFEHLUNG Politik 4: Bei der Planung und Entwicklung von klimapoliti-</p>	<p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Bei der Planung und Entwicklung von klimapolitischen Programmen und Maßnahmen sollte der Kenntnisstand der genderrespon-

<p>schen Programmen und Maßnahmen sollten die Erkenntnisse der Genderforschung wahrgenommen, und durch Verfahren gesichert eingebunden werden.</p>	<p>siven Fachforschung zu Grunde gelegt werden. Es können z. B. Ergebnisse des internationalen Reviews der Fachliteratur zu Gender und Klima sowie eines UFOPLAN-Vorhabens zu den Genderaspekten in verschiedenen Bedürfnisfeldern, u. a. Wohnen, Verkehr und Ernährung, zu Grunde gelegt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> ► Um Wissenslücken, Informationsdefizite und darauf beruhende Fehleinschätzungen der Relevanz zu vermeiden, sind Verfahrensabläufe denkbar, die die Berücksichtigung von Genderverbindlich festschreiben, z. B. indem für alle geplanten Programme und Projekte verpflichtend ein GIA durchgeführt, oder Genderexpertise in Konsultationsprozesse (z. B. Kommissionen) eingebunden werden muss.
<p>EMPFEHLUNG Politik 5 Monitoring und Evaluierung mit festgelegten Verantwortlichkeiten verpflichtend festlegen</p>	<p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ► Ein laufendes Monitoring und eine regelmäßige Evaluierung der klimapolitischen Maßnahmen sind notwendig, bei denen Gender integriert werden muss. Dazu müssen im Vorfeld Kriterien festgelegt werden, die die Wirkungen auf die Geschlechterverhältnisse überprüfbar machen. ► Es müssen Modalitäten für die spezifischen Maßnahmen zu Gender (etwa die Durchführung vom Modell-GIAs) sowie für den Gender Aktionsplan festgelegt werden, wie und in welchen Abständen diese evaluiert und die Ergebnisse veröffentlicht werden. Darauf aufbauend müssen Fortschreibungen entwickelt werden, die unter Einbeziehung von Genderexpertise konsultiert werden.

6.3 Umsetzung von Gender Impact Assessment (GIA)

Empfohlen wird die konsequente Umsetzung der gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung.

Tabelle 12: Empfehlungen zur Umsetzung von GIA

Liste der Empfehlungen	Erläuterungen
<p>EMPFEHLUNG GIA 1: Geschlechtergerechtigkeit systematisch bei der Planung und Entwicklung von klimapolitischen Programmen und Maßnahmen berücksichtigen:</p>	<p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ► Klimapolitische Vorhaben, wie Strategien, Programme oder auch einzelne Projekte sollen konsequent auf ihre Folgen für die Geschlechtergerechtigkeit überprüft und bewertet werden. Geeignete Instrumente wie die gleichstellungsorientierte Folgenabschätzung (GIA) sollen verbindlich und regelmäßig angewandt werden.
<p>EMPFEHLUNG GIA 2 Verbindlichkeit und institutionelle Einbettung von Gleichstellungsprüfungen sicherstellen:</p>	<p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ► Für die erfolgreiche Implementierung von Gleichstellungsmaßnahmen ist eine Top-down-Unterstützung, erforderlich. Die Verantwortung für die Durchführung von Gleichstellungsprüfungen ist daher auf der Leitungsebene zu verankern. ► Die verantwortlichen Führungskräfte sollten auch in die Bewertung der Ergebnisse der Gleichstellungsprüfung konkreter Vorhaben einbezogen werden. ► Die Verbindlichkeit der Gleichstellungsprüfung sollte durch eine Rechenschaftspflicht i.S. von Accountability gestärkt werden. Dazu ist die Zuständigkeit für die Anwendung des GIA in Institutionen eindeutig festzulegen und durch ein verbindliches Monitoring und

<p>EMPFEHLUNG GIA 3 Genderkompetenz und -expertise in der Klimapolitik stärken:</p>	<p>eine regelmäßige Kontrolle der erreichten Ziele, z.B. durch eine externe Stelle, ergänzt werden. Bewährt hat sich ein verpflichtendes Reporting, wie das Beispiel Österreich zeigt.</p> <p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ► Für die Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Klimapolitik und die Anwendung der damit verbundenen Instrumente sollen in Institutionen und klimarelevanten Politikfeldern angemessene Ressourcen bereitgestellt werden. ► In der Regel ist in den entsprechenden Abteilungen solcher Behörden und Institutionen nur wenig Genderexpertise vorhanden. Der Aufbau von Genderkompetenz sollte daher gezielt verfolgt werden (z.B. durch Schulungen zu Gleichstellungspolitik). ► Gender sollte bereits in die Ausbildung von Beamtinnen und Beamten und von weiteren Mitarbeitenden in Institutionen und der Administration integriert werden. Diese Bemühungen sollten regelmäßig evaluiert werden. ► Die Expertise professioneller Gleichstellungsakteure/-akteurinnen sollte bei der Planung und Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen hinzugezogen werden. Der Zugang zu dem erforderlichen Fachwissen kann durch die Einrichtung einer Datenbank mit externem Fachwissen und Genderexpertise erleichtert werden.
<p>EMPFEHLUNG GIA 4 Geschlechtergerechtigkeit bei deliberativen Verfahren sicherstellen:</p>	<p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ► Deliberative Verfahren ermöglichen es, unterschiedliche Perspektiven und Fachexpertisen einzubeziehen und erleichtern das Prüfen und Abwägen von Argumenten. Workshops, Entscheidungsgremien mit Experten/Expertinnen aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung, mit Nutzern/Nutzerinnen des Instruments bzw. mit von einem Vorhaben direkt Betroffenen sollten daher in die Durchführung von Gleichstellungsprüfungen integriert werden. ► Gute Deliberation zeichnet sich durch eine ausgeglichene Repräsentation von Frauen und Männern sowohl auf individueller als auch auf organisatorischer Ebene aus sowie durch das Vorhandensein von Genderkompetenz bei den Beteiligten. Gute Deliberationsprozesse tragen zur Kompetenzstärkung bei, indem die Beteiligten in die Lage versetzt werden, fundierte und sinnvolle Beiträge zu leisten
<p>EMPFEHLUNG GIA 5 Beispielhafte Anwendung des GIA in verschiedenen Anwendungsbereichen:</p>	<p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ► Die Anwendung des GIA auf ausgewählte Vorhaben sollte dokumentiert und aufbereitet werden, um <i>anschauliche Good Practice Beispiele</i> zu schaffen und Hinweise für eine <i>Anpassung</i> des Instruments zu erhalten. Durch die praktische Anwendung können zudem Erfahrungen gesammelt werden, wer an der Durchführung des GIA beteiligt werden sollte, wieviel Zeit dafür benötigt wird und wie der Zugang zu Daten verbessert werden kann. ► Das GIA sollte flexibel gehandhabt werden, um es an mögliche Veränderungen von Arbeitsabläufen anzupassen. Zudem ist das Instrument regelmäßig zu überprüfen, um neue Erkenntnisse der Geschlechterforschung aufzunehmen.

6.4 Methodische Leitlinien und Voraussetzungen, Datenanforderungen und Instrumente

Ein immer noch großes Problem für die Konzipierung geschlechtergerechter Klimapolitik ist der Mangel an verfügbaren quantitativen und qualitativen Daten, welche für die Analysen zur Geschlechtergerechtigkeit in Deutschland aussagekräftige Grundlagen bieten und gleichstellungsbezogene Wirksamkeiten ausweisen. Ebenso bedarf es Daten, die signalisieren, dass Maßnahmen dem Verfassungsziel zuwiderlaufen, und die Hinweise auf die Umorientierungserfordernisse in Differenziertheit liefern. Erforderlich sind sozialstrukturelle, institutionelle und Definitions- und Gestaltungsmacht-bezogene Daten in Verbindung mit fachspezifischen Daten. Auch die Ergebnisse soziokultureller und institutioneller Befragungen und teilnehmender Beobachtung, Diskurs- und Analysen der Genese von Entscheidungen wären hilfreich. Gerahmt werden die Empfehlungen zu den Datenbedarfen einerseits durch methodische Empfehlungen und andererseits konkrete Hinweise zur Nutzung von Instrumenten.

Tabelle 13: Empfehlungen zu Methodischen Leitlinien und Voraussetzungen, Datenanforderungen und Instrumenten

Liste der Empfehlungen	Erläuterungen
EMPFEHLUNG Daten 1: Grundsätzliche methodische Leitlinien einführen, um Datenbestände aufbauen und Bewertungsmaßstäbe etablieren zu können	KONKRET: <ul style="list-style-type: none"> ▶ Alle personen- und haushaltsbezogenen statistischen Daten sollten im ersten Schritt nach biologischem Geschlecht disaggregiert zusammengestellt und ausgewertet werden. Eine Zusammenstellung dieser von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder erhobenen Daten und deren jährliche Aktualisierung kann erste Indizien für den genderbezogenen Datenbedarf genderresponsiver Planung klimapolitischer Maßnahmen liefern. Für Klimaschutz und Klimaanpassung relevant sind z. B. Daten zu Individual- und zu Haushaltseinkommen, Zeitverwendung, Erwerbstätigkeit, Wohnsituation, Verkehrsausstattung, Haushaltszusammensetzung etc. ▶ Im wesentlichen zweiten Schritt müssen diese dann je nach Sachgebiet mit anderen Datenkategorien in Bezug gesetzt werden, um anstelle eines Differenzansatzes die Daten zu erzeugen, die aussagefähig sind hinsichtlich der Bedingungen und Verhältnisse, die gleiche Chancen für alle Geschlechter gewährleisten und die klimaschützendes Versorgen, Wirtschaften und Handeln ermöglichen.
EMPFEHLUNG Daten 2: Methodische Voraussetzungen verändern, damit Klimapolitik genderresponsiv wird	KONKRET: <ul style="list-style-type: none"> ▶ Wirtschaftliche Betrachtungen sollten aus der Verengung auf rein marktlich vermittelte Ökonomie herausgeführt werden, weil diese lediglich partikuläre Beiträge zu Gemeinwohl und Daseinsvorsorge abbilden. Zugunsten von Tragfähigkeit und Akzeptabilität klimapolitischer Maßnahmen wird empfohlen, in ökonomischen Analysen, Szenarien, Kosten-Nutzen-Betrachtungen etc. zu untersuchen, welche Wirksamkeit sie auf die Erwerbs- und die Versorgungsökonomie entfalten und inwieweit <i>versorgungsökonomische Verantwortung</i> und Versorgungspflichten in Infrastruktursystemen und Dienstleistungen verankert und erbracht werden. ▶ Wichtig ist dabei, dass Daten zur Versorgungsökonomie neben Umfang, Verteilung und Wert auch zu Daten zu deren Verlagerun-

gen, neuen Versorgungsweisen usw. in Beziehung gebracht werden können. Dies ist die Voraussetzung dafür, abschätzen und nachzusteuern zu können, inwieweit klimapolitische Maßnahmen die nötigen *Bedingungen für gesellschaftlich emissionsfrei und geschlechtergerechtere Versorgungsweisen* befördern.

- Methodik entwickeln und Datenbasis schaffen, welche eine Aussage erlauben, inwieweit grundlegende Annahmen und Rahmungen spezifischer klimarelevanter Handlungsfelder, Infrastruktursystem-Gestaltungsbereiche oder Institutionen *Androzentrismus* fortschreiben bzw. inwieweit traditionell und unbewusst androzentrisch verzerrende Konstruktionen in der Sicht auf klimapolitische Fragen aktiv und systematisch bereinigt werden.

EMPFEHLUNG Daten 3:

Versorgungs-ökonomische Daten als ökonomische Referenz behandeln

KONKRET:

- Nationale Zeitbudget-Studien jährlich präsentieren parallel zum Bundesinlandsprodukt (BIP), die versorgungsökonomischen Daten politisch reflektieren. Auf Basis mindestens 3-jährlicher Erhebungen und Auswertungen, um insgesamt eine nationale Wirtschaftsdatengrundlage zu verwenden, die geschlechtergerecht, seriös und belastbar ist.

EMPFEHLUNG Daten 4:

Systematische Erhebung von Daten zu Gender, d.h. zu den Genderdimensionen ist notwendig, um Wechselwirkungen von klimarelevanten Fachpolitiken mit Gender zu erfassen.

KONKRET:

- ‚Genderdaten‘ lassen sich nicht über phänomenologische Unterschiedlichkeiten nach dem biologischen Geschlecht, sondern nur über differenzierte Datenbestände zu den sieben gesellschaftlichen Bedingungs- und Treiber-Ebenen genderhierarchischer Strukturierungen in der Gesellschaft erfassen (Genderdimensionen). Diese geben der Klimapolitik Aufschluss über deren Genderwirksamkeit, d.h. ihren Beitrag zur Minderung bzw. Begrenzung der Dynamiken der Aufrechterhaltung und Erneuerung genderhierarchischer Strukturierungen in der Gesellschaft zugunsten gleicher Chancen und Risiken.
- Für Handlungsbereiche und Maßnahmen, in denen Genderwirkungen zu vermuten sind, diese aber erst noch mit Daten zu den Genderdimensionen belegt werden müssten, müssen kurzfristig wenigstens bestehende Daten mit genäherter Aussagekraft über die Genderdimensionen sowie qua biologischem Geschlecht bereitgestellt werden. Das gilt beispielsweise für die Erwerbsarbeitsmarktwirkungen aller anvisierten Maßnahmen, zu denen aktuell keine geschlechtsdisaggregierten Daten und Daten über die Versorgungsökonomie-Relevanz der Branchen vorliegen.

EMPFEHLUNG Daten 5:

Genderresponsiv, geschlechtsdisaggregiert generierte Daten erheben zu den strukturellen Treibern von Klimawandel

KONKRET:

- Daten zu struktureller Verkehrserzeugung,
- Daten zu struktureller Erzeugung von Energiebedarfen und -abhängigkeiten von Haushalten.
- Diese Verursacherdaten sollten in Beziehung gesetzt werden können zu den Genderdimensionen,
- Daten zu klimaverträglichen Handlungsbedingungen erheben.
- Empirischen Daten auswerten, die die Verbindung zwischen Un-

	<p>gleichheit und politischer Verantwortung für den Klimawandel herstellen und deren Entwicklung in Zeitreihen beobachten.</p> <ul style="list-style-type: none"> ► Konkretisierungen finden sich in <u>Kapitel 5.4</u>.
<p>EMPFEHLUNG Daten 6: Neue handlungsfeldspezifische Daten generieren, um die für Genderresponsivität fehlenden Datengrundlagen zu schaffen</p>	<p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ► Der gesamte Bereich der Auswirkungen von Anpassungsmaßnahmen auf den Erwerbsarbeitsmarkt, der in vielen Bereichen stark geschlechtersegregiert ist (Bauberufe, Katastrophenschutz, Pflegeberufe), muss hinsichtlich unterschiedlicher Bewertungen bei der Dringlichkeit von Maßnahmen analysiert werden, aber vor allem auch hinsichtlich der Verlagerung von Arbeiten in die Versorgungsökonomie, den unbezahlten und bisher nicht politisch verantworteten ‚Privat‘-Bereich. ► Der Maßnahmenbereich Aus-, Fort- und Weiterbildung wendet sich in der Regel an Fachpersonal in der Kranken- und Altenpflege. Dies ist richtig und wichtig und sollte genderreflektiert erfolgen. Ein aufgrund des Pflegenotstandes zunehmender Teil der Pflege findet aber im Privathaushalt im Rahmen der traditionell von Frauen durchgeführten Care-Arbeit statt und sollte deshalb in diesem Maßnahmenbereich ebenfalls adressiert werden. Das könnte auch ein Beitrag zur Aufwertung der Care-Arbeit sein. ► Ebenso sind auch die Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz sowie die Aktivitäten im Bereich Aus- und Weiterbildung für die Katastrophenhilfeorganisationen genderreflektiert zu gestalten bzw. durchzuführen. Die unterschiedlichen Bedarfe je nach Geschlecht, Rollenzuschreibung und daraus resultierenden Verantwortlichkeiten sind für den Katastrophenfall und die Katastrophenhilfe gut belegt und bedürfen der Anwendung ► Für die relevanten Handlungsfelder sowohl von Klimaschutz als auch von Klimaanpassung sollte berichtet werden können, inwieweit sie die grundlegenden Annahmen und Rahmungen Androzentrismus weiterhin fortschreiben bzw. inwieweit traditionell und unbewusst genderverzerrende Konstruktionen aktiv und systematisch bereinigt werden.
<p>EMPFEHLUNG Daten 7: Kontextspezifische Daten erheben, da der Klimawandel auch innerhalb Deutschlands regional sehr unterschiedliche Auswirkungen haben wird.</p>	<p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ► Um sich an den Klimawandel (genderbewusst) anzupassen, werden kontextspezifische Daten benötigt, was eine Herausforderung an die Datenerhebung vor allem in ländlichen Räumen darstellt. Auf Bundesebene liegen nach biologischem Geschlecht disaggregierte Daten zu möglichen Wirkungen der des Klimawandels und der Anpassung vor allem bezüglich der Hintergründe für Geschlechtsunterschiede am ehesten vor, regionale und lokale Daten müssen ebenfalls geschlechtsdifferenziert erhoben werden. ► Großstädte und Ballungsräume sind in besonderem Ausmaß von den zunehmenden Hitzeperioden betroffen. Hier ist der hohe Anteil alter Frauen aufgrund der höheren Lebenserwartung von Frauen und Alleinerziehender mit eher geringem Einkommen belegt. Daten zu Morbidität und Mortalität während klimatischer Extremereignisse liegen aus mehreren europäischen Städten aus

	<p>den Extremsommern 2002/2003 vor und sollten regelmäßig in Großstädten und Ballungsräumen erhoben werden. Wichtig wären hier auch qualitative Erhebungen, die der Frage nachgehen, wie diese Bevölkerungsteile unterstützt werden können (z. B. durch adäquat wärmegeämmte Wohnungen, Grünflächen, entsprechende Serviceangebote bei der Alltagsversorgung etc.) und welcher klimaanpassungspolitische Handlungsbedarf sich daraus ergibt.</p> <ul style="list-style-type: none"> ► Bezüglich des Hitzeschutzes im Wohnbereich deuten einige Daten darauf hin (Bleckmann u. a. 2016; Elnakat & Gomez 2015), dass Frauen, und hier besonders Alleinerziehende und Rentnerinnen, tendenziell eher in schlecht ausgestatteten Wohnungen leben. Hier besteht ein enger Zusammenhang mit deren geringem Einkommen, dass das Wohnen in energieeffizienten Wohnungen und in Wohngegenden mit höherem Grünflächenanteil mit i. d. R. höherer Miete nicht zulässt, aber möglicherweise auch mit Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt aufgrund des geringeren Einkommens. Erforderlich ist hier grundsätzlich weiterer, vor allem kontextspezifischer Datenbedarf. ► Daten über die Wirkungen von Hochwasser- oder Starkregenereignissen vor allem im Wohnbereich, aber auch bei öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Kindergärten, medizinische Versorgung) oder Verkehrsinfrastrukturen (Ausfall Bahn und ÖPNV) auf die Versorgungsarbeit und damit auch auf die Geschlechterverhältnisse liegen nicht vor, sind aber – nicht zuletzt aufgrund der Vulnerabilität und Relevanz der Versorgungsökonomie für vulnerable Bevölkerungsteile - unverzichtbar.
<p>EMPFEHLUNG Daten 8: Erhebung neuer Daten vorantreiben und systematische und differenzierte gender- und klimaverantwortliche Datenbestände langfristig sichern</p>	<p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ► Zu empfehlen ist, das GIA in einer Weise implementieren, dass kontinuierlich und systematisch zum einen Daten zu klimapolitischen und Genderdimensionen geschaffen werden, zum anderen Daten durch Rezeption des nicht-androzentrischen Forschungsstands in den ‚Stand der Forschung‘ transportiert werden. ► Als nächster Schritt sollte ein Implementierungsplan für die notwendigen Erhebungen erstellt werden. Auf Basis dieses Konzeptes sollten alle anschließenden und nachfolgenden Erhebungen in einem zu bestimmenden Zeitrahmen genderresponsiv ausgerichtet und durchgeführt werden.
<p>EMPFEHLUNG Daten 9: Beim Monitoring von Maßnahmen geschlechtsdifferenzierte Daten auf der Haushaltsebene erheben, um Wirkungen auf die Geschlechterverhältnisse klären zu können und bei Bedarf nachzusteuern.</p>	<p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ► Die Genderperspektive sollte vor allem auch bei der regelmäßig durchgeführten Vulnerabilitätsanalyse und dem Monitoring von DAS und APA berücksichtigt werden. Hierbei sind genderbezogene und nach Geschlecht disaggregierte Daten innerhalb der Haushalte zu erheben und der Analyse zugrunde zu legen. Bisher liegen Daten nur auf der Haushaltsebene vor. Da zumeist mehrere Personen unterschiedlicher Geschlechter in Haushalten leben, lassen Daten auf dieser Ebene keine Rückschlüsse auf die Wirkungen innerhalb der Haushalte und hier allem der Geschlechterverhältnisse zu.

<p>EMPFEHLUNG Daten 10:</p> <p>Mit ökonomischen Instrumenten die bisher klimapolitisch ausgesparten Bereiche der Wirtschaft adressieren.</p>	<p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Mit Steuern und Abgaben sollte die strukturelle Erzeugung von Energiebedarfen adressieren werden, anstelle der haushaltliche Bewältigung dieser Bedarfe ▶ Genderevaluierung vorhandener Forschungsarbeiten/Politikvorschläge zu klimapolitischen ökonomischen Instrumenten und Aufnahme der zielführenden Instrumente in Bezug auf Klimaschutz und Geschlechtergerechtigkeit ▶ Entwicklung von Erzeugungsstrukturen adressierenden ökonomischen Instrumenten wie z.B. die Verkehrserzeugungsabgabe ▶ Besteuerung oder Abgaben auf Produkte/Technologien oder von Geschäftsmodellen, die Energiebedarfs-Wachstum generieren. ▶ Datenerhebungen zur Wirkung der Instrumente können Aufschlüsse über die Veränderungen hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit in den entsprechenden Handlungsfeldern geben
<p>EMPFEHLUNG Daten 11:</p> <p>Finanzierungsinstrumente und -planungen zum Aufbau der infrastrukturellen und Service-Leistungen etablieren, die für die Wahrung des Rechts und der Chancen der Haushalte und Bürgerinnen/Bürger, nachhaltig versorgen und handeln zu können, gesellschaftlich benötigt werden.</p>	<p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Finanzplanung für die Bundesmittel, die über Länder, Kommunen und Aufgabenträger die quantitativ und qualitativ bedarfsdeckende ÖPNV-Bedienung versorgungsökonomischer Mobilitätsanfordernisse der Haushalte gewährleistet (incl. etwa entsprechender Aufstockung der Regionalisierungsmittel) ▶ mit zunehmendem Strommengenverbrauch progressive statt degressive Strompreisbesteuerung, ▶ Strompreissteuerbefreiung versorgungsökonomischen Mindest-/Sockelumfanges an Energieversorgungsmenge pro Haushalt ▶ Finanzinstrumente für einen gegenüber Haushalten mit geringem Einkommen bedarfsdeckenden energiesparenden Mietwohnungsbau in Großstädten ▶ Datenerhebungen zur Wirkung der Instrumente können Aufschlüsse über die Veränderungen hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit in den entsprechenden Handlungsfeldern geben.

6.5 Förderung/Finanzierung

Tabelle: 14: Empfehlungen zu Förderung und Finanzierung

Liste der Empfehlungen	Erläuterungen
<p>EMPFEHLUNG Förderung 1:</p> <p>Berücksichtigung von Geschlechtergerechtigkeit bei der Förderung von Klimaschutzkonzepten und Umsetzungsmaßnahmen auf nationaler und lokaler Ebene (u. a. NKI)</p>	<p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Vorgaben, die zur expliziten Berücksichtigung von Genderaspekten bei der Antragstellung auffordern, müssen entwickelt und verankert werden. Diese müssen sich gleichfalls in der Bewertung von Anträgen niederschlagen. Die Mitarbeitenden der Projektträger und Programmbüros sind entsprechend zu schulen. ▶ Die inhaltlichen Vorgaben und Arbeitshilfen sollten überarbeitet werden, um bei der Einbeziehung von sozialen und Geschlechteraspekten – auch bei technisch ausgerichteten Vorhaben – zu unterstützen. Verweise auf Fallbeispiele und weiterführende Lite-

	<p>ratur sind dabei einzubeziehen.</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Durchführung von Gender Impact Assessments sollte auch auf kommunaler Ebene gefördert oder gezielt ausgeschrieben werden, etwa von typischen kommunalen Maßnahmen in Modellstädten. Die Ergebnisse sollten dann anderen Kommunen in Form von Empfehlungen nahegelegt werden. Jede Kommune sollte zumindest die Verteilungswirkungen ihrer Maßnahmen ex ante abschätzen und/oder im Nachhinein auswerten.
EMPFEHLUNG Förderung 2: Berücksichtigung von Genderaspekten bei der Planung, Ausschreibung und Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel	KONKRET: <ul style="list-style-type: none"> Im Förderprogramm Anpassung, seinen Bildungsprojekten und kommunalen Leuchtturmprojekten sollte eine Adressierung von Genderaspekten vorgenommen werden, um die in der Analyse der DAS beschriebenen Wirkungen des Klimawandels und möglicher Anpassungsmaßnahmen mit in den Blick zu nehmen, deren Evidenz zu unterlegen und diese auch zu verbreiten. Dies sollte bereits bei den Ausschreibungen berücksichtigt werden.
EMPFEHLUNG Förderung 3: Integration von Geschlechtergerechtigkeit in klimapolitische Förderprogramme für Drittländer wie EUKI und IKI	KONKRET: <ul style="list-style-type: none"> Geschlechtergerechtigkeit sollte in den Förderkriterien und in der Bewertung von Anträgen verankert werden. Das Monitoring der geförderten Vorhaben sollte explizit auf Geschlechteraspekte eingehen sowie Lücken, Daten- und Forschungsbedarf benennen. Maßnahmen, die im Gender Aktionsplan der UNFCCC enthalten sind, sollten verstärkt unterstützt und gefördert werden. Dazu gehören die Kapazitätenstärkung und der Erfahrungsaustausch für Vertragsstaaten und Stakeholder zur Entwicklung von gender-responsiven Strategien, Plänen und Programmen in den Bereichen Anpassung, Klimaschutz, Technologien und Finanzierung sowie die Förderung der Teilnahme und Kapazitätenaufbau von Frauen in nationalen Delegationen bei den UNFCCC-Sessions, auch von Frauen aus Grassroots-Organisationen, lokalen und indigenen Gemeinschaften.

6.6 Forschungsbedarf und –regularien

Tabelle 15: Empfehlungen zu Forschungsbedarf und -regularien

Liste der Empfehlungen	Erläuterungen
EMPFEHLUNG Forschung 1: Intersektionale/interdependente Zugänge der Geschlechterforschung in der Klimaforschung verankern.	KONKRET: <ul style="list-style-type: none"> Bislang fehlt eine ausreichende Wissensbasis über kumulative Benachteiligungen, z.B. durch Armut, körperliche Einschränkungen oder Migrationshintergrund in Verbindung mit Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts in klimarelevanten Handlungsfeldern, um auf dieser Grundlage adäquate Handlungsansätze für die Klimapolitik zu entwickeln. Großer Forschungsbedarf besteht bei der empirischen Analyse und bei Fallstudien zur Untersuchung interdependenter Aspekte des Klimawandels. Geeignete Forschungsmethoden zur Operationalisierung intersektionaler bzw. interdependenter Perspektiven, mit denen verallgemeinernde Zuschreibungen von Geschlechterbildern, -rollen und -kompetenzen kritisch ana-

	<p>lysiert und hinterfragt werden können, sind in der Klimaforschung bislang nur unzureichend verfügbar.</p>
<p>EMPFEHLUNG Forschung 2: Forschungsvorhaben zu den Auswirkungen von klimapolitischen Maßnahmen auf die Geschlechterverhältnisse sowie der qualitativen Verbesserung der Klimapolitik durch Einbeziehung von Genderaspekten sollten in stärkerem Maße gefördert werden.</p>	<p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Wenig Wissen besteht bislang über Wechselbeziehungen zwischen dem Stand der Geschlechtergleichstellung in einzelnen Ländern und der Qualität von Klimapolitik und -praxis. Ergebnisse aus Skandinavien verweisen auf diese Zusammenhänge (Dymén u. a. 2013). ▶ Bislang noch wenig untersucht ist zudem die Frage, wie sich der Klimawandel sowie Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimaanpassung innerhalb der Haushalte auf die Geschlechterverhältnisse auswirken.
<p>EMPFEHLUNG Forschung 3: Die Förderung von Forschungsvorhaben über Geschlechteraspekte des Klimawandels sollte in den Regularien zur Forschungsförderung besser verankert werden.</p>	<p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Für die Ausschreibungen von Aufträgen, Projekten und Forschungsvorhaben sollten verbindliche Kriterien und Vorgaben entwickelt und angewendet werden, mit denen die Integration von Gender in Forschungs-/Projektanträgen verankert werden kann. Diese Qualitätskriterien sollten bei der Bewertung von Anträgen und Angebote berücksichtigt werden. Die mit den Anträgen befassten Projektträger sollten dafür entsprechend qualifiziert werden. ▶ Denkbar wäre es, Ausschreibungen zu Forschungsprojekte und Vorhaben zu gesellschaftlichen Fragestellungen des Klimawandels, einer Relevanzprüfung im Hinblick auf Genderaspekte zu unterziehen. Stellt sich heraus, dass das Vorhaben gleichstellungsrelevante Sachverhalte berührt, könnte die Durchführung einer Hauptprüfung als Teil des Auftrags verbindlich vorgegeben werden. Zudem sollten diese Ausschreibung die Erhebung genderbezogener und geschlechtsdisaggregierte Daten adressieren. Zur Gewährleistung der Datenqualität sollte Genderexpertise bei der Formulierung entsprechender Ausschreibungen reflektiert werden.

6.7 Verbreitung, Kompetenzstärkung

Tabelle 16: Empfehlungen zu Verbreitung und Kompetenzstärkung

Liste der Empfehlungen	Erläuterungen
<p>EMPFEHLUNG Kompetenz 1: Genderreflektierte Sprache, Layout und Dienste zur Umsetzung der ministeriellen Verpflichtungen und Leitlinien</p>	<p>KONKRET:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Die Klimadienste, seien es Webportale, Tools oder die Bereitstellung von Daten, sollten sowohl inhaltlich als auch sprachlich so gestaltet sein, dass sie den Bedürfnissen aller Bevölkerungsgruppen – und hier ist besonders auf die unterschiedlichen Bedürfnisse bzw. Themen und Sprache von Frauen, Männern und weiteren Geschlechtern hinzuweisen – gerecht werden. Das sind insbesondere geschlechtergerechte Sprache, einfache Sprache, Barrierefreiheit etc. und dazu gibt es eine Vielzahl von Handreichungen (auch der Bundesregie-

	<p>rung), die es anzuwenden gilt. Um dies sicherzustellen, müssen die externen Dienstleister/-innen entsprechend beauftragt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> ► Das gilt auch für den alle vier Jahre fortgeschriebenen Monitoringbericht der DAS, der als wichtiges Informationsinstrument für die Öffentlichkeit und Entscheidungsträger/-innen angelegt ist.
EMPFEHLUNG Kompetenz 2: Fachliches Training	KONKRET: <ul style="list-style-type: none"> ► Gendertrainings zur Förderung des Genderbewusstseins/der Genderexpertise sollten in regelmäßigen Abständen bei dem Fachpersonal in allen klimapolitischen Bereichen (Anpassung und Klimaschutz), in allen damit befassten Institutionen und Verbänden, auf allen Ebenen, durchgeführt werden (siehe dazu auch die Empfehlung GIA 3). ► Geschlechtergerechtigkeit sollte in die Maßnahmen zur Weiterbildung kommunaler Fachleute und zum Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen integriert werden.
EMPFEHLUNG Kompetenz 3: Verbreitung von Forschungsergebnissen über Gendererkenntnisse	KONKRET: <ul style="list-style-type: none"> ► Bei Veranstaltungen, auf denen Forschungsergebnisse vorgestellt werden, sollte sichergestellt werden, dass Genderaspekte kontinuierlich thematisiert und damit einer breiteren Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht werden und diese gleichzeitig für die Thematik sensibilisiert wird.

7 Dissemination

Die Ergebnisse des Projektes wurden zu verschiedenen Zeitpunkten der Fachöffentlichkeit vor- und zur Diskussion gestellt. Dabei wurden unterschiedliche Zielgruppen angesprochen:

- ▶ Die internationale Fachöffentlichkeit
- ▶ Internationale Verhandler/-innen bei den Klimaverhandlungen
- ▶ Die deutsche Fachöffentlichkeit
- ▶ Die allgemeine Öffentlichkeit

7.1 Verbreitung bei den UNFCCC Klimakonferenzen

Eine Gelegenheit für die Verbreitung erster Ergebnisse des Projektes bot sich bei der COP 23, die unter der Präsidentschaft von Fiji im November 2017 in Bonn stattfand. Gemeinsam mit der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) wurden die Ergebnisse des Literaturreviews und die Ansätze zum GIA präsentiert. Auch die GIZ legte in ihrem Teil des Workshops den Schwerpunkt auf Analyseinstrumente und deren Anwendung in zwei ausgewählten Projekten, so dass bei der gemeinsamen Diskussion mit dem zahlreich erschienenen Publikum ein angeregter Austausch entstand. Vorgeschlagen wurde hier vor allem die Stärkung eines Süd-Nord-Austausches zu den Analyseinstrumenten, da diese im Globalen Süden und in der Entwicklungszusammenarbeit bereits seit längerem angewendet werden und die Erfahrungen daraus auch im Globalen Norden nützlich sein könnten.

Bei der folgenden Sitzung der Subsidiary Bodies im Mai 2018 in Bonn wurde der Faden nochmal in einem offiziellen UNFCCC Side Event aufgegriffen. In der gut besuchten Veranstaltung konnten die Fragestellungen des Projektes, die inzwischen entwickelten und innerhalb der Projektpartner/-innen abgestimmten Genderdimensionen sowie die Methodik des GIA ausführlich vorgestellt und diskutiert werden.

7.2 Artikel in Fachzeitschriften und Beiträge in Büchern

Während der Projektlaufzeit wurden folgende Artikel und Beiträge verfasst, die sich mit der Konzeptionierung und den ersten Ergebnissen des Forschungsprojektes befassen:

- ▶ Alber, Gotelind; Hummel, Diana; Röhr, Ulrike; Spitzner, Meike; Stieß, Immanuel: Geschlechtergerechtigkeit und Klimapolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21-23/2018, S. 40-47⁶⁸
- ▶ Ulrike Röhr: Gender und Klima im Globalen Norden. Von vulnerablen Frauen zu einer genderbewussten Klimapolitik. In: Ökologisches Wirtschaften 3/2018, S. 22-24⁶⁹
- ▶ Röhr, Ulrike; Alber, Gotelind: Geschlechterverhältnisse und Klima im Wandel. Erste Schritte in Richtung einer transformativen Klimapolitik. In: GENDER Heft 2/2018, S. 112-127⁷⁰
- ▶ Röhr, Ulrike (2019): Geschlechterverhältnisse und Klima im Wandel – Erkenntnisse der feministischen Forschung und Potenziale internationaler Vereinbarungen. In: Heymann, Dagmar; Mauß, Bärbel; Schuster, Claudia & Venn, Astrid (Hg.): 40 Jahre Frauen in Naturwissenschaft und Technik. Feministisch 4.40. Mössingen-Talheim: Thalheimer Verlag, S. 73-83

⁶⁸ <http://www.bpb.de/apuz/269306/geschlechtergerechtigkeit-und-klimapolitik> (aufgerufen am 14.01.2019)

⁶⁹ <https://www.oekologisches-wirtschaften.de/index.php/oew/article/view/1621> (aufgerufen am 14.01.2019)

⁷⁰ <https://www.budrich-journals.de/index.php/gender/article/view/31360> (aufgerufen am 14.01.2019)

7.3 Informationen in Newslettern, auf Webseiten und in Netzwerken

Die Konsortialpartner/-innen informierten regelmäßig auf ihren Webseiten und den Newslettern über den Fortschritt des Forschungsprojektes. Gleiches gilt für die Webseite von genanet, der Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit, die von GenderCC – Women for Climate Justice gehostet wird, auf der eine Unterseite für das Forschungsprojekt zur Verbreitung der Ergebnisse wie beispielsweise Ankündigungen von Veranstaltungen und Veröffentlichungen angelegt wurde; ebenso wurde in dem drei- bis viermal jährlich erscheinenden Newsletter (genaNews) berichtet.

GenderCC ist im Aktionsbündnis Klimaschutz⁷¹ vertreten, das die Bundesregierung bei der Umsetzung ihrer Klimaschutzpläne unterstützt. Hier ergab sich mehrmals die Möglichkeit, in Wortbeiträgen auf die geplanten Aktivitäten oder bereits gewonnenen Erkenntnisse des Projektes hinzuweisen. Mitte November 2018 ist das Positionspapier der Klima-Allianz zum Maßnahmenprogramm 2030 zum Klimaschutz⁷² erschienen, das ebenfalls ein Kapitel zu Geschlechtergerechtigkeit enthält, das auf Ergebnissen des Forschungsprojektes basiert. Eine der Kernforderungen verweist auf die Anwendung des Instruments GIA und fordert die Rezeption der Ergebnisse der genderreflektierten Klimaforschung sowie die Einbeziehung von Genderexpertise bei klimapolitischen Planungen ein.

7.4 Präsentation und Workshop bei einer internationalen UBA-Fachkonferenz 2017

Bei der internationalen Konferenz ‚Engendering Environment. Gender Mainstreaming und Gender Impact Assessment in Umwelt- und Gesundheitsschutz‘ des Umweltbundesamtes am 16. Oktober 2017 wurden die weiterentwickelten Genderdimensionen und weitere Zwischenergebnisse aus dem Forschungsprojekt vorgestellt und ein Workshop zu deren Diskussion durchgeführt. In der Diskussion mit internationalen Vertreterinnen/Vertretern der akademischen Wissenschaft und der nationalen Exekutiven der Umweltpolitik zeigte sich, dass insbesondere der transformative Charakter der Genderdimensionen und deren Thematisierung androzentrischer Institutionalisierungen auf große positive Resonanz stießen und deren Reflexion Anstöße für die Entwicklung von innovativen politischen Handlungsansätzen liefern.

7.5 Abschlussworkshop des Forschungsprojektes

Der Abschlussworkshop des Forschungsprojektes fand am 26.10.2018 in Berlin in den Räumen des BMU statt. Aus organisatorischen Gründen wurde entschieden, zwei aufeinanderfolgende Fachworkshops zu veranstalten, in denen die Ergebnisse präsentiert und in einem weiteren Kontext diskutiert werden. Das Programm findet sich in der Anlage (Kapitel 9.1). An der Veranstaltung nahmen insgesamt 51 Experten/Expertinnen aus einem breiten Spektrum von Institutionen teil.

Der erste Workshop ‚Bessere Klimapolitik durch Geschlechtergerechtigkeit?! – Instrumente, Beispiele, Synergien und Tradeoffs‘ wurde vom Forschungskonsortium veranstaltet. Nach der Begrüßung durch die Gleichstellungsbeauftragte des UBA und einen Überblick über die Gender Mainstreaming-Aktivitäten des UBA, wurden die Ziele des Projektes und des Workshops von den UBA Fachbegleitern erläutert. Anschließend wurden die Ergebnisse des Forschungsprojektes gebündelt in einer gemeinsamen Präsentation durch das Konsortium vorgestellt und mit dem Fachpublikum diskutiert.

Frau Regierungsdirektorin Ilka Wagner stellte in ihrem Grußwort den Bezug zu den Klimazielen der Bundesregierung her.

⁷¹ <https://www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/nationale-klimapolitik/aktionsprogramm-klimaschutz/aktionbuendnis-klimaschutz/>

⁷² https://www.klima-allianz.de/fileadmin/user_upload/Ma%C3%9Fnahmenprogramm2030_web.pdf

Im Folgenden wurde die im Projekt entwickelte GIA-Arbeitshilfe (vgl. [Kapitel 9.2](#)) dargestellt und fachlich kommentiert. Daran anschließend wurde die GIA-Arbeitshilfe von den Teilnehmenden in drei Arbeitsgruppen anhand konkreter Fallbeispiele auf ihre Verständlichkeit und Praktikabilität getestet. Die Beispiele waren:

- ▶ Relevanzprüfung am Beispiel der kommunalen Radverkehrsrichtlinie,
- ▶ Hauptprüfung am Beispiel der Bundesausschreibung zum Ausbau der Radverkehrswege,
- ▶ Hauptprüfung am Beispiel der Hitzeschutzaktionspläne.

In den Arbeitsgruppen wurden die jeweils relevanten Genderdimensionen identifiziert und konkret diskutiert. In den Arbeitsgruppenberichten im Plenum wurden neben der fachlichen Diskussion auch die Erfahrungen hinsichtlich der Verständlichkeit und Anwendbarkeit der GIA Arbeitshilfe reflektiert. Diese Testung stellte einen Schritt der Validierung der Projektergebnisse dar. Entsprechend wurden die Workshopergebnisse in der Überarbeitung der GIA Arbeitshilfe berücksichtigt (vgl. [Kapitel 4.4.3](#) zu einer detaillierteren Darstellung).

Unmittelbar anschließend wurde übergeleitet in den zweiten, vom Umweltbundesamt veranstalteten Fachworkshop ‚Erfolgreiche Verankerung der Geschlechterperspektive in der Klimapolitik - Instrumente, Umsetzung und Verwertung‘. Die Verwertung der Forschungsergebnisse wurde mit nationalen und internationalen Experten/Expertinnen diskutiert und die Implementierung durch Impact Assessment in fachpolitischen Programmen und Maßnahmen des Umwelt- und Klimaschutzes sowie in Verwaltungsstrukturen reflektiert.

Dazu wurde eine Keynote von Martin Baumhauer des österreichischen Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport - (BMÖDS) zur Frage der ‚Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung in Österreich‘ gehalten. Anschließend wurde in einem Podiumsgespräch zwischen Anne-Lise Koch Lavis (BMU), Lizzi Sieck (UBA), Caroline Steffens (InGFA) und Kora Kristof (UBA) die Frage ‚Neue Einsichten, neue Empfehlungen – Wie lassen sich diese nun wirksam verankern und umsetzen?‘ erörtert bevor die Veranstalter den Workshop schlossen.

7.6 Zusätzliche Beratungsleistungen

Im Rahmen einer Aufstockung des Projektes mit Laufzeitverlängerung bis 31. Oktober 2019 wurden drei zusätzliche Beratungsleistungen vereinbart, die auf eine Diffusion der Ergebnisse des Forschungsvorhabens in die politische Praxis abzielten:

- ▶ Durchführung eines Gender-Labs mit Umweltministerin Svenja Schulze am 13. August 2019, in Berlin im Umweltministerium. Das zweistündige Gender LAB – richtete sich an Mitarbeiter/-innen des BMU und befasste sich mit den Genderwirkungen potenzieller Maßnahmen für die Umsetzung des Klimaschutzplans 2050. Das Gender-Lab wurde als World Café mit vier Thementischen und einer Paneldiskussion organisiert.
- ▶ Entwicklung von zwei kurzen Beratungspapieren für den BMU internen Gebrauch zu den Themen i) Berücksichtigung von Gender im Prozess der Evaluation und Fortschreibung des Klimaschutzprogramms 2030; ii) Gender und Internationaler Klimaschutz.
- ▶ Inhaltliche Vorbereitung eines weiteren BMU internen Fachgesprächs mit Vertreter/-innen der zuständigen Referate für die vom BMU federführend durchzuführenden Maßnahmen des Maßnahmenprogramms 2030.

8 Quellenverzeichnis

- Acker, Joan (1990): *Hierarchies, Jobs, Bodies. A Theory of Gendered Organizations*, in: Gender & Society, Bd. 4, Nr. 2
- adelphi/PRC/EURAC (2015): *Vulnerabilität Deutschlands gegenüber dem Klimawandel*. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Ahrend, Christine & Herget, Melanie (2013): Verkehrs- und Mobilitätsforschung aus der Genderperspektive. In: Hofmeister, Sabine, Katz, Christine & Mölders, Tanja (Hg.). *Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften*. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, 218–226.
- Agho, Kingsley u. a. (2010): Population risk perceptions of global warming in Australia. *Environ. Res.* 110/8:756–763.
- Alber, Gotelind & Hemmati, Minu (2011): *Gender perspectives: Debunking climate policy myths*. Vancouver: Commonwealth Ministers.
- Alber, Gotelind & Röhr, Ulrike (2011): *Gender analysis of the policy initiatives of the Member States in relation to climate change in the sectors of transport and energy. Analysis paper*. Brüssel, Berlin: Milieu Ltd, LIFE e.V.
- Alber, Gotelind/ Hummel, Diana/ Röhr, Ulrike/ Spitzner, Meike/ Stieß, Immanuel (2018): Geschlechtergerechtigkeit und Klimapolitik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ*, 21-23, 40-47. <http://www.bpb.de/apuz/269306/geschlechtergerechtigkeit-und-klimapolitik> (26.11.2019).
- Aldrian, Sarah Rosa Sophie (2015): *Neue, unverbindliche Formen der Freiwilligenarbeit im Katastrophenschutz*. Master thesis. Graz: Karl-Franzens-Universität.
- Alston, Margaret (2012): Rural male suicide in Australia. *Social Science & Medicine* 74/4:515–522.
- Alston, Margaret & Whittenbury, Kerri (2013): Does climatic crisis in Australia's food bowl create a basis for change in agricultural gender relations? *Agriculture and Human Values* 30/1:115–128.
- Arndt, Channing, Benfica, Rui & Thurlow, James (2011): Gender Implications of Biofuels Expansion in Africa: The Case of Mozambique. *World Dev.* 39/9:1649–1662.
- Arora-Jonsson, Seema (2011): Virtue and vulnerability: Discourses on women, gender and climate change. *Global Environmental Change* 21/2:744–751.
- Arslan, Emre (2016): Symbolische Ordnung, Sozialstruktur und Alltagspraktiken. In: dies. & Kemal Bozay (Hg.): *Symbolische Ordnung und Bildungsungleichheit in der Migrationsgesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS, 9-34.
- Auger, Nathalie u. a. (2014): Extreme Heat and Risk of Early Delivery Among Preterm and Term Pregnancies. *Epidemiology* 25(3):344–50.
- Baer, Susanne (2013): Privatizing Religion. Legal Groupism, No-Go_Areas, and the Public-Private-Ideology in Human Rights Politics, *Constellations*, 20, 68-84
- Bauhardt, Christine (2012): Feministische Ökonomie, Ökofeminismus und Queer Ecologies – feministisch-materialistische Perspektiven auf gesellschaftliche Naturverhältnisse. In: Ebbers, Ilona, Halbfas, Brigitte & Rastetter, Daniela (Hg.). *Gender und ökonomischer Wandel. Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft*, 11/46. http://www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_theorie/Zeitgenoessische_ansaetze/Bauhardt/femoeconomie/Bauhardt.pdf [21.08.2017].
- Baigent, Dave (2016): Resisting and accomodating the masculinist gender regime in firefighting: An insider view from the United Kingdom. In: Enarson, Elaine & Pease, Bob (Hg.). *Men, masculinities and disaster*. Abingdon, Oxon; New York: Routledge, 175–185.
- Bauriedl, Sybille/Schier, Michaela/Strüver, Anke (Hg.) (2010): *Geschlechterverhältnisse, Raumstrukturen, Ortsbeziehungen*. Münster. Bargfrede A, Wiesmüller GA, Bischof W, Hornberg C (2004): Sick Building Syndrome (SBS) – Stand der Forschung. *Public Health Forum* 12(42), 20-22
- Bauriedl, Sybille (2013): Kommentar: Deutungsvielfalt von Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit in der Raumplanung. In: Hofmeister, Sabine, Katz, Christine & Mölders, Tanja (Hg.). *Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften*. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, 209–213.
- Bauriedl, Sybille (2014): *Geschlechter im Klimawandel. Soziale Differenzierung in der Anpassungsforschung*. GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society 23/1:8–10.

- Bauriedl, Sybille (2015): Geschlechterkonstruktion in Umweltdiskursen – Verfestigung und Aufweichen von Geschlechterdualismen. In: Christina Katz (Hg.): Nachhaltigkeit anders denken. Veränderungspotenziale durch Geschlechterperspektiven. Wiesbaden, 101–113.
- Bengtsson, Ragnar, Iverman, Ellis & Hinnerich, Björn Tyrefors (2012): Gender and ethnic discrimination in the rental housing market. *Appl. Econ. Lett.* 19/1:1–5.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2015): Schwach im Abschluss, Warum Jungen in der Bildung hinter Mädchen zurückfallen – und was dagegen zu tun wäre. https://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Schwach_im_Abschluss/Bildung_online_gesamt_final.pdf
- Bleckmann, Lisa, Luschei, Frank, Schreiner, Nadine & Strünck, Christoph (2016): Energiearmut als neues soziales Risiko? Eine empirische Analyse als Basis für existenzsichernde Sozialpolitik. Siegen: Hans-Böckler-Stiftung. https://www.uni-siegen.de/fokos/forschungsprojekte/energiearmut/2015-08-31_hbs_studie_energiearmut_als_neues_soziales_risiko.pdf [15.03.2017].
- Bogdanovic, Dragan C. et al. (2013): The impact of the July 2007 heat wave on daily mortality in Belgrade, Serbia. In: *Central European Journal of Public Health* 21/3:140–145.
- Bolte, Gabriele/Lahn, Ulrike (2015): Geschlecht in der Public-Health-Forschung zu gesundheitlichen Ungleichheiten: Potenziale und Begrenzungen des Intersektionalitätsansatzes. In: *Gender – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 7 (2), 51–67. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2007): Arbeitshilfe geschlechterdifferenzierte Gesetzesfolgenabschätzung. “Gender Mainstreaming bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften”. Berlin.
- Brubaker, Rogers (2007): Ethnizität ohne Gruppen. Hamburg: Hamburger Edition
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). 2007. Arbeitshilfe geschlechterdifferenzierte Gesetzesfolgenabschätzung. “Gender Mainstreaming bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften”. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). 2017. Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. <https://www.bmfsfj.de/blob/117916/7a2f8ecf6cbe805cc80edf7c4309b2bc/zweiter-gleichstellungsbericht-data.pdf> [14.08.2018].
- BMUB (o.J.): *Merkblatt Förderung von Masterplan-Kommunen. Hinweise zur Antragstellung*. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. https://www.klimaschutz.de/sites/default/files/merkblatt_masterplan-richtlinie.pdf.
- BMUB (2014): Aktionsprogramm Klimaschutz 2020. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.
- BMUB (2015): *Richtlinie zur Förderung von Klimaschutz in Masterplan-Kommunen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative*. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. https://www.klimaschutz.de/sites/default/files/gesamter_richtlinientext.pdf.
- BMUB & UBA (2017): Umweltbewusstsein in Deutschland 2016. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Umweltbundesamt.
- Brand, Christian, Goodman, Anna, Rutter, Harry, Song, Yena & Ogilvie, David (2013): Associations of individual, household and environmental characteristics with carbon dioxide emissions from motorised passenger travel. *Applied Energy* 104/1:158–169.
- Brischke, Lars-Arvid u. a. (2016): *Energiesuffizienz - Strategien und Instrumente für eine technische, systemische und kulturelle Transformation zur nachhaltigen Begrenzung des Energiebedarfs im Konsumfeld Bauen/Wohnen – Rahmenanalyse*. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. https://energiesuffizienz.files.wordpress.com/2015/05/energiesuffizienz_rahmenanalyse_endfassung.pdf (27.11.2018) (Vorläufige Fassung 2015: http://www.transformation-des-energiesystems.de/sites/default/files/Energiesuffizienz_Rahmenanalyse.pdf [15.3.2017]).
- Bryant, Lia & Garnham, Bridget (2015): The fallen hero: Masculinity, shame and farmer suicide in Australia. *Gend. Place Cult.* 22/1:67–82.
- Bührer, Susanne; Schraudner, Martina (Hg) (2006): Gender-Aspekte in der Forschung. Wie können Gender-Aspekte in Forschungsvorhaben erkannt und bewertet werden? Karlsruhe

- Bundesagentur für Arbeit (2018): Die Arbeitsmarktsituation von Frauen und Männern 2017, Blickpunkt Arbeitsmarkt. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Personengruppen/generische-Publikationen/Frauen-Maenner-Arbeitsmarkt.pdf> [25.9.2018]
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2017): Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. <https://www.bmfsfj.de/blob/117916/7a2f8ecf6cbe805cc80edf7c4309b2bc/zweiter-gleichstellungsbericht-data.pdf> [25.9.2018]
- Carlsson-Kanyama, Annika & Lindén, Anna-Lisa (2007): Energy efficiency in residences - challenges for women and men in the North. *Energy Policy* 35/4:2163–2172.
- Castaneda, Itzá, Aguilar, Cintia & Rand, Allison (2013): Measurement and reporting: Important elements of gender mainstreaming in environmental policies. *Cornell Journal of Law and Public Policy* 22/3:667–683.
- CBD (2014b): Report on an updated gender plan of action to 2020 and progress in gender mainstreaming, monitoring and evaluation and indicators. Montreal: Convention on Biological Diversity. <https://www.cbd.int/doc/meetings/wgri/wgri-05/official/wgri-05-07-en.pdf> [21.6.2017].
- CBD (2016a): Analysis of gender integration in fifth national reports. Note by the Executive Secretary. Cancun: Convention on Biological Diversity.
- CBD (2016b): Progress report on implementation of the 2015-2020 Gender Plan of Action. Montreal: Convention on Biological Diversity.
- Chalifour, Nathalie J.(2010): A feminist perspective on carbon taxes. *Canadian Journal of Women and the Law* 22/1:169–212.
- Chavez-Rodriguez, Libertad (2013): Klimawandel und Gender: Untersuchung der Bedeutung von Geschlecht für die soziale Vulnerabilität in überflutungsgefährdeten Gebieten. Dissertation. Universität Bremen, Bremen.
- Choo, Hae Yeon/Ferree, Myra Marx (2010): Practicing Intersectionality in Sociological Research: A Critical Analysis of Inclusions, Interactions, and Institutions in the Study of Inequalities. *Sociological Theory* 28 (2), 129-149.
- Ciocirlan, Cristina & Pettersson, Caroline (2012): Does workforce diversity matter in the fight against climate change? An analysis of fortune 500 companies. In: *Corporate Social Responsibility and Environmental Management* 19/1:47–62.
- CIVITAS (2014): Smart choices for cities. Gender equality and mobility: mind the gap!. o.O.: CIVITAS. http://www.civitas.eu/sites/default/files/civ_pol-an2_m_web.pdf [24.11.2016].
- Collins, Patricia Hill (1990): *Black Feminist Thought: Knowledge, Consciousness and the Politics of Empowerment*. Boston.
- Compensation Partner (2017): *Firmenwagenmonitor 2017: In welcher Branche gibt es die teuersten Autos?* <https://www.gehalt.de/news/firmenwagenmonitor-2017> [11.9.2018].
- Cordts, Anette, Nitzko, Sina & Spiller, Achim (2014): Consumer response to negative information on meat consumption in Germany. *International Food and Agribusiness Management Review* 17/A:83–106.
- Crenshaw, Kimberlé W. (1989): Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. In: *The University of Chicago Legal Forum* 140, 138-167.
- Damyranovic, Doris et al. (2014): GIAKlim – Gender Impact Assessment im Kontext der Klimawandelanpassung und Naturgefahren. Endbericht von StartClim2013.F. In: Startclim (Hg.): *StartClim2013: Anpassung an den Klimawandel in Österreich – Themenfeld Wasser*. Wien.
- Davis, Kathy (2011): Intersectionality as Buzzword: A Sociology of Science Perspective on What Makes a Feminist Theory Successful. In: Lutz, Helma et al. (Hg.): *Framing Intersectionality: Debates on a Multi-Faceted Concept in Gender Studies*. Farnham, 43-54.
- Davis, Kathy (2014): Intersectionality as a critical Methodology. In: Lykke, Nina (Hg.): *Writing academic texts differently: Intersectional Feminist Methodologies and the Playful Art of Writing*. New York, 268-281.
- David, Emmanuel & Enarson, Elaine (Hg.) (2012): *The women of Katrina : How gender, race, and class matter in an American disaster*. Nashville: Vanderbilt University Press.
- Degele, Nina/Winker, Gabriele (2007): Intersektionalität als Mehrebenenanalyse. https://www.tuhh.de/t3resources/agentec/sites/winker/pdf/Intersektionalitaet_Mehrebenen.pdf (28.02.2018).

- Deutscher Bundestag (2017): Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2017, Drucksache 18/12840, <https://www.bmfsfj.de/blob/119794/b69d114cfbe2b6c1d4e510da2d74fd8d/zweiter-gleichstellungsbericht-der-bundesregierung-bt-drucksache-data.pdf> - (21.02.2019).
- Die Bundesregierung (2011): Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien. (26.11.2018).
- Die Bundesregierung (2008): *Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel*.
- Die Bundesregierung (2011): *Aktionsplan Anpassung der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel*.
- Die Bundesregierung (2015): *Fortschrittsbericht zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel*.
- D'Ippoliti, Daniela, Michelozzi, Paola, Marino, Claudia, de'Donato, Francesca, Menne, Bettina, Katsouyanni, Klea, Kirchmayer, Ursula, Analitis, Antonis, Medina-Ramon, Mercedes, Paldy, Anna, Atkinson, Richard, Kovats, Sari, Bisanti, Luigi, Schneider, Alexandra, Lefranc, Agnes, Iniguez, Carmen & Perucci, Carlo A. (2010): The impact of heat waves on mortality in 9 European cities: Results from the EuroHEAT project. *Environmental Health* 9/37:1–9.
- Djoudi, Houria u. a. (2016): Beyond dichotomies: Gender and intersecting inequalities in climate change studies. *Ambio* 45/3:248–262.
- Döge, Peter (2002): Zwischen „Scientific Warrior“ und „Mathematischem Mann“ – Technik und Wissenschaft im Spiegel kritischer Männerforschung. In: *Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis* 11 (2), 32–36.
- Dominelli, Lena (2013): Mind the gap: Built infrastructures, sustainable caring relations, and resilient communities in extreme weather events. *Australian Social Work* 66/2:204–217.
- Druckman, Angela, Buck, Ian, Hayward, Bronwyn & Jackson, Tim (2012): Time, gender and carbon: A study of the carbon implications of British adults' use of time. *Ecological Economics* 84/:153–163.
- Dymén, Christian, Måns Andersson, Richard Langlais (2013): Gendered dimensions of climate change response in Swedish municipalities, in: *Local Environment* 9/2013, S. 1066–78.
- Dymén, Christian & Langlais, Richard (2017): Integrating gender and planning towards climate change response. Theorising from the Swedish case. In: Buckingham, Susan & Le Masson, Virginie (Hg.). *Understanding Climate Change through Gender Relations*. Abingdon, Oxon; New York: Routledge.
- Edholm, Gunilla & Kihlgren, Mats (o.J.): Gender Mainstreaming Ambulance Medical Care Emergency Service, Göteborg Region. http://www.gr.to/download/18.55340448112b9e59b8980004365/Emergency+Service_goteborg.pdf [24.08.2017].
- Edvardsson Björnberg, Karin & Hansson, Sven Ove (2013): Gendering local climate adaptation. *Local Environ.* 18/2:217–232.
- Eichler, Margrit et al. (2002): Zu mehr Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern: Erkennen und Vermeiden von Gender Bias in der Gesundheitsforschung. Deutsche Bearbeitung eines vom kanadischen Gesundheitsministerium herausgegebenen Handbuchs. Berlin.
- EIGE (2012): Review of the implementation in the EU of area K of the Beijing Platform for Action : Women and the Environment. Gender equality and climate change. Luxemburg: European Institute for Gender Equality. <http://eige.europa.eu/rdc/eige-publications/gender-equality-and-climate-change-report> [15.3.2017].
- Elnakat, Afamia & Gomez, Juan D. (2015): Energy engenderment: An industrialized perspective assessing the importance of engaging women in residential energy consumption management. *Energy Policy* 82/1:166–177.
- Enarson, Elaine & Pease, Bob (Hg.) (2016): *Men, Masculinities and Disaster*. Abingdon, Oxon; New York: Routledge.
- Ergas, Christina, Richard York (2012): Women's Status and Carbon Dioxide Emissions: A Quantitative Cross-National Analysis, in: *Social Science Research* 4/2012, S. 965–976.
- Ericson, Mathias & Mellström, Ulf (2016): Firefighters, technology and masculinity in the micro-management of disasters: Swedish examples. In: Enarson, Elaine & Pease, Bob (Hg.). *Men, masculinities and disaster*. Abingdon, Oxon; New York: Routledge, 165–174.
- Europarat (1998): Gender Mainstreaming – Conceptual Framework, Methodology and Presentation of Good Practice. Final Report of Activities of the Group of Specialists on Mainstreaming (EG-S-MS (98) 2). Strasbourg. (26.11.2018).

European Commission; Directorate-General for Employment, Social Affairs and Equal Opportunities; Equal Opportunities Unit DG 5 (1997/1998): A Guide to Gender Impact Assessment. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities, [online], <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=4376&> (26.06.2018).

European Institute for Gender Equality (EIGE) (2012): Review of the implementation in the EU of area K of the Beijing Platform for Action : Women and the Environment. Gender equality and climate change. Luxemburg: European Institute for Gender Equality. <http://eige.europa.eu/rdc/eige-publications/gender-equality-and-climate-change-report> [15.3.2017].

European Institute for Gender Equality (EIGE) (2014). Effectiveness of Institutional Mechanisms for the Advancement of Gender Equality. Main Findings. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

European Institute for Gender Equality (EIGE) (2016): Gender Impact Assessment – Gender Mainstreaming Toolkit. Vilnius.

European Parliament, Directorate General Internal Policies of the Union, Policy Department Structural and Cohesion Policies, Transport and Tourism (2006): Women and Transport in Europe. Study in commission of the European Parliament's committee on Transport and Tourism, elaborated by Turner, Jeff; Hamilton, Kerry (University East London/UK) and Spitzner, Meike (Wuppertal Institute/D) with Leo Seserko (OKAR/Slowenia) and Alena Krizkova (Consultant/Czech Republic). IP/B/TRAN/ST/2005_008 (PE 375.316) in EN 26/06/2006. Bruxelles.
http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dv/tran20060912_womentransportstudy/tran20060912_womentransportstudy.pdf (26.11.2019) (Diese „provisional version“ ist identisch mit der finalen offiziell “accepted version”).

Färber, Christine; Dohmen, Dieter (2006): Machbarkeitsstudie Gender Budgeting auf Bundesebene im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Unter Mitarbeit von Renée Parlar, Manfred Köhnen, Birgitt A. Cleuvers. Berlin.

Färber, Gisela; Salm, Marco (2013): Gutachten: Gesetzesfolgenabschätzung unter der Genderperspektive – am Beispiel des Faktorverfahrens nach § 39f EStG. Hg. v. Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer. Speyer.

Feltus, Anne (2010): Women in energy: Closing the gender gap. In: World Petroleum Congress. London: World Petroleum Council. http://www.world-petroleum.org/docs/docs/wpc_women.pdf [01.08.2011].

Fekete, Alexander (2010): *Assessment of social vulnerability for river-floods in Germany*. Dissertation. United Nations University, Bonn. <http://hss.ulb.uni-bonn.de/2010/2004/2004.pdf> [15.5.2017].

FeMigra (Feministische Migrantinnen, Frankfurt) (1994): Wir, die Seiltänzerinnen. Politische Strategien gegen Ethnisierung und Assimilation. In: Cornelia Eichhorn/Sabine Grimm (Hg.): Gender Killer. Texte zu Feminismus und Politik. Berlin, 49-63.

Feygina, Irina, Goldsmith, Rachel E. & Jost, John T. (2010): System Justification and the Disruption of Environmental Goal-Setting: A Self-Regulatory Perspective. In: Hassin, Ran R., Ochsner, Kevin N. & Trope, Yaacov (Hg.). Self control in society, mind, and brain. Oxford, New York: Oxford University Press.

Filleul, Laurent, Larrieu, Sophie, Lefranc, Agnes & Nriagu, Jerome O. (2011): Extreme temperatures and mortality. In: Encyclopedia of Environmental Health. Burlington: Elsevier, 693–699.

Fischer, Karin (2011): *Genderaspekte der Gebäudekerndämmung aus erneuerbaren/wiederverwerteten Rohstoffen*. Bremen: artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit, Universität Bremen.

Fischer, Karin/Weller, Ines (2013): Sektorale Roadmap Geschlechtergerechtigkeit: Handlungspfade und Handlungsempfehlungen auf dem Weg zu einer klimaangepassten und resilienten Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten. Bremen.

Flehsig, Michael u. a. (2000): *Weather impacts on natural, social and economic systems. PIK Report No. 59*. Potsdam, Germany: Potsdam Institute for Climate Impact Research (PIK).

Follo, Gro, Lidestav, Gun, Ludvig, Alice, Vilkriste, Lelde, Hujala, Teppo, Karppinen, Heimo, Didolot, François & Mizaraite, Diana (2016): Gender in European forest ownership and management: Reflections on women as “New forest owners”. Scandinavian Journal of Forest Research 32/2:174–184.

Fotopoulou, Aristeia (2012): Intersectionality Queer Studies and Hybridity: Methodological Frameworks for Social Research. In: Journal of International Women's Studies 13 (2), 19-32.

Frändberg, Lotta & Vilhelmson, Bertil (2011): More or less travel: Personal mobility trends in the Swedish population focusing gender and cohort. Journal of Transport Geography 19/6:1235–1244.

- Fraune, Cornelia (2015): Gender matters: Women, renewable energy, and citizen participation in Germany. *Energy Research & Social Science* 7, 55–65.
- Frey et al. (2006): Gender-Manifest. Plädoyer für eine kritisch reflektierende Praxis in der genderorientierten Bildung und Beratung. Berlin. (26.11.2018).
- Gaffron, Philine (2012): Urban transport, environmental justice and human daily activity patterns. *Transport Policy* 20/:114–127.
- GenderKompetenzZentrum (2006): Was ist Gender? (26.11.2018).
- GenderKompetenzZentrum (2010): Haushalt/Budget. (26.11.2018).
- GenderKompetenzZentrum (o.J.): Verhältnis des AGG zur Strategie Gender Mainstreaming.
http://www.genderkompetenz.info/genderkompetenz-2003-2010/gendermainstreaming/Strategie/Gleichstellungspolitik/Antidiskriminierung/agg/agg_gm.html (26.11.2018)
- Glemarec, Yannick/Qayum, Seemin/Olshanskaya, Marina (2016): Leveraging co-benefits between gender equality and climate action for sustainable development. *Mainstreaming Gender Considerations in Climate Change Projects*. (26.11.2018).
- Gottschlich, Daniela (2012): Nachhaltiges Wirtschaften - Zum Verhältnis von Care und Green Economy. Berlin: genanet/LIFE e.V.
http://genanet.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Care_Gender_Green_Economy/G3_Hintergrundpapier_Care_Gottschlich_D E.pdf (19.4.2017).
- Gottschlich, Daniela, Roth, Stephanie, Härtel, Annika, Röhr, Ulrike, Hackfort, Sarah, Segebart, Dörte & König, Claudia (2014): Nachhaltiges Wirtschaften im Spannungsfeld von Gender, Care und Green Economy. Debatten–Schnittstellen–blinde Flecken. *CaGE-Texte* 1/2014. Berlin/Lüneburg: LIFE e.V.; Leuphana Universität.
https://www.researchgate.net/profile/Ulrike_Roehr/publication/267327359_Nachhaltiges_Wirtschaften_im_Spannungsfeld_von_Gender_Care_und_Green_Economy_Debatten_-_Schnittstellen_-_blinde_Flecken/links/544a92cf0cf24b5d6c3ccafa.pdf [19.4.2017].
- GGCA (2016): Gender and climate change: A closer look at existing evidence. o.O.: Global Gender and Climate Alliance.
<http://wedo.org/wp-content/uploads/2016/11/GGCA-RP-FINAL.pdf> [26.1.2017].
- Grabka, Markus M., Jotzo, Björn, Rasner, Anika & Westermeier, Christian (2017): Der Gender Pension Gap verstärkt die Einkommensungleichheit von Männern und Frauen im Rentenalter. In: *DIW Wochenbericht* 5: 87-96.
- Griffin Cohen, Marjorie (2014): Gendered emissions: Counting greenhouse gas emissions by gender and why it matters. *Alternate Routes* 25/:55–80.
- Großmann, Karin (2017): Energiearmut als multiple Deprivation vor dem Hintergrund diskriminierender Systeme. In: Großmann, Karin, Schaffrin, André & Smigiel, Christian (Hg.). *Energie und soziale Ungleichheit. Zur gesellschaftlichen Dimension der Energiewende in Deutschland und Europa*. Wiesbaden: Springer VS, 55–78.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (1996): Frau ist nicht gleich Frau, nicht gleich Frau ... Über die Notwendigkeit einer kritischen Dekonstruktion in der feministischen Forschung. In: Ute Luise Fischer et al. (Hg.): *Kategorie Geschlecht: Empirische Analyse und feministische Theorien*. Opladen, 163-190.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación/Boatca, Manuela/Costa, Sergio (Hg.) (2016): *Decolonizing European Sociology. Transdisciplinary Approaches*. New York.
- Hackfort, Sarah & Burchardt, Hans-Jürgen (2016): Analyzing socio-ecological transformations – a relational approach to gender and climate adaptation. *Crit. Policy Stud.* : 1–18.
- Heylen, Kristof & Van den Broeck, Katleen (2016): Discrimination and selection in the Belgian private rental market. *Hous. Stud.* 31/2:223–236.
- Hankivsky, Olena (2012): The Lexicon of Mainstreaming Equality: Gender Based Analysis (GBA), Gender and Diversity Analysis (GDA) and Intersectionality Based Analysis (IBA). In: *Canadian Political Science Review* 6 (2-3), 171-183.
- Hankivsky, Olena (2014): Intersectionality 101. http://vawforum-cwr.ca/sites/default/files/attachments/intersectionality_101.pdf [28.02.2018].

- Hashiguchi, Nobuko, Feng, Yue & Tochiara, Yutaka (2010): Gender differences in thermal comfort and mental performance at different vertical air temperatures. In: *European Journal of Applied Physiology* 109/1:41–48.
- Hausner, Beatrix (2012): Genderspezifische Basisdatenerhebung für die Energiewirtschaft in Österreich. Wien: Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik ÖGUT.
<http://www.bmwf.at/EnergieUndBergbau/Energieversorgung/Documents/Genderspezifische%20Basisdatenerhebung%20f%C3%BCr%20die%20Energiewirtschaft%20in%20%C3%96sterreich;%20Endbericht.pdf> [17.1.2017].
- Hayn, Doris/Irmgard Schultz (2002): Gender Impact Assessment im Bereich Strahlenschutz und Umwelt. Abschlussbericht im Auftrag des BMU, Frankfurt am Main. http://www.genderkompetenz.info/w/files/gkompzpdf/gia_abschlussbericht_strahlenschutz.pdf (26.11.2018).
- Hayn, Doris/Schultz, Irmgard (2004): Wissenschaftliche Begleitung zur Einführung des Gender Mainstreaming in die Regelpraxis des BMU. Abschlussbericht. Frankfurt am Main.
- Holmgren, Sara & Arora-Jonsson, Seema (2015): The Forest Kingdom - with what values for the world? Climate change and gender equality in a contested forest policy context. *Scandinavian Journal of Forest Research* 30/3:235–245.
- House of Commons Canada (2016): REPORT 1, IMPLEMENTING GENDER-BASED ANALYSIS, OF THE FALL 2015 REPORTS OF THE AUDITOR GENERAL OF CANADA. Report of the Standing Committee on Public Accounts.
- Hülsmann, Friederike u. a. (2018): share – Wissenschaftliche Begleitforschung zu car2go mit batterieelektrischen und konventionellen Fahrzeugen. Forschung zum free-floating Carsharing. Öko-Institut, ISOE.
- Hummel, Diana (2015): Gender impacts and social differentiations of climate-induced migration..(28.02.2018).
- INFAS & DLR (2010): Mobilität in Deutschland 2008. Ergebnisbericht. Struktur - Aufkommen - Emissionen - Trends. Bonn, Berlin: Insitut für angewandte Sozialwissenschaft, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt. http://www.mobilitaet-in-deutschland.de/pdf/MiD2008_Abschlussbericht_I.pdf [15.03.2017].
- INFAS & DLR (2018): Mobilität in Deutschland 2017. Kurzreport. Verkehrsaufkommen – Struktur – Trends. Bonn, Berlin: Institut für angewandte Sozialwissenschaft, Deutsches Zentrum fürLuf- und Raumfahrt. http://www.mobilitaet-in-deutschland.de/pdf/infas_Mobilitaet_in_Deutschland_2017_Kurzreport_DS.pdf [28.02.2018].
- Intergovernmental Panel on Climate Change (2014): Climate change 2014. Mitigation of Climate change. Working group III contribution to the fifth assessment report of the intergovernmental panel on climate change. NY: Cambridge University Press.
- ISiconsult - Institut für Sozialinnovation Consulting, artec & GenderCC (2018): *Interdependente Genderaspekte der Bedürfnisfel-der im urbanen Raum. Zwischenbericht: Systematische Literatur-Recherche und Auswertung (AP 1)*. Berlin und Bremen.
- IUCN & GGCA (2012): The art of implementation. Gender strategies transforming national and regional climate change decision making. Gland: International Union for Conservation of Nature.
https://cmsdata.iucn.org/downloads/the_art_of_implementation.pdf [19.4.2017].
- Jaeger-Erben, Melanie; Offenberger, Ursula; Nentwich, Julia; Schäfer, Martina; Weller, Ines (2011): Gender im Themenschwerpunkt »Vom Wissen zum Handeln – Neue Wege zum nachhaltigen Konsum«: Ergebnisse und Perspektiven. In: Defila, Rico; Di Giulio, Antonietta; Kaufmann-Hayoz, Ruth (Hg.): *Wesen und Wege nachhaltigen Konsums - Ergebnisse aus dem Themenschwerpunkt "Vom Wissen zum Handeln - Neue Wege zum Nachhaltigen Konsum"*. Sozial-ökologische Forschung des BMBF, Bd. 13. München: oekom verlag, S. 283-298. ISBN-13: 978-3-86581-296-4.
- Jaeger-Erben, Melanie; Spitzner, Meike; Wustmans, Clemens; Zeeb, Matthias (2015): Nachhaltige Grundsicherung - Antwort auf multiple Krisen? In: Jörg Göpfert (Hg.): *Nachhaltige Grundsicherung: Armut überwinden – natürliche Lebensgrundlagen erhalten*. Horizonte 21 - Umwelt, Energie, Sicherheit, Band 7. Potsdam: Universitätsverlag, S.43-66. <http://tinyurl.com/pde8sop> sowie https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/deliver/index/docId/7843/file/horizonte21_07.pdf (27.11.2018).
- Jin, Quan, Simone, Angela, Olesen, Bjarne W., Holmberg, Sture K. M. & Bourdakos, Eleftherios (2017): Laboratory study of subjective perceptions to low temperature heating systems with exhaust ventilation in Nordic countries. In: *Science and Technology for the Built Environment* 23/3:457–468.
- Jylhä, Kirsti M., Cantal, Clara, Akrami, Nazar & Milfont, Taciano L. (2016): Denial of anthropogenic climate change: Social dominance orientation helps explain the conservative male effect in Brazil and Sweden. *Personality and Individual Differences* 98/:184–187.

- Kaijser, Anna & Kronsell, Annica (2016): Who gets to know about nature? Biodiversity and ecosystem services through an intersectional lens. *Freiburger Zeitschrift für GeschlechterStudien* 22/2:41–67.
- Kammerlander, Moritz (2014): Individual behavioural barriers to resource-efficiency. o.O.: POLFREE - Policy options for a resource-efficient economy.
- Kanning, Helga, Mölders, Tanja & Hofmeister, Sabine (2016): Gendered Energy – Analytische Perspektiven und Potenziale der Geschlechterforschung für eine sozial-ökologische Gestaltung der Energiewende im Raum. *Raumforschung und Raumordnung* 74/3:213–227.
- Karjalainen, Sami (2007): Gender differences in thermal comfort and use of thermostats in everyday thermal environments. *Building and Environment* 42/4:1594–1603.
- Karjalainen, Sami (2012): Thermal comfort and gender: A literature review. *Indoor Air* 22/2:96–109.
- Katz, Christine & Mölders, Tanja (2013): Schutz, Nutzung und nachhaltige Gestaltung - Geschlechteraspekte im Umgang mit Natur. In: *Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften*. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, 269–277.
- Katz, Christine et al. (Hg.) (2015): *Nachhaltigkeit anders denken. Veränderungspotenziale durch Geschlechterperspektiven*. Wiesbaden.
- Kern, Kristine & Alber, Gotelind (2009): Governing Climate Change in Cities: Modes of Urban Climate Governance in Multi-level Systems. In: *Competitive Cities and Climate Change. OECD Conference Proceedings Milan, Italy, 9-10 OCTOBER 2008*. Paris: OECD, 171–196. <http://www.oecd.org/gov/urbandevelopment/milanproceedings>.
- KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau (2007): KfW Guidelines on Gender Mainstreaming in the Transport Sector. Macro, Meso and Micro Mainstreaming - Tool for Gender Impact Assessment - Gender in Project Planning. Including the Tools “Gender Assessment Terms Of Reference for a Feasibility Study”, “Integrated Gender Balancing Project Development Strategy (iGPD-S)”, “Summarising matrix of systematic macro, meso and micro GIA evaluation results (GIA Evaluation Matrix)”, and “Overall Project Cycle-Assessment (Project Development Matrix)”. Prepared by Jeff Turner and Meike Spitzner. December, 2007. (unveröffentlicht)
- Kim, Hyeran (2014): Gender Impact Analysis Assessment in Korea. *Asian Journal of Human Services* 6, 32–46.
- Kim, Kyunghee (2008): Gender Impact Assessment in Korea: Current Situation and Challenges. *GSPR* 1, 8–12.
- Kingma, Boris & van Marken Lichtenbelt, Woute. (2015): Energy consumption in buildings and female thermal demand. *Nature Climate Change* 5/12:1054–1056.
- Kleinhückelkotten, Silke, Neitzke, H.-Peter & Moser, Stephanie (2016): Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen). Dessau-Roßlau.
https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_39_2016_repraesentative_erhebung_von_pro-kopf-verbraeuchen_natuerlicher_ressourcen.pdf [20.1.2017].
- Kleinhückelkotten, Silke, Moser, Stephanie & Neitzke, Hans-Peter (2016): Berechnung individueller Pro-Kopf-Verbräuche natürlicher Ressourcen nach Konsumbereichen : Anlagenband zum Bericht “Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen). UBA-Texte 39/2016. Dessau-Roßlau.
- Klima-Allianz Deutschland (Hg.) (2016): Klimaschutzplan 2050 der Zivilgesellschaft. Berlin. https://www.klima-allianz.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Hintergrund/2016_04_Klimaschutzplan2050.pdf
- Klinger, Cornelia (2003): Ungleichheit in den Verhältnissen von Klasse, Rasse und Geschlecht. In: Gudrun-Axeli Knapp/Angelika Wetterer (Hg.): *Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz. Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, „Rasse“/Ethnizität*. In: *Transit – Europäische Revue* 29, 72–95.
- Klinger, Cornelia (2012): Für einen Kurswechsel in der Intersektionalitätsdebatte. URL: www.portal-intersektionalitaet.de [Zugriff am 15.06.2018].
- Klinger, Cornelia/Gudrun-Axeli Knapp/Birgit Sauer (Hg.) (2007): *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*. Frankfurt/New York: Campus.
- Knapp, Gudrun-Axeli (1992): Macht und Geschlecht. Neuere Entwicklungen in der feministischen Macht- und Herrschaftsdiskussion. In: dies. & Angelika Wetterer (Hg.): *Traditionenbrüche. Entwicklungen feministischer Theorie*. Freiburg i. B.: Kore, 287–325.

- Knapp, Gudrun-Axeli (2005): Intersectionality – ein neues Paradigma feministischer Theorie? Zur transatlantischen Reise von „Race, Class, Gender“. In: *feministische Studien* 23 (2), 68-81.
- Knapp, Gudrun-Axeli (2008): „Intersectionality“ – ein neues Paradigma der Geschlechterforschung? In: Rita Casale/Barbara Rendtorff (Hg.): *Was kommt nach der Genderforschung? Zur Zukunft der feministischen Theoriebildung*. Bielefeld, 33-53.
- Knapp, Gudrun-Axeli (2011): Gleichheit, Differenz, Dekonstruktion und Intersektionalität: Vom Nutzen theoretischer Ansätze der Frauen- und Geschlechterforschung für die gleichstellungspolitische Praxis. In: Gertraude Krell/Renate Ortlieb/Barbara Sieben (Hg.): *Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen. Rechtliche Regelungen – Problemanalysen – Lösungen*. (6., vollst. überarb. u. erw. Aufl.). Heidelberg, 71-82.
- Knoll, Bente; Spitzner, Meike; Zech, Sibylla (2009): *Vorstudie Forschungsvorhaben Gender und Mobilitätsforschung/Verkehrstechnologie – Endbericht*. Bundesministerium für Verkehr, Innovation, Technologie Österreich (unveröffentlicht)
- Knoll, Bente (2017): Gender & Mobilität. Herausforderungen und Grenzen beim Messen des Unterwegs-Seins von Menschen aus einer Gender-Perspektive. In: Wroblewski, Angela, Kelle, Udo & Reith, Florian (Hg.). *Gleichstellung messbar machen : Grundlagen und Anwendungen von Gender- und Gleichstellungsindikatoren*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 129–148.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-13237-8_7.
- Kopsakangas-Savolainen, Maria & Juutinen, Artti (2013): Energy consumption and savings: A survey-based study of Finnish households. *Journal of Environmental Economics and Policy* 2/1:71–92.
- Kravchenko, Julia, Abernethy, Amy P., Fawzy, Maria & Lyerly, H. Kim (2013): Minimization of heatwave morbidity and mortality. In: *American Journal of Preventive Medicine* 44/3:274–282.
- Kronsell, Annica, Smidfelt Rosqvist, Lena & Winslott Hiselius, Lena (2016): Achieving climate objectives in transport policy by including women and challenging gender norms: The Swedish case. *International Journal of Sustainable Transportation* 10/8:703–711.
- Kuehn, Leeann & McCormick, Sabrina (2017): Heat Exposure and Maternal Health in the Face of Climate Change. *Int. J. Environ. Res. Public Health* 14/8:853.
- Kukarenko, Natalia (2011): Climate change effects on human health in a gender perspective: Some trends in Arctic research. *Global Health Action* 4/:1–6.
- Küppers, Caroline (2014): Intersektionalität. In: *Gender Glossar Gender Glossary*. (24.02.2018).
- Langsdorf, Susanne & Hirschnitz-Garbers, Martin (2014): *Die Zukunft im Blick: Trendbericht für eine vorausschauende Ressourcenpolitik*. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/die_zukunft_im_blick_trendbericht.pdf [20.1.2017].
- Lanzendorf, Martin (2001): *Freizeitmobilität - unterwegs in Sachen sozial-ökologischer Mobilitätsforschung*. (Dissertation). Materialien zur Fremdenverkehrsgeographie Heft 56. Trier: Selbstverlag der Deutschen Geographischen Gesellschaft. ISSN 0171-3612.
- Lecompte, María Carolina & Bocarejo, Juan Pablo S. (2017): Transport systems and their impact on gender equity. *World Conference Don Transport Research - WCTR 2016 Shanghai*. 10-15 July 2016, 25, Supplement C, 4245–4257.
- Liao, Lin, Luo, Le & Tang, Qingliang (2015): Gender diversity, board independence, environmental committee and greenhouse gas disclosure. *British Accounting Review* 47/4:409–424.
- Leerkamp, Bert & Bormann, René (2018): *Güterverkehr - Nachfrage ist gestaltbar*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (Hg.).
- Leitner, Andrea, Walenta, Christa (2007): Gleichstellungsindikatoren im Gender Mainstreaming. In: *Equal Entwicklungspartner-schaft qe gm* (Hg.): *Qualitätsentwicklung Gender Mainstreaming, Band 5*. Wien. http://www.qe-gm.at/produkte/downloads/Band%205/Leitner-Walenta_Gleichstellungsindikatoren-im-GM.pdf
- Leitner, Andrea (2010): Vom Sex Counting zu Gleichstellungsindikatoren. Indikatoren und Zielsetzungen in der Gleichstellungspolitik. In: *GenderKompetenzZentrum (2010): Dokumentation der Fachtagung „Indikatoren für die Gleichstellungspolitik“ 20. Mai 2010 an der Humboldt Universität Berlin*. <http://www.genderkompetenz.info/veranstaltungen/fachtagungen/programm-und-einladung-indikatorik/dokumentation> (Abruf 18.01.2011). (Im Internet ist aktuell nur noch die Präsentation abrufbar:

http://www.genderkompetenz.info/veranstaltungen_publications_and_news_archiv/fachtagungen/programm-und-einladung-indikatorik/vortraege/ppt_Leitner.pdf

Leitner, Andrea; Wroblewski, Angela (2011): Messung von Gleichstellung Stand der Diskussion zu geschlechtersegregierten Daten, Gleichstellungsindikatoren und Gleichstellungsmonitoring. Bericht zur Literaturrecherche. Studie im Auftrag der Frauenabteilung Wien. Wien: Institut für Höhere Studien (IHS). <https://www.wien.gv.at/menschen/frauen/pdf/gleichstellung-messung.pdf> (28.11.2018)

Lewalter, Sandra (2013): Gender in der Verwaltungswissenschaft konkret: Gleichstellungsorientierte Gesetzesfolgenabschätzung, Discussion Paper des Harriet Taylor Mill-Instituts, 20, 01/2013.

Life e.V./Frauenumweltnetz (Hg.) (2004): Gender Mainstreaming in Deutschland. Auf dem Weg zu geschlechtergerechter Umweltpolitik in Deutschland. Frankfurt am Main.
http://www.genanet.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Infopool_Publikationen/Broschuere_GMainstreaming_Deutschland_LIFE_FrauenUmweltN.pdf (26.11.2018).

Loukaitou-Sideris, Anastasia (2016): A gendered view of mobility and transport: next steps and future directions. In: Town Planning Review 87/5: 547-565.

Lucas, Karen (2012): Transport and social exclusion: Where are we now? In: Transport Policy 20: 105-113.

Luft, Rachel E. (2016): Men and masculinities in the social movement for a just reconstruction after Hurricane Katrina. In: Enarson, Elaine & Pease, Bob (Hg.). *Men, masculinities and disaster*. Abingdon, Oxon; New York: Routledge, 34-44.

Lutz, Helma (2016): Intersectionality's amazing journey: toleration, adaptation and appropriation. In: Rassegna Italiana Di Sociologia 3, 421-437.

Lutz, Helma/Amelina, Anna (2017): Gender, Migration, Transnationalisierung. Eine intersektionelle Einführung. Bielefeld.

Lutz, Helma/Wenning, Norbert (2001): Differenzen über Differenz – Einführung in die Debatten. In: dies. (Hg.): *Unterschiedlich verschieden. Differenz in der Erziehungswissenschaft*. Opladen, 11-24.

MacGregor, Sherilyn (Hg.) (2017): Routledge Handbook of Gender and Environment. London/ New York.

Macias, Thomas (2016): Environmental risk perception among race and ethnic groups in the United States. *Ethnicities* 16/1:111-129.

Madörin, Mascha (2006): Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. In: Torsten Niechoj/Marco Tullney (Hg.): *Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie*. Marburg, 277-297.

Malinauskaitė, Laura (2016): Gender Impact Assessment of Climate Change Mitigation Policy in Lithuania. Bisher unveröffentlichte Abschlussarbeit zur Erlangung des Master of Arts in Environment and Natural Resources an der University of Iceland. Reykjavík.
<https://skemman.is/bitstream/1946/23544/1/Laura%20Malinauskaite%20MA%20Thesis%20GIA%202016.pdf> (28.11.2018)

Marg, Oskar (2016): Resilienz von Haushalten gegenüber extremen Ereignissen. Schadenserfahrung, Bewältigung und Anpassung bei Hochwasserbetroffenheit. Heidelberg et al.

Mauer, Heike (2018): Intersektionalität und Gouvernmentalität. Die Regierung von Prostitution in Luxemburg. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich

McCall, Leslie (2005): The Complexity of Intersectionality. In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 30 (3), 1771-1802.

McCright, Aaron M. & Dunlap, Riley E. (2013): Bringing ideology in: The conservative white male effect on worry about environmental problems in the USA. *Journal of Risk Research* 16/2:211-226.

McKee, Lauren E. (2014): Women in American energy: De-feminizing poverty in the oil and gas industries. *Journal of International Women's Studies* 15/1:167-178.

Mergler, Donna (2014): Promoting gender-based analysis in environmental health research. (Präsentation im Rahmen einer Veranstaltung anlässlich des internationalen Frauentages 2014, durchgeführt vom CEC - Commission for Environmental Cooperation).
<https://www.slideshare.net/CECOnline/cec-conference-2014-mergler> (26.11.2018).

Milfont, Taciano L. & Sibley, Chris G. (2016): Empathic and social dominance orientations help explain gender differences in environmentalism: A one-year Bayesian mediation analysis. *Personality and Individual Differences* 90/:85-88.

- Miller, Wendy, Vine, Desley & Amin, Zakaria (2017): Energy efficiency of housing for older citizens: Does it matter? *Energy Policy* 101/:216–224.
- Monteiro, Ana, Carvalho, Vania, Oliveira, Teresa & Sousa, Carlos (2013): Excess mortality and morbidity during the July 2006 heat wave in Porto, Portugal. *International Journal of Biometeorology* 57/1: 155–167.
- Nentwich, Julia C., Offenberger, Ursula, Kaenzig, Josef & Heinzle, Stefanie (2010): Moving beyond gender differences in research on sustainable consumption. Evidence from a discrete choice experiment. St. Gallen: Universität St. Gallen.
https://www.alexandria.unisg.ch/211483/1/Gender_Werkstattbericht6.pdf [20.1.2017].
- Neutens, Tijs, Schwanen, Tim, Witlox, Frank & de Maeyer, Philippe (2010): Evaluating the temporal organization of public service provision using space-time accessibility analysis. In: *Urban Geography* 31/8: 1039-1064.
- Nogueira, Paulo et al. (2005): Mortality in Portugal associated with the heat wave of August 2003: Early estimation of effect, using a rapid method. In: *Eurosurveillance* 10/7: 150–153.
- Nurse-Bray, Melissa (2015): Gender, governance, and climate change adaptation. In: Leal Filho, Walter (Hg.). *Handbook of climate change adaptation*. Berlin: Springer, 1–13.
- Öblom, Annamaria & Antfolk, Jan (2017): Ethnic and gender discrimination in the private rental housing market in Finland: A field experiment. *Plos One* 12/8:e0183344.
- Offenberger, Ursula & Nentwich, Julia (2009): Home heating and the co-construction of gender, technology and sustainability. In: *Gendering Climate Change*. Women & Gender Research. Kopenhagen: Kristen Justesen.
- Offenberger, Ursula & Nentwich, Julia (2013): Home heating, technology and gender: A qualitative analysis. In: Rennings, Klaus u. a. (Hg.). *Sustainable energy consumption in residential buildings*. Heidelberg: Physica Verlag, 191–211.
- Offenberger, Ursula & Nentwich, Julia (2010): *Intertwined practices of gender and technology: The case of sustainable home heating*. St. Gallen: Universität St. Gallen.
- Office of the Auditor General of Canada (2009): Spring Report of the Auditor General of Canada. Chapter 1 Gender Based Analysis http://www.oag-bvg.gc.ca/internet/English/parl_oag_200905_01_e_32514.html (26.11.2018).
- Ojala, Maria (2015): Climate change skepticism among adolescents. *Journal of Youth Studies* 18/9:1135–1153.
- Olofsson, Anna & Rashid, Saman (2011): The white (male) effect and risk perception: Can equality make a difference? *Risk Analysis* 31/6:1016–1032.
- Parkinson, Debra & Zara, Claire (2016): Emotional and personal costs for men of Black Saturday bushfires in Victoria, Australia. In: Enarson, Elaine & Pease, Bob (ed.). *Men, masculinities and disaster*. Abingdon, Oxon; New York: Routledge, 81–91.
- Patterson, Zachary/Haider, Murtaza /Ewing, Gordon (2005): A Gender-based Analysis of Work Trip Mode Choice of Suburban Montreal Commuters Using Stated Preference Data. In: *Transportation Research Record* 1924, 85-93.
- Penn-Bressel, Gertrude (2017): Die kompakte funktionsgemischte Stadt. Eine Einführung. Präsentation beim Workshop „Testing eines adaptierten Instrumentes ‚Gender Impact Assessment‘ (GIA)“. Dessau, 13.12.2017.
- Pirard, Philippe et al. (2005): Summary of the mortality impact assessment of the 2003 heat wave in France. In: *Eurosurveillance* 10/7: 153–156.
- Preet, Raman, Nilsson, Maria, Schumann, Barbara & Evengard, Birgitta (2010): The gender perspective in climate change and global health. *Global Health Action* 3/10.
- PwC (2014): Frauen in der Energiewirtschaft. Frankfurt a.M.: PricewaterhouseCoopers.
https://www.pwc.de/de/energiewirtschaft/assets/studienergebnisse_frauen-in-der-energiewirtschaft.pdf [17.1.2017].
- QUING (2011): Advancing Gender+ Training in Theory and Practise. An International Event for Practitioners, Experts and Commissioners in Gender-Training. http://www.quing.eu/files/results/final_opera_report.pdf (26.11.2018).
- Räty, Riitta & Carlsson-Kanyama, Annika (2009a): Comparing energy use by gender, age and income in some European countries. Stockholm: FOI, Swedish Defence Research Agency. <http://www.compromisorse.com/upload/estudios/000/101/foir2800.pdf> [17.1.2017].

- Räty, Riitta & Carlsson-Kanyama, Annika (2009b): Energy consumption by gender in some European countries. *Energy Policy* 38/1:646–649.
- Räthzel, Nora (2004): Rassismustheorien: Geschlechterverhältnisse und Feminismus. In: Ruth Becker/Beate Kortendiek (Hg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie*. Wiesbaden, 248-256. Rip, Arie/Misa, T.J./Schot, Johan (1995): *Managing Technology in Society: the approach of constructive technology assessment*. London.
- Rea, Jeannie (2011): Gender, jobs and climate change: Are we reinforcing the traditional gendered division of labour? In: *Advocate: Newsletter of the National Tertiary Education Union* 18/2:24–25.
- Resurrección, Bernadette P. (2013): Persistent women and environment linkages in climate change and sustainable development agendas. *Womens Studies International Forum* 40/:33–43.
- Rezaeian, Mohsen (2013): The association between natural disasters and violence: A systematic review of the literature and a call for more epidemiological studies. *Journal of Research in Medical Sciences* 18/12:1103–1107.
- Rochette, Annie (2016): Climate Change is a Social Justice Issue: The Need for a Gender-Based Analysis of Mitigation and Adaptation Policies in Canada and Québec. *Journal of Environmental Law and Practice* 29:383–410.
- Röhr, Ulrike, Spitzner, Meike, Stiefel, Elisabeth & von Winterfeld, Uta (2008): *Geschlechtergerechtigkeit als Basis für nachhaltige Klimapolitik. Ein feministisches Hintergrundpapier*. Bonn, Berlin: Forum Umwelt & Entwicklung, genanet - Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit.
http://www.genanet.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Themen/Klima/Hintergrundpapier_genanet_FUE_Klimapolitik_2008.pdf [15.5.2017].
- Röhr, Ulrike, Schultz, Irmgard, Seltmann, Gudrun & Stieß, Immanuel (2004): *Klimapolitik und Gender. Eine Sondierung möglicher Gender Impacts des europäischen Emissionshandelssystems*. Frankfurt a.M.: Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE).
- Röhr, Ulrike (2017): *Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Abschlussbericht*. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2017-09-25_gender_nachhaltigkeit_0.pdf (21.02.2019).
- Röhr, Ulrike; Alber, Gotelind & Göldner, Lisa (2018): *Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Forschungsreview, Analyse internationaler Vereinbarungen, Portfolioanalyse*. Texte 23/2018. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-03-15_texte_23-2018_gender-klima.pdf (31.10.2019).
- Röhr, Ulrike/Sauer, Arn (2018): How can gender equality and its interdependencies with other social categories contribute to a successful climate policy? A research project about interdependent options for the improved design of climate change mitigation and adaptation measures in Germany, in: *Interdisciplinary Perspectives on Equality and Diversity*, 4(1),
<http://journals.hw.ac.uk/index.php/IPED/article/view/37>.
- Rothgerber, Hank (2013): „Real men“ don't eat (vegetable) quiche: Masculinity and the justification of meat consumption. *Psychology of Men & Masculinity* 14/4:363–375.
- Rucht, Dieter (2016): *Der Beteiligungsprozess am Klimaschutzplan 2050 – Analyse und Bewertung*. Hamburg: Greenpeace.
https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20160922_klima-gutachten_web.pdf
- Salleh, Ariel (Ed.) (2008): *Eco-Sufficiency and Global Justice. Gender & Ecological Economics*. Sidney/ London: Pluto Press.
- Sauer, Arn/Aranka Podhora (2013): Sexual Orientation Gender Identity and Human Rights Impact Assessment. In: *Impact Assessment and Project Appraisal (IAPA Journal)* 312: S. 135-145
- Sauer, Arn (2014): *Gender und Nachhaltigkeit – institutionalisierte Gleichstellungsarbeit und Gender Mainstreaming im Umweltbundesamt*. GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft 1–2014/:26–43.
- Sauer, Arn (2018): *Equality Governance via Policy Analysis? The Implementation of Gender Impact Assessment in the European Union and Gender-based Analysis in Canada*, Dissertation/PhD thesis - Centre for Transdisciplinary Gender Studies Humboldt University, transcript Verlag, Bielefeld. Open Source Link: <https://www.transcript-verlag.de/media/pdf/g0/4c/e3/oa9783839443767.pdf>

Scambor, Eli/Busche, Mart (2009): Intersektionales Mainstreaming.

https://www.genderwerkstaette.at/download_file/force/26/174 (26.11.2018)

Scheiner, Joachim & Holz-Rau, Christian (2017): Women's complex daily lives: a gendered look at trip chaining and activity pattern entropy in Germany. In: *Transportation* 44/1: 117-138.

Schellen, Lisje, Loomans, Marcel G. L. C., de Wit, Martin H., Olesen, Bjarne Wilkens & Lichtenbelt, Wouter D. van Marken (2012): The influence of local effects on thermal sensation under non-uniform environmental conditions - Gender differences in thermophysiology, thermal comfort and productivity during convective and radiant cooling. In: *Physiology & Behavior* 107/2:252-261.

Schmeltz, Michael T. et al. (2015): Identifying individual risk factors and documenting the pattern of heat-related illness through analyses of hospitalization and patterns of household cooling. *PLoS One* 10/3.

Schultz, Irmgard & Konrad Götz (2006): Konsum. In: Becker, Egon/Thomas Jahn (Hg.): *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*. Frankfurt/New York: Campus Verlag, 360-370.

Schultz, Irmgard & Weller, Ines (Hg.) (1995): *Gender & Environment. Ökologie und die Gestaltungsmacht der Frauen*. Frankfurt am Main.

Schultz, Irmgard et al. (2001): *Gender in Research. Gender Impact Assessment of the specific programmes of the Fifth Framework Programme, Environment and Sustainable Development sub-programme*. Frankfurt am Main: Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) und Directorate-General for Research, Energy, environment and sustainable development.

Schultz, Irmgard (2004): Die Genderdimensionen in der sozial-ökologischen Forschung. In: Ulrike Röhr et al. *Klimapolitik und Gender. Eine Sondierung möglicher Gender Impacts des europäischen Emissionshandelssystems (EETS)*. ISOE-Diskussionspapiere, Nr. 21. Frankfurt am Main.

Schumacher, Katja, Cludius, Johanna & Förster, Hannah (o.J.): Energy efficiency vs. renewable energy policies within the German Energiewende – What are the distributional implications for households ?. Berlin: Oeko-Institut. <http://www.ieppec.org/wp-content/uploads/2016/05/Paper-Schumacher-1.pdf> [15.05.2017].

Schumacher, Julie A. u. a. (2010): Intimate partner violence and Hurricane Katrina: Predictors and associated mental health outcomes. *Violence Vict.* 25/5:588-603.

Schumacher, Katja & Cludius, Johanna (2017): Verteilungswirkungen von Instrumenten der Energiewende in privaten Haushalten. <https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/BET2017-Schumacher-Cludius-Oeko-Institut.pdf> [15.05.2017].

Schäfer, Martina (2013): Kommentar: Nachhaltiger Konsum im Spannungsfeld gesellschaftlicher Leitbilder. In: Hofmeister, Sabine, Katz, Christine & Mölders, Tanja (Hg.). *Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, 296-300.

Scheiner, Joachim (2014): Gendered key events in the life course: Effects on changes in travel mode choice over time. *Journal of Transport Geography* 37/:47-60.

Scheiner, Joachim, Sicks, Kathrin & Holz-Rau, Christian (2011): Gendered activity spaces. Trends over three decades in Germany. *Erdkunde* 65/4:371-388.

Schellen, Lisje, Loomans, Marcel G. L. C., de Wit, Martin H., Olesen, Bjarne Wilkens & Lichtenbelt, Wouter D. van Marken (2012): The influence of local effects on thermal sensation under non-uniform environmental conditions - Gender differences in thermophysiology, thermal comfort and productivity during convective and radiant cooling. *Physiology & Behavior* 107/2:252-261.

Schlecht, Eva-Maria & Westermayer, Till (2010): Pilotprojekt Gender und Mobilisierung von Holzreserven im Kleinprivatwald. Eine Befragung von Waldbesitzerinnen. Freiburg im Breisgau: Albert-Ludwigs-Universität.

Schultz, Irmgard & Stiess, Immanuel (2009): *Gender aspects of sustainable consumption strategies and instruments*. Frankfurt a.M.: Institute for Social-Ecological Research (ISOE). <http://www.isoe.de/uploads/media/eupopp-gender-isoe-2009.pdf> [31.7.2015].

Shekarzifard, Maryam, Faghih-Imani, Ahmadreza, Crouse, Dan L., Goldberg, Mark, Ross, Nancy, Eluru, Naveen & Hatzopoulou, Marianne (2016): Individual exposure to traffic related air pollution across land-use clusters. *Transportation Research Part D-Transport and Environment* 46/:339-350.

Sicks, Kathrin (2011): Geschlechtsspezifische Unterschiede des Verkehrshandelns. Theoretische Grundlagen, empirischer Forschungsstand und Forschungsbedarf. Dortmund: Technische Universität Dortmund. http://vpl.tu-dortmund.de/cms/Medienpool/PDF_Dokumente/Arbeitspapiere/AP22_von_Kathrin_Sicks.pdf [31.1.2017].

Sola, Ana Gil (2016): Constructing work travel inequalities: The role of household gender contracts. *Journal of Transport Geography* 53/:32–40.

Solar-Institut Jülich der FH Aachen u. a. (Hg.) (2016): *Handbuch methodischer Grundfragen zur Masterplan-Erstellung. Kommunale Masterpläne für 100 % Klimaschutz*.

https://www.klimaschutz.de/sites/default/files/handbuch_methodischer_grundfragen_bf_cps_final.pdf.

Spitzner, Meike; Beik, Ute (1995/1999): Reproduktionsarbeits-Mobilität. Theoretische und empirische Erfassung, Dynamik ihrer Entwicklung und Analyse ökologischer Dimensionen und Handlungsstrategien. In: Spitzner, Meike; Hesse, Markus; Holzapfel, Helmut (Hg.) (1999): *Entwicklung der Arbeits- und Freizeitmobilität - Rahmenbedingungen von Mobilität in Stadtregionen*. Forschungsberichte des vom Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie geförderten Verbundforschungsprojekts, Bd.5. Wuppertal: Forschungsverbund Ökologisch verträgliche Mobilität, ISBN 3-929944-21-9, 40-140. https://www.researchgate.net/publication/259182750_Reproduktionsarbeitsmobilitaet_-_theoretische_und_empirische_Erfassung_Dynamik_ihrer_Entwicklung_und_Analyse_ökologischer_Dimensionen_und_Handlungsstrategien?ev=prf_pub

Spitzner, Meike (1997a): Integration von physischer und sozialer Perspektive in einer öko-sozialen Zeitpolitik der Erneuerung. Arbeitspapier für die AG "Zeit der Erneuerung - Ökonomie der Reproduktion und öko-soziale Zeitpolitik". Wuppertal/ Tutzing Mai 1997.

Spitzner, Meike (1997b): Distanz zu Leben, Arbeit und Gemeinschaft ? Über den "göttlichen Ingenieur" und die Verkehrswissenschaft im konstruierten Raum. -.- In: von Winterfeld, Uta; Biesecker, Adelheid; Duden, Barbara; Spitzner, Meike (Hg.): *Vom Zwischenruf zum Kontrapunkt. Frauen • Wissenschaft • Natur*. Bielefeld: 53-84.

Spitzner, Meike (1999): Krise der Reproduktionsarbeit: Kerndimension der Herausforderungen eines öko-sozialen Strukturwandels. Ein feministisch-ökologischer Theorieansatz aus dem Handlungsfeld Mobilität. In: Ines Weller et al. (Hg.): *Nachhaltigkeit und Feminismus: neue Perspektiven – alte Blockaden*. Bielefeld, 151-165.

Spitzner, Meike (2004): Netzgebundene Infrastrukturen unter Veränderungsdruck - Gender-Analyse am Beispiel ÖPNV. Schriftenreihe NetWORKS-Papers Nr.13. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik. <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=2P7Q8H3I> (letzter Abruf 27.11.2018).

Spitzner, Meike, Weiler, Frank, Andi, Rahmah & Turner, Jeff (2007): Städtische Mobilität und Gender. Förderung des öffentlichen Regionalverkehrs im Großraum Jakarta. KfW-Positionspapiere. Frankfurt a.M.: kfw Entwicklungsbank. https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Download-Center/PDF-Dokumente-Development-Research/2007_08_FE_Weiler-Transport-und-Gender_D.pdf (letzter Abruf 27.11.2018).

Spitzner, Meike (2008): Klimaschutz & Gerechtigkeit - ohne aktive Verhandlung von Androzentrismus? In: Röhr, Ulrike, Spitzner, Meike, Stiefel, Elisabeth & von Winterfeld, Uta (2008): *Geschlechtergerechtigkeit als Basis für nachhaltige Klimapolitik*. Bonn, Berlin: Forum Umwelt & Entwicklung, genanet-Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit, S. 13-21. http://forumue.de/wp-content/uploads/2015/05/fr_2008_geschlechtergerechtigkeit_und_klimapolitik.pdf.

Spitzner, Meike (2009): How Global Warming is Gendered. In: Salleh, Ariel (Ed.): *Eco-Sufficiency and Global Justice*. Gender & Ecological Economics. Sidney/ London: Pluto Press, S. 218-229.

Spitzner, Meike; Röhr, Ulrike (2012): Klimawandel und seine Wechselwirkungen mit Geschlechterverhältnissen. In: Forum Wissenschaft. Bonn. <http://www.linksnet.de/artikel/27213>.

Spitzner, Meike (2014): Systematische Wissensgenerierung zu Care, Gender & Green Economy für Transition zu Nachhaltigkeit: Datenbedarf. In: Röhr, Ulrike; Segebart, Dörte; Gottschlich, Daniela (Hg.): *Care, Gender & Green Economy - Forschungsperspektiven und Chancengerechtigkeit nachhaltigen Wirtschaftens*. CAGE-Texte 3/2014. Berlin/Lüneburg, S.34-37. ISBN 978-3-944675-26-8. https://life-online.de/download/publication/2014_CaGE_Abschlussbroschuere.pdf (27.11.2018). (NB: In der dort abgebildeten Tabelle der Genderdimensionen wurde „Versorgungsökonomie als ökonomischer Sektor“ irrtümlich redaktionell ersetzt durch „Versorgungsökonomie als ökologischer Sektor“).

- Spitzner, Meike ; Wustmans, Clemens ; Zeeb, Matthias (2015): Wenn Arbeit nicht ist, was wir dachten, kann Grundsicherung nicht bleiben, was sie ist. Grundsätze, Ziele und Kriterien einer nachhaltigen Grundsicherung. In: Göpfert, Jörg (Hg.) (2015): Nachhaltige Grundsicherung : Armut überwinden - natürliche Lebensgrundlagen erhalten. Horizonte 21 - Umwelt, Energie, Sicherheit, Band 7. Potsdam: Universitätsverlag, S. 175-203. <http://tinyurl.com/pde8sop> sowie https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/deliver/index/docId/7843/file/horizonte21_07.pdf (27.11.2018).
- Spitzner, Meike; Beuermann, Christiane et al. (2016): Transformationsforschung im Sinne inter- und transdisziplinärer politikberaternder Nachhaltigkeitsforschung. Kritik, Klärungen und Modifikationen zur Transformations- und Transitionsforschung. Workingpaper der Abteilung POL des Wuppertal Instituts. Wuppertal (unveröffentlicht)
- Spitzner, Meike & Buchmüller, Sandra (2016): Energiesuffizienz - Transformation von Energiebedarf, Versorgungsökonomie, Geschlechterverhältnissen und Suffizienz. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. <https://energiesuffizienz.files.wordpress.com/2014/06/wr8.pdf> (27.11.2018)
- Spitzner, Meike (2017): Kriterien für theoriegeleitete wirkungsbezogene Gender-Dimensionen. Ergebnisse aus dem vorgezogenen Arbeitspaket 3.1.1. Präsentation zum Kick-Off-Verbundtreffen „Interdependente Genderaspekte der Klimapolitik“ Frankfurt, 24. Januar 2017. Wuppertal (unveröffentlicht).
- Spitzner, Meike; Stieß, Immanuel; Hummel, Diana (2017): Interdependente Genderaspekte der Klimapolitik. Präsentation zur Konferenz „Engendering Environment. Gender Mainstreaming und Gender Impact Assessment in Umwelt- und Gesundheitsschutz“ des Umweltbundesamtes am 16. Oktober 2017.
- Spitzner, Meike & Färber, Christine (2002): Umfassende und nach relevanten Kategorien gegliederte Bibliographie zu Gender Mainstreaming und Stadtentwicklung, Verkehr, Städtebau. Teil IV der Expertise: Spitzner, Meike & Färber, Christine (2002): Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Städtebaupolitik des Bundes. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bauen und Wohnen BMVBW, vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Langfassung, ausschließlich Online veröffentlicht: <http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ExWoSt/Forschungsfelder/2004undFrueher/GenderMainstreaming/Expertise.html> (27.11.2018). Direkt lediglich Teil IV der Veröffentlichung: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ExWoSt/Forschungsfelder/2004undFrueher/GenderMainstreaming/Veroeffentlichungen/U_nveroeffentlichteExpertise4.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (27.11.2018)
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2017): Verdienste auf einen Blick. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Arbeitnehmerverdienste/BroschuereVerdiensteBlick0160013179004.pdf;jsessionid=420950819DFB8C8DF6E04031F404ADBE.InternetLive1?__blob=publicationFile
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2018): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2017. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/HaushalteMikrozensus/HaushalteFamilien2010300177004.pdf?__blob=publicationFile [14.08.2018].
- Steinführer, Annett & Kuhlicke, Christian (2012): Soziale Verwundbarkeit gegenüber Hochwasser: Lehren aus der Elbeflut 2002. GAIA 21/3:202–209.
- Stiewe, Mechthild (2015): Chancengleichheit und Gender Mainstreaming im regionalen Diskurs- Beteiligung und Kooperation in regionalen Planungsprozessen. Dortmund.
- Stiegler, Barbara (2012): Gender Mainstreaming: überflüssig oder kontraproduktiv? Eine Diskussion. In: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.): Dossier Gender Mainstreaming. Berlin. <http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/gender-mainstreaming/147208/gender-mainstreaming-ueberfluessig-oder-kontraproduktiv-eine-diskussion> (26.11.2018).
- Stieß, Immanuel & Hummel, Diana (2018a): Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Wirkungsanalyse, Interdependenzen mit anderen sozialen Kategorien, methodische Aspekte und Gestaltungsoptionen.
- Stieß, Immanuel & Hummel, Diana (2018b): Dokumentation des Workshops „Testing eines adaptierten Instrumentes ‚Gender Impact Assessment‘“ (GIA) im Rahmen des UFOPLAN Forschungsprojektes „Interdependente Genderaspekte in der Klimapolitik“. Unveröffentlichte Dokumentation. Frankfurt a.M.
- Strengers, Yolande (2013): Smart energy technologies in everyday life: Smart utopia?. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

- Strengers, Yolande (2014): Smart energy in everyday life: Are you designing for resource man? *Interactions* 21/4:24–31.
- Strengers, Yolande (2015): The gendered smart home: Outsourcing domestic labour to automation devices. Presentation for The Australian Sociological Association (TASA) annual conference 2015. o.O. <https://de.slideshare.net/YolandeStrengers/the-gendered-smart-home-outsourcing-domestic-labour-to-automation-devices> [10.3.2017].
- Suschek-Berger, Jürgen, Freitag, Daniela, Thaler, Anita, Tritthart, Wibke, Wicher, Magdalena & Haslinger, Julia (2014): Build to satisfy: Modellierung des NutzerInnenverhaltens in Niedrigst- und Plusenergiegebäuden. Auswirkung auf Gebäudeperformance und Zufriedenheit. Graz: Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie.
- Taylor, Yvette/Hines, Sally/Casey, Mark E. (Hg.) (2011): *Theorizing intersectionality and sexuality*. New York.
- Thomas, Stefan; Johannes Thema ; Brischke, Lars-Arvid ; Leuser, Leon; Kopatz , Michael; Spitzner, Meike, Meike (2018): Energy sufficiency policy for residential electricity use and per-capita dwelling size. In: *Energy Efficiency*, Vol. Nov 2018, 1-27.
- Thomas, Stefan; Thema, Johannes; Brischke, Lars-Arvid; Leuser, Leon; Kopatz, Michael, Spitzner, Meike (2019): Energy sufficiency policy for residential electricity use and per-capita dwelling size. In: *Energy Efficiency* (June 2019), Volume 12, Issue 5, pp 1123–1149. <https://doi.org/10.1007/s12053-018-9727-4> (26.11.2019).
- Thompson-Hall, Mary (2016): Land restoration, agriculture, and climate change: Enriching gender programming through strengthening intersectional perspectives. In: Frick, Martin & Helgeson, Jennifer (Hg.). *Land Restoration*. Boston: Academic Press, 421–430.
- Tjørring, Lise (2016): We forgot half of the population! The significance of gender in Danish energy renovation projects. *Energy Research & Social Science* 22/:115–124.
- Torriti, Jacopo, Hanna, Richard, &erson, Ben, Yeboah, Godwin & Druckman, Angela (2015): Peak residential electricity demand and social practices: Deriving flexibility and greenhouse gas intensities from time use and locational data. *Indoor and Built Environment* 24/7:891–912.
- Triple E Consulting (2014): *Assessing the implications of climate change adaptation on employment in the EU. Final Report and Annexes*. Rotterdam: Triple E Consulting - Energy, Environment & Economics B.V.
- https://ec.europa.eu/clima/sites/clima/files/adaptation/what/docs/climate_change_employment_eu_en.pdf [13.1.2017].
- Tschakert, Petra & Machado, Mario (2012): Gender justice and rights in climate change adaptation: Opportunities and pitfalls. *Ethics & Social Welfare* 6/3:275–289.
- Tschakert, Petra, van Oort, Bob, St. Clair, Asuncion Lera & LaMadrid, Armando (2013): Inequality and transformation analyses: A complementary lens for addressing vulnerability to climate change. *Climate and Development* 5/4:340–350.
- Turner, Jeff, Hamilton, Kerry & Spitzner, Meike (2006): *Women and Transport in Europe. Study*. Brüssel: European Parliament. Directorate General Internal Policies of the Union, Committee on Transport and Tourism. IP/B/TRAN/ST/2005_008 (PE 375.316) in EN 26/06/2006. Bruxelles.
- http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dv/tran20060912_womentransportstudy/tran20060912_womentransportstudy.pdf (26.11.2019) (die hier irrtümlicherweise als „provisional version“ markierte Fassung ist identisch mit der finalen offiziellen Fassung, der “accepted version”),.
- UBA (o.J.): *Der Hitzeknigge. Über das richtige Verhalten bei Hitze – Tipps für Ihren Alltag*. Umweltbundesamt. KomPass – Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung. Dessau-Rosslau.
- https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/364/dokumente/schattenspende_hitzeknigge.pdf (26.11.2018)
- Ulrich, Kendra (2017): *Unequal impact. Women’s & children’s human rights violations and the Fukushima Daiichi nuclear disaster*. Tokyo: Greenpeace Japan. <http://www.greenpeace.org/japan/Global/japan/pdf/Uequal-impact-en.pdf> [10.3.2017].
- UNCCD (2011): *Draft advocacy policy framework on gender*. Changwon: United Nations Convention to Combat Desertification.
- UNCCD (o.J.): *Gender Action Plan*. <https://www.unccd.int/actions/gender-action-plan> (8.1.2019).
- UNFCCC (2001): *Improving the participation of women in the representation of Parties in bodies established under the United Nations Framework Convention on Climate Change or the Kyoto Protocol*. Decision 36/CP.7. United Nations Framework Convention on Climate Change.

UNFCCC (2012): Promoting gender balance and improving the participation of women in UNFCCC negotiations and in the representation of Parties in bodies established pursuant to the Convention or the Kyoto Protocol. Decision 23/CP.18. Doha: United Nations Framework Convention on Climate Change.

UNFCCC (2014): Lima work programme on gender. Decision 18/CP.20. o.O.: United Nations Framework Convention on Climate Change.

UNFCCC (2015): Report on the in-session workshop on gender-responsive climate policy with a focus on mitigation action and technology development and transfer. FCCC/SBI/2015/12. Paris: United Nations Framework Convention on Climate Change.

UNFCCC (2016): Gender and climate change. Decision 21/CP.22. Marrakech: United Nations Framework Convention on Climate Change.

UNFCCC (2017): Establishment of a gender action plan. Decision 3/CP.23. No. FCCC/CP/2017/11/Add.1. Bonn: United Nations Framework Convention on Climate Change.

United Nations (UN) (2015): Paris Agreement 2015.

http://unfccc.int/files/essential_background/convention/application/pdf/english_paris_agreement.pdf [14.08.2018].

United Nations (UN) (2018): Delivering Successful Change on Diversity and Inclusion in the UN, Case Study Series #1/2018.

<https://www.unssc.org/sites/unssc.org/files/casestudy4.pdf>

UN Women (o. D.):

<https://trainingcentre.unwomen.org/mod/glossary/view.php?id=36&mode=letter&hook=G&sortkey=&sortorder=&fullsearch=0&page=-1> (18.10.2019).

Universität Bremen, Forschungszentrum Nachhaltigkeit (artec) (Hg.) (2003): Gender Impact Assessment der Angewandten Umweltforschung Bremen (GIA). Abschlussbericht zum Forschungsvorhaben 134, Bremen.

van der Land, Victoria (2010): Die Rolle von Geschlecht im Sanierungsprozess. Ergebnisse einer qualitativen Befragung von Eigenheimsaniererinnen und Eigenheimsanierern. Frankfurt a.M.: ENEF-Haus. http://www.enef-haus.de/fileadmin/ENEFH/redaktion/PDF/Die_Rolle_von_Geschlecht_im_Sanierungsprozess.pdf [17.1.2017].

van der Linden, Sander (2015): The social-psychological determinants of climate change risk perceptions: Towards a comprehensive model. *J. Environ. Psychol.* 41/:112–124.

Vasseur, Liette, Thornbush, Mary & Plante, Steve (2015): Gender-based experiences and perceptions after the 2010 winter storms in Atlantic Canada. *Int. J. Environ. Res. Public. Health* 12/10:12518–12529.

VCÖ (2009): Gender Gap im Verkehrs- und Mobilitätsbereich. Hintergrundbericht. Wien: Verkehrsclub Österreich.

http://www.schule.at/fileadmin/DAM/Gegenstandsportale/Gender_und_Bildung/Dateien/VCoStudie_Gender_Gap__Hintergrundbericht.pdf [30.6.2015].

Veit, Sylvia (2010): Bessere Rechtsetzung durch Folgenabschätzung? Deutschland und Schweden im Vergleich. Wiesbaden-VS-Verlag.

Veit, Sylvia (2013): Evidenzbasierte Politik durch Gesetzesfolgenabschätzungen? Erfahrungen aus Deutschland und Schweden. In: Jan Zierkow (Hg.): Bewerten und Bewertet Werden: Wirkungskontrolle und Leistungssicherung in der öffentlichen Verwaltung. Tagungsband zur Jahrestagung 2012 der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften. Baden-Baden, 37-55.

Verloo, Mieke & Roggeband, Connie (1996): Gender Impact Assessment: The Development of a New Instrument in the Netherlands. In: *Impact Assessment* 14: 3-20.

Verloo, Mieke (2006): Multiple Inequalities, Intersectionality and the European Union. In: *European Journal of Women's Studies* 13 (3), 211-228.

Verloo, Mieke (2007): Assessing a former pioneer of gender equality: lessons from the Netherlands.

https://www.researchgate.net/publication/254869206_Assessing_a_former_pioneer_of_gender_equality_lessons_from_the_Netherlands [05.07.2017].

Verloo, Mieke & Lombardo, Emanuela (2007): Contested Gender Equality and Policy Variety in Europe. In: Verloo, Mieke (Hg.). *Multiple Meanings of Gender Equality. A Critical Frame Analysis of Gender Policies in Europe*. Budapest: CEU Press, 21–51.

- Vincent, Katharine et al. (2014): Cross-chapter box on gender and climate change. In: IPCC (Hg.). Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Part A: Global and Sectoral Aspects. Contribution of Working Group II to the Fifth Assessment Report of the IPCC. Cambridge/New York, 105–107. https://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/wg2/drafts/fd/WGIIAR5-CCbox-Compendium_FGD.pdf [13.12.2016].
- Vinz, Dagmar (2009): Gender and Sustainable Consumption. A German Environmental Perspective. In: European Women's Studies Vol. 16, Issue 2, pp. 159-179. <http://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/1350506808101764>
- Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (2013): Verbraucherinteressen in der Energiewende. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. Berlin: Verbraucherzentrale Bundesverband.
- Walgenbach, Katharina et al. (2012): Gender als interdependente Kategorie. Neue Perspektiven auf Intersektionalität, Diversität und Heterogenität. Opladen, Berlin, Toronto (2. durchges. Aufl.).
- Walgenbach, Katharina. 2012. Intersektionalität – eine Einführung. <http://portal-intersektionalitaet.de/theoriebildung/ueberblickstexte/walgenbach-einfuehrung/> [25.02.2018].
- Walgenbach, Katharina/Dietze, Gabriele/Hornscheidt, Antje/Palm, Kerstin (2007): Gender als interdependente Kategorie. Neue Perspektiven auf Intersektionalität, Diversität und Heterogenität. Farmington Hills. Winker, Gabriele (2002): Informationstechnik und Geschlechterhierarchie – eine bewegende Beziehung. In: Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis 11 (2), 70-79.
- Weller, Ines u. a. (2010): *Untersuchung der Wahrnehmung des Klimawandels im Alltag und seiner Folgen für Konsumverhalten und Vulnerabilität in der Nordwest-Region. Eine explorative Studie*. Bremen: artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit, Universität Bremen. http://www.uni-bremen.de/fileadmin/user_upload/single_sites/artec/artec_Dokumente/artec-paper/166_paper.pdf [15.3.2017].
- Weller, Ines (2013): Nachhaltiger Konsum, Lebensstile und Geschlechterverhältnisse. In: Hofmeister, Sabine, Katz, Christine & Mölders, Tanja (Hg.). Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, 286–296.
- Weller, Ines, Röhr, Ulrike, Fischer, Karin, Böckmann, Melanie & Birk, Nanna (2016): Chancengerechtigkeit im Klimawandel. Bremen, Berlin: artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit, Universität Bremen. http://gendercc.net/fileadmin/inhalte/dokumente/4_Our_Work/GenNETCLIM/Handreichung_Chancengerechtigkeit_Klimawandel.pdf [16.6.2017].
- Westermann, Dirk, Döring, Nicola & Bretschneider, Peter (2013): *Smart metering. Zwischen technischer Herausforderung und gesellschaftlicher Akzeptanz - Interdisziplinärer Status quo*. Ilmenau: Universitätsverlag Ilmenau.
- Wetterer, Angelika. (2005): Gleichstellungspolitik und Geschlechterwissen- Facetten schwieriger Vermittlungen. http://www.genderkompetenz.info/veranstaltungen_publications_and_news_archiv/genderlectures/gl_wetterer_gleichstellungspolitik_und_geschlechterwissen_140205.pdf, (27.11.2018)
- Whittenbury, Kerri (2013): Climate change, women's health, wellbeing and experiences of gender based violence in Australia. In: Alston, Margaret & Whittenbury, Kerri (Hg.). Research, action and policy: Addressing the gendered impacts of climate change. Dordrecht: Springer, 207–221.
- WHO. 2014. Gender, climate change and health. Genf: World Health Organisation. http://www.who.int/globalchange/publications/reports/gender_climate_change/en/ [01.07.2015].
- WHO (o. D.): <https://www.who.int/gender-equity-rights/knowledge/glossary/en/> (letzter Aufruf 18.10.2019)
- Wordelmann et al. (2002): Gesetzesfolgenabschätzung zum Entwurf eines Kinder- und Jugendhilfegesetzes des Landes Sachsen-Anhalt. Hg. v. Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung der Hochschule Speyer. Speyer.
- Wroblewski, Angela, Kelle, Udo & Reith, Florian (Hg.). 2017. *Gleichstellung messbar machen : Grundlagen und Anwendungen von Gender- und Gleichstellungsindikatoren*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Xiao, Chenyang & McCright, Aaron M. (2012): Explaining gender differences in concern about environmental problems in the United States. *Society & Natural Resources* 25/11:1067–1084.
- Yuval-Davis, Nira (2006): Intersectionality and Feminist Politics. *European Journal of Women's Studies* 13 (3), 193-209.

Zemp Stutz, Elisabeth (2010): Gender in Public Health und Epidemiologie – Führt kein Weg an Differenzen vorbei? In: Freiburger GeschlechterStudien 24 (16), 179-191.

Zwick, Michael/Renn, Ortwin (1998): Wahrnehmung und Bewertung von Technik in Baden-Württemberg. Eine Präsentation der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg. Hg. v. Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg. Stuttgart.

9 Anlagen

9.1 Programm Abschluss-Workshop, 26.10.2018

Abschluss-Workshop

UFOPLAN-Vorhaben (FKZ 3716 41 119 0)

Bessere Klimapolitik durch Geschlechtergerechtigkeit?! – Instrumente, Beispiele, Synergien und Tradeoffs

Veranstaltet vom Wuppertal Institut, ISOE & GenderCC

Freitag, 26. Oktober 2018, 9:00 bis 14:00 Uhr

Ort: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Berlin
Köthener Str. 2-3, 10963 Berlin, Raum KTR 03.07.01.

- 9:00 Uhr **Begrüßung durch die Gleichstellungsbeauftragte des UBA und Überblick über die Gender Mainstreaming-Aktivitäten des UBA**
Marlene Sieck (UBA Gleichstellungsbeauftragte - GLB); Moderation des Tages (Vera Rabelt)
- 9:10 **Überblick über das Gesamtprojekt und die Ziele des Workshops**
Fachbegleitung des UBA: Arn Sauer (wiss. Mitarbeiter für Gender Mainstreaming),
Christian Tietz (FG I 2.1, Klimaschutz)
- 9:20 **Vorstellung und Podiumsgespräch „Bessere Klimapolitik durch Geschlechtergerechtigkeit?! – Instrumente, Beispiele, Synergien und Datenbedarf“**
Ergebnisse des Systematischen Reviews der internationalen Fachliteratur zu Gender und Klimapolitik
Ulrike Röhr (GenderCC)
Ergebnisse der Auswertung der internationalen klimapolitischen Beschlusslage und Portfolioanalyse
Gotelind Alber (GenderCC)
Wirkungsanalyse und Datenbedarf, Handlungs- und Politikempfehlungen
Meike Spitzner (WI)
- 10:20 **Kurzstatement von RDir'in Ilka Wagner** (Vertretung der Arbeitsgruppe IK III 1, Grundsatzangelegenheiten des Klimaschutzes, Klimaschutzplan, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit)
- 10:30 **Kaffee-Pause**
- 10:45 **Das weiterentwickelte Instrument Gender Impact Assessment (GIA) für den Klimabereich – Vorstellung der adaptierten Test-Version des Instrumentes**
Dr. Diana Hummel/Dr. Immanuel Stieß (ISOE)
- Kurzkomentar**
Prof. Dr. Ines Weller (Universität Bremen)

- 11:15 **Praktische Anwendung des GIA (Instrumenten-Testing in Arbeitsgruppen)**
Dr. Diana Hummel/Dr. Immanuel Stieß (ISOE), Meike Spitzner (WI), Ulrike Röhr/Gotelind Alber (GenderCC), Christian Tietz/Arn Sauer (UBA-Fachbegleitung)
- 12:15 **Mittagspause**
- 13:15 **Fortsetzung: Praktische Anwendung des GIA (Instrumenten-Testing in Arbeitsgruppen)**
Dr. Diana Hummel/Dr. Immanuel Stieß (ISOE), Meike Spitzner (WI), Ulrike Röhr/Gotelind Alber (GenderCC), Christian Tietz/Arn Sauer (UBA-Fachbegleitung)
- 13:45 **Feedback aus der Anwendung des GIA**
- 14:00 **Ende**
Übergang zu Anschlussveranstaltung

Erfolgreiche Verankerung der Geschlechterperspektive in der Klimapolitik - Instrumente, Umsetzung und Verwertung

Veranstaltet vom Umweltbundesamt, Gleichstellungsbeauftragte

Freitag, 26. Oktober 2018, 14:00 bis 16:00 Uhr

Ort: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Berlin
Köthener Str. 2-3, 10963 Berlin, Raum KTR 03.07.01.

- 14:00 **Begrüßung**
Moderation: Vera Rabelt
- 14:15 **Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung in Österreich**
Martin Baumhauer, BSc (Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport - BMÖDS, Österreich)
- 15:00 **Podium: „Neue Einsichten, neue Empfehlungen – Wie lassen sich diese nun wirksam verankern und umsetzen?“**
Moderation: Vera Rabelt
Anne-Lise Koch Lavis (Referat IK III 6 Internationaler Klimaschutz, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit - BMU)
Lizzi Sieck (Fachgebiet I 2.2 Energiestrategien und –szenarien, Umweltbundesamt - UBA)
Carolyn Steffens (Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation (InGFA), Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer - FÖV)

Kora Kristof (Abteilungsleiterin Abt. I 1 Nachhaltigkeitsstrategien, Ressourcenschonung und Instrumente, UBA)

15:55

Verabschiedung

Christian Tietz/Arn Sauer (UBA)

16:00

Ende

9.2 GIA-Arbeitshilfe

Arbeitshilfe zur gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung für die Klimapolitik

Projekt

Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik:
Wirkungsanalyse, Interdependenzen mit anderen sozialen Kategorien,
methodische Aspekte und Gestaltungsoptionen

Umweltforschungsplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Forschungskennzahl 3716 41 119 0

erstellt von

Immanuel Stieß
ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung

Diana Hummel
ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung

Anna Kirschner
studentische Mitarbeiterin
ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung

Frankfurt am Main, 31.10.2019

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

Inhalt

1	Zusammenfassung	3
2	Hintergrund, Zielsetzung und Aufbau der Arbeitshilfe.....	4
2.1	Gender Impact Assessment im Klimabereich	4
2.2	Genderverständnis.....	5
2.3	Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming im UBA	6
3	Vorgehensweise.....	7
3.1	Der Ablauf der Prüfung im Überblick.....	8
3.2	Durchführung des GIA im Klimabereich	9
3.2.1	Relevanzprüfung (Vorprüfung)	9
3.2.2	Hauptprüfung	11
4	Klimarelevante Lebensbereiche (Genderdimensionen)	14
4.1	Übersicht über die Lebensbereiche (Genderdimensionen).....	14
4.2	Querschnittsdimension „Symbolische Ordnung“	15
4.3	Versorgungsökonomie und Sorgearbeit	16
4.4	Erwerbsökonomie.....	18
4.5	Öffentliche Ressourcen und Infrastrukturen	20
4.6	Definitions- und Gestaltungsmacht in Wissenschaft, Technik und Politik	22
4.7	Körper, Gesundheit, Sicherheit.....	24
5	Literaturverzeichnis	26
5.1	Referenzliteratur.....	26
5.2	Weitere verwendete Literatur	26
	Anhang.....	30
	Mustergliederung für Bericht	30

1 Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeitshilfe für eine gleichstellungsorientierte Folgenabschätzung soll die Anwendung des Instruments des Gender Impact Assessment (GIA) unterstützen. Sie dient dazu, Wirkungen von klimapolitischen Vorhaben (Klimaschutz und Klimaanpassung) auf die Geschlechtergleichstellung zu prüfen und hat die Verbesserung der Geschlechtergleichstellung im Bereich der Klimapolitik zum Ziel. Durch die Bewertung von ausgewählten Vorhaben (z.B. ein Projekt, ein Programm oder eine Strategie) und darauf aufbauende Empfehlungen kann dieses Instrument zeigen, wie klimapolitische Vorhaben so weiterentwickelt werden, dass sie sowohl einen positiven Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter leisten als auch besser auf die jeweiligen Zielgruppen und deren Bedürfnisse abgestimmt sind. Damit kann ein breiteres Spektrum von Lösungen erschlossen und eine verbesserte Wirkung erzielt werden. Die vorliegende Arbeitshilfe legt ein Genderverständnis von Geschlecht als interdependenter Kategorie zugrunde. Neben Geschlecht werden auch weitere Merkmale sozialer Differenzierung einbezogen. Dafür wird das Konzept und die Bezeichnung „Gender+“ verwendet.

Die Durchführung der gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung (Gender Impact Assessment) im Klimabereich erfolgt durch eine strukturierte Anwendung von Verfahren und Methoden: Mithilfe einer Relevanzprüfung wird zunächst überprüft, ob gleichstellungspolitische Auswirkungen eines Vorhabens vorliegen oder vorliegen können. Die Relevanzprüfung umfasst eine Bewertung des jeweiligen Vorhabens, die Feststellung der Gleichstellungsrelevanz und deren Bewertung anhand konkreter Fragen, die qualitativ analysiert werden. Die Hauptprüfung erfolgt nach Feststellung der Gleichstellungsrelevanz und besteht aus einer vertieften Prüfung des Vorhabens. Sie umfasst sowohl qualitative als auch quantitative Verfahren und baut auf den Fragestellungen der Relevanzprüfung auf. Zunächst werden die Ausgangssituation und die fachlichen Ziele des Vorhabens geklärt. Danach wird dieses näher charakterisiert. Anhand von Prüffragen erfolgt in der Hauptprüfung eine detailliertere Analyse der Wirkungen in Bezug auf die als relevant identifizierten Lebensbereiche (Genderdimensionen). Dabei erfolgt eine genauere Beschreibung der von dem Vorhaben mittelbar und unmittelbar betroffenen Personen sowie die Berücksichtigung weiterer Merkmale sozialer Differenzierung (Gender+). Als Ergebnis der Prüfung soll festgehalten werden, welche Wirkungen das klimapolitische Vorhaben auf gleichstellungspolitische Handlungsfelder hat und welche konkreten Verbesserungsmöglichkeiten der Gleichstellung identifiziert werden können. Auf dieser Basis werden Empfehlungen formuliert.

Die thematische Gliederung der gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung erfolgt mithilfe von Lebensbereichen (Genderdimensionen), Genderaspekten und darauf bezogenen Prüffragen, die im Anhang dieser Arbeitshilfe ausführlich beschrieben und anhand von Beispielen illustriert werden. Die vorliegende Arbeitshilfe umfasst insgesamt fünf Lebensbereiche (Genderdimensionen) sowie die Dimension „Symbolische Ordnung: Hierarchisierungen, Bedeutungszuschreibungen und -positionierungen“ als übergreifende Querschnittsdimension, von der alle nachfolgenden Lebensbereiche (Dimensionen) betroffen sind. Diese Lebensbereiche (Dimensionen) beziehen sich auf abgrenzbare gesellschaftliche Bereiche, auf die klimapolitische Vorhaben einwirken können. Im Einzelnen sind dies die Bereiche „Versorgungsökonomie/Sorgearbeit“, „Erwerbsökonomie“, „Öffentliche Ressourcen/Infrastrukturen“, „Definitions- und Gestaltungsmacht“ in Wissenschaft, Technik und Politik“ sowie „Körper, Gesundheit, Sicherheit“. Diese Lebensbereiche (Dimensionen) müssen bei der gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung klimapolitischer Vorhaben besonders berücksichtigt werden. In der Arbeitshilfe werden für diese Bereiche konkrete Prüffragen formuliert.

2 Hintergrund, Zielsetzung und Aufbau der Arbeitshilfe

Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels sowie die darauf bezogenen Lösungsansätze sind für die Geschlechterbeziehungen von großer Bedeutung. Zugleich haben diese großen Einfluss auf den Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen und damit auch auf Klimaschutz und Klimaanpassung (Röhr et al. 2017). Ein besseres Wissen über die Zusammenhänge von Klimawandel, Klimapolitik und Geschlechterbeziehungen kann innovative Lösungsansätze generieren:

- ▶ Eine Geschlechterperspektive erlaubt eine differenzierte Problemsicht und Problembearbeitung.
- ▶ Sie ermöglicht, auf unterschiedliche Zielgruppen ausgerichtete klimapolitische Vorhaben zu entwickeln. So kann deren Wirksamkeit erhöht werden.
- ▶ Eine geschlechtersensible Klimapolitik kann zugleich Benachteiligungen zwischen den Geschlechtern begegnen.
- ▶ Auf diese Weise können Allianzen zwischen wesentlichen Zielen einer nachhaltigen Entwicklung geschaffen werden: Klimaschutz/Klimaanpassung und Geschlechtergerechtigkeit.

Die vorliegende Arbeitshilfe für eine gleichstellungsorientierte Folgenabschätzung im Klimabereich hat zum Ziel, diese Synergien zu befördern.

2.1 Gender Impact Assessment im Klimabereich

Ein Gender Impact Assessment (GIA) ist ein Analyse- und Bewertungsinstrument, mit dem ein ausgewähltes Vorhaben (z.B. ein Projekt, ein Programm, eine Strategie oder ein Gesetz) hinsichtlich seiner gleichstellungsrelevanten Wirkungen überprüft wird (Verloo/Roggeband 1996; EIGE 2016). Eine solche gleichstellungsorientierte Folgenabschätzung kann für unterschiedliche Politikfelder auf Ebene der Ministerien sowie der nachgeordneten Behörden angewendet werden. Sie zielt auf die Erarbeitung von Empfehlungen für politische Entscheidungen, hat meist verbindlichen Charakter, wird auf eine bestimmte Intervention angewandt und zeichnet sich durch eine strukturierte Anwendung von Verfahren und Methoden aus.

Bezogen auf die Klimapolitik (Klimaschutz und Klimaanpassung) untersucht ein GIA, welche Wirkungen klimapolitische Vorhaben auf die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von unterschiedlichen Geschlechtern haben und wie diese Wirkungen mit Blick auf die Gleichstellung der Geschlechter zu bewerten sind (vgl. Hayn/Schultz 2002). Zentrales Ziel des GIA ist die relative Verbesserung der Gleichstellung im Bereich der Klimapolitik. Dabei findet immer eine ‚Bewertung zum Besseren hin‘ statt. Es wird ein Bewertungsmaßstab zugrunde gelegt, der auf den Abbau von Geschlechterhierarchien zielt (empirisch nachprüfbar durch Befragungen oder Datenanalyse). Mit dem Mehr an Chancengleichheit soll dabei das klimapolitische Vorhaben selbst konkreter, genauer und somit auch vereinfacht werden.

Durch die Bewertung und Empfehlungen ‚zum Besseren hin‘ kann das GIA zeigen, wie klimapolitische Vorhaben so (weiter-)entwickelt werden können, dass sie sowohl einen positiven Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter leisten als auch besser auf ihre Zielgruppen und deren Bedürfnisse und Lebensumstände abgestimmt sind. Damit kann ein breiteres Spektrum von Lösungen erschlossen und eine verbesserte klimapolitische Wirkung erzielt werden. Dies hat den Vorteil, dass klimapolitische Strategien, Programme, Projekte und Maßnahmen treffsicherer gestaltet und blinde Flecken oder nichtintendierte Folgen solcher Vorhaben frühzeitig entdeckt und vermieden werden können. Synergien zwischen klima- und gleichstellungspolitischen Zielen können so erkannt und besser genutzt werden. Mögliche Zielkonflikte werden frühzeitig sichtbar und können bei der Entwicklung von Vorhaben besser berücksichtigt werden.

Ein GIA kann sowohl auf in Planung befindliche als auch auf laufende oder abgeschlossene Vorhaben (Projekte, Programme und Strategien) zu Klimaschutz und Klimaanpassung angewandt werden. Dem entsprechend kann diese Arbeitshilfe genutzt werden, um die gleichstellungsrelevanten Wirkungen von geplanten Projekten, Programmen oder Strategien zu identifizieren (ex-ante-Analyse), oder um die Wirkungen klimapolitischer Vorhaben begleitend (parallel) oder nach deren Abschluss (ex-post) zu analysieren und zu bewerten.

2.2 Genderverständnis

„Gender“ (dt.: Geschlecht) bezeichnet das soziale Geschlecht, das im Unterschied zum biologischen Geschlecht durch Erziehung und Sozialisation, gesellschaftliches Rollenverständnis und Rollensurenreibungen geprägt ist. Gender beeinflusst in starkem Maße gesellschaftliche Strukturen. Es ist ein gesellschaftliches Strukturierungsprinzip, das Männer und Frauen in Geschlechterverhältnissen und damit verbundenen Hierarchien positioniert, die in Ungleichheit und Machtverhältnissen resultieren (können). Die persönliche Geschlechtsidentität und das soziale Geschlecht werden im alltäglichen Miteinander von Menschen aktiv hergestellt und reproduziert (GenderKompetenzZentrum 2006).

Genderperspektiven einzunehmen heißt somit, sich mit gesellschaftlich konstruierter Weiblichkeit bzw. Männlichkeit zu befassen. Dass Gender historisch und kulturell variabel ist, zeigt eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Oktober 2017, die erstmals ein „drittes Geschlecht“ juristisch anerkennt.⁷³ Dabei bezieht sich die Kategorie „divers“ auf zwischengeschlechtlich verortete Menschen, die sich keinem der beiden Geschlechter zuordnen wollen oder können.

Daraus folgt, dass bei einer Gleichstellungsprüfung nicht nur Frauen und Männer, sondern auch zwischengeschlechtlich verortete Menschen berücksichtigt werden müssen. Zudem ist zu beachten, dass Geschlechter keine in sich homogenen Gruppen sind und dass daher weitere Faktoren sozialer Ungleichheit bzw. sozialer Marginalisierung betrachtet werden müssen. Ausgehend von der Geschlechterperspektive werden hierbei Wechselwirkungen mit anderen Merkmalen von Ungleichheit wie Alter, Einkommen, Bildung, körperliche Verfasstheit, ethnischer Hintergrund, Migration etc. betrachtet. Das GIA-Instrument bezieht sich dabei auf zwei Ebenen – unterschiedliche Geschlechter („männlich, weiblich, divers“) sowie Geschlecht als interdependente Kategorie – und verwendet dafür die Bezeichnung „Gender+“.

Dabei ist zu beachten, dass keine vorab definierten Ungleichheitskategorien angenommen werden können. Verschiedene Faktoren, die Ungleichheit generieren, sind fall- und kontextspezifisch zu betrachten; die Kategorien und ihre Bedeutung müssen daher bei der Analyse und Bewertung des Instrumentes herausgearbeitet werden. Ebenso ist fall- und kontextspezifisch zu prüfen, ob Auswirkungen jenseits eines binären Geschlechtsverständnisses auf diverse Geschlechter und eine Vielfalt von Geschlechtern (transgender, intersex, nicht-binäre Menschen) zu erwarten sind, um diese dann vertiefend zu untersuchen.⁷⁴

⁷³ Die Bundesregierung kommt diesem Gerichtsurteil nach und hat im Dezember 2018 einen Gesetzentwurf auf den Weg beschlossen, der neben „weiblich“ und „männlich“ die Geschlechtsoption „divers“ bei der Festlegung des Personenstands ermöglicht.

⁷⁴ Angesichts der in vielen Bereichen unzureichenden Datenlage und abhängig von den vorhandenen personellen Ressourcen und der verfügbaren Gender-Expertise wird eine systematische und detaillierte Prüfung von Gender+ innerhalb einer Behörde häufig nicht möglich sein. In diesen Fällen kann die Prüfung an externe Auftragnehmer/-innen vergeben werden, die über entsprechende Expertise verfügen. Ist dies nicht möglich, ist auch eine vereinfachte Prüfung möglich, bei der zunächst ein binäres Geschlechterverständnis zugrunde gelegt wird. Dabei sollte jedoch besonders darauf geachtet werden, in welchen Bereichen Gender+ Aspekte eine Rolle spielen und diese gegebenenfalls in die Prüfung einzubeziehen.

2.3 Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming im UBA

Das GIA steht im Kontext von Gleichstellung und Gender Mainstreaming im UBA. Die rechtliche Grundlage bildet das Staatsziel gemäß Art. 3 Abs. 2 S. 2 Grundgesetz (GG). Demnach sind nicht nur „Männer und Frauen [...] gleichberechtigt“ (Art. 3 Abs. 2 S. 1 GG). Vielmehr haben der Staat und seine Organe ausdrücklich die Pflicht, „die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ (Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG) zu fördern und „auf die Beseitigung bestehender Nachteile“ (Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG) aktiv hinzuwirken. Die Bundesrepublik Deutschland hat die aktive Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter 1999 als Staatsziel übernommen. Zur Erreichung des Staatsziels Gleichstellung nach Art 3 GG, verpflichtete sich die Bundesregierung im Kabinettsbeschluss von 1999 und im Amsterdamer Vertrag (1997) zu Gender Mainstreaming, später erneuert im Vertrag von Lissabon (2009).⁷⁵⁷⁶ Deutschland setzt damit das auf der Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking 1995 beschlossene Prinzip Gender Mainstreaming um und hat es rechtlich in § 4 (1) des Bundesgleichstellungsgesetzes verankert, der die Verpflichtung die Gleichstellung von Männern und Frauen zu verwirklichen als „durchgängiges Leitprinzip“ einfordert.

Durch diese querschnittsartige Implementierung soll Gender Mainstreaming zu kulturellem Wandel staatlicher Organisationen und zu Gleichstellung führen. Die Grundlage für die Umsetzung dieser Strategie in den Bundesministerien und den nachgeordneten Behörden bildet die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung (GGO), die im September 2000 um den § 2 ergänzt wurde: „Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist durchgängiges Leitprinzip und soll bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesministerien in ihren Bereichen gefördert werden (Gender Mainstreaming).“ (Die Bundesregierung 2011: 6).

Auf dieser Grundlage verfolgt das UBA eine aktive Gleichstellungspolitik. Neben Instrumenten wie Gleichstellungsplänen und gleichstellungsrelevanten Maßnahmenkatalogen, z.B. das Audit Beruf+Familie, ist das GIA als Instrument und Teil der Gender Mainstreaming Strategie der Behörde eingeführt und soll zur Genderrelevanzprüfung von Forschungsprojekten heran gezogen werden (Sauer 2014: 27).

Neben den rechtlich verfassten Geboten zur Gleichstellung der Geschlechter bilden internationale Nachhaltigkeits- und Klimaschutz-Abkommen und -Verträge weitere wichtige Grundlagen. Dazu zählen die Agenda 2030 der Vereinten Nationen und die Sustainable Development Goals (SDGs), das Pariser Klimaabkommen (UN 2015).

⁷⁵ Vgl. <http://www.genderkompetenz.info/genderkompetenz-2003-2010/gendermainstreaming/Grundlagen/geschichten/bund.html> (28.02.2019); <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gleichstellung-und-teilhabe/strategie-gender-mainstreaming/strategie--gender-mainstreaming-/80436?view=DEFAULT> (28.02.2019)

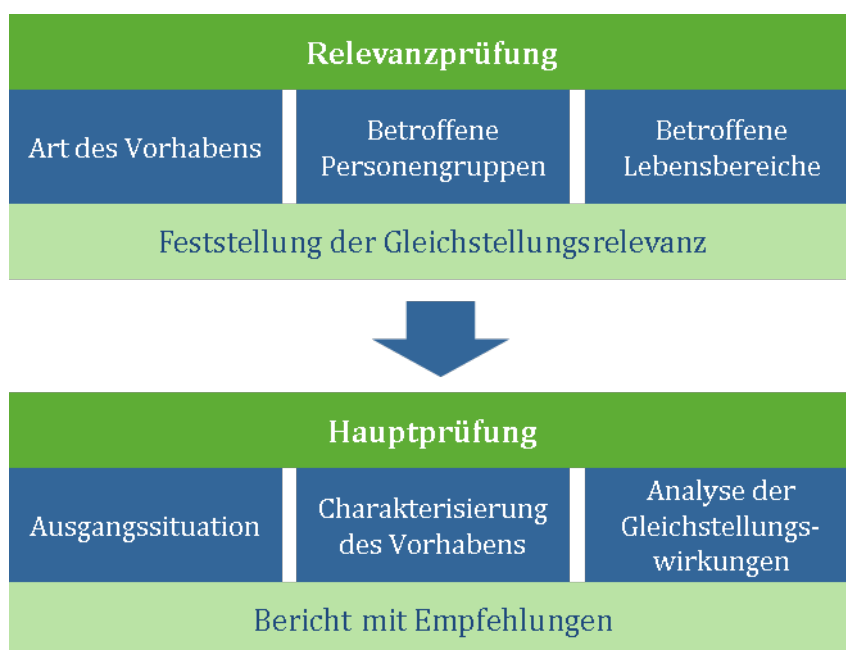
⁷⁶ Dem Lissabon-Vertrag ist die Charta der Europäischen Union beigelegt, die ebenfalls in verschiedenen Artikeln Gleichstellung festschreibt: Art. 21 (Nichtdiskriminierung), Art. 23 (Gleichheit von Männern und Frauen). Die Charta der Grundrechte ist rechtsverbindlich für die Europäische Gesetzgebung und für die Organe und Einrichtungen der Europäischen Union. Sie bindet zudem die Mitgliedsstaaten soweit sie Europäisches Recht umsetzen oder durchführen.

3 Vorgehensweise

Die Durchführung der gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung⁷⁷ erfolgt in zwei Schritten:

- ▶ In der Vorprüfung bzw. Relevanzprüfung (Screening) wird geprüft, ob das untersuchte Vorhaben gleichstellungsrelevante Wirkungen hat. Am Ende der Relevanzprüfung wird festgestellt, ob ein ausführliches GIA durchgeführt werden muss oder nicht.
- ▶ In der Hauptprüfung erfolgt eine vertiefende Untersuchung und Bewertung der gleichstellungspolitischen Wirkungen des Vorhabens und ggfgg. Empfehlungen zu seiner Optimierung.

Abbildung 2: Aufbau des Instruments Gender Impact Assessment



⁷⁷ Als Instrument und zur Formulierung der Leitfragen lag der Fragenkatalog der BMFSFJ-Arbeitshilfe zur geschlechterdifferenzierten Gesetzesfolgenabschätzung zugrunde (BMFSFJ 2007). Dieser Fragekatalog wurde in diesem Forschungsprojekt mit den Prüffragen zu den klimarelevanten Lebensbereichen (Genderdimensionen) weiterentwickelt

3.1 Der Ablauf der Prüfung im Überblick

Tabelle 2 GIA-Ablauf im Überblick

Relevanzprüfung	
Ausgangssituation	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Auf welchen Sachverhalt bezieht sich das Vorhaben? ▶ Welches Vorhaben ist beabsichtigt (ex-ante) bzw. soll parallel oder ex-post untersucht werden?
Feststellung Gleichstellungsrelevanz	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Werden von dem Vorhaben oder einzelnen Teile davon Gender+ unmittelbar oder mittelbar betroffen? ▶ Welche Lebensbereiche sind durch das Vorhaben betroffen? ▶ Gibt es Anhaltspunkte, dass das Vorhaben oder Teile davon sich unterschiedlich in Bezug auf Gender+ auswirken?
Bewertung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Feststellung der Gleichstellungsrelevanz des Vorhabens (ja/nein) mit kurzer schriftlicher Begründung
Hauptprüfung	
Ausgangssituation	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Auf welchen Sachverhalt bezieht sich das Vorhaben? ▶ Welche fachlichen Ziele hat das Vorhaben und wie begründen sich diese? ▶ Welche Daten (Statistiken, Studien etc.) und Erkenntnisse liegen dem Vorhaben zugrunde?
Analyse des Vorhabens	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Welche Maßnahmen sind zur Zielerreichung vorgesehen bzw. wurden zur Zielerreichung (inkl. Indikatorik) definiert? ▶ Welche Akteure/Akteurinnen sind (bzw. waren) bei der Gestaltung des Vorhabens beteiligt? ▶ Welche fachlichen Alternativen, Varianten und flankierenden Maßnahmen sind mit welchem Ergebnis geprüft worden?
Analyse der Gleichstellungswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Welche Personengruppen sind unmittelbar und mittelbar betroffen? ▶ Welche gleichstellungsrelevanten Wirkungen hat das Vorhaben auf die unterschiedlichen Lebenssituationen, Interessen und Alltagspraktiken in Bezug auf Gender+? ▶ Gibt es hervorstechende Diskriminierungen oder Schlechterstellungen durch weitere Merkmale sozialer Ungleichheit der betroffenen Personengruppen (z.B. durch Alter, soziale Lage, Herkunft usw.), die einen Einfluss auf die Wirkung des Vorhabens ausüben? ▶ Welche relevanten Akteure/Akteurinnen sind in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt zur Berücksichtigung von Genderexpertise und Genderperspektiven einzubeziehen? ▶ Wie müssen die Maßnahmen zur Zielerreichung inkl. Indikatorik und der Akteursbezug angepasst bzw. welche fachlichen Alternativen oder flankierenden Maßnahmen müssen zur Gleichstellungsorientierung eingeführt werden?
Bewertung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Schriftlicher Bericht

3.2 Durchführung des GIA im Klimabereich

3.2.1 Relevanzprüfung (Vorprüfung)

Mithilfe der Relevanzprüfung soll überprüft werden, ob gleichstellungspolitische Auswirkungen eines Vorhabens vorliegen oder vorliegen können. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn das Vorhaben zu einer offenen oder verdeckten, geschlechtsspezifischen Benachteiligung bestimmter Personengruppen führt, Beteiligungsdefizite aufweist oder tradierte Rollenmuster verfestigt.

Mit der Überprüfung der Gleichstellungsrelevanz sind verschiedene Fragen verbunden. Zu klären ist, wie das zu untersuchende Vorhaben abgegrenzt werden kann und welches fachliche Ziel es verfolgt. Zudem müssen die Zielgruppen des Vorhabens bestimmt und Kriterien ausgewählt werden, mit denen die Gleichstellungsrelevanz festgestellt und bewertet werden kann.

3.2.1.1 Ausgangssituation und Vorhaben

Zunächst ist festzulegen, von welcher Ausgangssituation das betrachtete klimapolitische Vorhaben ausgeht, was genau als das zu untersuchende Vorhaben betrachtet wird.

- ▶ Auf welchen Sachverhalt bezieht sich das Vorhaben?
- ▶ Welches Vorhaben soll untersucht werden und zu welchem Zeitpunkt (vor Implementierung (ex-ante), die Implementierung begleitend (parallel) oder nach Implementierung (ex-post)) findet die Untersuchung statt?

3.2.1.2 Feststellung der Gleichstellungsrelevanz

Die Prüfung der Gleichstellungsrelevanz erfolgt mithilfe der folgenden Fragen:

- ▶ *Erste Frage:* Werden von dem Vorhaben oder von einzelnen seiner Teile Frauen, Männern⁷⁸, sowie mehrfach Benachteiligte (Gender+) unmittelbar oder mittelbar betroffen?

Unmittelbar betroffen sind i.d.R. die Zielgruppen eines Vorhabens. Bei einem Vorhaben zur Förderung von energetischen Gebäudesanierungen sind dies z.B. die Eigentümer/-innen der Gebäude. Mittelbar betroffen sind Personen oder Personen, die nicht zu der Zielgruppe des Vorhabens gehören, aber auf deren Alltag sich das Vorhaben auswirkt, z.B. die Mieter/-innen in den betroffenen Gebäuden oder Mitarbeitende von Handwerksbetrieben. Mittelbar betroffen sind außerdem Personen⁷⁹, die an der Umsetzung der Vorhabens beteiligt sind, indem sie z.B. für die Bearbeitung von Förderanträgen zuständig sind.

⁷⁸ Ggf. sind hier kontextspezifisch auch diverse Geschlechter (trans-, intergeschlechtliche und sich nicht-binäre verortende Menschen) zu berücksichtigen.

⁷⁹ Gemeint sind natürliche Personen – im Unterschied zu juristischen Personen.

- *Zweite Frage: Welche Lebensbereiche sind durch das Vorhaben betroffen?*

Hier wird genauer untersucht, ob sich das Vorhaben auf einen oder mehrere Lebensbereiche auswirkt, die besonders gleichstellungsrelevant sind. Dies kann mit Hilfe folgender Fragen überprüft werden:

- *Familie/Sorgearbeit:* Hat das Vorhaben Auswirkungen auf die Ausübung von Sorgearbeit in privaten Haushalten?
- *Berufsausbildung/Beruf/Erwerbsarbeit:* Hat das Vorhaben Auswirkungen auf Berufsausbildung, Arbeitsplätze oder Arbeitsbedingungen?
- *Zugang zu öffentlichen Ressourcen und Infrastrukturen:* Betrifft das Vorhaben den Zugang zu öffentlichen Räumen bzw. Infrastrukturen oder deren Nutzung?
- *Politische Beteiligung:* Beeinflusst das Vorhaben die Möglichkeiten von Frauen, Männern⁸⁰ und mehrfach Benachteiligten (Gender+), sich an Entscheidungsprozessen zu beteiligen?
- *Gesundheit und Sicherheit:* Hat das Vorhaben Auswirkungen auf die Sicherheit, physische, psychische oder reproduktive Gesundheit oder Sexualität?

- *Dritte Frage: Gibt es Anhaltspunkte, dass das Vorhaben oder Teile davon sich unterschiedlich auf Gender+ auswirken?*

Hier erfolgt eine erste Abschätzung, ob das Vorhaben unterschiedliche Wirkungen auf die Geschlechter (männlich, weiblich, divers) haben kann. Dazu sollte neben dem Geschlecht weitere Merkmale, wie Haushaltstyp, Einkommen, Bildung, Alter etc. berücksichtigt werden.

Bitte geben Sie an, auf welcher Datenbasis Ihre Abschätzungen beruhen. Dies können z.B. nach Geschlecht aufgeschlüsselte Statistiken oder andere Genderanalysen sein. Wenn diese nicht verfügbar sind, können Hypothesen für Wirkungen auch anhand qualitativer Daten oder mit Hilfe plausibler Annahmen aufgestellt werden. Es sollte transparent gemacht werden, worauf diese Abschätzung beruht.

3.2.1.3 Bewertung

Die Beantwortung der Fragen erfolgt jeweils evidenzbasiert und in schriftlicher Form. Das Ergebnis der Vorprüfung wird in einem kurzen Bericht zusammengefasst. Zu jeder Antwort wird eine kurze schriftliche Begründung festgehalten. Wenn die Fragen negativ beantwortet werden und eine Genderrelevanz nicht als gegeben erscheint, ist dies auch schriftlich zu begründen. In jedem Falle sollte dargestellt werden, welche Datenquellen für die Beantwortung der einzelnen Fragen herangezogen wurden.

Die Gleichstellungsrelevanz ist dann gegeben, wenn die erste und die dritte Frage positiv beantwortet werden und bei der zweiten Frage eine Wirkung in mindestens einem der aufgeführten Lebensbereiche anzunehmen ist. In diesem Fall sollte eine Hauptprüfung durchgeführt werden. In Fällen, in denen *nicht* mit Sicherheit *ausgeschlossen* werden kann, dass das untersuchte Vorhaben die entsprechende Wirkung entfaltet, sollte *ebenfalls* eine Hauptprüfung erfolgen.

⁸⁰ Ggf. sind hier kontextspezifisch auch diverse Geschlechter (trans-, intergeschlechtliche und sich nicht-binäre verortende Menschen) zu berücksichtigen.

3.2.2 Hauptprüfung

In der Hauptprüfung erfolgt eine vertiefte Prüfung des Vorhabens und seiner einzelnen Teile. Ziel ist es, die Gleichstellungswirkungen des Vorhabens zu identifizieren und Allianzen zwischen fachlichen, d.h. klimapolitischen und gleichstellungspolitischen Zielen bei der (Weiter-)Entwicklung des Vorhabens zu erkennen und zu nutzen bzw. mögliche Zielkonflikte zu identifizieren, um sie zu vermeiden. Für die Hauptprüfung können sowohl qualitative als auch quantitative Daten herangezogen werden.

3.2.2.1 Ausgangssituation

Die Hauptprüfung baut auf den Fragestellungen der Relevanzprüfung auf. In einem ersten Schritt werden die Ausgangssituation und die fachlichen Ziele des Vorhabens geklärt:

- ▶ Auf welchen Sachverhalt bezieht sich das Vorhaben?
- ▶ Welche fachlichen Ziele hat das Vorhaben und wie begründen sich diese?
- ▶ Welche Daten (Statistiken, Studien etc.) und Erkenntnisse liegen dem Vorhaben zugrunde?

Zur Beantwortung der Frage können die Ergebnisse der Vorprüfung herangezogen und vertieft werden: Wurden für die Begründung des Vorhabens geschlechterdisaggregierte Daten verwendet? Wurden diese Daten nach weiteren sozialstrukturellen Merkmalen (Haushaltstyp, soziale Lage, Alter, Herkunft etc.) differenziert? Wurden qualitative Daten zur unterschiedlichen Lebenssituation von Männern, Frauen und Personen anderen Geschlechts berücksichtigt? Wurde Genderexpertise z.B. in Form von Genderanalysen, Einschätzungen von Genderexperten/-expertinnen etc. herangezogen?

3.2.2.2 Analyse des Vorhabens

In einem weiteren Schritt wird die Art des Vorhabens näher charakterisiert:

- ▶ Welche Maßnahmen sind zur Zielerreichung vorgesehen bzw. wurden zur Zielerreichung (inkl. Indiktorik) definiert?

Erfahrungen haben gezeigt, dass die Definition des untersuchten Vorhabens nicht zu eng erfolgen sollte. Z.B. sollten auch Bestimmungen und Arbeitshilfen zur Umsetzung des Vorhabens, die gesondert auszuarbeiten bzw. zu analysieren sind, in die Prüfung einbezogen werden. Beispielsweise sollten bei der Aufstellung von Hitzeaktionsplänen nicht nur die Verwaltungsvorschriften für den Aktionsplan, sondern auch Handreichungen für die zielgruppenspezifische Kommunikation berücksichtigt und in die Überprüfung einbezogen werden.

- ▶ Welche Akteure/Akteurinnen sind (bzw. waren) bei der Gestaltung des Vorhabens beteiligt?
- ▶ Welche fachlichen Alternativen, einschließlich der sog. „Null-Option“, Varianten und flankierenden Maßnahmen sind mit welchem Ergebnis geprüft worden?

3.2.2.3 Analyse der Gleichstellungswirkungen

Die vertiefende Analyse der Gleichstellungswirkungen erfolgt mithilfe der folgenden Fragen:

- ▶ Welche Personengruppen sind unmittelbar und mittelbar betroffen?
- ▶ Welche gleichstellungsrelevanten Wirkungen hat das Vorhaben auf die unterschiedlichen Lebenssituationen, Interessen und Alltagspraktiken der Geschlechter (männlich, weiblich, divers)?

Gibt es hervorstechende Diskriminierungen oder Benachteiligungen durch weitere Merkmale sozialer Ungleichheit der betroffenen Personen (z.B. durch Alter, soziale Lage, Herkunft), die einen Einfluss auf die Wirkung des Vorhabens ausüben?

Bei der Beantwortung der Fragen können Sie auf die Ergebnisse der Vorprüfung zu den Zielgruppen und betroffenen Lebensbereichen zurückgreifen.

In der Hauptprüfung erfolgt eine detaillierte Analyse der Wirkungen in Bezug auf die als relevant identifizierten Lebensbereiche (Genderdimensionen) anhand der in Kapitel 4 dargestellten Prüffragen. Bedenken Sie bei der Prüfung, was die besonders relevanten Bereiche sind. Es müssen nicht alle Lebensbereiche bearbeitet werden. Beschränken Sie sich auf die für Ihr Vorhaben relevanten Bereiche. Begründen Sie Ihre Entscheidung.

Bei der Analyse der gleichstellungsrelevanten Wirkungen des klimapolitischen Vorhabens hat sich folgendes Vorgehen bewährt: Betrachten Sie zunächst die Wirkungen auf die Geschlechter (männlich, weiblich, divers)⁸¹. In einem zweiten Schritt sollten Sie dann prüfen, wie sich diese Wirkungen innerhalb dieser Gruppen für Personen unterschiedlichen Alters oder je nach Haushaltstyp, Einkommen, Bildung oder Herkunft etc. unterscheiden.⁸²

Beachten Sie, dass vorab keine allgemeinen, für alle Fälle zu prüfenden Ungleichheitskategorien festgelegt werden können. Je nach Fall und Kontext müssen unterschiedliche Faktoren, welche die Ungleichheit von Lebenslagen erzeugen können, betrachtet werden. Die Prüffragen in den Lebensbereichen (vgl. Kapitel 4) geben Ihnen Hinweise, auf welche Faktoren Sie in den verschiedenen Lebensbereichen besonders achten sollten.

Für die Überprüfung dieser Fragen können Sie auf statistische Daten oder auf vorliegende Genderanalysen zurückgreifen. Hinweise auf Datenquellen oder entsprechende Untersuchungen finden Sie in der Beschreibung der Lebensbereiche. Falls die Datenlage unzureichend ist, können im Rahmen der Hauptprüfung erforderliche Daten beispielsweise durch eine qualitative Erhebung oder eine Literaturrecherche ermittelt werden. Dabei sollte dokumentiert werden, welche Datenquellen Sie bei der Prüfung herangezogen haben.

Falls Sie Probleme bei der Beantwortung der Fragen haben, sollten Sie Genderexpertise einholen, z.B. bei Gleichstellungsbeauftragten, einer Fachstelle für Gender Mainstreaming oder extern.

- Welche relevanten Gruppen sind in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt zur Berücksichtigung von Genderexpertise und Genderperspektiven einzubeziehen?

Diese Frage richtet sich auf Konsultationsprozesse, die ohnehin bei vielen Vorhaben vorgesehen sind. Diese Prozesse können genutzt werden, um externe Genderexpertise bei der Entwicklung klimapolitischer Vorhaben einzuholen. Neben den etablierten Gruppen wie z.B. Frauen- und Umweltverbänden mit Genderkompetenz sollten hier auch die Zielgruppen des Vorhabens und weitere Personen mit Genderexpertise einbezogen werden.

- Wie müssen die Maßnahmen zur Zielerreichung (inkl. Indikatorik) und der Akteursbezug angepasst bzw. welche fachlichen Alternativen oder flankierenden Maßnahmen müssen zur Gleichstellungsorientierung eingeführt werden?

⁸¹ Zu berücksichtigen ist dabei, dass bislang noch kaum Untersuchungen vorliegen, welche gleichstellungspolitische Wirkungen auf die Personengruppe(-n) mit dem Personenstand „divers“ betrachten. In den meisten Fällen dürfte daher zunächst nur eine Evidenzbasierung der Wirkungen auf Männer und Frauen möglich sein.

⁸² Ob diese Prüfung iterativ erfolgen muss oder gleich eine Analyse unter Einbeziehung weiterer Gender+ Merkmale erfolgen kann, ist abhängig von den verfügbaren Daten zu entscheiden.

3.2.2.4 Bewertung und Ergebnisformulierung

Als Ergebnis der Prüfung soll festgehalten werden, welche Wirkungen das untersuchte Vorhaben auf gleichstellungspolitische Handlungsfelder hat und welche konkreten Verbesserungsmöglichkeiten der Gleichstellung bestehen. Dabei soll insbesondere ausgeführt werden, welche Allianzen und Konflikte zwischen den klimapolitischen Zielen des Vorhabens und gleichstellungspolitischen Zielsetzungen identifiziert werden konnten. Hier ist auch darzulegen, wenn verschiedene Lösungen für unterschiedliche Zielgruppen (Geschlechter ggf. differenziert nach weiteren Merkmalen wie sozialer Lage, Alter etc.) erforderlich sind. Diese sind zu begründen.

Zur abschließenden Bewertung insbesondere von größeren bzw. zentralen Vorhaben sollte die nächsthöhere Leitungsebene sowie der oder die Gleichstellungsbeauftragte hinzugezogen werden.

Die Ergebnisse der Prüfung werden in einem übersichtlich gegliederten, schriftlichen Bericht zusammengefasst. Der Bericht enthält eine Beantwortung der oben aufgeführten Fragen der Hauptprüfung einschließlich der Prüffragen zu den Lebensbereichen (vgl. Kapitel 4) in schriftlicher Form. Zu jeder Antwort sollte eine kurze Begründung formuliert werden. Außerdem sollte dargestellt werden, welche Datenquellen herangezogen wurden.

Kernstück des Berichts sind das Ergebnis der Bewertung der gleichstellungspolitischen Wirkungen sowie Empfehlungen, wie das untersuchte Vorhaben unter klima- und gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten optimiert werden kann. Bei Bedarf können erforderliche ergänzende Maßnahmen formuliert werden. Zudem sollte eine Bewertung der gleichstellungspolitischen Wirkungen möglicher Alternativen und Varianten vorgenommen werden, sofern diese Gegenstand der Prüfung waren.

Bei der Bewertung sind insbesondere die Synergien und die Vorteile hervorzuheben, die sich durch die Berücksichtigung gleichstellungspolitischer Belange für die Effizienz und Legitimität klimapolitischer Vorhaben ergeben.

Zur besseren Verständlichkeit erfolgt die Darstellung in einer geschlechtergerechten, allgemein verständlichen Sprache, die an einem interdisziplinären und fachübergreifenden Rezeptionskreis ausgerichtet ist. Eine Mustergliederung befindet sich im Anhang dieser Arbeitshilfe.

4 Klimarelevante Lebensbereiche (Genderdimensionen)

4.1 Übersicht über die Lebensbereiche (Genderdimensionen)

Die thematische Gliederung der gleichstellungsrelevanten Folgenabschätzung erfolgt mithilfe von Lebensbereichen (Genderdimensionen), Genderaspekten und darauf bezogenen Prüffragen. Die Genderdimensionen beziehen sich auf gesellschaftliche Bereiche und die mit ihnen verbundenen Normen, Werte, Institutionen und Organisationen, die für die Aufrechterhaltung ungleicher Machtbeziehungen zwischen den Geschlechtern von zentraler Bedeutung sind (Verloo/Roggeband 1996; Verloo 2007). Die Genderaspekte weisen auf häufig in diesen Lebensbereichen vorkommende Probleme hin. Genderdimensionen und Genderaspekte bilden eine Art Suchmatrix, mit deren Hilfe wichtige genderrelevante Wirkungen von klimapolitischen Vorhaben erkannt und analysiert werden können.

Insgesamt umfasst die Arbeitshilfe sechs Lebensbereiche (vgl. Tabelle 3). Der Bereich „Symbolische Ordnung“ ist eine Querschnittsdimension. Sie enthält übergreifende, mit der sozialen Konstruktion von Geschlecht und sexueller Orientierung verbundene Zuschreibungen und Bewertungen, die für alle Genderdimensionen relevant sind. Die übrigen fünf Bereiche beziehen sich auf abgrenzbare gesellschaftliche und sozio-ökonomische Bereiche, die bei der gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung besonders zu berücksichtigen sind. Für diese Bereiche werden konkrete Prüffragen formuliert.

Tabelle 3: Überblick über die Lebensbereiche (Genderdimensionen)

Lebensbereiche (Genderdimensionen)
Symbolische Ordnung
Versorgungsökonomie/Sorgearbeit
Erwerbsökonomie
Öffentliche Ressourcen/Infrastrukturen
Definitions- und Gestaltungsmacht in Wissenschaft, Technik und Politik
Körper, Gesundheit, Sicherheit

Im Folgenden werden die Lebensbereiche näher erläutert. In einem einführenden Abschnitt werden die Bereiche jeweils knapp charakterisiert und ihre Bedeutung für die Geschlechtergleichstellung anhand von empirischen Daten begründet. Die klimapolitische Relevanz wird anhand von Beispielen erläutert. Mit Ausnahme der Querschnittsdimension „Symbolische Ordnung“ werden für jeden Bereich eine Liste von Prüffragen formuliert, die bei der Analyse und Bewertung von Gleichstellungswirkungen für den jeweiligen Bereich herangezogen werden können.

4.2 Querschnittsdimension „Symbolische Ordnung“



Die Querschnittsdimension „Symbolische Ordnung“ bezieht sich auf hierarchische Zuschreibungen und Bewertungen, die mit der sozialen Konstruktion von Geschlecht und sexueller Orientierung verbunden sind. Diese symbolische Ordnung durchdringt institutionelles und individuelles Handeln (Acker 1990; Knapp 1992) in so unterschiedlichen Bereichen wie Bildung, Wissenschaft, Recht, Politik, Medien, Religion und Kultur, und sie wird durch dieses Handeln zugleich hergestellt und reproduziert (Arslan 2016). Auf individueller Ebene äußert sich dies etwa in der Abwertung von Merkmalen und Praktiken, die nicht mit Männlichkeit oder Heterosexualität konnotiert sind. Die (bisweilen unbewusste) Setzung von Maskulinität bzw. Männlichkeit als Maßstab ist auch in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft verankert, und kann dort nicht nur zur Abwertung, sondern auch zum Ausblenden von Lebens- und Alltagsbedingungen führen, die nicht der Wahrnehmung und den Erfahrungen von Männern entsprechen⁸³. Solche Zuschreibungen werden daher auch als institutionalisierter Androzentrismus bezeichnet (Perkins-Gilman 1974). Die gesellschaftliche Abwertung von (zugeschriebener) Weiblichkeit spiegelt sich in vielen Bereichen wider, die auch für die Klimapolitik relevant sind. Sie kommt beispielsweise in der Abwertung der Sorgearbeit als nicht bezahlter Tätigkeit zum Ausdruck (vgl. Bereich „Versorgungsökonomie“). Ein Beispiel für die gesellschaftliche Höherbewertung von (zugeschriebener) Männlichkeit ist die Gleichsetzung von ‚Arbeit‘ mit bezahlter Erwerbsarbeit (vgl. Bereich „Erwerbsökonomie“). In besonders aggressiver Form äußert sie sich als sexuelle Belästigung (verbal, körperlich, gestisch etc.) und sexuelle/sexualisierte Gewalt als Machtdemonstration und Demonstration eines Anspruchs auf Vorherrschaft im Geschlechterverhältnis (vgl. Bereich „Körper und Gesundheit“).

⁸³ Dies ist beispielsweise der Fall, wenn der medizinischen Bewertung von Gesundheitsrisiken ausschließlich die physiologischen Bedingungen von erwachsenen männlichen Individuen zugrunde gelegt werden (vgl. Eichler et al. 2002).

4.3 Versorgungsökonomie und **Sorgearbeit**



Dieser Bereich bezieht sich auf die gesellschaftlichen Werte, Normen, Strukturen und Institutionen, die eine ungleiche geschlechtsspezifische Zuschreibung, Verteilung, Bewertung und Anerkennung von bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit im Vergleich zur (bezahlten) Erwerbsarbeit bewirken und aufrechterhalten (Verloo 2007: 28f.; Madörin 2006; Spitzner 1999). Die Verantwortung für die Sorgearbeit wird dabei meist als eine vorwiegend private Aufgabe verstanden, die vor allem Frauen zugeschrieben wird.

Im 2. Gleichstellungsbericht des BMFSFJ (2017) wurde mit dem „Gender Care Gap“ (GCG) eine Kennzahl für den prozentualen „Unterschied der durchschnittlichen täglichen Zeitverwendung von Frauen und Männern für unbezahlte Sorgearbeit“ vorgestellt (BMFSFJ 2017: 9). Dazu zählen Tätigkeiten der Haushaltsführung, Pflege und Betreuung von Kindern und Erwachsenen sowie ehrenamtliches Engagement und informelle Hilfen für andere Haushalte (ebd.) inkl. der zugehörigen Wegezeiten. Für die Jahre 2012 und 2013 lag der GCG bei 52,5 Prozent. Frauen übten demnach ungefähr eineinhalb Mal so viel unbezahlte Sorgearbeit aus wie Männer – das sind täglich im Durchschnitt 87 Minuten mehr (ebd.).

Auch in Bezug auf die CO₂-Emissionen weisen Frauen und Männer unterschiedliche Muster auf. Eine Untersuchung zum direkten und indirekten Pro-Kopf-Energieverbrauch und den damit verbundenen CO₂-Emissionen in Deutschland kommt zu dem Ergebnis, dass der Carbon Footprint von Männern insgesamt höher als der von Frauen ist (Kleinhückelkotten et al. 2016). Dabei müssen allerdings Unterschiede zwischen den Bedürfnisfeldern beachtet werden. So weisen Frauen für Bekleidung und Warmwasser einen deutlich höheren Verbrauch auf, Männer verbrauchen überdurchschnittlich viel Energie in den Bereichen Mobilität und Ernährung.

Viele Klimaschutzvorhaben wirken sich auf die Alltagsroutinen von Männern und Frauen aus, sei es durch ein geändertes Mobilitätsverhalten, sparsamere Formen der Energienutzung oder weniger fleischlastige Ernährungspraktiken, was eher weiblichen Mustern entspricht. Frauen sind von diesen Vorhaben besonders betroffen, da sie nach wie vor in vielen Haushalten die Verantwortung für Versorgungsaufgaben tragen. Aufgrund ihrer positiven Einstellung zu Klima- und Umweltschutz wird Frauen eine höhere Bereitschaft zur Veränderung von Alltagspraktiken unterstellt. Dies kann zu einer Feminisierung der Umwelt- und Klimaverantwortung führen, indem Frauen allein die Verantwortung für eine klimafreundliche Transformation des Alltags zugeschrieben wird. Eine schwedische Untersuchung hat beispielsweise gezeigt, dass das Wäschetrocknen an der frischen Luft statt mit einem energieintensiven Trockner mehr Arbeit verursacht, die hauptsächlich von Frauen übernommen wurde (Carlsson-Kanyama/Lindén 2007: 2170). Daraus kann gefolgert werden, dass Energiesparmaßnahmen zu Mehrarbeit im Haushalt führen, die zu Lasten der Frauen geht (Röhr et al. 2017: 44).

Auch bei der Beeinträchtigung von Versorgungsinfrastrukturen, beispielsweise bei Hitzewellen oder Überschwemmungen, sind es überwiegend Frauen, die den Ausfall von Netzwerken der Gesundheits- oder Nahrungsmittelversorgung durch zusätzliche Arbeit kompensieren müssen. Eine Studie aus Großbritannien zeigt, dass Frauen in Extremwettersituationen aufgerufen werden, die entstehenden Lücken im Bereich Pflege, Ernährung bzw. Gesundheitsversorgung zu füllen. Damit wird die Doppelbelastung von Frauen durch Erwerbs- und Sorgearbeit durch zusätzliche Versorgungsaufgaben in der Kommune oder Nachbarschaft weiter verschärft (Röhr et al. 2017: 64). Vorhaben zur Klimaanpassung können etwa negative Folgen für Frauen haben, indem sie deren Arbeitsbelastung im Haushalt erhöhen, wenn sie nicht gendersensibel gestaltet werden (Edvardsson Björnberg/Hansson 2013). Andererseits kommen qualitative Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass männliche Hauseigentümer eine geringere Resilienz bei Hochwasserereignissen aufweisen, weil sie eine starke emotionale Bindung an ihr Haus aufweisen und von materiellen Verlusten psychisch sehr viel stärker betroffen sind als die übrigen Haushaltsmitglieder (Marg 2016: 506).

Die folgenden Prüffragen helfen dabei, klimapolitische Vorhaben bedürfnisgerechter zu gestalten und besser an die Anforderungen der Versorgungsökonomie anzupassen.

Tabelle 4 Prüffragen zu Versorgungsökonomie

Genderaspekt	Prüffragen
	<ul style="list-style-type: none"> ▶ <i>Leitfrage: Hat das Vorhaben Auswirkungen auf die Ausübung von Sorgearbeit in privaten Haushalten?</i>
Geschlechtsspezifische Zuschreibung von Zuständigkeiten für unbezahlte Sorgearbeit	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Welche Aktivitäten und Leistungen der Sorgearbeit in privaten Haushalten werden durch das Vorhaben verändert oder beeinflusst? ▶ Betreffen diese Aktivitäten Tätigkeiten, die eher Männern oder eher Frauen zugeschrieben bzw. von ihnen tatsächlich ausgeführt werden? ▶ Berücksichtigt das Vorhaben den Einfluss geschlechtsspezifischer Rollenerwartungen an die Zuständigkeit für die gesundheitliche Versorgung in Haushalten und Familien? ▶ Werden alternative Modelle der Zuständigkeit für die gesundheitliche Versorgung in nicht heterosexuellen Lebensgemeinschaften berücksichtigt?
Instrumentalisierung unbezahlter Sorgearbeit als Ressource für Erwerbsökonomie oder/und Gemeinwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Werden durch das Vorhaben Tätigkeiten aus den gewerblichen oder öffentlichen Sektoren auf die privaten Haushalte übertragen? ▶ Entsteht dadurch zusätzlicher Zeit- und Arbeitsaufwand für die geschlechtsspezifisch verteilte Sorgearbeit?
Zeitknappheit, Zeitkonflikte der Versorgungszuständigen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hat das Vorhaben Auswirkungen auf die besonderen Bedürfnisse und zeitlichen Einschränkungen, die sich aus der Wahrnehmung von Sorgearbeit ergeben? ▶ Führt das Vorhaben zu zusätzlichen Informationsaufgaben im Haushalt, ohne dass eine entsprechende Infrastruktur für die Bereitstellung dieser Informationen vorhanden ist?

4.4 Erwerbsökonomie



Die Dimension der Erwerbsökonomie bezieht sich auf die Teilhabe an bezahlter Erwerbsarbeit. Im Zentrum stehen die gesellschaftlichen Werte, Normen und Institutionen, die geschlechtsspezifische Ungleichheiten beim Zugang zu Erwerbsarbeit und deren Entlohnung bewirken und aufrechterhalten (Verloo 2007: 28f.). Hervorzuheben sind hier vor allem geschlechtsspezifische Unterschiede und Benachteiligungen in Bezug auf Erwerbsbeteiligung, Ausbildung, Berufswahl, Zugang zu Führungspositionen, Umfang von Arbeitszeiten sowie die Entlohnung von Tätigkeiten. Diese Benachteiligungen werden durch weitere Faktoren wie z.B. Migrationshintergrund verstärkt.

Die Relevanz der Genderdimension Erwerbsökonomie wird anschaulich, wenn man sich verschiedene Kennzahlen vor Augen führt. So betrug der Gender Pay Gap 2016, also der geschlechtsspezifische Lohnunterschied, gesamtwirtschaftlich 21 Prozent. Selbst wenn Qualifikation, Branche und Beschäftigungsumfang berücksichtigt werden, betrug die sogenannte bereinigte Entgeltlücke immer noch 6 Prozent (vgl. BMFSFJ 2017: 9). Noch deutlicher ist der Einkommensunterschied bei der Rente: Der Gender Pension Gap⁸⁴ zeigt, dass Frauen im Jahr 2015 durchschnittlich eine um 53 Prozent niedrigere eigene Rente erhielten als Männer (ebd.: 90).

Dass die Benachteiligung von Frauen beim Zugang zu Leitungsfunktionen in Unternehmen auch ein Hemmnis für eine klimafreundlichere Wirtschaftsweise darstellt, dafür gibt es zahlreiche Hinweise. So konnte ein positiver Zusammenhang zwischen dem Frauenanteil im Vorstand und der freiwilligen Berichterstattung über die Treibhausgasemissionen eines Unternehmens belegt werden (Liao et al. 2015). Auch konnte gezeigt werden, dass Unternehmen mit einem höheren Frauenanteil unter den Angestellten klimafreundlicher wirtschaften (Ciocirlan/Pettersson 2012).

Mit der Dekarbonisierung des Wirtschaftssystems eröffnen sich vielfältige neue Jobmöglichkeiten auch in bisher traditionell als männlich angesehenen Berufsfeldern, wie beispielsweise im Energiesektor (Röhr et al. 2017: 73; Rea 2011). Bislang sind Frauen in Führungs- bzw. Entscheidungspositionen in der Energiewirtschaft unterrepräsentiert (PwC 2014; Röhr et al. 2017: 45). Klimapolitik kann hier einen aktiven Beitrag leisten, indem sie traditionelle androzentrische Vorstellungen infrage stellt, die Männern eine größere Kompetenz in technischen Fragen zuschreiben als Frauen. Zudem kann sie Frauen und intersektional benachteiligte Männer gezielt dazu ermuntern, technische oder naturwissenschaftliche Ausbildungs- und Studiengänge in klimarelevanten Berufsfeldern zu ergreifen.

Auch die Unterschiede in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen sind klimarelevant. Sie schlagen sich zum Beispiel beim Wohneigentum nieder. Männer und Frauen haben unterschiedliche Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten, wenn es um Investitionen in energiesparendes Wohnen bzw. Sanieren geht (Röhr et al. 2017: 9). Die unterschiedliche wirtschaftliche Situation von Männern und Frauen führt auch dazu, dass klimarelevante politische Instrumente unterschiedliche Wirkungen auf die Geschlechter haben. So kommen beispielsweise die Abwrackprämie oder Kfz-Steuerbefreiungen für emissionsärmere Autos vor allem Männern zugute, da diese eher Autos besitzen als Frauen (Röhr et al. 2017: 73).

Die Erhöhung der Strompreise durch die EEG-Umlage, die deutlich stärker die unteren Einkommensgruppen trifft, wirkt sich ebenfalls unterschiedlich in Bezug auf Gender+ aus. So sind Rentnerinnen oder Alleinerziehende überdurchschnittlich von prekären Einkommensverhältnissen betroffen (Statistisches Bundesamt 2018: 94f.; Schumacher/Cludius 2017). Mehrkosten durch klimarelevante politi-

⁸⁴ Der Gender Pension Gap (GPG) wird von Grabka et al. (2017) folgendermaßen definiert: „Dieser ist die prozentuale Differenz der durchschnittlichen persönlichen Alterssicherungseinkommen aus der GRV aller betrachteten Frauen zu den durchschnittlichen persönlichen GRV-Rentenansprüchen der entsprechenden Gruppe der Männer“ (Grabka et al. 2017: 87). Im Vergleich von Ost- zu Westdeutschland ist der GPG im Osten viel niedriger (Grabka et al. 2017: 88).

sche Instrumente sollten daher durch Energieeffizienzmaßnahmen oder durch Prämien zum Erwerb energieeffizienter Haushaltsgeräte kompensiert werden, die zu einer gerechteren Verteilung beitragen würden (Schumacher et al. o.J.; Schumacher/Cludius 2017).

Unterschiede in Einkommen und Vermögen machen Frauen vulnerabler gegenüber den Folgen der globalen Klimaerwärmung, weil sie im Vergleich mit Männern einen eingeschränkteren Zugang zu sozialen und ökonomischen Ressourcen haben (Vincent et al. 2014). Benachteiligungen im Katastrophenfall zeigten sich z.B. in Japan, wo Kompensationszahlungen an die (in der Regel männlichen) Haushaltsvorstände ausgezahlt wurden, was die Auswirkungen des hohen Gender Pay Gaps des Landes noch verschärfte (Röhr et al. 2017: 64).

Die folgenden Prüffragen helfen dabei zu erkennen, wie durch klimapolitische Vorhaben geschlechtsspezifische Benachteiligungen im Bereich der *Erwerbsökonomie* abgebaut werden können.

Tabelle 5 Prüffragen zu Erwerbsökonomie

Genderaspekt	Prüffragen
	► <i>Leitfrage: Hat das Vorhaben Auswirkungen auf Berufsausbildung, Arbeitsplätze oder Arbeitsbedingungen?</i>
Geschlechtsspezifische horizontale und vertikale Segregation der Erwerbsarbeit und deren ökonomische Bewertung	► Berücksichtigt das Vorhaben den unterschiedlichen Zugang zu abgesicherten beruflichen Positionen im jeweiligen Bereich der Erwerbsarbeit?
Arbeitsbedingungen und selbstbestimmte Flexibilität der Arbeitszeitgestaltung	► Hat das Vorhaben unterschiedliche Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Versorgungs- und Erwerbsarbeit?
Geschlechtsspezifisches Ausbildungs- und Berufswahlverhalten	► Beeinflusst das Vorhaben die Wahl von Ausbildungs- oder Studiengängen? ► Hat das Vorhaben Auswirkungen auf die Berufswahl?
Vermögensverhältnisse, Einkommenslücke und Armutsrisiko, z.B. Alleinerziehende, Migranten/ Migrantinnen, ältere Frauen	► Berücksichtigt das Vorhaben die sozialen Unterschiede zwischen den Geschlechtern, zum Beispiel beim Einkommen und bei der sozialen Absicherung? ► Werden die Auswirkungen finanzieller Mehrbelastungen (z.B. durch den Anstieg von Energiekosten oder Gebühren für Wasser, Müll etc.) auf das Armutsrisiko sozioökonomisch Benachteiligter betrachtet? Sind Maßnahmen vorgesehen, um diese Belastung zu mildern?

4.5 Öffentliche Ressourcen und Infrastrukturen



Raum- und Geschlechterverhältnisse sind eng miteinander verwoben (Bauriedl et al. 2010). Zugang zu und Gebrauchsfähigkeit von öffentlichen Räumen und Ressourcen wie etwa Parks, Spielplätzen und Serviceeinrichtungen haben direkte Wirkungen auf die Durchführung von Sorge- und Erwerbsarbeit (Neutens et al. 2010), die Teilhabe am öffentlichen Leben (Lucas 2012) und physische und psychische Gesundheit. Gleiches gilt für Infrastrukturen wie Energie-, Wasser- und Verkehrssysteme (Spitzner 2004; Lecompte/Bocarejo 2017) sowie die entsprechenden Dienstleistungen und deren Ausrichtung und Priorisierung im Hinblick auf Alltagstauglichkeit (Loukaitou-Sideris 2016; Scheiner/Holz-Rau 2017).

Der Lebensbereich (Genderdimension) „Öffentliche Ressourcen und Infrastrukturen“ ist sowohl für Klimaschutz als auch für Vorhaben zur Klimaanpassung besonders relevant. Frauen weisen z.B. ein emissionsärmeres Verkehrsverhalten auf als Männer. Beispielsweise sind ältere Frauen häufiger von Armut oder körperlichen Einschränkungen betroffen oder haben keine Fahrerlaubnis, so dass sie kein Auto nutzen können. Sie sind daher besonders auf eine gute infrastrukturelle Ausstattung des Wohnumfelds angewiesen. Ausführliche demografische Daten, Pilotprojekte und Empfehlungen (z.B. CIVITAS 2014, INFAS/DLR 2010) zeigen, „dass das Mobilitätswissen und die Mobilitätspraktiken von Frauen wichtig sind, um die Politik in Richtung nachhaltige Mobilitätsmuster und die klimapolitisch nötige Entmotorisierung zu leiten“ (Röhr et al. 2017: 49). Ob sie auch ‚Change Agents‘ für klimafreundliche Mobilität sein können, hängt davon ab, ob es in der Verkehrs- und Infrastrukturplanung gelingt, die vorherrschenden, an traditionellen maskulinen Normen ausgerichteten Mobilitätsvorstellungen zugunsten einer neuen Mobilitätskultur zu überwinden, die sich an versorgungsökonomischen Anforderungen orientiert (Kronsell et al. 2016).

Auch beim Zugang zu Energiedienstleistungen spielt Gender eine Rolle: Haushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand sind doppelt so häufig von Energiearmut betroffen wie Haushalte mit männlichem Haushaltsvorstand. Dies hat zum einen damit zu tun, dass der größere Anteil der Alleinerziehenden Frauen sind (Bleckmann et al. 2016). Zum anderen verstärken sich Benachteiligungen durch Gender und andere sozialstrukturelle Merkmale, z.B. Alter oder Migrationshintergrund. Dies führt zu einer Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, die wiederum dazu beiträgt, dass Haushalte mehr oder weniger energieeffiziente Wohnungen bewohnen (Großmann 2017). Um solche Effekte zu vermeiden, sollte z.B. die *Vergabe von Fördermitteln* für eine energieeffiziente Sanierung so gestaltet werden, dass die soziale Situation der Adressatinnen und Adressaten sowie der städtebauliche Kontext berücksichtigt werden, damit zur Miete Wohnende (z.B. Alleinerziehende, ältere Frauen, Personen mit Migrationshintergrund, Geflüchtete) davon profitieren können.

Auch beim Umgang mit Naturkatastrophen als Folgen des Klimawandels besteht das Risiko, dass die Bedürfnisse unterschiedlicher Geschlechter nicht ausreichend berücksichtigt werden. Eine Studie zum Umgang mit den Folgen des Hurrikans Katrina hat gezeigt, dass die Aktivitäten von Männern in den Initiativen für einen gerechten Wiederaufbau nach dem Hurrikan eher wahrgenommen und als wichtiger eingeschätzt wurden als das Engagement und die Bedürfnisse von Frauen (Luft 2016). Gerade bei zunehmenden Hitzeereignissen/Temperaturen ist es relevant, dass die Bevölkerung Zugang zu Grünflächen und damit Abkühlungsmöglichkeiten hat. Vor allem ältere, gegebenenfalls alleinstehende Frauen sind besonders auf eine gute infrastrukturelle Ausstattung ihres Wohnumfeldes angewiesen. Das gilt auch für den Zugang zu Grünflächen. Die häufiger von geringem Einkommen bzw. Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen wie z.B. alleinerziehende Frauen sollten in ihrem Wohnumfeld ebenfalls Grünflächen zur Verfügung haben. Auch hier spielt die Querschnittsdimension der symbolischen Ordnung eine Rolle: Wenn eine traditionelle Familienführung Frauen kaum Freizeit erlaubt, können sie gegebenenfalls keine Erholung von hohen Temperaturen suchen.

Für den Bereich „Öffentliche Ressourcen und Infrastrukturen“ sind vor allem folgende Prüffragen relevant:

Tabelle 6 Prüffragen zu Öffentliche Ressourcen und Infrastrukturen

Genderaspekt	Prüffragen
	<ul style="list-style-type: none"> ▶ <i>Leitfrage: Betrifft das Vorhaben den Zugang zu öffentlichen Räumen bzw. Infrastrukturen oder deren Nutzung?</i>
Zugang, Nutzung und Aneignung von öffentlichen Räumen und Verkehrsinfrastrukturen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Berücksichtigt das Vorhaben die unterschiedlichen Anforderungen, die sich aus der Vielfalt von Lebenslagen (je nach Alter, sozialer Lage, körperlicher Verfasstheit, kulturellem Hintergrund etc.) beim Zugang zu öffentlichen Räumen, Frei- und Grünflächen etc. und bei deren Nutzung und Aneignung ergeben? ▶ Werden bei der Planung und Gestaltung von öffentlichen Räumen auch die Sicherheits-, Nutzungs- und Zeitbedürfnisse nichtmotorisierter Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer zugrunde gelegt?
Ausschlussfreie Verfügbarkeit und Nutzung von versorgungsrelevanten öffentlichen Infrastrukturen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Trägt das Vorhaben dazu bei, dass basale versorgungsrelevante Dienstleistungen (z.B. die Versorgung mit Wasser oder mit Energiedienstleistungen) ausschussfrei und einkommensunabhängig kurz-, mittel- und langfristig zur Verfügung gestellt und genutzt werden können? ▶ Werden die unterschiedlichen Lebenssituationen in Bezug auf Gender+ bei der Bereitstellung dieser Leistungen berücksichtigt?
Einsatz und Verteilung öffentlicher Mittel	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Berücksichtigen Vorhaben, wie Förderprogramme (bspw. Prämien, Zuschüsse, zinsverbilligte Kredite etc. zur Förderung von Energieeffizienz oder von erneuerbaren Energien) die unterschiedlichen Lebenssituationen von Gender+? ▶ Werden Vorhaben gefördert, von denen zur Miete Wohnende direkt profitieren können?

4.6 Definitions- und Gestaltungsmacht in Wissenschaft, Technik und Politik



Dieser Lebensbereich (Genderdimension) bezieht sich auf die Teilhabe und Mitbestimmung an Entscheidungen in Wissenschaft, Technik und Politik sowie auf die Berücksichtigung von Genderexpertise in diesem Entscheidungsprozess (Schultz 2004; Schultz/Weller 1995).

Auch nach über 25 Jahren Klimapolitik ist die Teilhabe von Frauen an klimapolitischen Entscheidungen in Deutschland nur gering ausgeprägt. So lag der Anteil von Frauen in den jeweils obersten Entscheidungspositionen der klimarelevanten Politikfelder (Energie, Verkehr, Umwelt) in Deutschland bei 12,5 Prozent. Dies ist der vorletzte Platz im EU-Durchschnitt (EIGE 2012). Im Nord-Süd-Vergleich zeigt sich, dass Maßnahmen zur Frauenförderung im Sektor der erneuerbaren Energien in Entwicklungs- und Schwellenländern verbreiteter und etablierter sind als in Industrieländern. Ähnliches gilt für den Gas- und den Ölsektor (Feltus 2010; McKee 2014; Röhr et al. 2017: 46).

Das Fehlen von Genderperspektiven in der Klimapolitik hat dazu geführt, dass der institutionalisierte Androzentrismus, d.h. die (bisweilen unbewusste) Setzung von Maskulinität bzw. Männlichkeit als Maßstab, in Klimawissenschaft und -politik kaum infrage gestellt wurde (Röhr et al. 2008). Dies hat auch für die Klimapolitik kontraproduktive Folgen: So wurde für Kanada gezeigt, dass die Ausblendung von Gender in Instrumenten des Klimaschutzes bzw. der Klimaanpassung Geschlechterungleichheiten noch verstärken können (Rochette 2016), da vom männlichen Normalfall bzw. Durchschnitt ausgegangen wird und Geschlechterunterschiede nicht berücksichtigt werden.

Die Bedeutung androzentrischer Denkmuster lässt sich an folgenden Beispielen illustrieren. In der Verkehrspolitik dominieren maskuline Normen, die ohne Berücksichtigung von Genderperspektiven konstant reproduziert werden (Spitzner 2004; Bauhardt 2012a; Kronsell et al. 2016). So wird in der Verkehrsforschung Verkehr vor allem in Hinblick auf Pkw-Verfügbarkeit und -Nutzung betrachtet (Bauhardt 2012b: 105). Durch die Festlegung, dass nur motorisierte Mobilität über weite Strecken überhaupt als Mobilität anerkannt wird, wird die Lebensrealität eines größeren Teils der Frauen und intersektional benachteiligten Männer, die über keinen Pkw verfügen, ausgeblendet. Auch in der Konsumforschung wird Konsum häufig auf die Marktteilnahme, d.h. den Kauf von Produkten oder Dienstleistungen, reduziert. Klimarelevante Aktivitäten, die mit der Aufbewahrung, Verarbeitung, Zubereitung bzw. Instandhaltung und Entsorgung von Produkten zusammenhängen, werden dabei ebenso ausgeblendet wie das dafür benötigte Wissen und die erforderlichen Kompetenzen (Schultz/Götz 2006).

Diese Beispiele zeigen deutlich, dass die Geschlechter- und Machtverhältnisse in klimarelevanten Handlungsfeldern nur verändert werden können, wenn mehr Entscheidungspositionen mit Frauen besetzt werden (EIGE 2012). Mindestens ebenso wichtig ist es aber, die maskulinen Normen zu hinterfragen, die diese Bereiche dominieren und die ohne Berücksichtigung von Genderperspektiven konstant reproduziert werden (Spitzner 2004; Bauhardt 2012a; Bauhardt 2012b; Kronsell et al. 2016).

Vor diesem Hintergrund sind für den Bereich „Definitions- und Gestaltungsmacht“ folgende Prüffragen relevant.

Tabelle 7 Prüffragen Definitions- und Gestaltungsmacht

Genderaspekt	Prüffragen
	<ul style="list-style-type: none"> ▶ <i>Leitfrage: Wie werden Genderexpertise und die Perspektiven von Männern, Frauen und ggf. zwischengeschlechtlich verorteten Personen bei der Vorbereitung und Durchführung des klimapolitischen Vorhabens einbezogen?</i>
Teilhabe an Definitions- und Gestaltungsmacht klimapolitischer Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Wie ist die Geschlechterzusammensetzung in den politischen Gremien, die über das klimapolitische Vorhaben entscheiden? ▶ Trägt das Vorhaben zur Verbesserung der Teilhabe von Frauen und zwischengeschlechtliche verorteten Menschen bei der Formulierung politischer Programme oder bei Richtungsentscheidungen in Wissenschaft und Technik bei? ▶ Hat das Vorhaben Auswirkungen auf die Beteiligung von Gruppen, die üblicherweise in Partizipationsprozessen weniger vertreten sind (z.B. Geringverdienende, Alleinerziehende, Frauen mit Migrationshintergrund etc.)?
Einbeziehung von Genderexpertinnen und -experten auf allen Stufen der Entwicklung und Umsetzung des klimapolitischen Vorhabens	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Werden Akteure/Akteurinnen an der Entwicklung des Vorhabens beteiligt, die sich für genderreflektierte Betrachtungen und eine Integration des gesellschaftlichen Interesses an Geschlechtergerechtigkeit verantwortlich fühlen (z.B. in Frauen und Umweltorganisationen aktive Menschen)? ▶ Werden Vertreter/-innen von anderen Institutionen, die Genderkompetenz und genderrelevante Zuständigkeiten repräsentieren (z.B. eine nachgeordnete Stelle des Gleichstellungsministeriums) bei der Entwicklung und Umsetzung des Vorhabens einbezogen? ▶ Wird die Expertise von Genderexpertinnen und -experten eingeholt?
Vorkommen von Genderperspektiven bei der Erarbeitung der wissenschaftlichen Grundlagen klimapolitischer Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Berücksichtigt die Problemdefinition, die bei der Entwicklung des klimapolitischen Vorhabens zugrunde gelegt wurden, Genderperspektiven? ▶ Berücksichtigen die der wissenschaftlichen Bearbeitung zugrunde gelegten Konzepte oder Modelle (z.B. die Definition von Verkehr) Genderperspektiven? ▶ Werden die Erkenntnisse der genderbezogenen Umwelt-, Nachhaltigkeits- und Klimaforschung sowie der Geschlechterforschung zu dem Handlungsfeld, auf das sich das klimapolitische Vorhaben bezieht, recherchiert und berücksichtigt?

4.7 Körper, Gesundheit, Sicherheit



Der Lebensbereich „Körper, Gesundheit, Sicherheit“ bezieht sich auf die durch gesellschaftliche Normen, Werte und Vorstellungen von Maskulinität und Weiblichkeit geprägte gesellschaftliche Organisation von Intimität und die dadurch hergestellten ungleichen Positionen der unterschiedlichen Genusgruppen (Verloo/Roggeband 1996). Im Zentrum stehen dabei sexuelle Orientierung, die selbstbestimmte Verfügung über den eigenen Körper und die eigene Gesundheit sowie die Wahl von Partnerschaftsmodellen, Sexualität und Fortpflanzung (Verloo 2007: 29f.). Körperliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern und Altersgruppen betreffen beispielsweise Gesundheitsstatus (z.B. Lebenserwartung) als die körperliche Reaktion auf Umweltschadstoffe (z.B. Luftverschmutzung) oder Umweltbedingungen (z.B. Temperatur).

Der Lebensbereich „Körper, Gesundheit, Sicherheit“ ist sowohl für Vorhaben zum Klimaschutz als auch für Vorhaben zur Anpassung an den Klimawandel von zentraler Bedeutung. Gender spielt beispielsweise für die Wahrnehmung von Umwelt- und Gesundheitsrisiken eine wichtige Rolle. Auch von umweltbezogenen Gesundheitsrisiken sind Frauen anders und häufig stärker betroffen als Männer. Dieser Zusammenhang von Klimawandel und Gender wird bei den Auswirkungen von Hitzewellen besonders deutlich. Untersuchungen zeigen, dass die Sterberate von Frauen bei Hitzewellen deutlich höher ist als diejenige von Männern (vgl. D'Ippoliti et al. 2010). Dies ist nicht allein eine Folge der höheren Lebenserwartung von Frauen. Vielmehr werden die gesundheitlichen Auswirkungen von Hitzeereignissen durch soziale Faktoren beeinflusst. Die sozial konstruierte Zuständigkeit für Betreuung und *Sorgearbeit* durch Angehörige spielt dabei eine wichtige Rolle (vgl. Lebensbereich „Versorgungsökonomie“). Die erhöhte Mortalität von Frauen könnte z.B. eine Folge des mit dem Alter ansteigenden Anteils alleinlebender Frauen und einer damit einhergehenden schlechteren Versorgung sein. Aber auch die Benachteiligung von Frauen im Bereich der *Erwerbsökonomie*, wie das Gender-Gap bei Einkommen und Vermögen, spielt dabei eine Rolle. Frauen sind demnach besonders vulnerabel, ebenso wie weitere Personengruppen, die von der Unterstützung anderer abhängig sind. Dies betrifft vor allem Alleinlebende und Personen mit niedrigem sozio-ökonomischen Status. Soziale Isolation und der damit einhergehende fehlende Zugang zu sozialen Netzen, die Sorgearbeit gewährleisten könnten, werden generell als Risikofaktoren für eine erhöhte Vulnerabilität gegenüber den Folgen des Klimawandels angesehen (Kravchenko et al. 2013). Von diesem Problem sind auch ältere Männer betroffen (WHO 2014).

Bislang wurde noch wenig erforscht, welche Auswirkungen Extremereignisse wie Hitzewellen auf Männer haben. Die wenigen verfügbaren Studien liefern jedoch Anhaltspunkte, dass soziale Geschlechtskonstruktionen auch die Vulnerabilität von Männern beeinflusst. So zeigt eine Untersuchung, dass Männer in den USA bei Hitzewellen deutlich häufiger ins Krankenhaus eingeliefert werden als Frauen (Schmeltz et al. 2015) und bevorzugt medizinisch behandelt werden (Edholm/Kihlgren o.J.). Eine Erklärung dafür ist, dass die geschlechtsspezifische Zuschreibung der Sorgearbeit dazu führt, dass Männer eine bessere Versorgung durch Angehörige und Freunde erfahren. Geschlechtsspezifische Rollenerwartungen und Tätigkeitsmuster können sich aber auch negativ auf die Vulnerabilität von Männern auswirken. Nach Angaben der WHO sind Männer bei heißem Wetter aktiver als Frauen und sterben deshalb eher durch einen Hitzschlag (WHO 2014). Für schwere Buschbrände in Australien wurde gezeigt, dass 60 Prozent der Todesopfer männlich waren. Rigide Männerrollen als Retter und Beschützer haben offenbar zur Folge, dass Risiken falsch eingeschätzt werden. Klimapolitische Vorhaben zum Gesundheitsschutz müssen daher nicht nur die unterschiedliche ökonomische Situation, sondern auch den Einfluss von Geschlechterrollen auf die Vulnerabilitäten von Männern und Frauen berücksichtigen.

Gut dokumentiert ist auch die höhere Temperatursensitivität von Frauen (Hashiguchi et al. 2010; Kingma/van Marken Lichtenbelt 2015; Jin et al. 2017; Schellen et al. 2012). Dies ist sowohl für Klimaschutz als auch für Klimaanpassung relevant: Beispielsweise müssen bei der Auslegung von Referenz-

werten für die Beheizung oder die Klimatisierung von Wohnräumen die unterschiedlichen Bedürfnisse von Männern und Frauen an die Innenraumtemperatur berücksichtigt werden. Im Fall von Katastrophen sind Frauen zudem deutlich stärker von gewalttätigen Angriffen betroffen als Männer. Während und nach dem Hurrikan Katrina verdoppelte sich die körperliche Gewalt gegenüber Frauen, während sich die Häufigkeit von Gewalt gegen Männer nicht veränderte (Röhr et al. 2017: 66).

Für die Gestaltung von klimapolitischen Vorhaben in der Genderdimension „Körper, Gesundheit, Sicherheit“ sind daher folgende Genderaspekte und Prüffragen relevant.

Tabelle 8 Prüffragen Körper, Gesundheit, Sicherheit

Genderaspekt	Prüffragen
	<ul style="list-style-type: none"> ► <i>Leitfrage: Hat das Vorhaben Auswirkungen auf die physische, psychische oder reproduktive Gesundheit sowie auf die Sexualität?</i>
Vulnerabilitäten und körperliche Bedürfnisse	<ul style="list-style-type: none"> ► Berücksichtigt das Vorhaben körperliche Unterschiede der Geschlechter (männlich, weiblich, divers), zwischen Altersgruppen sowie der körperlichen Verfasstheit (z.B. in Bezug auf unterschiedliche Wirkungen von Hitzeereignissen, Schadstoffbelastungen etc.) und ihre Wirkungen auf Gesundheit und Lebenserwartung? ► Berücksichtigt das Vorhaben die unterschiedlichen Komfortbedürfnisse der Geschlechter, die sich beispielsweise aus der unterschiedlichen Temperatursensitivität ergeben? ► Wird der Einfluss geschlechtsspezifischer Rollenerwartungen auf die Vulnerabilität von Personen berücksichtigt?
Wahrnehmung physischer Risiken (Risikobereitschaft) und Gesundheitsverhalten	<ul style="list-style-type: none"> ► Berücksichtigt das Vorhaben die unterschiedlichen Gefährdungen, die sich aus geschlechtsspezifischen Unterschieden der Risikowahrnehmung und des Gesundheitsverhaltens (z.B. bei Hitzewellen oder Überschwemmungen) ergeben?
Sexuelle Belästigung (verbal, körperlich, gestisch etc.) und sexuelle/sexualisierte Gewalt auf körperlicher und psychischer Ebene	<ul style="list-style-type: none"> ► Berücksichtigt das Vorhaben das besondere Risiko von sexueller/sexualisierter Gewalt (z.B. in Katastrophensituationen, bei klimafreundlicher Stadt-, Verkehrs- und Wohngebäudeplanung etc.)?
Reproduktive Gesundheit (von Frauen, Männern und anderen Geschlechtern)	<ul style="list-style-type: none"> ► Hat das Vorhaben Auswirkung auf die reproduktive Gesundheit (z.B. durch Strahlenbelastungen am Arbeitsplatz oder nach Katastrophen)?
Schutz der Privatsphäre	<ul style="list-style-type: none"> ► Berücksichtigt das Vorhaben die Bedürfnisse unterschiedlicher Geschlechter (männlich, weiblich, divers) für den Schutz der Privatsphäre (z.B. im Zusammenhang mit dem Monitoring von Daten zu klimarelevanten Verhaltensweisen).

5 Literaturverzeichnis

5.1 Referenzliteratur

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). 2007. Arbeitshilfe geschlechterdifferenzierte Gesetzesfolgenabschätzung. "Gender Mainstreaming bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften". Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). 2017. Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. <https://www.bmfsfj.de/blob/117916/7a2f8ecf6cbe805cc80edf7c4309b2bc/zweiter-gleichstellungsbericht-data.pdf> [14.08.2018].

GenderKompetenzZentrum. 2006. Was ist Gender? http://www.genderkompetenz.info/w/files/gkompzpdf/gkompz_was_ist_gender.pdf [28.02.2018].

Grabka, Markus M., Jotzo, Björn, Rasner, Anika & Westermeier, Christian. 2017. Der Gender Pension Gap verstärkt die Einkommensungleichheit von Männern und Frauen im Rentenalter. In: DIW Wochenbericht 5: 87-96.

Hayn, Doris & Schultz, Irmgard. 2002. Gender Impact Assessment im Bereich Strahlenschutz und Umwelt. Abschlussbericht (im Auftrag des BMU), Frankfurt am Main.

http://www.genderkompetenz.info/w/files/gkompzpdf/gia_abschlussbericht_strahlenschutz.pdf [12.06.2017].

Kleinhückelkotten, Silke, Moser, Stephanie & Neitzke, Hans-Peter. 2016. Berechnung individueller Pro-Kopf-Verbräuche natürlicher Ressourcen nach Konsumbereichen : Anlagenband zum Bericht 'Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen). UBA-Texte 39/2016. Dessau-Roßlau.

Röhr, Ulrike, Alber, Gotelind & Göldner, Lisa. 2017. Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Forschungsreview, Analyse internationaler Vereinbarungen, Portfolioanalyse. Dessau-Roßlau.

Röhr, Ulrike, Spitzner, Meike, Stiefel, Elisabeth & von Winterfeld, Uta. 2008. Geschlechtergerechtigkeit als Basis für nachhaltige Klimapolitik. Ein feministisches Hintergrundpapier. Hg. v. Forum Umwelt & Entwicklung, genanet-Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit. Bonn/Berlin.

http://www.genanet.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Themen/Klima/Hintergrundpapier_genanet_FUE_Klimapolitik_2008.pdf [28.02.2018].

Statistisches Bundesamt (Destatis). 2018. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2017.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/HaushalteMikrozensus/HaushalteFamilien2010300177004.pdf?__blob=publicationFile [14.08.2018].

Verloo, Mieke/Roggeband, Connie. 1996. Gender Impact Assessment: The Development of a New Instrument in the Netherlands. In: Impact Assessment 14: 3-20.

5.2 Weitere verwendete Literatur

Acker, Joan. 1990. Hierarchies, Jobs, Bodies. A Theory of Gendered Organizations, in: Gender & Society, Bd. 4, Nr. 2

Arslan, Emre. 2016. Symbolische Ordnung, Sozialstruktur und Alltagspraktiken. In: dies. & Kemal Bozay (Hg.): Symbolische Ordnung und Bildungsungleichheit in der Migrationsgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, 9-34.

Bauhardt, Christine. 2012a. Feministische Ökonomie, Ökofeminismus und Queer Ecologies – feministisch-materialistische Perspektiven auf gesellschaftliche Naturverhältnisse. In: Ebbers, Ilona, Halbfas, Brigitte & Rastetter, Daniela (Hg.). Gender und ökonomischer Wandel. Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft, 11/46. http://www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_theorie/Zeitgenoessische_ansaetze/Bauhardtfemoekonomie/Bauhardt.pdf

[21.08.2017].

Bauhardt, Christine. 2012b. Klimawandel und Infrastrukturpolitiken im Widerstreit. Die Politikfelder Wasser und Mobilitätsaus einer kritischen Gender-Perspektive. In: Çağlar, Gülay, Castro Varela, Mario Do Mar & Schwenken, Helen (Hg.). Geschlecht - Macht -

Klima. Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit. Opladen: Verlag Barbara Budrich, 97–115.

Bauriedl, Sybille, Schier, Michaela & Strüver, Anke (Hg.). 2010. Geschlechterverhältnisse, Raumstrukturen, Ortsbeziehungen. Münster.

Bleckmann, Lisa, Luschei, Frank, Schreiner, Nadine & Strünck, Christoph. 2016. Energiearmut als neues soziales Risiko? Eine empirische Analyse als Basis für existenzsichernde Sozialpolitik. Siegen: Hans-Böckler-Stiftung. https://www.uni-siegen.de/fokos/forschungsprojekte/energiearmut/2015-08-31_hbs_studie_energiearmut_als_neues_soziales_risiko.pdf [15.03.2017].

Carlsson-Kanyama, Annika & Lindén, Anna-Lisa. 2007. Energy efficiency in residences—Challenges for women and men in the North. In: Energy Policy 35/4:2163–2172.

Ciocirlan, Cristina & Pettersson, Caroline. 2012. Does workforce diversity matter in the fight against climate change? An analysis of fortune 500 companies. In: Corporate Social Responsibility and Environmental Management 19/1:47–62.

CIVITAS. 2014. Smart choices for cities. Gender equality and mobility: mind the gap! http://www.civitas.eu/sites/default/files/civ_pol-an2_m_web.pdf [24.11.2016].

D'Ippoliti, Daniela et al. 2010. The impact of heat waves on mortality in 9 European cities: Results from the EuroHEAT project. In: Environmental Health 9/37: 1–9.

Die Bundesregierung. 2011. Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien. <http://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Downloads/Anbieten/sgv-grundl-gemeinsame-geschaeftsordnung-der-bundesministerien-stand-1-sept-2011.pdf?blob=publicationFile> [28.02.2018].

Edholm, Gunilla & Kihlgren, Mats o.J. Gender Mainstreaming Ambulance Medical Care Emergency Service, Göteborg Region. http://www.gr.to/download/18.55340448112b9e59b8980004365/Emergency+Service_goteborg.pdf [24.08.2017].

Edvardsson Björnberg, Karin & Hansson, Sven Ove. 2013. Gendering local climate adaptation. In: Local Environment 18/2:217–232.

Eichler, Margrit et al. 2002. Zu mehr Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern: Erkennen und Vermeiden von Gender Bias in der Gesundheitsforschung. Deutsche Bearbeitung eines vom kanadischen Gesundheitsministerium herausgegebenen Handbuchs. Berlin.

European Institute for Gender Equality (EIGE). 2012. Review of the implementation in the EU of area K of the Beijing Platform for Action : Women and the Environment. Gender equality and climate change. Luxemburg: European Institute for Gender Equality. <http://eige.europa.eu/rdc/eige-publications/gender-equality-and-climate-change-report> [15.3.2017].

European Institute for Gender Equality (EIGE). 2016. Gender Impact Assessment – Gender Mainstreaming Toolkit. Vilnius

Feltus, Anne. 2010. Women in energy: Closing the gender gap. In: World Petroleum Congress. London: World Petroleum Council. http://www.world-petroleum.org/docs/docs/wpc_women.pdf [01.08.2011].

Großmann, Karin. 2017. Energiearmut als multiple Deprivation vor dem Hintergrund diskriminierender Systeme. In: Großmann, Karin, Schaffrin, André & Smigiel, Christian (Hg.). Energie und soziale Ungleichheit. Zur gesellschaftlichen Dimension der Energiewende in Deutschland und Europa. Wiesbaden: Springer VS, 55–78.

Hashiguchi, Nobuko, Feng, Yue & Tochihara, Yutaka. 2010. Gender differences in thermal comfort and mental performance at different vertical air temperatures. In: European Journal of Applied Physiology 109/1:41–48.

INFAS & DLR. 2010. Mobilität in Deutschland 2008. Ergebnisbericht. Struktur - Aufkommen - Emissionen - Trends. Bonn, Berlin: Insitut für angewandte Sozialwissenschaft, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt. http://www.mobilitaet-in-deutschland.de/pdf/MiD2008_Abschlussbericht_I.pdf [15.03.2017].

Jin, Quan, Simone, Angela, Olesen, Bjarne W., Holmberg, Sture K. M. & Bourdakos, Eleftherios. 2017. Laboratory study of subjective perceptions to low temperature heating systems with exhaust ventilation in Nordic countries. In: Science and Technology for the Built Environment 23/3:457–468.

Kingma, Boris & van Marken Lichtenbelt, Wouter. 2015. Energy consumption in buildings and female thermal demand. Nature Climate Change 5/12:1054–1056.

- Knapp, Gudrun-Axeli. 1992. Macht und Geschlecht. Neuere Entwicklungen in der feministischen Macht- und Herrschaftsdiskussion. In: dies. & Angelika Wetterer (Hg.): Traditionenbrüche. Entwicklungen feministischer Theorie. Freiburg i. B.: Kore, 287-325.
- Kravchenko, Julia, Abernethy, Amy P., Fawzy, Maria & Lyster, H. Kim. 2013. Minimization of heatwave morbidity and mortality. In: American Journal of Preventive Medicine 44/3:274–282.
- Kronsell, Annica, Smidfelt Rosqvist, Lena & Winslott Hiselius, Lena. 2016. Achieving climate objectives in transport policy by including women and challenging gender norms: The Swedish case. In: International Journal of Sustainable Transportation 10/8:703–711.
- Lecompte, María Carolina & Bocarejo, Juan Pablo S. 2017. Transport systems and their impact on gender equity. World Conference Don Transport Research - WCTR 2016 Shanghai. 10-15 July 2016, 25, Supplement C, 4245–4257.
- Liao, Lin, Luo, Le & Tang, Qingliang. 2015. Gender diversity, board independence, environmental committee and greenhouse gas disclosure. British Accounting Review 47/4:409–424.
- Loukaitou-Sideris, Anastasia. 2016. A gendered view of mobility and transport: next steps and future directions. In: Town Planning Review 87/5: 547-565.
- Lucas, Karen. 2012. Transport and social exclusion: Where are we now? In: Transport Policy 20: 105-113.
- Luft, Rachel E. 2016. Men and masculinities in the social movement for a just reconstruction after Hurricane Katrina. In: Enarson, Elaine & Pease, Bob (Hg.). Men, Masculinities and Disaster. Abingdon, Oxon; New York: Routledge, 34–44.
- Madörin, Mascha. 2006. Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. In: Torsten Niechoj/Marco Tullney (Hg.): Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie. Marburg, 277-297.
- Marg, Oskar. 2016. Resilienz von Haushalten gegenüber extremen Ereignissen. Schadenserfahrung, Bewältigung und Anpassung bei Hochwasserbetroffenheit. Heidelberg et al.
- McKee, Lauren E. 2014. Women in American energy: De-feminizing poverty in the oil and gas industries. Journal of International Women's Studies 15/1:167–178.
- Neutens, Tijs, Schwanen, Tim, Witlox, Frank & de Maeyer, Philippe. 2010. Evaluating the temporal organization of public service provision using space-time accessibility analysis. In: Urban Geography 31/8: 1039-1064.
- Perkins Gilman, Charlotte. 1911/1974. The Man-Made World or, Our Androcentric Culture. New York.
- PwC. 2014. Frauen in der Energiewirtschaft. Frankfurt a.M.: PricewaterhouseCoopers.
https://www.pwc.de/de/energiewirtschaft/assets/studienergebnisse_frauen-in-der-energiewirtschaft.pdf
 [17.01.2017].
- Rea, Jeannie. 2011. Gender, jobs and climate change: Are we reinforcing the traditional gendered division of labour? In: Advocate: Newsletter of the National Tertiary Education Union 18/2:24–25.
- Rochette, Annie. 2016. Climate Change is a Social Justice Issue: The Need for a Gender-Based Analysis of Mitigation and Adaptation Policies in Canada and Québec. Journal of Environmental Law and Practice 29: 383–410.
- Sauer, Arn. 2014. Gender und Nachhaltigkeit – institutionalisierte Gleichstellungsarbeit und Gender Mainstreaming im Umweltbundesamt. In: GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft 1, 26-43.
- Scheiner, Joachim & Holz-Rau, Christian. 2017. Women's complex daily lives: a gendered look at trip chaining and activity pattern entropy in Germany. In: Transportation 44/1: 117-138.
- Schellen, Lisje, Loomans, Marcel G. L. C., de Wit, Martin H., Olesen, Bjarne Wilkens & Lichtenbelt, Wouter D. van Marken. 2012. The influence of local effects on thermal sensation under non-uniform environmental conditions - Gender differences in thermophysiology, thermal comfort and productivity during convective and radiant cooling. In: Physiology & Behavior 107/2:252–261.
- Schmeltz, Michael T. et al. 2015. Identifying individual risk factors and documenting the pattern of heat-related illness through analyses of hospitalization and patterns of household cooling. PLoS One 10/3.
- Schultz, Irmgard. 2004. Die Genderdimensionen in der sozial-ökologischen Forschung. In: Ulrike Röhr et al. Klimapolitik und Gender. Eine Sondierung möglicher Gender Impacts des europäischen Emissionshandelssystems (EETS). ISOE-Diskussionspapiere, Nr. 21. Frankfurt am Main.

Schultz, Irmgard & Konrad Götz. 2006, **Konsum**. In: Becker, Egon/Thomas Jahn (Hg.): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt/New York: Campus Verlag, 360-370.

Schultz, Irmgard & Weller, Ines (Hg.). 1995. Gender & Environment. Ökologie und die Gestaltungsmacht der Frauen. Frankfurt am Main.

Schumacher, Katja & Cludius, Johanna. 2017. Verteilungswirkungen von Instrumenten der Energiewende in privaten Haushalten. <https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/BET2017-Schumacher-Cludius-Oeko-Institut.pdf> [15.05.2017].

Schumacher, Katja, Cludius, Johanna & Förster, Hannah o.J. Energy efficiency vs. renewable energy policies within the German Energiewende – What are the distributional implications for households ? Berlin: Oeko-Institut. <http://www.iepeec.org/wp-content/uploads/2016/05/Paper-Schumacher-1.pdf> [15.05.2017].

Spitzner, Meike. 1999. Krise der Reproduktionsarbeit: Kerndimension der Herausforderungen eines öko-sozialen Strukturwandels. Ein feministisch-ökologischer Theorieansatz aus dem Handlungsfeld Mobilität. In: Ines Weller et al. (Hg.): Nachhaltigkeit und Feminismus: neue Perspektiven – alte Blockaden. Bielefeld, 151-165.

Spitzner, Meike. 2004. Netzgebundene Infrastrukturen unter Veränderungsdruck – Gender-Analyse am Beispiel ÖPNV. Berlin.

Verloo, Mieke. 2007. Assessing a former pioneer of gender equality: lessons from the Netherlands. https://www.researchgate.net/publication/254869206_Assessing_a_former_pioneer_of_gender_equality_lessons_from_the_Netherlands [05.07.2017].

Vincent, Katharine et al. 2014. Cross-chapter box on gender and climate change. In: IPCC (Hg.). Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Part A: Global and Sectoral Aspects. Contribution of Working Group II to the Fifth Assessment Report of the IPCC. Cambridge/New York, 105–107. https://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/wg2/drafts/fd/WGIIAR5-CCbox-Compendium_FGD.pdf [13.12.2016].

WHO. 2014. Gender, climate change and health. Genf: World Health Organisation. http://www.who.int/globalchange/publications/reports/gender_climate_change/en/ [01.07.2015].

Anhang

Mustergliederung für Bericht

1. Relevanzprüfung

- 1.1 Feststellung der Art des politischen Vorhabens
- 1.2 Feststellung der Gleichstellungsrelevanz des Vorhabens anhand der Zielgruppen
- 1.4 Ergebnis der Relevanzprüfung

2. Analyse (Hauptprüfung)

- 2.1 Analyse der Ausgangssituation
- 2.2 Analyse des Vorhabens
- 2.3 Analyse der Gleichstellungsrelevanz
- 2.4 Ergebnis der Analyse

3. Bewertung mit Empfehlung

- 3.1 Bewertung der Berücksichtigung der identifizierten Verbesserungsmöglichkeiten der Gleichstellung und Empfehlungen
- 3.2 Bewertung der identifizierten Allianzen und Konflikte zwischen klimapolitischen und gleichstellungspolitischen Zielen und Empfehlungen